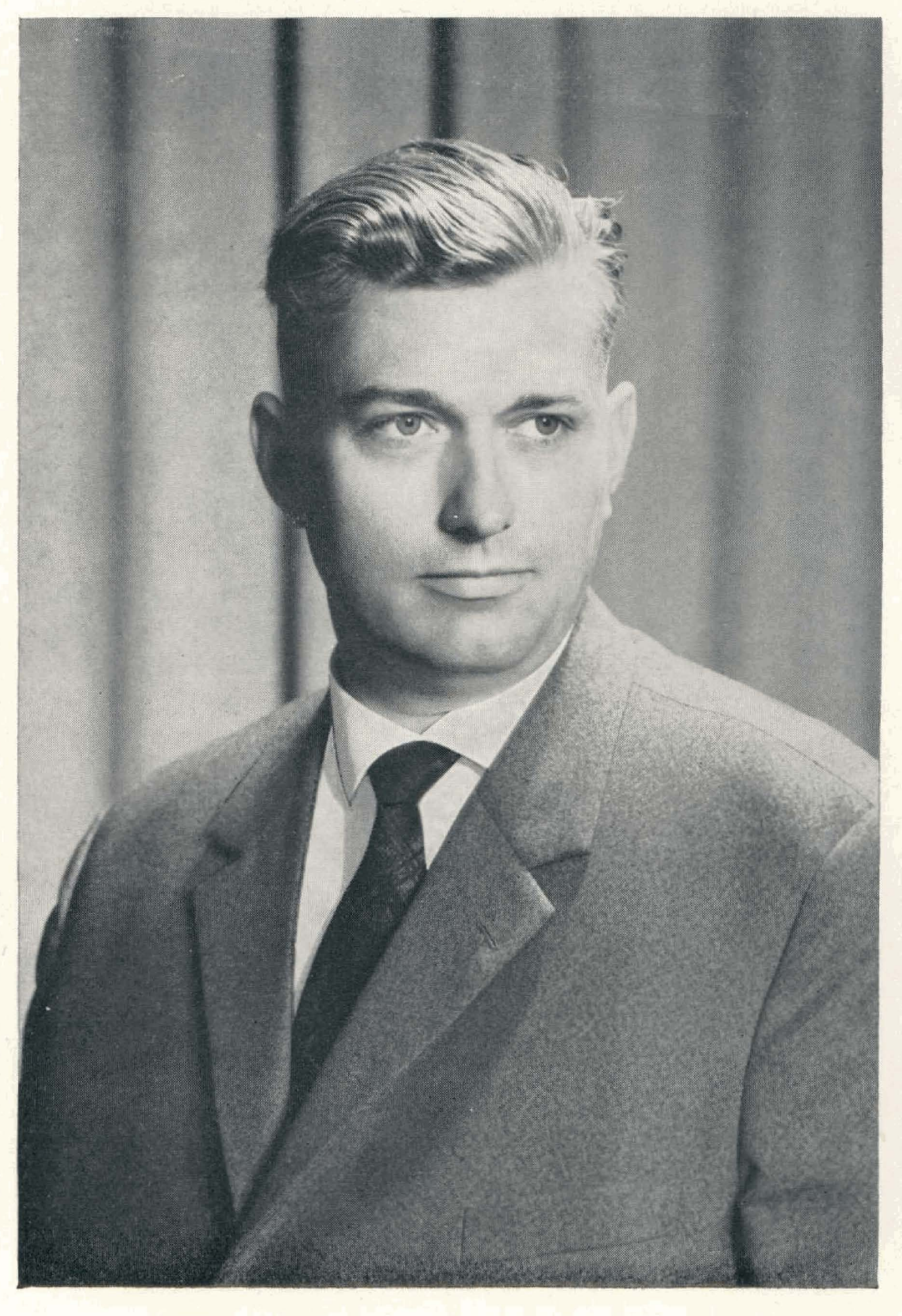
Wahrheit für Deutschland

WAHRHEIT FÜR DEUTSCHLAND



Udo Walendy

UDO WALENDY

Wahrheit für Deutschland

Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

4973 Vlotho / Weser

1965

Umschlagentwurf: Karl Ebel
Printed in Germany by Ernst Gieseking, Graphischer Betrieb, Bielefeld
2. verbesserte und erweiterte Auflage

Inhaltsverzeichnis

Wahrheit für Deutschland!

Sachliche Gesprächsführung ist Voraussetzung für aufbauende Friedenspolitik. Sachlichkeit aber muß ihre Wurzeln in der Geschichte schlagen. Wer die Vergangenheit der Völker verfälscht, handelt nicht sachlich, nicht ehrlich, verdient kein Vertrauen und wird nicht in der Lage sein, den Völkern Frieden und Recht zu sichern. Der Historiker ist um der Vergangenheit und Zukunft willen verpflichtet, ungeachtet jeder politischen Zweckmeinung, die gegenwärtig mit Hilfe der modernen Publikations- und staatlichen Lenkungsmittel weltweit dogmatisiert werden kann, jene historischen Wahrheiten zu suchen, zu finden, zu vertreten und durchzusetzen, die auch in der Zukunft Bestand haben. Politische Zweckurteile kritiklos zu wiederholen oder wesentliche Dokumente zu verheimlichen[1]), kann niemals zu jener für den Frieden und den Fortbestand der Menschheit unerläßlichen Sachlichkeit beitragen. Die Welt ist heute zu gefährlich geworden für irgend etwas anderes als die Wahrheit! Gegenwart und Zukunft verlangen, die Kriegsschuld ernsthaft zu untersuchen. Die Schuldfrage kann nicht nach dem Motto „der Stärkere hat recht" entschieden werden! In einem zukünftigen Krieg wird keine der streitenden Parteien einen solchen Machtanspruch als völkerrechtlich verbindlich anerkennen! Erst ein Urteil, das Aussicht hat, in einer solchen Situation von beiden Parteien anerkannt zu werden, weil es auf grundsätzlichen, verpflichtenden Wahrheiten und gleichberechtigten Rechtsauffassungen aufbaut, ist konstruktiv. Wer eine unabhängige Rechtsfindung nicht auch für Deutschland billigt, schließt sich aus dem Kreise derer aus, die wirklich begriffen haben, was sich in den letzten Jahrzehnten in Europa, in der Welt abgespielt hat, und die entschlossen sind, Erfahrung, Wahrheit, Recht, Würde und somit auch den Frieden politisch wirksam zu machen.

---

[1]) Im Hinblick auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges betrifft dies vornehmlich die Protokolle der britischen Kabinettssitzungen, den Schriftwechsel zwischen Roosevelt und Churchill und die Kreml-Archive.

Wer die Schuld am Zweiten Weltkrieg kurzerhand Adolf Hitler zuschiebt, hat damit weder die Schuldfrage des Ersten Weltkrieges noch der Kriege zwischen 1918 und 1939 begriffen oder klären helfen. Er gibt damit weder eine Antwort auf die Schuldfrage der vorangegangenen Kriege noch der Kriege nach dem Jahre 1945. Er kann auch mit diesem Hinweis auf Adolf Hitler oder das deutsche Volk die gegenwärtigen Spannungen zwischen den westlichen und östlichen Weltmächten nicht lösen oder verhindern. Wer schließlich die Kriegsschuld Hitlers für alle Zeiten zu dogmatisieren versucht, verschließt sich den Erkenntnissen und Zusammenhängen, die für die Kriegsschuldfrage allgemein, für das Leben der Menschen und Völker gegenwärtig wie künftig bedeutungsvoll, ja grundlegend sind. Es gilt politische Dogmen, Vorurteile und Schlagworte abzulegen, um in einer umfassenden geistigen Schau Zeiten, Völker und Einzelschicksale zu übersehen und einer sachgerechten Gesamtbewertung zuzuführen. Die Schuldfrage nur auf einen deutschen Hintergrund projizieren heißt: die Menschheit in eine neue Haßmentalität verstricken.

Die alliierte Kriegs- und Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg ist in den anschließenden Friedensjahren auch von den in ihren gesellschaftlichen Stellungen verbliebenen Politikern und Managern der „öffentlichen Meinung“ zum geistigen Grundgesetz ihrer und der besiegten Völker entwickelt worden. Der gleiche Vorgang hat sich im und nach dem Zweiten Weltkrieg in perfektionierter Form wiederholt. Greuelpropagandathesen als „historisches“ Fundament für die politische Grundhaltung zivilisierter Völker — aller Lager! Ist es dann noch verwunderlich, wenn man immer größeren weltpolitischen Krisen entgegengeht?

Das furchtbare Geschehen im Zweiten Weltkrieg kann nur beurteilen, wer die Politik und die militärische Praxis in beiden kämpfenden Lagern gleichermaßen bewertet und darüber hinaus das Handeln der Verantwortlichen wie das der Völker nicht allein als Ergebnis des freien Willens, vorbedachter Planung und Zielsetzung oder guter bzw. schlechter Gesinnung einzelner erkennt. Werten kann dies nur, wer die Kriegsschuldfrage sachlich und unvoreingenommen zu beantworten sich bemüht hat. Dieses Bemühen ist bisher von offizieller Seite nicht spürbar gewesen.

Die vorliegende Untersuchung ist angelegt, Erkenntnisse aus der Geschichte zu gewinnen und diese so konstruktiv wie möglich für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. Wir müssen freilich zum historischen Verständnis wissen und anerkennen, daß Politik der Macht bedarf und daß einem Politiker, so auch dem deutschen, auch Adolf Hitler, Mittel und Methoden vielfach vom Gegner aufgezwungen werden, da er ohne ebenbürtige Ausrüstung wirkungslos bleibt. Ihm an-

schließend diese Mittel und Methoden vorzuwerfen, während alle anderen von einem solchen Vorwurf verschont bleiben, ist unbillig.

Sind verschiedene Maßnahmen der NSDAP typisch für den Nationalsozialismus oder typisch für die damaligen Zeitumstände? Blutige kommunistische Aufstände leiteten die Weimarer Republik ein[2]). Die ersten bewaffneten Freiwilligenverbände setzte bereits im Januar 1919 die SPD-Führung gegen diese Aufstände, gegen Streiks und Unruhen im Reich ein. Erinnert sei an die uniformierten Wehrverbände: Rot-Front-Kämpfer-Bund, Stahlhelm, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (später „Eiserne Front"), Rote Marine, Freikorps, Wehrwolf, Jungdeutscher Orden und die zahlreichen anderen Selbstschutzverbände und Bürgerwehren. Erinnert sei daran, daß weder autoritäre Führung, noch Präsidialdiktaturen, noch Propaganda, noch Verbot oppositioneller Parteien, noch Konzentrationslager oder Gefängnisse für politische Häftlinge, noch Antisemitismus, noch Rüstung oder allgemeine Wehrpflicht, noch Ausnahmegesetze für Notzeiten, noch die „Politik der Stärke", noch Militärstrategie — noch Kriegsverbrechen — Erfindungen Hitlers oder der NSDAP oder des deutschen Volkes waren. Diese Erscheinungen sind auch mit dem Jahre 1945 nicht aus der Weltgeschichte verbannt. Diese Regierungspraktiken in vielen Teilen der Welt scheinen jedoch heute ebensowenig Anstoß zu erregen wie die Praxis der Gegner Deutschlands während der Jahre 1933—1945 oder jene der Mächtigen dieser Erde vor jener Zeit. Einseitige Moral jedoch löst keine weltpolitischen Probleme. Will man diese offenbar zeitlosen Erscheinungsformen bekämpfen, und dahin muß unser aller Streben gehen, so ist es nötig, den Blick über die Grenzen Deutschlands zu erheben!

Souveränität der Völker schließt Recht auf Revolution ein und legitimiert diese Revolution, sofern sie geeignet und bereit ist, ein innenpolitisches Chaos zu überwinden und zur außenpolitischen Geltung beizutragen. Dies gilt mit weitaus größerem Nachdruck für eine legal an die Macht gelangte Partei. Wie immer eine Wertung hierüber begründet werden mag — sie darf nicht hergeleitet werden von den nationalen Interessen dieser oder jener Staaten, sondern von Grundsätzen, die für alle Völker gleichermaßen gültig und ethisch verpflichtend sind. Sie darf

---

[2]) Beginnend mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel am 3. 11. 1918 breitete sich eine bewaffnete Revolution über viele Städte des Deutschen Reiches aus. Kommunistisch gelenkte Aufstände reihten sich aneinander. Um nur die ersten zu erwähnen: Januar 1919 in Berlin (in einer Woche 156 Tote); März 1919 in Halle; Generalstreiks mit revolutionären Zusammenstößen in vielen Städten des Reiches allein im Jahre 1919 (über 1000 Tote); April/Mai 1919 in München: Ausrufung der Räterepublik (800 Tote); März/April 1920 im Ruhrgebiet (in drei Wochen etwa 1000 Tote). Von Hitler sprach um jene Zeit noch niemand.

ferner nicht hergeleitet werden von Geschehnissen, die sich im Schatten eines totalen Vernichtungskrieges ereignet haben. Wir haben es in der Geschichte mit einer ungeheuren Fülle von Fakten zu tun, die zu verurteilen sind[3]). Dies enthebt uns jedoch nicht der Pflicht, einen Maßstab für die Wertung zu suchen. Dieser Maßstab kann nur in einem umfassenden, objektiven Geschichtsbild zu finden sein, das alle wesentlichen historischen Zusammenhänge enthält. Die Kriegsschuldfrage steht hierbei im Mittelpunkt. Gerade diese Problematik aber ist im Zeitalter der Weltkriege zu einer Frage der Macht, des Dogmas, der Weltanschauung geworden. Man muß den Eindruck gewinnen, als gelte es nicht, die Wahrheit in dieser Frage zu suchen und zu finden, sondern die Auslegung der Kriegsschuld für bestimmte Interessen nutzbar zu machen. Wen wundert es da noch, wenn nationale oder „weltproletarische" Interessen gleichermaßen über Ausdeutung und Wertung untergeordneter historischer Fakten entscheiden?

Eine Kriegserklärung, obwohl eigene Rechte und Interessen nicht verletzt worden waren, eine Kriegsverschärfungs- und Kriegsausweitungspolitik gegenüber einem anderen Volk wiegen in einer solchen Wertung schwerer, denn sie sind Ursachen und Anlässe, die im Zweiten Weltkrieg 55 Millionen Menschen das Leben gekostet haben — das andere sind Folgen. Wer überdies die ersten sieben großen Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges, die von den Gegnern Deutschlands verübt worden sind (s. S. 43), nicht berücksichtigt und nicht weiß, daß — wie es die Sowjets 13 Jahre nach Kriegsende öffentlich zugegeben haben — die Sowjetunion sich zwecks Ausdehnung der Weltrevolution im Mai/Juni 1940, also ein ganzes Jahr v o r Beginn des Rußlandfeldzuges, „zum Krieg und zur Vernichtung des Faschismus" entschlossen hatte (s. S. 361 ff), muß zu einer falschen und unhaltbaren Wertung kommen. Das vorliegende Buch will die historischen Erkenntnisse aufschlüsseln, die die Voraussetzung dafür sind, aus der Geschichte zu lernen und Schlußfolgerungen für die Zukunft der Menschheit zu ziehen — zur Vermeidung einer dritten Weltkatastrophe. Sollten die aufgezeigten Tatbestände alte, nationale, „siegerrechtliche" Ressentiments wiedererwecken und durch Propaganda inzwischen zementierte politische Dogmen zu Grabe tragen, so kann doch eine freie geistige Auseinandersetzung über die Schicksals- und Lebensfragen der Menschheit, der europäischen Völker und des deutschen Volkes nicht mit dem Hinweis auf die NS-Judenpolitik während des Krieges zu unterbinden versucht werden. Es muß einem Deutschen erlaubt sein, die auf den deutschen

---

[3]) Vergl. G. Ludwig „Massenmord im Weltgeschehen".

Namen geladene Schuld durch bedingungslosen Einsatz für den Weltfrieden — ausschließlich mit den Mitteln des Geistes — abzutragen.

Das Buch „Wahrheit für Deutschland", das bewußt den „Lügen über Deutschland" gegenübergestellt wird, ist ein erster Schritt hierzu. Es ist das erste Kapitel eines umfassenderen Werkes, das, von den politisch-historischen Zusammenhängen ausgehend, in die Bereiche der Naturwissenschaft hineingreift. Sind doch heute die Fragen über die politische Zukunft, ebenso wie über die Kriegsschuld, keine rein politischen mehr, sondern weltanschauliche. Und diese wiederum wurzeln in dem Ordnungsgefüge der Natur mit ihren erkennbaren Gesetzen und Wirkkräften.

Diese „Weltanschauung des Wissens" setzt sich die Verhinderung, in jedem Fall die Beendigung eines Dritten Weltkrieges zum Ziel.

Klärung der Kriegsschuldfrage
Voraussetzung für künftigen Frieden

Zwei Weltkriege brausten wie Orkane über die Kontinente. Tod und Elend ließen die Überlebenden erschauern. Ungezählte Städte sanken in Trümmer und Asche. Von Idealismus, vom Glauben an die gerechte Sache durchdrungen, verbluteten sich Armeen aller Fronten. Kinder, Frauen, Greise fanden ihr Grab unter Bomben und Phosphor feindlicher Luftgeschwader. Millionen über Millionen ertragen mit zäher, stummer Verbissenheit ihr unverdientes Los. Die Schicksale der Menschen gleichen Tragödien, deren Sinn sich nicht begreifen läßt.

Wer war schuld an diesem Grauen? — Ein Mensch? — Eine Clique von Verbrechern? — Mehrere Cliquen? — Ein Volk? — Eine „Weltverschwörung" von „Kapitalisten", „Juden", „Nazis", „Faschisten", „Kommunisten"? — Etwa — auch diese Frage muß gestellt werden — die durch „Erbsünde" belastete Menschheit? — Der Wille Gottes? — Veranlaßt die Natur mit ihren vielfach noch unbekannten Gesetzen jene winzigen Partikel — Menschen — auf dem gewaltigen und doch im Kosmos so bedeutungslosen Planeten Erde unentwegt zu kämpfen? — Liegt somit überhaupt keine Schuld vor? — Ist es Schicksal oder Gottes Wille oder Zufallsergebnis menschlicher Willensfreiheit, die unseren historischen Entwicklungsgang gestalten? — Spricht die Geschichte über Persönlichkeiten und Völker Recht durch ihr Urteil, das Sieg bzw. Niederlage heißt? — Triumphiert in dieser Welt nur das Wahre, Edle, Gerechte, die Liebe und Menschlichkeit, der Fortschritt?

Nur Wissen kann uns aufklären über diese elementaren Fragen. Glaube vermag es nicht. Not und Ernst der Stunde, Millionen Gefallener, Verwundeter, die vom Krieg betroffenen Völker gemahnen jeden, sich aufrichtig, objektiv, mutig und energisch diese uns von der Geschichte auferlegten Fragen zu enträtseln. Daß dafür die wissenschaftliche Arbeitsmethode unerläßlich ist, bedarf keines besonderen Hinweises.

Wissenschaftliches Durchdenken aber gebietet Vorurteilslosigkeit und Unabhängigkeit von machtpolitischen Einflüssen. Mit Theorien, Hypothesen und widerspruchsvollen Lehrmeinungen ist der Menschheit nicht

mehr gedient. Gerade deshalb, weil wir wissen, daß kein Glaube, keine wissenschaftliche und politische Lehre, keine Philosophie bisher verbindliche Wertungen, eindeutige, unabdingbar richtige Antworten auf diese Welt und ihre Erscheinungen gegeben hat, ist es unerläßlich, den Hebel der Kritik an alle, vornehmlich auch die besonders intolerant vertretenen und tief in das Schicksal der Menschheit eingreifenden *politischen* Dogmen anzusetzen. Wahnsinn, Dummheit, Machtbesessenheit, Profitgier, Barbarismus, Fehlkalkulationen, Nervenversagen als Erklärung für die Ursache der Weltkriege nehmen die Völker keiner Seite mehr ab. Die Auswirkungen sind zu grauenvoll, die Widersprüche der Aussagen zu offensichtlich.

Nicht genug mit den Verheerungen der Vergangenheit, nicht genug mit den Erfahrungen der beiden Weltkriege, nicht genug mit der Not im eigenen und fremden Land — wenige Jahre nach dem furchtbarsten aller Kriege sieht der Mensch die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufziehen. Verzweifelnd an der unerbittlichen Realität späht er nach einem rettenden Ausweg, einer überzeugenden Antwort auf die quälenden Fragen. Wie kommt es — *müssen* sich die Völker immer und immer wieder in den Haaren liegen? Ist einer endlosen Vermehrung unseres Geschlechtes eine derart grausame, *diese* Grenze des Kampfes gesetzt? Gibt es Gerechtigkeit und Erbarmen in der Natur? Haben unsere Vorfahren vorsätzlich eine Epoche des Elends an die andere geknüpft, obwohl es ihnen freistand, sich für den Frieden zu entscheiden? Jahrtausendelang haben sie sich nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, nach Glück gesehnt! Waren *auch ihre* Friedensbeteuerungen Geschwätz, Phrasen, mit denen sie die Völker hinters Licht geführt? Legte nicht jede Generation aufs neue ihren Ehrgeiz darein, es besser zu machen als die Väter, mehr Altruismus und Menschenliebe zu verwirklichen?

Der jugendliche Idealismus schien immer wieder erstickt worden zu sein. Die Geschichte leugnete erneut ehrliche Motive. Was aber erwarten wir, die *heutige* junge Generation? Wer darf sich über seine Ahnen erheben und sich klüger dünken?

Wollten wir unsere Vorfahren in dem Bemühen um den Frieden übertrumpfen, so hätte es uns längst gelingen müssen, die Kriegsdrohungen ein für allemal zu bannen; zumal uns einerseits Mittel und Wege zur Verfügung stehen, die allen Völkern gegenseitiges Verständnis ermöglichen könnten, und andererseits die Unsinnigkeit des Krieges noch nie so elementar in das Bewußtsein aller gedrungen ist. Zwei weltweite und unvorstellbar grauenvolle Kriege „zur Abschaffung des Krieges“, zwei Kriege, „um die Völker reif zu machen für die Demokratie“,

zwei Kriege zur „Beseitigung der Tyrannei“, zwei Kriege zur „Durchsetzung der Humanität“ blieben ohne Erfolg. Das Ergebnis war jedesmal eine Potenzierung des Unrechts, der Gegensätze und Streitpunkte zwischen den Völkern. Schlagworte, Propaganda, Unehrlichkeit, egoistische Interessen, die Verweigerung völkischer Lebens- und Heimatrechte und unbarmherzige, haßerfüllte, würdelose Vernichtungspolitik im Namen vorgegebener menschlicher Werte waren jene Begleiterscheinungen und Folgen, die heute trotz neuer Machtverhältnisse offenkundiger und unlösbarer denn je geworden sind. Der Weg der Weltgeschichte war weder ein Weg der Vernunft noch der Gerechtigkeit, weder der Brüderlichkeit, der Großzügigkeit noch des Fortschritts.

Erlogene Kriegsschuldthesen, durchgesetzt kraft intoleranter Machtpolitik, dienten als Ausgangspunkt und Wertmesser des vom militärischen Sieger geschaffenen Ordnungssystems. Ungeachtet der Widerlegung durch die historische Forschung, der offensichtlichen Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und Propagierung „demokratischer“, sogar „demokratischster“ Gesellschaftsstrukturen endete die Freiheit der Meinung, der Lehre und gar erst des Handelns an diesem für das Schicksal der Völker, die politische Anschauung und das internationale Ordnungssystem entscheidenden Kriegsschuld-Glaubenssatz.

Ein historischer Rückblick läßt uns fragen: Hat sich die Welt im Laufe ihrer Geschichte geändert? Haben sich frühere Herrschaftsformen anders ausgewirkt, waren sie anders strukturiert als heutige? Wenn auch vieles im Geschehen der Zeiten mit ausgewechselten Nuancen, Namen, Fahnen und Wertsystemen wiederkehrt, so hat sich doch heute wesentliches geändert:

1. die geistige Erkenntnis und soziale Einstellung des aufgeklärten Bürgers,
2. die wirksame und aus sich heraus gestaltende Öffentlichkeit des modernen Gesellschaftslebens,
3. die katastrophalen Ausmaße eines modernen Krieges,
4. die durch diese Ausmaße aufgeworfenen neuartigen Probleme (Vernichtung aller geschaffenen Werte, Selbstmordgefahr für alle),
5. die Vorstellungen und Erfahrungen über die verschiedenartigen Herrschaftsformen,
6. die Formen des internationalen Zusammenlebens der Völker.

Was könnte der Mensch mehr tun, als internationale Gremien (Völkerbund und UNO) mit ihren vielfältigen Zweigorganisationen, einschließlich der notwendigen Schiedsgerichte, zu bilden, um völkische Gegensätze friedlich zu begleichen? Nicht um die Völker einzuschläfern,

sondern um das Gewissen der Weltöffentlichkeit wachzurufen, wurden diese Institutionen geschaffen! Wenn auch Anschauungen, Maßnahmen, Verfahrensregeln, Satzungen, die sich durchsetzenden Interessen mehr oder weniger häufig, ja z. T. grundsätzlich von den Erfordernissen der internationalen Politik und dem Völkerrecht abwichen, so sollte doch die Tatsache des Vorhandenseins solcher Organisationen anerkannt werden.

Jeder Politiker ist von dem souveränen Willen anderer Staatsmänner abhängig. Internationale Zusammenarbeit bedarf der freiwilligen Zustimmung. Es fehlt die überstaatliche Gewalt, das überstaatliche Gesetz, die überstaatliche Wertordnung, daran krankt das System der Weltpolitik. Fehlt es am guten Willen der Menschen, wenn er nach wie vor den Weltfrieden gefährdet weiß? Allenfalls eine Weltregierung könnte neue Wege zur Friedenssicherung erschließen. Sie aber müßte sich auf das Vertrauen aller Nationen stützen. Die Voraussetzung für dieses Vertrauen wiederum beginnt mit dem Einsatz für objektive Sichtung geschichtlicher Erfahrung, vornehmlich auch jener Staatsmänner und Regime, die das Gebot der Fügung hat untergehen lassen. Sie endet mit der Einsicht in naturgesetzliche Kausalitäten, denen die gesamte Menschheit unterworfen ist. Und sie schließt den Willen ein, sich an allgemeinverbindliche Werte zu halten. In unserem Jahrhundert hingegen hat sich die Praxis herausgebildet, daß über Schuld und Schuldlosigkeit der ehemaligen Kriegführenden *die Waffen* entscheiden und die Weltorganisationen jeweils aus der Kriegskoalition des Siegers erwachsen. Die so verwurzelten Weltorganisationen blieben jeweils bemüht, das parteiliche Geschichtsbild und das aus diesem bezogene Ordnungsgefüge machtpolitisch „auf internationaler Ebene" abzusichern und mit „international" und „völkerrechtlich" zu etikettieren. So haben sich bisher die Weltorganisationen jeder Überparteilichkeit, jeder historischen Wahrheitssuche, aber auch jeden Änderungen des status quo entgegengestemmt, die Recht und historische Wahrheit und damit die Voraussetzungen für den Frieden erfordert hätten. Kein Zufall daher, daß die Weltorganisationen das Vertrauen der Völker nicht finden und ihre Auffassungen nicht für alle verbindlich machen konnten. Der Sieger pflegte dem ehemals gleichberechtigten, d. h. mit gleichen Rechten ausgestatteten Gegner nach dessen militärischer Niederlage die Gültigkeit seiner Rechtsordnung streitig zu machen, sie sogar als verbrecherisch auszuweisen. Diese Methode ist völkerrechtswidrig und unhuman, um nicht „verbrecherisch" zu sagen; sie löst keine Zukunftsprobleme. Ein gleichberechtigtes Verhältnis ist es, in dem sich die Weltmächte, von denen allein künftige Kriege zu erwarten sind, gegenüberstehen. In

dieser Grundhaltung hat der zukünftige Politiker, hat aber auch der Historiker für die Vergangenheit an seine Aufgaben heranzugehen!

Krieg als Faktum haftet nicht nur in Vergangenem, sondern erfordert gegenwärtig wie zukünftig ständige Alarmbereitschaft der Völker. Seine Problematik ist zeitlos. Jeder Klärungsversuch hat Bindungen an Zeit und Ort, Macht und Ideologie aufzugeben.

Weltkrieg bedeutet Tragödie für das gesamte Menschengeschlecht, nicht nur für ein Volk, eine Partei. Nie klärten wir seine Ursachen, wollten wir den Gegner am Reden hindern — mit dem Hinweis auf die Waffen oder den Ausgang des vergangenen Krieges! Die gesamte Menschheit will gehört werden! Und sie hat ein Recht darauf! Um der Vergangenheit und der Zukunft willen ist es sogar Pflicht des Politikers und des Geschichtsforschers, sie zu hören!

Die gigantischen Ausmaße der Weltkriege rückten die Frage der Kriegsschuld und die Sühne für diese Schuld in den Brennpunkt der Weltöffentlichkeit. Napoleon hatte man noch auf den Inseln Elba und St. Helena isolieren und die Schuldfrage auf diese Weise abbiegen können, — im 20. Jahrhundert pochten zu viele aufgewühlte Leidenschaften auf Ursachenforschung, Urteilsfindung und Zukunftssicherungen. Millionen Gefallener, Verwundeter, Obdachloser, Unterdrückter, Heimatvertriebener erheben Anspruch auf die Verurteilung der am Krieg Schuldigen. Sie erheben Anspruch auf die Achtung ihres persönlichen Rechtes und des Rechtes ihres Volkes! Die Unterlassung eines internationalen Gerichtsverfahrens oder überhaupt einer internationalen Ursachenforschung mit aufgedeckten Karten nach dem Ersten Weltkrieg schien die Entwicklung zum Zweiten Weltkrieg begünstigt zu haben. Wenn man auch kaum Rechtens hätte hoffen können, durch Todesurteile zukünftig Politiker daran zu hindern, Kriege zu führen, so hätte doch die Kenntnis von den Ursachen und den Schuldigen sowie den bekräftigten Völkerrechtsnormen eventuell eine neue Katastrophe rechtzeitig abfangen können. Dieses Versäumnis nachzuholen drängte sich 1945 auf.

Die Schuld für dieses Versäumnis jedoch trifft nicht das deutsche Volk oder eine deutsche Regierung, denn die deutscherseits wiederholt geforderte neutrale bzw. internationale Historiker-Kommission zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage bei gleichzeitig angebotener Öffnung aller Archive und Dokumentenschränke ist von den Versailler Siegerstaaten abgelehnt worden. Im übrigen war auf jener Seite der Wille nicht spürbar, um des zukünftigen Friedens willen Recht und Gerechtigkeit zwischen den Völkern als oberstes Gebot der Stunde durchzusetzen.

Sven Hedin, der namhafte Ostasienforscher und Gelehrte, schrieb einst treffend:

> „Man kann beim Studium der Geschichte der neuen Zeit selten mit Sicherheit sagen, daß ein Krieg zwischen zwei Ländern oder Mächtegruppen an dem Tag und zu der Stunde der Kriegserklärung oder der ersten Kampfhandlungen begann. Auch bei den beiden Weltkriegen, die die jetzt lebende Generation über sich ergehen lassen muß, reichen die Ereignisse weit zurück, die den Krieg schließlich unabwendbar machten. Die Schüsse von Sarajewo fielen nicht von ungefähr, sondern zerrissen mit ihrem Schall das dunkle Gewölk, das sich schon lange über Europa zusammenbraute.
>
> Noch weniger hatte der Zweite Weltkrieg am 1. September 1939 in dem Augenblick begonnen, in dem deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten. Er ist aus dem Ersten Weltkrieg geboren, zum mindesten in der Stunde, da die Vertreter von 32 Nationen im Spiegelsaal von Versailles ihre Unterschrift unter ein Dokument setzten, das als Friedensvertrag bezeichnet wurde, ohne es zu sein.“[1])

Ein Historiker:

> „Die gewohnte Vorstellung, daß ein Krieg mit einer Kriegserklärung beginnt, ist heute nur noch bedingt richtig. Es gibt zwischen Krieg und Frieden Zwischenstadien, die mit keinem der beiden Begriffe zutreffend erfaßt werden. Man hat darum sprachliche Hilfskonstruktionen wie ‚unerklärter Krieg‘ oder ‚kalter Krieg‘ benutzt.“[2])

Der Historiker kann somit auf Grund der bisherigen Erfahrung „das dunkle Gewölk“, das sich gegenwärtig über der Menschheit zusammenbraut, erkennen und beurteilen. Er braucht nicht erst bis zum ersten Schuß eines neuen Krieges zu warten, um die dann gegebenen Konfliktstoffe und Rechtslagen zwischen den Völkern beurteilen und bewerten zu können. Historiker und Naturwissenschaftler sind verpflichtet, schon vorzeitig die Kriegsursachen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufzuzeigen und neue zu verhindern!

---

[1]) S. Hedin „Amerika im Kampf der Kontinente“ S. 60.
Erscheinungsort und -jahr der Quellennachweise sind der Übersichtlichkeit halber nur im Quellenverzeichnis vermerkt.

[2]) G. Moltmann „Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg“ S. 4.

Das Kriegsschuldverfahren von Versailles (1919)

Die Kriegsschuldfrage ist bislang nicht mit der notwendigen Konsequenz gesehen und behandelt worden. Sie diente als Mittel zur Durchsetzung der Machtinteressen des Siegers und als Folge hiervon zur Dauerdiskriminierung, Entrechtung, Zerstückelung und Beraubung des Besiegten. Mit dieser Handhabe der Kriegsschuldfrage ist Moral, Vertrauen und Recht zwischen den Völkern ausgelöscht und damit der Boden für zukünftige Konfliktstoffe bereitet worden. Die „öffentliche Weltmeinung" hat dies bis heute offenbar nicht eingesehen.

Unter Bruch des in den Vorverhandlungen zum Waffenstillstand 1918 zugesicherten 14-Punkte-Programms hatten Frankreich und Großbritannien dem deutschen Volk Waffenstillstands- und Friedensbedingungen auferlegt, die der internationalen Rechtsauffassung jegliche Grundlage entzogen. In dem Versailler Sieger-Diktat wurde Deutschland zum Alleinschuldigen am Ersten Weltkrieg gestempelt. Es sollte demzufolge für alle Schäden aufkommen. Das Versailler Diktat wurde zur „Rechtsgrundlage", zum „Völkerrecht", zum Ordnungschema der europäischen Staatenwelt. Lüge, wirtschaftliche Ausbeutung auf unabsehbare Zeit, Annexionen, gewaltsame Einverleibung und Unterdrückung fremd-völkischer Minderheiten, Raub von Kolonien anderer Völker, erzwungene Entmilitarisierung, Bevormundung anderer Regierungen, militärische Besetzung und viele andere Diskriminierungen wurden somit vom Sieger, soweit sie von ihm und seinen Mitsiegern ausgingen, legalisiert. Die Umwertung der Begriffe wie „Recht", „Demokratie", „Vertrag", „Wahrheit", „Selbstbestimmungsrecht", „Freiheit" usw. war in dieser Praxis inbegriffen. Auflehnung gegen diese Praxis der „zivilisierten Völker" wurde mit „Rechtsbruch", „Revisionismus", „Revanchismus" und Kriegswillen gleichgesetzt.

Die tragenden Bestimmungen dieser „Ordnung" leiteten sich aus dem „Kriegsschuldparagraphen" (§ 231) des Versailler „Vertrages" ab und aus der noch über diesen Paragraphen hinausgehenden alliierten Mantelnote vom 16. 6. 1919. Die Mantelnote lautete u. a.:

> „Nach Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch kam, das größte Verbrechen

gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden in Deutschland, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt . . . Sie haben danach getrachtet, ein unterjochtes Europa beherrschen und tyrannisieren zu können, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten.

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihren eigenen Untertanen die Lehre eingeschärft, daß in internationalen Angelegenheiten Gewalt Recht sei . . .

Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen unterwürfigen Verbündeten ermuntert, Serbien . . . den Krieg zu erklären. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, entzogen sie sich jedem Versuch der Versöhnung und Beratung, bis es zu spät war, und der Weltkrieg wurde unvermeidlich, jener Weltkrieg, den sie ausgeheckt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Indessen beschränkt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Es ist ebenso verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art und Weise, auf die er geführt worden ist.

Die Deutschen sind es, die als erste giftige Gase verwendeten, . . . die den Unterseebootkrieg begannen, . . . die mit brutaler Roheit Tausende von Männern und Frauen und Kindern nach fremden Ländern in die Sklaverei verschleppt haben. Sie sind es, die sich bezüglich der Kriegsgefangenen, die sie gemacht hatten, barbarische Handlungen erlaubt haben, vor welchen die Völker unterster Kulturstufe zurückgeschreckt wären.

Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die furchtbare Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden Zeugnis davon ablegen, daß Deutschland seine Tyranneisucht durch den Krieg hat befriedigen wollen. Darum haben die alliierten und assoziierten Mächte nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als grundlegende Bedingung des Vertrages ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit vollbringen muß; denn Wiedergutmachung des Unrechtes, das man begangen hat, ist das wahre Wesen der Gerechtigkeit.

Die alliierten und assoziierten Mächte glauben daher, daß der Friede, den sie vorgeschlagen haben, seinem Grundwesen nach ein Rechtsfriede ist . . . — gemäß den zur Zeit des Waffenstillstandes anerkannten Grundsätzen . . ."

Die Siegermächte haben jede sachliche Klärung der Ursachen und Anlässe des Ersten Weltkrieges und deren praktische Umsetzung in die Politik vereitelt. Kein ernstzunehmender Historiker hat die These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands nach den zwanziger Jahren vertreten. Dennoch hat man die wiederholten Proteste der Weimarer

Regierungen und ihre Bitten um Rehabilitierung und Revision dieser These immer wieder scharf zurückgewiesen, ohne allerdings diese Haltung anders als mit „Macht“ zu begründen. Keiner der Sieger von Versailles hat den Anklagen gegen Deutschland historische Fachberichte zugrunde gelegt, geschweige denn die Anklagen auf Grund späterer historischer Forschungsergebnisse eingeschränkt oder zurückgezogen. Lloyd George erklärte hierzu auf der Reparationskonferenz in London am 3. 3. 1921:

„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist; und wenn die Anerkennung versagt oder aufgegeben wird, so ist der Vertrag zerstört ... Wir wünschen daher ein für allemal ganz klarzumachen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg von den Alliierten als endgültig feststehend behandelt werden muß.“[1])

Man brauchte diesen Schuldtitel, um nicht des eigenen unmoralischen Handelns verklagt zu werden. Nur so konnte man alle Deutschland auferlegten „Strafen“ in Form von Gebietsabtretungen, Diskriminierungen, Reparationen[2]), Konfiskationen, Kontrollrechten usw. für weiterhin gültig, „rechtmäßig“ und unabänderlich ansehen.

„Sie halten die Zukunft in Ihren Händen!“

Mit diesen Worten begrüßte der Präsident der Französischen Republik, Poincaré, die Vertreter der 27 Nationen auf der Eröffnungstagung der Versailler Friedenskonferenz am 18. 1. 1919. Diese Worte sollten historische Bedeutung erlangen. Das Ergebnis dieser Friedenskonferenz war nicht deshalb so unheilvoll, weil dem deutschen Volk „harte“ Bedingungen auferlegt worden sind, sondern weil mit dem Versailler „Vertrag“, der unter Androhung militärischer Besetzung Deutschlands von einer deutschen Regierung unterzeichnet worden ist, eine ungerechte Völkerrechtsordnung geschaffen worden ist. Schon damals haben in- und ausländische Politiker diese fatalen Auswirkungen des „Friedensvertrages“ von Versailles erkannt:

Philipp Scheidemann (SPD) als deutscher Reichskanzler im Mai 1919:

„Lassen Sie mich ohne taktische Erwägungen reden. Was unseren Betrachtungen zugrunde liegt: dies dicke Buch, in dem hundert Absätze

---

[1]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?“ S. 98.

[2]) Ein offizieller Verzicht auf die Reparationen ist nie ausgesprochen worden. 1932 war die Einstellung der Reparationen ein Zwangsergebnis der wirtschaftlichen Depression. Im Jahre 1950 haben die Westmächte dieses Kapitel mit der Erklärung wieder aufgegriffen, die deutschen Reparationsverpflichtungen bedürften noch einer Regelung.
H. Prinz zu Löwenstein „Deutsche Geschichte“ S. 511.

beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet! — dieser schauerlichste und mörderischste Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden ...

Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt. Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital schieben, Frondienste für die ganze Welt leisten ...

Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. So unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen, aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!"[3])

Viele namhafte Männer aus Frankreich, England, Italien und anderen Ländern haben bereits 1918 oder in den Jahren danach in aller Eindringlichkeit festgestellt, daß die „Versailler Ordnung", vornehmlich die Grenzregelung zwischen Deutschland und Polen, zu einem neuen Krieg führen müsse.

Der ehemalige us-amerikanische Außenminister Robert Lansing:

„Die Sieger wollen ihre verschiedenartigen Begierden auf Kosten der Besiegten befriedigen und ordnen ihrem eigenen Interesse das Interesse der Menschheit unter."

„So wie die Europapolitik heute geordnet ist, ist sie nichts als der Spielball jeder Gier und jeder Intrige, nur dazu berufen, als gerecht zu erklären, was ungerecht ist. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, da er lediglich auf den beweglichen Sand der Interessen eines jeden einzelnen gegründet ist."

„Mit diesem Urteil", fügte Lansing hinzu, „bin ich nicht allein geblieben." In der Tat, einige Tage nachdem Lansing sich so geäußert hatte, befand ich mich in London, wo ich mit einigen der führenden Männer Englands über den Vertrag sprach. Sie stimmten alle darin überein, daß er widersinnig und unausführbar sei, aus Intrige geboren und von der Habgier entwickelt und deshalb eher bestimmt, Kriege hervorzurufen als zu verhüten."[4])

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti:

„Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten, geschweige denn eines besiegten g r o ß e n Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles!"[4])

Der britische Labour-Abgeordnete J. W. Kneeshaw auf dem Parteitag 1920 in Scarborough:

---

[3]) „Tägliche Rundschau" 11. 5. 1919.

[4]) F. Nitti „Die Tragödie Europas — und Amerika?" S. 12, 13, 14.

„Wären wir das besiegte Volk und hätten solche Bedingungen auferlegt bekommen, so würden wir, statt uns ruhig auf sie zu verpflichten, in unseren Schulen und Heimen begonnen haben, unsere Kinder auf einen Vergeltungskrieg vorzubereiten, der das unerträgliche Joch der Eroberer abschüttelt. Diese Bedingungen waren nicht nur ein Anschlag auf Deutschland, auf Österreich und andere besiegte Nationen, sie waren auch ein Anschlag auf das ganze Gewebe der Zivilisation."[5])

Der holländische Gesandte von Swinderen zum britischen Diplomaten E. Howard:

„Die Friedensbedingungen von Versailles enthalten alle Keime eines gerechten und dauerhaften Krieges."[6])

Präsident Wilson 1919:

„Wie kann sich z. B. eine Macht wie die Vereinigten Staaten von Amerika — denn ich kann für keine andere sprechen — 3 000 Meilen über den Ozean nach Unterzeichnung dieses Vertrages zurückziehen und ihrem Volk berichten, daß eine Friedensregelung für die Welt geschaffen worden sei, wenn sie Elemente enthält, die man nicht für dauerhaft ansehen kann. Ich kann es nicht."[7])

Ist es nicht erstaunlich, daß die Weimarer Republik die Forderung der Sieger auf Auslieferung der — natürlich nur deutschen! — „Kriegsverbrecher" ablehnte und sogar ihren Exponenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, für zwei Amtsperioden (1925 und 1932) zum Reichspräsidenten wählen ließ?

Alle Regierungen der Weimarer Republik haben ungeachtet ihrer parteipolitischen Zusammensetzung die schweren Anklagen des Versailler Diktates und die auf sie gestützten Maßnahmen zurückgewiesen und immer wieder eine gerechte Entscheidung durch ein unparteiisches Gericht gefordert. Jedoch vergebens! Die Großmächte reagierten nicht. Das Vertrauen unter den Nationen blieb untergraben. Versailles war jene unverantwortliche Herausforderung, die kausal-notwendig alle vorhandenen Abwehrkräfte eines Volkes auf den Plan rief und in eine geschlossene Front zusammenschweißte, die sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten berufen fühlte, gegen dieses Unrecht anzugehen.

Ein Engländer, Lord Buckmaster, bekennt:

„Irgendeine Nation, so böse und abscheulich sie auch sein mag, auf der Grundlage bestimmter Bedingungen zur Waffenniederlegung zu veranlassen und dann, wenn sie wehrlos ist, ihr andere Bedingungen aufzuerlegen, ist ein Akt der Ehrlosigkeit, der niemals ausgetilgt werden kann."[8])

---

5) W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam" S. 214.
6) E. Howard of Penrith „Theatre of Life" Vol. II S. 375.
7) E. Viefhaus „Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919" S. 193.
8) R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?" S. 78.

Doch nicht nur dies ist geschehen. Lloyd George gesteht am 7. Oktober 1928 bei einer Rede in der Guild Hall zu London:

> „Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse unserer Alliierten vorgelegt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben (in Versailles)* auf Grund von Fälschungen entschieden."[9])

Die alliierten Bevollmächtigten gestanden in der Sitzung vom 8. Mai 1919 auf der Friedenskonferenz in Trianon ein, keine Ahnung von den Problemen Mitteleuropas zu besitzen[10]). — Keiner dieser erschütternden Sachverhalte führte zu einer Änderung der Lage.

Und die Regierungen dieser Völker haben das der Welt und Deutschland gegebene Wort wieder und wieder gebrochen. Deutschland legte im November 1918 im Vertrauen auf die Einhaltung der 14 Punkte, zu denen sich Lloyd George für England und Clemenceau für Frankreich in einem Vorwaffenstillstandsabkommen ebenso verpflichtet hatten wie die USA, die Waffen nieder. Die Alliierten setzten sich über ihre Verpflichtung hinweg. Das Waffenstillstandsabkommen wurde durch die Fortführung der Blockade gegen Deutschland bereits von Anbeginn gebrochen. Den „Friedensvertrag" haben sie gleichermaßen, und zwar wiederholt gebrochen, z. T. zu einer Zeit, da ihnen noch keine deutsche Regierung einen berechtigten Anlaß hierzu hätte geben können und Hitler erst in das politische Leben eintrat. Diese Verletzungen des Versailler „Vertrages" waren:

1. Nichtachtung der Souveränität und Selbstbestimmung des Reiches
2. Annektierung von Teilen Oberschlesiens durch Polen trotz der für Deutschland aussagenden Volksabstimmung
3. Übertretung der Versailler Grenzziehung durch Polen
4. Annektierung des Memelgebietes durch Litauen ohne Volksabstimmung
5. Aneignung der deutschen Kolonien entgegen der durch Artikel 5 der 14 Punkte Wilsons zugesagten „unparteiischen Regelung"
6. Nichtbeachtung der vertraglich zugesicherten Minderheitenrechte der abgetrennten Volksdeutschen
7. militärische Besetzung von Ruhrort, Duisburg, Düsseldorf, Mühlheim, Oberhausen, aber auch anderer westdeutscher Städte im März 1921 und Verlegung der Zollgrenze; militärische Besetzung des Ruhrgebietes insgesamt im Januar 1923 durch Frankreich

---

*) In Klammern eingesetzte Zusätze in Zitaten sind jeweils vom Verfasser vorgenommen, um das Verständnis zu erleichtern.

[9]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 97.
H. Lebre und H. Coston „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 21.

[10]) H. Lebre, ebenda S. 110.

8. Verbot der erstrebten Zollunion zwischen Deutschland und Österreich, zu schweigen von dem Verbot einer Vereinigung dieser beiden Länder
9. Nichteinhaltung der Abrüstungsversprechen
10. nachträgliche Beschlußfassungen des Völkerbundsrates zur weiteren Einschränkung der „Freiheit“ Danzigs[11]).
11. Vertreibung der zwangsweise vom Deutschen Reich abgetrennten Volksdeutschen; ihre Zahl erreichte bis zum Jahr 1922 bereits rund 1 Million:

200 000	Auslands- und Kolonialdeutsche
120 000	Elsaß-Lothringer
500 000	Flüchtlinge und Vertriebene aus Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien
100 000	Rußland- und Baltikumdeutsche, zusätzlich die auf alliierter Seite interniert gewesenen Deutschen

Diese folgenschweren Tatbestände sind keiner Selbstkritik dieser Länder unterworfen worden. Einzelne mutige Stimmen wurden überspült von der Woge blinden Deutschenhasses. Deutschenhaß schien in jenen Ländern ein Alibi für charakterliche und gute staatsbürgerliche Haltung und ein Wertmesser der internationalen bzw. europäischen Politik zu sein. Die Siegermächte, unbeeindruckt von den Stimmen der Kritiker, sahen weiterhin in ihrem „Vertragswerk“ ein geeignetes Mittel ihrer gegen Deutschland gerichteten Politik. Deutschland blieb schwach, zerstückelt, zerrissen, außenpolitisch isoliert, wirtschaftlich ruiniert und unter ständiger militärischer Bedrohung durch seine Nachbarn. Danzig, Posen-Westpreußen, Ost-Oberschlesien, Memel, Saar, Sudetenland, Eupen-Malmedy, Nordschleswig und Südtirol, Elsaß-Lothringen*) —

---

[11]) Die Außenpolitik der „Freien Stadt“ Danzig wurde schließlich Polen übertragen. Danzig war polnisches Zollgebiet, seine Eisenbahn unter polnischer Verwaltung, der Hafen unbeschränkt für Polen offen einschließlich für polnische Kriegs- und Munitionsschiffe. Im übrigen übernahm der Völkerbund den „Schutz“ der „Freien Stadt“. Dem Deutschen Reich dagegen sind in dieser deutschen Stadt keine Rechte eingeräumt worden.

*) Vor dem 1. Weltkrieg lebten im Elsaß

im Elsaß	95,2 % =	1 136 056	Deutsche
	4,8 % =	56 634	Franzsoen
in Lothringen	74,7 % =	439 066	Deutsche
	25,3 % =	146 940	Franzosen

Elsaß-Lothringen wurde 1919 von Frankreich ohne Volksabstimmung annektiert. Als im Jahre 1871 die Reichsregierung eine Option in Elsaß-Lothringen durchführen ließ, machten von den 1,5 Millionen Elsaß-Lothringern nur 39 560 vom Recht, sich zu Frankreich zu bekennen, Gebrauch.

diese von den Versailler Mächten zwangsweise Deutschland entwundenen Gebiete sollten jene Sprengkapseln entlang der deutschen Grenzen sein, die eine Versöhnung des deutschen Volkes mit seinen Nachbarn erschweren oder unmöglich machen mußten. So konnte jederzeit eine Front europäischer Staaten gegen Deutschland aufgestellt werden.

Adolf Hitler erklärte in der Reichstagsrede vom 17. 5. 1933:

> „Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den (Versailler) Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamten Maßnahmen dieses (Versailler) Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen; denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen. Dieser Vorgang führt deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht."[12])

Erst im Jahre 1958 vernimmt der Europäer ein bisher einzig dastehendes Wort der Selbstkritik aus dem offiziellen Paris:

> „So ruhte die ganze Last des (Versailler) Vertragswerkes auf England und Frankreich und den in Osteuropa neu entstandenen Staaten, die kaum mit ihren eigenen Schwierigkeiten fertig wurden. Weder waren die Sieger stark genug, um den Besiegten ihren Willen aufzuzwingen, noch waren sie großherzig genug, um sich mit ihnen auszusöhnen. Trotz des idealistischen Internationalismus von Genf kam keine konstruktive europäische Politik zustande, und es blieb bei ständigen Notbehelfen, mit denen ein zweifelhaftes Gleichgewicht der Kräfte erhalten werden sollte."
>
> „Im Versagen des Völkerbundes kommt die ganze Tragik der Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen zum Ausdruck."
>
> „Vor allem Deutschland hatte Grund, einer Einrichtung, die sich auf ein Bündnis der Sieger stützte, mißtrauisch gegenüberzustehen."
>
> „Frankreich hatte versucht, dem besiegten Deutschland Gewaltlösungen aufzuzwingen. Dadurch wurde Deutschland zur Verzweiflung getrieben, Frankreich aber gewann nichts dabei . . ."
>
> „. . . die Schöpfung der ‚Nachfolgestaaten', die sich auf das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker' stützte, stellte keine befriedigende Lösung dar. Zunächst einmal, weil dieses ‚Selbstbestimmungsrecht' in der Praxis nur gewissen Mehrheitsvölkern gewährleistet wurde . . ."
>
> „Sodann lösten die neuen, Tausende von Kilometern langen Grenzen in Mittel- und Osteuropa kein einziges der wirtschaftlichen Probleme. Im Gegenteil . . ."[13])

---

[12]) G. Rühle „Das Dritte Reich" Bd. 1933 S. 169/170.

[13]) „Unser Europa" Paris 1958, hrsg. unter den Auspizien des Kulturausschusses der

Wiederholen wir diese Gedanken in aller Eindringlichkeit:

1. Die in Osteuropa durch Versailles neu geschaffenen Staaten wurden kaum mit ihren eigenen Schwierigkeiten fertig.
2. Die Sieger von Versailles waren nicht großherzig genug, um sich mit den Besiegten auszusöhnen.
3. Der Völkerbund hat keine konstruktive europäische Politik zustande gebracht.
4. Es ist durch Versailles ein zweifelhaftes europäisches Gleichgewicht geschaffen worden.
5. Dieses zweifelhafte Gleichgewicht sollte nach dem Willen des Völkerbundes erhalten bleiben.
6. Deutschland wurde durch die französischen Gewaltlösungen zur Verzweiflung getrieben.
7. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde nur gewissen Völkern zugestanden.

Doch wie gesagt, ein solches Eingeständnis kam zu spät. Ein Ergebnis hatte es ohnehin nicht. Jene Staatsmänner, die den großen Kampf gegen das kaiserliche Deutschland geführt hatten, um die „Tyrannei und internationale Rechtlosigkeit" zu beseitigen, haben nach der Besiegung Deutschlands nichts unternommen, um einer würdigen demokratischen Staatsführung in Deutschland eine ehrliche Chance zu geben. Gewalt und internationale Rechtlosigkeit wiesen den Weg in die Zukunft — zu einer Zeit, da noch niemand von Hitler sprach. Und so ist Versailles zur Geburtsstätte des Nationalsozialismus geworden[14]). Ein us-amerikanischer Historiker, der bekennt, „daß ihm dieser Hitler tief zuwider ist[15])", ergänzt:

> „Was die Nürnberger Dokumente über Hitlers Angriffspläne enthüllen, ist nur das letzte Kapitel eines umfangreichen und niederdrückenden Buches, das mit Versailles anhebt . . .
> . . . denn er (Präsident F. D. Roosevelt) wußte sehr wohl, daß keine der europäischen Nationen, die durch den Vertrag von Versailles profitiert hatten, willens war, von ihrer Kriegsbeute auch nur einen Brosamen herauszugeben. Bei so bestellten Dingen waren die Ungerechtigkeiten dieses Vertrages nur mit Waffengewalt zu beseitigen."[15])

Beratenden Versammlung des Europarates, geprüft vom Internationalen Schulbuchinstitut S. 132, 219, 220, 221.
Beiträge von Henry Brugmans, Rektor des Europa-Kollegs Brügge, und Christopher Dawson.

[14]) Th. Heuß „Hitlers Weg" S. 152.

[15]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 21, 40, 560.

Wertungen gegen Deutschland ab 1919

Angst im Dienst unheilvoller Agitation

Dialektische Begriffsinhalte, Mißachtung bzw. parteiliche Verzerrung allgemeinverbindlicher Grundsätze kennzeichnen noch bis in die Gegenwart das Geschehen der Mächte in Ost und West. Die Waffe der Propaganda im Dienst technischer Großraumstaaten vermochte machtpolitische Interessendeutungen in tragende Geschichtsbilder umzugießen. Mit Phrasen haben „Politiker" ihre Völker mobilgemacht, mit Phrasen begründen „Historiker" das Handeln siegreicher Regierungen „wissenschaftlich", mit Phrasen treibt man die Völker erneut auf die Barrikaden. Haß und Furcht, Lüge und Gewalt gehören auch heute unverändert zum Handwerkszeug jener Politiker, die nicht müde geworden sind, sich immer wieder aufs neue zu bescheinigen, daß sie im Gegensatz zu allen anderen die einzig friedliebenden, fortschrittlichen, humanen, demokratischen sind. Haß- und Furchtpolitik aber, ohne Lüge und Diffamierung nicht denkbar, ist nicht nur in sich verwerflich, sondern leitet notwendigerweise Folgewirkungen ein, die eines Tages Krieg unvermeidlich machen.

Die historisch nachweisbaren Kausalketten, die in der Furcht- und Haßagitation ihren Anfang nahmen, scheinen keine Lehre gewesen zu sein. Man begnügte sich offenbar damit, daß das Opfer der bisherigen Agitation — Deutschland — „zu Recht" zweimal beschuldigt worden sei, wie es sowohl der Ausgang der beiden Weltkriege als auch die Ergebnisse der Nürnberger IMT-Prozesse 1945/1946[1]) „bewiesen" hätten. Die Haßpropaganda war schon so perfektioniert worden, daß die Initiatoren nicht einmal mehr die Haltlosigkeit solcher „Folgerungen" erkannten. Die Fortsetzung dieser Politik nach der Niederwerfung Deutschlands mit den damit verbundenen Gefahren für die gegenwärtig lebenden und zukünftigen Generationen verlangt eine Analyse dieser Praxis seit Versailles 1919.

Die siegreichen Alliierten und Assoziierten haben nach 1919 die Kriegspropaganda gegen Deutschland, die bekanntlich nicht von wahr-

---

[1]) IMT = Interalliiertes Militärtribunal.

heitsgetreuer Berichterstattung geleitet war, weitergeführt. Diffamierte man einst die kaiserliche Regierung und Heerführung, die preußischen Traditionen, das deutsche Volk, um den Ersten Weltkrieg zu gewinnen, so diffamierte man nach dem Sieg fleißig weiter, um das Kriegsziel — Zerschlagung und Schwächung Deutschlands — auch im zukünftigen Frieden wirksam zu sichern. Die Gewohnheit, andere Völker, Regierungen und Staatsoberhäupter mit Hilfe der modernen Publikationsmittel unter Berufung auf die freie Meinungsäußerung in Friedenszeiten systematisch und gezielt als revanchelüstern zu beschimpfen, zu verhöhnen, kam auf, als Deutschland schwach und wehrlos und zur Erfüllungspolitik bereit gewesen ist. Entrüstet weisen auch heute noch jene Länder — selbst eine bescheidene — Mitverantwortung für die Verschärfung der europäischen Lage nach 1919 von sich, von einzelnen ehemaligen Politikern abgesehen, die sich gegen die Übermacht der vorherrschenden Meinung nicht durchzusetzen vermochten. Wer sich jedoch konstant gegen die Einsicht brennender Wahrheiten und elementarer Rechtslagen sträubt und zur hochmütigen Klassifizierung in zivilisierte Völker und Barbaren, zur Furchtagitation und Rüstung greift, spielt mit dem Feuer; denn ohne Achtung anderer Völker kann es kein friedliches Zusammenleben geben. Das Wort von der „Verteidigung der abendländischen Kulturwerte" wurde von jenen in den Mund genommen, die dem überlieferten europäischen Rechts- und Wahrheitsempfinden den Respekt verweigerten. Haben sie ein Recht, moralisierend oder richtend vor die Völker zu treten? Können sie sich nach 1933 auf die „Gefährlichkeit" des Nationalsozialismus berufen, obwohl nicht erst Hitlers Machtergreifung ihre Einstellung gegen Deutschland begründet hat? Es ging nicht um Weltanschauungen, Bekenntnisse und Führungsprinzipien, nicht um Parteien, sondern um Deutschlands Stellung in der Welt.

Schon Kaiser Wilhelm II. hatte einst erklärt:

> „Wie kann ich ein Volk gegen seinen Willen überzeugen, wenn die Presse ihm täglich Mißtrauen und Argwohn suggeriert und Taten der Freundschaft und des Friedens falsch beurteilt?"[2])

Der Haß gegen Deutschland war Sammelpunkt der Versailler Sieger und Mitsieger; „der Boche bezahlt alles" die große Devise. Nur wer an dieser großen Hetze teilnahm und die andere Partei im innenpolitischen Konkurrenzkampf an „Patriotismus" dieser Art zu übertreffen suchte, schien mit Wahlstimmen rechnen zu dürfen.

Diese Politik der Furcht ging nicht von Tatsachen aus, die man womöglich so oder so deuten könnte. Sie ging von willkürlichen Wertungen,

---

[2]) „Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte" Bd. II S. 190 (sinngemäß zitiert).

von unterstellten Motiven, Absichten, Plänen, Maßnahmen und Anhaltspunkten aus, die meist aus der Luft gegriffen waren. Bereits eine Weimarer Regierung hatte — im September 1932 — die Abrüstungskonferenz in Genf verlassen, weil sie die Diskriminierungen Deutschlands nicht länger ertragen zu können glaubte, weil sie die von den Franzosen vorgeschobenen Sicherheitsmotive schließlich als beleidigend und entehrend ansah. Lloyd George, der britische Kriegspremier von 1916 bis 1922, erklärte im September 1932 zum Abrüstungsthema:

> „Ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben.“[3])

Derselbe Mann zwei Jahre später, am 29. Nov. 1934 im britischen Unterhaus:

> „Die Signatarmächte des Vertrages von Versailles versprachen den Deutschen feierlich, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn Jahre lang hat Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In dieser Zeit ist eine Reihe ausgesprochen friedfertiger Minister in Deutschland tätig gewesen. Minister, die nicht aufgehört haben, die großen Mächte zu beschwören, endlich mit der Einlösung des gegebenen Versprechens ernst zu machen. Man hat sich über diese deutschen Minister in einer Reihe von Pakten — darunter einer ein ausgesprochener Anti-Kriegs-Pakt — lustig gemacht. In der Zwischenzeit haben alle Länder, mit Ausnahme Englands, ihre Kriegsbewaffnungen gesteigert und sogar den Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden?“[4])

Dieser Mann war kein „Faschist“, war kein Deutscher, sondern britischer Premierminister. Er wußte zu gut, daß Frankreich nicht nur selbst weiter aufgerüstet und sich an keine Abmachung in dieser Frage gebunden gefühlt hatte, sondern daß es vom Tage des Versailler Friedens an all die kleinen Nutznießerstaaten zu kräftiger Aufrüstung ermuntert hatte[5]).

> „Die Abrüstungsverpflichtung war von den Alliierten nicht eingehalten worden, da unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg Frankreich mehr als je zuvor danach strebte, die erste Militärmacht in Europa zu werden und ihre Alliierten in Zentral-Europa, vornehmlich Polen und die Tschechoslowakei, ermunterte, aufzurüsten.“[6])

---

[3]) W. Ziegler „Versailles“ S. 266.

[4]) H. Sündermann „Das Dritte Reich“ S. 41.

[5]) V. Rothermere „Warnungen und Prophezeiungen“ S. 101.

[6]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender“ S. 220.

Frankreich hat

> „den Deutschen Demütigungen und Leiden auferlegt, wie die siegreichen Deutschen es nie zu tun versucht."[7])

Frankreich hat

> „trotz seiner finanziellen Notlage und dem Niedergang der Bevölkerungszahl das größte Heer der Welt."[8])

Frankreich hat das Scheitern der europäischen Abrüstung auf sein Konto zu buchen[9]) und hat damit erneut das Vertrauen in das Wort des Siegers erschüttert. Daß Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen nachgekommen war, haben die Siegermächte anerkannt, indem sie die interalliierte Militärkommission am 31. Januar 1927 zurückgezogen, die Entwaffnungsexperten im Januar 1930 abberufen und das Rheinland im Juni 1930 geräumt haben.

Unabhängig von der Rüstungsfrage setzte im Sommer und Herbst des Jahres 1932 in England, sozusagen als Ablenkung von der großen Wirtschaftskrise im eigenen Land, ein folgenschwerer Umschwung ein: Winston Churchill und die wachsenden Scharen seiner Welt begannen ihren haßerfüllten Propagandafeldzug gegen Deutschland mit den ständig verschärften Hinweisen auf die nahe Möglichkeit eines kommenden Krieges und die Notwendigkeit der Rüstung[10]). Seine agitatorischen Schlagworte, so haltlos und widerspruchsvoll sie auch waren, bildeten später die Grundlage des neugeschaffenen „internationalen Rechts". Daß es sich 1932 noch um die „friedliche" Weimarer Republik handelte, die von Churchill als „Gefahr" hingestellt worden war und die ihn bereits veranlaßt hatte, „immer den Unglückspropheten zu spielen"[11]), verschweigt man heute geflissentlich.

Hitler hatte die außenpolitische Konstellation von 1933 oder auch von 1936 nicht geschaffen, sondern vorgefunden. Die Politik der Versailler Siegermächte, die in den folgenden Punkten skizziert ist, mußte in einer Gemeinschaft souveräner Staaten Wechselwirkungen hervorrufen, unabhängig davon, ob man bereit war, die Beseitigung der Versailler Bestimmungen als Rechtens anzuerkennen oder nicht:

1. Die zum internationalen Grundsatz erhobene These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands
2. Die verweigerte Gleichberechtigung Deutschlands

---

[7]) F. Nitti „Die Tragödie Europas — und Amerikas?" S. 18.
[8]) ebenda S. 29.
[9]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 77.
[10]) V. Cowles „Winston Churchill" S. 332/333.
[11]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" Bd. I Buch 2 „Krieg im Zwielicht" S. 26.

3. Verletzung der Versailler Bestimmungen durch die Sieger und Mitsieger bzw. Unterstützung oder Duldung dieser Verletzungen durch die Völkerbundsmächte (s. S. 21/22)
4. Verweigerung der garantierten Rechte gegenüber den vom Reich abgetrennten Volksdeutschen und Verdrängung dieser Menschen aus ihrer Heimat
5. Nichteinhalten der alliierten Abrüstungsversprechen
6. Zurückweisen des Versöhnungswillens aller Weimarer Regierungen (eine Aussöhnung ist in den letzten Jahren bis 1933 lediglich in Einzelfragen erzielt worden)
7. Außenhandelsboykott gegenüber Deutschland ab März 1933 durch führende Kräfte vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika[12])
8. Ausschlagen aller deutschen Abrüstungsvorschläge. Hitlers Vorschläge bis zum Jahre 1935:

Angebot zur absoluten Abrüstung	=	abgelehnt
Angebot eines allgemeinen und gleichen 200 000-Mann-Heeres	=	abgelehnt
Angebot eines 300 000-Mann-Heeres bei gleichzeitiger internationaler Kontrolle und Einwilligung in Nichtangriffsverträge mit allen Nachbarn	=	abgelehnt
Angebot eines Luftpaktes	=	abgelehnt
Angebot einer großzügigen Befriedung Europas	=	abgelehnt*).

Wer sich entrüstet über das nachfolgende Verhalten Hitlers, muß sich in erster Linie entrüsten über diese Politik der Versailler Siegermächte, deren — das gilt besonders für Frankreich — ‚Öffentlichkeit und Parlamente einer Verständigung mit Hitler feindlich blieben'[17]).

Die nachfolgenden Ereignisse lösten wesentliche Wechselwirkungen aus:

9. Unmittelbar vor aussichtsreichen Abrüstungsverhandlungen veröffentlichte die britische Regierung am 4. 3. 1935 ein Weißbuch

---

[12]) Die Zeitschrift „Der Spiegel" wußte am 10. 2. 1965 S. 56 mitzuteilen:
„Eine Delegation jüdischer Kriegsveteranen drohte dem deutschen Botschafter Heinrich Knappstein, sie würde im Falle einer Verjährung für Kriegsverbrechen ihren ganzen Einfluß geltend machen, um eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern. ‚Die Deutschen', berichtete die Zeitung der Organisation „The Jewish Veteran', wurden an den wirksamen Boykott deutscher Waren durch unsere Organisation im Jahre 1933 erinnert. Wir sind bereit, eine derartige Aktion notfalls zu wiederholen."
Vergl. Ausführungen S. 42, Anm. 38.
F. Berber „Deutschland — England 1933—1939" S. 27, 98, 106.

*) Begründung für diese Ablehnung s. S. 232 unten.

über die „illegale Aufrüstung Deutschlands", in dem auch der NS-Erziehungsgeist als Gefahr für den Weltfrieden hingestellt wurde*), und das ferner eine — britische — Rüstungserhöhung ankündigte. Die Engländer begründeten somit ihre eigene Rüstungserhöhung mit der deutschen Rüstung, die sich in Wirklichkeit selbst ein ganzes Jahr später — 1936 — nach Aussagen des französischen Botschafters in Berlin „noch im embryonalen Zustand befand"[13]). Wieder hatte eine wahrheitswidrige Unterstellung seitens einer der „friedliebenden Demokratien" die Entwicklung zum Kriege bzw. zur Spannungsverschärfung weitergetrieben.

10. Verlängerung der militärischen Dienstzeit in Frankreich auf zwei Jahre, angekündigt am 6. 3. 1935, wirksam ab 15. 3. 1935.

11. Abkommen über britisch-französisch-belgische Generalstabsbesprechungen, abgeschlossen am 14. 3. 1935.

Deutschland antwortete auf die Ereignisse 8—11 mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. 3. 1935 und Lossagung von den Versailler Rüstungsbeschränkungen — aber nicht, ohne vorher eindringlich vor den bereits angekündigten Maßnahmen 8—11 gewarnt zu haben.

12. Französisch-sowjetischer Beistandspakt, unterschrieben am 2. 5. 1935, ratifiziert und in Kraft getreten am 27. 2. 1936. Dieser Pakt wurde in Paris unterzeichnet trotz Kenntnis der Zielsetzung des Bolschewismus und trotz Kenntnis des erst ein Jahr vorher, am 27. 1. 1934, in der Iswestija von Lazar Kaganowitsch, dem Chef des Politbüros der KPdSU und Schwager Stalins, publizierten Wunsches:

    „Ein neuer deutsch-französischer Krieg würde den Interessen der Sowjetunion sehr entgegenkommen."[14])

13. Tschechisch-sowjetischer Beistandspakt, abgeschlossen am 16. 5. 1935

---

[13]) R. Coulondre „Von Moskau nach Berlin 1936—1939" S. 253, gleichlautende Aussage von Lloyd George, — J. Colvin „Vansittart in Office" S. 112.

*) F. Berber „Deutschland—England 1933—1939" S. 53.

[14]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 276.
Prof. Hoggan ist vom Institut für Zeitgeschichte vorgeworfen worden, er habe in seinem Werk „Fälschungen" vorgenommen. Bei aller Kritik, die in Einzelfragen gegenüber dem Werk „Der erzwungene Krieg" angebracht ist, zeugt doch das fundamentale Quellenmaterial, das Hoggan — im Gegensatz zu anderen Historikern — verarbeitet hat, von einer umfassenden Kenntnis der Zusammenhänge, die zum Zweiten Weltkrieg geführt haben. Ein deutscher Historiker kann das Werk Hoggans nicht mit überheblicher Geste abwerten und aus dem Gespräch lassen, da viele Quellen, die Hoggan in den USA hat einsehen können, dem deutschen Historiker praktisch nicht zugänglich sind. Die in dem Buch „Wahrheit für

14. In Reaktion auf den eine Woche vorher gültig gewordenen französisch-sowjetischen Beistandspakt und in Reaktion auf den in Frankreich um diese Zeit stark an Boden gewinnenden Kommunismus („Volksfront" seit November 1935) führt Hitler der militärischen Sicherheit wegen (Gefahr einer kommunistischen Einkreisung Deutschlands), aber auch, um dem Willen des Reiches auf Gleichberechtigung Nachdruck zu verleihen, am 7. 3. 1936 symbolisch 19 Bataillone in die entmilitarisierte Zone des — deutschen! — Rheinlandes. Er verweist darauf, daß Frankreich durch seine vertragliche Bindung mit der UdSSR den Locarno-Vertrag von 1925 einseitig gebrochen hat und nunmehr entgegen den Locarno-Abmachungen verpflichtet ist, auch ohne Entscheidung des Völkerbundrates gegen Deutschland vorzugehen, wenn eine der vertragschließenden Mächte beschlossen hat, Deutschland einer unprovozierten Aggression zu beschuldigen. Und wer weiß, daß die Sowjetunion das Dritte Reich bereits seit 1933, die NSDAP seit ihren ersten innenpolitischen Erfolgen in der Weimarer Republik als Aggressor zu typisieren beliebte, kann sich ausmalen, daß es nur einer Überredungskunst und Interessenübereinstimmung, nicht aber eines Tatbestandes bedurfte, um Deutschland als „Aggressor" zu behandeln.

    Gleichzeitig mit der Besetzung des Rheinlandes erklärte Hitler in seiner Reichstagsrede: Er sei bereit,

    a) erneut eine entmilitarisierte Zone unter vorausgesetzter Gegenseitigkeit auf französischer und belgischer Seite einzurichten,
    b) einen französisch-belgisch-niederländisch-deutschen Nichtangriffspakt für 25 Jahre unter britisch-italienischer Garantie abzuschließen,
    c) wieder in den Völkerbund einzutreten, da die verweigerte Gleichberechtigung inzwischen als behoben angesehen werde.

    Ergebnis: Ablehnung.

15. Verdoppelung der sowjetischen Heeresstärke im August 1936

16. Nachhaltige Aufrüstung der Tschecho-Slowakei, Polens und der UdSSR, aber auch Frankreichs und Englands.

Auch diese Idee der „französischen Sicherheit" hat viel Unheil zur Folge gehabt. Man kann nicht erwarten oder verlangen, daß ein souverä-

---

Deutschland" angeführten Aussagen von Hoggan sind bisher von der Geschichtswissenschaft nicht angezweifelt worden.

ner Staat, dazu noch eine Großmacht im Herzen Europas, seine Politik an den fixen Ideen seiner Nachbarn ausrichtet (Man übertrage dieses Schema einmal auf die kommunistischen Anklagen, die so lange mit den Schlagworten vom Militarismus, Revanchismus, Imperialismus usw. gewürzt sind, bis die kommunistische Staatsordnung durchgesetzt ist). Schon einige Jahre vor Hitlers Machtergreifung hat der deutsche Außenminister Curtius das auch späterhin gleichbleibende europäische Sicherheitsproblem in der Sicht Frankreichs treffend charakterisiert:

> „Das französische Sicherheitssystem könne nicht die Grundlage für eine europäische Verständigung sein. Die politische Unsicherheit der europäischen Verhältnisse sei in erster Linie auf den Versailler Vertrag zurückzuführen.“[15])

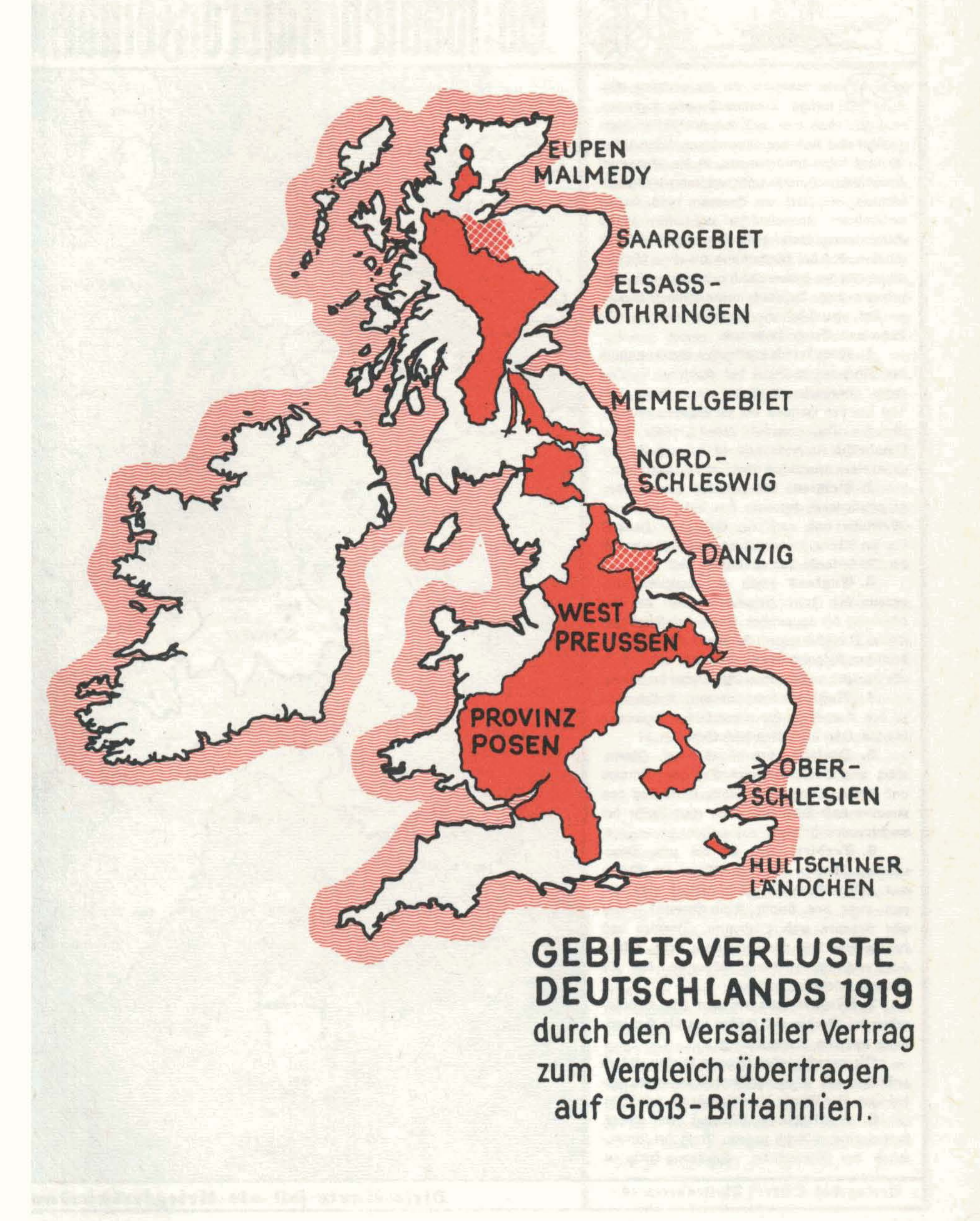
Frankreichs Sicherheit war vor und nach dem Machtantritt Hitlers garantiert durch

1. sich selbst, d. h. ein Mutterland und Kolonien von nahezu 100 Millionen Menschen;
2. einen anfänglich doppelt so hohen Ausgabensatz für Rüstung und Armee, gemessen am Volkseinkommen[16]), abgesehen von der jahrelang allein durchgeführten Weiterrüstung von 1918 an;
3. zahlenmäßige Überlegenheit der Streitkräfte (als Hitler 1935 36 Divisionen aufstellte, besaß Frankreich 41[16]);
4. einen Vorsprung in der Waffentechnik und -erfahrung;
5. das damals modernste und größte Festungswerk (Maginotlinie) an der Ostgrenze;
6. die angrenzende entmilitarisierte Zone des Rheinlandes;
7. die Tatsache, Siegernation, d. h. maßgeblich entscheidende Nation in Europa nach dem Ersten Weltkrieg zu sein;
8. das Versailler Vertragswerk und darüber hinaus durch die sehr großzügig und einseitig auslegbaren, ja geradezu mit einer Generalvollmacht ausgestatteten Garantie- und Schiedsverträge von Locarno (1925);
9. die Satzung des Völkerbundes;
10. die wohlwollende Haltung aller maßgeblichen Völkerbundsmächte sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und der britischen Dominien;

---

[15]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ost-Locarno-Problem 1919—1934“ S. 208.

[16]) Siehe Ausführungen S. 231 ff.



GEBIETSVERLUSTE DEUTSCHLANDS 1919
durch den Versailler Vertrag
zum Vergleich übertragen
auf Groß-Britannien.

So wollten unsere Feinde E

Diese Landkarte, die die politische Einteilung Europas derartig verändert, daß man sich nur mit Mühe darin zurechtfindet und den altvertrauten, heimatlichen Weltteil kaum wiedererkennt, ist die Ausgeburt französischen Dünkels und verblendeten Größenwahnes. — Noch im Sommer 1915, da die verbündeten Zentralmächte auf allen Linien Sieger waren, konnte eitler Chauvinismus daran glauben, daß der Vierverband uns einen schmählichen Frieden diktieren und mit unseren Staatsgebieten nach Belieben werde schalten können. — Der phantasiereiche Franzose denkt sich also Lohn und Strafe so verteilt:

1. Frankreich erhält alles Gebiet westlich des Rheines von Basel bis Koblenz. — Das rechte Rheinufer wird in einer Breite von 100 km von Holland bis zur Schweiz neutralisiert. — Diese neutrale Zone, welche unter Frankreichs Kontrolle steht, schützt auch Belgien gegen einen neuerlichen Einbruch der „Barbaren".

2. Belgien, das natürlich ganz wiederhergestellt wird, bekommt das linke Rhein- und Moselufer und noch ein Stück von Holland bis zur Maas, womit jedenfalls die Neutralität der Niederlande bestraft werden soll.

3. England erhält als einzigen Landgewinn die Insel Helgoland, ferner die Anerkennung der ägyptischen Oberhoheit seitens der Türkei. Natürlich ergreift England von den meisten deutschen Kolonien Besitz und bleibt nunmehr in alle Ewigkeit unbestrittener Beherrscher der Meere.

4. Rußland bekommt ganz Galizien bis zu den Karpathen, die ostpreußischen Provinzen bis zur Oder und Preußisch-Schlesien.

5. Italien „befreit" Südtirol, Istrien, Görz und Gradiska, einen Teil von Kärnten und Krain, Triest und Fiume, einen Teil von Kroatien und Dalmatien samt einer Reihe der vorgelagerten Inseln.

6. Serbien dehnt sich bis zum Drauufer im Norden, bis zum Meere im Westen aus. „Groß-Serbien" (heute gibt es nicht einmal mehr das kleinste Klein-Serbien) nimmt also Kroatien und Slavonien, Bosnien und den größten Teil von Dalmatien samt Inseln, dazu noch ein Stück von Albanien, das als Staat zu bestehen aufhört.

7. Montenegro erweitert sein Hoheitsgebiet im Norden und Süden um die Herzegowina und um Nordalbanien.

Die unterliegenden Staaten werden einfach zerstückelt und in ohnmächtige Kleinstaaten zerschlagen, ihre Macht für ewige Zeiten vernichtet.

8. Deutschland hört auf, ein großes, starkes, einiges Reich zu sein. Nach der Amputation der Rheinländer, Schleswig-Holsteins,

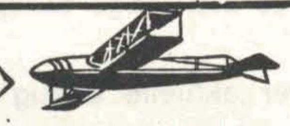
GROSS-BRITANNIEN · NORD-SEE · DÄNEMARK · HOLLAND · BELGIEN · NEUTRALE ZONE · WESTFALEN · HANNOVER · SACHSEN · FRANKREICH · WÜRTTEMBERG · BAYERN · SCHWEIZ · ITALIEN · CORSICA · SARDINIEN · London · Paris · Bern · Rom · Luxemburg · Bodensee

Verlag des Österr. Flottenvereines.

Diese Karte soll als Kriegserinnerung

nach dem Kriege gestalten.





Preußisch-Schlesiens und der Ostprovinzen teilen die Sieger das Deutsche Reich in fünf Kleinstaaten, unter denen Preußen der bescheidenste, armseligste ist und von Hannover und Sachsen an Bedeutung wesentlich überragt wird. — Auch Bayern und Württemberg werden wieder selbständige Staaten, wie Westfalen mit der Hauptstadt Kassel.

9. Österreich-Ungarn wird vom Meere abgedrängt, an Territorialbesitz durch den Gewinn Italiens, Serbiens, Montenegros, Rußlands, Rumäniens und der Schweiz auf den halben Umfang verkleinert. Ungarn wird von Österreich getrennt, ebenso wie Böhmen, das ein selbständiges Königreich bildet. — Österreich, wie es sich die Franzosen nach dem Kriege dachten, umfaßt kaum die steirisch-österreichischen Alpen- und Sudetenländer!

10. Die Türkei wird natürlich aus Europa hinausverwiesen, ihr Besitz beginnt in Kleinasien — Konstantinopel und der Bosporus werden neutral unter der Kontrolle des Vierverbandes. Als Lohn für die Neutralität werden natürlich auch saftige Bissen aus dem Körper der Zentralstaaten verteilt.

11. Die Schweiz bekommt Nord-Tirol und den Bodensee.

12. Griechenland erhält Südalbanien und Valona.

13. Bulgarien, welches zur Zeit des Entstehens dieses Landverteilungsplanes noch zu den neutralen Staaten zählte, wird im Osten arrondiert, während die Ereignisse zu einem Zuwachs im Westen geführt haben.

14. Rumänien wird am ausgiebigsten bedacht: es bekommt ganz Siebenbürgen und das ungarische Gebiet bis zur Theiß sowie den größten Teil der Bukowina.

Schließlich wird den Verbündeten eine Kriegsentschädigung von 100 Milliarden Francs auferlegt.

Seit der Veröffentlichung dieser französischen Wünsche haben die Verbündeten Schlag auf Schlag geführt: Serbien ist vollständig erobert, die deutsch-österreichisch-ungarische Front steht ehern weit in Rußland drinnen, Montenegro hat die Waffen gestreckt, die Dardanellen-Aktion endete mit einem durchschlagenden Fiasko, an der deutschen Front bereiten sich große Umwälzungen vor, unsere Isonzo-Linie ist um keinen Zoll verschoben worden, und die U-Boote der Zentralmächte versenken fleißig stolze Meerriesen der Entente. Das Antlitz Europas wird sich nach dem Kriege wohl verändert haben und es wird interessant sein, diese Karte dereinst mit der neuen politischen Einteilung der alten Welt zu vergleichen!

…re Geschlechter aufbewahrt werden.

Preis 2 Kronen.

Das zukünftige Europa von morgen*)

Der aktuelle Bezug dieser gegenüberliegenden Karte läßt es nach dem Zweiten Weltkrieg angebracht erscheinen, den deutschen Originalkommentar aus dem Kriegsjahr 1915 auch den heutigen Generationen zur Kenntnis zu geben.
„Die Phantasie der uns feindlichen Völker, zumal der romanischen, hat sich seit Kriegsbeginn andauernd mit der Neuverteilung Europas beschäftigt — natürlich immer in der Annahme, daß die Zentralmächte schließlich hoffnungslos am Boden liegen würden. Die obige Karte ist im Sommer 1915 in Paris herausgekommen, zu einer Zeit also, wo den Franzosen der Appetit eigentlich schon hätte vergangen sein können. Wir Deutschen haben, im Vollgefühl unserer Siege und unserer sicheren Stellungen in Feindesland, die höchst unbescheidenen Weltverteilungspläne der Gegner meist humoristisch genommen. Dazu lädt ja auch die Karte in erster Linie ein. Wie naiv mutet uns die Teilung des Deutschen Reichs in sechs selbständige Staaten mit der so veralteten Spekulation auf den deutschen Partikularismus an! Wie „niedlich" sieht das kleine Preußen aus. Auch der plumpe Versuch, die Neutralen durch Versprechen von Gebietserweiterungen zu gewinnen, wie die Schweiz, oder durch Gebietswegnahme zu bestrafen, wie die Niederlande, stimmt uns heiter. Einige Punkte kann man jedoch ernsthafter behandeln. So fällt auf, daß Polen zwar unmäßig vergrößert ist — aber bei Rußland verbleibt. Überhaupt wird das Prinzip, daß die „unterdrückten Völker" selbständig gemacht werden sollen, nur bei den Feinden durchgeführt, nicht bei den Verbündeten. Ferner werden ohne jede Rücksicht auf die Neutralität der Bewohner große Stücke rein deutschen Gebietes an Frankreich, Belgien und Rußland, wird Tirol an die Schweiz abgegeben, ohne daß dafür irgendwelche andere Gründe angeführt werden könnten, als die Absicht, die Gegner durch Verkleinerung ihres Gebietes zu schwächen. Ebenso hat der Plan, die innere Gestaltung des Deutschen Reiches gewaltsam bestimmen zu wollen, auch seine ernsthafte Seite. Wir wollen die Frage, ob und wie die Zentralmächte ihre Siege in ähnlicher Weise ausnützen könnten, nicht näher erörtern. Jedenfalls haben Leute, die solche Karten wie die obige herausgeben oder solchen Phantasien zustimmen, jeden Anspruch darauf verwirkt, sich als Beschützer des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aufspielen zu dürfen."

---

*) Editeur: F. Pigeon, Libraire, 57, rue Richelieu, Paris.
Namenseintragungen im Original französisch. Die mit dem umseitigen Text vorliegende Karte ist einem österreichischen Flugblatt aus dem Ersten Weltkrieg entnommen.
Vergl.: Paul Schreckenbach „Der Weltbrand — Illustrierte Geschichte aus großer Zeit", Leipzig 1920, Bd. II, S. 398/399.

11. militärische Bündnisse mit Großbritannien,
12. mit Belgien,
13. mit Polen,
14. mit der Tschecho-Slowakei.

Im übrigen war die Sicherheit Frankreichs nicht im mindesten bedroht, da von deutscher Seite aus niemals auch nur der geringste Anlaß gegeben worden ist, der auf eine unfreundliche Haltung oder gar Bedrohung Frankreichs hätte hinauslaufen können.

Was hatte Deutschland der Umklammerung und hochgerüsteten Bereitschaft der Nachbarländer (Frankreich war nur eines von ihnen!) an Sicherheitsgarantien gegenüberzustellen? Deutschland hatte nach 1918 keinen einzigen militärischen Verbündeten und — zumindest bis 1936 — nicht annähernd das Rüstungs- und Wehrpotential auch nur eines einzigen seiner großen Nachbarn. Deutschland schien — im Gegensatz zu Frankreich — keinen Anspruch auch nur auf geringen Selbstschutz zu haben. Auch hätte es dem britischen „Gesetz" des europäischen Gleichgewichts widersprochen, hätte England objektiv, gerecht und somit beruhigend auf die europäischen Staaten eingewirkt. Deutschland, nach 1918 durch unrechtmäßige Beute der Versailler Sieger und Mitsieger seinen Nachbarn entfremdet, war vor die Alternative gestellt, ganz gleich, wer die Politik in die Hand nehmen sollte: entweder seine berechtigten Ansprüche auf nationale Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aufzugeben oder sich den Unwillen einer an seiner Entmachtung interessierten Mächtekoalition zuzuziehen. Deutschland wurden jene Rechte abgesprochen, und die Gegebenheiten der europäischen Mitte wurden verleugnet, an denen sich jede wie immer geartete deutsche Politik notwendigerweise orientieren mußte.

Eine „deutsche Gefahr" wurde konstruiert zu einer Zeit, als überhaupt keine Voraussetzungen hierfür gegeben waren. Mit dem Hinweis auf die „deutsche Gefahr" schloß Frankreich im Jahre 1936 seinen Beistandspakt mit der Sowjetunion ab, ohne zu bewerten, daß ein französisch-russisches Bündnis nachgewiesenermaßen schon den Ersten Weltkrieg vorbereiten half! Die öffentliche Meinung Frankreichs war nach Aussage des französischen Botschafters in Berlin „gegen eine Verständigung mit Deutschland"[17]). Es entsprach der Wahrheit, als der deutsche Außenminister v. Neurath dem us-amerikanischen Botschafter in Paris, William C. Bullitt, am 18. 5. 1936 mitteilte:

> „Es sei der tiefste Wunsch Hitlers, mit Frankreich zu einer wirklichen Verständigung zu gelangen, aber auf jeden Versuch, den er oder Hitler

[17]) François-Poncet „Als Botschafter in Berlin" S. 183, 179.

unternommen habe, Frankreich näherzukommen, habe Frankreich entweder gar nicht oder abweisend geantwortet."[18])

Mit dem Regierungsantritt Hitlers hatte man diese Politik der Furcht fortgesetzt und sich um so weniger bemüßigt gefühlt, eigenes Unrecht, eigene Fehler zuzugeben und abzuändern, da es sich um „das schwarze Schaf der internationalen Gesellschaft" — Adolf Hitler — handelte. Da auch andere auf Deutschland schimpften und Hitler alles und jedes in die Schuhe schoben, stimmten sie in diese Haß- und Furchtagitation ein und hofften so, eine Welt zu gewinnen und damit ihre eigene Sicherheit zu bestärken. In Wirklichkeit entfernten sich diese Agitatoren dabei so weit von ihren eigenen Thesen der Gleichberechtigung und Souveränität, der Gerechtigkeit und Friedenspolitik, daß die Konfliktstoffe nur größer geworden waren. Das, was sie verhindern wollten, haben sie heraufbeschworen — durch Furcht und Agitation. Doch aus Angst sind nun einmal im internationalen Zusammenleben keine Rechte abzuleiten — und schon gar nicht aus unbegründeter Angst.

Adolf Hitler erklärte in einem Interview der „Daily Mail" im Jahre 1933:

> „Die Behauptung, daß sich das deutsche Volk mit Begeisterung auf den Krieg vorbereite, ist eine uns einfach unfaßbare Verkennung des Sinnes der deutschen Revolution. Wir Führer der nationalsozialistischen Bewegung sind fast ohne Ausnahme Frontsoldaten gewesen. Ich möchte den Frontsoldaten sehen, der mit Begeisterung sich auf einen neuen Krieg vorbereitet! ...
> Glauben Sie, daß wir unsere Jugend, die unsere ganze Zukunft ist, und an der wir alle hängen, nur erziehen, um sie dann auf dem Schlachtfeld zusammenschießen zu lassen?"[19])

Reichspräsident von Hindenburg in einer Rundfunkrede am Vorabend der Reichstagswahlen vom 12. 11. 1933:

> „Es ist Lüge und Verleumdung, wenn man uns im Ausland kriegerische Absichten unterstellt ... Wer wie ich in drei Feldzügen die Schrecknisse des Krieges selbst erlebt hat, wird keinen neuen Krieg wünschen können, sondern die Erhaltung des Friedens als ernsteste Pflicht gegenüber dem deutschen Volk und der ganzen Welt ansehen ... Mit unserem ganzen Herzen wollen wir den Frieden in Ehren und Gleichberechtigung. ..."[20])

Adolf Hitler auf dem Tempelhofer Feld am 1. 5. 1934:

> „Wenn eine andere Welt glaubt, unserem Volk die Friedensliebe wegleugnen zu können, so spricht für diesen wirklichen Geist unseres Volkes nichts schlagender und gewaltiger als das Verhältnis des Besitzes des deutschen Volkes an Lebensraum auf dieser Welt, verglichen mit dem Besitz anderer Nationen. ...

---

[18]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 353.
[19]) G. Rühle „Das Dritte Reich" Bd. 1933 S. 294.
[20]) K. Wippermann „Deutscher Geschichtskalender" S. 306/307.

Das deutsche Volk wollte daher auch keinen Krieg, weil es ihn nicht benötigte. Es ist fähig genug, ohne fremde Raubgüter, Tribute, Kontributionen usw. sich sein eigenes Leben erträglich gestalten zu können. Und es hat sich dieses Leben einst gut gestaltet."[21])

Adolf Hitler nach der Feier zur Rückgliederung der Saar im März 1935:

„Jeder Krieg ist bei der modernen Technik ein Wahnwitz. Wer nur von einem solchen redet, gehört sofort international unschädlich gemacht. Bei den jetzigen Waffen würde bei einer kriegerischen Verwicklung selbst einfachster Art ein so unverhältnismäßiger beiderseitiger Verlust an Blut und Zerstörungen aller Art entstehen, daß ich glaube, nur ein Wahnsinniger könnte jetzt einen Krieg beginnen."[22])

Adolf Hitler auf einer Gauleitertagung im Jahre 1936 im Münchener Rathaus:

„Heute wird überall in der Welt gegen mich ein richtiges Kesseljagen veranstaltet. Nehmen Sie, welche Weltzeitung Sie wollen, in die Hand und lesen Sie sie. Man könnte erschrecken über den Haß, der mir da entgegengebracht wird. Ich verstehe, daß das Emigrantenvolk, das wie ein Rudel Mäuse vor dem Kater bei meinem Erscheinen als Kanzler aus unserem Reichshause davonlief, schimpft. Ich habe ihnen ihre Pfründe genommen. Mögen Sie! Das läßt mich kalt. Auch das deutsche Volk. Aber genau wie ich es schon 1919 und 1920 erkannte, bildet sich wieder unter dem Vorwand der Bekämpfung meiner Person eine haß- und neiderfüllte drohende Einheit der alten Feinde Deutschlands in allen Teilen der Welt. Was habe ich eigentlich, was hat das deutsche Volk diesen Reichsten der Reichen getan, daß sie gerade uns so hassen? Wir wollen unser Reich in Frieden mit eigenen Kräften wieder aufrichten. Da boykottiert man unsere Waren. Also sind wir zur Autarkie gezwungen. Da schreit man, das sei gegen das Prinzip des Welthandels. Da kann ich nur fragen: was wollen sie eigentlich, alle diese ewigen Hasser unserer Arbeit? Auf keinen Fall uns helfen. Aber haben sie es etwa der guten Weimarer Biedermannsrepublik anders gemacht? Nein! Die haben sie nur leichter überrennen können als uns. Die Juden der ganzen Welt hassen mich. Das ist erklärlich. Das nehme ich hin. Aber sie schüren allüberall mit ihrer Macht den Kampf gegen unsere nationalen Lebensgrundlagen. Warum haßt mich England? Warum die USA? Warum Frankreich? Fast glaube ich noch eher, mich mit Moskau verständigen zu können, als mit diesen goldtriefenden, vor Sattheit ungemütlich gewordenen Demokratien. Aber meine Nächte sind voll ernstester Unruhe, mein Schlaf ist mir genommen, wenn ich an dieses Unisonokonzert der Weltmächte gegen uns denke."[23])

Hermann Göring anläßlich eines Kriegsteilnehmertreffens in Berlin im Februar 1937:

„Es kann keine besseren Friedensverteidiger geben als die alten Frontkämpfer. Ich bin überzeugt, daß sie vor allen anderen ein Recht haben,

---

[21]) G. Rühle „Das Dritte Reich" Bd. 1934 S. 162.
[22]) H. Frank „Im Angesicht des Galgens" S. 201.
[23]) ebenda S. 194.

den Frieden zu fordern und ihn zu gestalten. Ich erkenne das Recht der Gestaltung des Lebens der Völker in erster Linie den Männern zu, die mit der Waffe in der Hand durch vier schwere Jahre in die Hölle, in die Hölle des Weltkrieges gegangen sind, und ich weiß, daß die Frontkämpfer auch am ehesten darauf bedacht sein werden, ihren Völkern die Segnungen des Friedens zu erhalten.... Die, welche die Schrecken des Krieges nicht kennen, können von einem frisch-fröhlichen Krieg sprechen. Wir aber wissen, daß es ein furchtbares Ding ist um die letzte Auseinandersetzung zwischen den Völkern."[24])

Welche Fülle von Beleidigungsprozessen hatte Hitler schon in der Weimarer Zeit als Kläger anstrengen müssen! Er hatte sie alle gewonnen[25]). Nicht ein einziges Mal wurde Hitler in dieser Zeit wegen Beleidigung verklagt! Im innen- oder parteipolitischen Kampf um die Macht hatte man eine solche Praxis der Agitation unter dem Motto der Freiheit der Meinungsäußerung gezüchtet. Auf internationaler Ebene jedoch, wo kein Richter mehr zügelnd eingreifen kann, wo es nicht mehr um Wahlerfolg oder Wahlniederlage von Parteien geht, sondern um Frieden oder Krieg zwischen den Völkern, wirkt sich eine solche „geistige Auseinandersetzung" erheblich anders aus. Dennoch war es im Ausland legitim und „patriotisch", diese Agitation auf der internationalen Ebene fortzusetzen, ungeachtet der daraus erwachsenden Gefahren für die europäischen Völker. Die Auslandspresse kannte kein Verbot für Völkerhetze und Rassenwahn. Hitlers Worte aus der Reichstagsrede vom 28. 4. 1939 blieben unbeachtet:

„Soweit es sich um Deutschland handelt, ist mir von einer derartigen Bedrohung anderer Nationen nichts bekannt; wohl aber lese ich in den demokratischen Zeitungen jeden Tag die Lügen von derartigen Bedrohungen. Ich lese an jedem Tag von deutschen Mobilmachungen, von Truppenlandungen, von Erpressungen, und zwar alles an Staaten, mit denen wir nicht nur in tiefstem Frieden leben, sondern in vielen Fällen auch eng befreundet sind.

... dann ist es ein strafbarer Leichtsinn, um kein schlimmeres Wort zu gebrauchen, wenn die Führer von Völkern, die über eine solche Macht verfügen, es nicht fertigbringen, ihrer zum Kriege hetzenden Presse die Zügel anzulegen, um dadurch die Welt vor dem drohenden Unheil einer kriegerischen Auseinandersetzung zu bewahren."

Es sollte Pflicht der Publizistik sein, um jeden Preis für eine Verständigung der Völker zu arbeiten. Unsachliche Beschimpfungen fremder Völker sowie ihrer Führer, verleumderische Entstellungen, unrechtmäßiges Handeln verstoßen jedoch gegen diese Pflichten. Gerade in Demokratien, in denen weder die Stellungen der Politiker stabil, noch

---

[24]) Ch. Bewley „Hermann Göring" S. 214.

[25]) H. Frank ebenda S. 68 ff zwei Ausnahmen: mit zwei Parteiangehörigen wurden Vergleiche geschlossen.

die Verantwortlichkeiten scharf abgegrenzt sind, sind die von einer anonymen Publizistik heraufbeschwörbaren Gefahren unermeßlich groß. Die Machtkräfte der Gesellschaft, denen eine auf den Mammon „Geld" ausgerichtete Presse in die Hand arbeitet, tragen die genehmen Politiker auf ihren publizistischen Schwingen und stürzen jene, die diesen Geldinteressen entgegenzuwirken scheinen, und zwar selbst dann, wenn sie im Rufe ausgesprochener Befriedungspolitiker stehen (s. z. B. N. Chamberlain).

Der Reichsregierung wurde Kriegswillen unterstellt und die Absicht, die Weltherrschaft zu erstreben. Bestanden diese Vorwürfe zu Recht? Die Machtübernahme der NSDAP in Deutschland „bedeutet Krieg" — so tönte es überall zu einer Zeit, da jeder andere Staat in Europa, gemessen an seinem Rüstungs- und Wehrpotential, kriegsbereit war, nur Deutschland nicht. Daß Hitler schon im Jahre 1933 Krieg geplant haben soll, konnte man selbst im IMT-Verfahren in Nürnberg 1945/46 nicht nachweisen. Eine Regierung in einer solchen innen- und außenpolitischen Situation wie der Nationalsozialismus seit der Machtübernahme ist technisch gar nicht in der Lage, sofort oder nach wenigen Jahren langfristig Eroberungszüge zu planen. Ist die erstaunlich rasche Überwindung eines politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Chaos ein Zeichen für Kriegsvorbereitung? Baut man Autobahnen und Passagierdampfer, weil man Krieg plant? Vervollkommnet man die Waffentechnik der Verbrechen wegen? Der deutschen Führung sind solche Absichten unterstellt worden, anderen Regierungen nicht. Eine Staatsführung, die nicht möglichst sparsam, praktisch und wirkungsvoll für Wohlergehen, Sicherheit und die Zukunft ihres Volkes sorgt, ist unwürdig und verantwortungslos — und zwar unabhängig davon, wie andere Mächte diese Maßnahmen beurteilen!

Man schämt sich nicht, die Ankurbelung des deutschen Wirtschaftslebens bereits im Jahre 1933 als „industrielle Mobilmachung" zu bezeichnen:

> „Deutschland arbeitete unter Mobilisations-Regime. Die Arbeiter fronten 9 und 10 Stunden. Die Fabriken waren kriegswirtschaftlich organisiert. Der Zivilverbrauch war auf ein Minimum heruntergedrückt. Was dabei herauskommen mußte, war ungefähr dasselbe wie damals im Weltkrieg. Man brauchte nur nachzuschlagen. Herr Benesch hatte es als sicher bezeichnet, daß Deutschland im Frühjahr 1935 bereits eine Luftwaffe von 4 000 Flugzeugen haben werde, und das war ein Anfang.
>
> Was war mit den anderen?
>
> Es gab bei ihnen nicht die Spur eines Ansatzes von Mobilisations-Regime. Es gab das hellste, liberalste Friedens-Regime."[26])

---

[26]) L. Schwarzschild „Von Krieg zu Krieg" S. 435.

Primitiver geht es wirklich nicht. Nicht zweifelhafte Tagesjournalisten, sondern sich als „seriöse Historiker“ ausgebende Männer versteigen sich zu solchen Darstellungen. Man scheut sich nicht, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Erbhofordnung als „Umschaltung der Landwirtschaft auf die Geleise der Vorbereitung eines neuen Krieges“[27]) zu interpretieren, den Reichsarbeitsdienst als wichtigen Faktor in Deutschlands Geheimrüstungen, die Disziplin in Deutschland als einen Ausdruck der Revanche und Kriegslüsternheit, die im Zuge der Geschichte liegende und von allen Staatsführungen anerkannte Zentralisation und Einheitlichkeit der politischen Gestaltung als einen „Beweis“ für die „barbarische Tyrannei“ und die „kriegerisch-imperialistischen Absichten“ anzubieten. Man agitiert — denn es ist nichts weiter als unverantwortliche Agitation! — von einer „furchtbaren Herausforderung durch die deutsche Technik an die freie und zivilisierte Welt“[28]). Nach kommunistischer Auffassung hat der Zweite Weltkrieg sogar schon 1933 begonnen, als Hitler die Macht in Deutschland ergriff[29]).

Was packten diese Agitatoren von einst, was packen die „Historiker“ von heute nicht alles in den Koffer der „hitlerfaschistischen“ Aufrüstung! Und nicht allein die kommunistischen Vertreter! Als Aufrüstung gelten: Der Bau von Kasernen, Flugplätzen, Forschungsstätten, Versuchsanstalten, Verwaltungsgebäuden usw.; — Anlagen, über die alle anderen Großmächte bereits in ausreichendem Maße 1933 verfügten und die anscheinend eine Großmacht wie Deutschland nicht besitzen durfte; Autobahnen, Passagierdampfer, staatseigene Industriewerke wie z. B. das Volkswagenwerk oder die Hermann-Göring-Werke; nicht zu vergessen die Produktion von Stiefeln und Lastkraftwagen[30]); der Ausbau der zivilen Luftfahrt, der während der ganzen Weimarer Zeit vernachlässigt worden war. Alle anderen Länder, namentlich England und Frankreich, hatten seit Jahr und Tag der zivilen Luftfahrt besondere Aufmerksamkeit gewidmet, — ohne daß sich das „Weltgewissen“ empörte! Ihre Aufwendungen hierfür — jedes Land für sich genommen — betrugen selbst nach 1933 ein Vielfaches dessen, was Hermann Göring zu investieren vorschlug[31]).

Ferner wird hineingepackt: Uniformbeschaffung für Wehrmacht, Reichsarbeitsdienst, SS, SA, OT, HJ; der Aufbau von Organisationen wie der Deutschen Arbeitsfront (Arbeitsbuch = „Soldbuch“), Organi-

---

[27]) O. Winzer „12 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg“ russ. S. 51/52.
[28]) R. Sherwood „Roosevelt und Hopkins“ S. 114.
[29]) Kommunist Nr. 2, Februar 1957, S. 60.
[30]) Fr. Rück „1919—1939 Friede ohne Sicherheit“ S. 333.
[31]) Ch. Bewley „Hermann Göring“ S. 120.

sation Todt usw., die Wirtschaftsplanung im Vierjahresplan, der Appell an Volksgemeinschaft und Kameradschaft, die Sport- und Wehrertüchtigung der Jugend, kurz alles, was Hitler von 1933 an getan hat, fällt in die Rubrik der „Aufrüstung".

> „Alle Maßnahmen jedoch, die er (Hitler) traf, um die Wirtschaft zu beleben, die Produktion zu steigern, den Export zu erhöhen, Rohstoffe sicherzustellen, neue Industrien aufzubauen oder die Landwirtschaft auf Autarkie umzustellen, waren auf den Kriegsfall berechnet."[32])

Selbst die Kultur- und Sozialpolitik wird hierbei nicht verschont. Ebenfalls s i e diente — so will es nicht nur die Meinungspresse, sondern auch die „Geschichtswissenschaft" — „der Verschwörung gegen den Weltfrieden", da sie darauf ausgerichtet war, „die Massen zu benebeln, zu betrügen und in ein williges Werkzeug für die beabsichtigte Kriegführung und Weltherrschaft zu verwandeln". — Man muß wirklich staunen, was erwachsene Männer ihren Völkern nicht alles an Dummheit zumuten, nur um Haß zu schüren und diesen für ihre Interessen nutzbar zu machen.

Eine Großmacht aber, die 6 bzw. 7 Jahre intensiv aufrüstet (für einen verbrecherischen Welteroberungskrieg, versteht sich) und nichts anderes tut als das, müßte ein überwältigendes Potential auf die Beine gestellt haben. Wie erschütternd gering sind jedoch die Wirtschafts-, Waffen-, Munitions- und Ausrüstungsvorräte tatsächlich gewesen! (Siehe Seiten 231 ff.) Nicht materielle Überlegenheit, sondern vorbildlicher Soldatengeist, kühne Führungskunst, technischer Vorsprung und scharfe Konzentration der gezielten Waffenwirkung in den Brennpunkten des Kampfes hatten die Siegeszüge der Wehrmacht 1939—1940 ermöglicht!

Mit besserem Recht als jede andere Regierung konnte sich Hitler auf völkische und historische Notwendigkeiten berufen, um Deutschland wieder wehrfähig zu machen.

> „Es gibt eine selbst für den pazifistischen Staat unerläßlich zu beobachtende Tiefpunktgrenze seiner Wehrlage. Sie liegt dort, wo der Wehrzustand nicht einmal zur Verteidigung gegen den militärischen Angriff selbst des schwächsten Nachbarn ausreicht. Diese Linie war für das Deutsche Reich durch sein Einhunderttausend-Mann-Heer ohne Panzerwagen und ohne schwere Artillerie und ohne Reserven an ausgebildeten Jahrgängen und ohne jede Luftwaffe im Versailler Vertrag soweit unterboten, daß selbst die kleine Tschechoslowakei demgegenüber hoch gerüstet erscheinen mußte, von Polen, Belgien oder Frankreich ganz abgesehen. Einer kriegerischen Kombination dieser Staaten gegenüber wäre

---

[32]) H. Mau und H. Krausnick „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933—1945" S. 91.

Deutschland aber schon vor dem ersten Schuß vollkommen erlegen. Von solchen Riesengebilden wie etwa der Roten Armee natürlich überhaupt nicht zu reden. Und was wirklich an illegalen Waffen aus der Zeit der Weimarer Republik vorhanden war, zählte ernstlich überhaupt nicht.

Als daher Hitler 1935 sein Programm mit 36 Divisionen bekanntgab, konnte überhaupt kein anderes Ziel gegeben sein, als die völlig anormal komplett verteidigungsunfähige Lage des Reiches umzuformen in einen Zustand, der wenigstens eine gewisse Verteidigungsmöglichkeit gewährleistete[33]).

Hitler hat die Rüstung nicht angekurbelt, um die gesundende Wirtschaft erneut ins Chaos und das zum Einheitsbewußtsein zurückfindende deutsche Volk in Krieg zu stürzen. Kein Politiker setzt sich solche irrsinnigen Ziele. Sie ließen sich auch nicht realisieren! Hatte Hitler nicht erst aufzurüsten begonnen, als die Deutschland umlagernden Versailler Mächte ihr Versprechen auf Abrüstung und gleichberechtigte Behandlung Deutschlands gebrochen, die wiederholten Abrüstungsvorschläge deutscher Regierungen zurückgewiesen, ja selbst weiter aufgerüstet und sich überdies in militärischen Bündnissen, Blockbildungen und mündlichen Zusicherungen gegenseitig verpflichtet hatten? Jedes einzelne Kabinett der Weimarer Zeit war von der ständig akuten Gefahr des militärischen Einmarsches irgendeines Nachbarn bedroht. Solche Invasionen sind tatsächlich erfolgt, wiederholte „Präventivkriegs"-absichten vor der unmittelbaren Ausführung wieder hinfällig geworden, Grenzlandkämpfe nahezu an der Tagesordnung gewesen. Nur zögernd hatte sich Frankreich bewegen lassen, auf das linke Rheinufer zu verzichten. Hinzu kommen noch die weiteren, über die Versailler Grenzziehung hinausgehenden Ansprüche auf deutsches Land: Die Tschecho-Slowakei forderte das Glatzer Bergland und die Lausitz, Polen die Annexion ganz Oberschlesiens und Ostpreußens. Mit dem Machtantritt Hitlers hat sich an dieser Lage grundsätzlich nichts zu Deutschlands Gunsten geändert. Diese Faktoren waren und blieben Ansatzpunkt für Hitlers Vorgehen. Auch von einem „deutschen Militarismus" als Vorläufer und Vorbereiter für deutsche Aggressionspläne ist keine Spur zu finden! Selbst wenn eine Weltpresse zwanzig Jahre lang oder noch länger diese Fakten in gleichbleibender Monotonie entstellt und Hitler bezichtigt, Initiator der Aufrüstung zu sein, so ist hiermit wohl egoistischen Interessen bestimmter Machtträger, nicht hingegen historischer Wahrheit gedient. Der britische Historiker A. J. P. Taylor hat neben vielen anderen Sachkennern einwandfrei festgestellt, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich den Startschuß für das Wettrüsten abgegeben hatte[34]).

---

[33]) H. Frank „Im Angesicht des Galgens" S. 240.

[34]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 77.

Hitler hat nicht einmal diese durch Verschulden einzelner Siegermächte verschärfte Lage blindwütig ausgenutzt, um eigene übermäßige Aufrüstung zu rechtfertigen. Er hat in jeder Entwicklungsphase Vorschläge und Angebote aller möglichen Varianten auf gleichberechtigter Basis gemacht. Die Worte in seiner Reichstagsrede vom 21. 5. 1935 müssen vor der Geschichte gewürdigt und anerkannt werden:

„Sie (die Reichsregierung) ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimmte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettrüsten zu vermeiden."

Ein schwaches Volk hat nichts zu beanspruchen in dieser Welt, und wie die Versailler Deutschlandpolitik bewies, nicht einmal ein Selbstbestimmungsrecht. Es wäre kein deutscher Standpunkt gewesen, nach den bitteren Jahren der Ohnmacht weiterhin wirtschaftliche, militärische und somit politische Erstarkung zu verneinen. Nur durch Mannhaftigkeit und Kühnheit konnte Deutschland seine Ehre und Gleichberechtigung wiedererringen.

„Alle die hierzu (zur Rückgewinnung der nationalen Ehre) notwendigen Maßnahmen waren leider nicht auf dem Wege der Verhandlungen zu erreichen. Aber abgesehen davon: Die Ehre eines Volkes kann überhaupt nicht ausgehandelt, sondern sie kann nur genommen werden. So wenig man sie ihm auch nicht weghandeln, sondern auch nur einst nehmen konnte."[35])

Der deutsch-polnische Nichtangriffs- und Freundschaftspakt von 1934 wird von diesen „Friedenspolitikern" als eine „bedeutende Etappe in der Vorbereitung der deutschen Aggression" dargestellt[36]).

„Hitler brauchte diesen Pakt, um die Anhänger der kollektiven Sicherheit in Verwirrung zu bringen und an diesem Beispiel zu zeigen, daß Europa nicht kollektiver Sicherheit, sondern zweiseitiger Abkommen bedürfe. Dies ermöglichte es den deutschen Aggressoren, selbst darüber zu entscheiden, mit wem und wann sie ein Abkommen schließen und wen sie wann überfallen wollen....

Dreister geworden, ergriff Hitler eine Reihe von Maßnahmen zwecks ..."[36])

Man ist sprachlos vor so viel großmütiger Anerkennung fremdvölkischer Lebensrechte und vor der großherzigen Würdigung des deutschen Willens zum Aufbau und zur internationalen Zusammenarbeit. Kriegshetze? — Nein, solche Argumente und Wertungen sind vorbild-

---

[35]) G. Rühle „Das Dritte Reich" Bd. 1937 S. 47. Adolf Hitlers Reichstagsrede vom 30. 1. 1937.

[36]) „Geschichtsfälscher — Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 14.

liche Kennzeichen echter Friedenspolitik — so jedenfalls wurde es dem deutschen Volk nach 1945 beigebracht. Weil also Hitler sich um die Freundschaft mit seinem östlichen Nachbarn bemüht und sie auch konstruktiv zu gestalten gewußt hat, — hat er sich der Aggression bzw. ihrer Vorbereitung schuldig gemacht! Ein Blick in die Gegenwart zeigt, daß in der heutigen Agitation nicht einmal Nuancierungen gegenüber früheren Jahrzehnten festzustellen sind, was um so erstaunlicher ist, als sich diese Agitation nunmehr gegen andere Völker und „Regime“ richtet.

Unmißverständlich haben sich zahlreiche Memoirenschreiber nach dem Zweiten Weltkrieg über die damalige Lageeinschätzung Englands, Frankreichs, der Sowjetunion und anderer Länder geäußert. So u. a. der sowjetische Botschafter in London, I. M. Maisky:

> „Vansittart, der seinerzeit einen Schlüsselposten als ständiger Berater des Außenministers innehatte, erklärte mir in gerade diesem Jahr 1933 in einer Unterredung:
>
> ‚Hitler hat viele Schwierigkeiten und Feinde — äußere und innere.... Die Franzosen, Belgier, Tschechen, Polen verhalten sich ihm gegenüber äußerst argwöhnisch.... Es gibt Leute, die nach dem Führungsposten in seinen Reihen streben, mit denen Hitler nicht leicht fertig werden wird.... Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Schlägerei in den inneren Reihen die nationalsozialistische Partei zum Zusammenbruch führt.... Man muß abwarten und sehen‘...“[37])

Die unterstellten langfristigen Eroberungspläne waren der Reichsregierung auch schon deshalb unmöglich, weil Hitler mit der Feindschaft der Westmächte, der osteuropäischen Staaten, des internationalen Judentums — soweit es vorhanden und einflußreich war[38]) —, aber auch dem Bolschewismus zu rechnen hatte. Außerdem dürfte der Erste Weltkrieg Anschauungsmaterial genug geliefert haben für die strategische Situation des deutschen Volkes. Zudem lag die Wahrscheinlichkeit jederzeit nahe, daß in Geheimverträgen der Sowjetunion mit der Tschecho-

---

[37]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 32.

[38]) „Daily Expreß“ am 24. März 1933:

> „Das israelitische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg.
>
> Das Auftreten des Hakenkreuzes als Symbol des neuen Deutschland hat das alte Streitsymbol Judas zu neuem Leben erweckt. Vierzehn Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären.
>
> Der jüdische Großhändler wird sein Haus verlassen, der Bankier seine Börse, der Kaufmann sein Geschäft und der Bettler seine Elendshütte, um sich in einem heiligen Krieg gegen die Leute Hitlers zusammenzuschließen.“

zitiert bei: Pierre-Antoine Cousteau „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“ S. 94.

Mag es eine jüdische Weltorganisation mit wirklichem Einfluß gegeben haben oder nicht — sie war jedenfalls keine deutsche Erfindung! —, aber solche weltweiten Rufe nach Krieg wegen der inneren Angelegenheiten eines anderen Volkes erfüllten den Tatbestand der Kriegsprovokation.

Slowakei und Frankreich und dieses wieder mit Großbritannien das kurzfristige Aufrichten einer überwältigend massiven Front gegen Deutschland bereits festgelegt war. Bei einer so bestellten Lage hätte es jede wie immer geartete Reichsregierung alle Mühe gekostet, sich überhaupt einige Wochen oder Monate zu verteidigen. Alle deutschen Planungen mußten in jedem Fall von diesen Gegebenheiten ausgehen und sind hiervon ausgegangen, wie die aufgefundenen Dokumente nachweisen.

Es war Verleumdung, daß Hitler England oder Frankreich angreifen wollte oder daß die Ehre dieser beiden Länder durch das Abkommen von München (Sept. 1938) verletzt worden sei. Lächerlich und gefährlich, solche Folgerungen aus einem Abkommen zu ziehen, das vier souveräne Staatsmänner freiwillig miteinander abgeschlossen und noch anschließend mit zusätzlichen Friedens- und Freundschaftserklärungen bekräftigt haben! Gleichermaßen unverantwortlich war es zu unterstellen und propagandistisch monoton in die Welt hinauszutragen, Hitler wolle in Verfolg seines Programmes die Tschechen, Polen, Dänen, Norweger, Rumänen, Ungarn, 30 Millionen Slawen oder die Juden vernichten, die Ukraine oder gar die ganze Welt erobern[39])! Er hatte kein eroberungslüsternes, vernichtungswilliges Programm dieser oder ähnlicher Art[40])! Hitlers Wille zur Freundschaft mit einem starken Polen

---

[39]) Wie unsinnig eine derartige Unterstellung ist, geht aus einem Vergleich der damaligen Herrschaftsräume jener Weltmächte, die z. T. offen ihre Weltherrschaftsziele verkündeten, und dem deutschen Lebensraum hervor:

Großbritannien	40	Mill. qkm
Rußland	19	Mill. qkm
USA	9,5	Mill. qkm
Deutschland	0,6	Mill. qkm

Winston Churchill schrieb am 19. 8. 1939 in der Londoner Wochenzeitung „Picture Post“, daß England binnen weniger Tage drei Viertel der Gesamtbevölkerung der Erde gegen Deutschland auf die Beine bringen könne.
A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts“ S. 231.

[40]) Die Hitler und Deutschland so stark belastende „Juden-Endlösung“ wird in einer anderen Arbeit des Autors untersucht. Hier soll die Feststellung genügen, daß es vor Kriegsbeginn kein Vernichtungsprogramm gegeben hat und die im Krieg geschehenen Unmenschlichkeiten nicht als Ursache für die Vorkriegspolitik ausgegeben werden können.
Die „Juden-Endlösung“, deren Untersuchung von der historischen Forschung heute noch nicht als abgeschlossen gelten kann, war nicht das erste und einzige Kriegsverbrechen. Wer die „Juden-Endlösung“ werten will, muß die Kriegsschuldfrage ergründen, die Frage nach den Initiatoren der Kriegsausweitung stellen und beantworten, er muß sich mit den Kriegszielen befassen — und er muß die ersten sieben großen Kriegsverbrechen und die zahlreichen Kriegsverbrechen geringeren Umfanges in seine Wertung zeitlich und den Moralgrundsätzen entsprechend, d. h. nach dem gleichen Wertmaßstab einordnen. Diese großen Kriegsverbrechen waren:
1. Die Hinmetzelung von über 20 000 Volksdeutschen in Polen — September 1939
2. Die Zwangsdeportation und teilweise Liquidierung von über 1,7 Millionen Polen unter sowjetischer Herrschaft — September 1939 bis Juni 1941. Polnische

ist historisch nachweisbar bis in die letzten Friedenstage. Die Furchtagitation des US-Präsidenten F. D. Roosevelt, derzufolge Amerikas Grenze am Rhein liegen müsse[41]), da das Dritte Reich die USA bedrohe und einen Überfall auf die südamerikanischen Staaten plane, muß man als zügellose Kriegshetze bezeichnen. Man würde solche Phantasien in das Reich der Märchen verweisen, hätten nicht namhafte „Demokraten" mit diesen Schlagworten Politik gemacht und die Völker gegeneinander aufgewiegelt. Man kann auch nicht sagen, daß der Antisemitismus in Deutschland zur Kriegspolitik gegen Deutschland berechtigt hätte oder Anlaß hierfür gewesen sei. Denn

---

Quellen sprechen von 400 000 Menschen, die im Zuge dieser Aktion von den Sowjets umgebracht worden sind — M. Bardèche „Nürnberg oder die Falschmünzer" S. 49

3. Der Mord an über 10 000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn — April 1940
4. Der Partisanenkrieg, ausgerufen von England, später auch von allen anderen Alliierten — ab Mai 1940
5. Der Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, begonnen von England — ab Mai 1940
6. Die Ermordung von tausenden und Zwangsumsiedlung von 128 000 Balten — 1940 bis Juni 1941
7. Die Zwangsumsiedlung der gesamten Wolgadeutschen, 600 000 Menschen — Hochsommer 1941

In der Zwischenzeit — seit 1940 — rief von London aus offiziell der Diplomatische Chefberater der Britischen Regierung, Vansittart, unentwegt zum Völkermord auf. 1941 erschien in den Vereinigten Staaten mit offizieller Billigung das ebenfalls zum Völkermord aufrufende und den späteren Morgenthauplan vorwegnehmende Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensliga, Theodore Nathan Kaufmann. Kaufmann forderte die Sterilisation aller deutschen Menschen und errechnete einen Zeitraum von zwei Generationen, in dem die Vernichtung des Germanismus vollendet sein werde.

Nach dieser Ereigniskette ist die „Juden-Endlösung" zeitlich einzuordnen — beginnend im Herbst 1941 nach den Erfahrungen der sowjetischen Kriegführungsmethoden.

Die nachfolgenden großen Kriegsverbrechen der Alliierten wie Ausweitung und Brutalisierung des Krieges allgemein (diese sind zeitlich vorher anzusetzen) und des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung und des Partisanenkrieges im besonderen, der Morgenthauplan, die Vertreibung der ostdeutschen Menschen und die grauenhaften Begleitumstände, die bestialische Ermordung von hunderttausenden entwaffneter deutscher Gefangener vor allem in Osteuropa sind nicht mit der „Juden-Endlösung" begründet worden, sondern entsprangen nachweislich den gleichen Motiven, die bereits zu den ersten großen Kriegsverbrechen geführt haben.

Die Vernichtung von jüdischen Menschen während des Krieges war ein Verbrechen, das wird niemand bestreiten wollen. Aber es kann auch niemand bestreiten, daß der Weg dorthin von so zahlreichen und grauenvollen Verbrechen der anderen Seite markiert war, die in dieser Zusammenballung, Perversität und zentralen Lenkung ihresgleichen in der menschlichen Geschichte suchen. Man kann nicht das eine richten und das andere verschweigen. Jede Bewertung muß, wie gesagt, auf die Kriegsschuldfrage zurückgehen.

[41]) Rede vor dem Kongreß am 4. 1. 1939 s. S. 345.

a) es hat sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten eines anderen einzumischen,

b) es gab in Japan keinen Antisemitismus, was jedoch eine ähnliche Kriegspolitik gegen dieses Volk und sogar den Abwurf der zwei Atombomben auf das bereits vorher kapitulationsbereite Japan nicht verhinderte,

c) der Antisemitismus in anderen Ländern (z. B. in Polen oder der UdSSR) wurde auch nicht zum Anlaß für Kriegserklärungen genommen.

d) Insbesondere die westlichen Führungsmächte (England, Frankreich und die USA) haben strenge Einwanderungsbeschränkungen für Ausländer und Juden und ebenso nachhaltige Widerstände wirksam gemacht gegen ein Eindringen dieser Menschen aus dem Ausland in die Führungspositionen ihrer Gesellschaft. Eine moralische Entrüstung gerade d i e s e r Kräfte gegen ein Volk, das in seiner Ohnmacht nach verlorenem Weltkrieg einem unerwünschten Zustrom von 70 000 Juden aus Osteuropa[42]) und ihr allmähliches Eindringen in die gesellschaftlichen Führungspositionen hinnehmen mußte, sich aber nach seiner Kräftigung dagegen zur Wehr setzte, ist nicht überzeugend, um so weniger, als sie sich auch weigerten, jüdische Aussiedler aus Deutschland aufzunehmen[43]).

In Fortsetzung der Versailler Kriegsschulddiffamierung mußte Deutschland ein sogenanntes „Verbrechervolk" bleiben. Was man in Versailles noch „Anzettelung des Krieges zur Eroberung Europas" genannt, formulierte man zwei Jahrzehnte später um in „Welteroberung" — ohne Gewissensbisse und logische Grundlagen. Ironie der Weltgeschichte, daß gerade jene Mächte, die Deutschland am lautesten Welteroberungspläne vorwarfen — die USA, Großbritannien und die Sowjetunion — selbst dieses Ziel verfochten oder sich zumindest zu den „Weltpolizisten" emporarbeiten wollten. Nachweis für

die Sowjetunion: die kommunistische Weltrevolutionslehre, die bis zum heutigen Tage — einschließlich der Jahre 1939—1941 — konsequent beachtete Grundlage der sowjetischen Außenpolitik gewesen ist.

für Großbritannien: Winston Churchill schrieb 1939, wenige Monate vor Ernennung zum Premierminister, an F. D. Roosevelt:

> „Würde ich Premierminister Großbritanniens werden, könnten wir die Welt kontrollieren."[44])

---

[42]) K. Ploetz „Auszug aus der Geschichte" (1939) S. 655.

[43]) J. G. Burg „Schuld und Schicksal" S. 66 ff.

[44]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 630.

für die USA: F. D. Roosevelt in einer Rede vom 21. 10. 1944:

> „Wir müssen in der Gemeinschaft der Nationen eine führende Rolle spielen."[45])

Diese Haltung des Präsidenten F. D. Roosevelt war schon lange vor Beginn des Zweiten Weltkrieges nachweisbar (siehe Kapitel über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten).

Das deutsche Volk oder seine Regierung war nicht kriegerischer als andere Völker oder Regierungen, es hatte Methoden in seiner Innen- und Außenpolitik angewandt, wie sie von anderen Völkern und Regierungen gleichermaßen oder ähnlich gehandhabt worden waren. Wer verurteilen will, muß alle gleichermaßen verurteilen. Er kann Rechtens nicht die verwerflichen Methoden des einen beschönigen, die des anderen anprangern. Er wird bei seiner Urteilsfindung an der Frage nicht vorbeikommen: Welcher maßgebliche europäische Staat hat vor Kriegsausbruch 1939 um des Friedens willen auf eigene Provinzen und Bevölkerungsgruppen verzichtet? Er wird anerkennen müssen, daß Deutschland diese Frage beantworten konnte mit: Posen-Westpreußen, Ostoberschlesien, Süd-Tirol, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Nord-Schleswig und den deutschen Kolonien.

Kriegsursachen müssen bis zur unsachlichen Agitation der Regierungen und der Presse zurückgeführt werden. So geschürte Angst, Furcht, Unsicherheit schlägt um in Haß und induziert notwendigerweise militärische und wehrwirtschaftliche Sicherheitsvorkehrungen. Diese haben psychologische und politische Kettenreaktionen zur Folge, die schließlich in einen Krieg ausmünden. Die Versailler Sieger und Mitsieger, aber auch die KPdSU, können sich nicht freisprechen, den Nährboden für solche Kettenreaktionen bereitet zu haben. Sie bedienten sich vor Hitler, in den dreißiger Jahren und auch nach 1945 dieser gefährlichen Waffen, so daß sich jedes Volk gezwungen sieht, alarmbereit zu sein. Auch angesichts der Gefahren eines Dritten Weltkrieges scheinen sie noch nicht die Wurzeln der Kriegsursachen erkannt zu haben.

Die Völker der Welt können es sich jedoch nicht mehr leisten, daß schäbige Propaganda das geistige Fundament ihrer Beziehungen, des Völkerrechtes und der internationalen Moral gestaltet. Sie verlangen — und haben ein Recht darauf! — Sachlichkeit und Gerechtigkeit! Aber nicht nur für die Gegenwart und Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit, denn dort wird der Grundstein für politisches Handeln gelegt!

---

[45]) Roosevelt spricht — Die Reden des Präsidenten S. 332.

Winston Churchill und die Partei mit der „blutdürstigen Philosophie“

Winston Churchill repräsentierte seit dem Ersten Weltkrieg in wachsendem Maße die öffentliche Meinung Großbritanniens, — und Großbritannien war ein Empire, zudem befreundet und wirtschaftlich vielfältig verbunden mit den Weltmächten der Versailler Allianz. Churchill, der bereits 1934 auf „eine glänzende politische Karriere zurückblickte und eine lange Reihe von Ministersesseln bis hin zum höchsten Posten in der britischen Regierungshierarchie, wie den Posten des Schatzkanzlers (1924—1929), gewechselt hatte“[1]), verfügte über viele Gleichgesinnte in der britischen Regierung, den britischen Parteien und in den Führungsgruppen um Präsident Roosevelt. Dieser Winston Churchill schrieb in den dreißiger Jahren bis Kriegsbeginn

> „14-tägig Leitartikel in Lord Beaverbrooks Evening Standard, die dank des weltweiten Syndikates von Beaverbrook an die Provinzzeitungen, nach Europa und nach Amerika weitergegeben wurden. Churchill war wahrscheinlich einer der meistgelesenen und bestbezahlten Leitartikler in der Welt.“[2])

Seine Argumente, die selbst Tories, seine eigenen Parteigenossen als „unverantwortlich“ bezeichneten[2]), sind beispielhaft für die Werthaltung der Journalisten und Politiker seiner Zeit und seines Lagers, für die Partner gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg, für die unter seiner Führung betriebene Kriegs- und Greuelpropaganda und für die Hof-Historiker nach diesem Krieg. Aus Schwarz wurde Weiß gemacht und aus Weiß gleich Schwarz. Hauptsache, man agitierte kräftig und ununterbrochen drauf los. Hauptsache, man hielt den Haß am Kochen und verfocht damit seine Interessen. Und Winston Churchill war ein Meister dieses Handwerks.

> „Ohne Hitler und den Hintergrund der Ereignisse, die ihn zum Handeln anspornten, würde Churchill niemals mehr ein öffentliches Amt bekleidet haben.“[3])

Die unzähligen haarsträubenden Stellungnahmen, die an Primitivität und moralischer Disqualifikation ihresgleichen in der Geschichte suchen und mit denen Churchill „lediglich aus politischem Ehrgeiz England gegen Nazi-Deutschland zu erheben versuchte“[4]), entwerten all die übrigen schwankenden, extremen, sich widersprechenden Konzeptionen

---

[1]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ S. 49.

[2]) E. Hughes „Winston Churchill — his career in War and Peace“ S. 155/156.

[3]) ebenda S. 146.

[4]) ebenda S. 145.

dieses Mannes. Wer kann die Worte Churchills vom November 1933 im Unterhaus ernst nehmen, „daß der deutschen Jugend eine blutdürstige Philosophie beigebracht wird, wie man sie seit der Zeit des Barbarentums nicht mehr erlebt hat“[5])? Maßstab seiner Wertung war nicht Wahrheit, nicht Wille zur Wahrheit, sondern sein „Gesetz“, das „Gesetz der britischen Außenpolitik“[6]). Übelste Verleumdung, tägliche Pressehetze, alle nur erdenklichen kriegsfördernden Maßnahmen waren erlaubt nach diesem „Gesetz“, das nur ein „Recht“ kannte — das Machtinteresse Großbritanniens. Daß Deutschland, insbesondere nach der ungerechten Friedensregelung von Versailles, einer solchen Haltung der „öffentlichen Meinung“ in Großbritannien und anderen Ländern Selbstbewußtsein entgegenstellen mußte, war wohl selbstverständlich. Churchill — und zwar in konsequenter Fortsetzung seiner bisherigen Politik gegen das deutsche Volk — „kompensierte“ im Zweiten Weltkrieg deutsches Land an Stalin mit den Worten:

> „Ich betrachte diesen Krieg (1939—1945) gegen deutschen Angriff samt und sonders als einen 30-jährigen Krieg von 1914 an.“[7])

Für ihn gab es keinen Unterschied zwischen dem deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus. Für ihn war es auch gleichgültig, ob es sich um Deutsche, Polen, Franzosen, Spanier oder andere Völker handelte, — ausschlaggebend war das Machtinteresse, und er war töricht genug, dies in seinen Memoiren klipp und klar ausgesprochen und der Nachwelt überliefert zu haben. Alle Ausführungen dieses Mannes — einer der „Großen Drei“ von 1945 — über Deutschland und den Nationalsozialismus müssen im Lichte dieser Grundhaltung, im Lichte der Grundzüge der britischen Außenpolitik gesehen und gewertet werden.

Noch im Jahre 1934 kennzeichnet Churchill das Versailler Diktat als „gerecht“ und die alleinige Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg entgegen den anders lautenden historischen Forschungsergebnissen — als feststehend[8]). Wenige Monate nach Abschluß dieses „Vertrages“ hatte er erklärt:

> „Es ist nicht Deutschlands Stärke, sondern seine Schwäche, die wir fürchten müssen.“[9])

---

[5]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 113.

[6]) Einzelheiten siehe im gesonderten Kapitel.

[7]) Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941—1945 Bd. I S. 204. Brief Churchills an Stalin vom 27. 2. 1944.

[8]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?“ S. 21.

[9]) F. Rück „1919—1939 Friede ohne Sicherheit“ S. 38.

Ob Deutschlands Stärke oder Deutschlands Schwäche, — Winston Churchill polemisierte unverdrossen, mußte immer Furcht schüren. Daß er aber damals bewußt diese Schwäche heraufbeschworen hatte, d. h. in diesem konkreten Fall über 800 000 Menschen auf Grund der nach dem Waffenstillstand fortgesetzten und auf die Ostsee ausgedehnten britischen Hungerblockade hat zugrunde gehen lassen, pflegte er dabei nicht zu erwähnen[10]). Im Gegenteil pries er am 3. 3. 1919 im britischen Unterhaus diese Hungerblockade als Klugheit an:

> „Wir haben alle Zwangsmittel in voller Tätigkeit oder zum sofortigen Einsatz bereit. Wir führen die Blockade mit Nachdruck durch . . . Deutschland ist sehr nahe am Hungertode . . . Jetzt ist daher der Augenblick zum Verhandeln gekommen."[11])

Die Monarchie, den „Militarismus", den „Polizeistaat" in Deutschland zu beseitigen genügte ihm nicht. Die Weimarer Parteien mußten ebenfalls gedemütigt und an den Rand der Katastrophe geführt werden. Was kümmerte es ihn, wenn seine Thesen dabei unglaubwürdig wurden! Winston Churchill verstand weiterhin, mit Furcht- und Haßagitation gegen Deutschland seine „britisch-patriotische Gesinnung" zu demonstrieren, — eine Methode, die dem Völkerfrieden ungemein „förderlich" war und ist. Indem er das Herausstreichen einer „deutschen Gefahr" bzw. eines faktischen „Kriegszustandes" („Ich betrachte diesen Zweiten Weltkrieg als einen dreißigjährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend mit dem Jahre 1914") zu seiner Richtlinie machte, hin und her schwankte zwischen extremer Bewunderung und Verachtung des Nationalsozialismus und Faschismus, glaubte er, Englands Rolle als Versailler Polizeidirektor und Moralprediger der Menschheit im Staatenverband der souveränen europäischen Nationen spielen zu müssen. Selbst in den Reihen seiner eigenen Partei wurde er schon zeitig als „Kriegspolitiker" erkannt!

> „Churchill galt in der ganzen Welt als Hauptvertreter der Kriegspolitik."[12])

Winston Churchill, der schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges die Methoden kennengelernt und zu praktizieren verstanden hatte, wie man Völker gegeneinander aufputscht und in Kriege verwickelt, sprach damals als „Liberaler" die Worte:

> „Eine Politik, die Panik ohne Grund verursacht, ist der Versuch, ohne Ursache bösen Willen zwischen zwei Nationen zu erregen."[13])

---

[10]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 82, 259, 260.

[11]) H. Herda „Die Schuld der Anderen" S. 173.

[12]) S. Hoare „Neun bewegte Jahre — Englands Weg nach München" S. 356.

[13]) A. Wedemeyer „Der verwaltete Krieg" S. 25.

Winston Churchill hat dennoch sein ganzes Leben — zumindest unentwegt bis zum Jahre 1945 — diese Politik, „ohne Ursache bösen Willen zwischen zwei Nationen zu erregen", bewußt betrieben!

Zu den Eiferern aus Großbritannien, die bereits auf Mussolini Lobeshymnen sangen, zu einer Zeit, da Hitler dem Faschismus noch sehr zurückhaltend gegenüberstand, gehörte auch Winston Churchill[14]). Das Ansehen, das sich dieser Mann durch unaufhörliches Agitieren trotz seiner widerspruchsvollen und grundsatzlosen Haltung verschafft hat und das er nach wie vor in der angelsächsischen Welt genießt, ist beispielhaft dafür, wie wenig diese Völker begriffen haben von dem, was sich in den letzten Jahrzehnten in Europa ereignet hat.

Winston Churchill, der britische „konservative Politiker", der mit Stolz erklärte, drei Viertel seines Lebens mit dem Kampf oder der Vorbereitung des Kampfes gegen Deutschland zugebracht zu haben[15]) und der den Zweiten Weltkrieg als einen „dreißigjährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend mit dem Jahre 1914", gelegentlich aber auch als einen „unnötigen Krieg" zu bezeichnen pflegte, im Jahre 1935:

> „In den 15 Jahren, die diesem Entschluß (des Anstreichergesellen, alles wiederzugewinnen) gefolgt sind, ist es ihm gelungen, Deutschland wieder zu einer Großmacht in Europa zu machen; er hat aber nicht nur seinem Volke die Stellung wiedererrungen, er hat in beträchtlichem Maße sogar die Ergebnisse des Großen Krieges in ihr Gegenteil verkehrt... Die Besiegten sind drauf und dran, die Sieger zu werden und die Sieger die Besiegten....
>
> Was man auch über die Erfolge denken mag, sie gehören doch zu den bemerkenswertesten der gesamten Weltgeschichte."[16])

Winston Churchill im November 1935:

> „Während sich all diese schrecklichen Veränderungen in Europa ereigneten, kämpfte der Gefreite Hitler seine lange, ermüdende Schlacht um das deutsche Herz. Die Geschichte dieses Kampfes kann nicht gelesen werden ohne Bewunderung für den Mut, die Aufrichtigkeit und die Kraft der Persönlichkeit, die ihn dazu befähigten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwältigen oder zu versöhnen — jedenfalls sich durchzusetzen gegenüber allen Autoritäten und Widerständen, die seinen Weg versperrten. Er und die immer wachsenden Scharen derer, die sich ihm anschlossen, zeigten in ihrem patriotischen Feuer und ihrer Vaterlandsliebe, daß es nichts gab, was sie nicht zu tun oder zu wagen bereit wären, kein Opfer von Leben, Gesundheit, Freiheit, das sie nicht selbst bringen oder ihren Gegnern auferlegen würden."[17])

---

[14]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 115.

[15]) NATION EUROPA Heft 11, 1957, S. 50.

[16]) E. Hughes, „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 135.

[17]) W. Churchill „The truth about Hitler" in Strand Magazine November 1935 zitiert bei: Sündermann „Alter Feind was nun?" S. 70.

Für den Erfolg Hitlers waren nach Churchills Ansicht die Alliierten, Großbritannien und Frankreich, verantwortlich

> „und die Ausführung, wie der Spieß herumgedreht wurde gegen die selbstgefälligen, unfähigen und halbblinden Sieger, verdient als ein Wunder in der Geschichte der Welt angesehen zu werden und als ein Wunder, das mit den persönlichen Anstrengungen und dem Lebenseinsatz eines einzigen Mannes untrennbar verbunden ist.
> Jene, die Hitler von Angesicht zu Angesicht in der Öffentlichkeit, geschäftlich oder anläßlich sozialer Fragen begegnet sind, trafen einen sehr kompetenten, kühlen, gut informierten Funktionär mit angenehmem Wesen, einem merklichen Lächeln und wenige blieben unberührt von seinem feinen persönlichen Magnetismus.
> Dieser Eindruck ist keineswegs auf den Glanz, das Blenden der Macht zurückzuführen. Er wirkte in dieser Weise auf seine Mitarbeiter in jeder Phase seines Kampfes, sogar dann, als sein Glück in die tiefsten Tiefen gesunken war. . . .“
> Man mag Hitlers System mißbilligen und doch seine patriotische Leistung bewundern. Sollte unser Land einmal geschlagen werden, so würde ich hoffen, einen solchen bewunderungswürdigen Kämpen zu finden, der unseren Mut wieder aufrichtet und uns zurückführt zu unserem Platz unter den Nationen.“[18])

Winston Churchill am 4. 10. 1938:

> „Unsere Führung muß wenigstens ein Stück vom Geist jenes deutschen Gefreiten haben, der, als alles um ihn in Trümmer gefallen war, als Deutschland für alle Zukunft in Chaos versunken schien, nicht zögerte, gegen die gewaltige Schlachtreihe der siegreichen Nationen zu ziehen.“[19])

Gleichzeitig malt dieser selbe Mann, der

> „dem deutschen Führer ein so hohes Lob für seine Leistung erteilt habe, wie es kein anderer ausländischer Staatsmann je von einem Engländer erhalten hat“[20]),

entgegen besserer Kenntnis über Hitler ein vollkommen anderes Bild, ein Porträt mit giftigen Farben. Erklärte er dem polnischen Botschafter in London, Raczynski, in einem privaten Gespräch am Vorabend der Münchener Konferenz,

> „daß die einzige Hoffnung in Entschlossenheit und wenn notwendig im Krieg liegt, und drohte, daß wenn Chamberlain erneut für einen unrühmlichen Rückzug entscheidet, er, Churchill, es ihm ‚schon zeigen‘ werde“[21]),

so lautete sein Kommentar zu dieser Konferenz in der Unterhausrede am 5. Oktober 1938:

---

[18]) E. Hughes „Winston Churchill — his career in War and Peace“ S. 144 und L. P. Lochner „Die Mächtigen und der Tyrann“ S. 214.

[19]) H. Laternser „Nürnberg — Plädoyer vor dem IMT 1946“ S. 36.

[20]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland“ S. 35.
Aussage des bedeutenden englisch-amerikanischen Publizisten Francis Neilson.

[21]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 8.

„Wir haben eine totale, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten ... Wir stehen einer Katastrophe ersten Ranges gegenüber, die England und Frankreich befallen hat. ...

Das System der zentraleuropäischen Bündnisse, auf das Frankreich seine Sicherheit gründete, ist hinweggefegt. ...

Die Straße, das Donautal hinab zum Schwarzen Meer, die Straße, die bis in die Türkei führt, ist geöffnet worden. ...

Niemals kann es Freundschaft geben zwischen der britischen Demokratie und der Nazimacht, jener Macht, die die christliche Ethik mit Füßen tritt, sich auf ihrem Vormarsch an einem barbarischen Heidentum berauscht, sich ihrer Aggressionslust und Eroberungssucht rühmt, Kraft und perverse Lust aus Verfolgungen schöpft und, wie wir gesehen haben, mit unbarmherziger Brutalität sich der Drohung mörderischer Gewalt bedient. ...“[22])

Dieser Kommentar angesichts einer Konferenz, in der erstmals nach 1919 das Selbstbestimmungsrecht für Deutsche, für 3,5 Millionen Sudetendeutsche in friedlicher Verhandlung durchgesetzt und anerkannt worden ist! Wird auf die Münchener Konferenz noch gesondert eingegangen, so belegt hier ein Schreiben des britischen Außenministers Lord Halifax an den Präsidenten Roosevelt vom 25. 1. 1939, mit welcher „Würde“ und „Weisheit“ und „Aufrichtigkeit“ und mit welchem „europäischen Gemeinschaftsgeist“ jenseits des Kanals für den „Frieden“ gearbeitet worden ist:

„Hitler grollt wegen des Münchener Abkommens, das ihm zu einem lokalisierten Krieg gegen die Tschechoslowakei den Weg versperrt und den Friedenswillen der deutschen Massen demonstriert hat, die zu der kriegstreiberischen Nazipartei in Opposition stehen. Er fühlt sich durch diese Demonstration persönlich gedemütigt. Er sieht in Großbritannien den für diese Demütigung primär Verantwortlichen, und seine Wut richtet sich daher vor allem gegen England, in dem er jetzt das Haupthindernis für die Erreichung seiner weiteren ehrgeizigen Pläne erblickt. Für den Fall, daß Deutschland einen Streit mit Holland vom Zaune bräche. ...“[23])

Hatte W. Churchill am 7. September 1938 in der „Times“ die Übergabe des Sudetenlandes als den „besten Ausweg aus der Lage“ empfohlen[24]), so erklärte er am 16. 10. 1938 (achtzehn Tage nach der Münchener Konferenz, die seine Empfehlung realisierte) dem amerikanischen Volk in einer Rundfunkrede:

„Sie (die tschechoslowakische Republik) war der demokratischste Musterstaat Mitteleuropas, ein Land, in dem die Minderheiten besser be-

---

[22]) W. Churchill „Ins Gefecht“ Reden 1938—1940 S. 81/84.

[23]) Ch. Tansill „Die Hinterür zum Kriege“ S. 489.

[24]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 362

handelt wurden als irgendwo anders. Sie wurde im Stich gelassen, zerstört und verschlungen. Nun wird sie verdaut. . . ."

Nachdem er zu bedenken gab, daß der Diktator seine Parteimeute in immer kürzer werdenden Intervallen Blut lecken lassen, ihr Gelegenheit zur Jagd geben müsse, wolle er nicht von ihr zerrissen werden, fuhr er fort:

> „Ist das ein Aufruf zum Krieg? Will etwa jemand behaupten, daß sich zum Widerstand gegen eine Aggression vorzubereiten den Krieg entfesseln heißt? Ich erkläre, daß dies die einzige Friedensgarantie ist. Wir bedürfen einer schnellen Sammlung von Kräften, um nicht bloß der militärischen, sondern auch der moralischen Aggression entgegentreten zu können."[25])

Das sind wahrlich giftige Farben, die die internationalen Beziehungen gleich welcher Art auf das Schwerste belasten mußten! Es wird sicherlich mancher unserer heutigen „Historiker" bedauert haben, von Adolf Hitler keine derartigen Äußerungen glaubhaft nachweisen zu können.

Und mancher wird sicher ebenfalls bedauert haben, welche Fülle von Auslassungen namhafter Ausländer über Hitler und den Nationalsozialismus vorliegen, die nicht nur positiv sind, sondern denen sogar eine sonst nie gekannte Bewunderung zu entnehmen ist: Lloyd George, der 1918/1919 „erreicht" hatte, „was wir wollten", und darunter verstand, daß „der eine unserer Hauptwettbewerber im Handel zum Krüppel geschlagen ist"[26]), erklärte 1936 nach einem Besuch bei Hitler, als seine Tochter ihn scherzhaft mit „Heil Hitler" begrüßte:

> „Jawohl, Heil Hitler, das sage auch ich; denn er ist wirklich ein großer Mann."[27])
>
> „Ich habe niemals ein glücklicheres Volk als die Deutschen angetroffen, und Hitler ist einer der größten Männer unter den verschiedenen großen Männern, denen ich begegnet bin."[28])

Nach seiner Rückkehr aus Deutschland veröffentlichte er am 17. 9. 1936 im „Daily Express" einen ausführlichen Artikel „Ich sprach mit Hitler" und erwähnt:

> „Mit Recht hat er (Hitler) in Nürnberg erklärt, seine Bewegung habe in vier Jahren ein neues Deutschland geschaffen.
>
> Es ist nicht das Deutschland des ersten Jahrzehnts nach dem Krieg, gebrochen, mutlos und niedergebeugt in Sorge und Ohnmacht. Es ist jetzt voller Hoffnung und Vertrauen, voll eines neuen Gefühls der Ent-

---

[25]) W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938—1940 S. 86, 88, 92.

[26]) H. Grimm „Warum, woher aber wohin?" S. 583/584.

[27]) K. Hierl „Im Dienst für Deutschland" S. 163.

[28]) H. Grimm in NATION EUROPA 1958 Heft 2 S. 68 zitiert den englischen General Fuller.

schlossenheit, sein eigenes Leben ohne jede Einmischung fremder Einflüsse zu führen.

Zum ersten Mal nach dem Krieg herrscht ein allgemeines Gefühl der Sicherheit. Die Menschen sind fröhlicher. Über das ganze Land verbreitet sich die Stimmung allgemeiner Freude. Es ist ein glücklicheres Deutschland. Überall habe ich das gesehen, und Engländer, die ich während meiner Reise traf und die Deutschland gut kannten, waren von dem Wandel sehr beeindruckt. Dieses Wunder hat ein Mann vollbracht....

Dies ist die neue Stimmung unter der deutschen Jugend. Mit fast religiöser Inbrunst glaubt sie an die Bewegung und an ihren Führer. Das hat mich mehr als alles andere beeindruckt, was ich während meines kurzen Aufenthaltes im neuen Deutschland erlebt habe. Es herrscht dort eine Atmosphäre der Erweckung, außergewöhnlich wirkungsvoll für die Einigung der Nation.

Katholiken und Protestanten, Preußen und Bayern, Unternehmer und Arbeiter, reich und arm wurden zu einem Volk zusammengeschlossen. Konfessions-, Stammes- oder Klassenherkunft spalten das Volk nicht mehr. Es herrscht ein leidenschaftliches Streben nach Einigkeit, geboren aus harter Notwendigkeit....“[29])

Stalin bezeichnete auf der Teheraner Konferenz im November 1943, also auf dem Höhepunkt des deutsch-sowjetischen Krieges

„mit Betonung Hitler als einen sehr fähigen Menschen, denn nur ein solcher könnte fertigbringen, was Hitler in der Einigung des deutschen Volkes geleistet habe.“[30])

Theodor Heuss 1932:

„Und niemand kann der Unverdrossenheit des Mannes (Hitler) die Anerkennung versagen, der, von der Festung entlassen, sorgfältig, zäh, bewußt aus den Scherben ein neues Gefäß zu fügen unternahm und verstand.“[31])

„Natürlich würde man Hitlers Leistung nicht völlig gerecht, wollte man in ihm nur den großen, unermüdlichen Organisator sehen. Er hat auch Seelen in Bewegung gesetzt und einen zu Opfern und Hingabe bereiten Enthusiasmus an sein Auftreten gefesselt.“[32])

Viscount Rothermere (bis zum Jahre 1939 Direktor der Pressestelle des britischen Informationsministeriums, Abgeordneter, einer der mächtigsten Zeitungsleute der Welt, nach 1945 im Aufsichtsrat der Reuter Agentur), der nicht nötig hatte, Hitler positiv zu beurteilen, dem solche Äußerungen allenfalls hätten schaden können, fand, nachdem er Hitlers Friedensliebe betonte, folgende Worte:

---

[29]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland“ S. 74 u. 77, vollständiger Artikel dort abgedruckt.

[30]) R. Sherwood „Roosevelt und Hopkins“ S. 639.

[31]) Th. Heuß „Hitlers Weg“ S. 5.

[32]) ebenda S. 119.

„In England sehen viele Hitler als einen Menschenfresser an; ich möchte aber sagen, wie ich ihn gefunden habe. Er strahlt gute Kameradschaft aus. Er ist schlicht, natürlich und offensichtlich aufrichtig. Es ist unwahr, daß er zu einzelnen Persönlichkeiten gewöhnlich so spricht, als ob sie öffentliche Versammlungen seien. Er ist überragend klug. Ich habe nur zwei andere kennengelernt, auf die ich diese Bezeichnung anwenden könnte — Lord Northcliffe und Lloyd George. Wenn man an Hitler eine Frage richtet, gibt er sofort eine aufschlußreiche und hervorragend verständige Antwort. Es gibt keinen Menschen, dessen in wirklich wichtigen Dingen gegebenem Versprechen ich eher trauen würde.

Er glaubt, daß Deutschland eine göttliche Sendung hat und daß das deutsche Volk dazu bestimmt ist, Europa vor den revolutionären Anschlägen des Kommunismus zu retten. Er hat eine hohe Meinung von der Familie, während der Kommunismus ihr Feind ist, und hat in Deutschland die Veröffentlichung aller unanständigen Bücher, die Aufführung pikanter Stücke und Filme verboten und das sittliche Leben der Nation gründlich gesäubert.

Ich sprach vor ungefähr anderthalb Jahren mit Hitler, als er sagte, ‚Gewisse englische Kreise reden von mir als einem Abenteurer. Meine Antwort ist, daß Abenteurer das britische Weltreich gebaut haben!‘ Seine Höflichkeit ist mit Worten nicht zu beschreiben, und Männer wie Frauen nimmt er in gleicher Weise durch sein jederzeit entwaffnendes Lächeln für sich ein. Er ist ein Mann von seltener Kultur. Seine Kenntnisse in Musik, Malerei und Baukunst gehen tief.

Viele finden es anscheinend schwierig, das Bild eines kultivierten Mannes mit einem Manne von entschlossenem Handeln in Einklang zu bringen ... Wenn eine Abstimmung darüber stattfände, wer nach allgemeiner Ansicht der größte Politiker war, den die englische Geschichte je hervorgebracht hat, so würde wahrscheinlich der Name Cromwells an der Spitze aller anderen stehen. Aber Cromwell war ein Mann von größter Entschlossenheit und rücksichtslosesten Methoden.“[33])

Das britische Massenblatt „Daily Mail“ schrieb am 20. 5. 1938:

„Hitlers Politik geht darauf aus, das Ziel ohne Blutvergießen zu erreichen. Er kam mit geringem Verlust an Menschenleben zur höchsten Macht in Deutschland, einem Land mit 68 Millionen Bewohnern. Österreich wurde dem Deutschen Reiche einverleibt, ohne daß auch nur ein Schuß abgefeuert wäre.

In den Unruhen in Palästina haben während der letzten fünf Jahre mehr Menschen ihr Leben verloren als in Deutschland und Österreich seit der Begründung des Hitlerregimes bis zum heutigen Tag.“[33])

Eine Partei mit einer „blutdürstigen Philosophie, die an die Zeit des Barbarentums erinnert“, erobert sich nicht die Herzen eines leidgeprüften und hellhörig gewordenen 80-Millionen-Volkes; sie gewinnt keinen Kampf geistig und materiell gegen einen modernen staatlichen Machtapparat, gegen vielfältige und straffe Organisationen der Arbeiterschaft, des Bürgertums, der Wirtschaft, der Presse, gegen erfahrene

---

[33]) V. Rothermere „Warnungen und Prophezeiungen“ S. 180—183.

Parteiführungen, gegen einen großen Stab von Fachkräften aller Art, gegen herrschende Ideologien und gegen mannigfache ausländische Einflüsse; sie erringt nicht den Sieg trotz zehnjähriger Unterdrückung, Verleumdung, wirtschaftlicher Diskriminierung, finanzieller Notlage — allein, ohne Bundesgenossen, ohne Freunde, ohne Gönner.

> „Es wäre völlig verfehlt, indem man die Phantasie in solche Richtung entsendet (Finanzierung der Partei durch die Industrie), übersehen zu wollen, daß die große Schlagkraft der NSDAP auf der Selbstfinanzierung durch die Mitglieder beruht und auf der Technik, die die Versammlungsagitation sich weiterhin selber ernähren läßt.
> Das (die Selbstfinanzierung) ist nicht bloß eine große Organisationstat, sondern hat einen vieltausendfachen opferbereiten Idealismus zur Unterlage.“[34])

Wer sich vor 1933 zur NSDAP bekannte, hatte unsagbare Opfer zu erwarten, Opfer nicht nur materieller Art. Seine berufliche Position setzte er aufs Spiel, seine Freizeit gab er hin, sogar den letzten Notgroschen spendete er — womöglich noch von der Arbeitslosenunterstützung. Gesundheit, sogar das Leben sowie das Schicksal seiner Familie stellte er freiwillig in den Dienst der Bewegung. Er nahm diese Härten auf sich, weil sein Glaube an ein geeintes, ein würdiges Deutschland, ein soziales Deutschland ohne Klassenkampf und Zügellosigkeit stärker war als alle Unbill.

> „Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch stärkste Leistung, liegt darin, daß sie Klassen- und Standesscheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte, stärker als die meisten anderen Parteien.“[35])

Und wenn sich gewisse Ausländer oder überhaupt die dortigen Manager der öffentlichen Meinung nicht vorstellen können, daß Hunderttausende — sogar Millionen — Deutsche Arbeit und Mühe ohne Besoldung, aus Idealismus auf sich nahmen, Uniformen, Fahrtspesen, zusätzliche Unkosten usw. über ihren Parteibeitrag hinaus in einer Zeit bedrohlicher Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit selbst bezahlten — Jahr für Jahr! — dabei ihre Existenz, ihr Leben riskierten, so ist es dennoch so gewesen. Keine Partei, weder in Deutschland noch in irgendeinem anderen Land der Welt, kennt oder kannte auch nur annähernd einen solchen selbstlosen Opferwillen ihrer großen Gefolgschaft — nicht in der Zeit der politischen Verfolgung, nicht in der Zeit politischer Machtfülle. Und dies alles für eine „blutdürstige Philosophie“? —

> „Ich sehe bewundernd, daß er (Hitler) fast als erster in der Welt Menschenmassen ohne Zwang und auch ohne irgendeinen nahen

---

[34]) Th. Heuß „Hitlers Weg“ S. 123.
[35]) ebenda S. 58.

Nutzen aus ihrem völlig freien Willen in seine Gefolgschaft gebracht hat.“[36])

Hitlers Machtergreifung ist unblutig und diszipliniert verlaufen wie keine Revolution vor ihm. Dem Volk wurde überdies zum schnellstmöglichen Termin — zum 5. März 1933 — Gelegenheit gegeben, in Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen frei sein Wollen zu dem neuen Geschehen zu bekennen.

Die Worte eines so hoch angesehenen Demokraten wie Friedrich Naumann (1860—1919) sollten in eine objektive Wertung einbezogen werden:

> „Es hilft gar nichts, wenn man dem Revolutionsgedanken mit moralischen Gesichtspunkten kommen will, denn die Staatskörper, in denen wir heute leben, sind auch nicht nach den Vorschriften des kleinen Katechismus entstanden. Unsere ganze Gegenwart beruht auf vergangenen Gewalttaten. Es gibt keine einzige politische Macht, die nicht Menschenblut vergossen hat, um bestehen zu können.“[37])

Erst rund 30 Jahre später kommt ein us-amerikanischer Präsident zu gleichen Erkenntnissen, wie sie dem Berliner bereits nach dem Ersten Weltkrieg bewußt waren:

Präsident John F. Kennedy am 24. 4. 1961:

> „Die selbstgefälligen, die genußsüchtigen, die weichen Gesellschaften sind im Begriff, mit dem Treibholz der Geschichte hinweggeschwemmt zu werden. Nur der Starke, der Arbeitsame, der Entschlossene, der Mutige, der Weitblickende, der die Natur unserer Auseinandersetzung erkennt, kann überhaupt überleben.“[38])

Wie recht hatte doch der ehemalige deutsche Botschafter in London und spätere Reichsaußenminister von Ribbentrop, als er 1935 in einem Brief an Lord Allen of Hurtwood feststellte:

> „Ich glaube nicht falsch vorauszusehen, wenn ich sage, daß eine spätere objektive Geschichtsschreibung den nationalsozialistischen Machtkampf geradezu als das Musterbeispiel für eine Revolution ansehen wird, wie sie nur eine Nation von höchstem Kulturniveau überhaupt durchführen kann.“[39])

Doch die Welt anerkannte nicht die Behebung der deutschen Not, das Ende der deutschen Zwietracht, sie empfand keine Achtung vor deutscher Haltung. Das gerade war es, was man nicht wünschte. Man bekämpfte die Art, wie die Deutschen mit ihrer Not fertig zu werden gedachten und wie sie in ihrem geschichtlichen Raum zu leben beabsichtigten. Die Welt sah nur ihre unrechte Ordnung in Europa gefährdet,

---

[36]) H. Grimm „Von der bürgerlichen Ehre und bürgerlichen Notwendigkeit“ S. 17.
[37]) F. Lenz „Zauber um Dr. Schacht“ S. 17.
[38]) NATION EUROPA Nr. 6, 1961, S. 40.
[39]) G. Rühle „Das Dritte Reich“ Bd. 1935 S. 327.

und das genügte, um alle Register politischer Polemik zu ziehen und um eine weltweite Propagandamaschine ohne Rücksicht auf die Verantwortung vor ihren eigenen Völkern auf „volle Fahrt“ zu stellen. „Eine blutdürstige Philosophie, die an die Zeit des Barbarentums erinnert“ — das war der Kommentar dieser Welt. Die Hetze brachte es soweit, daß schon in den Zeiten tiefen Friedens der Deutsche vor den Augen der anderen nicht nur als kein gleichberechtigter Mensch, ja nicht einmal als Mensch mehr gelten durfte, sondern als Barbar, der nichts als Scheußlichkeiten aufzuweisen hatte und ausgerechnet die Weltherrschaft anstrebte. Ein Volk, das aus bitterer Not zusammenfindet und die Geschichte der Revolution schließlich nicht aus Vergnügen oder Zeitvertreib schreibt, soll nichts anderes im Sinn haben? Ist es nicht vermessene Kriegshetze, solcherlei Wertungen und Schlagworte in die Welt hinauszuschreien?

An den aus dieser Einstellung heraus erwachsenen Widersprüchen und den primitiven Argumenten, selbst namhafter Politiker, ist die Unkenntnis, der Wille zur Wahrheitsverleugnung über Deutschland bzw. die NS-Bewegung abzulesen, mit denen die Manager der „öffentlichen Meinung“ schon Jahrzehnte vor 1933 unentwegt die Geister geformt haben, mit denen sie nach 1945 in noch größerer Selbstgefälligkeit das gesamte öffentliche Leben der Welt überfluteten.

Jene Politiker und Journalisten, die sich jahrzehntelang in solchen grotesken Verleumdungsfeldzügen ergingen, haben angesichts des vergangenen Zweiten Weltkrieges und angesichts der unheilschwangeren gegenwärtigen weltpolitischen Lage allen Grund, ihr Handeln objektiv zu beleuchten. Sie sollten sich fragen, wieviel sie — sie persönlich — zur Verschärfung der damaligen internationalen Spannung beigetragen haben, indem sie fahrlässig — ohne Kenntnis der Quellen — oder bewußt unehrlich Behauptungen aufgestellt und mit dem Signum ihrer Autorität verbreitet und leichtfertig eine außenpolitische Richtung festgelegt haben, die womöglich ihrer persönlichen Karriere dienlich, dem Völkerschicksal dagegen abträglich war. Ausgehend von Machtinteresse, Unterlegenheitsgefühl, Antipathie, Neid haben sie sich der erregenden Furchtagitation bedient und sich damit in eine Psychose verstrickt, die für Sachlichkeit keinen Raum ließ. Sie haben sich alle nur erdenklichen positiven Wertungen zugelegt und diese willkürlich der anderen Seite abgesprochen. S i e in erster Linie haben die Berechtigung verwirkt, sich über die „Methoden“ Hitlers zu entrüsten. . . . Sie nämlich traten nicht nur für die Aufrechterhaltung eines Unrechts in Europa ein, sondern kannten keine Hemmungen, wenn es galt, Deutschland mit vereinten Kräften und mit allen nur möglichen Mitteln niederzuhalten.

Die Verleumder des deutschen Volkes und Reiches haben keinen Unterschied gemacht zwischen der deutschen Monarchie, der Weimarer Republik und dem Dritten Reich. Inhalt und Form der Haßgesänge auf Hitler unterschieden sich kaum von denen der Jahrhundertwende und nach 1918. Jeder Blick in die Presse oder in den Büchermarkt jener Zeiten bezeugt eindeutig, welches der in Frage stehenden Völker all die Jahre mehr Selbstbeherrschung geübt, mehr Versöhnungswillen gezeigt, mehr Großmut bewiesen hat. Es war Deutschland! Er beweist, in welchen Ländern kriegsgeneigte Politiker, Militärs und Journalisten das Wort geführt haben: Es waren die Sieger und Mitsieger von Versailles!

Deutschland hat England immer als Brudernation anerkannt und geschätzt, Frankreich als kulturell hochstehenden Nachbarn umworben, US-Amerika ob seiner wirtschaftlichen und technischen Leistungen bewundert, die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit Polen erkannt und unterstrichen — v o r 1933, wie auch zu Hitlers Zeiten. Diese Länder dagegen haben sich nicht gescheut, obgleich Deutschland der Welt zahlreiche und markante Forscher und Künstler und mit ihnen eine reiche Kultur geschenkt hat, es als „Volk der Barbaren" an den Pranger der „öffentlichen Weltmeinung" zu stellen, — schon v o r Hitler, v o r dem Ersten Weltkrieg, doch seit dem „Rückfall in die Barbarei" (seit 1933) besonders. Keine deutsche Regierung hat weder vor noch nach 1918, d. h. trotz der ungerechten Versailler „Ordnung" und Nachkriegspolitik, Haß gegen die ehemaligen Feinde geschürt. Dieses Verhalten blieb den politischen und publizistischen Wortführern der Gegenseite vorbehalten. Sie haben ihren Haß in Bausch- und Bogenurteilen, in Lüge und Verleumdung jahrein, jahraus gegen das ganze deutsche Volk geschleudert und kamen sich dabei noch sehr vernünftig, vorbildlich, moralisch vor. Während die deutsche Literatur — auch in Hitlers Zeiten! — von der Achtung fremden Volkstums, von Versöhnung, Wissenschaftlichkeit und historischer Wahrheitsliebe getragen war, wurden jenseits der Grenzen zahllose Bücher, Zeitungen und Zeitschriften begünstigt, die in haßerfüllter Tendenz historische Feindschaft gegen das deutsche Volk und deutsches Lebensrecht lehrten. (Nicht tonangebende Ausnahmen gab es freilich auf beiden Seiten).

Einer ihrer jahrelangen Wortführer war Winston Churchill!

Während Churchill in seiner Eigenschaft als britischer Schatzkanzler für die schikanöse Siegerpolitik Frankreichs, für die Reparationen usw. eintrat und Zugeständnisse an die Weimarer Republik ablehnte, wandte er sich später gegen diese „Lethargie und Torheit"[40]). Zeitweilig voll

---

[40]) E. Hughes „Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 142/143.

Bewunderung für Hitler, wollte er schon im Jahre 1938 nach der Münchener Konferenz „mit Hitler handgemein werden“[41]), „würde Churchill vermutlich zur Zeit von München mit Deutschland in den Krieg gegangen sein“[42]). Hatte Hitler gute Beziehungen zu seinen Nachbarn hergestellt und damit einen Beitrag für den Frieden geleistet, so bedeutete dies für den um „Begründungen“ nie verlegenen Churchill, daß diese Mächte dies „nur aus Furcht vor dem Aufstieg der Nazimacht taten“[43]). Vom nachdrücklichen Kritiker des „polnischen Korridors“ wechselte Churchill zum schärfsten Widersacher einer von Hitler gewünschten Rückkehr Danzigs und Schaffung einer exterritorialen Autobahn durch Westpreußen, ein Wunsch, der viel bescheidener war als die von ihm selbst einst vorgeschlagene und als notwendig ausgegebene Friedensregelung[44]).

Er, der sah,

> „wie der Kommunismus die Seele einer Nation verdirbt, wie er sie im Frieden gemein und hungrig, im Krieg niedrig und verabscheuungswürdig macht, wie er die Spur des Fortschritts durch 2 000 Jahre vernichtet und der Vorbote einer Rückkehr ins finstere Mittelalter ist“[45]),

konnte seinen Eifer kaum zügeln, als N. Chamberlain im Jahre 1939 „die blutbefleckte Hand des Kommunismus“ schüttelte und „die Sklaverei, die schlimmer ist als der Tod“, in sein militärisches Bündnissystem einzubeziehen wünschte[44]). Sein Urteil über die Sowjets revidierte Churchill erneut angesichts des sowjetisch-finnischen Krieges 1939/1940, bis er mit Beginn des Rußlandfeldzuges 1941 wiederum eine Kehrtwendung vollzog und eilfertig „einen Pakt mit dem Teufel“ befürwortete, um Hitler zu vernichten — ungeachtet der Folgen für das britische Empire[45]) + [46]). Sein Motto:

> „Ich habe nur einen Zweck, die Vernichtung Hitlers, und mein Leben ist dadurch sehr vereinfacht.“[47])

Später, im Mai 1943 nach Entdeckung der Gräber von Katyn, in denen mehr als 10 000 mit Genickschuß erschossene polnische Offiziere begraben lagen und über 4 000 exhumiert wurden, „begründete“ Churchill seinen ideologischen Bocksprung den exilpolnischen „Freunden“:

> „‚Die Bolschewisten können sehr grausam sein‘. Er fügte jedoch hinzu,

---

[41]) O. Abetz „Das offene Problem“ S. 103.
[42]) E. Hughes „Winston Churchill — his career in War and Peace“ S. 174.
[43]) W. Churchill „Ins Gefecht“ Reden 1938—1940 S. 82.
[44]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch“ S. 160/161.
[45]) ebenda S. 168.
[46]) E. J. Reichenberger „Europa in Trümmern“ S. 130.
[47]) E. Hughes „Winston Churchill — his career in War and Peace“ S. 146.

daß ihre Unbarmherzigkeit eine Quelle der Stärke sei, und dies sei uns von Nutzen, soweit es die Tötung von Deutschen betrifft.“[48])

Schließlich sollte sein einziger Test für die Tauglichkeit eines Alliierten der sein,

„welche militärische oder materielle Hilfe dieser zu einem gegebenen Augenblick leisten könne, sei er Monarchist, Faschist oder Kommunist — oder sogar ein Kannibale.“[49])

Churchill, über zwanzig Jahre lang Vorkämpfer gegen den Bolschewismus und für „die Freiheit der kleinen Völker“, dirigierte im Brustton der Selbstgefälligkeit den Chor der Hosiannas und Hallelujas, als die Rote Armee über Estland, Litauen, Lettland, Polen, Ostpreußen und die Balkanstaaten hinwegbrandete und sich in Mitteleuropa einnistete[50]). Sein Motto aus dem Ersten Weltkrieg war das gleiche geblieben:

„‚Dies hier‘, sagte er mit einer Handbewegung auf die Karten der Kriegsschauplätze an der Wand, ‚ist es, für das ich lebe‘.“

„Wie oft haben wir ihn sagen hören, als er uns in schweren Tagen ermutigen wollte:

‚Krieg ist ein Spiel, das mit lächelndem Gesicht gespielt werden muß‘.“[51])

Die auf diese Lebensaufgabe zugeschnittene Philosophie veröffentlichte Churchill in seinen Memoiren:

„‚Im Kriege‘, bemerkte ich, ‚ist die Wahrheit so kostbar, daß sie nie anders als mit einer Leibwache von Lügen auftreten sollte‘. Stalin und seine Mitarbeiter fanden an dem Bonmot, als es übersetzt wurde, großes Gefallen. So endete die offizielle Sitzung in heiterer Tonart.“[52])

Diesem „Gefallen“ zuliebe, das er den Sowjets zu bereiten gedachte, ließ er seinen polnischen „Freunden“ den Passus in einer öffentlichen Resolution verweigern, der die Anerkennung „der Rechte und Prinzipien des Völkerrechts“ forderte, — „weil dies die Russen reizen könnte“[53]).

Nach 1945, nach dem Zweiten Weltkrieg und offensichtlich auch nachdem Churchill nachträglich das Buch „Mein Kampf“ gelesen hatte, meinte Churchill, „das falsche Schwein geschlachtet“ zu haben (so, „als sei die Welt eine Viehhalle und England der Metzger“)[54]). Das seiner nunmehrigen Meinung nach „richtige Schwein“ pries er noch Monate zuvor auf der Jalta-Konferenz:

---

[48]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 141.
[49]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch“ S. 216.
[50]) ebenda S. 185.
[51]) ebenda S. 79—81.
[52]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 5. Buch. Bd. II „Von Teheran bis Rom“ S. 75.
[53]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 181.
[54]) H. Sündermann „Alter Feind was nun?“ S. 55.

„Diesmal erhebe ich mein Glas mit wärmeren Gefühlen als je zuvor.... Wir spüren, wir haben in dem Marschall (Stalin) einen Freund, dem wir vertrauen können.“[55])

Oder kurz danach am 27. 2. 1945 im Unterhaus:

„Der Eindruck, den ich von der Krim und von allen meinen anderen Kontakten mitbrachte, ist der, daß Marschall Stalin und die sowjetischen Führer in ehrenhafter Freundschaft und Gleichberechtigung mit den westlichen Demokratien leben wollen. Ich fühle auch, daß ihr Wort ihre Bürgschaft ist. Ich kenne keine Regierung, die verläßlicher hinter ihren Verpflichtungen steht als die russische Sowjetregierung. Ich lehne es absolut ab, hier in eine Diskussion über den guten Willen der Russen einzusteigen.“[56])

Wiederum einige Monate später: Am 7. 11. 1945 im Unterhaus:

„Hier wünsche ich zu sagen, wie glücklich (glad) wir alle sind zu wissen und zu fühlen, daß Generalissimus Stalin immer noch das Steuer fest in der Hand hat und sein gewaltiges Schiff steuert. Persönlich kann ich nichts anderes fühlen als die lebhafteste Bewunderung für diesen wahrhaft großen Mann, den Vater seines Landes, den Herrscher über dessen Geschicke in Zeiten des Friedens und den siegreichen Verteidiger dessen Lebens in Zeiten des Krieges.“[57])

Adolf Hitler trägt die Widersinnigkeit eines deutsch-englischen Krieges, ja des Krieges überhaupt, schon als Erkenntnis seit dem Ersten Weltkrieg in sich. Winston Churchill wird hierauf erst nach 1945 aufmerksam, indem er den Zweiten Weltkrieg als einen „unnötigen Krieg“ bezeichnete und genau das forderte, was die Deutschen schon 20 bis 30 Jahre früher unternommen hatten, nämlich ein Bollwerk gegen den Bolschewismus aufzurichten[58]).

„Kein Krieg war bisher leichter zu vermeiden gewesen als der letzte Schrecken.“[59])

England hätte — seiner Meinung zufolge — nach dem Ersten Weltkrieg bereits so „klug“ sein sollen, Deutschland dauerhaft militärisch niederzuhalten. Freilich war er keineswegs geneigt, Deutschland eine völkerrechtliche Gleichberechtigung zuzugestehen oder auch nur das geringste zur Wiederherstellung der deutschen Ehre und der Rechte Deutschlands beizutragen. Zwar stellte er nach dem Kriege fest, daß das Ergebnis 1945 anders aussehe, als das, „wofür England gekämpft habe“,

---

[55]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 6. Buch, Bd. II „Der eiserne Vorhang“ S. 59.

[56]) E. J. Rozek „Allied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland“ S. 359 und R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?“ S. 135.

[57]) F. B. Czarnomski „The Wisdom of Winston Churchill“ S. 349.

[58]) R. Churchill „The Sinews of Peace — Post-War-Speeches by Winston Churchill“ S. 41.

[59]) ebenda S. 172 Rede in Metz am 14. 7. 1946.

und der Westen nunmehr die Welt vor zwei mächtigen Marodeuren, „Krieg und Tyrannei“ beschützen müsse[60]), — doch daß dies die konsequenten Folgen seiner eigenen Politik waren, stritt er ab. Ebenso weigerte er sich einzugestehen, daß Deutschland gerade gegen diese Politik und gegen diese Ergebnisse gekämpft hatte.

> „Er war stets imstande, seine Reden den Erfordernissen der Stunde anzupassen.
> Folgerichtigkeit ist nie eine der starken Seiten Churchills gewesen, man hätte von ihm aber immerhin erwarten können, daß er sich an das erinnerte, was er früher einmal geschrieben hatte.“[61])

Nicht der Tatbestand einer Aggression, auch nicht der Umfang einer Aggression, auch nicht die Ursache oder der Anlaß einer Aggression waren für Churchill entscheidend, sondern die Frage, w e r sich einer „Aggression“ schuldig machte. Wobei der Begriff „Aggression“ je nach Belieben weitläufigste Ausdeutung erfuhr (z. B. die Heimkehr von willkürlich abgetrennten und unter „undemokratische“ Fremdherrschaft gestellten Volksdeutschen ins Reich), während auf der anderen Seite wahrhafte Aggressionen und offensichtlich rechtswidriges Verhalten nicht zur Kenntnis genommen wurden. Auch nicht etwa Weltanschauungen oder Staatskonzeptionen waren Gradmesser, entschied doch für ihn der persönliche Zweck des Augenblicks über seine Einstellung zu diesen Fragen. Nicht die Liebe zu den kleinen Völkern war entscheidend, er opferte diese Völker bedenkenlos seinen persönlichen Interessen.

> „Dies, gepaart mit dem Umstand, daß Churchill weder eine echte Kriegskonzeption noch eine für die Nachkriegszeit besaß, beweist, daß seine Behauptung, er führe einen ‚Kreuzzug für die freie Welt‘, Betrug war.“[62])

Unter dem Vorwand humanitärer Anliegen unterschreibt Churchill die Atlantik-Charta — kurz darauf will er sie nur für das britische Empire gültig interpretiert wissen. Gleichzeitig billigt, ja befiehlt er das systematische „Ausradieren“ offener deutscher Städte, „jede nur mögliche Gewaltanwendung“, „jedes Ausmaß des Schreckens“[63]), „so viel Deutsche wie möglich umzubringen“[64]), setzt einige Jahre später seine Paraphe unter den Morgenthauplan und preist die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat als die „befriedigendste und dauerhafteste

---

[60]) ebenda S. 94 Rede in Fulton (Missouri, USA) am 5. 3. 1946.

[61]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch“ S. 146.

[62]) ebenda S. 216.

[63]) F. J. P. Veale „Der Barbarei entgegen“ S. 217 und M. Bardèche „Nürnberg oder die Falschmünzer“ S. 70.

[64]) R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?“ S. 95.

Methode“[65]), die sich jedoch nicht aus einem „Rechtsgrund“ herleitet, sondern als „Kompensation“ gedacht ist für die Gebietsverluste Polens an die Sowjetunion[66]).

> „Es wird dann keine Bevölkerungsvermischung mehr geben, die endlosen Streit verursacht. Ich bin nicht alarmiert bei der Aussicht auf das Herauszerren der Bevölkerung. Sechs Millionen Deutsche sind im Krieg gefallen, und wir können erwarten, daß bis Kriegsende noch viele Deutsche mehr getötet werden und daher Platz für die zu Vertreibenden sein wird.“[65])

Churchill in Jalta am 7. 2. 1945:

> „Wir haben 5 oder 6 Millionen getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten. Dadurch müßte in Deutschland für die transferierten Menschen Raum genug vorhanden sein. Sie werden gebraucht werden, um Lücken zu füllen; daher fürchte ich das Problem einer Transferierung nicht, solange es im richtigen Verhältnis steht.“[66])

Sogar im Hinblick auf Kulturvölker haben „die Großen Drei“ der „zivilisierten Völker“ in ihrer Politik den „Geschäftsgeist“ des Schacherns und Kompensierens zugrundegelegt wie in den wilden Zeiten des Altertums, wo der Besiegte Sklave und Verkaufsobjekt, seine Heimat Beute war; nur mit dem Unterschied, daß es heute im 20. Jahrhundert im Namen der Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, des Christentums, der Demokratie und nicht nur mit tausenden wilder Krieger, sondern mit Millionen europäischer Kulturträger geschieht. Daß bei dieser „humanen Umsiedlung“, wie die Vertreibung in den Potsdamer Protokollen hieß, 3,8 Millionen deutsche Menschen den Tod gefunden haben[67]) (nach einer anderen Ermittlung knapp 3 Millionen)[68]), die übrigen unter grauenhaften Begleitumständen nur ihr nacktes Leben retten konnten, daß dabei alle Deutschen — nicht zum ersten Mal im 20. Jahrhundert! — für vogelfrei gegolten haben, scheint Churchills Gewissen nicht zu belasten. Ja, es ist sogar Programm der „Großen Drei“, „bei dieser Umsiedlung die Zahl der Deutschen wesentlich zu reduzieren“[69])! Der exilpolnische Ministerpräsident Mikolajcyk bekommt von Churchill die „Beruhigungspille“:

---

[65]) “Voices of History 1944—1945 Speeches and Papers of Roosevelt, Churchill, Stalin, Chiang, Hitler and other Leaders“ S. 615 — Churchill vor dem Unterhaus am 15. 12. 1944.

[66]) Die Jalta Dokumente S. 164, 222, 298, 171.

[67]) F. Gause „Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft“ S. 288.

[68]) Statistisches Bundesamt „Die deutschen Vertreibungsverluste“ S. 37 u. 44.

[69]) E. J. Reichenberger „Fahrt durch besiegtes Land“ S. 8, Äußerung F. D. Roosevelts zum tschechischen Ex-Präsidenten E. Benesch am 12. 5. 1943.

LITAUEN

POLEN

NIEDERLANDE

BELGIEN

TSCHECHO SLOWAKEI

ÖSTERREICH

SCHWEIZ

Helgoland, Königsberg, Heilsberg, Marienburg, Konitz, Bromberg, Berlin, Küstrin, Posen, Warschau, Dortmund, Brüssel, Bautzen, Görlitz, Pirna, Königstein, Breslau, Brieg, Waldenburg, Glatz, Krakau, Przemysl, Frankfurt, Hof, Prag, Neustadt, Brünn, Verdun, Metz, Regensburg, Kaschau, Straßburg, Stuttgart, Ulm, München, Linz, Wien

ENTWAFFNUNGSZUSTAND UND SANKTIONEN NACH 1919

- Grenze des Deutschen Reiches 1920 nach Versailler Vertrag
- Grenze des Deutschen Reiches 1914
- Grenze der entmilitarisierten Zone

Laut Versailler Vertrag besetzte Gebiete

- Zone I 1926 zu räumen – 1926 geräumt
- Zone II 1930 zu räumen – 1930 geräumt
- Zone III 1935 zu räumen – 1. 7. 1930 geräumt
- Saargebiet Volksabstimmung 13. 1. 1935 (90,8 %)
- Sanktionen 1920–25 u. franz. Besetzung des Ruhrgebietes 1923–25
- Entfestigte Ostseeküste

REICHSTAGSWAHL

vom ■ 5. 3. 1933 ▒ 6. 11. 1932

WAHLBETEILIGUNG 90 %

VON 645 MANDATEN NSDAP 288, KAMPFFRONT (Schwarz-weiß-rot) 52 } REGIERUNG 52 %

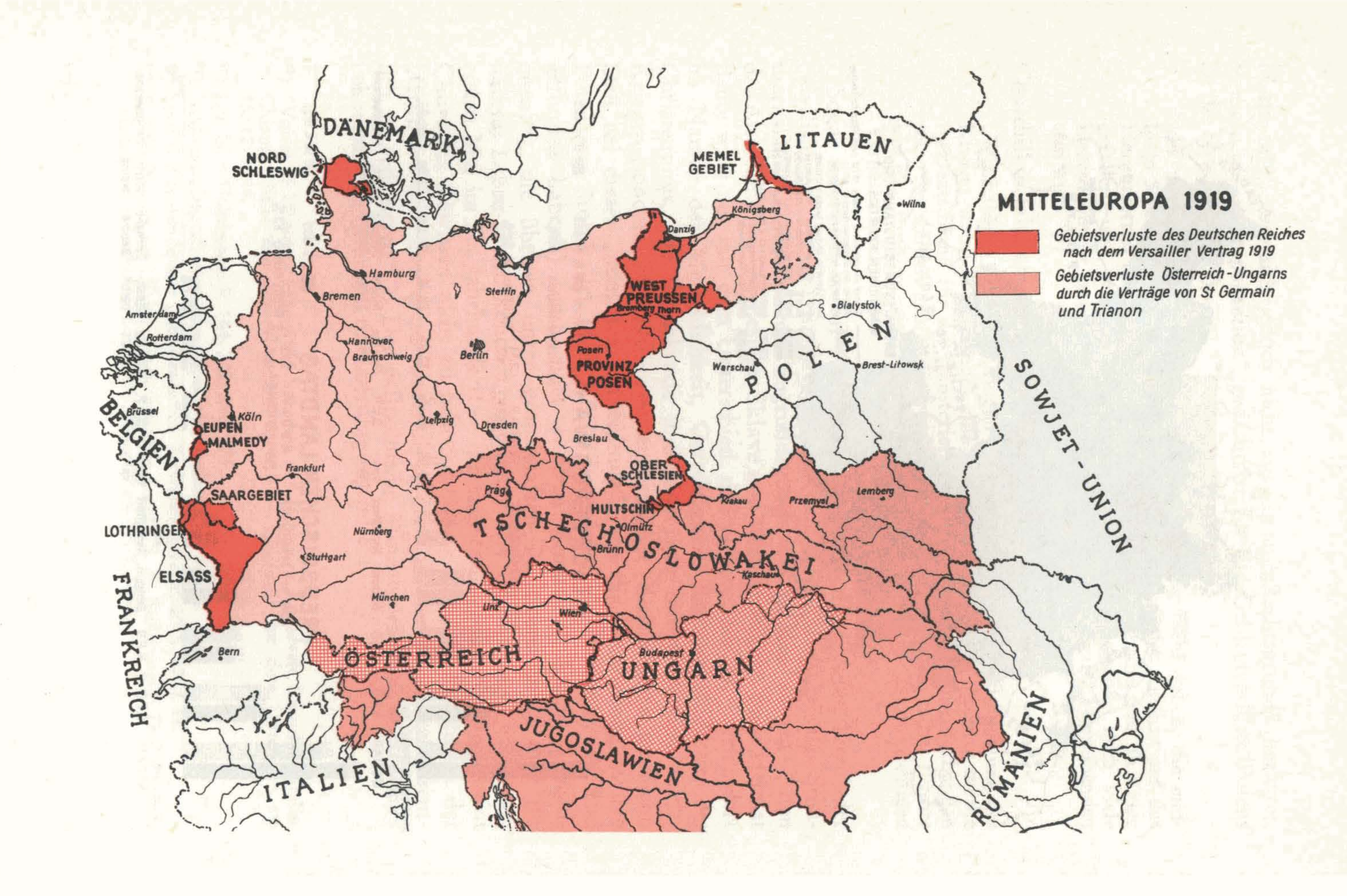
	5. 3. 1933	6. 11. 1932	STIMMEN	SITZE
NSDAP	44,1 %	33,1 %	17,25 MILL	288
SPD	18.8	20.4 %	7,0	118
KPD	12,3	16,9	4,86	81
Zentrum	11,2	11,9		
Kampffront	7,9	8,3	3,125	52
Bayr-Vpt	2,7	3,1		
D.V.P.	1,8	1,9		
Chr.-Soz. Vd	0,9	1,2		
Staatspartei	0,8	1,0		
Deutsche Bauern	0,2	0,4		
Württ. Weing.	0,2	0,3		
Hannoveraner	0,1	0,2		

PREUSSISCHER LANDTAG

■ 5. 3. 1933 ▒ 24. 4. 1932

VON 417 MANDATEN NSDAP 210, KAMPFFRONT 42 } REGIERUNG 53 %

	5. 3. 1933	24. 4. 1932	SITZE
NSDAP	43,2	36,3	210
SPD	16,5	21,2	
KPD	13,1	12,8	
Zentrum	14,1	15,3	
Kampffront	9,3	6,8	42
Bayr. Vpt	—		
D.V.P.	1,1	1,5	
Chr-Soz Vd	0,9	1,2	
Staatspartei	0,7	1,5	
Deutsche Bauern	—		
Württ. Weing.	—		
Hannoveraner	0,2	0,3	


MITTELEUROPA 1919
Gebietsverluste des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag 1919
Gebietsverluste Österreich-Ungarns durch die Verträge von St Germain und Trianon
DÄNEMARK
NORD SCHLESWIG
MEMEL GEBIET
LITAUEN
Wilna
Königsberg
Danzig
WEST PREUSSEN
Bromberg
Thorn
Posen
PROVINZ POSEN
Bialystok
POLEN
Warschau
Brest-Litowsk
SOWJET-UNION
Hamburg
Bremen
Stettin
Hannover
Braunschweig
Berlin
Amsterdam
Rotterdam
Brüssel
BELGIEN
Köln
EUPEN
MALMEDY
Leipzig
Dresden
Breslau
OBER SCHLESIEN
Frankfurt
SAARGEBIET
LOTHRINGEN
ELSASS
FRANKREICH
Stuttgart
Nürnberg
München
Bern
Prag
HULTSCHIN
Krakau
Przemysl
Lemberg
TSCHECHOSLOWAKEI
Olmütz
Brünn
Kaschau
Linz
Wien
ÖSTERREICH
Budapest
UNGARN
JUGOSLAWIEN
ITALIEN
RUMÄNIEN

A KAŻDY Z WAS W DUSZY SWEJ MA ZIARNO PRZYSZŁYCH PRAW I MIARĘ PRZYSZŁYCH GRANIC. /ADAM MICKIEWICZ/.



HISTORYCZNE ZACHODNIE GRANICE POLSKI
THE WESTERN HISTORICAL BOUNDARIES OF POLAND
FRONTIÈRE OCCIDENTALE HISTORIQUE DE LA POLOGNE

DZISIEJSZE GRANICE POLSKI
THE ACTUAL BOUNDARIES OF POLAND
LES FRONTIÈRES ACTUELLES DE LA POLOGNE

Der originale polnische Text lautet:

Jeder von Euch birgt in der Seele einen Kern von künftigen Rechten und ein Maß von künftigen Grenzen.
Adam Mickiewicz

farbig = Die historischen Westgrenzen von Polen
= Die gegenwärtigen Grenzen von Polen

Der englische Text hierzu*):

Diese Karte, die die Größe einer Postkarte hat (die Rückseite ist als solche gedruckt) wurde in Polen zu Propagandazwecken weit verbreitet. Ein aufgeblähtes Polen, direkt vor die Tore Berlins reichend, ist aufgezeichnet. Die „historischen Grenzen" sollen den Eindruck erwecken, daß Polen ein Anrecht auf diese Gebiete im Westen hat. Die östlichen Grenzen auf der gleichen „historischen Basis" sind taktvollerweise ausgelassen worden, um eine Herausforderung der östlichen Nachbarn zu vermeiden.
Man fragt sich unbewußt, ob Polen glaubt, daß britisches Blut vergossen werden sollte, um diese imaginären Grenzen zu verteidigen — besonders seit die Festlegung von solchen Grenzen fraglos zu weiteren Kriegen führen würde. Die Anführungen zeigen, daß die „historischen Grenzen" mehr vom Gesichtspunkt der Zukunft als dem der Vergangenheit gedacht sind.

---

*) B. de Colonna „Poland from the Inside", S. 160 ff.

„Machen Sie sich keine Sorge über die fünf oder mehr Millionen Deutscher.... Stalin wird sich darum kümmern. Sie werden mit ihnen keine Schwierigkeiten haben: Sie werden zu existieren aufhören!“[70])

Am 30. 6. 1943 erklärte der „von Zerstörungswut besessene“ Churchill[71]) in London:

„Unter bedingungsloser Kapitulation verstehe ich, daß die Deutschen kein Recht auf irgendeine bestimmte Behandlung beanspruchen können.“[72])

Wer diese Tatbestände und ihre Initiatoren kennt, weiß auch, wer in Wahrheit die Leute mit einer „blutdürstigen Philosophie, die an die Zeit des Barbarentums erinnert“, sind! Winston Churchill selber ist einer ihrer Vorkämpfer!

Bewußt verschweigt dieser Mann elementare Wahrheiten zur Zeit der „Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse“ und stützt zahllose Geschichtsfälschungen. Der Kreuzfahrer Winston Churchill, der angeblich alles um „ethischer Grundsätze“, insbesondere um „der Rettung des Christentums willen“ getan hatte, bekennt schließlich seinen Glaubensstreitern:

„Ich bin kein religiös eingestellter Mensch.“[73])

Genauso skrupellos, wie er den Krieg gegen Deutschland angeregt, geführt und über das Schicksal seines besiegten Feindes bestimmt bzw. mitbestimmt hat, verfuhr er mit seinem Bundesgenossen Polen.

In Jalta 1945 bekennt er:

„Ich selbst interessiere mich wenig für die Polen.“[74])

1939 allerdings interessierten ihn die Polen, weil er mit ihrer Hilfe Öffentlichkeit und Regierung Großbritanniens in eine Kriegspsychose hineinhetzen konnte, um damit, wie er Roosevelt telegraphierte noch bevor er Premierminister geworden war, zusammen mit dem US-Präsidenten „die Welt zu kontrollieren“[75]). Den ihn inzwischen nicht mehr interessierenden Polen, deren Repräsentant Ministerpräsident Mikolajzyk war, eröffnete Churchill auf dem Höhepunkt des Krieges:

„Sie sind keine Regierung ... es handelt sich bei Ihnen um rücksichtslose Menschen, die Europa ruinieren wollen. Ich werde Sie Ihren eigenen Schwierigkeiten überlassen.... Sie haben nur erbärmliche, kleinliche und selbstsüchtige Interessen vor Augen.... Wenn Sie die Absicht haben,

---

[70]) E. J. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch“ S. 400, zitiert: „Review of World Affairs“ 5. 10. 1945.

[71]) E. Spetzler „Luftkrieg und Menschlichkeit“ S. 313.

[72]) E. Deuerlein „Die Einheit Deutschlands“ S. 34.

[73]) E. J. Reichenberger „Europa in Trümmern“ S. 91 zitiert: „Time Magazine“ vom 25. 8. 1941 S. 13.

[74]) Die Jalta Dokumente S. 266.

[75]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege“ S. 630.

Rußland zu erobern, dann werden wir Sie ihre eigenen Wege gehen lassen. ... Sie gehören in eine Irrenanstalt. ...“[76])

Zwar sollte die polnische Armee weiterhin für die britischen Ziele und Interessen kämpfen, doch sollte die exilpolnische Regierung in London „im Namen hoher moralischer Prinzipien“ jede Lüge — auch der britischen Presse und Parlamentarier — schlucken, die zu ihrer Diskreditierung erfunden wurde[77]).

Es war die Zeit, als Churchill seinen „Schützlingen“ erklärte, daß es keine andere Alternative als den endgültigen Untergang der polnischen Nation gäbe[77]). Als die Rote Armee im Jahre 1944 in Polen einrückte und ihn unablässig Alarmnachrichten über die bolschewistische Machtpraxis erreichten, ließ Churchill anweisen, daß „die öffentliche Meinung“ durch verstärkte Greuelpropaganda gegen Deutschland abgelenkt werden sollte[78]). Die Polen interessierten ihn wirklich nicht!

Auch seinem französischen Bundesgenossen hatte Churchill seine „Treue“ rühmlich unter Beweis gestellt, als er die in Mers-al Kébir (nahe Oran) ankernde französische Flotte zu vernichten befahl (3. 7. 1940) und als er später zivile französische Städte bombardieren ließ[79]).

Im selben Augenblick, in dem er sich über die Wunden und Schmerzen des blutenden Europa hinwegsetzt und nicht genug seine Freundschaft zur Sowjetunion unterstreichen kann, trifft er Vorkehrungen, um deutschen Soldaten wieder Waffen in die Hand zu drücken zum möglichen Kampf gegen den Bolschewismus[80]). — Der von ihm inzwischen als „falsches Schwein“ skizzierte Hitler blieb zwar weiterhin der Mann, „der die Welt erobern wollte“, ungeachtet dessen, daß er nie solche Ziele hatte, Territorialverzichte geleistet, die auslandsdeutschen Volksgruppen „heim ins Reich“ geholt und Frankreich aus eigener Beschränkung im Jahre 1940 nur zum Teil und die französischen Kolonien überhaupt nicht besetzt hatte. Churchill, der Hitler vorwarf, Deutschland so stark gemacht zu haben, um Europa allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Nationen gegen den Welteroberungswillen des Bolschewismus zu schützen, verlangte seinerseits den Führungsanspruch „der Großen Drei“ bzw. „Vier Polizisten“ über alle anderen Nationen der Welt[81]) — einschließlich Polen, das er „wie ein Haus auf Rädern“

---

[76]) S. L. Sharp „Poland — White Eagle on a red Field“ S. 193.
[77]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 213 u. 240.
[78]) E. Rozek „Allied Wartime Diplomacy“ S. 210.
[79]) E. Spetzler „Luftkrieg und Menschlichkeit“ S. 341 ff.
[80]) H. Sündermann „Alter Feind was nun?“ S. 126.
[81]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ V. Buch Bd. II „Von Teheran bis Rom“ S. 50.

hin und her schob, ohne seinen Willen zu erfragen[82]). Nach einer achtstündigen Unterredung mit Winston Churchill Ende Mai 1945 notierte der Sonderbotschafter Trumans und ehemalige US-Botschafter in Moskau, Joseph E. Davies:

> „Ich sagte freimütig — nachdem ich ihn so heftig über die Bedrohung sowjetischer Vorherrschaft und über die Ausbreitung des Kommunismus in Europa schimpfen gehört und nachdem ich einen solchen Mangel an Vertrauen in die Ehrlichkeit der sowjetischen Führerschaft festgestellt habe — hätte ich mich gefragt, ob er, der Premierminister, nun der Welt erklären wolle, daß er und England einen Fehler gemacht hätten, indem sie Hitler nicht unterstützten; denn er vertrete — wie ich ihn verstünde — nun die Doktrin, die Hitler und Goebbels verkündet und in den letzten vier Jahren immer wiederholt hätten....
>
> Genau die gleichen Bedingungen, wie er sie beschrieb, und die gleichen Schlußfolgerungen seien von ihnen vorgebracht worden, wie er sie nun zu behaupten schien....“[83])

Wenn selbst namhafte Politiker in ihren Urteilen und Taten im Verlaufe weniger Jahre in derartige Extreme verfallen, solche Ziele vertraten und durchsetzten und dennoch entgegen besserer Erkenntnis die Diffamierung ihres ehemaligen Gegners weiterhin dogmatisierten, dann kann man von ihnen und ihren Gesinnungsfreunden nicht erwarten, daß sie die Gegenwart richtig beurteilen, daß sie aus der jüngsten Geschichte etwas gelernt haben oder überhaupt die für verantwortungsvolle Politik erforderliche geistige Größe und moralische Qualifikation besitzen!

Leider haben britische Politiker erst nach dem Jahre 1945 die Basis der Churchill'schen Agitation richtig erkannt und in folgende treffende Worte gekleidet:

Manchester Guardian:

> „Die Leute könnten den Verdacht hegen, daß Politiker, die ihre Zeit darauf verwenden, eine Panik auszulösen, dies nur darum tun, weil ihre Sache auf zu schwachen Füßen steht, als daß sie mit Vernunftgründen zu verteidigen wäre.“[84])

Aneurin Bevan:

> „Churchill ist ein sehr bedeutender Schriftsteller und als ein Mann bekannt, der mit tiefem Vergnügen seine eigene Prosa vorliest. Ein Grund, warum er so elegant über die Seiten hinwegstreicht, ist der, daß er nur ein sehr geringes Gewicht an Tatsachen trägt. Er stutzt die Geschichte noch einmal zurecht, und wenn es dann noch ein Faktum gibt,

---

[82]) C. Reece „Das Recht auf Deutschlands Osten“ S. 29, Ausspruch vom polnischen Botschafter in Washington, Jan Ciechanowski, am 6. 7. 1945.

[83]) Foreign Relations of the United States. The conference of Berlin (The Potsdam Conference) Vol. I S. 73.

[84]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch“ S. 231.

das mit seiner Darstellung nicht übereinstimmt — flugs geht es über Bord. Das war stets charakteristisch für den sehr ehrenwerten Gentleman."[85])

Oder Churchill selbst:

„Daß man den Haß am Kochen hält, ist eine der schlimmsten Ungerechtigkeiten, die man der Sache des Friedens antun kann, und eine Popularität, die man sich damit erwirbt, ist eine Schande für denjenigen, der so etwas zu tun versucht."[86])

Es ist kaum anzunehmen, daß Winston Churchill erst in seinen späten Lebensjahren zu dieser Einsicht gekommen sein soll. Sicher wird er aber selbst dann keinen Vergleich zu seinem jahrzehntelangen Handeln gezogen haben, wo doch der Zweite Weltkrieg sehr wesentlich von seinen Haßgesängen mit veranlaßt, genährt und brutalisiert worden ist.

---

[85]) ebenda S. 240.

[86]) ebenda S. 284.

Wien, München, Prag

Drei Ereignisse sollten zu drei Etappen auf dem Wege zum Zweiten Weltkrieg werden:

1. Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich
2. Die Konferenz von München Ende September 1938
3. Hitlers Einmarsch in Prag am 15. März 1939.

Alle drei Ereignisse müssen objektiv in ihrer wirklichen Bedeutung gewertet und an den richtigen Platz im Gesamtzusammenhang gestellt werden.

Der Anschluß Österreichs:

Die Bevölkerung Österreichs ist deutsch, denkt, fühlt und spricht deutsch. Wien war ein halbes Jahrtausend deutsche Reichshauptstadt, fast zehnmal solange wie Berlin. Lediglich von 1806 bis 1815 und von 1866 bis 1938 war Österreich im Verlauf seiner Geschichte nicht in einer staatlichen oder bundesvertraglichen Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland. Die österreichische Nationalversammlung hatte am 12. 11. 1918 einstimmig den Anschluß an das Deutsche Reich beschlossen. Der neue Staat hatte von der Nationalversammlung im Jahre 1918 den Namen „Deutsch-Österreich" erhalten.

Die Versailler Sieger hatten der österreichischen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Der Anschluß, besser, die Wiedervereinigung mit Deutschland blieb verboten, der Name „Deutsch-Österreich" ebenfalls. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Karl Renner erklärte am 6. 9. 1919 in der Wiener Nationalversammlung:

> „Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."[1])

Am 4. 10. 1922 forderte Renner angesichts der Kredite an Österreich unter Garantie des Völkerbundes (Finanzkontrollkommission) „den An-

---

[1]) Deutsche Verfassungen „Von Frankfurt nach Bonn" S. 62.

schluß an den Staat, zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören, als einzige Lösung"[2]). 1920/21 sind in Kärnten, Tirol, Salzburg und Steiermark Volksabstimmungen durchgeführt worden, die zu 99 % für einen Anschluß an Deutschland ausgefallen waren. Volksabstimmungen in den übrigen Provinzen Österreichs sind von Frankreich verboten worden. Konnte auf diese Weise der Wille Österreichs für eine Vereinigung mit Deutschland demonstriert werden, so war der Wille des Deutschen Reiches ebenfalls eindeutig zum Ausdruck gebracht worden: Der Artikel 61, Absatz 2 der Weimarer Verfassung handelte vom Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich. Er blieb als Bekenntnis zu dem hohen Ziel der nationalen Weiterentwicklung formell Bestandteil der Weimarer Verfassung, ungeachtet dessen, daß infolge des Einspruchs der Versailler Sieger die Ausführung des Absatz 2 ruhen mußte.

Auch in den folgenden Jahren verbot Frankreich (im Zeitalter der europäischen Integration!) teils auch mit wirtschaftlichem Druck jede wirtschaftliche Annäherung Österreichs an Deutschland, konkret: die 1931 geplante deutsch-österreichische Zollunion.

Hatten die Versailler Mächte auf diese Weise den Willen der österreichischen Bevölkerung vergewaltigt und Krisen und Unruhen, Bürgerkriegsgefahren, soziales und wirtschaftliches Elend, sogar das Verbot aller Parteien mit Ausnahme der „Vaterländischen Front", Diktatur und Notstandsgesetze in Kauf genommen, so stand es ihnen schlecht zu Gesicht, Jahre später ihre erneute Einmischung in österreichisch-deutsche Belange mit der „Rettung der Demokratie" in Österreich zu begründen. Denn seitdem die Regierung Dollfuß Anfang März 1933 in einem Staatsstreich die Verfassung außer Kraft gesetzt und Österreich fortan diktatorisch regiert hatte — ebenso wie sein Nachfolger Dr. Schuschnigg — war Österreich kein „friedlicher, demokratischer" Staat mehr. Zwei blutige Revolutionen hatte das Land hinter sich; gefüllte Konzentrationslager (wie auch in Polen) — sogenannte Anhaltelager — gehörten zur Begleiterscheinung der dort herrschenden Diktatur. Ein nicht zu unterschätzender Teil des wirtschaftlich, geistig und moralisch notleidenden Volkes — nicht nur Anhänger des Nationalsozialismus! — stand der Regierung scharf ablehnend gegenüber! Freie Wahlen sind dort von 1932—1938 nicht durchgeführt worden.

Ohne auf alle Einzelheiten der Geschichte Österreichs seit 1919 einzugehen, läßt sich doch grundlegend sagen, daß „der innere Druck auf die Regierung Schuschnigg 1935 und Anfang 1936 immer deutlicher

---

[2]) K. Ploetz „Auszug aus der Geschichte" S. 751.

spürbar“ wurde[3]). Teils ergab sich dieser „innere Druck“ aus der parteipolitischen, teils aus der wirtschaftlichen Situation des Landes, teils aus der außenpolitischen Isolierung, teils aus dem Umstand, daß der wachsende Wohlstand, das Absinken der Arbeitslosigkeit, die Zunahme der industriellen Produktion, die außenpolitische Zugkraft des Einheitswillens in Deutschland die Kontraste zur chronischen Misere in Österreich eindrucksvoller denn je werden ließen.

Zur außenpolitischen Lage: Großbritannien hatte wenig Interesse, einem Land den Rücken zu stärken, das sich im Abessinienkrieg 1935/36 hinter Italien gestellt hatte. Volksfront-Frankreich fand keine ideologischen Bande zu einem katholischen, autoritären System, war hingegen auf seine Versailler Rolle als Aufpasser und Mitbestimmer Österreichs sehr bedacht.

Umgekehrt war sich die österreichische Bevölkerung bewußt, daß Frankreich seit 1919 alles getan hatte, um den Anschluß an das Reich zu verhindern und die Wirtschaftsnot in Österreich zu fördern. Die Tschechen, Slowaken, Rumänen, Slowenen, Serben, Kroaten hingegen hatten nicht die monarchistische Klammer Österreich-Ungarns abgestreift, um sich danach freundschaftlich mit Wien zu liieren.

> „Alles, was sich in den dreißiger Jahren vollzieht, ist solcherart nur die logische Weiterentwicklung von Versailles und Saint-Germain. Die Zerschlagung der Donaumonarchie hat Europa östlich des Rheins in einen Hexenkessel widersprechender Lebensinteressen verwandelt, und die Folgen wirkten sich letzten Endes am schlimmsten bei dem Schwächsten aus: Österreich. Die Eifersucht der Großmächte untereinander hat den Zusammenbruch des widernatürlichen Systems bisher verhindert und damit Österreich am Leben erhalten.
>
> Österreich, hin- und hergestoßen, als Prellbock benützt, ist allein hilflos. Seine einzige Rückendeckung ist Italien. Die Rückendeckung fällt, als Mussolini sich zum Angriff auf Abessinien entschließt. Anstelle des Kampfes gegen Hitler muß zwangsläufig der Versuch treten, mit Hitler zu einem Übereinkommen zu gelangen, das Österreich am Leben läßt.
>
> Zum Träger dieses Versuches wird Schuschnigg — er bemüht sich vier Jahre lang um die Lösung eines Problems, das einfach unlösbar ist, weil das nationalistische Prinzip die Existenz eines zweiten deutschen Staates ideologisch ausschließt und weil Hitler die reale Macht besitzt, seine Ideologie in die Praxis umzusetzen.“[3])

Als schließlich Hitler und Schuschnigg am 11. 7. 1936 einen Vertrag schlossen, der einen Interessenausgleich zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn, Anerkennung der Unabhängigkeit und Belebung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches vorsah, mußten sich die

---

[3]) H. Andics „Der Staat den keiner wollte“ S. 504, 505.

bereits vor dem Abkommen abzeichnenden innen- und außenpolitischen Gewichtsverlagerungen zu ungunsten der österreichischen Regierung in verstärktem Maße fortsetzen.

> „Man hat eine Aufhebung des Verbots gewisser Zeitungen vereinbart....
>
> Eine Lawine nationalsozialistischer Propaganda geht solcherart vom 11. Juli 1936 an über Österreich nieder, ganz offiziell, alles im Rahmen des Vertrages. Was nützt da schon, wenn die in Deutschland zugelassenen österreichischen Zeitungen brav und regierungstreu den österreichischen Menschen feiern. Die Deutschen lesen diese Zeitungen nicht einmal, sie wollen ja schließlich nicht an Österreich angeschlossen werden. Die 1 000-Mark-Sperre wird aufgehoben — der unerträglich gewordene Schrumpfungsprozeß des Fremdenverkehrs läßt etwas nach, aber dafür kommt mit jedem deutschen Touristen ein gewollter oder ungewollter Propagandaredner ins Land. Hakenkreuzfahne auf dem Auto oder auf dem Rucksack — die Hakenkreuzfahne für deutsche Staatsbürger ist natürlich erlaubt!...
>
> ... aber sie kommen zugleich als freiwillige oder unfreiwillige Demonstrationsobjekte des nationalsozialistischen Aufbaues....
>
> Auf die Österreicher aber muß es angesichts der weiterwirkenden Wirtschaftskrise, der kaum gesenkten Arbeitslosenzahlen, der innenpolitischen Unsicherheit und des Unlustgefühls großer Bevölkerungskreise mit einer autoritären Regierung als permanente Anschlußpropaganda wirken....
>
> Aber daß die 15 583 Häftlinge beispielsweise, die bis 1. Jänner 1937 freigingen, nach wie vor fanatische Nationalsozialisten sein würden, das hatte man offenbar vergessen."[4])

Noch weiteres bleibt zu beachten:

> „Drei Punkte dieses Abkommens (vom Juli 1936) wurden veröffentlicht — Anerkennung der österreichischen Souveränität durch Deutschland, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Feststellung, daß Österreichs Außenpolitik darauf beruhe, daß sich Österreich als deutscher Staat betrachte. Wichtiger aber waren die nicht veröffentlichten Zusatzpunkte. Sie betrafen die Einstellung des gegeneinander geführten Pressekrieges — woran sich im wesentlichen nur Deutschland hielt —, eine Amnestie für die zahlreichen politischen Häftlinge in Österreich und anderes. Entscheidend aber war, daß Österreich in den Zusatzpunkten eingewilligt hatte, der ‚Nationalen Opposition' einen Teil der Regierungsverantwortung zu übertragen. Die ‚Nationale Opposition' — das waren nun, nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland, natürlich die österreichischen Nationalsozialisten. Außerdem sollte zu einem gegebenen Zeitpunkt — ein Termin war nicht festgelegt worden — eine Volksabstimmung über die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich durchgeführt werden.
>
> Hitler hatte dieses Abkommen durchaus ehrlich gemeint. Er war davon überzeugt, daß dieses Abkommen mit den nichtveröffentlichten Zusatz-

---

[4]) H. Andics „Der Staat den keiner wollte" S. 530, 531, 532.

punkten eines Tages zu einer Regierung der ‚nationalen Einheit', wie er das nannte, führen würde. Die vorgesehene Volksabstimmung, daran glaubte er fest, würde eine Mehrheit von mindestens 70 % für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bringen.

Doch jetzt, anderthalb Jahre nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, ist ganz klar, daß die österreichische Regierung das Abkommen anders ausgelegt hat als Hitler. Für die Regierung in Wien lag die Betonung auf der zugestandenen Souveränität und der gegenseitigen Nichteinmischung, nicht aber in der Regierungsbeteiligung der ‚Nationalen Opposition', und schon gar nicht in der für irgendwann vorgesehenen Volksabstimmung über die Vereinigung mit Deutschland, die höchstwahrscheinlich ihr, der österreichischen Regierung, eigenes Ende bedeutet hätte."[5])

Dies sind in der Tat einige der Ursachen, die Bundeskanzler Schuschnigg im Dezember 1937 bewogen haben, eine persönliche Aussprache mit Hitler anzuregen. Hitler griff diese, von seinem Botschafter in Wien, Franz von Papen, übermittelte Idee auf und lud Dr. Schuschnigg im Februar 1938 nach Berchtesgaden ein[6]). Der Bundeskanzler trat die Reise an, nachdem er Mussolini sowie den englischen und französischen Gesandten über seine Absicht informiert hatte, und diese ihr Einverständnis gegeben hatten[7]). Hitler forderte in der Unterredung mit Dr. Schuschnigg nicht etwa die Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich, sondern legte lediglich Wert auf eine deutsch-bewußte, innenpolitisch friedliche und wirtschaftlich vernünftige Politik Österreichs. Er bestand nicht einmal darauf, die NSDAP in Österreich wieder zuzulassen. Hingegen bat er, die österreichischen Nationalsozialisten nicht durch gewaltsamen Ausschluß aus der Einheitspartei, der „Vaterländischen Front", in den Untergrund zu treiben. Mag Hitler auch während der Unterredung auf den österreichischen Bundeskanzler „Druck ausgeübt" haben, und sei es durch das Herbeirufen einiger deutscher Generale in der Pause, so ist doch kein Außenstehender dazu berufen, sich zum Moralprediger oder Richter darüber zu ernennen, in welcher Weise sich zwei Staatsmänner in einer Unterredung zu einigen haben und welche Gepflogenheiten bei Verhandlungen erlaubt sind oder nicht. Hitler war in dieser Unterredung mit Dr. Schuschnigg der weitaus stärkere und befähigtere, was sich im Verhandlungsergebnis naturgemäß — ob mit oder ohne „Druck" — widerspiegeln mußte.

„Unhaltbar ist Schuschniggs Behauptung, er sei auf dem Berghof überraschend vor eine völlig neue Lage gestellt worden. Schon aus den

---

5) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 33.

6) F. v. Papen „Der Wahrheit eine Gasse" S. 460.

7) ebenda S. 463.

Göring-Briefen mußte er die Forderungen Hitlers kennen, und ein Vergleich seiner Punktationen (innenpolitische Vorschläge zur Angleichung der deutsch-österreichischen Interessen) mit dem Hitlerschen Programm wird zeigen, wie gering die Unterschiede tatsächlich sind....

Der Vergleich der paraphierten Abmachungen mit den Punktationen ergibt, daß nur in der Frage der Neubesetzung des Innenministeriums samt der Polizei ein wesentliches Zugeständnis gemacht worden war, das über die von Schuschnigg vorgesehenen Konzessionen hinausging."[8])

Franz von Papen bestätigte, daß die Konferenz einen beiderseits zufriedenstellenden Abschluß gefunden und (in einem Bericht zwei Tage nach der Unterredung) daß „Schuschnigg tief beeindruckt, gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt hat, da er entschlossen ist, die Zusage von Berchtesgaden durchzuführen"[9]). Seinem Polizeidirektor Skubl antwortete Schuschnigg auf dessen Frage, welchen Eindruck Hitler auf ihn gemacht habe,

„ich muß sagen, er hat etwas von einem Seher."[10])

„In Berchtesgaden hat sich Schuschnigg noch nicht endgültig gebunden, sondern vereinbart, daß er sich erst nach drei Tagen im Sinne des Abkommens verpflichtet fühle, weil er es zunächst mit seiner Regierung besprechen müsse."[11])

Am 15. 2. 1938 teilte die österreichische Regierung Hitler mit, daß die Abmachungen von Berchtesgaden angenommen, und am 18. 2., daß die politischen Klauseln bereits durchgeführt seien[12]). Auch Hitler hatte sich an die Abmachungen gehalten und rief den Parteiführer Leopold aus Österreich ab, um eine illegale Tätigkeit der NSDAP Österreichs unmöglich zu machen.

„Die österreichische Affäre ist nicht von Hitler in Gang gebracht worden. Sie war überraschend auf ihn zugekommen, und er ergriff die Chance wie immer. Es gab hier keine geplante Aggression, nur eilige Improvisation....

Am Tage nach dem Gespräch mit Dr. Schuschnigg: Leopold, der Führer des Nazi-Untergrundes in Österreich, wurde zu Hitler befohlen; ihm wurde erklärt, daß seine Aktivität unsinnig sei, und befohlen, mit seinen Hauptgefährten Österreich zu verlassen. Einige Tage später sah Hitler diese Nazis wieder, teilte ihnen weiter mit, daß er darauf bestehe, den evolutionären Kurs einzuschlagen, ungeachtet dessen, ob die Erfolgsmöglichkeit heute vorausgesehen werden könne oder nicht. Das Protokoll, das von Schuschnigg unterzeichnet war, war so weitreichend, daß, wenn es vollständig ausgeführt worden wäre, das österreichische Problem automatisch gelöst gewesen wäre."

---

[8]) ebenda S. 466 und 476.
[9]) ADAP (Akten der deutschen auswärtigen Politik) Bd. I Dok. 297.
[10]) Schmidt-Prozeß S. 329.
[11]) H. Sündermann „Das Dritte Reich" S. 132.
[12]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 154.

„Hitler war zufrieden. Er unternahm keine Vorbereitungen für eine Aktion, sondern wartet leidenschaftslos auf die heranreifende automatische Lösung."[13])

Der österreichische Bundeskanzler führte „eine entschlossene Kampagne, die Februarkrise zu verharmlosen"[14]) und erließ auch an seine Diplomaten im Ausland Weisungen des Inhalts, daß die Berchtesgadener Konferenz zur Zufriedenheit verlaufen sei und alle ausländischen Vorhaltungen im Sinne einer Beruhigung abzuweisen seien.

„Die anfängliche Propagandalinie der Vaterländischen Front war sogar so weit gegangen, Berchtesgaden als ‚ausgemachten persönlichen Erfolg' Schuschniggs zu bezeichnen."[15])

Selbst der Beschwichtigungsgegner Eden, der aus Protest gegen den zu milden Kurs der britischen Regierung in der Italien- und Österreich-Frage am 20. Februar 1938 von seinem Posten als Außenminister zurücktrat, erklärte noch am 17. und 18. Februar im Unterhaus,

„daß weder vor noch nach der Begegnung von Berchtesgaden irgendein Ansuchen um Rat oder Unterstützung aus Wien in London eingegangen sei."

„Österreich hat, nach den mir vorliegenden Informationen, seine Beziehungen zum Deutschen Reich ... in Berchtesgaden in einer, wie wir hoffen können, günstigen und dauerhaften Weise im Wege einer unmittelbaren, eingehenden Aussprache zwischen den Regierungschefs beider Staaten ohne die geringste Erschütterung zu bereinigen vermocht."[16])

Die Londoner „Times" vermerkte am 14. Februar, daß

„kein Anlaß bestehe, über ein Abkommen zu streiten, mit dem der Führer, der Duce und Herr von Schuschnigg offenbar zufrieden sind,"

und ergänzte in einem Leitartikel wenige Tage später:

„Im Grunde ist ein enges Einverständnis zwischen den beiden deutschen Staaten das Natürlichste der Welt. Eines der unvernünftigsten, zerbrechlichsten und herausforderndsten künstlichen Gebilde der Friedensverträge war das Verbot der Einverleibung Österreichs in das Reich.... Die Vögel kehren in ihr Nest zurück. Österreich kann niemals antideutsch sein. Das ist letzten Endes die wirkliche Stärke der Ansprüche des Reiches auf Österreich und die wirkliche Schwierigkeit eines österreichischen Kanzlers, wenn er die Selbständigkeit Österreichs verteidigen und abgrenzen muß."[17])

Hitler hatte für den 20. Februar 1938 eine Reichstagsrede angekündigt und bereits beim Abschied vom Berghof Schuschnigg versichert, daß er in dieser Rede einen offiziellen freundlichen Kommentar durch-

---

[13]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 142—144.
[14]) G. Brook-Shepherd „Der Anschluß" S. 123.
[15]) ebenda S. 111.
[16]) ebenda S. 131/132.
[17]) ebenda S. 125/126.

geben werde[18]). Erstmals wurde eine Rede Hitlers im österreichischen Rundfunk verbreitet[19]). Hitler erklärte an diesem 20. Februar u. a.:

„In Verbindung damit (Entspannung der Beziehungen) sollte eine große Befriedungsaktion eintreten durch eine Generalamnestie und eine bessere Verständigung der beiden Staaten durch ein nunmehr engeres freundschaftliches Verhältnis auf den verschiedenen Gebieten einer politischen, personellen und sachlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies alles ist eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli (1936).

Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volke dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebensosehr im Interesse der beiden Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, jenes gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand."[20])

Am 24. Februar, also nur wenige Tage später, antwortete Bundeskanzler Schuschnigg in einer ebenfalls vom Rundfunk übertragenen Rede vor dem von niemandem gewählten ‚Parlament':

„Österreich sei mit den Zugeständnissen von Berchtesgaden, so sagt er, ‚bis zu der Grenze gegangen, an der wir Halt gebieten und sagen müssen: Bis hierher und nicht weiter!' Und als ob er Hitler bewußt herausfordern will, erklärt er, Österreich werde seine Unabhängigkeit nie aufgeben. Seine Rede schließt er mit den Worten: ‚Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!'"[21])

Erneut war das österreichische Problem in den Mittelpunkt der europäischen Diskussion gerückt[22]). Schuschnigg war inzwischen starkem Druck aus London ausgesetzt gewesen, die Einigung mit dem Deutschen Reich wieder rückgängig zu machen[23]). Insbesondere der Schuschnigg persönlich befreundete französische Gesandte Puaux[24]), aber auch andere Diplomaten, die ihn bestürmten („Wer sich nicht rührte und nie zu sehen war, blieb einzig der deutsche Botschafter von Papen"[25]), drängten ihn, zuzugeben, daß Hitler ihn erpreßt habe.

„Woher die Kenntnis kam?

Es hieß, der Intelligence Service sei von Ort und Stelle aus weitgehend und treffend im Bilde. Die Abschwächungsversuche, die Dr. Schmidt — nunmehr Außenminister — und ich selbst unternahmen, um

---

18) ebenda S. 140.
19) K. v. Schuschnigg „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 56.
20) G. Rühle „Das Dritte Reich" Jg. 1938 S. 60.
21) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 40.
22) ADAP I Dok. 327.
23) Europäische Politik 1933—1938 im Spiegel der Prager Akten Dok. 101.
24) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 41.
25) K. v. Schuschnigg „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 60.

jede Sensationsberichterstattung zu verhindern, fanden sichtlich keinen besonderen Glauben."[26])

„Das Wirtschaftsbarometer reagierte: — Angstabhebungen bei Sparkassen und Banken — Storni (Rückbuchungen) auswärtiger Firmen.
Der Posteinlauf erhöhte sich auf Tausende von Telegrammen und Briefen. Alarmsignale besonders aus Steiermark....
Der Kassandrarufe waren weit mehr als der optimistischen Prognosen...."

„Tag für Tag meldeten Sparkassen und Banken Abhebungen von mehreren Millionen Schilling. Vom Ausland, insbesondere aus Übersee, kamen beträchtliche Storni. Die Fremden reisten ab....

So mußte zwangsläufig eine Situation entstehen, die innen- und außenpolitisch unhaltbar wurde.
Außenpolitisch — hauptsächlich wirtschaftspolitisch — darum, weil ein Zustand einzutreten drohte, der alle Nachteile ohne die Vorteile eines „Anschlusses" brachte, nämlich den Boykott vom Ausland ohne die Korrektur durch das große, einheitliche Wirtschaftsgebiet."[27])

Der ausländische Druck auf die österreichische Regierung hatte aber noch größere Ausmaße:

In Wien erhältliche britische, französische und amerikanische Zeitungen informierten die Österreicher „über den ersten Akt ihrer Tragödie".

„Das Ergebnis war eine Stimmung der Panik und der Enttäuschung, die keine Propaganda der vaterländischen Front zu zerstreuen vermochte."

„Die neue Regierung wurde sofort von keinem geringeren als dem päpstlichen Nuntius in Wien unter Feuer genommen, und innerhalb 48 Stunden nach der Amtsübernahme kamen neuerlich Gerüchte über den Rücktritt des Kanzlers (Schuschniggs) auf."[28])

Der französische Gesandte in Wien, Puaux, informierte Schuschnigg offiziell darüber, daß Frankreich „die Unabhängigkeit Österreichs als unentbehrlich für den Frieden und die Stabilität Europas ansehe"[29]).

„Tatsächlich wurde damals in Paris etwas viel Schwererwiegendes besprochen."[29])

Es handelte sich um nichts weniger als den Versuch Frankreichs, „ein gemeinsames Vorgehen mit London zugunsten Österreichs zu organisieren"[29]). Der dieser Stimmung in Paris offenbar erliegende österreichische Presseattaché, Dr. Fuchs, weigerte sich sogar, die offiziell aus Wien eintreffenden Beschwichtigungsberichte zu veröffentlichen, so daß ihm sogar die Amtsenthebung angedroht werden mußte[29]). Ähnlich be-

---

[26]) ebenda S. 55. — In Wirklichkeit wußte man in England „erst einige Tage später" von den Geschehnissen am 12. 2. 1938 in Berchtesgaden, siehe: J. Colvin „Vansittart in Office" S. 184/185.
[27]) K. v. Schuschnigg „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 59, 60, 110, 111.
[28]) G. Brook-Shepherd „Der Anschluß" S. 111/112.
[29]) ebenda S. 122—124.

einflußt und renitent gegen seine Regierung verhielt sich der österreichische Gesandte in Paris, Vollgruber[29]). Nun, er war inzwischen vom Generalsekretär des französischen Außenministeriums bearbeitet und mit einer Kritik bedacht worden, „die kaum tieferschürfend sein konnte"[29]). An dem gleichen Tag, „an dem M. Légers Warnung in Wien eintraf", faßte Schuschnigg den Entschluß, seine Beschwichtigungspolitik über den Haufen zu werfen und „Hitler vor der ganzen Welt mit seiner berühmten Volksbefragung herauszufordern"[29]).

Und was geschah in England? Waren die britischen Zeitungen zur Zeit der Berchtesgadener Besprechung (12. 2.) und kurz danach hinsichtlich der deutsch-österreichischen Einigung durchaus zurückhaltend, wenn nicht zustimmend, so wurde wenige Tage später (beginnend mit dem 16. 2.) „die Vernebelungskampagne der österreichischen Regierung über Nacht hinweggefegt"[30]).

> „Der ‚Daily Express' sprach vom ‚direkten Ultimatum', das Österreich gestellt worden sei, während die ‚Daily Mail' vor den Gefahren warnte, die der Tschechoslowakei drohten, falls es Hitler gelingen sollte, Österreich und Deutschland zu ‚amalgieren'."[30])

Andere Zeitungen folgten mit scharfen Leitartikeln. Die schon zitierte „Times" blieb eine Ausnahme. Die „sozialistische Opposition Ihrer Majestät" jedoch „versuchte aus der britischen Politik gegenüber Österreich eine Hauptaktion zu machen", und London zum Handeln zu veranlassen. Dieses Bemühen griff „während der gleichen 48 Stunden" auch auf zahlreiche Anhänger der Regierung selbst über[31]). Auf einer nichtöffentlichen Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des Unterhauses fielen harte Worte. Die Skala der entrüsteten Stimmen reichte von der Unterstellung, daß „im nationalsozialistischen Deutschland jetzt eine Abenteurerpolitik im Aufsteigen sei" bis zur Forderung Winston Churchills: „Es sei jetzt Zeit, Halt! zu rufen"[31]). Die Mehrheit der etwa hundert Teilnehmer war bereit,

> „jetzt und hier den Kampf gegen Hitler aufzunehmen, wenn sie nur die kleinste Ermunterung erhielten. Die Erklärung (das gemeinsam beschlossene Kommuniqué, das von ihnen ausgegeben wurde) forderte ganz unverblümt ‚im Lichte kürzlich eingetretener Ereignisse eine positivere Haltung Englands in Europa'. Dem außenpolitischen Ausschuß, hieß es weiter, liege daran, daß ‚die Regierung nicht im Zweifel über die künftige Unterstützung der Partei in einer solchen Eventualität bleibe'."
>
> „Diese Aufforderung war zwar von einem der wichtigsten parlamentarischen Ausschüsse an den Premierminister Englands gerichtet worden. Sie bezog sich jedoch ebenso auch auf den Bundeskanzler Österreichs."[31])

---

[30]) ebenda S. 125—126.
[31]) ebenda S. 128—129.

Chamberlain war zwar gewillt, diese Sprache zu mildern, doch gelang ihm dies nur zum Teil. Wie stark der vom Parlament und den Parteien, aber auch Regierungsmitgliedern auf ihn ausgeübte Druck gewesen ist, zeigt allein die Tatsache, daß sein Außenminister Eden samt seinem Unterstaatssekretär Lord Cranborne „aus Protest gegen die weiche Politik ihres Premierministers gegenüber der Achse zurücktraten“[32]).

Auf diesen vielfältigen Druck aus London und Paris, nach den „höchst beunruhigenden Kammerdebatten“ und den Wien zugeleiteten Warnungen[33]), auf den Druck der sich ereifernden Weltpresse, des Wirtschaftsboykotts und innenpolitischer Vorgänge mußte Schuschnigg in dieser oder jener Weise reagieren. Er schwenkte um und meldete in der Tat insgeheim einen künftigen Gegensatz zu Deutschland an[34]).

Festzustellen ist, daß bis heute kein Propagandist diesen vielfältigen „Druck“, diese „Methode der Vergewaltigung kleiner Nationen“ zu den „unerlaubten Mitteln der Politik“ gezählt oder auch nur auf dieses Intrigenspiel wirksam aufmerksam gemacht hat! Wenn auch Schuschnigg später in seinen Memoiren diese ausländischen Demonstrationen nur beiläufig erwähnt und demgegenüber die innenpolitischen Komplikationen stärker akzentuiert, so ist doch historisch unstrittig, daß der österreichische Bundeskanzler den ursprünglich nicht beabsichtigten Kurswechsel auf die ausländischen Einwirkungen hin und schließlich in der Überzeugung vorgenommen hat, die Westmächte würden die Unabhängigkeit seines Regimes militärisch absichern.

> „Darum entschloß ich mich zur Volksbefragung....
>
> Der letzte Anstoß lag darin, daß es offenbar immer schwieriger wurde, der Agitation unter den Arbeitern zu begegnen. Wenn das Hakenkreuz als Gesinnungsabzeichen gestattet sei, warum dann nicht die „Drei Pfeile“ der Sozialisten und dutzenderlei anderer Abzeichen. Die Gefahr lag nahe, daß ein heilloses Durcheinander entstehen könnte, was ohne blutige Zusammenstöße nicht zu verhindern war. Diese aber galt es eben um jeden Preis zu vermeiden. Ich habe alles, was an Volksfrontkopie erinnern könnte, konsequent abgelehnt; ich wollte keine Parteien; denn nur so war damals die NSDAP zu verhindern....
>
> Das Abkommen von Berchtesgaden war bis auf den letzten Beistrich durchgeführt:
>
> Gesamtsituation:
>
> a) Polizei und Exekutive machtlos; denn seit dem 12. Februar, als dem Tag von Berchtesgaden, erfolgte keine politische Bestrafung; alle politischen Häftlinge, auch Gewalttäter, Totschläger und Eidbrecher der Exekutive waren begnadigt. Dies mußte entsprechend wirken.

---

[32]) ebenda S. 134—135.
[33]) ebenda S. 124 und 147.
[34]) H. Sündermann „Das Dritte Reich“ S. 133—136.

b) Teile der Beamtenschaft, der Hoheits-, Finanz- und Schulverwaltung ... verweigerten offen den Gehorsam und beriefen sich dabei auf Minister Seyss und das von mir seinerzeit eingerichtete volkspolitische Referat der Vaterländischen Front.

c) Minister Seyss sagte Ordnung zu, ohne sie durchzusetzen.

d) Wirtschaftliche Beunruhigung, Demonstrationen und Unsicherheit der Lage: Wehrlosigkeit der VF (Vaterländischen Front), deren regierungstreue Anhänger nicht mehr zum Wort kamen und daher zunehmender Mutlosigkeit verfielen."[35])

Dr. Schuschnigg hat mit seiner kurzfristig am 9. März 1938 angesetzten, bewußt unklaren, separatistisch gefärbten und nicht einwandfrei durchführbaren, weil unvorbereiteten und sogar verfassungswidrigen[36]) Volksbefragung für den 13. März 1938

> „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen!"

Geist und Inhalt der Abmachungen mit Hitler ohne Zweifel gebrochen und die Zustände in seinem Land auf den Höhepunkt getrieben. 40 000 österreichische Flüchtlinge befanden sich ohnehin schon im Reich[37]).

> „Die Abstimmung wird für den nächsten Sonntag, den 13. März, angesetzt. Ein Land, das seit fünf Jahren autoritär regiert wird, in dem es seit sechs Jahren keine demokratische Wahl mehr gegeben hat, in dem weder Wählerlisten noch demokratische Parteien bestehen, soll innerhalb weniger Tage eine Abstimmung durchführen, die Anspruch darauf erhebt, von der Weltöffentlichkeit als unumstößliches, legales, nicht zu bezweifelndes Bekenntnis akzeptiert zu werden. Eine Regierung stellt sich dem Volk, nachdem sie vier Jahre lang die Mehrheit dieses Volkes von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen hat. Die Idee ist Wahnsinn."[38])

Dr. Schuschnigg hätte nach Unterzeichnung des Berchtesgadener Abkommens zurücktreten und Präsidenten Miklas bitten können, den Vertrag zu annulieren. Das wäre zumindest eine klare Linie gewesen, wenn sie auch Schuschniggs eigener Meinung, kein Gegner des Anschlusses zu sein, widersprochen hätte. Das Vorgehen Schuschniggs sowie die Ablehnung der von Hitler anschließend am 10. 3. geforderten echten Volksabstimmung drei bis vier Wochen später sollte die bekannten Kettenreaktionen zur Folge haben, die den Anschluß Österreichs an das Reich verwirklichten.

---

[35]) K. v. Schuschnigg „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 111—112.

[36]) Der österreichischen Verfassung zufolge konnte eine Volksbefragung nur durch Parlamentsbeschluß und Billigung des Staatspräsidenten durchgeführt werden. Schuschnigg hatte sich hierüber hinweggesetzt.

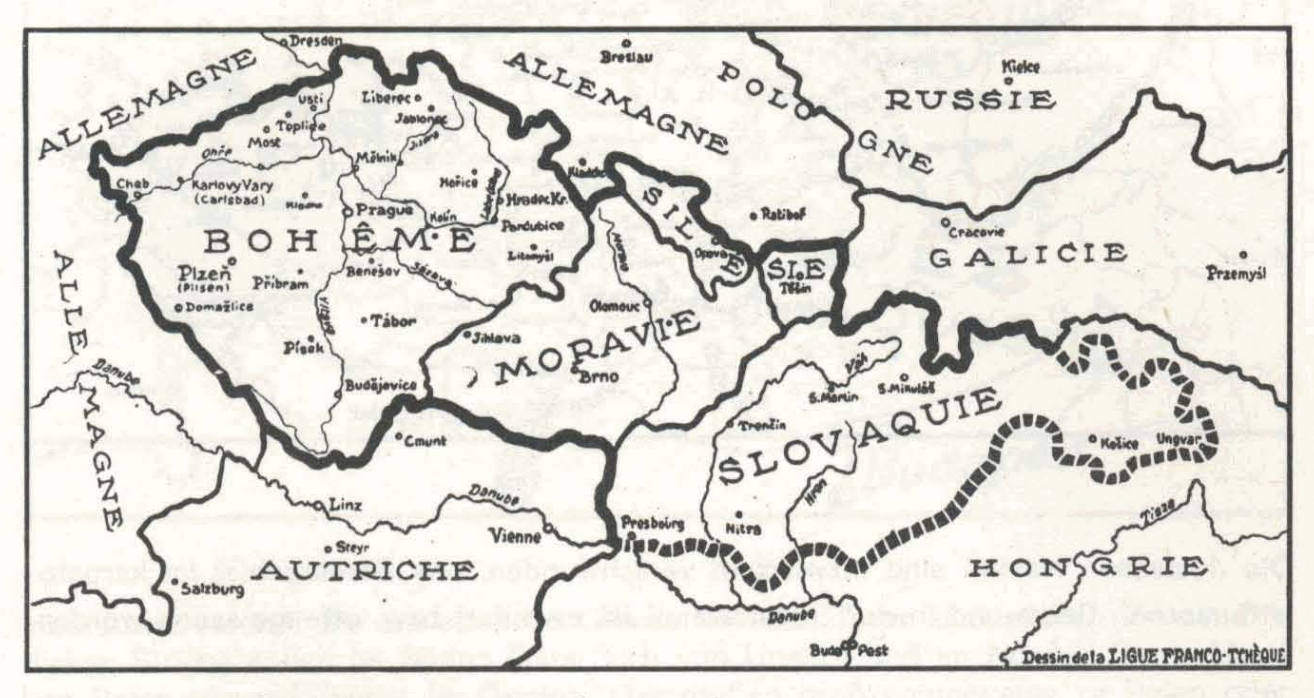
[37]) P. Kleist „Auch Du warst dabei" S. 201.

[38]) H. Andics „Der Staat den keiner wollte" S. 550.

Das Anwachsen der tschechischen Gebietsansprüche im Verlauf des Ersten Weltkrieges, dargestellt an Hand der Originalkarten der von Eduard Benesch in den Jahren 1915—1918 herausgegebenen politischen Monatszeitschrift

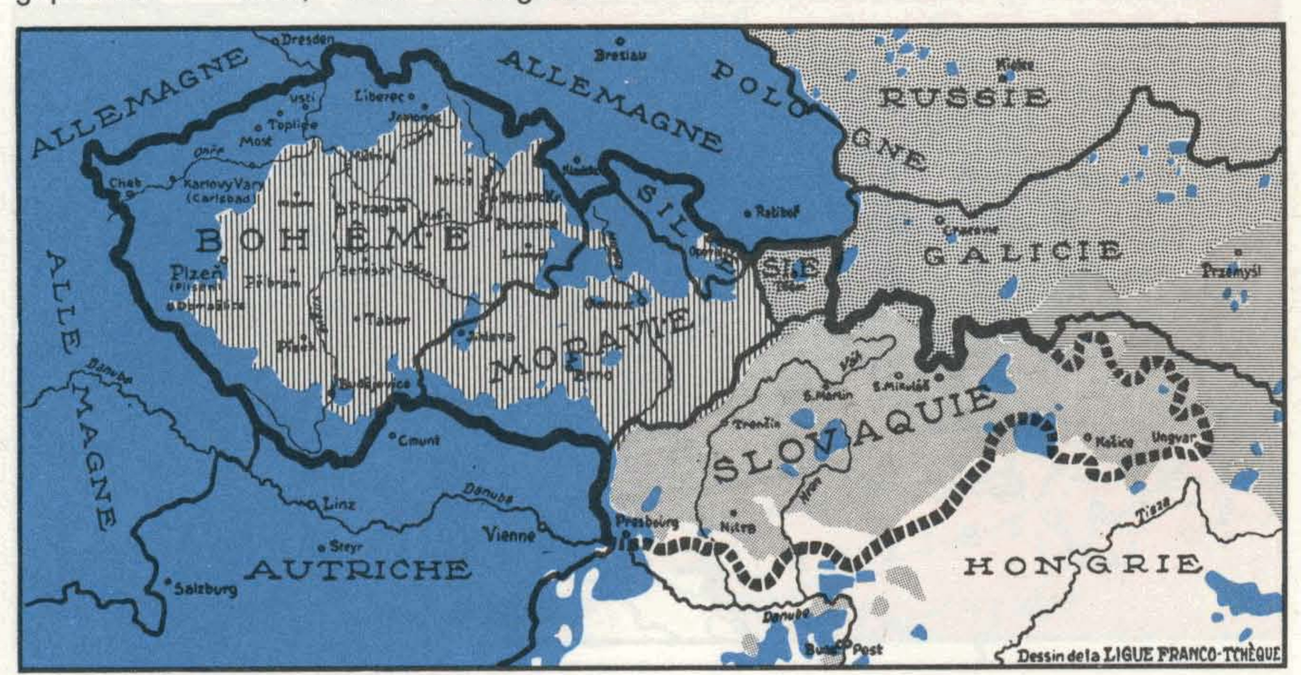
La Nation Tschèque
15. Novembre 1915
1ère ANNÉE — No. 14

und 1. Janvier 1916
1ère ANNÉE — No. 17



Die deutschen Städtenamen sind noch vermerkt

Die tschechische Originalkarte von 1915 und 1916 auf die Volkstumskarte übertragen: farbig = deutsche Bevölkerung, gestrichelt = Tschechen, grau = Slowaken, gepunktet = Polen, weiß = Ungarn.

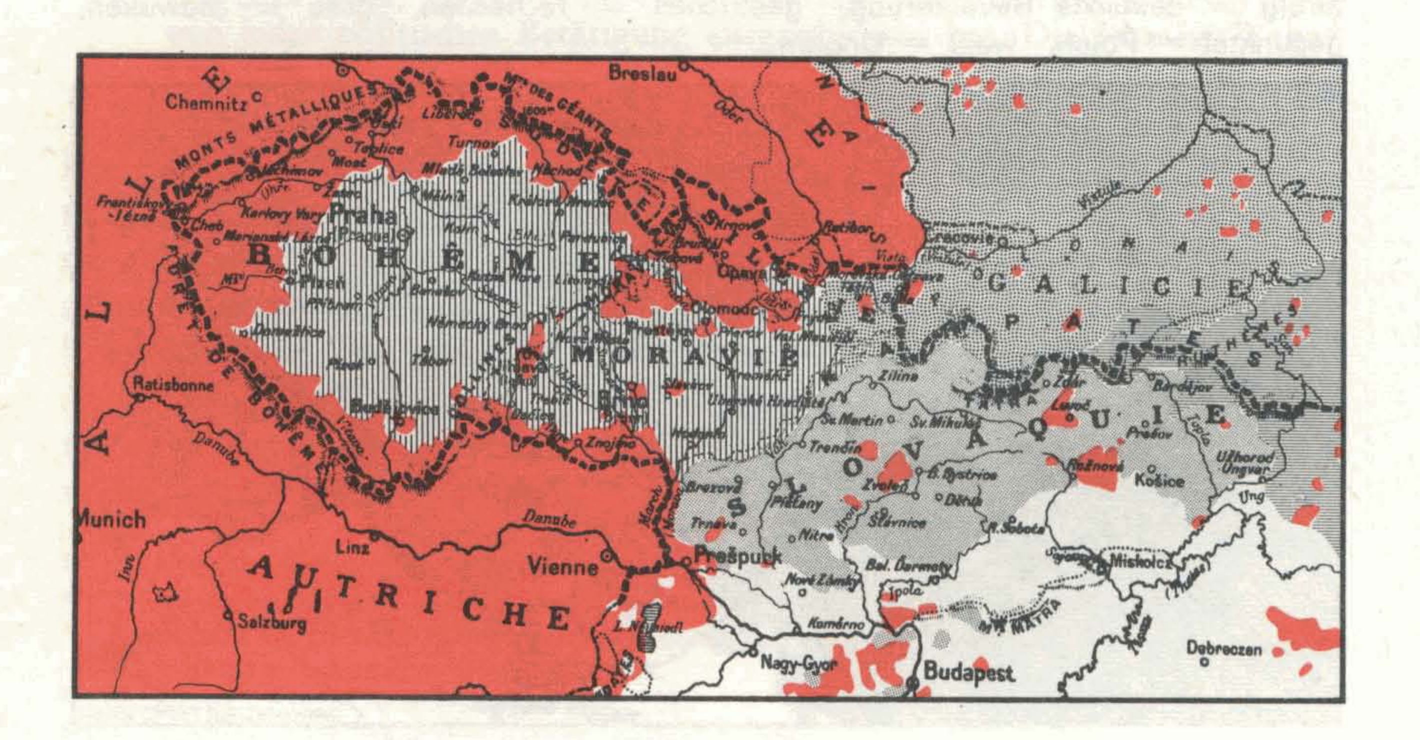


La Nation Tchèque
15. Février 1917
2° ANNÉE — No. 20

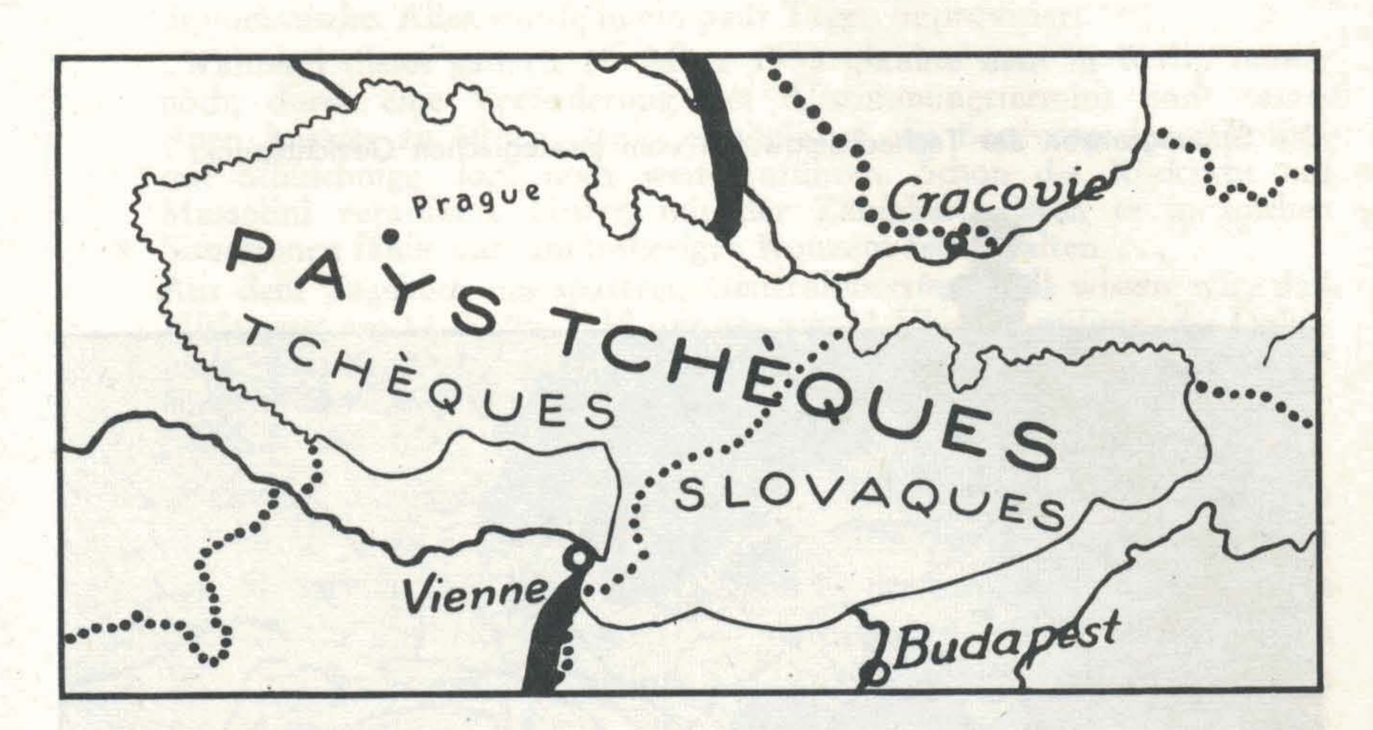


Die deutschen Namen sind inzwischen verschwunden, das Staatsgebiet im karpatoukrainischen Raum und in der Südslowakei ist erweitert bzw. offengelassen worden.

Die tschechische Originalkarte von 1917 auf die Volkstumskarte übertragen

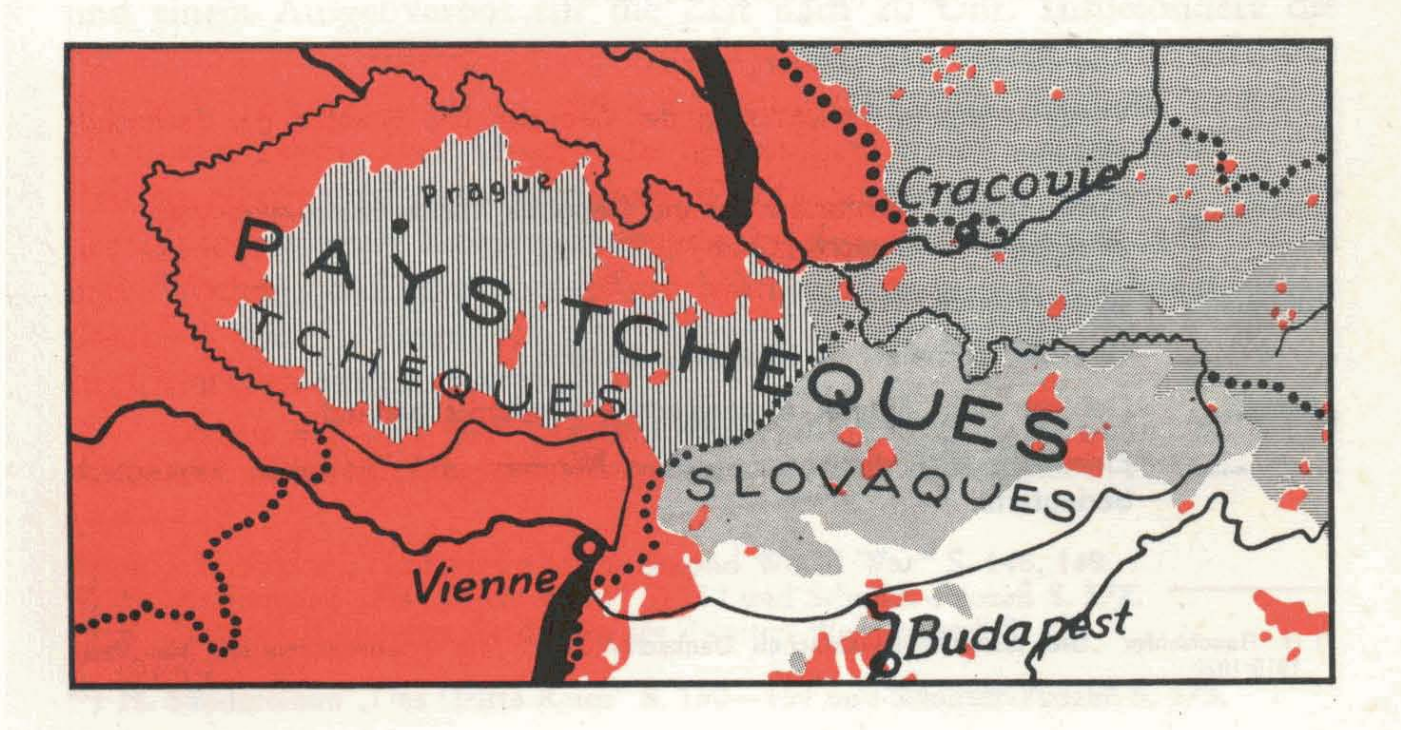


1918
La Nation Tchèque
1. Septembre 1918
4eme ANNÉE — No. 5



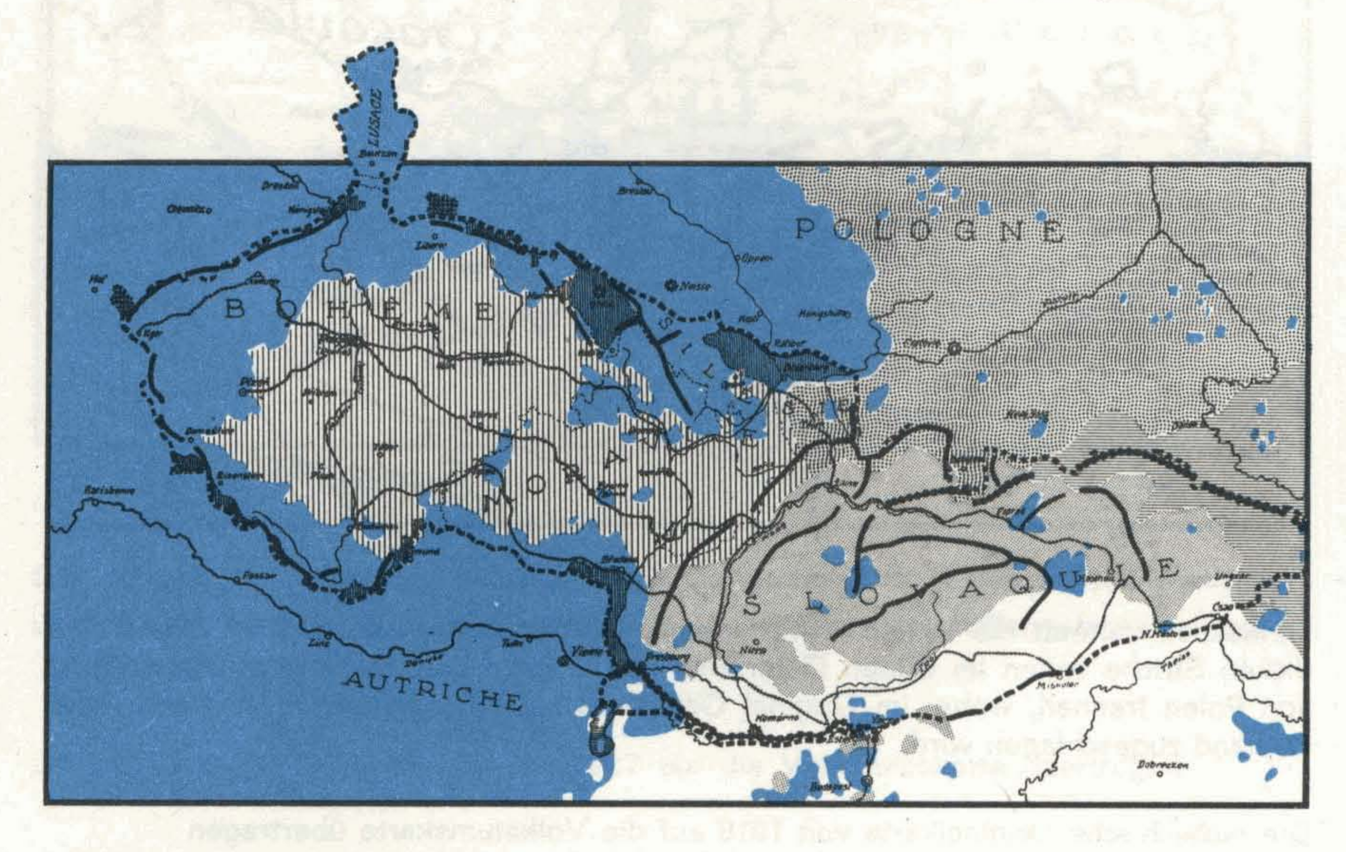
inzwischen verläuft die tschechische Grenze vor den Toren und südlich Wiens. Die dicken Striche sollen im Süden Österreich von Ungarn und im Norden Deutschland von Polen trennen, wobei im Original Ostpreußen großzügigerweise zu Polen oder Rußland zugeschlagen wird.

Die tschechische Originalkarte von 1918 auf die Volkstumskarte übertragen



Die von der tschechischen Delegation unter Führung von Eduard Benesch auf der Friedenskonferenz von Versailles vorgelegte Karte des von der Tschecho-Slowakei geforderten Gebietsstandes. — Die Ansprüche (einschließlich der Lausitz*) usw.) waren wiederum gewachsen.

Die Staatsgrenzen der Tschechoslowakei vom strategischen Gesichtspunkt



Zeichenerklärung vom Original (nachfolgende Karte)

- Alte Reichs- und Ländergrenzen
- Vorgeschlagene Berichtigung der Grenzen des Staates der Tschechoslowakei
- Notwendiges Territorium für die Republik Tschechoslowakei vom strategischen Gesichtspunkt
- Abgetretenes Gebiet
- Gebirge, technisches Hindernis bildend
- Gebirge oder Flüsse, strategisches Hindernis bildend
- Eisenbahnverbindungen zwischen Böhmen und Slowakei, strategisch bedeutend.

---

*) H. Raschhofer „Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920".

„Nach dem Verhalten Dr. Schuschniggs mußte Hitler entweder handeln oder gedemütigt werden....

Die Krise vom März 1938 war von Schuschnigg provoziert, nicht von Hitler. Es gab keine deutschen Vorbereitungen, weder militärische noch diplomatische. Alles wurde in ein paar Tagen improvisiert."[39])

„Während dieses ganzen 10. März 1938 glaubte man in Berlin immer noch, durch eine Veränderung des Abstimmungstermins und -textes einen Ausweg zu öffnen, der es ermöglichte, die Berchtesgadener Politik mit Schuschnigg doch noch weiterzuführen. Schon die Rücksicht auf Mussolini veranlaßte Hitler, mit der Zähigkeit, deren er in solchen Situationen fähig war, am bisherigen Konzept festzuhalten....
Aus dem Tagebuch des späteren Generalobersten Jodl wissen wir, daß Hitler erst am 11. März 1938 mittags um 13 Uhr das militärische Dokument unterzeichnet hat, das unter dem Stichwort „Operation Otto" einen militärischen Aufmarsch für den Fall eines Eingreifens in Österreich anordnete."[40])

General von Manstein mußte am 10. 3. überraschend einen solchen Operationsplan entwerfen, der keine Mobilmachung vorsah und auf keinerlei Vorbereitungen aufbaute[41]). Schuschniggs Abwehr des sich auch in Österreich demonstrativ bemerkbar machenden Aufbegehrens gegen die nicht ordnungsgemäß durchführbare Volksabstimmung (er hatte noch nicht einmal seinem Kabinett eine Mitteilung von seinem einsamen Entschluß gemacht, geschweige denn dieses um Rat gefragt!)[42]), seine Weigerung, sie zu verschieben, berechtigten Hitler spätestens vom 10. März ab, Schuschnigg vorzuwerfen, die Berchtesgadener Abmachungen gebrochen und damit Hitler provoziert zu haben.

Am 11. März verfügte Schuschnigg die Absetzung der Volksbefragung, ergänzte diesen Entschluß mit ungewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen und einem Ausgehverbot für die Zeit nach 20 Uhr. Insbesondere die Absetzung der Volksbefragung war dazu angetan — und sollte offenbar diesen Effekt auslösen! —, vornehmlich Frankreich, England und den USA ein Nachgeben Österreichs gegenüber einem „Gewaltakt" der Reichsregierung zu demonstrieren. Wußte Schuschnigg doch auf Grund der diplomatischen Korrespondenzen in den voraufgegangenen Tagen und Wochen, daß die westlichen Mächte, vor allem Frankreich nur dann — aber in einem solchen Fall mit ganzer militärischer Kraft — für Österreich eintreten würden,

„wenn der Fall der Vergewaltigung klar liegt, d. h. wenn die österreichische Regierung sich selbst als vergewaltigt betrachtet ..."[43])

---

[39]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 146, 149.
[40]) H. Sündermann „Das Dritte Reich" S. 152 und Schmidt-Prozeß S. 578.
[41]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 42.
[42]) ebenda S. 41.
[43]) H. Sündermann „Das Dritte Reich" S. 150—154 und Schmidt-Prozeß S. 573.

Die „Bombe“ — so bezeichnete Mussolini das überstürzte Plebiszit — war tatsächlich „in der Hand Schuschniggs geplatzt“[44]). Der von Dr. Schuschnigg kurz vor seinem Rücktritt erwogene Bürgerkrieg fand nicht statt[45]).

Als Hitler seinen Truppen am 11. März 1938 den Marschbefehl nach Österreich gegeben hatte, besaß er noch keine klare Vorstellung von der zukünftigen staatsrechtlichen Entwicklung seiner Heimat[46]). Er konnte weder mit Sicherheit einen (abgesehen von der Rheinlandbesetzung 1936) erstmals in der menschlichen Geschichte geführten „Blumenkrieg“ einkalkulieren, noch die Reaktion des Auslandes voraussehen. Die Auffassung des britischen Botschafters in Berlin, Henderson, war ihm schon vorher bekannt, da dieser — etwa nicht im Auftrag oder mit Billigung seiner Regierung? —

> „kein Hehl aus seinem Wunsche machte, Deutschland und Österreich in einem Staate vereinigt zu sehen.“[47])

Die ausländische Presse schließlich war es, die Hitler den Anschluß Österreichs in den Mund gelegt und gleichzeitig das Einlenken Englands und Frankreichs sowie die Freundschaftsbekundung Italiens deutlich gemacht hat. Diese drei Faktoren zusammen haben ihn schließlich bewogen, die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland durchzusetzen.

> „Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation.“[48])

Es handelte sich beim Anschluß Österreichs an das Reich weder um eine Annexion im Sinne des üblichen Sprachgebrauches noch um einen Raubzug, noch um die Versklavung eines freien Volkes, noch um die Beseitigung eines „demokratischen“ Regierungssystems, sondern um die Erfüllung lange vor Hitler vorhandener und genährter Sehnsüchte und Rechte der österreichischen Bevölkerung. Auch völkerrechtlich war es eine rechtmäßige Aktion nach dem Prinzip des völkischen Selbstbestimmungsrechtes.

> „Was wäre erfolgt, wenn Hitler sich abseits gehalten hätte? Spekulation? Gewiß, aber gestützt auf bekannte Tatsachen. Die weiter schwelenden inneren Streitigkeiten hätten sich wahrscheinlich zu Gewalttätigkeiten und Blutvergießen gesteigert und hätten sicherlich zu dem

---

[44]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden“ S. 159.
[45]) ebenda S. 166.
[46]) H. Guderian „Erinnerungen eines Soldaten“ S. 42—49.
[47]) Ch. Bewley „Hermann Göring“ S. 175.
[48]) Der Spiegel Nr. 47/1962 S. 112.

einzig möglichen Ende geführt: Die Nationalsozialisten in Österreich hätten die Führung übernommen und den Anschluß selbst vollzogen. Hitlers direkte Aktion hat Österreich wohl jenes Elend und das sonst unvermeidliche Blutvergießen erspart. Er sah, was nach seiner Ansicht die Lösung, das unvermeidliche Schicksal des Landes sein mußte, und handelte danach. Die alliierten Mächte, welche zusahen, konnten zwar diese Verletzung einer fremden Souveränität und die Annexion rügen, was sie auch taten. Aber angesichts der Tatsachen konnten sie schwerlich behaupten, Hitler habe ein widerstrebendes Österreich mit Waffengewalt erobert. Auch konnten sie nicht abstreiten, daß sein Handeln Einigkeit und Ordnung in das alte Herz Europas gebracht hatte."[49])

„... die Vereinigung mit Deutschland, das ist den Österreichern seit jeher ein Herzensbedürfnis gewesen. Österreich wäre schon längst ein Bestandteil des Deutschen Reiches, wenn nicht die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg die Vereinigung schlichtweg verboten hätten. Dies, obwohl die Nationalversammlung schon im November 1918 einstimmig das Staatsgrundgesetz angenommen hatte, in dem es entsprechend dem Volkswillen hieß:

‚Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.'

Bis zu Hitlers Machtübernahme 1933 sind die Sozialdemokraten die eifrigsten Anhänger der Vereinigung gewesen. Aber die Vereinigung mit dem Deutschland Hitlers — das ist eine andere Sache."[50])

München

Die Konferenz von München vom 29. September 1938, in der Chamberlain für Großbritannien, Daladier für Frankreich, Mussolini für Italien und Hitler die Modalitäten für die Übergabe der Sudetenlande an Deutschland festgelegt hatten, war die Folge der Versailler Politik, die keinen dauernden Bestand haben konnte:

1. weil kein Staat lebensfähig ist, der aus einem großen Teil fremdvölkischer Minderheiten besteht und diese Minderheiten mit allen staatlichen Mitteln diskriminiert und terrorisiert[1]).
2. weil in einem solchen Staat, wo die Führung von „Demokratie", „Gleichberechtigung", „Autonomie", „Verständigungswillen" spricht,

---

[49]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 47.

[50]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 40.

[1]) Die Tschecho-Slowakei bestand 1938 aus insgesamt rund 15 Millionen Menschen. Davon waren über

7	Millionen	Tschechen
3,5	„	Deutsche
2,5	„	Slowaken
0,76	„	Ungarn
0,5	„	Karpatho-Ukrainer
0,11	„	Polen

in Praxis aber genau das Gegenteil durchführt, an keinen innenpolitischen Ausgleich gedacht werden kann.

3. weil das Staatsvolk — die Tschechen — weder eine einzige ihrer Minderheitengruppen für sich gewonnen hatten, noch einen ihrer Nachbarn, ja diese Minderheiten (vornehmlich die Slowaken) und Nachbarn (Polen und Ungarn) im Entscheidungsjahr 1938 sogar eigenmächtig auf die Zerschlagung des tschechischen Staates hingearbeitet haben[2]).
4. weil ein von siegreichen Weltmächten nur unter strategischen Gesichtspunkten geschaffenes Staatsgebilde[3]) zusammenbrechen muß, sobald sich im Laufe der Zeit entscheidende strategische Gewichte verschoben haben. Und im Jahre 1938 hatten sich folgende strategische Gewichte gegenüber 1919 verschoben:
   a) Deutschland war 1938 militärisch ernst zu nehmen, Frankreich innenpolitisch geschwächt.
   b) Der Anschluß Österreichs hat zu einer fast vollständigen geographischen Umfassung der Tschecho-Slowakei geführt und für Deutschland eine Grenze erschlossen, die auf tschechischer Seite nicht befestigt war.
   c) Der seit 1936 im Bau befindliche und nach der von Benesch provozierten Maikrise 1938 beschleunigt ausgebaute deutsche Westwall war im September 1938 weitgehend fertiggestellt und konnte eine schnelle Hilfe Frankreichs für die Prager Regierung vereiteln.
   d) Der strategische Wert der Tschecho-Slowakei für Frankreich und England hing davon ab, ob rund 40 deutsche Divisionen im Raum Böhmen-Mähren so langfristig gebunden werden konnten, bis die französische Armee einen entscheidenden Durchbruch über den Rhein erzielt haben würde. Der Anschluß Österreichs, der Westwall, die Überlegenheit der deutschen Luftwaffe über die tschechische und die gefestigten Führungsverhältnisse in Deutschland haben diese Voraussetzungen zunichte gemacht.
   e) Die Prager Regierung hat in den zwanzig Jahren ihrer Herrschaft eine derart verschärfte innenpolitische Situation geschaffen, daß ihre — den fremdvölkischen Minderheiten angehörenden — Soldaten nicht mehr als zuverlässig gelten konnten[4]).

---

[2]) H. Roos „Polen und Europa — Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1939" S. 281.

[3]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 409 und 379.

[4]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender" S. 204.

f) Großbritannien, 1918 gemeinsamer Sieger mit Frankreich, hat sich nach dem Ersten Weltkrieg mehr oder weniger auf sein Empire zurückgezogen und war 1938 nicht gewillt, sich von der Tschecho-Slowakei in einen europäischen Krieg ziehen zu lassen; zumal auch für die britischen Politiker deutlich sichtbar war, daß Stalin einen solchen Krieg für die Durchsetzung der bolschewistischen Weltrevolutionsinteressen zu inszenieren und auszunutzen bemüht war.

g) Frankreich vermochte 1938 für die Tschecho-Slowakei keinerlei Unterstützung aus Osteuropa zu mobilisieren, da keines dieser Länder gewillt war — und sie gaben dies Paris deutlich zu verstehen! —, einen Finger für die Prager Regierung zu rühren. Diese Länder weigerten sich strikt, sowjetischen Truppen das Recht einzuräumen, ihre Territorien zu durchqueren. Vor allem Polen und Rumänien befürchteten, „daß hinter dem russischen Gesuch die geheime Absicht liege, kampflos Ostpolen und Bessarabien wiederzuerobern“[5]). Im übrigen stellte Polen selbst Forderungen an die Tschecho-Slowakei. Polen stand aber auch deshalb nicht mehr hinter Frankreich, da es den französisch-sowjetischen Beistandspakt von 1935/36 nicht verwunden hatte.

„Die Grenznachbarn standen dem Land feindlich oder gleichgültig gegenüber. Polen, Ungarn und Jugoslawien erklärten offen ihre Feindschaft gegenüber der Prager Regierung. Rumänien lehnt den Durchmarsch russischer Truppen ab. Auf diese Weise waren die von Rußland für sein Eingreifen gestellten Bedingungen nicht erfüllt.“[6])

h) Die militärischen und politischen Verbündeten der Tschecho-Slowakei — Frankreich und Großbritannien — vollzogen auf Grund dieser strategischen Gewichtsverlagerung im September 1938 einen Frontwechsel gegen ihren tschechischen Schützling und vereitelten hiermit den Willen E. Benesch's, seine innenpolitische Frage mit Hilfe eines europäischen Krieges zu lösen[7]).

Die Gründung der Tschecho-Slowakei mit ihren 49,5% Minderheiten, die nie in einem von Tschechen beherrschten Staat zusammenleben wollten, war von vornherein bedenklich. Der britische Lordkanzler Maugham sollte in der Oberhaus-Debatte über die Münchener Konferenz erklären, daß dieser Staat, für den man bis an den Rand des Krieges gegangen sei, überhaupt nicht hätte gegründet werden sollen[8]). Gleichermaßen ur-

---

[5]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 69/70.
[6]) ebenda S. 45.
[7]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 153.
[8]) W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam“ S. 332/333.

teilte der damalige Direktor der Pressestelle des britischen Informationsamtes, Viscount Rothermere:

„Diese Karikatur eines Landes hat unter seinen tschechischen Führern von der Stunde seiner Geburt an fast jede nur erdenkliche Torheit begangen.“[9])

Auch der britische Außenminister Lord Halifax sollte am 9. 9. 1938 seinem Botschafter in Paris mitteilen, daß man sich reiflich überlegen müsse, „ob wir Krieg führen wollen für etwas, was niemand erhalten kann und was niemand im Ernst wieder herstellen will“[10]).

Ein polnischer Diplomat, Graf Grzybowski, persönlicher Freund des polnischen Außenministers Beck, erklärte in einem privaten Gespräch mit seinem französischen Kollegen Coulondre am 26. Mai 1938, also Monate v o r der Münchener Konferenz:

„Die Tschechoslowakei retten zu wollen, ist eine Wahnidee. Früher oder später wird sie wie ein Kartenhaus zusammenfallen.“[11])

Selbst Marschall Pilsudski hat seit 1918 die Tschecho-Slowakei nicht für lebensfähig gehalten, — ebenso wenig wie Österreich. Für ihn war es nur die Frage, welcher von beiden Staaten zuerst verschwinden würde[12]). Der polnische Außenminister Oberst Beck betrachtete die Tschecho-Slowakei, „mit der man ohnehin keine Politik machen könne“, lediglich als europäische Unmöglichkeit[13]). Am 25./26. Mai 1938 — Monate v o r der Münchener Konferenz! — ließ die polnische Diplomatie die europäischen Regierungen wissen, „daß die Tschecho-Slowakei, ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei“[14]).

Die Gründung dieses Staates, „dessen Name für englische Ohren fremdländisch klingt“[15]) und der mit der Hypothek einer Feindschaft gegen Deutschland belastet wurde[16]), war um so bedenklicher, da die Tschechen die zwangsweise eingegliederten Minderheiten als „Rebellen“, „Emigranten“, „Kolonisten“ usw. zu bezeichnen und zu behandeln beliebten[17]).

„Schon bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg sprach das tschechische ‚Memoire 3‘ den Sudetendeutschen das Selbst-

---

[9]) V. Rothermere „Warnungen und Prophezeiungen“ S. 155.
[10]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. I S. 109.
[11]) R. Coulondre „Von Moskau nach Berlin 1936—1939“ S. 219.
[12]) R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937“ S. 141.
[13]) H. Roos „Polen und Europa“ S. 276.
[14]) ebenda S. 324.
[15]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 334.
[16]) F. Gause „Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft“ S. 271, 280.
[17]) E. J. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch“ S. 77.

bestimmungsrecht ab, da sie nur Nachkommen von ‚Emigranten und Kolonisten' seien."[18])

Auch ein tschechischer Historiker hat diesen Sachverhalt eingestanden:

„Der weitverbreitete Glaube, daß ohne diese Kapitulation der westlichen Mächte in München die Tschechoslowakei ihren eigenen Grund hätte halten können, ist nicht auf Tatsachen gestützt. Das ist nur eine der vielen Propagandalegenden, die ihren Weg in das öffentliche Bewußtsein fanden."[19])

Die Feindschaft gegen das deutsche Volkstum erhielt ständig neue Nahrung durch den seit Versailles 1919 nachweisbaren Willen der Tschechen, das an der Grenze wohnende Deutschtum, „das sich loyal in die gegen seinen Willen beschlossene Ordnung fügte"[19]), gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zu schädigen, ihm seine Zugehörigkeit zu diesem Staat zu verleiden und es hinauszudrängen[20]).

„Die Tschechen hatten sich von Anfang an als Staatsvolk betrachtet und es nicht der Mühe wert gefunden, den beiden Minderheiten (den Deutschen und Slowaken) das Gefühl zu geben, daß der neue Staat auch ihr Staat sei."[21])

Parlament, Verfassung, Regierung der Tschecho-Slowakei blieben ohne Legitimation durch die Minderheitengruppen. Die parlamentarische Opposition blieb ungeachtet anderslautender Wahlergebnisse ohne Einfluß. Die Macht übte fortlaufend ein und dieselbe kleine tschechische Gruppe um Benesch aus, und diese „steigerte den nationalen Egoismus der Tschechen ins Unermeßliche"[22]), — trotz des „demokratischen" Aushängeschildes. Die Vorstände der tschechischen Parteien haben nicht nur die verfassunggebende Nationalversammlung ernannt, sondern auch den Pétka, den Fünferausschuß und damit die nachfolgende Politik unter Außerachtlassung jeglichen Volkswillens gesteuert[22]).

„Die Einigung der Deutschen in der Tschecho-Slowakei war nicht nur die Auswirkung von Hitlers Machtergreifung 1933, sondern ebenso die Folge des Verhaltens der Tschechen und lag auf der Linie der innerstaatlichen Entwicklung. Deshalb war ihr Streben nach Autonomie innerhalb des Staates ehrlich, und die Tschecho-Slowakei hat die Lage 1938 selbst heraufgeführt, indem sie alle deutschen Verständigungsvorschläge abwies."[23])

Der Volkstumskampf des tschechischen Staatsvolkes galt nicht dem

---

[18]) Das östliche Deutschland — Ein Handbuch" S. 169.
u. H. Raschhofer „Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920" S. 95 ff.

[19]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender" S. 203.

[20]) F. Gause „Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft" S. 271 und 280.

[21]) H. Mau und H. Krausnick „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933 bis 1945" S. 110.

[22]) B. Celovsky „Das Münchener Abkommen 1938" S. 104/105.

[23]) F. Gause „Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft" S. 280.

Nationalsozialismus, sondern dem Deutschtum. Daher konnte ihn nicht der Nationalsozialismus verursacht haben, zumal dieser Volkstumskampf bereits im Jahre 1919 begonnen hatte. Lange Jahre bevor Hitler politisch wirksam wurde, pflegten sich tschechische Zeitungen — trotz staatlicher Zensur — in der durchaus nicht freundlichen Tonart zu verbreiten:

„Das ‚Ceské slovo' vom 29. Oktober 1920 verlangte, man solle den Deutschen nicht die Gleichberechtigung geben, sondern sie lieber an ‚Galgen und Kandelabern aufhängen'.

‚Zlata Praha' schrieb anläßlich des Sokol-Festes 1919, man müsse die Deutschen über die Grenze ‚peitschen'.

‚Vonkov' bedauerte am 6. Januar 1926, daß die Sudetendeutschen nach dem Umsturz 1918 nicht die Waffen gegen die Tschechen erhoben haben, denn das wäre die beste Gelegenheit gewesen, ‚Ordnung zu machen'.

Die offizielle Staatszeitung ‚Cesko-slovenskà' schrieb im Oktober 1921:
‚Die deutsche Minderheit in Brünn wird wie ein Stück Eis in der Sonne zerfließen, und nichts kann sie retten. Auf alle Art zur Beschleunigung dieser Entwicklung beizutragen, ist selbstverständliche Pflicht der tschechischen Mehrheit'."

„Bei einer Militärfeier im Jahre 1923 erklärte in Podersam ein tschechischer Redner:
‚Wir Tschechen müssen trachten, daß wir die Industrie an uns reißen. Solange nicht der letzte Kamin der deutschen Fabriken ... verschwunden ist, und solange nicht das deutsche Kapital in unseren Händen ist ..., solange müssen wir kämpfen'."[24])

Bis zum Jahre 1936 hatte sich nichts zum Besseren gewandelt. So schrieb die tschechische Zeitung „Obrana Naroda" am 15. 4. 1936 — auch sie dient nur als Beispiel für die streng zensierte tschechische Presse! —:

„Das Grenzlandproblem ist nicht nur eine soziale Frage; das Grenzlandproblem ist die Rückgewinnung mehr als eines Drittels unseres Vaterlandes in die Hände unseres Volkes. Das Grenzlandproblem ist die Besiedlung des Drittels mit Leuten aus unserem Volke, ist die Hinausschiebung der heutigen Sprachgrenze bis an die tatsächlichen Staatsgrenzen, ist die Errichtung eines vollkommen starken, unüberwindlichen und verläßlichen Grenzgebietes, einer Festungslinie aus Menschen unseres Geschlechtes und Blutes."

‚Stráz Nroda' vom 13. März 1936:
‚Der allmähliche Aufkauf von Liegenschaften in unserem Grenzgebiet ist das beste Mittel zur Sicherung der tschechischen Positionen. Jedes kleinste Stück Boden, das in tschechische Hände übergeht, bedeutet eine Festigung des tschechischen Elementes.'[24])

Diese Haltung, die dazu geführt hat, daß das Sudetenland unter tschechischer Herrschaft die höchste Kindersterblichkeit und die höchste

---

[24]) R. Pozorny „Wir suchten die Freiheit" S. 92, 180, 179.

Selbstmordquote der Welt hatte, war gewiß keine angebrachte Reaktion auf die Behandlung, die dem tschechischen Volkstum in der Österreich-Ungarischen Monarchie zuteil geworden ist.

„Das Geheimnis ihres (des tschechischen) Wohlstandes lag hauptsächlich in dem Umstand, daß 65 % der Industrie der alten Monarchie — die bis dahin das gemeinsame Eigentum von 54 Millionen Menschen war — nun in den Händen eines unabhängigen Staates von nur 14 Millionen verblieb. Dies ist ein weiterer klarer Beweis dafür, daß die slawischen Nationen nicht von den Habsburgern ausgebeutet worden sind, wie es später vorgegeben wurde.
Die Tschechen waren die bestbezahlten Industriearbeiter, und die reichsten Bauern waren die Kroaten, wohingegen der Lebensstandard in Tirol, einer rein deutschen Provinz, immer relativ niedrig war.“[25])

Und nach der Niederlage Deutschlands und Österreichs?

„Mehr als eine halbe Million Tschechen hat man im gleichen Atemzug, da man demokratisch-humanistische Phrasen im Munde führte, in ein Gebiet verpflanzt, wo sie nur eine Aufgabe zu erfüllen hatten: Vorposten bei einem tschechischen Angriffsunternehmen größten Ausmaßes zu sein. Auf diese Weise verfielen ... 31 % des deutschen Gebietes einer kalten Beschlagnahme, gegen die es keine Rechtsmittel gab, die also nichts anderes war als ein vom Staate organisierter und von ihm persönlich durchgeführter Großraub.“

„Vom staatspolitischen Standpunkt ist es heller Wahnsinn, in die übervölkerten deutschen Krisengebiete immer neuen Menschenzuzug zu leiten. Wir erklären offen („Jungsozialist“ Wenzel Jaksch am 26. 4. 1936 in Bodenbach), daß die Benachteiligung der Deutschen im öffentlichen Dienst, in der Sprachenfrage und in der ganzen Verwaltung einen Grad erreicht hat, der allgemein als unhaltbar empfunden wird. Der nationale Kleinkrieg geht auf allen Fronten weiter und verpestet die innenpolitische Atmosphäre.“[26])

Systematisch stellte die Prager Regierung unter Ausnutzung aller staatlichen und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten die Schulpolitik in den Dienst ihrer völkischen Expansion. Sie errichtete in den sudetendeutschen Gebieten zwei Schultypen:

„einmal für die nichttschechischen Volksgruppen selbst, dann jedoch auch tschechische Schulen, die nicht nur für die Kinder der in die Minderheitengebiete versetzten Tschechen, sondern auch für nichttschechische Kinder bestimmt waren, die durch allerlei soziale Lock- und Druckmittel auf ihre Eltern dorthin eingeschult und so ihrem Volkstum auf die Dauer entfremdet wurden.“[27])

Die Tschecho-Slowakei ist von England und Frankreich fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der militärischen Einsatzmöglich-

---

[25]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender“ S. 190/191.
[26]) R. Pozorny „Wir suchten die Freiheit“ S. 163, 208.
[27]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ S. 119.
u. K. E. Frhr. v. Türcke „Das Schulrecht der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa“ S. 537—679.

keit gegen Deutschland betrachtet und bewertet worden, nicht als ein freier Staat, der auch einmal gute Beziehungen zu Deutschland haben könnte, oder der um des europäischen Friedens willen zu einem verträglichen Benehmen angehalten werden müßte. Den von den Tschechen gegen die Volksdeutschen in Szene gesetzten Volkstumskampf und die in seinem Gefolge verübten „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ übersah man in den westeuropäischen Metropolen geflissentlich. In Frankreich war die politische Führung an etwas anderem interessiert.

Der französische Marschall Foch erklärte bereits im Jahre 1919 in seiner Eigenschaft als militärischer Hauptratgeber in den Versailler Friedensverhandlungen:

> „Sehen Sie (mit Blickrichtung auf eine Karte der Tschecho-Slowakei), hier ist eine große Bastion. Sie wollen mir nicht erlauben, die Grenze an den Rhein vorzuschieben, doch lassen Sie mir wenigstens diese Bastion.“[28])

U. a. gestand auch Winston Churchill in seinen Memoiren diese Einstellung ein:

> „Allein schon durch eine Neutralisierung der Tschecho-Slowakei werden 25 deutsche Divisionen zur Bedrohung der Westfront frei; außerdem öffnet sie den triumphierenden Nazis den Weg zum Schwarzen Meer. . . . Die Unterjochung der Tschecho-Slowakei verringerte die Macht der Alliierten um 40 Divisionen.“[29])

Ein Historiker bestätigte, daß „die alte, mit Frankreich und der Sowjetunion verbündete Tschecho-Slowakei „ein auf das Herz Deutschlands gerichteter Dolch, eine feindliche Festung mitten im deutschen Raum, eine Einbruchspforte aller Gegner des Reiches“ gewesen[30]) bzw. für diese Aufgabe geschaffen worden ist.

Nachdem Frankreich durch Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes vom Januar 1934 „um 60 polnische Divisionen gekommen war“ [31]), verstärkte es die Anstrengungen, die 40 tschechischen Divisionen und die einzige ostmitteleuropäische Kriegsindustrie (über 8/9 hiervon verfügte die Tschecho-Slowakei) nicht zu verlieren. Dieses Streben spiegelte sich in dem Bemühen wider,

a) der tschechischen Regierung immer wieder der französischen Vertragstreue und Bundesgenossenschaft zu versichern und ihr somit wirtschaftlich, außen- und innenpolitisch zur Seite zu stehen,

b) Prag wiederholt zu drängen, die Minderheiten von der Regierung

---

[28]) W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam“ S. 333.
[29]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch, Bd. I, „Der Sturm zieht auf“ S. 371 und 409.
[30]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 40.
[31]) E. Moravec „Das Ende der Benesch-Republik“ S. 213.

und allen maßgebenden Funktionen fernzuhalten, um den Bündniswert der tschechischen Armee zu erhalten. Das Motto hierfür war,

„daß Henlein in der tschechischen Regierung das gleiche bedeute, wie wenn der deutsche Militärattaché stellvertretender Chef des tschechischen Generalstabs wäre.“[32])

Eduard Benesch revanchierte sich auf seine Weise,

„indem er beständig die Politik und die Interessen Frankreichs beim Völkerbund und überall sonst unterstützte . . .
und seit 10 Jahren der treue Verbündete und beinahe der Vasall Frankreichs gewesen war.“[33])

Ein tschechischer Historiker gestand ein:

„Es war gedacht, daß Deutschland durch den Frieden von Versailles alle Zeit gebunden würde, und dies konnte nicht sein. Auf der anderen Seite hing die Existenz der neu geformten Staaten von dem Vertrag ab. Aus diesem Grunde wurde jede Gelegenheit wahrgenommen, um Öl in die Flamme der deutsch-französischen Feindschaft zu gießen und eine Annäherung zwischen Berlin und Paris zu verhindern.“[34])

Abgesehen vom September 1938 hat Frankreich seinem tschechischen Verbündeten nie nahegelegt, einen Ausgleich mit Deutschland zu finden, sondern immer nur die Forderung gestellt, „hart zu bleiben“[32]). Eine Forderung, der Benesch um so bereitwilliger nachkam, als er wußte, daß Deutschland angesichts der gegnerischen Koalition keinen Krieg gegen sein Land wagen konnte. Die Folgen waren eine weitere Aktivität gegen das Reich und eine explosivartige Verschärfung der inneren Situation, zumal die Sudetendeutsche Heimatfront (Sudetendeutsche Partei) aus den Maiwahlen 1935 als stärkste Partei des gesamten tschecho-slowakischen Staates hervorging, — jedoch nach wie vor grundsätzlich von der Führung des Staates ausgeschlossen blieb.

Doch Staatspräsident Benesch wußte auch dies zu „rechtfertigen“:

„In einem demokratischen Staat sind es die Rechte des Individuums und nicht die von irgendwelchen Gruppen als solchen, die geachtet werden müssen, und es sei unmöglich, totalitäre oder autoritäre Forderungen zuzulassen.“[35])

Sein Ministerpräsident Hodza beherrschte diesen Wortschatz nicht minder gut. Er lehnte Gemeindewahlen im Sudetenland ab, „solange sie ausgesprochene Kampfwahlen sein würden“ und lehnte auch Vorschläge der Sudetendeutschen Partei ab, weil

---

[32]) ebenda S. 233.
[33]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch, I. Bd. „Der Sturm zieht auf“ S. 369.
[34]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender“ S. 202.
[35]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. I Doc. 156. Der britische Gesandte Newton in Prag an Halifax am 23. 4. 1938 über seine Unterredung mit Benesch.

„die Verfassung weder eine eigene Rechtspersönlichkeit der Volksteile noch einen ‚Sprecher‘ derselben kenne.“[36])

Die tschechischen Führer konnten nur hoffen, daß ihre Gesprächspartner, denen sie diese und ähnliche Phrasen vorsetzten, zu dumm oder zu parteiisch waren, um über die Widersprüche bzw. Verlogenheit ihrer Ausführungen hinwegzusehen. Wie können die Rechte des Individuums geschützt werden oder als geschützt gelten, wenn die Staatsführung die Rechte der Summe der Individuen zu berücksichtigen ablehnt? Jedem ausländischen Beobachter mußte offensichtlich sein — und war es auch —, daß die damalige Tschecho-Slowakei keine „Demokratie“, auch kein „Rechtsstaat“ war, sondern ein von einer tschechischen Führungsgruppe zusammengehaltener Nationalitätenstaat, dessen innenpolitisches Leitmotiv der Volkstumskampf war. Der britische Gesandte in Prag, Newton, sah sich am 19. 4. 1938 zu folgender Empfehlung veranlaßt:

„Zunächst scheint wesentlich, bei jeder Gelegenheit den Ausdruck ‚Minderheiten‘ durch den Ausdruck ‚Nationalitäten‘ zu ersetzen; denn wenn es einen Faktor gibt, der gegenwärtig den Zorn der Sudetendeutschen erregt, so ist es die Anwendung des Begriffes ‚Minderheiten‘ auf sie....
Ich würde Dr. Benesch darauf hinweisen, es sei eine allgemeine Beobachtung, daß er bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich neue Prinzipien, von denen die Verwaltung in der Zukunft angeleitet werden würde, sowie einen neuen Geist angekündigt habe, von dem sie getragen sein würden. Seine Kritiker waren geneigt zu erwidern, daß dies feine Worte, aber nichts mehr gewesen seien.“[37])

Wenige Tage später nach der Unterredung mit Benesch ergänzte er:

„Indem ich den Ausdruck ‚Vereinigte Staaten von Böhmen und Slowakei‘ gebrauchte, erklärte ich, daß ich nicht irgendeine Frage der Föderation anschneiden, sondern nur die Ideale der Einigkeit und Partnerschaft hervorheben wolle. Mr. Benesch hörte aufmerksam zu und sagte, daß er persönlich meinen Hinweisen zustimme. Er sei sich seit langem darüber im klaren, daß die Tschechoslowakei kein nationaler Staat sein könne (he had long held that. . . .) . . .
Im Kabinett (in Prag) sei es schon anerkannt, daß sein Programm das Ende der Konzeption eines Nationalstaates bedeute. . . .“[35])

Doch auch dies waren „nichts mehr als feine Worte“. Schließlich war das Land — um mit den Worten des tschechischen Ministerpräsidenten Hodza zu sprechen — „zu klein, um sich atomisieren zu lassen“ oder durch die Gewährung einer Autonomie „Selbstmord zu begehen“[36]). Oder um die Entscheidung des Plenums des Obersten Verwaltungsgerichtes in Prag vom 19. 3. 1919 (ein viertel Jahr vor Unterzeichnung

---

[36]) ADAP Bd. II Nr. 38 S. 70. Der deutsche Gesandte Eisenlohr an das Auswärtige Amt am 21. 12. 1937.
[37]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. I Doc. 150.

des Versailler Friedensdiktates) zu zitieren: Den nationalen Minderheiten können nur so viel Rechte gewährt werden, als dadurch „der Charakter der Tschecho-Slowakei als Nationalstaat" nicht verloren geht[38]). Überflüssig zu sagen, daß diese Formel Leitmotiv für Gesetzgebung und Verwaltungspraxis

> „nicht nur der Tschechoslowakei, sondern der meisten, durch die Friedensverträge von 1919/1920 errichteten oder erweiterten Staaten"[38])

war. Daß Eduard Benesch, damals tschechischer Außenminister, in den Jahren 1918—1921 bei der erzwungenen Übertragung deutschen Gebietes an Polen mitgewirkt hat, sei nur nebenbei erwähnt[39]).

Dieser 1935 zum Staatspräsidenten avancierte Benesch fühlte sich zu dieser Innenpolitik auf Grund seiner außenpolitischen Strategie befähigt, die er in seinen Memoiren wie folgt beschreibt:

> „Von 1935 an versuchte ich mein Äußerstes, einen geraden Kurs mit der Sowjetunion auf der einen und mit Frankreich auf der anderen Seite zu steuern. Am 4. Juni 1936, nach den französischen Wahlen, die die Bildung der Volksfront-Regierung zur Folge hatten, sandte mir der neue Premier, Léon Blum, eine Botschaft des Inhalts, daß Frankreich niemals wieder eine solche Schwäche zeigen werde, wie sein Vorgänger z. Zt. der Besetzung des linken Rheinufers. Und er versicherte mir, daß seine Regierung hart und fest gegenüber Deutschland sein werde und daß wir darauf bauen möchten (might count on this).... Der Außenminister, J. Paul-Boncour, sandte mir eine Anzahl von Noten der gleichen Richtung (strain). Er versuchte besonders die östliche Front der Kleinen Entente wiederherzustellen und Polen zu gewinnen."[40])

So sollte sich auch die politische und militärische Zusammenarbeit der Tschecho-Slowakei mit der auf Weltrevolution ausgerichteten Sowjetunion, der Ankauf sowjetischer Bombenflugzeuge und das sowjetische Hilfsversprechen trotz fehlender gemeinsamer Grenze sowie der französische Versuch, der Roten Armee für den Kriegsfall einen Weg nach Prag zu öffnen[41]), verhängnisvoll auf die Entwicklung in Europa auswirken[42]).

> „Rußland hatte bereits 300 Kriegsflugzeuge an die Tschechei geliefert, und außerdem standen mehrere Geschwader sowjetischer Flugzeuge auf tschechischen Flugplätzen."[43])

Nicht Hitler, sondern Eduard Benesch hatte die Sudetenkrise immer stärker angeheizt! Der britische Historiker A. J. P. Taylor mußte bestätigen, daß Hitler im Frühjahr 1938 seinen Weg nicht klar gesehen

---

[38]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 99 und 234.
[39]) ebenda S. 102.
[40]) E. Benesch „Memoirs of Dr. Eduard Beneš" S. 34.
[41]) H. Roos „Polen und Europa" S. 321.
[42]) E. Benesch „Memoirs of Dr. Eduard Beneš" S. 40.
[43]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei" S. 125.

habe, Benesch hingegen gewillt war, das für ihn zu Haus unlösbare Sudeten-Problem „im internationalen Feld“ zu regeln[44]). Die Versicherung Görings gegenüber den Tschechen in Berlin am 12. 3. 1938, „daß Deutschland ein Vorgehen gegen die Tschecho-Slowakei nicht in Betracht ziehe“, ist durch die diplomatischen Akten bestätigt worden. Hitler hat nach dem Anschluß Österreichs erklärt, daß „die Bereinigung der tschechischen Frage nicht eilt“[45]), und es gibt keinen Nachweis dafür, daß er anders gehandelt hat.

> „Es wird behauptet, die Nationalsozialisten hätten bewußt die sonst zufriedenen deutschen Minderheiten in Aufruhr versetzt. Und erst daraufhin hätten sie sich Beschwerden ausgedacht, um daraus für Deutschland politisches Kapital zu schlagen. Die Untersuchungen unseres Lord Runciman widerlegten jedoch die Behauptung. Hitler hatte die Unzufriedenheit im Sudetenland nicht wachgerufen. Im Gegenteil! Deutsche Diplomaten in Böhmen suchten die Sudetendeutschen auf dem Höhepunkt der Erregung über den Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich von jeder Herausforderung der Tschechen zurückzuhalten.“[46])

Andere Politiker hingegen ventilierten bereits „lange bevor Hitler seine Ansichten über den Anschluß des Sudetenlandes formulierte“ die Fragen bezüglich der Tschecho-Slowakei[47]).

> „Die Briten drängten Hitler (bereits am 10. Mai 1938), Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei zu erheben. Dies überraschte ihn.“[48])

Vor der Mai-Krise 1938 hatte sich die Reichsregierung sechsmal um Verhandlungen mit Benesch bemüht. Die deutschen Unterhändler hat er jedesmal abgewiesen.

> „Er findet es noch nicht einmal der Mühe wert, das telegraphische Angebot, das ihm der Gesandte Eisenlohr am 16. 2. 1938 schickt, zu beantworten.“[49])

Die Mai-Krise 1938 hat Staatspräsident Benesch mit seinem Mobilmachungsbefehl für die tschechische Armee ausgelöst. Als Vorwand benutzte er Gerüchte über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen an der tschechischen Grenze. Quelle dieser Gerüchte waren britische Nachrichtenstellen „offenbar vom Foreign Office“[50]). Sie kamen jedenfalls aus der gleichen Hauptstadt, aus der man soeben Hitler nahegelegt hatte, Forderungen gegenüber der Tschecho-Slowakei zu erheben, „was

---

[44]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 153.
[45]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. I S. 47.
und A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 148, 151—155.
und IMT Bd. IX S. 337/338.
[46]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland“ S. 48.
[47]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 155.
[48]) ebenda S. 161.
[49]) R. Pozorny „Wir suchten die Freiheit“ S. 374.
[50]) E. Moravec „Das Ende der Benesch-Republik“ S. 241 und A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 165.

Hitler überraschte". Überflüssig zu erwähnen, daß ihn diese Gerüchte und ihre Folgen in Form der tschechischen Mobilmachung ebenfalls „überraschten".

> „Tatsächlich gibt es keine deutschen Truppenbewegungen — wie auch nach dem Krieg im Nürnberger Prozeß einwandfrei festgestellt wird. Was also hat die tschechische Regierung dazu bewogen, diese einwandfreie Kriegsprovokation zu starten?
>
> Es gibt nur zwei Möglichkeiten, deren Richtigkeit jedoch bis heute nur vermutet werden kann. Entweder hat die tschechische Regierung einfach, ähnlich wie Schuschnigg mit seiner ‚Volksabstimmung', einen Sprung nach vorn gemacht, hat ganz bewußt einen Krieg provoziert.... Die andere Möglichkeit besteht darin, daß deutschen Widerstandskreisen die Ausfertigung der zweiten Studie „Grün" bekannt wurde, nicht aber deren Inhalt. Möglicherweise wurde London von der Anfertigung dieser Studie informiert — antinazistische Kreise der höchsten deutschen Militärs informierten tatsächlich die britische Regierung über die geheimsten militärischen Dinge — und hat daraus den Schluß gezogen, die Studie sei ein kurzfristiger Angriffsplan.
>
> Die britische und französische Presse ist voll von alarmierenden Meldungen. Der Krieg scheint unmittelbar bevorzustehen! Henderson, der britische Botschafter in Berlin, gibt seinen Beamten bereits den Rat, ihre Frauen und Kinder nach Hause zu schicken. Den gleichen Rat gibt er auch britischen Pressekorrespondenten.
>
> Und immer weiter hagelt es Proteste — nicht gegen die tschechischen, sondern gegen die gar nicht stattfindenden deutschen Truppenbewegungen. Die Regierungen Frankreichs und der Sowjetunion drohen ganz offen mit einem militärischen Eingreifen."[51])

Mobilmachung bedeutet selbst heute nach dem Zweiten Weltkrieg noch faktisch Auslösung des Kriegszustandes! Benesch hielt die Mobilmachung aufrecht, nachdem die als Vorwand benutzten Gerüchte von ausländischen (neutralen) Journalisten und Militärattachés widerlegt worden waren; er hat die einberufenen Reservisten erst Mitte Juni 1938 entlassen. Großbritannien und Frankreich haben trotz Bitten Hitlers den Tschechen *nicht* geraten, ihre Mobilmachung aufzuheben!

Hitler erteilte am 1. Tag der tschechischen Mobilmachung, am 21. 5. 1938, die geheime Weisung, „daß es nicht seine Absicht sei, in nächster Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen"[52]). Dies beweist, daß sich Hitler nicht provozieren lassen wollte und auch nicht krampfhaft einen für die Weltöffentlichkeit wirksamen Vorwand suchte, um die Tschecho-Slowakei zu zerschlagen. Er hätte sich — falls er auf Eroberung aus gewesen wäre — keine bessere Rechtfertigung für einen Angriff wünschen können als die vorangegangene Mobilmachung des Gegners und die Bestätigung der neutralen, auch britischen und fran-

---

[51]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 49.
[52]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 36.

zösischen Militärattachés, daß die von Benesch vorgeschobene Motivierung erlogen war. (Ähnlich verhielt sich Hitler angesichts der erneuten tschechischen Mobilmachung am 23./24. 9. 1938). Die Beweiskette schließt sich weiter bis hin zur Fälschung des noch gesondert zu untersuchenden „Hoßbach-Protokolls" (5. 11. 1937) im Jahre 1945, in dem u. a. der Satz als authentisch ausgegeben wurde:

> „Hitler entschlossen, die Lösung der deutschen Raumfrage in Angriff zu nehmen und bei sich bietender Gelegenheit mit Gewalt gegen die Tschecho-Slowakei und Österreich vorzugehen."

In Wirklichkeit hat er die sich bietende Gelegenheit n i c h t ergriffen. Folglich kann es keinen solchen Plan oder „Entschluß" gegeben haben.

Die Tschechen hingegen ließen es nicht mit der Mobilmachung bewenden. Sie verstärkten gleichzeitig die Kampfmaßnahmen gegen die Grenzlandbevölkerung und ihren feindseligen Pressefeldzug mit dem höhnischen Argument, Hitlers Zurückhaltung und Untätigkeit sei ein Schwäche-Beweis. Hitler sei bereits vor der kleinen Tschecho-Slowakei zurückgewichen, wie leicht sei es daher für die Großmächte, mit dem Reich fertig zu werden[53])! Deutschland könne man also dies und noch mehr risikolos zumuten! Die Presse des Westens assistierte und

> „erging sich in Lobberichten über den tschechischen militärischen Apparat, der tadellos und in unerwarteter Schnelligkeit gearbeitet habe. Dadurch steigerte sich unser Vertrauen, daß wir nicht alleine sind."[54])

Wie provokativ Eduard Benesch vorging, sollte sich auch in den Wochen vor der Münchener Konferenz darin erweisen, daß er sich selbst auf den Druck der Westmächte hin nicht bewegen ließ, den Sudetendeutschen einen Kompromiß vorzuschlagen[55]). Der Grund hierfür lag darin, daß er außer den Westmächten noch einen weiteren „Freund" ins Spiel bringen konnte: Stalin.

> „Die sowjetische Regierung, die schon früher erklärt hatte, den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag über gegenseitige Hilfe zu erfüllen, bestätigte Mitte Mai (1938) entschlossen ihre Bereitschaft, die Tschechoslowakei gegenüber einer Aggression zu verteidigen, sogar dann, wenn Frankreich seine Hilfe verweigert."[56])

> „Die sowjetische Regierung wandte sich mehrmals an die Regierungen Englands und Frankreichs mit dem Vorschlag über ein gemeinsames Vorgehen zur Unterstützung der Tschecho-Slowakei....

---

[53]) E. Kordt „Nicht aus den Akten" S. 227.
[54]) E. Moravec „Das Ende der Benesch-Republik" S. 242.
Moravec war Oberst im tschechischen Generalstab.
[55]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 56.
[56]) A. I. Nedoresow „Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei" russ. S. 37 und 39.

Die Sowjetunion war bereit, der Tschechoslowakei sogar dann Kriegshilfe zu leisten, wenn dies Frankreich nicht tun sollte, was eine Bedingung der sowjetischen Hilfe war, aber auch dann, wenn ... Polen oder ... Rumänien sich weigern sollten, sowjetische Truppen durch ihr Land marschieren zu lassen. Die sowjetische Regierung teilte dem Präsidenten und der Regierung der Tschechoslowakei mit, daß die Sowjetunion der Tschechoslowakei unter einer Bedingung Hilfe erweisen kann: wenn sich die Tschecho-Slowakei selbst verteidigen wird und um sowjetische Hilfe bittet."[57])

Im übrigen war dieses sowjetische Hilfsversprechen vorbehaltlos, d. h. unabhängig von der Rechtslage und der „Frage des Aggressors". Nach sowjetischer Lehre ist ohnehin jeder ein Aggressor, den Kommunisten als solchen kennzeichnen, wobei Tatbestände belanglos sind. Selbst der us-amerikanische Botschafter in Paris, Bullitt, nahm den krisen- und kriegsfördernden Einfluß der Sowjetunion auf die tschechische Regierung mit Besorgnis zur Kenntnis. In einem Schreiben an Präsident Roosevelt vom 22. 5. 1938 teilte er mit, daß die von der tschechischen Regierung verkündete Mobilmachung

„als Anstiftung zum Krieg in Europa aufgefaßt werden müsse, welcher nur das eine mögliche Ergebnis haben könnte — die Errichtung des Bolschewismus auf dem ganzen Kontinent."[56])

Die Münchener Konferenz, die vier Monate nach diesen Ereignissen stattfand, hätte vermieden werden können, wenn Staatspräsident Benesch die den deutschen Minderheiten bereits im Jahre 1919 versprochenen Rechte gewährt hätte und wenn er sich nicht in Anlehnung an seine vielen und mächtigen und teils drängenden „Freunde" zu fortlaufenden Provokationen hätte hinreißen lassen.

Es gab damals 500 000 dauerarbeitslose, von keiner Versicherung, keiner Gewerkschaft, keiner Krankenkasse unterstützte Sudetendeutsche (von 800 000 im gesamten tschechischen Staat), wobei noch die notleidenden Familienangehörigen hinzuzuzählen sind, — diese Zustände konnten nicht ungeändert überdauern. In der Tschecho-Slowakei war die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gebunden und wurde auch in diesem Fall nur 6 Monate gezahlt. Die anschließende Wohlfahrtsunterstützung oder das Armengeld einer Gemeinde betrug wöchentlich (Armengeld monatlich!) für Ledige 10, für Verheiratete 20 Kronen (eine bis zwei Reichsmark)[58]). Das Bild des Elends wurde noch gravierender angesichts der Folgen dieser Situation in Form von Unterernährung, Krankheit, Zunahme der Sterbefälle und starkem Rückgang der Eheschließungen und Geburten.

---

[57]) W. P. Bondarenko und P. I. Resonowa „Die antifaschistische Widerstandsbewegung" russ. S. 95/96.
[58]) R. Jung „Die Tschechen" S. 151/152.

Die systematische Verdrängung der Sudetendeutschen aus Wirtschaft und Verwaltung selbst ihrer rein deutschen Heimatkreise blieb politisches Konzept und mußte die Lage fortlaufend verschärfen. Das 200 Paragraphen umfassende „Staatsverteidigungsgesetz" mit seinen Durchführungsverordnungen vom 23. 6. 1936 lieferte die „rechtliche Grundlage" für Ausschaltung und Ausmerzung des Sudetendeutschtums. Dies Staatsverteidigungsgesetz war das 1935 sofort in Angriff genommene und eines der nachhaltigsten Gesetzeswerke des am 18. 12. 1935 neu gewählten Staatspräsidenten und somit „Oberbefehlshabers der bewaffneten Streitkräfte" Eduard Benesch. Mit Hilfe der Kautschukbestimmung über die „staatliche Unzuverlässigkeit" konnte jeder Arbeitnehmer entlassen und jeder Unternehmer enteignet werden, der der Prager Zentrale nicht genehm war. Die hierdurch noch nicht erfaßten Lebensmöglichkeiten der Sudetendeutschen wurden durch die Bestimmungen über die „Grenzzone" ausgeschaltet. Die Verweigerung jeden politischen Einflusses auf dieses Gesamtgeschehen, die Flucht von über 214 000 Sudetendeutschen über die Grenze nach Deutschland, die Ermordung von 200 Sudetendeutschen und viele andere Drangsale mußten die Situation ohne Einwirken Hitlers ständig einem Höhepunkt zutreiben. Jeder ausländische Besucher, der diese Gebiete damals bereiste, kam zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß diese Zustände unhaltbar waren[59]). Lord Runciman, der als Sonderbotschafter der britischen Regierung vom 25. 7. bis Mitte September 1938 die Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei an Ort und Stelle studierte, war nur einer unter vielen.

Die britische Führung war all die Jahre sehr gut über die Zustände in der Tschecho-Slowakei informiert, haben doch sudetendeutsche Abgeordnete seit 1919 den britischen Politikern ständig ihre Sorgen vorgetragen.

> „Allerdings waren es vor der nationalsozialistischen Zeit die deutschen Agrarier, Demokraten und Sozialdemokraten der Tschechoslowakei gewesen, die in London um Hilfe bei der englischen Regierung gegen die tschechische Bedrückung nachgesucht hatten. Erst später kamen auch Henlein und seine Parteifreunde an die Themse, um hier im gleichen Sinne vorstellig zu werden. Bereits im Sommer 1937 hatte Henlein persönlich in London selbständige Verhandlungen über die Gewährung der Autonomie an die sudetendeutschen Gaue der Tschechoslowakei geführt, und schon damals hatte die englische Regierung — weil sie die Berechtigung der sudetendeutschen Forderungen anerkannte — Henlein Zusicherungen gegeben, daß sie seine Bestrebungen unterstützen würde."[60])

---

[59]) W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam" S. 270.
[60]) F. Hesse „Das Spiel um Deutschland" S. 109/110.

Die sudetendeutsche Forderung auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist erst zu allerletzt erhoben worden,

a) nach Ablehnung der vielfachen, in jahrelanger Geduld und somit friedfertigem Wollen vorgebrachten sehr maßvollen Vorschläge,

b) nach Verkündung des Standrechtes im Sudetengebiet durch die tschechische Regierung am 12.9.1938 (Forderung Henleins am 15.9.1938),

c) nachdem die britische Publizistik und Lord Runciman, sogar Mr. Chamberlain als Premierminister und selbst Winston Churchill eine Abtretung an Deutschland empfohlen hatten. So schrieb z. B. bereits am 14. Mai 1938

> „‚Augur', ein ehemaliger diplomatischer Korrespondent der Londoner ‚Times' in der ‚New York Times', daß
>
> > ‚Mr. Chamberlain heute ... zweifelsohne eine drastischere Maßnahme für gut hält — nämlich die Lostrennung der deutschen Gebiete von der tschechoslowakischen Republik und ihre Einverleibung in das Deutsche Reich'."[61])

Winston Churchill gab am 7. September 1938 in einem Leitartikel an die „Times"

> „eindeutig zu verstehen, daß der beste Ausweg aus der Lage die Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland durch die Tschecho-Slowakei wäre."[62])

(Nach der Münchener Konferenz freilich handelte es sich bei ihm um den „demokratischen Musterstaat Mitteleuropas" — vergleiche seine zum Krieg aufputschenden Reden S. 52/53).

Unzweideutig hatte Lord Runciman in seinem Bericht an die britische Regierung vom 21. September 1938 die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland gefordert,

> „da die Gefahr eines Bürgerkrieges besteht und die tschechische Regierung in keinem irgendwie ausreichenden Maße entgegenzukommen bereit ist."[63])

Trotz dieser und anderer Vermittlungsversuche und Ratschläge war die tschechische Regierung nicht gewillt einzulenken. Zu mächtig waren doch auch die Einflüsse von Moskau. Benesch hatte auf Anfrage bei Stalin erneut bestätigt bekommen, daß die Rote Armee im Fall eines deutsch-tschechischen Konfliktes marschieren werde, auch dann, wenn Frankreich nicht militärisch eingreife, und zwar unabhängig davon, aus

---

[61]) M. Gilbert und R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 91.

[62]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 362 und I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 75.

[63]) Dokumente und Materialien am Vorabend des Zweiten Weltkrieges" russ. Bd. I S. 220—238, speziell S. 232—234.

welchem Grund der Konflikt ausbrechen würde[64]). Die Voraussetzung für diesen Einsatz war lediglich — wie bereits zitiert —, daß die tschechische Armee kämpfe und die Hilfe der Roten Armee erbitte.

> „Die sowjetische Regierung ihrerseits schlug (Anfang September 1938) der französischen Regierung vor, unverzüglich eine Konferenz der Vertreter des sowjetischen, französischen und tschechischen Generalstabes zur Ausarbeitung der notwendigen Maßnahmen einzuberufen. Litwinow nahm an, daß Rumänien den sowjetischen Truppen und Luftstreitkräften erlauben würde, durch ihr Land hindurchzustoßen (propustit), doch hielt er es für angebracht, daß es hinsichtlich einer Einwirkung auf Rumänien in diesem Sinne sehr wünschenswert wäre, möglichst bald im Völkerbund die Frage einer eventuellen Hilfe gegenüber der Tschechoslowakei aufzuwerfen. Sollte man sich, und sei es auch nur mit Mehrheit, im Völkerbundsrat für eine solche Hilfe aussprechen (streng genommen wird laut Satzung Einstimmigkeit gefordert), so würde sich Rumänien zweifellos diesem anschließen und keine Einwände gegen den Durchmarsch der sowjetischen Truppen durch sein Land erheben.“[65])

Die Zielsetzung der Sowjetunion mußte jedem Politiker der westlichen Mächte offensichtlich sein, lehrte doch Lenin bereits im Jahre 1917, daß die proletarische Revolution die Gegensätze der kapitalistischen Staaten bis hin zu Kriegen, zur Selbstzerfleischung des Kapitalismus steigern und anschließend das entscheidende Gewicht der Sowjetmacht zur Durchsetzung des Weltbolschewismus in die Waagschale werfen müsse.

Stalin bekräftigte seinen Einsatzwillen und somit seine Ermunterung für die provokatorische Politik Benesch's mit entsprechenden Maßnahmen:

> „In diesen Tagen bestätigte die Regierung der Sowjetunion aufs neue ihre Bereitschaft, unverzüglich den Völkern der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten und billigte entsprechende praktische Maßnahmen. 30 Schützen- und einige Kavallerie-Divisionen der sowjetischen Armee wurden an der westlichen Grenze der UdSSR zusammengezogen. Die Luftwaffe und Panzereinheiten wurden in Kriegsbereitschaft versetzt. ‚Die sowjetischen bewaffneten Kräfte' — so erinnerte N. S. Chruschtschew im Jahre 1955 —, waren damals in Gefechtsbereitschaft versetzt, um der Hitlerschen Aggression, die gegen die Tschechoslowakei gerichtet war, eine Abfuhr zu erteilen.“[64])

Am 12. September 1938 hat Hitler auf der Schlußkundgebung des Parteitages der NSDAP in Nürnberg seine Haltung gegenüber der tschechischen Politik präzisiert und erklärt, daß der Reichsregierung die Rechtlosmachung der Sudetendeutschen nicht gleichgültig sei und daß

---

[64]) A. I. Nedoresow „Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei“ russ. S. 46 und 51.

[65]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 73.

kein europäischer Staat dem Frieden größere Opfer gebracht habe als Deutschland, diese Opfer jedoch ihre Grenzen haben.

Folge: 12. September:

„Verhängung des Standrechts über fast alle Gebiete der CSR. Zunehmende Radikalisierung der Tschechen, Verschärfung der Pressezensur, Versammlungsverbote, militärische Einzelaktionen und lokalpolizeiliche Maßnahmen.

Konrad Henlein stellt ein auf sechs Stunden befristetes Ultimatum an die Regierung, in dem die Aufhebung des Standrechts, die Zurückziehung der tschechischen Polizei aus dem sudetendeutschen Gebiet und die Kasernierung des Militärs in rein militärische Unterkünfte gefordert wird.

Nach Ablauf der Frist bricht die sudetendeutsche Delegation die Verhandlungen mit der Regierung ab und verläßt Prag.

13. September:

„Die Tschechen ergreifen scharfe polizeiliche und militärische Maßnahmen und führen Massenverhaftungen durch. Ein Teil der führenden Amtswalter der Sudetendeutschen Partei verläßt die Tschecho-Slowakei.

Die Vertreter Runcimans ... geben ... zu, daß bei der gegenwärtigen Situation die Forderungen der SdP verständlich und vertretbar wären.

15. September:

„Konrad Henlein erläßt die Proklamation an die Sudetendeutschen und an die Welt, in der er den Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Reich fordert. Bildung eines sudetendeutschen Freikorps in Deutschland.“[66])

Prag antwortete am 16. 9. mit Auflösung der sudetendeutschen Partei, womit 3,5 Millionen Sudetendeutsche jeglicher demokratischer und organisatorischer Vertretung beraubt wurden, einem Steckbrief gegen Konrad Henlein, und der Zerschneidung der Telephonverbindungen mit dem Deutschen Reich[67]). Am 17. 9. schlossen sich eine Reihe weiterer außerordentlicher Maßnahmen an, die eine Fülle von Verfassungsartikeln außer Kraft setzten. Am 19. 9. forderten London und Paris in dem sogenannten „anglo-französischen Plan“ von Benesch die Herausgabe des Sudetenlandes (des Gebietes mit mehr als 50 % deutscher Bevölkerung) und annullierten für den Konfliktfall das militärische Hilfsversprechen. Die beiden Westmächte verstärkten am 21. 9. auf Grund des Abschlußberichts von Lord Runciman den Druck auf Benesch, indem sie ihm mitteilten,

---

[66]) R. Pozorny „Wir suchten die Freiheit“ S. 304.

[67]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 1033 und K. Ploetz „Auszug aus der Geschichte“ (1939) S. 720.

„daß er nicht mehr mit militärischer Hilfe rechnen könne, falls Deutschland jetzt in das Gebiet der Tschecho-Slowakei einfallen sollte."[68])

Daraufhin nahm Benesch die britisch-französischen Forderungen an. Am gleichen 21. 9. forderten Ungarn und Polen von der tschechischen Regierung die Abtretung der ungarisch bzw. polnisch besiedelten Gebiete.

22. September:

„Die Regierung Milan Hodza tritt zurück. Tschechische Riesendemonstrationen fordern schärfste Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen. Massenverhaftungen, die eine Fluchtwelle aus dem deutschen Grenzgebiet in das Reich zur Folge haben, setzen ein. Der tschechische Armeegeneral Sirovy wird von Benesch mit der Regierungsbildung betraut."[69])

Am gleichen 22. 9. trifft Mr. Chamberlain in Bad Godesberg mit Hitler zusammen, nachdem er sich vom britischen Parlament die Zustimmung zur Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland hatte geben lassen, die bei seinem Besuch in Berchtesgaden am 15. 9. zur Debatte gestanden hatte. Die innerhalb dieser wenigen Tage veränderten Verhältnisse zwangen Hitler, auf einer kurzfristigen Lösung zu bestehen, was von den „Managern der veröffentlichten Meinung" im Ausland unsachlicherweise als „neue Forderung Hitlers zur provokatorischen Lageverschärfung" interpretiert wurde.

Zur Zeit dieser Godesberger Konferenz verschärften aber auch noch andere Kräfte die Lage in Europa weiter. Es war vornehmlich Lord Halifax in London, der für neuen Zündstoff sorgte: Bereits am 22. September drängte er telegrafisch die britische Delegation, sie möge zustimmen, der tschechischen Regierung die Mobilmachung anzuraten. Henderson setzte einen Aufschub dieses Rates durch. Doch ungeachtet dessen und ungeachtet der Tatsache, daß Halifax fernab vom Ort des Geschehens war, drängte der britische Außenminister am 23. 9. erneut: „Wir schlagen vor, den Tschechen um 15 Uhr die Mobilmachung zu gestatten". — „Warten Sie noch" — antwortete Henderson. Der französische Ministerpräsident Daladier bekundete zwischenzeitlich ebenfalls seine Meinung, „daß die tschechische Mobilmachung nicht mehr länger hinausgeschoben werden durfte". Um 16 Uhr gab die britische Delegation in Bad Godesberg diesem Drängen nach[70]), obgleich Hitler Herrn Chamberlain soeben mitgeteilt, daß die Tschechen gerade 12 deutsche Geiseln erschossen hatten, und versprochen hatte, der Wehrmacht zur Zeit der Verhandlung keinen Marschbefehl gegen die Tschecho-Slowakei zu erteilen[71]). Unmittelbar auf den Startschuß vom Foreign Office

[68]) E. Moravec „Das Ende der Benesch-Republik" S. 340.
[69]) R. Pozorny „Wir suchten die Freiheit" S. 306.
[70]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 1031, 1035, 1044, 1046, 1047, 1049.
[71]) ebenda Doc. 1033.

in London verkündete die tschechische Regierung die Generalmobilmachung, die 1,5 Millionen Soldaten zu den Waffen rief, und unterbrach den Eisenbahnverkehr mit dem Deutschen Reich auf allen Linien. — Erneut war die Lage verändert, d. h. verschärft worden — nicht durch Hitler. Die tschechische Mobilmachung hat die Godesberger Konferenz gesprengt. Wiederum machte die Weltpresse Hitler für das „Scheitern einer friedlichen Lösung" verantwortlich. — Von Halifax und seinem Wirken im Hintergrund sprach niemand.

Auch noch andere Akteure sind zu nennen, die Sowjets:

> „Die tschechoslowakische Regierung lehnte das „Godesberger Programm" Hitlers ab (22./23. 9. 1938). Bei dieser Entscheidung der Tschechoslowaken spielte die wenige Tage vorher von sowjetischer Seite erhaltene Zusicherung eine Rolle, der Tschechoslowakei in jedem Fall Hilfe zu leisten, auch im Fall eines Verrates von seiten Frankreichs."[72])

Beunruhigt über die nun eingetretene Entwicklung, sendet die britische Delegation in Bad Godesberg, also Chamberlain ohne seinen Außenminister Halifax, am 24. 9. dem britischen Gesandten in Prag, Newton, ein Memorandum:

> „Die Berichte über Zwischenfälle im Sudetenland, die von Stunde zu Stunde zahlenmäßig anwachsen, zeigen, daß die Situation für die sudetendeutsche Bevölkerung völlig untragbar und infolgedessen eine Gefahr für den Frieden in Europa geworden ist. Es ist daher wesentlich, daß die Abtrennung des Sudetenlandes, der die Tschechoslowakei zugestimmt hat, ohne weitere Verzögerung vollzogen wird."[73])

Am 26. 9. hielt Hitler im Sportpalast eine Rede, in der er u. a. sagte:

> „Angesichts der Erklärung Englands und Frankreichs, sich nicht mehr für die Tschecho-Slowakei einzusetzen, wenn nicht endlich das Schicksal dieser Völker anders gestaltet würde und die Gebiete freigegeben würden, fand Herr Benesch einen Ausweg. Er gab zu, daß diese Gebiete abgetreten werden müssen. Das war seine Erklärung! Aber was tut er? Nicht das Gebiet trat er ab, sondern die Deutschen treibt er jetzt aus!
>
> Und das ist jetzt der Punkt, an dem das Spiel aufhört!
>
> Herr Benesch hatte kaum ausgesprochen, da begann seine militärische Unterjochung — nur noch verschärft — aufs neue. Wir sehen die grauenhaften Ziffern: an einem Tag 10 000 Flüchtlinge, am nächsten 20 000, einen Tag später schon 37 000, wieder zwei Tage später 41 000, dann 62 000, dann 78 000, jetzt sind es 90 000, 107 000, 137 000 und heute 214 000."[74])

Am 27. 9. ließ Präsident Benesch sämtliche Rundfunkapparate im Sudetengebiet konfiszieren und willkürlich 20 000 Sudetendeutsche als Geiseln verhaften, deren Erschießung er für den Konfliktfall vorsah[75]).

---

[72]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 78.
[73]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 1068.
[74]) G. Rühle „Das Dritte Reich" Bd. 1938 S. 253.
[75]) R. Pozorny „Wir suchten die Freiheit" S. 307 und 303.

Schließlich zerstörten die Tschechen 247 Brücken im Sudetengebiet[76]). Benesch war weiterhin gewillt, mit Hilfe der sich durch seine Politik verschärfenden Krise verpflichtende Zusagen von England und Frankreich zu erhalten und die innenpolitische Frage der Tschecho-Slowakei zu einer europäischen Krise auszuweiten[77]). Er war sogar bereit, um dieses Zieles willen einen Krieg zu entfesseln. Seinen Erinnerungen — „offenbar ein Teil der als verloren angesehenen Erinnerungen"[78]) — entnehmen wir folgende Aufrufe bzw. Aussagen:

Eduard Benesch in einer Rundfunkrede des 22. 9. 1938:

> „Einem Krieg mit Hitlers Deutschland ist unmöglich zu entrinnen. Es kommt entweder jetzt oder später dazu. Ich wünschte ihn mir sofort. Die Pflicht unserer Regierung ist es, den Staat zu erhalten bis zu dem Augenblick, da es zu einer weiteren Krise mit Deutschland kommt. Diese Krise ist unvermeidlich, und in ihr wird es zu einem allgemeinen Krieg kommen, der uns alles wieder zurückbringen wird, was wir jetzt verlieren würden."

Am 23. 9. 1938:

> „Ich berief die Regierung mit Vertretern der politischen Parteien und der Armee auf den Hradschin und forderte die Zustimmung zur Mobilmachung, indem ich ihnen nicht verheimlichte, daß ... ein allgemeiner europäischer Krieg, in welchem Frankreich, die Sowjetunion und auch Großbritannien an unserer Seite stehen würden, in wenigen Tagen ausbrechen werde...."
>
> „Ich war überzeugt, daß es zu einem allgemeinen Krieg mit Deutschland kommen müsse."

An seine Generale:

> „Bereiten Sie sich für den nahen Krieg vor, wir werden darin noch eine Rolle spielen."[78])

Am 2. 10. 1938 gestand Benesch einem seiner Generalstabsoffiziere, daß er den Verrat und die Schwäche des Westens nicht erwartet hatte[79]).

> „Trotz der Mobilmachung der gesamten Armee wurde uns die Münchener Übereinkunft auferlegt."[80])

Wer — wie Eduard Benesch selbst eingestanden hatte! — langfristig die angebliche Unvermeidbarkeit eines großen „allgemeinen" Krieges proklamiert und als maßgebender Politiker alles tut, um eine solche Entwicklung einzuleiten und zu verschärfen, spricht eine unüberhörbare Sprache, zumal die auf Weltrevolution ausgehende Sowjetunion zu allem Unglück auch noch mit von der Partie sein sollte. Auch

---

[76]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 237.
[77]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 153.
[78]) Frankfurter Allgemeine 11. 3. 1959 S. 11.
[79]) E. Moravec „Das Ende der Benesch-Republik" S. 24.
[80]) E. Benesch „The Memoirs of Dr. Eduard Beneš" S. 43.

in England und Frankreich ist schon Monate v o r „München“ diese Sprache gehört und verstanden worden. Auch dort wußte man, daß Deutschland bis zum letzten Augenblick keinen unmittelbaren Druck auf die tschechische Regierung ausgeübt hatte — trotz des provokativen Vorgehens der tschechischen Politiker[81]). Auch dort wußte man, daß E. Benesch seine Armee als die beste Armee Europas, seinen Befestigungsgürtel als der Maginot-Linie ebenbürtig, teils sogar überlegen ansah, und daß er seit seiner Wahl am 18. 12. 1935 zum Staatspräsidenten seine Politik auf das „Empfinden“ abstellte, „daß Europa einem großen Konflikt entgegenstürzt“. Benesch selbst gestand ein:

> „Daher beschloß ich in erster Linie die Anstrengungen zu verdoppeln, um unsere Armee zu einer hohen Vollkommenheit zu führen. Dieser Aufgabe widmete ich mich mit größerer Energie und Hingabe als irgend einer anderen Aufgabe vorher....
>
> Ich war immer stolz darauf, daß in diesen drei Jahren (1936, 1937, 1938) die tschechische Republik mehr in dieser Beziehung tat als irgend ein anderer demokratischer Staat in Europa und daß, als wir im September 1938 mobilisierten, die Republik genügend für den Krieg vorbereitet war mit zwei Ausnahmen (zivile Luftverteidigung, unfertiger Zustand der Befestigungen an der österreichischen Grenze ...).
>
> Soweit es die Armee betrifft, war Frankreich besser ausgerüstet als Großbritannien, 1938 jedoch war es gänzlich unvorbereitet für einen plötzlichen Krieg, besonders einen modernen. Seine Vorbereitungen konnten nicht mit denen der Tschechoslowakei verglichen werden. Dies ist sicherlich seltsam angesichts dessen, daß Frankreich über unsere Tätigkeiten (arrangements) bis hinunter zum kleinsten Detail durch General Faucher informiert war, dem Chef der französischen Militärmission in Prag, der jede Woche bei den Militärkonferenzen mit dem Präsidenten der Republik anwesend war, und nicht nur genau wußte, was wir taten, sondern auch *warum wir es taten* (Kursiv v. Benesch).“[82])

In den westlichen Hauptstädten wußte man also sehr genau, daß die Prager Regierung vor der Münchener Konferenz gewillt war, gemeinsam mit der Sowjetunion und den Westmächten Generalstabsbesprechungen für einen „allgemeinen“ Krieg gegen Deutschland zu organisieren[82]) und diesen Krieg mit der Austreibung bzw. Ausmerzung der Sudetendeutschen einzuleiten. Auch dort machte man sich Gedanken darüber, warum die tschechische Regierung nach 20 Jahren „friedliebender“ und „demokratischer“ Politik Vorschläge auf Gewährung einer Volksabstimmung im Sudetenland mit der Begründung ablehnte:

---

[81]) Die unterstellten Behauptungen, Hitler habe Henlein zu immer neuen, unerfüllbaren Forderungen gegen die Prager Regierung angetrieben, werden durch keinerlei echte Unterlagen bestätigt. Hitler hatte Henlein bis zur Eingliederung des Sudetenlandes keine Befehle erteilt. — u. a. J. Colvin „Vansittart in Office“ S. 207.

[82]) E. Benesch „The Memoirs of Dr. Eduard Beneš“ S. 28, 29, 27, 42.

„Eine Volksabstimmung würde den Zerfall des Staates und Bürgerkrieg bedeuten" („wie er mehr als einmal sagte").[83])

Man kann keine Friedenspolitik auf die Unterdrückung gewaltsam annektierter Minderheiten gründen und sagen, daß bei Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für diese Minderheiten oder überhaupt bei Gewährung gleichberechtigter Grundlagen der gesamte Staat zersprengt werden würde. Es ist für die „provokatorische Haltung der Reichsregierung" bezeichnend, daß zuerst die britische Presse und anschließend erst zu sehr später Stunde der Führer der sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, eine Volksabstimmung im Sudetenland forderten[84]). England, ebenso wie Frankreich, aber auch Herr Benesch waren sich über den Ausgang einer solchen Volksabstimmung im klaren[85]). Deshalb verhinderten sie diese mit der Begründung,

„Hitler keine Waffe zur Zerstörung der mittel-osteuropäischen Staatenordnung in die Hand zu geben."[86])

Hitler hatte die Münchener Konferenz nicht ultimativ gefordert. Sie ist gleichermaßen von anderen Kräften angeregt und mit dem gemeinsamen europäischen Interesse begründet worden. So wird die Rolle des US-Präsidenten F. D. Roosevelt in diesem Zusammenhang meist verkannt. Und doch war er es, der am 26. 9. 1938 Chamberlain, Daladier, Hitler und Benesch in entsprechenden Botschaften auf eine internationale Konferenz zur Sudetenfrage gedrängt hat. Da Roosevelt viele seiner Entscheidungen geheim und ohne Beratung mit den zuständigen Männern seines Kabinetts fällte[87]), und da die Akten des State-Department zur Münchener Konferenz noch weitgehend unter Verschluß sind[88]), können die Beweggründe Roosevelts nur vermutet werden.

„Wir haben mittlerweile einige Hinweise, die alle in die gleiche Richtung zielen, nämlich, daß Roosevelt das Münchener Übereinkommen nicht als eine endgültige Regelung mit Hitler ansah, sondern glaubte, daß es in nicht allzu ferner Zeit zum Kriege führen könnte. Deshalb setzte er seine Pläne für ein groß angelegtes Bewaffnungsprogramm fort mit besonderem Nachdruck auf Flugzeuge, die helfen würden, England und Frankreich kriegsstark zu machen und die Vereinigten Staaten für eine etwaige Einbeziehung in den bevorstehenden Krieg vorzubereiten."[88])

Roosevelt wußte oder hätte wissen müssen, was auf der Münchener Konferenz verhandelt werden sollte. Er hatte trotz dieser Kenntnis

---

[83]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 888.
[84]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 55.
[85]) ebenda S. 75 und 195.
[86]) ebenda S. 153.
[87]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei" S. 118.
[88]) ebenda S. 127.

England und Frankreich nicht angehalten, für den Status quo in der Tschecho-Slowakei einzustehen. Er begünstigte den Entschluß Großbritanniens und Frankreichs zur Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich (Botschaften Roosevelts 26. 9.), — um kurz nach Ratifizierung dieser Entscheidung (29. 9) sich in einer Weise zu verhalten, daß „Chamberlain allgemein der ganze Schimpf zuerkannt wurde“[88]). Gleichzeitig ermutigte er London, Paris, aber auch Warschau,

> „Deutschland gegenüber eine Stellung einzunehmen, die möglicherweise oder sogar sicherlich zum Kriege führen mußte.“[89])

Die Hintergründe für diese Haltung hat der polnische Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, weitgehend richtig erkannt, wenn ihm auch die Fäden, die Roosevelt persönlich zur Münchener Konferenz gewoben hatte, verborgen geblieben waren.

Potocki schrieb am 12. 1. 1939 an den polnischen Außenminister:

> „... kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innenpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach. Man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen (totalitären) Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen.“[90])

Roosevelt mischte sich in diese europäischen Verhältnisse ein, nicht

---

[89]) ebenda S. 110.

[90]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 6 — Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.
Diese Dokumente, ebenso wie alle übrigen Dokumente der anderen deutschen Weißbücher zur Vorgeschichte des Krieges sind von der historischen Forschung niemals widerlegt worden. Diese polnischen Dokumente sind sogar von polnischen Diplomaten nach dem Krieg bestätigt worden.
So hat der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, sie bestätigt: s. H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei“ S. 245 und D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 814.
Der polnische Botschafter in London, Raczynski, schrieb hierzu in seinen Memoiren „In Allied London“ S. 51:

> „20. Juni 1940
> Die Deutschen veröffentlichten im April ein Weißbuch, das Dokumente aus den Archiven unseres Außenministeriums enthielt, die sich aus Berichten von Potocki aus Washington, Lukasiewicz aus Paris und meinen Berichten zusammensetzten. Ich weiß nicht, wo sie sie gefunden haben, da man uns erzählt hat, daß man die Archive zerstört habe. Die Dokumente sind mit Sicherheit echt (are certainly genuine), und die Faksimiles zeigen, daß die Deutschen zum größten Teil Originale und nicht nur Kopien aufgefunden haben.“

weil er ein besonderer Sachkenner dieser Problematik war oder weil er wußte, wie man diese Krisenlage am besten beseitigt, oder weil er Entspannung in Europa wollte. Er mischte sich vielmehr ein, weil er hier — fernab vom Weißen Haus — die Möglichkeiten und die Leute zu finden hoffte und fand, die ihm dazu verhelfen konnten, in der Weltpolitik „eine Rolle zu spielen". Eduard Benesch, der tschechische Staatspräsident, traf sich als eifriger Gesinnungsfreund mit Roosevelt auf dieser Basis.

Doch Frankreich und England lehnten es ab, sich durch Benesch oder Roosevelt in einen Krieg ziehen zu lassen. Chamberlain, der die Tschecho-Slowakei als „a far away country" — ein weit entferntes Land —, die Tschechen als „Leute, von denen wir nichts wissen", zu bezeichnen pflegte,

> „glaubte, daß dieses Land uns auch nicht gefolgt wäre, wenn wir versucht hätten, es in einen Krieg zu führen, um eine Minderheit daran zu hindern, ihre Autonomie zu erlangen oder sich für eine andere Regierung zu entscheiden."[91])

Die britische Regierung handelte vor der Münchener Konferenz nicht aus Furcht vor einem Kriege, sondern in dem „Glauben, daß Deutschland ein moralisches Recht auf das sudetendeutsche Territorium hatte"[92]). Chamberlain erklärte selbst, und zwar bereits im Mai 1938,

> „daß noch nicht einmal ein siegreicher Friede ihre (tschechischen) gegenwärtigen Grenzen wiederherstellen würde."[91])

Die Westmächte bewogen die Tschechen am 19. 9. 1938, die sudetendeutschen Gebiete an Deutschland abzutreten. Hitler ist weder zu diesem Plan noch zur Unterredung mit der Prager Regierung hinzugezogen worden. Die Tschecho-Slowakei hatte bereits auf englisch-französische Intervention hin 8 Tage vor dem Münchener Abkommen kapituliert und ist nicht, wie man es gegenwärtig darzustellen beliebt, durch „München" zerstört worden[92]).

> „Im geschichtlichen Zusammenhang gesehen ist ohne weiteres verständlich, daß Benesch und Hodscha für die Erhaltung der Tschecho-Slowakei nicht kämpfen wollten. Hodscha, der seinerzeitige großösterreichische Föderalist und Mitarbeiter Franz Ferdinands, war wohl von der Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei nie recht überzeugt. Benesch wurde ein Opfer seines schlechten Gewissens. Er wußte, daß die Gebiete, die auf dem Spiele standen, nicht rechtmäßig erworben waren. Ein Staatsmann, der einen einwandfreien Rechtsstandpunkt zu vertreten hatte, hätte auch dem englisch-französischen Drängen zur Nachgiebigkeit — mehr war es nicht — trotzig die Stirn bieten können."[91])

---

[91]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 361/62 und 372 und 353.
Mit dieser Äußerung gab auch Chamberlain Benesch's Kriegswillen zu.

[92]) W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam" S. 318/19.

Chamberlain und Daladier flogen also nach München mit einem konkreten Auftrag ihrer Kabinette, sogar mit einem von den Tschechen bereits gebilligten Abkommen. In München sind lediglich die Modalitäten dieses Abkommens geregelt worden. So hieß es im Münchener Vertrag wörtlich:

> „Deutschland, das Vereinigte Königreich von Großbritannien, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des Sudetenlandes bereits grundsätzlich erzielt wurde, übereingekommen. . . .“[92])

Neville Chamberlain erklärte in den anschließenden, sehr ausgedehnten Unterhaus-Debatten Anfang Oktober 1938:

> „Wir sind nicht nach München gegangen, um zu entscheiden, ob die vorwiegend deutschen Gebiete des Sudetenlandes nach Deutschland überführt werden sollen. Das war bereits entschieden.“[93])

Der konservative Abgeordnete Raikes ebendort:

> „Wir sollten nicht vergessen, daß die Tschechen die deutschen Gebiete noch vor dem Vertrag von Versailles annektiert haben. Einige ehrenwerte Mitglieder dieses Hauses beklagen die kurze Frist der Übergabe. Ich möchte sie daran erinnern, daß sich die Tschechen zwanzig Jahre Zeit gelassen haben, ehe sie den Sudetendeutschen Rechte zugestanden.“[93])

Sir H. Croft ebendort:

> „Die Labourparty und die liberale Partei waren zur Zeit der Friedensberatungen leidenschaftlich gegen das ganze Flickwerk der Tschecho-Slowakei.“[93])

Daß Chamberlain nach München und nicht Hitler nach London geflogen ist, kann nicht als „Diktat“ Hitlers gewertet werden. Hatte Hitler berechtigte Sorge vor feindlichen Demonstrationen, die einen Konferenzerfolg hätten zunichte machen können, so entsprach es der Politik Chamberlains, nach Deutschland zu kommen, wie er es in einem Privatbrief vom 13. 9. 1938 schrieb:

> „Es würde mir auch nicht ganz gepaßt haben (wenn Hitler nach London gekommen wäre), denn es würde meinem Coup viel von seiner dramatischen Wirkung genommen haben.“[94])

Chamberlain in seiner bedeutsamen Rede in Birmingham am 17. 3. 1939:

> „Nicht eine Stimme der Kritik erhob sich, als ich zuerst bekanntgab, daß ich nach München gehen würde. Jedermann zollte diesem Versuch Beifall.“[95])

Er fügte in der gleichen Rede hinzu:

> „Es (die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland) war etwas, was seit dem Versailler Vertrag immer existiert hatte, ein Problem, das schon

[93]) ebenda S. 331—333.
[94]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. I, S. 127.
[95]) ebenda Bd. II, S. 15—16.

längst hätte gelöst werden sollen, wenn bloß die Staatsmänner der letzten 20 Jahre eine großzügigere, umfassendere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. Es war wie ein lang vernachlässigtes Übel geworden, und ein chirurgischer Eingriff wurde notwendig, um das Leben des Patienten zu retten."[95])

Wie urteilt ein deutscher Historiker in ruhiger Stunde nach dem Zweiten Weltkrieg?

„Wie beim voraufgegangenen Anschluß Österreichs an das Reich spielt hier die niemals auf vernunftgemäße Weise gelöste Frage des deutschen Volkstums in Ost- und Südostmitteleuropa hinein. Sie leiht den Geschehnissen von München eine eigentümliche Doppelwertigkeit. Sie verschafft Hitler die moralisch einwandfreie Ausgangsposition. Die Sünden und Versäumnisse der Zwangsverträge von Versailles, Saint Germain und Trianon, die nach dem ersten Weltkrieg wohl das Ende der Kampfhandlungen besiegelten, aber keinen echten Frieden brachten, rächen sich Anno 1938.

Als die habsburgische Monarchie 1918 zerfiel, da wollten die deutschen „Landesregierungen" Nordböhmens und Mähren-Schlesiens sich mit der neuen österreichischen Republik vereinen. Und diese wiederum wünschte den Zusammenschluß zwischen dem Deutschen Reich und dem deutschen Österreich. Nichts davon geschah. Es entstand nur ein wirtschaftlich lebensunfähiges deutsches Rumpfösterreich, und, auf dem vielschichtigen Völkerboden Böhmens und Mährens, ein anspruchsvoller tschechischer Pseudonationalstaat. Im März 1938 rächte sich das alles an Österreich, im September 1938 ereilte die Sühne für alte Sünden die Tschechoslowakei."[96])

Es ist unglaublich, wie man seit Oktober 1938 beharrlich die Münchener Konferenz als ein Musterbeispiel „zynischer Gewaltpolitik der Diktatoren gegenüber den friedliebenden und gerecht-handelnden Demokratien" hinzustellen pflegt. Den Tatbeständen zufolge ist es absurd zu behaupten, Hitler habe seine Gesprächspartner „überrumpelt", „gedemütigt" oder sonst etwas, was die beiden westlichen Regierungschefs selbst nie behauptet haben. Nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens sind die beiden westlichen Staatsmänner in Paris und London nicht nur von der Bevölkerung umjubelt worden (wie übrigens auch in München), sondern die Parlamente dieser Länder haben mit überwältigender Mehrheit diesen Vertrag gebilligt.

Man kann anschließend nicht geltend machen, wie N. Chamberlain am 17. 3. 1939 in Birmingham, daß Hitler der Welt mit der Sudetenfrage „eine unangenehme Überraschung" bereitet habe, die die öffentliche Meinung der ganzen Welt vor den Kopf gestoßen und beleidigt habe[97]). Die „beleidigende Überraschung" geht ausschließlich zu Lasten der Versailler „Friedenspolitiker", was Chamberlain und Daladier mit

---

[96]) W. Görlitz „Griff in die Geschichte" — Die Welt, Nr. 225 (27. 9.) 1958.
[97]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 269 S. 262.

ihren Unterschriften in München bestätigt haben. Schließlich war das, was mit dem Namen „Versailles" nach dem Ersten Weltkrieg verknüpft ist, weit mehr als eine „beleidigende Überraschung"! Denn ohne die zwanzigjährige Siegerpraxis wider Recht und Gleichberechtigung hätte es keine Münchener Konferenz gegeben. Zwanzig Jahre lang sind die „friedlichen Methoden" der Diplomatie zur Regelung der haarsträubenden Zustände in Osteuropa von den verschiedensten deutschen Politikern versucht und erprobt worden, — alle ohne Erfolg. Wenn nach zwanzig Jahren Geduld die Methoden des friedlichen Bittens und Beschwerens allmählich ausgewechselt werden, um diese dringlichen Anliegen zu bewältigen, dann braucht sich darüber niemand zu wundern.

Zweifellos war dieses späte Nachgeben nur unter dem Eindruck der Kriegsgefahr zu erlangen, die allerdings nicht nur auf die Schultern Hitlers zu verlagern ist, denn wer zum Kriege rief und wer diese Spannungen bis zur Kriegsgefahr erhöht hat, war Eduard Benesch! Aber auch Kreise in den „westlichen Demokratien" sowie die sowjetische Führung!

> „Dennoch verkünden England und Frankreich am nächsten Tag (28. 9. 1938) die Mobilmachung. Der Krieg steht unmittelbar bevor. In London werden Luftschutzmaßnahmen ergriffen, überall fahren Flakbatterien auf. Zehntausende von Kindern werden sofort aus London evakuiert. Krankenhäuser werden in aller Hast geräumt.
>
> In Paris werden Luftschutzgräben ausgehoben, Sandsäcke erscheinen vor den Schaufenstern der Geschäfte. Die aus der Stadt hinausfahrenden Eisenbahnzüge werden gestürmt und sind bald vollkommen überfüllt. Das Gedränge von flüchtenden Kraftwagen verstopft die Ausfallstraßen. Die Menschen rechnen mit deutschen Bombenangriffen, die ihnen ihre Zeitungen schon jahrelang in den schlimmsten Farben ausgemalt haben, schon zu einer Zeit, als es überhaupt noch kein Bombenflugzeug in Deutschland gab. Panik ergreift die Menschen."[98])

Im übrigen ist es müßig, in diesem Fall über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Mittel und Methoden zu streiten, wenn sich langjährige Geduld, Nachgeben und Bitten unwirksam erwiesen haben, um Lebensrechte von Millionen Menschen zu sichern.

> „Hört ein gerechter Anspruch auf, gerecht zu sein, nur weil ein Mann sich mit seiner Entschlossenheit dahinterstellt, und wenn nötig mit seinem Schwert? Winston Churchill ist niemals Pazifist gewesen, immer hat er das Schwert verehrt. Welche Philosophie hat ihn dann aber zu behaupten veranlaßt, Gerechtigkeit sei keine Gerechtigkeit mehr, sobald sie mit Waffen geschützt werde? Und wie war es mit England und dem Burenkrieg, an dem Churchill teilgenommen und den er so oft gepriesen hat? Viele würden eher so argumentieren, daß ein gerechter Anspruch, den der Fordernde nicht mit aller Kraft zu vertreten bereit sei,

---

[98]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 55.

> nicht so gerecht sein könne — oder aber, daß der Fordernde vielleicht geradezu feige sei.
> Wenn er bereit war, Gerechtigkeit durch Gewalt zu schaffen, so war das eine Methode, die von der überwältigenden Mehrheit der Menschen aller Zeitalter nicht nur akzeptiert, sondern auch laut gepriesen worden ist, und von niemandem lauter als von uns Engländern.
> Doch ist in München der Frieden wirklich gefördert worden, da man Hitler das zugestand, was Gerechtigkeit und vor allem demokratische Gerechtigkeit mit vollem Recht forderte. Es war ein besonders wertvoller Frieden, ein Frieden, der, wenn er häufiger auf solchen Konferenzen geschlossen würde, der Menschheit unendlichen Schmerz und Kummer ersparen könnte.
> Es ist in der Tat höchste Zeit, wenn nicht schon zu spät, daß Amerika damit aufhört, den Münchener Pakt zu verleumden, und beginnt, die Pakte von Jalta und Potsdam zu rügen, durch die nicht nur ganze Völkerstämme, sondern mindestens sieben ganze Staaten verkauft und die Hälften zweier Kontinente zynisch verraten worden sind."[99])

Das Münchener Abkommen war unter allen Regeln internationaler Gebräuche und Gepflogenheiten zustande gekommen. Das von F. D. Roosevelt und seinen bekannten Gruppen in England und Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika sogleich in Szene gesetzte Schlagwort von der „Überrumpelung der friedlichen Demokratien" sowie das bereits am 3. Oktober 1938 von Chamberlain geforderte britische Aufrüstungsprogramm in Verein mit einem Kurswechsel gegen Deutschland — dies waren die eigentlichen „beleidigenden Überraschungen" mit jenen schwerwiegenden Folgen. Hatte nicht Chamberlain soeben noch Hitler schriftlich zugesichert, einander in allen wichtigen politischen Fragen gegenseitig zu konsultieren?

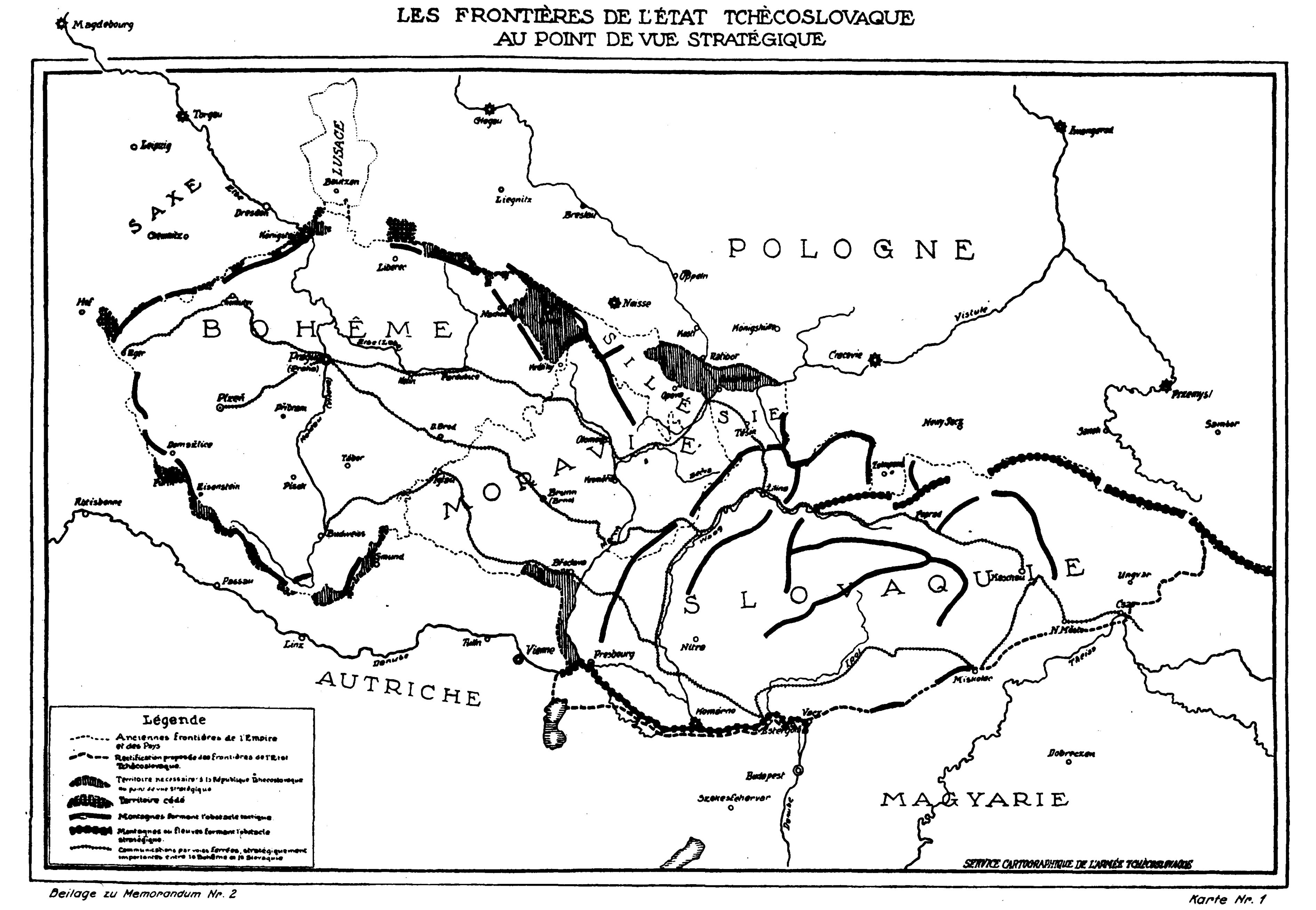
Das Münchener Abkommen sowie die Friedens- und Freundschaftserklärungen, „niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen", sind nach dem dritten Besuch N. Chamberlains in Deutschland unterzeichnet worden. Stellt man diesem Abkommen sowie den drei Verhandlungsprotokollen die Äußerung Chamberlains nach dem (ersten) Besuch auf dem Obersalzberg gegenüber, so fällt es schwer, an die Offenheit und den Befriedungswillen des britischen Premiers zu glauben. Chamberlain erklärte nach seiner Ankunft in London am 17. 9. 1938:

> „Hitler wäre anomal, unberechenbar und von bösen Ratgebern umgeben. Es sei undenkbar, daß ein Mann lange in diesem Zustande der Hysterie verbleiben könne. Als er nach Godesberg zurückfuhr, sagte der britische Premier, er mache sich nun auf, um mit einem bösen Tier zu kämpfen."[100])

N. Chamberlain hat seinem Biographen Keith Feiling zufolge schon zum Zeitpunkt des Münchener Abkommens den Krieg mit Deutschland

[99]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 51, 52, 53, 56.
[100]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 143.

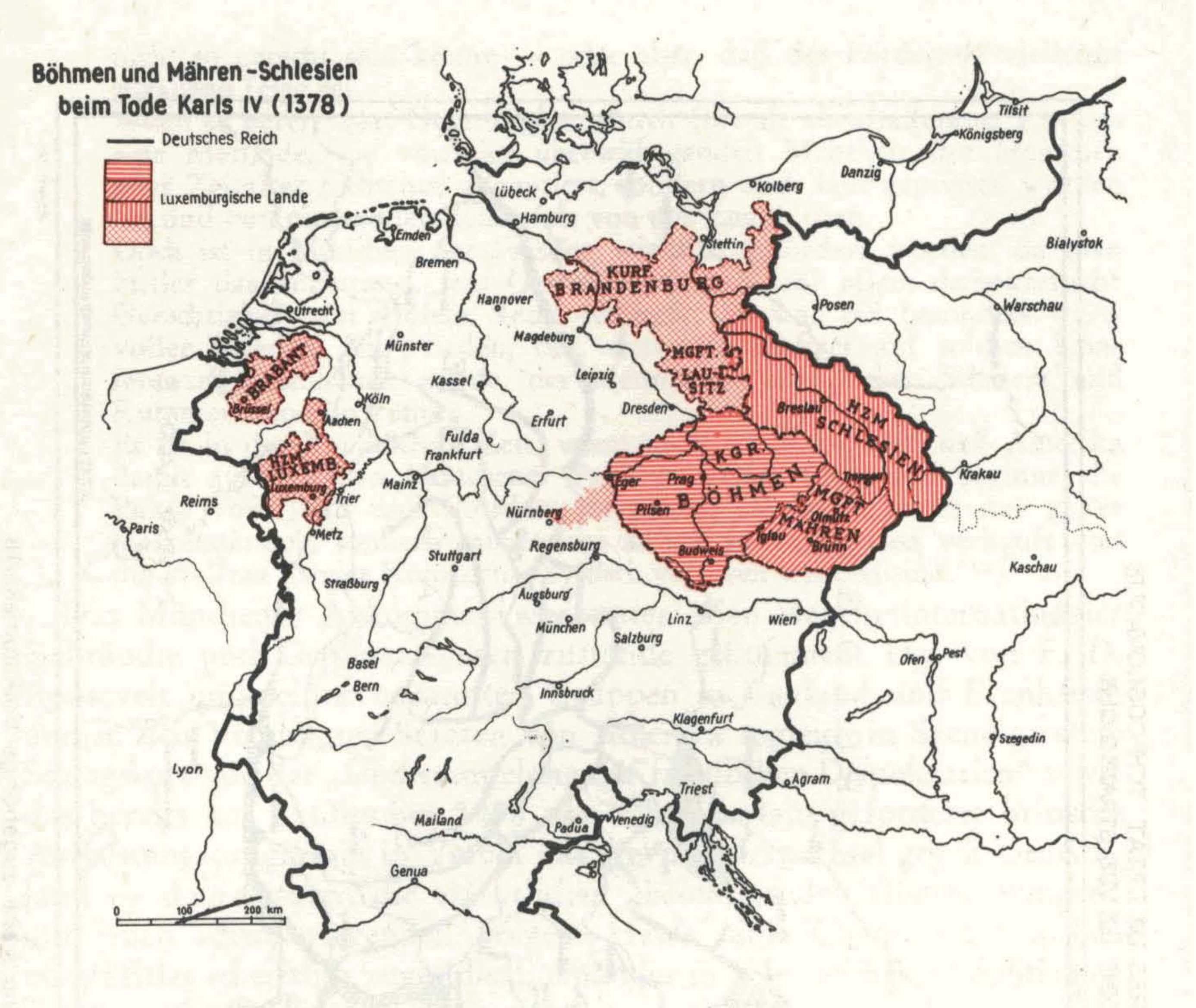
LES FRONTIÈRES DE L'ÉTAT TCHÈCOSLOVAQUE AU POINT DE VUE STRATÉGIQUE



Beilage zu Memorandum Nr. 2

Karte Nr. 1

Zeichenerklärung siehe zugehörige Volkstumskarte



805 Schutzherrschaft Karls d. Gr., Böhmen-Mähren tributpflichtig.

817 Ludwig dem Deutschen, König v. Bayern, gehört auch Böhmen-Mähren.

846 Ludwig der Deutsche setzt in Mähren Herzog Rastislav ein, mit dem er später Kriege führen muß.

884 Mährischer Fürst Swatopluk huldigt vor Kaiser Karl III. Nach seinem Tod erliegt das Großmährische Reich dem Ansturm der Magyaren.

895 Fürsten der böhmischen Stämme bestätigen am ostfränkischen Hof in Regensburg ihre neuerliche Unterstellung unter die Reichshoheit.

925 König Heinrich I nötigt primyslidischen Herzog Wenzel zur Lehenshuldigung.

950 König Otto I, ab 962 Kaiser, unterwirft Boleslav I, Nachfolger Wenzels. Boleslav anerkennt die Oberhoheit des Reiches, die seitdem mit einer kurzen Unterbrechung im 15./16. Jahrhundert unbestritten bleibt.

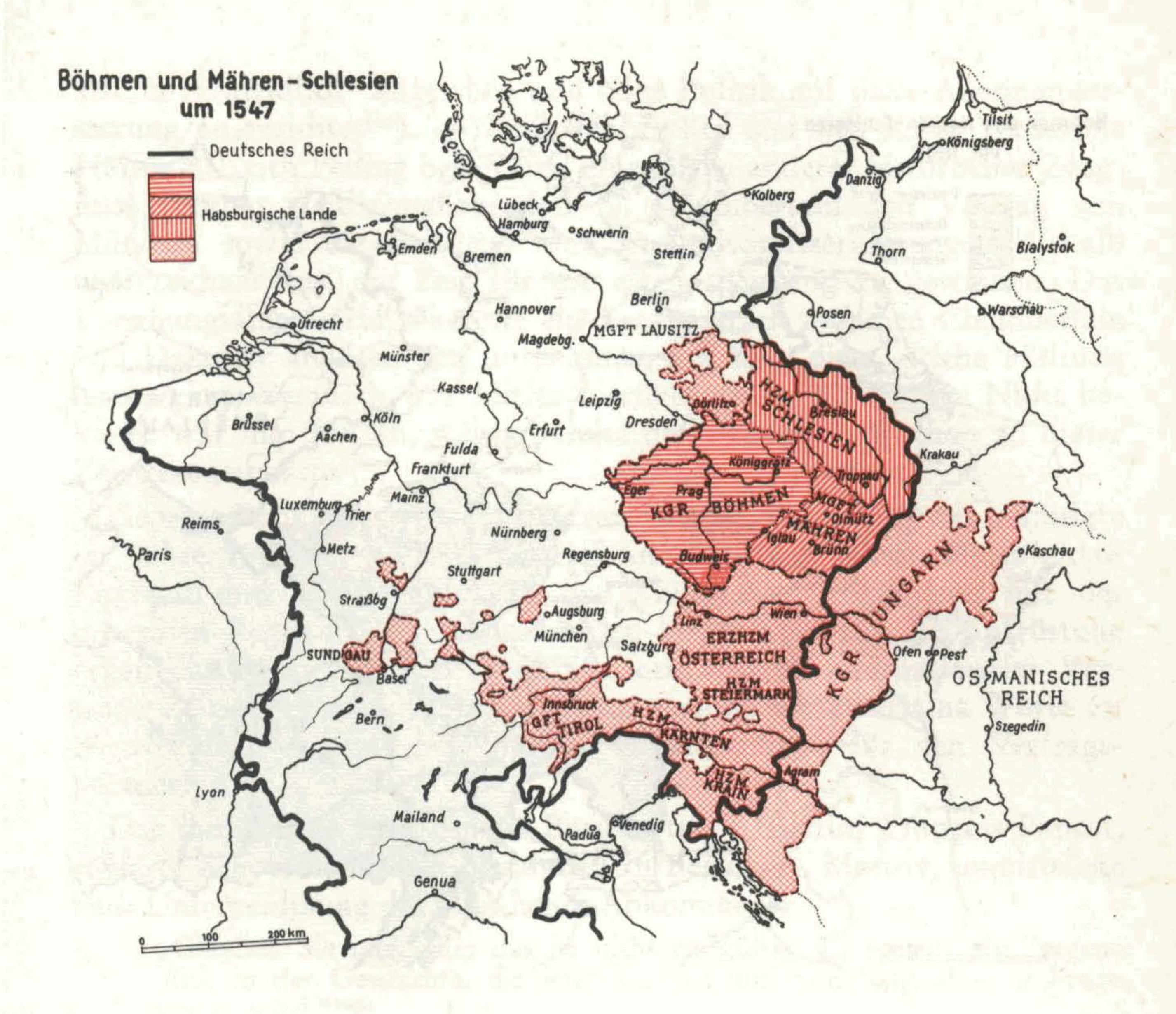
1041 König Heinrich III, ab 1046 Kaiser.
Herzog Bietislaw I von Böhmen empfängt sein Herzogtum als deutsches Lehen. Nachfolgende Böhmen-Herzöge stehen treu zum Reich.

1254/55 König Ottokar II von Böhmen (1253—1278), Urenkel Friedrich Barbarossas, Anwärter auf den deutschen Königsthron. Ihm zu Ehren erhält Königsberg seinen Namen, da er zweimal als Bundesgenosse des Deutschen Ordens an Kämpfen gegen die Prussen teilnimmt.

1310—1437 Luxemburger Könige auf dem böhmischen Thron, beginnend mit dem Sohn des (deutschen) Kaisers Heinrich VII, König Johann, Gemahl der Schwester Wenzels III.

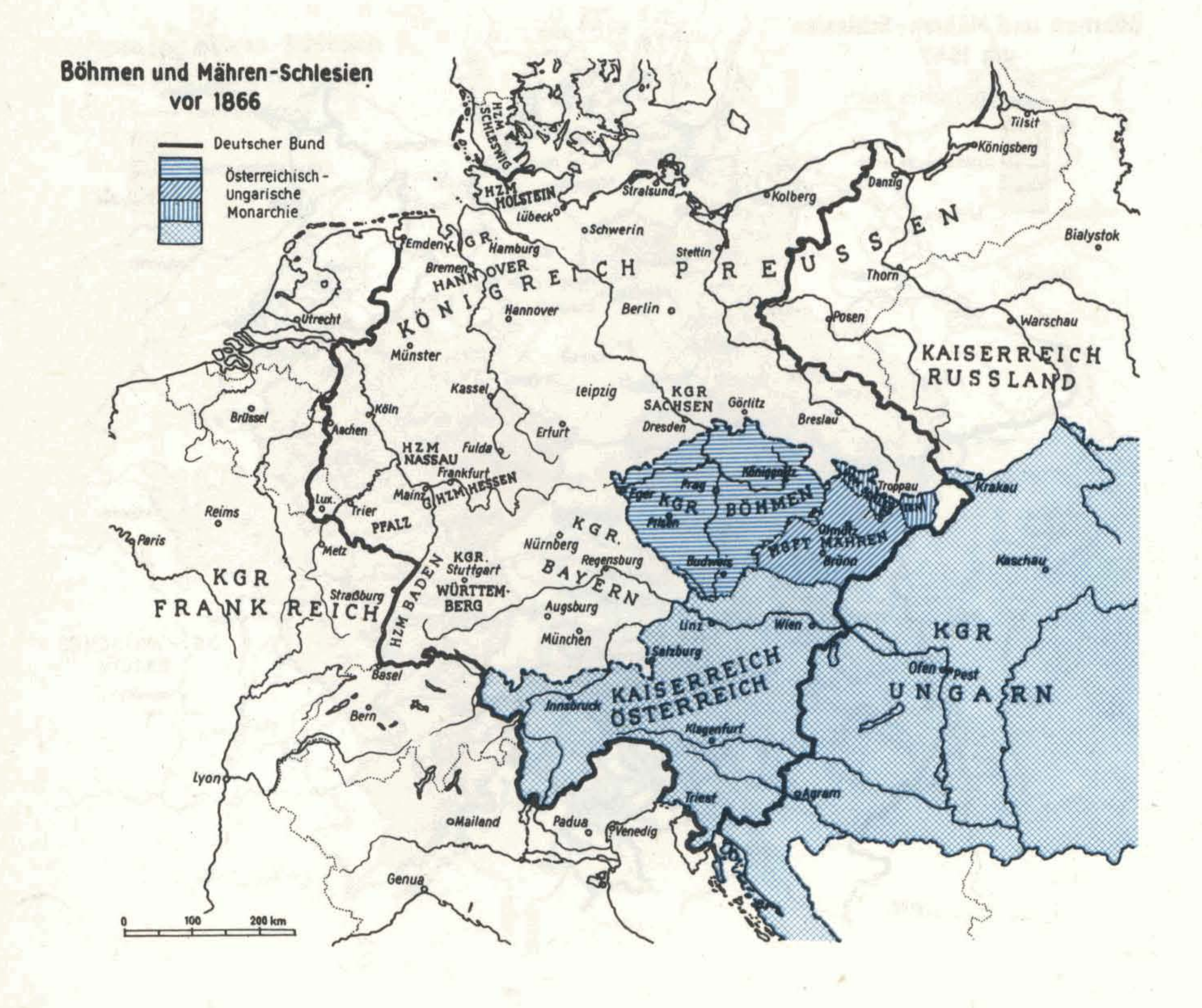
1346—1378 Kaiser Karl IV residiert in Prag.

1348 Kaiser Karl IV gründet in Prag die erste deutsche Universität.



1378—1400 Ältester Sohn Karls IV aus dem Hause Luxemburg, Wenceslaw IV von Böhmen — Wenzel — deutscher Kaiser. Nach seinem Tod 1419 Beginn der Hussitenkriege (1420—1436). Sein Erbe fiel durch Heirat an den Habsburger Albrecht II von Österreich (1438—1439), der die Linie der Luxemburger Kaiser durch die Habsburger auf dem deutschen Thron ablöste. Nach seinem Tode gingen Ungarn und Böhmen der Habsburger Hausmacht verloren und standen von 1471—1526 unter souveränen Jagellonen-Königen im Gegensatz zu Habsburg.

1526 Tod des (ungarischen) Jagellonen-Königs Ludwig II. Seine Schwester heiratete den Habsburger Ferdinand I (seit 1556 auch Deutscher Kaiser) und brachte ihm die Kronen von Böhmen und Ungarn zu. Damit ist die Verbindung dieser beiden Reiche mit der Habsburger Monarchie begründet, die bis 1918 andauert.



1576—1611 Kaiser Rudolf II macht Prag zur Residenz des Reiches.

1618—1648 Dreißigjähriger Krieg. 1618 wählen die Stände Ruprecht v. d. Pfalz zum „Winterkönig". Fenstersturz der kaiserlichen Statthalter.

1620 Habsburg siegt in der Schlacht am Weißen Berge bei Prag.

1634 Ermordung Wallensteins in Eger und damit erneute Durchsetzung des kaiserlichen Willens.

1648—1918 Widerstrebende Mitarbeit in der Habsburger Monarchie, die ihrerseits bis zum Jahre 1806 die deutsche Kaiserkrone innehatte.

Anmerkung für die Karte: Siedlungsraum um 1500

Geringfügige Siedlungsüberschneidungen und vor allem die relativ zum 20. Jahrhundert äußerst geringe Besiedlungsdichte sowie die fehlende nationale Abgrenzung im Bewußtsein jener Bevölkerungen sind bei dieser Karte zu berücksichtigen.
Untergegangene deutsche Siedlungsgebiete in der heutigen Slowakei (Tal v. Bartfeld = Bardejov, Gegend von Leutschau = Levoca, Tal von Bries und Libethen östlich von Neusohl und Kremnitz sowie die Walddeutschen in West-Galizien (siehe Forschungen von Kurt Lück) sind auf vorliegender Karte nicht vermerkt.

als „unvermeidlich" angesehen und seine Politik auf diese Auseinandersetzung ausgerichtet[101]). — Eine unkorrekte und den Krieg fördernde Haltung! Keith Feiling belegt und eine Reihe anderer historischer Zeugnisse belegen gleichermaßen, daß N. Chamberlain den Vertrag von München sowie die Friedens- und Freundschaftserklärungen deshalb unterzeichnet hat, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen. Das Forschungsamt Görings konnte ein Ferngespräch zwischen Chamberlain und Daladier abhören und aufnehmen, aus dem diese gleiche Haltung hervorging. Demnach war Hitler hierüber zeitig informiert. Nicht bekannt war ihm freilich, welche Kreise diese Einstellung schon zu dieser Zeit gezogen hatte.

Georges Bonnet, der ehemalige französische Außenminister, bestätigte im Jahre 1961 in einem Leserbrief an die „New York Times", daß England und Frankreich 1938 das Münchener Abkommen mit der deutschen Regierung nur abgeschlossen hätten, um für die Aufrüstung gegen das Reich und den Abschluß antideutscher internationaler Verträge Zeit zu gewinnen[102]). Zweifellos — um Chamberlains Worte zu wiederholen — „eine beleidigende Überraschung" für den Vertragspartner!

Der langjährige französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, erklärte dem tschechischen Gesandten in Berlin, A. Mastny, unmittelbar nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens:

> „Glauben Sie mir, alles das ist nicht endgültig. Es ist nur ein Augenblick in der Geschichte, die jetzt beginnt und nun bald alles in Frage stellen wird."[103])

Einen Tag später der tschechische Gesandte in London:

> „Churchill rät und beschwört nach Beratung mit diesen Leuten, wenigstens 48 Stunden die vitalen Befestigungen nicht aus der Hand zu geben. Er ist überzeugt, daß hier eine große Reaktion gegen den an uns verübten Verrat anhebt und wächst."[104])

Unabhängig von der Haltung dieser Diplomaten hatte die französische Nationalversammlung am 4. 10. 1938 das Münchener Abkommen mit Beifall aufgenommen und aufreizende Debatten darüber vermieden. In England erklärte Lord Halifax in der Oberhaus-Debatte über die Münchener Konferenz am 3. 10. 1938:

> „Großbritannien solle nie für einen Staat kämpfen, dessen alte Grenze nach siegreichem Krieg nicht wiederherstellbar sei."[105])

---

[101]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 359.
[102]) Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur (PWK) Düsseldorf 8. 12. 1961.
[103]) François-Poncet „Als Botschafter in Berlin" S. 339.
[104]) F. Lenz „Zauber um Dr. Schacht" S. 45.
[105]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 253.

Winston Churchill dagegen faßte seine Stellungnahme so:

> „Man dürfe Hitler nicht so ohne weiteres davonkommen lassen. Hitler habe englische Zugeständnisse mit vorgehaltener Pistole erpreßt."[106])

Und für Winston Churchill, Lord Halifax, Duff Cooper, Vansittart, Eden u. a., die nunmehr die britische Außenpolitik teils auch von den Kulissen aus steuerten, bedeutete das Münchener Abkommen „eine Störung des ganzen europäischen Gleichgewichtes"[107]). Diese Gleichgewichtsstörung gebot die den „Gesetzen der britischen Außenpolitik" entsprechenden Hebelschaltungen zur Vernichtung des „aggressivsten Tyrannen auf dem europäischen Festland". Diese Hebel sind bereits v o r der sogenannten „Kristallnacht" am 9. 11. 1938 geschaltet worden[108])!

Der polnische Botschafter in London, Graf Raczynski, charakterisierte die Politik Großbritanniens nach „München":

> „Die Situation nach München wird hier als Situation bezeichnet, die weder Krieg noch Frieden ist"[109])

und sprach von der „Phraseologie, mit der die (britische) öffentliche Meinung regelmäßig gespeist wird"[109]). Dieses Verhalten Großbritanniens war, um bei Chamberlains Worten zu bleiben, eine „beleidigende Überraschung" — für Deutschland!

Die konservative Partei Großbritanniens hat die Rechtsgültigkeit und Zweckmäßigkeit des Münchener Abkommens immerhin bis in die Mitte des Krieges hinein verteidigt[110]). Man kann nicht eines Tages aus politischem Interesse historische Fakten aus der Welt zu schaffen versuchen. Weder das Münchener Abkommen noch die nachfolgende Politik Hitlers hat eine militärische Auseinandersetzung mit irgendeinem Nachbarn oder einer anderen europäischen Macht unvermeidlich gemacht!

Adolf Hitler hat am 28. April 1939 vor dem deutschen Reichstag zu der alliierten Politik nach der Münchener Konferenz sachlich ausgeführt:

> „Wenn heute der Schrei in der Welt erhoben wird: ‚Niemals wieder München', dann ist dies die Bestätigung dafür, daß den Kriegshetzern eine friedliche Lösung des Problems als das Verderblichste erschien, was jemals geschehen konnte."

Benesch bestätigte nach dem Kriege, als er nach Prag zurückkehrte und vom Präsidentenpalais herabschaute:

> „Ist es nicht schön? Die einzige nicht zerstörte mitteleuropäische Stadt. Und alles mein Werk."[111])

---

[106]) ebenda S. 255.
[107]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 399.
[108]) H. Dahms „Roosevelt und der Krieg" S. 42.
[109]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 356.
[110]) W. Jaksch „Europas Weg nach Potsdam" S. 343.
[111]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 185.

Die „brutale Vergewaltigung der kleinen wehrlosen Tschecho-Slowakei“, aus der man einen Wort- und Vertrauensbruch Adolf Hitlers ableitete, spielte sich ebenfalls ganz anders ab, als die Meinungspresse ihren Völkern unentwegt einhämmerte. Die Einverleibung Böhmens und Mährens in das Reich hatte mit der Erfüllung territorialer Forderungen ebensowenig zu tun wie mit einem Angriffsplan, einer „Verschwörung gegen den Frieden“ oder der „Schaffung einer Plattform zur Einkreisung Polens und zu einem Durchstoß ans Schwarze Meer“. Diese Maßnahme ergab sich aus der Zwangsfolge und dem Zusammenspiel verschiedener historischer, ethnographischer, politischer und militärischer Komponenten.

Der Zerfall dieses unter Mißachtung historischer und völkischer Grundsätze zusammengefügten Vielvölkergebildes ging ohne deutsches Zutun vor sich und wäre schon 1918 erfolgt, hätten nicht Deutschland und Rußland machtlos am Boden gelegen. Wer weiß heute noch in der Welt, daß es — nur als Beispiel für die vielfältigen Spannungselemente dieses Staates — in der Tschecho-Slowakei, abgesehen von den unterschiedlichen Sprachen aller Minderheitengruppen, sogar zwei Nationalhymnen, eine für die Tschechen und eine andere für die Slowaken gegeben hat? Polen und Ungarn machten Gebietsansprüche geltend, Slowaken und Karpatho-Ukrainer forderten ihre Selbständigkeit. Hlinkas Volkspartei hatte bereits zu Pfingsten 1938 (am 30. Mai) — Monate v o r der neuen Sudeten-Lösung! — und zwar anläßlich der 20-Jahresfeier des Pittsburger Vertrages die Autonomie für die Slowaken nachdrücklich gefordert.

Der Pittsburger Vertrag vom 30. 5. 1918 ist von Thomas G. Masaryk, dem ersten Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik, und einigen slowakischen Emigranten in den USA während des Ersten Weltkrieges abgeschlossen worden. Die „Pittsburg Post“ teilte einst der Welt die Gründung dieser Tschecho-Slowakei mit.

> „Professor T. G. Masaryk war der einzige Repräsentant der kleinsten tschechischen Partei — der sogenannten Progressiven — im Wiener Parlament. Er war keineswegs ermächtigt, im Namen der tschechischen Nation zu sprechen. Während des Krieges ist sein Verhalten sowohl im Ausland als auch in Böhmen scharf kritisiert worden....
> Das tschechische Volk echote keineswegs Masaryks Schlachtruf: ‚Zerstört Österreich‘!“[1])

Die Slowaken ihrerseits beriefen sich von Anfang an darauf, daß die „Slowakische Liga in Amerika“ nicht befugt gewesen sei, sich als

[1]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender“ S. 176.

Willensvollstrecker des slowakischen Volkes zu betrachten[2]). Immerhin ist — allein schon aus Rücksicht auf Woodrow Wilson, von dessen Zustimmung das ganze Projekt 1918 abhing — in dem Vertrag den Slowaken eine kulturelle Sonderstellung, d. h. das Recht zugesichert worden, über ihr Schicksal zu bestimmen. Außerdem wurde festgelegt, daß den gewählten Vertretern des slowakischen Volkes spätestens in zehn Jahren die Möglichkeit gegeben werden sollte, über das Schicksal der Slowakei selbst zu entscheiden. Der Pittsburger Vertrag verpflichtete die Regierung bzw. das Parlament des geplanten Staates, diesen Sachverhalt in die Verfassung aufzunehmen und den zu gründenden Staat föderativ zu organisieren. Bereits 1919 ist der Pittsburger Vertrag von den Tschechen gebrochen worden, als die nicht aus Wahlen hervorgegangene, sondern willkürlich zusammengestellte sogenannte Revolutionäre Nationalversammlung, in der sogar die Slowaken durch Tschechen vertreten wurden, die Verfassung der tschecho-slowakischen Republik unter Mißachtung wesentlicher Klauseln des Pittsburger Vertrages genehmigte. Da die alliierten Mächte keinen Finger für die im Pittsburger Vertrag festgelegten Rechte der Slowaken rührten, mußte sich im Laufe der Jahre auch auf Grund der Prager Herrschaftsführung eine ständig wachsende Spannung zwischen Tschechen und Slowaken aufstauen[3]).

Da die auf der 20-Jahresfeier des Pittsburger Vertrages gestellten Forderungen verweigert wurden, verlangten am 6. Oktober 1938 alle slowakischen Abgeordneten des Prager Parlamentes mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten — ohne Druck oder Ermunterung Hitlers! — erneut die Autonomie. Dies geschah auch nicht in erster Linie in Reaktion auf die Politik des Deutschen Reiches, sondern auf den Pittsburger Vertrag und dessen Verletzung durch die Tschechen.

Zwanzig Jahre lang haben die Tschechen ihre Verpflichtungen mißachtet. Auf Grund des Parlamentsbeschlusses vom 6. 10. 1938 hatte Dr. Tiso am 7. 10. 1938 in Preßburg eine autonome slowakische Regierung gebildet, die das Prager Kabinett unter dem Eindruck der Münchener Entscheidung anerkannt hatte. Unmittelbar darauf, am 9. 10. 1938, hatte die Karpato-Ukraine in Uschhorod unter Brody eine ebenfalls von Prag anerkannte autonome Regierung gebildet. Die Ministerpräsidenten beider Nationalitäten wurden in Prag auf die Verfassung des nunmehrigen Föderativstaates vereidigt. Am 22. 11. 1938 trat ein Zusatzgesetz zur Prager Verfassung in Kraft — das slowakische Autonomiegesetz —, das zwar die Wünsche der Slowaken nicht befriedigte, aber dennoch ein weiterer Meilenstein auf dem Wege einer auf Selbständigkeit der Be-

[2]) ebenda S. 196.
[3]) F. Durcansky „Die slowakische Frage eine internationale Frage".

völkerungsgruppen hindrängenden innenpolitischen Entwicklung war. Dieses Autonomiegesetz sah eine slowakische Landesregierung mit Verwaltungs- und Exekutivhoheit vor, d. h. einen slowakischen Diet (Parlament) mit Gesetzgebungsgewalt unter Ausnahme gewisser Bereiche gemeinsamen Interesses, die der Zentralregierung in Prag vorbehalten blieben. Hitler hatte anfangs sogar den tschechischen Widerstand gegen die Ungeduld der Slowaken sowie gegen die ungarischen Gebietsansprüche nach der Münchener Konferenz ermutigt und z. B. die slowakischen Selbständigkeitsbestrebungen noch im Februar 1939 zu behindern versucht[4]). (In der Slowakei lebten noch 113 000 Deutsche)[5]). Dennoch konnte Hitler die Grundsatzdifferenzen dieser beiden Völker nicht aufheben. Dem slowakischen Autonomiegesetz zufolge verlangten die Slowaken im Frühjahr 1939 das Recht, bei der Steuerverteilung, der Selbstverwaltung und in der Führung der tschechisch-slowakischen Streitkräfte mitentscheiden zu dürfen. Die Tschechen lehnten diese Forderungen ab, und so blieben die Slowaken weiter ein Volk zweiter Klasse in ihrem eigenen Staat, vermochten jedoch im Gegensatz zu früheren Zeiten ihren Einsatz für ihre Selbständigkeit zu verstärken.

Kündete der britische Gesandte in Prag, Newton, bereits am 6. März 1939 eine Krise zwischen Tschechen und Slowaken an[6]), so wies ein Memorandum des Foreign Office vom 13. 3. 1939 „über die Haltung der Regierung Seiner Majestät im Zusammenhang mit möglichen Entwicklungen der slowakischen Krise“ auf die überaus unbefriedigende Lage in der Slowakei nach „München“ hin. Es drückte die Erwartung aus, daß angesichts der deutschen Pressemeldungen über tschechische Terrorakte Hitler wahrscheinlich nach Prag marschieren werde, und vermerkte wörtlich:

> „Bis ganz kürzlich gab es keine Anzeichen einer deutschen Intervention. Sowohl der tschechische Rundfunk als auch der tschechische Außenminister Dr. Chvalkowsky beteuerten, daß es keine Anzeichen dafür gegeben habe, daß die slowakische Lostrennungspropaganda vom Reich oder der Deutschen Minderheit in der Tschecho-Slowakei inspiriert worden sei.
> Sehr wahrscheinlich wird die Entwicklung der gegenwärtigen Situation darauf hinauslaufen, daß die Slowakei entweder nominell unabhängig wird oder durch noch losere Föderativbande als gegenwärtig an Prag gebunden bleibt, und daß der deutsche Einfluß in der Slowakei so oder so dominieren wird.“[5])

Die Prager Krise spitzte sich in einem Maße zu, daß der britische Botschafter in Berlin, Henderson, eigenmächtig dem tschechischen Ge-

---

[4]) M. Beloff „The Foreign Policy of Soviet Russia 1929—1941“ Vol. II S. 214.
[5]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 230.
[6]) J. Colvin „Vansittart in Office“ S. 289.

sandten Mastny anriet, sein Außenminister Chvalkowski solle nach Berlin kommen[7]).

> „Hitler handelte erst, als die Ereignisse das Münchener Abkommen bereits zerstört hatten.“[8])

Hitler hatte nicht den Polen zugeredet, das Olsa-Gebiet mit der Stadt Teschen einzuverleiben, dessen Bevölkerung z. T. deutsch war. Er hatte keine Landtagswahlen in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine befohlen und auch nicht ihr Ergebnis festgesetzt. Die dortige Bevölkerung sprach sich mit 98 % bzw. 92,4 % für eine autonome Regierung und gegen den Prager Zentralismus aus. Es war auch nicht Hitlers Verschulden, daß die Tschechei nach dem Anschluß Österreichs und dem Abfall der Slowakei, zu der Außenwelt, und zwar zu dem keineswegs freundlich gesonnenen Polen, nur noch eine 50 km lange Grenze behielt. Hitler hatte nicht den Slowakenführer Prof. Dr. Tuka nach Berlin bestellt, sondern dieser kam aus eigenem Entschluß am 12. Februar 1939, da nach seiner Auffassung „ein weiteres Zusammenleben zwischen Tschechen und Slowaken unmöglich sei“. Er legte das Schicksal seines Volkes, „das seine volle Befreiung von Ihnen, mein Führer (er redete Hitler mit „mein Führer“ an) erwartet, in Ihre Hände“[9]). Trotz dieses Drängens um deutschen Schutz hatte Hitler in diesem Monat vor der Krise noch abgelehnt, einen unabhängigen slowakischen Staat zu befürworten.

> „Hitler antwortet ausweichend. Er will sich keinesfalls festlegen und befürchtet, daß ein offizielles deutsches Einschreiten zugunsten der Slowaken dem eben abgeschlossenen deutsch-französischen Vertrag schaden könne. ...
> Hitler ... versichert lediglich, daß er, wenn die Slowakei selbständig sein sollte, dann diese vom Volk gewünschte Selbständigkeit garantieren wolle.“[10])

Die unkorrekte Auflösung der ruthenischen Regierung am 6. März und die gleichermaßen verfassungswidrige Amtsenthebung des slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso und zweier seiner Mitarbeiter sowie die Verhaftung mehrerer slowakischer Politiker und die Einsetzung der Regierung Sidor durch die Prager Machthaber am 9. und 13. März 1939 vollzogen sich ohne Hitlers Zutun.

> „In Deutschland ist man durch das tschechische Vorgehen völlig überrascht. Hitler weilt gerade zur Jahresfeier des österreichischen Anschlusses in Wien, Göring macht Urlaub in San Remo. ...

---

[7]) N. Henderson „Failure of a Mission“ S. 202.
[8]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 203.
[9]) ADAP IV Dok. 168.
[10]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ S. 60.

Hitlers Zorn über die abermalige Provokation, als die er die tschechische Handlungsweise empfindet, kennt keine Grenzen mehr. Er befiehlt sofort, alles für einen militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei vorzubereiten."[10])

Wenn Dr. Tiso nach diesen Vorgängen in der Slowakei um eine Rücksprache mit Hitler nachsucht und sich anschließend vom slowakischen Landtag einstimmig die staatsrechtliche Selbständigkeit erklären läßt[11]), so trifft den Reichskanzler für diese Entwicklung kein Verschulden. Ebensowenig hatte Hitler die Selbständigkeitserklärung der karpatoukrainischen Regierung vom 14. 3. 1939 oder deren Bitte um den Schutz des Dritten Reiches veranlaßt oder verlangt[12]).

Auch hatte Hitler den Ungarn nicht zugeraten, geschweige denn befohlen, noch vor der deutschen Besetzung, sozusagen als Auslösung für weitere Umwälzungen im dortigen Raum (Polen reflektierte z. B. auf Mährisch-Ostrau und hatte schon zeitig militärische Verstärkungen vor der Grenze konzentriert[13]), in die Karpato-Ukraine einzumarschieren — am 14. 3. 1939[14]). Winston Churchill gestand ein, daß die in die östliche Provinz der Tschecho-Slowakei (Karpatorußland) vordringenden ungarischen Truppen von Polen — nicht von Deutschland! — heimlich unterstützt worden sind, und daß der polnische Außenminister am 14. 3. 1939 in Warschau öffentlich erklärt hat,

„daß seine Regierung mit den Bestrebungen der Slowaken sympathisiere."[15])

Die polnische Regierung war die erste, die unverhüllt aussprach, daß die völlige Auflösung der Tschecho-Slowakei unvermeidlich sei[16]). Im krassen Gegensatz zu Hitler arbeitete Oberst Beck, der die Tschecho-Slowakei ohnehin als Provisorium und Karikatur zu bezeichnen beliebte, nach der Münchener Konferenz auf den weiteren Zerfall dieses Staates, eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze und den Erwerb von slowakischen Gebietsteilen und tschechischen Industrierevieren mit „außergewöhnlich starkem Druck", „notfalls auch unter Anwendung von Gewalt" hin[17]) + [18]).

„Mehr noch, Polen war der Auffassung, die Tschechoslowakei müsse in naher Zukunft verschwinden, und es bereitete sich selbst darauf vor, einen Teil des Erbes an sich zu nehmen. Ich unterhielt mich meinerseits

---

[11]) Monatshefte für auswärtige Politik 1939/VI S. 355 f.
[12]) ADAP IV Dok. 210.
[13]) ADAP IV Dok. 189, 190, 211.
[14]) ADAP IV Dok. 215, 217.
[15]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 393.
[16]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 285.
[17]) Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V, Doc. 71, 74, 79, 87, 94.
[18]) Gegenteilige Aussagen, die sich auf die ADAP stützen, sind als Nachkriegsfälschungen enttarnt worden. S. NATION EUROPA 5/1963 „Glatte Fälschungen".

am 25. Mai (1938) über dasselbe Thema mit dem Pariser polnischen Botschafter Lukasiewicz und ersuchte ihn, bei seiner Regierung darauf zu drängen, daß Polen sich gutwillig an die Seite der großen, die Tschechoslowakei unterstützenden Mächte stellen solle. Lukasiewicz antwortete mir, daß die Tschechoslowakei, ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei. Sie trotz allem verteidigen zu wollen, sei ein schwerer Irrtum Frankreichs und Großbritanniens."[19])

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch hatte bereits am 21. 9. 1938 in seiner Antwort auf den englisch-französischen Plan — ohne Kenntnis von den erst später nachfolgenden Verfassungsänderungen zur Föderativordnung der Tschecho-Slowakei — festgestellt:

„Nach Meinung der Regierung würde die Annahme eines Vorschlages dieser Art gleichbedeutend sein mit einer Einwilligung in die völlige Verstümmelung des Staates in jeder Hinsicht, — vom wirtschaftlichen und Verkehrs-Gesichtspunkt würde die Tschecho-Slowakei völlig paralysiert, und vom strategischen Gesichtspunkt würde sie sich in einer äußerst schwierigen Situation befinden. Und besonders würde sie früher oder später unter den absoluten Einfluß von Deutschland fallen."[20])

Niemand kann ernsthaft behaupten, alle kleinen Staaten Europas — hier Ungarn und Polen — seien „Vasallen Hitlers" gewesen. Auch W. Churchill war über das nicht in sein Konzept passende Verhalten Polens erstaunt:

„Wir erlebten es, wie die Polen nicht schnell genug, während die Deutschen schon gierige Blicke auf ihr Land richteten, ihre Beute bei der Ausplünderung und Zerstörung der Tschecho-Slowakei an sich reißen konnten. Während der Krise war den britischen und französischen Botschaftern die Türe verschlossen, und es wurde ihnen sogar der Zutritt zum Außenminister des polnischen Staates verweigert. Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß Polen wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging....
Auch die Ungarn hatten versucht, sich in die Münchener Unterhandlungen einzuschalten. Ende August 1938 war Horthy nach Deutschland gefahren, aber Hitler hatte sich sehr zurückhaltend gezeigt."[21])

Die tschechische Mobilmachung vom 23. 9. 1938 und die für Deutschland lebensgefährliche Stützpunktplanung auf dem Boden des „Flugzeugmutterschiffes" seitens der Sowjetunion oder Frankreichs sind nach der Münchener Konferenz im wesentlichen nicht hinfällig gemacht worden[22]).

---

[19]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 41.
[20]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 986.
[21]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 393 und 334.
[22]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei" S. 125.

„Zweifellos ist die Tschecho-Slowakei nur ein kleiner demokratischer Staat, zweifellos besitzt sie nur eine doppelt oder dreimal so große Armee wie die unsrige, zweifellos ist ihre Rüstungsproduktion nur dreimal so groß wie diejenige Italiens, aber. . . .“[21])

Für Winston Churchill alles harmlose Zahlenspiele. Für Deutschland aber bittere Realität. Dies um so mehr, als in jeder sich abzeichnenden Krisenlage die Tschecho-Slowakei und die militärisch ihr verbundene Sowjetunion plus Frankreich ihre Frontstellung gegen Deutschland vollzogen hätten. Der sowjetisch-tschechische Beistandspakt vom 16. 5. 1935 war weiterhin in Kraft. Der tschechische Generalstab arbeitete weiterhin mit der Roten Armee zusammen. Die Skoda-Werke lieferten weiterhin ihr Rüstungsgut hauptsächlich in die Sowjetunion, die ihrerseits bekanntlich auf einen Krisenherd in Europa hinarbeitete, um daraus Früchte für ihre Expansion bis hin zur Weltrevolution zu ernten. Während die UdSSR bereits in der Lage war, mit Hilfe der tschechischen Luftbasen kurzfristig ein beachtliches Truppenpotential in die deutschen Flanken zu verlagern, hatte sich Prag seit 1919 nie als Vorposten Europas gegen Asien, sondern stets umgekehrt als Vorposten Asiens gegen Europa gefühlt[23]). Jene Macht, die während der Vorkriegsjahre bereit war, bewaffnete Gewalt gegen Deutschland anzuwenden — die Sowjetunion[24]) —, hatte die strategische Position des tschechischen Raumes für Deutschland klar erkannt und in ihre Strategie eingebaut:

„Solange die Tschecho-Slowakei existierte, waren die Hände des faschistischen Deutschland gebunden. Deutschland konnte nichts gegen Polen, nichts gegen Frankreich unternehmen, da die gut organisierte und bewaffnete tschechoslowakische Armee für Deutschland ein sehr ernster Gegner war.“[25])

Alle die hier genannten Komponenten dienen dazu, die Entscheidung Hitlers vom 14. bzw. 15. März 1939, Böhmen und Mähren militärisch zu besetzen und in ein deutsches Protektorat umzuwandeln, zu erklären, nicht zu „richten“. Jeder Staat stützt sich auf seine eigene Bewertung und handelt entsprechend den Notwendigkeiten seiner Existenzsicherung; die britische, französische, sowjetische Regierung ebenso wie die deutsche. Der Reichsregierung das Recht auf eigene Bewertung, die sich von ihrem Lebensrecht und den Sicherheitsforderungen ihres Volkes herleitet, grundsätzlich absprechen, hieße die von den nationalen Interessen der anderen Staaten diktierte Bewertung zur Maxime erheben. Damit aber wäre jedem Vorwurf gegen die deutsche Regierung — einseitige Be-

---

[23]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. I S. 426.
[24]) Platanowa, Pawlenko, Parotkina „Der Zweite Weltkrieg“ russ. S. 17.
[25]) Worobiew und Krawzow „Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941 bis 1945“ russ. S. 24.

wertung — der Boden entzogen und eine übernationale, objektive Bewertung und somit Rechtsprechung unmöglich gemacht. Der Historiker ist jedoch zu dieser übergeordneten Bewertung verpflichtet. Nur so können Erkenntnisse aus der Geschichte für die Zukunft der Völker gewonnen und internationales Recht verbindlich gesetzt werden.

Die tschechische Öffentlichkeit hat ihre Einstellung und Kampfmethoden gegenüber den deutschen Volksgruppen in Böhmen und Mähren, aber auch gegenüber den Slowaken und Karpato-Ukrainern nach der Münchener Konferenz nicht überzeugend geändert. Reichsaußenminister von Ribbentrop erklärte am 21. 1. 1939 dem tschechischen Außenminister Chvalkowsky in Berlin,

> „daß die jüngsten Tendenzen der Tschecho-Slowakei, sollten sie fortbestehen, eines Tages zu katastrophalen Auswirkungen führen würden. Chvalkowsky erwiderte, daß die Bemerkungen des Reichsaußenministers voll und ganz das bestätigen, was er immer wieder dem tschechischen Ministerrat vortrage.“[26])

Hinzu kommen die Auswirkungen der geographischen Lage. Selbst tschechische Politiker gestanden ein, daß die Tschecho-Slowakei ohne die „natürlichen Grenzen“ nicht überleben könnte[27]).

> „Hitlers Weisungen an die Wehrmacht vom 21. 10. 1938 und 17. 12. 1938, die Möglichkeit zur Zerschlagung der Rest-Tschechei im Auge zu behalten, ‚sollte sie die anti-deutsche Politik fortsetzen‘, waren Vorsichtsmaßnahmen, keine Aggressionspläne.
>
> Diese Weisungen sind oft zitiert worden als Beweis dafür, daß Hitler in der Annahme der Münchener Regelung niemals aufrichtig war. Wahrheit ist eher, daß Hitler daran zweifelte, daß diese Regelung dauerhaft sein könnte. Obgleich er oft als politisch unwissend bezeichnet wurde, verstand er mehr als andere europäische Staatsmänner von dem Problem Böhmen und glaubte, ohne ernste Absicht, daß eine unabhängige Tschechoslowakei nicht überleben könne, wenn sie ihrer natürlichen Fronten beraubt und in ihrem Prestige gebrochen ist. Dies war kein Wunsch zur Zerstörung der Tschechoslowakei. Es war ein Glaube, wie er auch von Masaryk und Benesch gehegt wurde, als sie die Tschechoslowakei 1918 geschaffen hatten. Es war das Prinzip, auf dem die tschechische Unabhängigkeit vom ersten bis zum letzten Tage geruht hatte.“[28])

Die unbegründete Schwenkung Englands in das Kielwasser des US-Präsidenten Roosevelt seit den Wintermonaten 1938/1939 bis hin zu den Bemühungen Londons spätestens ab Anfang März 1939, die Sowjetunion in die Einkreisungsfront gegen Deutschland einzugliedern, wirkte

---

[26]) IMT XXXI S. 129 2795—PS.

[27]) F. O. Miksche „Donauföderation“ Salzburg 1953 S. 29 und 34 zitiert bei: E. J. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch“ S. 20.
vgl. auch: F. O. Miksche „Unconditional Surrender“ S. 203.

[28]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 193.

sich ebenfalls auf den tschechischen Raum aus. Erst als Hitler von den Ergebnissen des Rom-Besuches von Chamberlain und Halifax im Januar 1939 erfuhr, somit vom diplomatischen Vorgehen Englands gegen Deutschland in breiter Front, von der aufputschenden Gerüchtepolitik, der britischen Aufrüstung, der Prophezeiung deutsch-polnischer Zerwürfnisse, der Einschüchterung Italiens, der Mißachtung deutscher Friedensfühler und Ablehnung neuer Abrüstungsvorschläge — erst dann entschloß er sich, die Slowaken statt der Tschechen zu unterstützen.

> „In großer Aufmachung brachte die britische Presse die Behauptung, Hitler habe sein im Berliner Sportpalast abgegebenes Versprechen vom 26. September 1938, keine weiteren Gebietsforderungen in Europa zu haben, gebrochen. Man behauptete, er habe sein gegebenes Wort nicht gehalten und man könne ihm demzufolge nicht mehr länger trauen. Mit keinem Wort wurde dagegen erwähnt, daß Chamberlain sein Hitler am 30. September 1938 gegebenes Wort hinsichtlich der englisch-deutschen Freundschaft gebrochen hatte, als er Mussolini in den Tagen vom 11. und 14. Januar 1939 mitteilte, er ziehe eine militärische Aktion gegen Hitler in Betracht, Wochen bevor Hitler einen Schritt gegenüber der Tschecho-Slowakei unternahm."[29])

Trotz dieser britischen Aktivität unmittelbar nach „München" wäre die Entwicklung dennoch anders verlaufen, hätten die Tschechen ihre Minderheiten nicht in der seit 1919 gewohnten Weise weiter unterdrückt, und hätten die Polen nicht durch wiederholte Ultimaten an Prag eine Änderung der Verhältnisse heraufbeschworen. Den Slowaken wurde nicht der Schutz der deutschen Truppen aufgedrängt und damit ihre Unabhängigkeit erzwungen, sondern Tiso, der Premierminister der autonomen slowakischen Regierung, sah die slowakische Unabhängigkeit erst und nur dann gewährleistet, wenn den unberechtigten territorialen und politischen Forderungen der Polen, Ungarn und Tschechen wirksam begegnet werden konnte.

Das „Nein" der polnischen Regierung zu den deutschen Verhandlungsvorschlägen bezüglich Danzig und der Durchgangsstraße durch Westpreußen hat ebenfalls die Entwicklung der tschechischen Dinge beschleunigt, wenn nicht ausgelöst[30]). Das polnische „Nein" wurde ab Januar, Februar, März 1939 immer bestimmter und von Mobilisierungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen — im Olsa-Gebiet schon ab Oktober 1938 — sowie einer immer zügelloser werdenden Publizistik begleitet.

Der britische Premierminister N. Chamberlain erklärte am Morgen des 16. März 1939 im Unterhaus:

---

[29]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 66.
[30]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 413.

„Damit (mit dem Zerbrechen der Tschecho-Slowakei von innen heraus) habe eine Sachlage zu bestehen aufgehört, die von der Regierung Seiner Majestät immer als vorübergehend angesehen worden sei.“[31])

Damit hatte Chamberlain bestätigt, daß auch die britische Führung der Rest-Tschechei seit der Münchener Konferenz kein langes Leben in Aussicht gestellt hatte. Es gibt keine Beweise dafür, daß Hitler diesen Marsch nach Prag langfristig oder planmäßig vorbereitet hat, was gegebenenfalls die britischen Schritte seit Oktober 1938 hätte rechtfertigen können. Der tschechische Außenminister Chvalkowsky erklärte in einem vom Interalliierten Militärtribunal Nürnberg 1945/1946 anerkannten Dokument vom 21. 1. 1939,

„daß Hitler das, was er am 14. Oktober 1938 versprochen habe, nach bestem Wissen und Gewissen gehalten habe, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen.“[32])

Immerhin muß man auch zugestehen, daß sich der Krisenherd Tschecho-Slowakei im Jahre 1939 — ohne Hitlers Zutun — leicht zu einem Krieg hätte entzünden können, und durch die Art der Neuregelung jedenfalls Blutvergießen im Herzen Europas, das möglicherweise nicht zu lokalisieren gewesen wäre, verhindert worden ist.

Beweise dafür, daß der tschecho-slowakische Staat, namentlich dann, wenn er seine bisherige Politik weiterbetrieb, nach Abtrennung des Sudetenlandes auf die Dauer nicht mehr existenzfähig war, liegen in Hülle und Fülle vor. Staatspräsident Benesch am 19. 9. 1938 gegenüber dem britischen und französischen Botschafter:

„Der anglo-französische Plan vom 19. 9. 1938 (Abtretung des mit mehr als 50 % Deutschen bewohnten Gebietes) bedeutet die Verkrüppelung des Staates, dessen wirtschaftliche Lähmung, strategisch die Auslieferung an Deutschland und in naher Zukunft dessen völlige Unterwerfung unter Deutschland.“[33])

Britische und französische Dokumente, die vom IMT anerkannt worden sind, sprechen nicht minder deutlich:

„In der Slowakei trat die lang erwartete Krise am 10. 3. 1939 ein.“[34])

Erst für die Zeit nach der Entlassung der slowakischen Minister, also nach der durch Prag ausgelösten Krise, wird in diesen Dokumenten von einer deutschen Aktion — besser demnach Reaktion — gesprochen, nicht vorher. Und dies trotz der Tatsache, daß der slowakische Freiheitskämpfer Prof. Tuka im Februar 1939 bereits an Hitler die Bitte um Befreiung seines Volkes von der tschechischen Herrschaft gerichtet hatte.

---

[31]) ebenda Bd. II S. 8.
[32]) IMT VII S. 237 Dok. USSR — 266.
[33]) Frankfurter Allgemeine 11. 3. 1959 S. 11.
[34]) IMT III S. 176, Mr. Aldermann.

Winston Churchill nach Rückgliederung des Sudetenlandes an Deutschland:

> „Ich wage die Voraussage, daß sich der tschecho-slowakische Staat nicht mehr als unabhängiges Gemeinwesen wird erhalten können....
> Vielleicht wird sie (die Tschecho-Slowakei) aus Verzweiflung oder aus Ressentiment sich ihm (dem „Nazi-Regime") anschließen."[35])

Die Gebietsforderungen Polens und Ungarns sowie die Selbständigkeitsbestrebungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine leiteten die Erfüllung der Churchill'schen Voraussage ein. Die Selbstauflösung vollzog sich in einer Weise, daß N. Chamberlain am 14. März 1939, also einen Tag v o r dem deutschen Einmarsch in Prag, im Unterhaus erklären konnte, daß keine unprovozierten Angriffe Deutschlands auf die Tschecho-Slowakei erfolgt seien[36]).

> „Chamberlain wie auch Sir John Simon erklärten, die slowakische und die ruthenische Unabhängigkeitsbewegung, die sie weder zu schwächen noch zu unterdrücken beabsichtigten, habe dem tschechischen Staat ein Ende gemacht. Infolgedessen erübrigte sich ein Schutz der tschechischen Grenzen."[37])

Der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, der als Appeasement-Anhänger nach Kriegsbeginn in England erheblichem Druck ausgesetzt war, schrieb hierzu in seinen 1941 in London herausgegebenen Memoiren:

> „Unglücklicherweise waren die Tschechen unglaublich kurzsichtig und despotisch in ihrer Behandlung der Slowaken, und die Separatisten unter den letzteren nicht weniger blind unloyal in ihrer Haltung gegenüber den Tschechen. Es war augenscheinlich, daß der Streit, der zwischen ihnen entstanden war, sie beide gleichermaßen einer deutschen Einmischung aussetzte. Und während der Woche, die der Besetzung von Prag vorausging, tat ich mein Äußerstes, um den tschechischen Minister in Berlin zu überreden, seinen ganzen Einfluß bei seiner Regierung auszuüben, sie zu bewegen, keine Zeit zu verlieren, um den Disput mit den Slowaken zu bereinigen und die Truppen von Bratislava zurückzuziehen, bevor es zu spät ist....
> Meine Warnungen gegenüber M. Mastny, daß seine Regierung das Spiel für Hitler spiele und daß ihre Torheit in der Katastrophe enden werde, fiel entweder auf taube Ohren oder er selbst vermochte Prag nicht zu beeindrucken. Die tschechische Regierung verharrte in ihrer Halsstarrigkeit...."[38])

Der tschechische Staatspräsident Dr. Hacha ist am 14. 3. 1939 freiwillig, aus eigenem Wunsch nach Berlin gefahren.

---

[35]) W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938—1940 S. 78. Rede vor dem Unterhaus am 5. 10. 1938.
[36]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. 249 Dok. 257.
[37]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 65.
[38]) N. Henderson „Failure of a Mission" S. 202.

„Die Loslösung der Slowakei und Rutheniens führte zu einer ernsten Krise in Prag, und Sir Basil Newton, der britische Gesandte in der Tschechoslowakei, riet Präsident Hacha, es sei am besten, nach Berlin zu reisen und die Lage mit Hitler zu erörtern.“[39])

Hitler jedenfalls war es nicht, der „die Dinge vorantrieb“[40]). Dr. Hacha hatte die Reise nach Berlin mit vorheriger Billigung durch sein Kabinett angetreten, um ein Chaos in Böhmen und Mähren nach der Unabhängigkeitserklärung des slowakischen Landtages vom 14. 3. 1939 zu verhindern, das o h n e Manipulationen der Reichsregierung drohte. Dr. Hacha, der wegen einer Herzerkrankung kein Flugzeug benutzen durfte und Prag mit einem Sonderzug verließ[41]),

„wird mit allen Ehren, die einem Staatsoberhaupt zustehen, empfangen. Die Ehrenkompanie auf dem Anhalter Bahnhof präsentiert das Gewehr, die tschechische Hymne und das Deutschlandlied erklingen. In der Reichskanzlei steht die ‚Leibstandarte Adolf Hitler‘ Spalier, der Musikzug der Leibstandarte spielt den Präsentiermarsch, während Dr. Hacha die Front abschreitet.“[42])

Bereits auf dem Wege vom Bahnhof in sein Quartier im Hotel Adlon berichtete Dr. Hacha dem Staatssekretär Meißner „in aufgeregter Gesprächigkeit“,

„daß er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluß gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um Hilfe und Schutz anzugehen, und daß er hoffe, bei ihm Bereitwilligkeit zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zu finden.“[43])

Es gibt keinen völkerrechtlichen Grundsatz, der andere Regierungen berechtigt, zetermordio zu schreien, wenn ein frei gewählter und bestätigter, von seinem Vorgänger Eduard Benesch beglückwünschter Staatspräsident[44]) auf Grund einer verfahrenen Lage Hoheitsrechte seines Staates an eine größere Ordnungsmacht freiwillig überträgt. Wenn auch in einem solchen Akt Dr. Hachas viel Tragik und Zündstoff enthalten sein mochte, so sind es meist vielfältige, nicht auf den „bösartigen“ Willen eines einzigen Mannes zurückzuführende Faktoren, die zuweilen Entscheidungen dieser Größenordnung notwendig machen. Von den Minderheiten (ohne Sudetendeutsche immer noch 3,5 Millionen Menschen bei einem Staatsvolk von 7 Millionen Tschechen), auch den großen Freunden England und Frankreich und der UdSSR verlassen,

---

[39]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland“ S. 63.

[40]) „Es lag uns daran, die Dinge voranzutreiben“ — N. Chamberlain in einem Privatbrief an seine Schwestern am 10. 9. 1939 zitiert bei: K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 416.

[41]) ADAP IV Dok. 223.

[42]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ S. 61.

[43]) O. Meißner „Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler“ S. 476.

[44]) E. Benesch „Memoirs of Dr. Eduard Beneš“ S. 53 und 96/97.

von Ungarn und Polen bedroht, wirtschaftlich ohne Sicherung, militärisch hilflos, war Prag nicht mehr Herr der Situation.

Dr. Hacha, bislang Präsident des Obersten Gerichtshofes der CSR, war nicht von Hitler oder seinen „Handlangern", sondern von tschechischen Volksvertretern auf seinen Posten als Staatspräsident gewählt worden. Dessen sollte man sich bewußt sein, wenn man das vom IMT als echt anerkannte Protokoll über die Unterredung zwischen Hitler und Dr. Hacha am 14. 3. 1939 in Berlin zur Kenntnis nimmt. Bezeichnend für die historische Auswertung dieses Dokumentes ist, daß von Dr. Hachas Einleitungsmonolog, den er ohne Druck, ohne Unterbrechung, ohne Kenntnis von Hitlers Plänen zu Beginn der Unterredung mit Hitler gehalten hat, meist nur Auszüge veröffentlicht werden. Die britischen „Documents on International Affairs" belegen:

> „Hacha ist bei der Annahme des Staatspräsidentenpostens die schwerste Aufgabe seines Lebens zugefallen, und daher hat er es gewagt, den Führer zu bitten, ihn zu empfangen. Er war überzeugt, daß das Schicksal der Tschechei in den Händen des Führers liege, und er glaube, daß es dort in sicheren Händen liege. Er hat keine Beschwerdegründe für das, was in der Slowakei passierte. Er ist schon lange davon überzeugt, daß es für die vielen Völkerschaften, in dieser einen politischen Einheit zusammenzuleben, unmöglich ist. Obgleich sich ihre Sprachen zu einem beträchtlichen Ausmaß ähneln, haben sie sich in sehr verschiedenen Richtungen entwickelt. Die Tschechei hatte mehr Bezugspunkte zu Deutschland als zur Slowakei, welche eine stärkere Neigung zu den Magyaren hat. Die Tschechen haben Beziehungen nur zu den protestantischen Slowaken gepflegt, während die katholischen Slowaken die Tschechen zurückgestoßen haben. ...
> Er stehe mit diesen Gesichtspunkten nicht allein da, sondern ist sicher, daß 80 % der Bevölkerung so denken."[45])

Die Herausgeber der „Documents on International Affairs" „vergaßen" folgenden Passus dieser Rede abzudrucken:

> „Er habe seit langem den Wunsch gehabt, den Mann kennenzulernen, dessen wunderbare Ideen er oft gelesen und verfolgt habe.
> Im übrigen sei ihm das ganze (Masaryk-Benesch) System fremd gewesen, so fremd, daß er sich gleich nach dem Umschwung (Oktober 1938) die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschecho-Slowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein. ...
> Das seien die Gründe, daß man nie zu einem guten Einverständnis hätte kommen können, und er sei froh, daß die Entwicklung diesen Weg genommen habe. ...
> Er glaube, daß der Führer mit den Slowaken keine allzu guten Erfahrungen machen werde. ...
> Im übrigen weine er der Slowakei keine Träne nach."[46])

---

[45]) Documents on International Affairs 1939—1946 Vol. V S. 50/51.
[46]) IMT XXI S. 140 Dok. 2797 — PS.

Daß Dr. Hacha mit seinen Ansichten tatsächlich nicht alleine stand, wird bewiesen durch

a) seine Wahl; denn diese seine Ansicht hatte er sich nicht erst in Berlin „unter Einwirkung von Drogen“ gebildet. Es ist bemerkenswert, daß der ebenfalls in der Präsidentenwahl kandidierende Krulis Randa genau den gleichen Standpunkt vertreten hatte wie Dr. Hacha[47]);

b) sein Ersuchen um die Unterredung in Berlin mit einem vorgefaßten Ziel, durch seine Rundfunkrede am Vortag (14. März), in der er weitere innenpolitische Veränderungen ankündigte und seinen beabsichtigten Schritt erläuterte, und durch die ungehinderte Abfahrt aus Prag mit seinem Außenminister;

c) die telephonische Unterredung mit den Prager Kabinettsmitgliedern unmittelbar vor der Unterzeichnung des Abkommens mit Hitler und die übermittelte Zustimmung aus Prag;

d) das gänzliche Fehlen eines tschechischen Widerstandes beim Einmarsch deutscher Truppen trotz des mobilisierten Heeres und erstaunlich großer Waffenvorräte.

Nicht ohne Bedeutung für den Entschluß Dr. Hachas, der Umwandlung seines Staates in ein deutsches Protektorat zuzustimmen, war — abgesehen von der rein innenpolitischen Konfliktsituation — das Vordringen der Ungarn am Abend des 14. März, um einen geforderten Grenzstreifen eigenmächtig zu besetzen, aber auch die Erwartung einer blitzartigen Aggression Polens.

Diese innen- und außenpolitischen Zusammenhänge, die schon zur Zeit der Münchener Konferenz offensichtlich werden ließen, daß — und welche — Veränderungen sich für die nächsten Monate oder Jahre abzeichneten, waren der Grund dafür, weshalb in München keine Garantie für die Erhaltung der Rest-Tschechei ausgesprochen wurde, obwohl diese ursprünglich vorgesehen war. Diese internationale Garantie war von der Fähigkeit der tschechischen Regierung abhängig gemacht worden, die Ansprüche ihrer übrigen Minderheiten zu befriedigen.

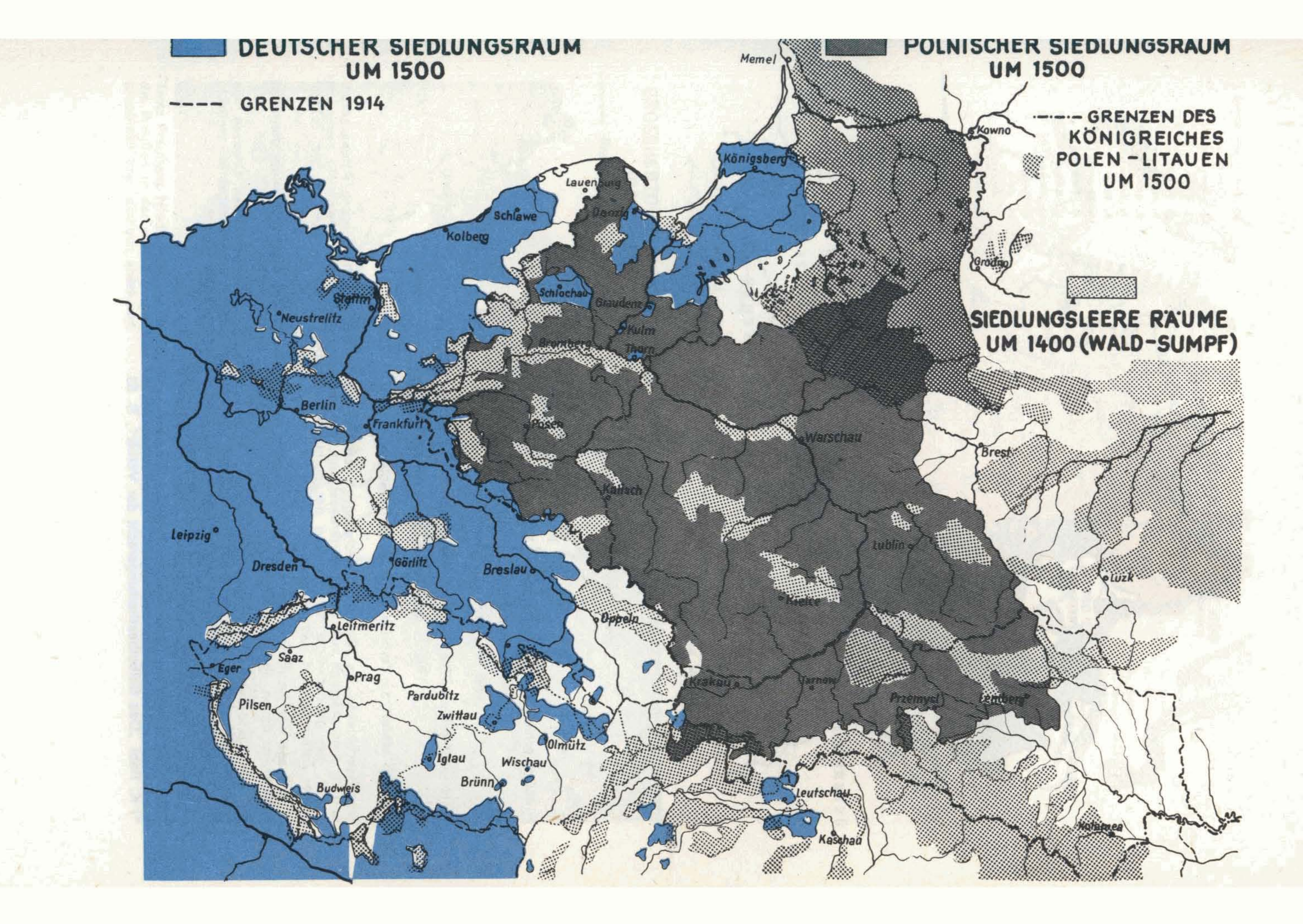
> „Wir hatten der Tschechoslowakei gegenüber keine vertraglichen Verpflichtungen. Niemals hatten wir uns für ihre Sicherheit verbürgt.“[48])

Daß sich nach der Münchener Konferenz die ungarische Regierung

---

[47]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 — Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Dok. 3 Schreiben des Wojewoden Dr. Grazynski an den polnischen Außenminister vom 2. 11. 1938 über eine Unterredung mit Krulis Randa, einem der „hervorragendsten tschechischen Industriellen“.

[48]) W. Churchill „Ins Gefecht“ Reden 1938—1940 S. 177.
Rede am 28. 6. 1939 im City Carlton Club, London.


DEUTSCHER SIEDLUNGSRAUM UM 1500
GRENZEN 1914
POLNISCHER SIEDLUNGSRAUM UM 1500
GRENZEN DES KÖNIGREICHES POLEN – LITAUEN UM 1500
SIEDLUNGSLEERE RÄUME UM 1400 (WALD-SUMPF)
Memel
Kowno
Königsberg
Grodno
Lauenburg
Danzig
Schlawe
Kolberg
Schlochau
Graudenz
Kulm
Thorn
Bromberg
Stettin
Neustrelitz
Berlin
Frankfurt
Posen
Warschau
Brest
Kalisch
Leipzig
Dresden
Görlitz
Breslau
Lublin
Luzk
Kielce
Oppeln
Leitmeritz
Saaz
Eger
Prag
Pardubitz
Pilsen
Zwittau
Krakau
Tarnow
Przemysl
Lemberg
Olmütz
Iglau
Wischau
Brünn
Budweis
Leutschau
Kaschau
Kolomea



Die drei Teilungen Polens: 1772, 1793, 1795

Preußen erhielt 1772 = Ermland und Westpreußen zurück
1793 = das Gebiet (grau) südlich davon
1795 = „Neuostpreußen"

Österreich erhielt 1772 = (West-) Galizien
1795 = das Gebiet (grau) nördlich davon

Rußland erhielt die farblich dargestellten Gebiete.

Den Beschlüssen des „Stummen Reichstages" von 1717 zufolge hat sich die Führung Polens bereiterklärt, eine ständige russische Militärbesetzung, die zeitweise auf 200 000 Bewaffnete gesteigert wurde, bei gleichzeitiger Verringerung der polnischen Streitkräfte auf weniger als ein Zehntel dieser Zahl, ins Land aufzunehmen.

„Die Frage war nicht, ob Polen noch zu retten war, sondern ob Rußland die Beute allein gewinnen oder etwas davon abgeben werde.*)

Auf der Karte rechts oben ist das polnische Siedlungsgebiet in den polnischen Grenzen von 1772 vermerkt. Schon damals war polnischer Staat nicht mit polnischem Volkstumsgebiet identisch, ein zumindest für die erste polnische Teilung wesentlich mitbestimmender Faktor.

---

*) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker", S. 53.



Trotz Preußens Niederlage und militärischer Besetzung durch französische Truppen hatte Napoleon I die Preußen in der ersten polnischen Teilung zugefallenen Gebiete (Ermland und Westpreußen) als preußisch bzw. deutsch anerkannt.



Von dem 1772 Polen gehörenden Territorium behielt nach dem Wiener Kongreß 1815 Preußen = 8 %, Österreich = 10 %, Rußland hingegen die übrigen 82 %.

wie auch Dr. Tiso für die Slowaken und Dr. Hacha für die Tschechen an Hitler und Mussolini und nicht an die vier Großmächte von München gewandt haben, um die ungarischen Gebietsforderungen einer Lösung durch einen unparteiischen Vermittler zuzuführen, ist nicht Hitler zur Last zu legen. In den Verhandlungen, die zum „Wiener Schiedsspruch" vom 2. 11. 1938 führten, setzte sich Deutschland entscheidend für die Tschechen ein, was um so beachtlicher ist, als die Tschechen zwei Jahrzehnte hindurch — und zwar bis zum Zeitpunkt der neuerlichen Absprache — mit dem Reich in unverhüllter Feindschaft gelebt hatten, das Reich mit Ungarn hingegen in Freundschaft verbunden war. Auch dieser Wiener Schiedsspruch ist ein Beweis dafür, daß Hitler nicht langfristig geplant oder überhaupt „gewollt" hatte, die Tschecho-Slowakei zu zerschlagen oder zu beseitigen. Keine Gelegenheit wäre für dieses Ziel geeigneter gewesen als der an ihn herangetragene Konferenzwunsch in Wien.

Daß Hitler angesichts des freiwilligen Berlin-Besuches Dr. Hachas in diese Veränderungen im tschechischen Raum aktiv eingriff, mag man bedauern. Hierüber zu richten im Namen der Humanität, des Friedens, einer allgemein-verbindlichen Wertordnung abendländischer Ethik dürfte äußerst schwierig sein. Jene Mächte jedoch, die es für angebracht hielten, 3,5 Millionen Deutsche gegen ihren Willen zum staatlichen Zusammenleben mit 7 Millionen Tschechen zu zwingen und sich selber in allen Teilen der Welt mehr oder weniger gewaltsam Protektorats- und Kolonialgebiete mit dem Willen angeeignet hatten, diese für immer zu behalten, haben allerdings kein Recht, dagegen zu protestieren, als sich späterhin die tschechische Regierung veranlaßt sah zuzustimmen, 7 Millionen Tschechen bei Wahrung ihrer Autonomie in einen Staatsverband mit 75 Millionen Deutschen einzugliedern. Hätte Hitler nicht gehandelt, so hätte seine Passivität wohl einen friedfertigen Anstrich erhalten, die Folgen aber wären wahrscheinlich für den Frieden in diesem Raum und für die Sicherheit des Reiches verhängnisvoll geworden, weil sich andere Mächte diese Veränderungen nutzbar gemacht und ohne Frage die Kriegsstimmung in Europa verstärkt hätten — und zwar *gegen* den Willen der tschechischen Regierung.

Das tschechische Volkstum wurde vom Deutschen Reich nicht angetastet, kulturelle Autonomie und wirtschaftliches Gedeihen den ganzen Krieg über gesichert, kein Tscheche zum Militärdienst verpflichtet, Einreise und Niederlassung in Böhmen von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht. *So* hat Hitler ein Land „vergewaltigt", das mehr als 1 000 Jahre zum Reich gehörte, in dessen Mitte sich die älteste und eine der bedeutendsten deutschen Universitäten befand, ja, dessen Haupt-

stadt Prag im Mittelalter über 50 Jahre Hauptstadt des Reiches gewesen ist. Was die Tschechen den Sudetendeutschen nie gewährt hatten, — Eigenstaatlichkeit, Recht auf Selbstgestaltung ihres völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, Befreiung vom Wehrdienst —, hat Hitler dem Protektorat geboten.

Wer im Falle der Tschecho-Slowakei nicht im europäischen Rahmen zu denken vermag, wer glaubt, hierbei alle historischen Zusammenhänge und Entwicklungen mißachten zu können, wer alles und jedes nur mit brutaler imperialistischer Machtpolitik des Deutschen Reiches oder des deutschen Menschen zu motivieren sucht und befangen bleibt von einer kurzsichtigen Versailler Dogmatik (vorher hat es bekanntlich keine Tschecho-Slowakei gegeben!), der möge nur einmal einen Vergleich mit den Ereignissen in Ungarn im Oktober/November 1956 ziehen. Vielleicht wird er dann nachträglich würdigen, was es heißt, eine von anderen verfahrene Situation ohne Blutvergießen zu meistern.

„Es dürfte aufschlußreich sein, Hitlers großzügige Politik von 1939 mit der Art zu vergleichen, wie die Tschechen handelten, als sie ihr Land nach der Niederlage Hitlers wieder selbst in die Hand bekamen. Ihr barbarisches Vorgehen gegen die Deutschen war schlimmer als das der russischen Eroberer. Als sie die Deutschen aus dem Lande trieben, ließen sie die Tragödie von Lidice sich hundertfach wiederholen. In vielen Fällen unterwarfen sich die entsetzten Deutschen der Gnade der Russen, um sich vor dem mörderischen tschechischen Mob zu schützen. Die Tschechen ermordeten sogar ihre eigenen Staatsmänner von 1939, die ihr Bestes getan hatten, um ihrem Land mutig und loyal zu dienen. Chvalkowsky wurde ohne viel Federlesen erschossen, und Hacha starb nach gräßlichen Folterungen und anderen Mißhandlungen im Gefängnis."

„Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ, besonders in allen internen Angelegenheiten. Niemand, der die geschichtliche Wahrheit zu schätzen weiß, wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere. Ohne Beschützer gibt es keinen Schutz."

„Vielleicht waren die Tschechen nicht so erpicht auf Hitlers Schutz wie die selbstbewußten Slowaken, aber die Entscheidung ihres Präsidenten war endgültig, selbst wenn sie möglicherweise widerwillig gefällt wurde und durch Zwang und Ereignisse notwendig geworden war. Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß erfolgte gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, daß aus einem mannhaften Volk, das angeblich ‚angegriffen und unterworfen' wurde, kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging? Deutet das auf einen Feind?"[49])

[49]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 65, 66, 67.

Nie hat England den Versuch gewagt, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Danzig und Prag in einen gleichwertigen Zusammenhang zu stellen, d. h. Hitler vorzuschlagen, er erhalte Danzig, weil es deutsch ist, und müsse dafür Böhmen und Mähren herausgeben, weil es tschechisch ist. Eine solche Koppelung hätte zweifellos bedeutet, daß Großbritannien für die Tschechen eine neue Regierung hätte erzwingen müssen, da die vormalige legitime tschechische Regierung in die Neuregelung vom 15. März 1939 eingewilligt hatte. Doch wenn wir von diesem notwendigen äußeren Eingriff in das tschechische Selbstbestimmungsrecht absehen, hätte ein solcher Versuch die moralische Stellung Großbritanniens ungemein gestärkt. London hätte bewiesen, daß es Grundsatztreue mit konstruktiv friedfertiger Außenpolitik verbindet.

Im April 1939 deutete der rumänische Außenminister Gafencu, der von Berlin nach London weitergereist war, Lord Halifax gegenüber an, daß ein solcher Vorschlag Englands in Berlin nicht unbedingt auf Widerstand stoßen müßte. Doch Halifax ging nicht darauf ein[50]). Offenbar war England an der tschechischen Frage weiterhin ebenso desinteressiert wie nach der Münchener Konferenz ab Oktober 1938, oder aber insofern daran interessiert, den Marsch Hitlers nach Prag für die Kriegspropaganda auszuwerten. Da Großbritannien sich in seiner Propaganda, dem späteren Kriegsentschluß und der Kriegsausweitung immer wieder auf diesen Fall „Prag" nachdrücklich berufen hatte, dürfte die zweite Alternative für die britische Haltung zutreffen. Die britische Regierung benutzte lieber das Schlagwort von den vergewaltigten Tschechen zum verstärkten Koalitionsaufgebot gegen Hitler, als daß sie sich konstruktiv um die Wiederherstellung der tschechischen Unabhängigkeit bemüht hätte.

Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, hatte sich am 16. August 1939 in einem Brief an Mister Strang, den Leiter der Zentralabteilung des Foreign Office, noch einmal für eine Regung in dieser Frage eingesetzt:

> „Hitlers Hinweis, daß das Protektorat für den Augenblick (gesperrt von Henderson) eine Notwendigkeit ist, ist einer Erinnerung wert. Ich habe einigen Grund zu glauben, daß er mit der Lösung vom 15. März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er einen Fehler gemacht hat. Böhmen mag letzten Endes eine Frage der Formulierung sein, wie der Stabschef der SA mir sagte. Es kann sein, was es wolle, solange es nicht in eine Bastion gegen Deutschland und einen Brückenkopf für einen Angriff auf Deutschland ausgebaut wird."[51])

Doch die britische Regierung reagierte nicht.

---

[50]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939, Vol. V. Doc. 278, 279, 285.
[51]) ebenda Vol. VII Doc. 37.

Kriegswille in Polen

Deutsches Land in polnischer Hand

„Selbstbestimmungsrecht der Völker“ sollte nach dem Ersten Weltkrieg als neuer völkerrechtlicher Grundsatz eine Ära des Friedens einleiten. Demgemäß versuchte der us-amerikanische Präsident W. Wilson, die Grenzen in Osteuropa entsprechend den völkischen Siedlungsgebieten nach dem Mehrheitsprinzip zu ziehen. Er wollte zwar Polen einen Zugang zur Ostsee sichern, verstand aber darunter eine Internationalisierung der Weichsel und einen Freihafen in Danzig[1]). Polen jedoch wartete nicht erst das Ergebnis der sich monatelang hinziehenden Versailler Friedenskonferenz ab, sondern nutzte den Waffenstillstand Deutschlands aus, um Posen und Westpreußen militärisch zu besetzen.

Wilson, der nachweislich kein Verständnis für die politischen und historischen Verhältnisse in Osteuropa hatte[2]), wurde schließlich von den drei maßgebenden polnischen Agitatoren Sosnowski, Dmowski und Paderewski, aber auch von den Franzosen, mit gefälschten Landkarten und gefälschten Zahlen sowie mit Hinweisen auf die polnischen Wahlstimmen in den USA übertölpelt[3]). Die Versailler Friedenskonferenz anerkannte den von Polen vollzogenen Tatbestand, koppelte jedoch diese Gebietsübertragung mit einer polnischen Verpflichtung, den deutschen und jüdischen Minderheiten weitgehende Unabhängigkeit und Erhaltung ihrer völkischen Lebensart zu gewährleisten. Ungeachtet der Versailler Grenzregelung besetzten die Polen noch das östliche Ufer der Weichsel einschließlich einiger zusätzlicher westpreußischer Gemarkungen und verhinderten damit jeden deutschen Zugang zu diesem Strom.

Frankreich, das in der europäischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg eine dominierende Stellung einnahm und einen östlichen Prellbock gegen Deutschland aus „Sicherheitsgründen“ begünstigte[4]), unterstützte ebenso wie Italien die Polen in ihrem Terror gegen die ostoberschlesische

---

[1]) W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik“ S. 286, 314, 315.

[2]) H. G. Dahms „Der Zweite Weltkrieg“ S. 19. und W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik“ S. 286.

[3]) W. Recke ebenda S. 291—354.

[4]) S. Horak „Poland and her National Minorities 1919—1939“ S. 36.

Bevölkerung und in den Wahlkreismanipulationen und schoben dieses bedeutende Industrierevier trotz des dennoch erreichten deutschen Abstimmungssieges 1921 Polen zu. Auf diese Weise erwarb Polen zu Unrecht ein deutsches und mehrheitlich deutsch besiedeltes Gebiet von 46 150 qkm. Der Versailler „Friedensvertrag", der „eine andere Art der Fortsetzung des Krieges"[5]), „eine potentielle Kriegserklärung" war[6]) und der „zu einem noch größeren Unheil für die Welt werden kann, als der Krieg es war"[6]), gab Polen mehr, als es verdiente und hätte fordern dürfen. Nicht erst ausländische Historiker, sondern Staatsmänner der damaligen Zeit, ja sogar polnische Politiker wurden nicht müde, auf das hier geschaffene Unrecht, auf den hier gelegten Keim eines neuen Krieges hinzuweisen.

Marschall Pilsudskis berühmter Ausspruch:

> „Also Euch gelüstet nach Oberschlesien, aber Oberschlesien ist doch eine uralte preußische Kolonie!"[7])

Doch es gelüstete sie in der Tat nach Oberschlesien. Jahrelange Vorarbeit hatten polnische Agitatoren in England und den USA, hier mit größerem Erfolg, geleistet. So hatte Sosnowski in einem Brief an Präsident Wilson vom 7. 4. 1917 Oberschlesien mit der Begründung gefordert, daß gerade die dort vorhandene Kohle- und Koksindustrie mit ihrer Nebenproduktenerzeugung die Machtbasis des preußischen Militarismus geschaffen hätte und daß diese Gefahr beseitigt werden müsse[8]). Daß in jenem Programm zusätzlich die Zerschlagung Preußens und Zerstückelung Deutschlands und die „Rückgabe der an der Meeresküste gelegenen und Polen geraubten Gebiete" (sprich Ostpreußen) gefordert wurde, sei nebenbei erwähnt[8]). Dmowski's Agitation ging davon aus, daß „nur eine völlige Umgestaltung des staatlichen Aufbaues von Europa das vom Expansionswillen Deutschlands zerstörte Gleichgewicht wieder herstellen könne" und Polen Mittelpunkt des nicht-deutschen Mitteleuropa werden müsse. Als Voraussetzung hierfür müsse es wirtschaftlich und politisch stark sein, und dafür sei der Besitz u. a. von Oberschlesien notwendig[9]). Jene „Politiker", die die Aufteilung ihres Staates (zum weitaus größten Teil zugunsten Rußlands) als eines der größten Ver-

---

[5]) F. Nitti „Die Tragödie Europas — und Amerika?" S. 16. Aussage vom französischen Ministerpräsidenten und Präsidenten der Versailler Friedenskonferenz Georges Clemenceau.

[6]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 94 und S. 53 Aussage von General Smuts, dem Ministerpräsidenten der Südafrikanischen Union.

[7]) F. Heiß „Deutschland und der Korridor" S. 122.

[8]) W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 291/292.

[9]) ebenda S. 299 u. B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 156. Die britische Labour-Party hat aus diesem Grunde wiederholt vor der polnischen Botschaft in London demonstriert.

brechen der Weltgeschichte bezeichnet hatten und eine solche Aufteilung und Vernichtung ihres benachbarten Staates (Deutschlands) zu einem der wichtigsten Grundsätze ihres Systems erhoben, waren die neuen Herren Polens. Auch sie wußten selbstverständlich, ebenso wie Pilsudski, der es am 5. 2. 1919 offen aussprach, daß „die Westgrenzen Polens ein Geschenk der Koalition sind"[10]), doch sollte sich diese Erkenntnis nicht in ihrer Politik widerspiegeln.

Lloyd George, der britische Premierminister, während der Versailler Verhandlungen:

> „Ich wiederhole Ihnen, daß wir niemals daran gedacht haben, Polen eine Provinz zu geben, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen ist. . . . Der Vorschlag der Kommission, daß wir 2,1 Millionen Deutsche der Autorität eines Volkes mit einer anderen Religion unterstellen sollen, eines Volkes, das im Laufe der Geschichte noch niemals gezeigt hat, daß es sich zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen."[11])
>
> „Frankreich komme es nicht so sehr auf die polnischen Belange an, sondern die französische Haltung bestimmte einzig und allein das Ziel der Schwächung Deutschlands."[12])
>
> „Deutschland mit kleinen Staaten zu umgeben, von denen viele von Völkern gebildet werden, die sich nie selbst regiert haben und die große Mengen von Deutschen enthielten, die ihre Heimkehr zum Mutterland verlangten, solche Pläne würden, wie mir scheint, den schlimmsten Kriegsgrund für die Zukunft in sich tragen."[13])
>
> „Ich habe mich mit gleicher Aufrichtigkeit für die Unabhängigkeit Polens eingesetzt wie auch die Mitglieder der Kommission, aber ich war der Überzeugung, daß es eine Ursache dauernder Schwäche und eine ständige Gefahrenquelle für Polen darstellen, also keinesfalls eine Stärkung des wiedererrichteten Staates bedeuten würde, wenn man ihm Bevölkerungsgruppen hinzufügen würde, die innerhalb seiner Grenzen ein fremdes und feindliches Element bilden würden. Ich sah voraus, daß die Zeit kommen werde, in der Deutschland dem Aufschrei der dann im Ausland lebenden Deutschen entsprechen und sie mit Waffengewalt in das Vaterland zurückführen würde.
>
> Aus diesem Grunde drang ich auf der Konferenz erneut mit Nachdruck darauf, jene Vorschläge abzulehnen, nach denen Städte und Gebiete in Polen eingegliedert werden sollten, die nach Sprache, Volkstum oder in ihrer Einstellung mit überwältigender Mehrheit deutsch waren. . . ."[14])

Auch Woodrow Wilsons Worte vom 7. 4. 1919 verhallten:

> „Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwä-

[10]) H. Roos „Polen und Europa" S. 4 zitiert: L. Wasilewski „Joseph Pilsudski — wie ich ihn kannte" Warschau 1935 S. 171/172.
Äußerung zu seinem damaligen Berater in Ostfragen Leon Wasilewski.

[11]) Seraphim, Maurach, Wolfrum „Ostwärts von Oder und Neiße" S. 39.

[12]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 10.

[13]) F. Grimm „Frankreich und der Korridor" S. 34.

[14]) L. L. Gerson „Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens" S. 209.

chung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."[15])

US-Staatssekretär Lansing am 8. 5. 1919:

„Prüft den Vertrag und Ihr werdet finden, daß Völker gegen ihren Willen in die Macht jener gegeben sind, die sie hassen, während ihre wirtschaftlichen Quellen ihnen entrissen und anderen übergeben sind. Haß und Erbitterung, wenn nicht Verzweiflung, müssen die Folgen derartiger Bestimmungen sein. Es mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Völker imstande sind, ihr Joch abzuschütteln, aber so gewiß wie die Nacht auf den Tag folgt, wird die Zeit kommen, da sie den Versuch wagen."

„Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes gegründet ist."[16])

Der ehemalige britische Botschafter in Berlin, D'Abernon, am 23. 1. 1926:

„Der polnische Korridor bleibt das Pulverfaß Europas."[16])

Auch die sowjetische Presse unterstützte in jener Zeit die deutschen Revisionsforderungen[16]).

Der französische Professor für Slawistik, René Martel, im Jahre 1929:

„Unter den verwickelten Nachkriegsfragen gibt es kaum eine einzige, die so mißlich und so furchtbar ist wie die der östlichen Grenzen Deutschlands. Es gibt niemanden mehr, der diese Wahrheit heute nicht wüßte."[17])

Kein einziges der vielen Weimarer Kabinette, kein einziger deutscher Politiker, gleich welcher Partei, hatte diese Grenzregelung anerkannt. Im Gegenteil, alle Parteien und Regierungen der Weimarer Republik forderten die Revision der deutschen Ostgrenzen und lehnten einmütig ein „Ostlocarno" ab.

Reichsaußenminister Stresemann mag hier für sie alle sprechen:

„Eine meiner wesentlichsten Aufgaben ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien."[18])

„Daß wir die Grenze im Osten nicht anerkennen, habe ich zum Leidwesen der polnischen Regierung einst in einer öffentlichen Rede im Auswärtigen Ausschuß zum Ausdruck gebracht, als ich erklärte, daß keine

---

[15]) F. Grimm „Frankreich und der Korridor" S. 37 und W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 344 und B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 90 und R. S. Baker „Woodrow Wilson and World-Settlement" Bd. II S. 60.

[16]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 162, 164, 161.

[17]) R. Martel „Deutschlands blutende Grenzen" S. 9.

[18]) H. Bernhard „Gustav Stresemann, Vermächtnis - Nachlaß" Bd. II S. 546/547. Stresemann in einem Brief an den deutschen Kronprinzen vom 7. 9. 1925.

deutsche Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten jemals diese Grenze des Versailler Vertrages anerkennen würde."[19])

In einer Denkschrift vom Jahre 1925:

„Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenze alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen, ist das ferne Ziel deutschen Hoffens, die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (polnischer Korridor, Ost-Oberschlesien) das nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik."[20])

Aus der deutschen Antwortnote auf den französischen Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Bundes- und Sicherheitsordnung vom 11. Juli 1930:

„Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden als Deutschland, das, in der Mitte des Kontinents gelegen, von diesen Mängeln und Auswirkungen in besonders hohem Maße berührt wird. Deshalb sei die deutsche Regierung bereit, im Völkerbund an der Beseitigung dieser Mängel mitzuarbeiten. Das Endziel dieser Bemühungen aber müsse sein, im Geiste der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann."[21])

Ministerpräsident Otto Braun (SPD) in Königsberg, November 1930:

„Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer, aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte er Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnet werden, ohne daß Ostpreußen vom Mutterland losgerissen und Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schlimmstem Terror ausgesetzt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden. Dieses Unrecht könne und werde Deutschland niemals als berechtigt anerkennen."[21])

„Labours Speakers' Handbook" (1922/1923), vermerkt unter der Überschrift 'Polen':

„Fast ganz Westpreußen ist an Polen angegliedert worden, obwohl zwei Drittel der Bevölkerung Deutsche sind und die gesamte Zivilisation des Landes Deutschland zu danken ist. Eine Volksabstimmung wurde nicht erlaubt; wäre sie erlaubt worden, so würde sie überwältigend zugunsten Deutschlands ausgegangen sein ... Das Ganze der Provinz Posen ist von Polen annektiert worden, obwohl in derem westlichen Teil eine deutsche Mehrheit lebt ... Die Politik der Labour (Party) ist darauf gerichtet, diese ungerechten territorialen Arrangements zu berichtigen."[22])

---

[19]) ebenda S. 233—236, 248.

[20]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 103.

[21]) ebenda S. 209 und 193.

[22]) B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 92.

Ein katholisches Staatslexikon im Jahre 1931:

„Die Schaffung des Korridors erfolgte, obwohl das Land weder seiner geschichtlichen Vergangenheit nach zu Polen gehörte, noch der Wilson'schen Forderung ‚von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt' zu sein entsprach, aus dem rein machtpolitischen Gesichtspunkt, einer auf Schwächung Deutschlands abzielenden Strafmaßnahme, nebenbei aus der militärischen Erwägung, eine Flankenstellung zu schaffen für Ostpreußen, dessen Gewinnung von führenden polnischen Politikern seit 1918 (Dmowski, Grabski, Srokowski) offen als letztes Ziel gefordert wird.

Demgegenüber war die Notwendigkeit eines freien und sicheren Zugangs zum Meer nur Vorwand, da diesem wirtschaftlichen Bedürfnis ... durch Neutralisierung des Unterlaufes der Weichsel, Schaffung eines Freihafens in Danzig und tarifliche Privilegierung Polens auf den zum Meer führenden Bahnlinien hätte genügt werden können. Daß vom Besitz eines territorialen Zugangs zur See weder Souveränität noch Lebensfähigkeit eines Staates abhängen, beweisen die Schweiz, Luxemburg, Ungarn und die Tschechoslowakei....

In der Tat schafft auch der polnische Korridor durch sein bloßes Dasein in politischer und wirtschaftlicher Beziehung einen Zustand der Unruhe und Unsicherheit und hindert die im Interesse beider Völker liegende fruchtbare Zusammenarbeit Deutschlands mit Polen. Seine baldige Beseitigung bildet einen wichtigen Bestandteil der Befriedung Gesamteuropas."[23])

Nicht minder hat Winston Churchill die Rechtslage in Posen-Westpreußen erkannt und eine Neuregelung im Interesse des Friedens gefordert. Am 24. 11. 1932 im Unterhaus:

„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen."[24])

Der Chamberlain-Biograph K. Feiling:

„Churchill sagte 1933 (zum Danzig-Korridor-Problem), diese Verhöhnung der Weltgeschichte und der Vernunft wiedergutzumachen, muß eines der größten praktischen Ziele der europäischen Diplomatie sein, die den Frieden erstrebt."[25])

Carl J. Burckhardt, der Völkerbundshochkommissar in Danzig, berichtete am 21. 5. 1938 deutschen Regierungsvertretern, daß Lord Halifax vor einigen Tagen Danzig und den Korridor als Absurdität und als die wahrscheinlich unsinnigste Bestimmung des Versailler Vertrages be-

---

[23]) Staatslexikon Verlag Herder, Freiburg 1931 5. Aufl. Bd. IV S. 321.
[24]) H. Grimm „Warum woher aber wohin?" S. 246.
[25]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 247.

zeichnet hatte[26]). Wenige Tage später, am 26. 5. 1938, betonte der französische Botschafter in Berlin, R. Coulondre, in einem Gespräch mit seinem polnischen Kollegen in Moskau, dem Grafen Grzybowski:

„Glauben Sie nicht, daß der Polnische Korridor auch seinerseits in Osteuropa einen zum wenigsten anomalen, wenn nicht künstlichen Zustand geschaffen hat? Wenn Sie daran zweifeln, hören Sie, was fremde Reisende darüber sagen, die durch den Korridor fahren."[27])

Wie sehr die Grenzziehung in Versailles die internationale Moral zerrüttet hatte, verdeutlicht der britische Historiker Russel Grenfell:

„War Hitlers Wunsch, den polnischen Korridor wiederzunehmen, wirklich so ruchlos? (Diese Rücknahme stand vor Kriegsausbruch gar nicht einmal auf der Tagesordnung — d. Verf.) Wenn ja, dann aber sicher nicht m e h r, als Frankreichs 1870—1919 nie aufgegebenes Streben, Elsaß-Lothringen zurückzubekommen. Dabei waren Elsaß und Lothringen stärker deutsch als französisch, obwohl die beiden Provinzen vor 1870 = 220 bzw. 100 Jahre zu Frankreich gehört hatten. Aber desgleichen war der polnische Korridor an die 150 Jahre deutsches Gebiet gewesen; es lebten dort ebenso viele Deutsche wie Polen, überdies war durch die Angliederung des Korridorgebietes 1919 an das neu geschaffene Polen das deutsche Ostpreußen vom übrigen Deutschland getrennt und die bedeutende und rein deutsche Stadt Danzig isoliert und wirtschaftlich fast ruiniert worden. Deutschland hatte also mindestens einen ebenso guten Anspruch auf den Korridor wie Frankreich auf Elsaß-Lothringen. Und da die Sieger von Versailles, zu denen die Engländer und die Franzosen gehörten, einen Rechtsanspruch aus früherem Besitz zugunsten Frankreichs in bezug auf die beiden Provinzen anerkannt hatten, war ihre gegen Deutschland — und gewisse einzelne Deutsche — erhobene Anklage, die Geltendmachung eines Anspruchs gleicher Art auf den polnischen Korridor sei ein verbrecherischer Angriff, reine Heuchelei."[28])

Im Falle Elsaß-Lothringen handelt es sich zudem um eine Randzone mit einer Grenze, die nur halb so lang ist wie die ostdeutsche. Die Grenzen Ostdeutschlands wurden nicht nur willkürlich und gewaltsam nach Westen verschoben, sondern ihre Länge wurde dadurch in grotesker Weise ausgedehnt, daß ein Teil Deutschlands (Ostpreußen) vom Reich abgetrennt wurde. Deutschland verlor dort ein Zehntel seines Bodens. Ein eng zusammengewachsenes Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgebiet wurde zerrissen. Der ehemalige Völkerbundshochkommissar in Danzig schrieb hierzu im Jahre 1960:

„Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, daß das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber

---

[26]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 152.
[27]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 62.
[28]) R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?" S. 79.

unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das ‚Diktat‘ um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe. Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96 % Deutschen und nur 4 % Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte.“[29])

Die Männer, unter ihnen Roman Dmowski, die nach langer hysterischer Agitation ihre gewaltsamen Annexionen durchgesetzt hatten — wenn auch nicht alle —, wählten als Basis für die polnische Staatlichkeit ausgerechnet die ideenreiche, konstruktive und friedensfördernde „dogmatische Feindschaft gegen Deutschland“[30]). Hierin waren sie sich mit den polnischen Militärs und der polnischen Öffentlichkeit, die sich bis zum Jahre 1939 nicht von einer solchen Haltung lösten, einig.

Alle einsichtsvollen Männer Westeuropas haben die mit dem Korridor verbundenen Ungerechtigkeiten eingesehen und zugegeben, was jedoch die Politik dieser Mächte und des Völkerbundes nicht beeinflußt hat. Nicht ohne Grund haben die Vereinigten Staaten von Amerika abgelehnt, den Versailler Vertrag zu unterschreiben und im Völkerbund mitzuarbeiten. Dies freilich hinderte den späteren Präsidenten F. D. Roosevelt nicht, in den Jahren 1937—1939 prinzipienlos das Steuer herumzuwerfen und dieses Unrecht in Osteuropa als gültigen „Rechtsstatus“ zu apostrophieren. Dies geschah gleichermaßen unverantwortlich und leichtfertig, wie die Kommunisten z. B. behaupten,

„die nationalen Minderheiten hatten sich als Brutstätten internationaler Konflikte erwiesen, und die Vertretung des Prinzips des Volksgruppenrechtes (unabhängig von hitlerischer Inspiration) hatte eine aggressive Haltung begründet.“[31])

Die Versailler Sieger trennten gewaltsam Gebietsteile von Deutschland ab, diffamierten den Einheitswillen dieses Volkes im Namen des „Völkerrechts“ als „aggressiv“, fälschten die Geschichte im Sinne einer zu politischen Zwecken verwerteten „deutschen Schuld“ und ignorierten alle Zwangsmaßnahmen zur Liquidierung der abgetrennten Volksgruppen. Diese „Haltet-den-Dieb-Methode“ haben die Versailler Sieger und Mitsieger international gesellschaftsfähig gemacht. Sie betreiben sie noch heute mit gleicher Intensität und Wirkung. Mit Willen zur Gerechtigkeit und zum Frieden freilich hat das nichts zu tun.

---

[29]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 25/26 und B. de Colonna „Poland from the Inside“ S. 110 ff. führt weitere zahlreiche ausländische Stimmen an.

[30]) R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937“ S. 108.

[31]) R. Goguel „Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Linie“ S. 411.

Polnische Forderungen auf fremdes Territorium

Polen gab sich mit dem Erwerb des „Korridors" und Ost-Oberschlesiens noch nicht einmal zufrieden, was ihm bereits im Jahre 1919 durch die Versailler Hauptmächte den Vorwurf des Imperialismus eintrug[1]).

> „Diese Historiker sahen den durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der drei Teilungsmächte 1918 entstandenen polnischen Staat als eine vorläufige Lösung an. In ihr ‚historisches Polen' bezogen sie weite Gebiete im Westen und Osten ein, die außerhalb der bestehenden Grenzen lagen."[2])

Die polnische Staatskonzeption sah die territoriale Ausdehnung nach Westen als lebenswichtig an, weil sie die Rohstoffbasis vergrößere und Polen den Status einer führenden Großmacht Europas sichere. Die polnischen Forderungen nach 1918 waren maßlos. Sie schlossen Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien, Teile Mittelschlesiens und die „Oder-Gebiete" ein. Diese phantasievollen Ambitionen haben schon in zahlreichen Denkschriften der polnischen Agitatoren Sosnowski, Dmowski und Paderewski bzw. den Denkschriften des 1917 in Paris gegründeten polnischen Nationalkomitees sowie der polnischen Friedensdelegation in Versailles, deren Hauptvertreter Dmowski und Paderewski waren, politische Gestalt angenommen.

Forderten Anhänger der Politik Dmowskis bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges in einer Moskauer Vortragsveranstaltung die Inbesitznahme Ostpreußens, Posen-Westpreußens, Oberschlesiens und zweier Kreise des Regierungsbezirkes Breslau durch Polen[3]), so bestand Roman Dmowski in einer Abhandlung vom Juli 1917 auf der Einverleibung Oberschlesiens*), eines kleinen Teiles von Mittelschlesien, der Provinz Posen*), Westpreußen*), der Kreise Lauenburg und Bütow von der Provinz Pommern und Ostpreußens[4]). Zwei Alternativen stellte er den westlichen Politikern in dieser Denkschrift vor:

> „Entweder werde die Zukunft von zwei Millionen Deutschen in Ostpreußen auf Kosten von 25—30 Millionen Polen sichergestellt. Von diesen zwei Millionen sei aber noch ein beträchtlicher Teil nur deutsch der Sprache nach; viele von ihnen wüßten noch, daß sie polnischer oder litauischer Abstammung seien und ständen sogar oft den Deutschen feindlich gegenüber.
>
> Die andere Möglichkeit sei, daß Polen seinen Staat innerhalb der

---

1) E. Viefhaus „Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919" S. 200.

2) H. Laeuen „Polnische Tragödie" S. 11 (gemeint sind die polnischen Historiker).

*) außer einem kleinen Gebiet im Südwesten bzw. Westen.

3) W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 296.

4) ebenda S. 300.

vorgeschlagenen Grenzen errichte, ‚wodurch der oben erwähnte eingedeutschte Streifen Landes von Deutschland getrennt, auf den Weg einer schnellen ökonomischen Entwicklung geleitet und zugleich für polnische Einflüsse und für polnische Einwanderung geöffnet wird. Es ist nicht schwer zu urteilen, welche der beiden Lösungen menschlicher und mehr in Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit ist‘."[4])

Was im Namen dieser „Gerechtigkeit" mit der ostpreußischen Bevölkerung geschehen sollte, wurde in der polnischen „Sachverständigen-Denkschrift" vom März 1919, die der Friedenskonferenz vorgelegt wurde, deutlich ausgesprochen:

„Die territoriale Isolierung Ostpreußens, dieses Herdes des preußischen Militarismus, ist notwendig für einen dauernden Frieden und muß zu einer freiwilligen und fortschreitenden Entdeutschung (‚degermanisation‘) dieses wichtigen strategischen Gebietes führen, von welchem aus die preußische Dynastie ausgezogen ist, um die Welt zu erobern."[5])

Auch für die Forderung auf Einverleibung Danzigs in das neue Polen fand Dmowski Argumente, nachdem er die Geschichte dieser deutschen Stadt total verfälscht hat:

„Das heutige Danzig ist deutsch; aber unter normalen Bedingungen, das heißt: unter Bedingungen einer natürlichen ökonomischen Entwicklung, wird es unweigerlich eine polnische Stadt werden."[6])

Noch deutlicher sprach sich Dmowski in der genannten „Sachverständigen-Denkschrift" vom März 1919 aus:

„Die Germanisierung Danzigs ist oberflächlich, und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden (redeviendra polonaise) wie Krakau und andere Städte in Polen, die in einer gewissen Epoche eine deutsche Majorität gehabt haben...."[7])

Bis zur Mitte des Jahres 1918 stießen die polnischen Ambitionen allerorten auf Widerstand und Kopfschütteln. Dmowski schrieb hierüber selbst:

„Im Westen Europas hatten sich nicht nur Politiker, sondern auch Männer der Wissenschaft, Geographen, Statistiker so in den Gedanken eingelebt, daß die Küste der Ostsee bis hinter die Mündung des Njemen deutsch sei und nur deutsch sein könne, daß, als ich begann von unseren territorialen Forderungen an der baltischen Küste zu sprechen, sie sich die Augen rieben und mich wie einen Menschen ansahen, der nur halb bei Bewußtsein war. Und das dauerte fast drei Jahre lang.
Die Menschen befreien sich nur schwer von eingewurzelten Anschauungen. Noch im Frühling 1918 sagte mir ein hochgestellter französischer Diplomat, der sich viel mit der polnischen Frage beschäftigte:
‚Aber das wäre ja ein Wunder, mein Herr, wenn das einträte, was Sie sagen, wenn das Territorium Ihres Staates bis an die Ostsee reichte!"

---

[5]) ebenda S. 328.
[6]) R. Dmowski „Polnische Politik" poln. S. 491.
[7]) W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 327.

‚Vielleicht wäre das ein Wunder', erwiderte ich, ‚aber dieses Wunder muß geschehen, wenn sowohl Sie als auch wir als unabhängiges Volk bestehen sollen'...

Wenn wir dieses Stückchen Ostseeküste bekommen haben, so geschah dies nur dank dem Umstande, daß der Krieg so lange dauerte, bis wir Zeit hatten, die entsprechenden Faktoren in dieser Frage zu überzeugen und vor allem genaue Nachrichten über den wirklichen Stand der Dinge in Pommerellen zu verbreiten."[8])

Daß Polen und Frankreich im Rahmen der Völkerbundsmächte „die gegebenen Vollzugsorgane" gegenüber Deutschland sein sollten, leuchtete zwar Präsident Wilson wie viele andere Argumente der Polen nicht ein[9]), doch hinderte dies alles nicht, daß Dmowski's Denkschrift vom 8. 10. 1918 nicht nur dem US-Präsidenten sowie der Versailler Friedenskonferenz vorgelegt, sondern auch ernstlich diskutiert wurde — obwohl nach diesen Vorschlägen das neue Polen noch nicht 50% polnischstämmiger Bewohner aufwies[10]). In dieser Denkschrift wurde Ostpreußen als „im mittelalterlichen Zustand befindlich" bezeichnet, wo „die bäuerliche Masse nach Sklavenart behandelt und im Geiste der Knechtschaft erzogen wird". Soll auch dort „sozialer und politischer Fortschritt" Eingang finden, so müsse nach Dmowski — und diese seine Denkschrift ist im Namen des polnischen Nationalkomitees übergeben worden! — Ostpreußen an Polen fallen[11]).

Der Hinweis auf die Wahlstimmen der 4 Millionen Amerika-Polen tat ein übriges[12]), wenn die Polen damit auch noch nicht ihr Spiel bei allen westlichen Partnern gewonnen hatten.

„Aber die herrschende Klasse Polens und die polnischen Intellektuellen erstrebten die Wiederherstellung eines Polens in den Grenzen von 1772. Diese Grenzen waren in keiner Weise identisch mit ethnischen (Völker-) Grenzen, und ein Staat innerhalb solcher Grenzen würde kein Nationalstaat sein.

Das historische Polen war kein Nationalstaat, sondern ein Viel-Völker-Reich, das im Verlauf von Jahrhunderten erstand, als das Dogma des Nationalismus, wie man es in moderner Zeit versteht, nicht existierte."[13])

So ist der britische Außenminister Balfour auch den Franzosen mit der Erklärung energisch entgegengetreten:

„Ich habe diesen Vorschlag mit Besorgnis gehört; das Polen von 1772 soll nach Ihren Aussagen das von 1918 werden. Dazu haben wir uns nicht verpflichtet. Wir haben uns verpflichtet, einen aus Polen (Polonais)

---

[8]) R. Dmowski „Polnische Politik" poln. S. 200.
[9]) W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 314.
[10]) P. Roth „Die Entstehung des polnischen Staates" S. 44.
[11]) W. Recke „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 318/319.
[12]) ebenda S. 320 und 322.
[13]) H. Seton-Watson „Eastern Europe between the Wars 1918—1941" S. 320.

bestehenden polnischen Staat zu schaffen. Der Staat vom Jahre 1772 entsprach nicht diesem Ziele."[12])

Gerade dieser Sachverhalt verdeutlicht, daß „sich nirgends in der völkerrechtlichen Literatur einschließlich der polnischen die Behauptung findet, das heutige Polen (nach 1918) sei die Wiederherstellung des alten Polenreiches"[14]), wäre doch auch die langatmige Auseinandersetzung über die „Unabhängigkeit Polens" in den Jahren 1917—1923 überflüssig, ja unsinnig gewesen, hätte man lediglich den früheren polnischen Staat wiederherstellen wollen.

> „Es ist sicher, daß die wirklichen Polen von einem Eroberungsfieber befallen sind, daß sie, weit entfernt, Grenzen zu revidieren, deren Aufrechterhaltung sich als unmöglich herausgestellt hat, nur an neue Eroberungen denken."[15])

Immer wieder klang in Polen nach 1919 die Forderung auf Revision von Versailles durch, worunter die polnischen Politiker aber lediglich die Realisierung weiterer Ansprüche, vornehmlich auf Ostpreußen und Danzig verstanden: Roman Dmowski, der maßgebliche polnische Agitator in Versailles, erklärte 1923:

> „Ich habe nicht für Polens Wiederkehr gekämpft — denn sie war selbstverständlich —, wofür ich gekämpft habe, war die Schaffung eines Groß-Polen. Das heutige Polen ist nicht klein, aber wir müssen uns alle vor Augen halten, daß es nur eine Anzahlung auf ein wirkliches Groß-Polen ist. Polen ist noch kein großes Gesamtreich, aber es muß sich zu einem solchen ausdehnen, wenn sein Bestand je fest werden soll."[16])

Roman Dmowski stand nicht allein. Staatspräsident Wojciechowski unterstrich die Forderung auf zusätzliche Gebiete zwecks Schaffung eines Großpolen[16]). Im gleichen Jahr 1923 hatte der polnische Kultusminister Stanislaus Grabski in seiner Schrift „Bemerkung über den gegenwärtigen historischen Augenblick Polens" die Expansion Polens nach Norden zum obersten Gesetz der polnischen Außenpolitik erhoben. Ihr Ziel sollte sein

> „die Verstärkung der Elemente des Sieges in dem nicht beendeten Kampf mit Deutschland....
> Um das Ostseeufer wird Polen früher oder später mit Deutschland zusammenstoßen....
> Das polnische Volk kann das Ergebnis der Volksabstimmung in Masuren nicht als letztes Urteil der Geschichte anerkennen.... Der Bestand der Republik wird erst dann dauerhaft gesichert sein, wenn wir in dem unvermeidlichen Kampf mit Deutschland siegen."[17])

---

[14]) P. Roth „Die Entstehung des polnischen Staates" S. 58.
[15]) F. Grimm „Frankreich und der Korridor" S. 92.
[16]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 136 zitiert eine Rede des Reichsaußenministers J. Curtius.
[17]) H. Laeuen „Polnische Tragödie" S. 313.

Die Rechtsparteien Polens, insbesondere die Nationaldemokraten, lehnten eine Grenzrevision nach den ethnographischen Grundsätzen schon deshalb ab, weil Versailles ihnen nicht alle Territorialforderungen erfüllt hatte. Aber auch die Mitte und die Linke waren dazu nicht bereit[18]). Die nationaldemokratische Partei Polens hielt dieses panslawistische Expansionsprogramm, das bereits Mitte August 1914 zwischen dem russischen Außenminister Sasonov und Dmowski als russisch-polnisches Kriegsziel abgesprochen und während des Ersten Weltkrieges von den Westmächten gebilligt worden war[19]), in den Jahren zwischen 1919—1939 wach. Dmowskis Parteifreund Giertych schrieb über Versailles:

> „Polen erhielt im Versailler Vertrag mehr Deutschland entrissene Gebiete, als — in Europa — alle übrigen Staaten zusammen, einschließlich Frankreichs....
> Wenn irgend jemand den Versailler Vertrag als seinen großen politischen Triumph ansehen kann, so niemand anders als Polen....
> Ohne Übertreibung können wir feststellen, daß neben der Union mit Litauen im Jahre 1386 der Versailler Vertrag der größte Erfolg der polnischen Diplomatie im Laufe unserer tausendjährigen Geschichte ist...
> Versailles ist seit dem 17. Jahrhundert der einzige politische Sieg in unserer Geschichte."[20])

Und Roman Dmowski hielt in einer Rede in Posen 1923 die „Geschenke der Koalition an den Grenzen im Westen, wo Polen nichts seiner eigenen Kraft verdankt"[21]), lediglich für „ein kleines Angeld auf ein wirklich großes Polen"[20]). Seine nationaldemokratische Doktrin ging nicht etwa davon aus, für Polen zu fordern, was polnisch war, sondern davon,

> „daß Polen nur so viel fordern solle, wie es polonisieren könne."[22])

Die polnische Zeitung „Dzien Polski" schrieb 1923:

> „Die Besitzergreifung des Memellandes sei die Probeaktion auf die einmal unabwendbar kommende Besitzergreifung Ostpreußens durch Polen."[23])

„Gazeta Gdansk" am 9. 10. 1925:

> „Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern,

---

[18]) H. Roos „Polen und Europa" S. 4.

[19]) O. Wagner „Der slawische Vorstoß nach dem deutschen Osten" S. 31.

[20]) ebenda S. 36 zitiert: J. Giertych „Pól wieku Polskiej"; 1947 (ein halbes Jahrhundert polnischer Politik) und R. Dmowski "Polityka Polski i odbudowanie Panstwa" Hannover 1947 (Die Politik Polens und der Wiederaufbau des Staates).

[21]) ebenda S. 11 Instruktionen Marschall Pilsudskis an den 1919 nach Paris entsandten Außenminister Wasilewski.

[22]) H. Laeuen „Polnische Tragödie" S. 298.

[23]) K. S. v. Galera „Geschichte unserer Zeit" Bd. VI S. 172.

daß ganz Ostpreußen liquidiert werde. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es wieder ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann sicher in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück."[24])

Ein hoher polnischer Generalstabsoffizier, H. Baginski, definierte in einem von der „Polnischen Kommission für internationale intellektuelle Zusammenarbeit" preisgekrönten Buch, erschienen in Warschau 1927, die Hauptziele der polnischen Außenpolitik: Annexion von Danzig, Ostpreußen sowie des größten Teiles von Schlesien.

„Solange wird nicht Friede in Europa herrschen, bis nicht die polnischen Länder vollkommen an Polen zurückgegeben sein werden, solange nicht der Name Preußen, der ja der Name eines nicht mehr vorhandenen Volkes ist, von der Karte Europas getilgt sein wird und solange nicht die Deutschen ihre Hauptstadt von Berlin weiter nach Westen verlegen, zur ehemaligen Hauptstadt Magdeburg an der Elbe oder Merseburg an der Saale, solange sie nicht zu dem alten Namen des Deutschen Reiches zurückkehren und solange sie nicht aufhören, von der ‚Berichtigung der Grenzen im Osten' zu träumen."[25])

Der französische Professor für Slawistik, René Martel, im Jahre 1929:

„Alle polnischen Anregungen klingen im letzten Grunde in Erweiterungspläne aus. Weit davon entfernt, die Frage des Korridors in einem für Deutschland günstigen Sinne beilegen zu wollen, träumt man in Polen davon, dieses Gebiet zu verbreitern, indem man unter einer Form oder unter einer anderen Danzig und Ostpreußen annektiert."[25])

Die ja ebenfalls staatlich zensierte, Pilsudski nahestehende Zeitschrift „Mocarstwowiec" — „Die Liga der Großmacht" — schrieb im Jahre 1930:

„Wir sind uns bewußt, daß Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten. Die heutige Generation wird sehen, daß ein neuer Sieg bei Grunwald (Anspielung auf die Schlacht bei Tannenberg 1410) in die Seiten der Geschichte eingeschrieben wird. Aber wir werden dieses Grunwald in den Vorstädten von Berlin schlagen. Unser Ideal ist, Polen mit Grenzen an der Oder im Westen und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einzuverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangenen genommen, es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein. Wir werden die ganze Welt mit unserem Krieg gegen Deutschland überraschen."[26])

---

[24]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 84.
[25]) ebenda S. 137 und 141. Zitiert: René Martel „Deutschlands blutende Grenzen".
[26]) B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 90.

Mit Recht ergänzt der britische Publizist:

„Solche Prahlereien und Drohungen sind natürlich nicht vom ganzen polnischen Volk ausgestoßen worden. Im Gegenteil, der einfache Mann auf der Straße in Polen ist definitiv gegen die Idee eines Kampfes für eine neue Grenze und ganz für den Frieden. Aber da gibt es ein Element in Polen, das fordert, daß Deutschland geteilt werden sollte.“[26])

Im Jahre 1930/31 wurde im Sejm eine amtliche Denkschrift „Ziele der polnischen Außenpolitik“ des Auswärtigen Amtes in Warschau veröffentlicht, in der Oder und Sudeten als zu erstrebende Westgrenze bezeichnet wurden[27]).

„Der Zeuge K. Graebe war von 1922—1936 ununterbrochen Abgeordneter des polnischen Sejms. Er ist in Karniszewo, Krs. Gnesen, Bez. Posen geboren.... — Der Zeuge betont, wie sich seit der Gründung des polnischen Staates der deutsch-polnische Gegensatz von Jahr zu Jahr verschärfte, und daß daran besonders die scharfe und teilweise terroristische Haltung der Polen gegenüber der großen deutschen Minderheit die Schuld trug....

Es steht auch außer Zweifel, daß Polen von Anfang an eine aktive anti-deutsche Politik getrieben hat, die mit den von Deutschland abgetrennten Gebieten zufrieden war.

Ich kenne aus jener Zeit — es muß etwa im Jahre 1931 gewesen sein — eine amtliche Denkschrift des polnischen Auswärtigen Amtes mit dem Titel ‚Ziele der polnischen Außenpolitik‘, die in ganz genauen Angaben von der erstrebten Expansion nach Westen handelte. In dieser Denkschrift wurde als zu erstrebende Westgrenze schon damals die Oder-Neiße-Linie bezeichnet. ... Meine Kollegen und ich faßten den Inhalt dieser Denkschrift als eine außerordentliche Bedrohung Deutschlands auf und befürchteten bei der feindseligen Haltung der Polen schon damals eine kriegerische Auseinandersetzung.“[28])

Die polnischen Nationalisten forderten zusätzlich Memel und litauisches Gebiet, dazu sogar noch tschechische und slowakische Besitzungen[29]).

„Die polnische Presse begnügte sich nicht nur mit der Ablehnung jeglicher Forderung nach Abänderung der Grenzen zugunsten Deutschlands, sondern propagierte die Notwendigkeit der ‚Rückgabe aller polnischen Gebiete an Polen‘. So können wir beispielsweise im ‚Kalendarz Morski‘ (Gdingen) lesen, daß das polnische Volk ‚mit aller Entschiedenheit die Rückgabe Ostpreußens‘ fordern muß, und falls das nicht geschehen würde, ‚wird eines Tages die Welt inmitten unerhörten Kriegsgetöses erwachen‘.

Das Ergebnis der Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen von 1920 wurde bei allen Gelegenheiten als die wahren Verhältnisse ver-

---

27) H. Roos „Polen und Europa“ S. 39.

28) Krupp-Prozeß Verteidigungsdokumentenbuch 2 a Nr. 133.

29) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934“ S. 13.

fälschend scharf angegriffen. Polen könne auf seine ‚uralten Rechte' nicht verzichten. ...“[30])

Der polnische Außenminister Oberst Beck im Jahre 1932:

„Polen könne sich nicht einmal mit dem Status quo zufrieden geben.“[31])

Der stellvertretende polnische Generalkommissar in Danzig, Lalicki, im Jahre 1932:

„Wir können heute den Tag und die Stunde nicht nennen, an welchem der Versailler Friedensvertrag korrigiert wird. Nicht nur die Polen aus Danzig, sondern auch die von germanischem Haß geknechteten Brüder in Ostpreußen kehren wieder in den Schoß des Vaterlandes zurück. Es kommt der Tag — ja, er ist schon angebrochen —, daß Danzig dem Vaterlande zurückgegeben wird.“[32])

Auch im Jahre 1939 beteiligten sich — abgesehen von der zensierten Presse, die ohnehin schon auf diese Tonart abgestimmt war — wiederholt Mitglieder der polnischen Regierung an der Steigerung der Kriegshetze und Propagierung dieser territorialen Forderungen. „Revanchismus“ und „Kriegshetze“ warf ihnen dabei leider niemand vor, und ein Gesetz zur Verhinderung von „Völkerhetze und Rassenwahn“ gab es in Polen ebenfalls nicht.

„Am Himmel hingen graue Wolken, es war kühl an diesem März-Sonntag 1939. Auf dem Bromberger Elisabethmarkt stand eine dichte Menschenmenge. Viele Uniformen mit vielen Orden: der polnische Verband der Kriegsteilnehmer und Aufständischen und der Westmarkenverband hatten eine Kundgebung einberufen. Fahnen, Gebete, Reden. Als der Satz fiel: ‚Wir wollen Oppeln und Königsberg haben!', hörte der Beifall nicht auf. ‚Wir geben das Land nicht her, aus dem unser Geschlecht stammt', sang die Menge. Schon die Kinder in der Schule lernten damals die ‚Rota', das die polnische Dichterin Maria Konopnicka schrieb, ein Haßlied auf die Deutschen. Gleich nach dem Vaterunser und der Nationalhymne. ‚Die Deutschen werden uns nicht ins Gesicht speien!' hallte es über den Platz. Ein katholischer Priester sprach seinen Segen, die Fahnen senkten sich, die Menge kniete nieder, die Glocken der Elisabethkirche läuteten. Dann formierte sich ein Umzug. Eine halbe Stunde später versuchten polnische Polizisten die Schaufensterscheiben deutscher Geschäfte in den Hauptstraßen vor dem blinden Eifer der Demonstranten zu schützen. Sie standen mit ausgebreiteten Armen davor und gaben sich ehrlich Mühe, die Menge zurückzudrängen. Sie taten ihre Pflicht. Aber es half nicht viel.

Ein oder zwei Tage vorher hatte in der Zeitung gestanden, daß Groß-

---

[30]) ebenda S. 157/158.
[31]) H. Roos „Polen und Europa“ S. 35.
[32]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934“ S. 137.

britannien der Regierung in Warschau weitgehende Garantien gegeben hatte. . . .“[33])

Am 3. 6. 1939 erklärte der polnische Vizepremierminister Kwiatkowski auf der Eröffnungssitzung des Wirtschaftsrates für Pommerellen:

„Pommerellen ist und bleibt Polens Verbindung mit der Welt.“[34])

Gleichermaßen der Sozialfürsorgeminister Koscialkowski am 4. 6. 1939 in Ciechocinek anläßlich einer Pilsudski-Gedenkfeier:

„Der Besitz Pommerellens ist die unentbehrliche Voraussetzung für Polens wirtschaftliche Blüte und politisches Gedeihen. . . . Für den Fall, daß Polen der Kampf aufgedrungen würde, ist die Rückkehr jener urpolnischen Gebiete, die schon längst zu Polen gehören sollten, das Ziel dieses Ringens.“[34])

Neben unzähligen Presseberichten und Äußerungen maßgebender Sprecher der polnischen Öffentlichkeit, die in gleich aggressivem Eifer vorgebracht wurden, untermauerten insbesondere fünf Bücher diese Geisteshaltung:

„Sie (diese Bücher) wollten die Erinnerung an den ‚historischen Anspruch‘ Polens auf diese Gebiete (Danzig, Ostpreußen, Schlesien und Pommern) wachrufen und erreichten durch ihre geschickte Aufmachung wenigstens zum Teil ihren Zweck.“[35])

Das 1. dieser Bücher:

Consulibus „Erfahrungen und Irrtümer unserer auswärtigen Politik im Hinblick auf die Aufgaben der Gegenwart“ Warschau 1926.
Inhalt: geforderte Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen sowie Oberschlesiens zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei.

Das 2.

Melchior Wankowicz „Auf den Spuren des Smentek“ Warschau 1936.
Inhalt: Eine Reise durch Ostpreußen, welche die angebliche Unterdrückung der Masuren, die ihrerseits schon nahezu völlig von Polen entfremdet worden seien, offenbart.

Das 3.

J. Kilarski „Gdansk“ Posen 1937.
Inhalt: In dieser als ehemals polnisch ausgegebenen Stadt Danzig warte die Bevölkerung angeblich nur auf die Befreiung von der deutschen ‚Übertünchung‘.

Das 4.

Stanislaw Wasylewski „Im Oppelner Schlesien“ Kattowitz 1937.
Inhalt: Ziel und Zweck dieses Buches sei — nach dem Verfasser —, die

---

[33]) West-Östliche Begegnung Heft 6, August / September 1959 S. 11 Dokumentation Karl-Heinz Fenske.

[34]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 1939 Nr. 378. Bericht des deutschen Botschafters v. Moltke vom 6. 6. 1939.

[35]) W. Wagner „Die Oder-Neiße Linie“ S. 7/8.

polnische Öffentlichkeit mit einem wenig beachteten Stück Erde bekannt zu machen, das Polen jahrhundertelang vernachlässigt und vergessen habe.

Das 5.

Jôzef Kisielewski „Die Erde bewahrt das Vergangene“ Posen 1939.
Inhalt: „Wir waren an der Elbe, man hat uns hinter die Oder gedrückt“.... „Günstige Winde beginnen in unsere Segel zu blasen. Nach sehr langer Ungnade“....
„Diese repräsentativsten Stimmen waren von einem Chor weniger auffälliger mündlicher und schriftlicher Äußerungen begleitet, dessen Stärke zunahm, je mehr sich das deutsch-polnische Verhältnis verschlechterte. Im Jahre 1939 hieß es auf einem Flugblatt des Vorbereitungsausschusses zur „Grunwald-Feier“ (zum Andenken an die Schlacht von Tannenberg 1410) in Bielitz unverblümt: ‚Wir werden zurücknehmen, was uns der Deutsche weggenommen hat an der Elbe, Oder und Weichsel‘!“[35])

„Tempo Dnia“ wußte am 30. Juli 1939 bereits „die polnischen Friedensbedingungen nach dem nächsten Kriege“ dahingehend zu spezifizieren, daß Ostpreußen, Oberschlesien sowie Pommern bis Kolberg an Polen fallen werden[36]).

In polnischen Städten wurden 1939 annexionistische Landkarten als Plakate mit rot-weißen Fahnen auf deutschen Städten bis nach Stettin angebracht[37]). Der „Ilustrowany Kurier“ vom 29. 6. 1939 übte Kritik an der Grenzziehung von 1919: da diese unfair gegen Polen gewesen sei, regte er an, bei nächster Gelegenheit diese polnische Westgrenze zu verbessern[37]). In London war bekannt, daß Polen die ehemaligen deutschen Kolonien zu übernehmen hoffte[38]).

„Häufig wurden auch Karten abgebildet, die z. B. die polnische ‚Westgrenze‘ zur Zeit des Königs Boleslaw Chrobry oder unter Boleslaw Schiefmund wiedergeben sollen — vielfach, nicht ganz getreu den historischen Feststellungen, bis zur Elbe oder Saale reichend. Sogar im militärgeographischen Institut in Warschau wurde wenige Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein riesiges Wandgemälde enthüllt, das darstellte, wie Boleslaw Chrobry (nach der Sage) in der Saale Grenzpfähle einschlagen läßt.“[39])

Die polnischen Forderungen auf deutsches Land waren jedoch keine Einzelerscheinung. Das im April 1926 fixierte offizielle Programm des

---

[36]) ebenda S. 9.
[37]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 518.
[38]) ebenda S. 368 und Doc. on British Foreign Policy 1919—1939, Vol. IV Doc. 189 und 306.
[39]) W. Wagner „Die Oder-Neiße-Linie S. 5/6.
Beispiel: Kireski „Pomorze Polskie (Pommerellen)“ Posen 1928, S. 16.
G. Sappok „Polnische Wunschträume“ Berlin 1943, Abb. 13.
St. Kozierowski „Atlas der geographischen Namen des Westslawentums“ Posen 1934—1938.

polnischen Westmarkenverbandes forderte eine Grenzziehung Polens von der Oder einschließlich Stettin im Westen bis zur mittleren und unteren Düna einschließlich Riga im Osten.

> „Um die gleiche Zeit (1926) wurde in einer Schrift, deren Verfasser sich ‚Consulibus' nannte, die Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen und die Aufteilung Oberschlesiens zwischen Polen und der Tschechoslowakei propagiert. Aber auch außerhalb der schützenden Anonymität von Manifesten und Schriften bekannten sich einflußreiche Politiker zu solchen Gedanken."[39])

Während Polen mit seiner Grenzziehung von 1921 (Friede zu Riga zwischen den Polen und den Bolschewiki) ohnehin schon 7 Millionen Ukrainer und 2 Millionen Weißrussen in seinen Staatsverband eingegliedert hatte, waren die Träume von einem großpolnischen Reich zwischen den drei Meeren — Nordsee, Schwarzes Meer, Adria —, der „geopolitischen Region Polens" noch nicht ausgeträumt. Das polnische Magazin ‚Nasza Przyszlosc' schlug im Sommer 1939 eine polnisch-japanische Grenze am Ural vor. Polnische Landkarten mit Staatsgrenzen bis zur Wolga und analoge Publikationen sowie Äußerungen namhafter Polen waren keine Einzelaktionen[39]). Die großpolnischen Vorstellungen von der Einverleibung der Ukraine bis einschließlich Kiew und einer territorialen Verbindung zum Schwarzen Meer waren 1939 in polnischen Regierungskreisen gleichermaßen lebendig wie im Jahre 1919/20[40]).

> „Beck machte kein Geheimnis aus dem Tatbestand, daß Polen Aspirationen auf die sowjetische Ukraine hatte, als Ribbentrop Warschau am 1. 2. 1939 besuchte."[41])

Polen besaß bis zu diesem Jahr als einzige Macht einen Generalplan zur Schwächung der Sowjetmacht[42]).

Die polnischen Regierungen haben jahrelang diese Tendenzen geduldet, ermutigt, unterstützt, vertreten. Keine einzige dieser Forderungen ist hergeleitet worden aus der angeblichen Notwendigkeit, der nationalsozialistischen Herrschaftsform in Deutschland Widerstand zu leisten, auch nicht aus der Außenpolitik des Dritten Reiches. Die „piastische Idee" der Westexpansion war ebenso rein polnisches Gedankengut wie die Nord- und Ostexpansion[43]). Nachweislich war das Ziel der polnischen Öffentlichkeit vor und nach 1933 genau das gleiche: die ostdeutsche Bevölkerung zu vertreiben, zu verdrängen.

---

[40]) Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V Doc. 126 Memorandum Ribbentrops vom 1. 2. 1939 über seine Gespräche in Warschau Ende Januar.
[41]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 196.
[42]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 363.
[43]) G. Moltmann „Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg" S. 111.

„Die Polen versuchten, die Deutschen systematisch zu vertreiben.... Schon 1933 gab es Augenblicke, von denen ein erfahrener amerikanischer Beobachter schrieb, ‚die Spannung scheine zu groß, als daß sie noch länger ertragen werden könne'."[44])

Polen hat von seiner erneuten Gründung im Jahre 1916 bzw. 1918 bis 1939 mit jedem seiner Nachbarn (außer Rumänien) Krieg geführt oder vor dem Krieg gestanden. Von der 5 147 km langen polnischen Grenze blieben fast 4 000 km umstritten. Deutschland war ungeachtet der schmerzenden Wunden in diesen 20 Jahren der einzige Nachbar, mit dem Polen zeitweilig in freundschaftlichen Beziehungen lebte — in der Hitlerzeit! In der allseits anerkannt „friedliebenden" Stresemann-Ära betrieb Polen ebenso wie vorher und nachher eine rege deutschfeindliche Politik. Die zeitweilige Freundschaft mit dem Dritten Reich war freilich auch nur möglich, weil Hitler nicht auf die Revision der ungerechten Versailler Bestimmungen drängte und bereit war, „die deutschen Interessen in Danzig zeitweilig aufzugeben, um Polen dadurch für sich zu gewinnen"[45]).

Roman Dmowski erklärte in seinen Memoiren, US-Präsident Wilson habe die einzelnen Fragen des Problems gar nicht verstanden, kein Gefühl für europäische Politik gehabt und sich in die Vorstellung verrannt, alles könne auf der Grundlage des internationalen Rechtes gelöst werden[46]). Internationales Recht war von der polnischen Führung in den Jahren 1919—1939 nicht gefragt. Man berauschte sich an anderen Vorstellungen, ging von anderen Grundlagen aus. Der britische Schriftsteller und Historiker W. Wheeler-Bennett spottete mit Recht: Polen habe eine Politik betrieben wie ein Kanarienvogel, der sich beständig, aber vergeblich bemühte, zwei Katzen zu verschlingen[46]).

Und der polnische Botschafter in London, Raczynski, beschrieb diese Politik in seinen Memoiren:

„Pilsudski wußte sehr gut, wieviel Polen den siegreichen Alliierten des ersten Krieges verdankte. Er war weder blind gegenüber der Stärke der westlichen Mächte noch gegenüber dem Tatbestand, daß ihr eigenes Interesse sie veranlaßte, Polen zu helfen, einen Platz an der Sonne zu bekommen, trotz des Druckes von seinen Nachbarn in Ost und West. Aber er war mehr geneigt, sich auf seine eigenen Quellen zu verlassen als auf den guten Willen von Alliierten, die näher kennenzulernen ihm entweder die Mittel oder die Neigung fehlten. Darüber hinaus litten Pilsudski und besonders jene von seinen Schülern, die nach ihm an die Macht kamen, vielleicht unbewußt, an einem Minderwertigkeitskomplex. In ihren Augen war es lebenswichtig, ihre Landsleute von ihrer mut-

---

[44]) L. de Jong „Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg" S. 43 und „Das östliche Deutschland — Ein Handbuch" S. 496.
[45]) H. Roos „Polen und Europa" S. 182.
[46]) S. Sharp „Poland — White Eagle on a Red Field" S. 266 und 150/151.

maßlichen unterwürfigen und ehrerbietigen Haltung Ausländern gegenüber zu heilen, die sich aus unkritischer Bewunderung für deren materielle und kulturelle Überlegenheit ergab. Dieser Geisteszustand Pilsudskis und seiner Nachfolger brachte die sogenannte ‚Großmachtpolitik' hervor. In den Tagen des Marschalls war dies ohne Zweifel von der politischen Kalkulation her gerechtfertigt; aber nach seinem Tod degenerierte er zur schädlichen Einbildung, die die unmittelbare Existenz des Polnischen Staates bedrohte."[47])

Diese Erkenntnis hinderte Raczynski jedoch nicht, der gleichen, auf Expansion und Großmachtpolitik ausgerichteten Mentalität zu huldigen, deren er seine Führung bezichtigte. Dies geht eindrucksvoll aus seinem offenen Brief an Lloyd George vom 25. 9. 1939 hervor. In diesem Brief warf er Lloyd George vor, im wesentlichen für die polnische Niederlage verantwortlich zu sein, weil er im Jahre 1919 Polen eine nicht zu verteidigende Grenze zugesprochen[48]) und „eine Entmilitarisierung Ostpreußens und die Wiederherstellung der historischen Union Danzigs mit Polen verhindert" habe[49]).

Daß die polnische Führung im Frühjahr 1939 Ansprüche auf Kolonien stellte und diese mit der britischen Regierung abzusprechen gedachte[50]) und daß Lord Halifax drei Wochen später die vorbehaltlose Garantie gegen Deutschland in Kenntnis dieser Expansionsbestrebungen Polens — oder gerade deswegen? — gab, sei nur am Rande vermerkt.

„Die Tatsache, daß das wahre politische Ziel der herrschenden polnischen Klasse keineswegs nationalistisch, sondern imperialistisch war, daß es die Herrschaft Polens über große Bevölkerungsgruppen fremder Abstammung einschloß, ist in Westeuropa niemals genügend verstanden worden."[51])

Polens Minderheitenpolitik

Grundsätzliche Haltung

Ungeachtet des vom Völkerbund verfügten Minderheitenschutzvertrages betrachtete Polen Posen-Westpreußen und den unrechtmäßig angeeigneten Teil Oberschlesiens, aber auch die deutsche Stadt Danzig als Territorien für eine endgültige Polonisierung. Diese Ziele wurden offen

---

[47]) E. Raczynski „In Allied London" S. 162/163.
[48]) Offensichtlich soll hier die verweigerte Eingliederung Ostpreußens in Polen verstanden sein.
[49]) E. Raczynski „In Allied London" S. 345.
[50]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 189 und 306.
[51]) H. Seton-Watson „Eastern Europe between the Wars 1918—1941" S. 320.

verkündet, die entsprechenden Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Proteste der Betroffenen Zug um Zug durchgeführt. Polen bediente sich in diesem Volkstumskampf aller nur denkbaren Mittel. Jährliche Landreformen und „Flurbereinigungen“ sorgten ebenso wie die Grenzzonengesetze für eine kalte Enteignung der deutschen Bevölkerung. Eine Option, die in Gang gebracht wurde, ohne daß man vorher bekanntgab, welche Folgen eine Stellungnahme für Deutschland nach sich ziehen würde, führte bereits im Jahre 1920/21 zur Vertreibung Hunderttausender von Deutschen. Die deutsche Sprache wurde als Amtssprache verboten und im übrigen weitgehend eingeengt. Überhöhte Steuern, beschlagnahmte Gemeinschaftsgebäude und Zeitungen, systematischer Boykott deutscher Firmen und Geschäfte, einseitig motivierte Presseprozesse, Gerichtsverfahren und Verwaltungsschikanen führten zur finanziellen Überbelastung, zum wirtschaftlichen Ruin und schließlich zur Heimatvertreibung deutscher Menschen. Vereine und Organisationen wurden verboten, Lizenzen für gehobene Berufe verweigert bzw. entzogen, Betriebe enteignet. Die systematisch entlassenen deutschen Arbeitskräfte blieben ohne Arbeitslosenunterstützung und wurden aus den Werkwohnungen verwiesen, zugewanderte Polen mit allen öffentlichen Ämtern betraut. Handwerk und Handel der Deutschen gingen dem Ruin entgegen, zumal jungen Deutschen auch Lehrlingsstellen verweigert wurden. Deutsche Schulen wurden geschlossen, deutsche Lehrer, wenn nicht entlassen, so doch eingeschüchtert, deutsche Studenten von den Hochschulen verwiesen und somit an der Berufsausbildung gehindert.

> „Von den im Jahre 1925 vorhandenen 657 öffentlichen deutschen Minderheitsschulen (1927 = 498) waren zu Beginn des Schuljahres 1938/39 nur 185 übriggeblieben (davon 150 in Posen-Westpreußen und 35 in Oberschlesien).
> Der Widerstand gegen diese Politik wurde mit härtesten Mitteln bekämpft....
> Rund ein Drittel des deutschen Besitzes wurde allein 1924 liquidiert (510 000 ha).“[1])

Auch Beschimpfungen und Tätlichkeiten waren an der Tagesordnung, wobei die polnische Polizei in den meisten Fällen den deutschen Opfern jeden Schutz verweigerte. Das kulturelle Leben der deutschen Minderheit war angesichts dieser Maßnahmen gelähmt.

„Die Liquidierung der deutschen Güter und die Entdeutschung der westlichen Provinzen“ war nicht nur eine zufällige öffentliche Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten Sikorski aus dem Jahre 1923, sie

---

[1]) H. E. Jahn „Pommersche Passion“ S. 233/234 und S. Horak „Poland and her National Minorities, 1919—1939“ S. 127—132 und B. de Colonna „Poland from the Inside“ S. 133—139, und K. E. Frhr. v. Türcke „Das Schulrecht der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa“ S. 165—280.

war ein unverhohlenes Regierungsprogramm[2]) — seit dem Jahre 1919. Im Oktober jenen Jahres verkündete der spätere polnische Kultusminister Stanislaw Grabski auf einer Delegiertentagung das „Posener Programm" mit den Worten:

> „Wir wollen unsere Beziehungen auf die Liebe stützen, aber es gibt eine Liebe für die Landsleute und eine andere für die Fremden. Ihr Prozentsatz bei uns ist entschieden zu groß. Posen kann uns einen Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz von 14 oder sogar 20 v. H. auf 1½ v. H. gebracht werden kann. Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es sich anderswo besser befindet. Das polnische Land ausschließlich für die Polen!"[3])

„Äußerungen solchen Inhalts waren leider nicht vereinzelt"[4]). Die Mittel zur Verdrängung waren u. a.:

> „Vorenthaltung oder Entzug der Staatsangehörigkeit unter nachfolgender Landesverweisung mit der Begründung, einen ‚Ausländer' vor sich zu haben, Ausweisung ehemaliger Beamter, Lehrer oder anderer öffentlicher Bediensteter samt ihren Familien, voreingenommene Handhabung der Steuer —, insbesondere der Steuervollstreckungsgesetze und der Vorschriften über die Agrarreform, Entzug von Berufsberechtigungen (Lizenzen, Konzessionen, Zulassungen) und die dadurch bewirkte Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, behördlicherseits geduldete Boykottaufrufe. ‚Das dadurch hervorgerufene Empfinden der Rechtsunsicherheit und das Bewußtsein des Ausgeliefertseins an eine fremde Staatsmacht erzeugten eine Panikstimmung, die Angstverkäufe und Abwanderung noch über das Maß des polnischerseits angewandten Zwangs hinaus zur Folge hatte'. Diese Politik hat das Deutschtum Westpreußens und Posens zwischen 1919 und 1926 massenhaft zur Auswanderung genötigt."[4])

Eine deutsche Dokumentation belegt:

> „Der Deutschenhaß hatte in allen Parteien seine Wortführer, neben der Nationaldemokratie standen der christliche Demokrat Korfanty und der Pilsudski-Anhänger und schlesische Wojewode Grazynski. Noch mehr als durch die Parteien wurde die öffentliche Meinung durch eine Reihe von Organisationen und Institutionen, vor allem aber durch die Presse beeinflußt, die im Kampf gegen alles Deutsche ihre einzige Aufgabe sahen. An erster Stelle ist der ‚Westverband' zu nennen, dessen ursprüngliches Ziel die nationalpolitische Sicherung der neuen Westgebiete durch eine möglichst restlose Verdrängung der Deutschen gewesen war, der aber seine Tätigkeit bald auf ganz Polen ausgedehnt hatte. Sie bestand in alljährlichen Propagandawochen, aber auch in ‚spontanen Kundgebungen', die sich nach entsprechender Präparierung gegen deutsche Schulen, Zeitungen, Buchhandlungen sowie gegen die persönliche Sicherheit einzelner Deutscher austobten. Auf das Konto des ‚Westver-

---

[2]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. 12/13 Dok. 7.

[3]) G. Rhode „Die Ostgebiete des Deutschen Reiches" S. 126 und S. Horak „Poland and her National Minorities, 1919—1939" S. 136, und R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937" S. 51/52.

[4]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 126/127.

bandes' kam z. B. der ,Schwarze Palmsonntag' 1933 in Lodz, an dem deutsche kulturelle Einrichtungen (Verlag, Schule, Buchhandlungen usw.) demoliert worden waren. Ferner haben sich die polnischen Aufständischenverbände in Oberschlesien und Posen durch ihre radikale, mehrfach brutale antideutsche Einstellung hervorgetan. Sie sorgten dafür, daß selbst in Zeiten offensichtlicher Entspannung eine antideutsche Stimmung wachgehalten wurde."[5])

Diese Politik aber, und das ist nachdrücklich zu betonen, war offizielles Programm. Welche historischen Unterlagen auch immer herangezogen werden mögen: überall finden sich bedrückende Zeugnisse, die für die preußische oder deutsche Politik gegenüber Polen in dieser Zielstrebigkeit und Härte bis zu jenem Zeitpunkt unbekannt waren. Was auch immer Polen über den preußischen Kulturkampf der siebziger Jahre[6]), über das Ansiedlungsgesetz von 1886 und das Enteignungsgesetz von 1908[7]) auszusagen weiß: Tatbestand bleibt, daß polnischen Menschen nach einem Jahrhundert deutscher Herrschaft (1815—1918) in der Provinz Posen = 41,3 % und in Westpreußen 24,1 % des ländlichen Grundbesitzes gehörte[8]). Die Großzügigkeit Preußens ging so weit, daß es den polnischen Saisonarbeitern, die ihrerseits vom Westmarkenverband, der 1886 gegründeten „Landbank" in Posen und einem dichten Netz von polnischen Volksbanken und Parzellierungsinstituten „gesteuert" wurden, ermöglicht hatte, um die Jahrhundertwende im rein deutschen Ostpreußen, in dem nie Polen geschlossen gesiedelt hatten, privat Land in einer Größenordnung von 29 000 ha zu kaufen[9]). In seiner berüchtigten Denkschrift vom 8. 10. 1918, die Roman Dmowski dem US-Präsidenten Wilson vorgelegt und mit der er erhebliche Gebietserweiterungen für Polen gefordert hatte, gestand dieser polnische Agitator ein — und damit wird auch die nachfolgende polnische Agitation bis in unsere Tage ad absurdum geführt:

„Diese ganze Tätigkeit des deutschen Volkes und der deutschen Regierung konnte den nationalen Widerstand der Polen nicht brechen. Die polnische Bevölkerung und der polnische Grundbesitz wuchsen beständig, und der polnische Kaufmann, ebenso wie die polnische Industrie faßten schnell festen Fuß in der Konkurrenz mit dem deutschen Handel und

---

[5]) „Das östliche Deutschland — Ein Handbuch" S. 496.

[6]) B. Schumacher „Geschichte Ost- und Westpreußens" S. 285.
Die Ankäufe geschahen überwiegend auf Kosten des d e u t s c h e n Besitzes und bedeuteten keine Verdrängung polnischen Volkstums.

[7]) ebenda
Dieses Gesetz behielt den Charakter einer bloßen Ermächtigung und ist praktisch nur in vier Fällen im Jahre 1912 zur Anwendung gekommen.

[8]) F. Heiß „Deutschland und der Korridor" S. 159.
1918 waren in Posen = 47,8 % des Landes in privater deutscher Hand, 10,9 % im Staatsbesitz; in Westpreußen gehörte 55 % des Landes Deutschen und 20,9 % dem Staat.

[9]) B. Schumacher „Geschichte Ost- und Westpreußens" S. 287.

der deutschen Industrie. Das beweist die Kraft und die Lebensfähigkeit der polnischen Bevölkerung des gesamten Gebietes und ist zugleich das schlagendste Beispiel einer Regierung, die gegen den Willen und die Interessen des Volkes handelt, einer Regierung, die ihren destruktiven Charakter solange beibehalten wird, als die polnischen Provinzen einen Teil Deutschlands bilden werden."[10])

Bleibt für die Geschichte festzuhalten: Unter deutscher Herrschaft „wuchs der polnische Grundbesitz beständig", und der polnische Handel ebenso wie die polnische Industrie „faßten schnell festen Fuß in der Konkurrenz"!

Ganz anders sah das Polen des 20. Jahrhunderts das Zusammenleben mit dem deutschen Volk an:

„Schwerwiegend waren auch die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen gegen Minderheitsangehörige — Enteignung land- und forstwirtschaftlichen Bodens, Entlassung öffentlicher und privater Bediensteter, Nichteinstellung von Lehr- und Arbeitssuchenden oder Amtsstellenbewerbern, Nichtbeförderung öffentlicher Bediensteter aus Gründen der Volkszugehörigkeit, Streichung wohlerworbener Renten und Versorgungsbezüge, Nichtberücksichtigung von Betrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge — wovon besonders auch die Deutschen sowohl in Polen wie in der Tschechoslowakei betroffen wurden. Gegen diese und ähnliche Rechtsbeeinträchtigungen hätten die Betroffenen beim Völkerbund Schutz finden sollen. Rückschauend muß mit wirklichem Bedauern festgestellt werden, daß er sich dieser Pflicht nur ungenügend entledigt hat. Schon die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen, die für die Behandlung von Minderheitenbeschwerden geschaffen worden waren, waren der raschen und wohlwollenden Erledigung solcher Fälle ungünstig; so kam es, daß noch nicht einmal ein Zwanzigstel der dem Völkerbund zwischen 1920 und 1930 zugeleiteten Petitionen der Sache nach entschieden worden ist. Die übrigen 95,5 % wurden entweder zurückgewiesen oder blieben unerledigt."[11])

Im Jahre 1936 äußerte sich das Blatt des Marschalls Rydz-Smigly, der Warschauer „Kurjer Porany", zu diesem Thema:

„Man kann zwar nicht sagen, daß es den Deutschen gelingen würde, den fortschreitenden Entdeutschungsprozeß der westlichen Landesteile aufzuhalten, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sie im Begriffe sind, diesem Prozeß Hindernisse in den Weg zu legen."

„Die Polen konnten also sicher sein, daß sie ihrem Ziel der Verdrängung bzw. der Aufsaugung der deutschen Volksgruppe weiterhin näherkommen würden. Was sie von der deutschen Volkstumsarbeit lediglich zu befürchten hatten, war eine Verlangsamung des Tempos."[12])

Durch Enteignung und Landreform hat sich Polen bis zum Jahre 1939 drei Viertel Millionen Hektar privaten deutschen Landbesitzes an-

[10]) P. Roth „Die Entstehung des polnischen Staates" S. 136.
[11]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 120.
[12]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939" S. 361.

geeignet[13]). Doch weder England noch der Völkerbund stellten sich dieser Politik entgegen, weder vor 1933 noch danach. Im Gegenteil, sie unterstützten diese durch ihre Haltung sogar noch zu dem Zeitpunkt, da die weiteren territorialen Ansprüche Polens auch in England die Gefahren für den europäischen Frieden deutlich gemacht haben mußten! Gewiß, französische und britische Politiker protestierten hin und wieder in Warschau, doch ohne Nachdruck und ohne Wirkung. Der „Manchester Guardian" wußte am 14. 12. 1931 aus Polen zu berichten:

> „Die Minderheiten in Polen sollen verschwinden. Die polnische Politik ist es, die dafür sorgt, daß sie nicht nur auf dem Papier verschwinden. Diese Politik wird rücksichtslos vorwärtsgetrieben und ohne die geringste Beachtung der öffentlichen Meinung der Welt, auf internationale Verträge oder auf den Völkerbund. Die Ukraine ist unter der polnischen Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten, auf dem Papier und in Wirklichkeit."[14])

Dieselbe britische Wochenzeitung ein Jahr früher, am 17. 10. 1930:

> „Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. Aus der Ukraine ist ein Land der Verzweiflung und Zerstörung geworden, was um so aufreizender ist, als die Rechte der Ukrainer völkerrechtlich gewährleistet sind, während der Völkerbund allen Appellen und Darlegungen gegenüber taub ist und die übrige Welt nichts davon weiß oder sich nicht darum kümmert. . . ."[15])

Den Minderheitenschutzvertrag, der grundsätzliche Bedingung bei der Übertragung deutschen Gebietes war[16]), kündigte die polnische Regierung in Verfolg ihrer konsequenten „Friedensmission" 1934 einseitig auf und verweigerte dem Völkerbund das ihm zugesprochene Recht, die „inneren polnischen Angelegenheiten" zu prüfen. Abgesehen hiervon jedoch betrieb Polen auch schon vor diesem Zeitpunkt „unter dauernder Mißachtung der gegebenen Garantien eine ausgesprochene Unterdrückungspolitik", indem es die Lebensgrundlagen der Volksdeutschen zu zerstören versuchte[17]).

> „Ein hoher polnischer Regierungsvertreter in Oberschlesien: ‚Wir polonisieren wieder — in zehn Jahren wird die Sache abgemacht sein'."[17])

Bezeichnend dafür, wie spannungsgeladen die deutsch-polnischen Beziehungen vor 1933 gewesen sind, ist die Tatsache, daß bis 1923 über eine halbe Million Deutsche ihre Heimat Posen-Westpreußen verlassen

---

[13]) F. Heiß „Deutschland und der Korridor" S. 243.
[14]) H. E. Jahn „Pommersche Passion" S. 235/236.
[15]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 117.
[16]) P. Roth „Die Entstehung des polnischen Staates" S. 57/58.
[17]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 42 und S. Horak „Poland and her National Minorities, 1919—1939" S. 65.

mußten und daß nach polnischen Angaben diese Zahl bis 1931 auf eine Million anstieg[18]). Das war — noch vor der Machtergreifung Hitlers — nahezu die Hälfte der dort ansässigen deutschen Bevölkerung! Bis zum August 1939 sind rund 1,5 Millionen von den insgesamt 2,2 Millionen Deutschen aus dem Korridorgebiet und Ostoberschlesien zur Flucht ins Reich gezwungen worden[19]). Allein in den Sommermonaten 1939 betrug die Zahl der in deutschen Lagern untergebrachten Flüchtlinge bis zum 21. August 1939 = 70 000, wobei jene Flüchtlinge nicht mitgerechnet sind, die privaten Unterschlupf gefunden haben oder auf der Flucht erschossen oder gefangengenommen worden sind[20]).

Ein führender Mann des deutschen Genossenschaftswesens in Westpreußen:

> „Der (polnische) Schulunterricht mit seinen Lesebüchern, die Zeitungen, der polnische Rundfunk hatten zwanzig Jahre hindurch Haß gesät."[21])

> „Die Grundlage, auf der nach dem Versailler Vertrag die deutsche Minderheit in Polen ihr Leben hätte führen sollen, war ihr damit entzogen (Entschluß der polnischen Regierung, die Organisationen der deutschen Minderheit zu zerstören)."[22])

> „Daß diese friedliche Mitarbeit der deutschen Genossenschaften am Aufbau des polnischen Staates von ihm mit Argwohn und einem immer verschärften Druck beantwortet wurde, ist nur ein Ausschnitt aus der Lage der deutschen Minderheit in diesen zwanzig Jahren vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg."[22])

> „Am fühlbarsten war die verschärfte Haltung des Staates in der Handhabung der politischen Verwaltung, besonders der polizeilichen Aufsicht mit Einschluß des Paßwesens. Hier gab die neue Änderung der Grenzzonenordnung 1934 den Staatsbehörden im erweiterten Grenzgebiet, das nun ganz Pommerellen und den größten Teil der Wojewodschaft Posen umfaßte, beinahe unbeschränkte Rechte gegen die Staatsbürger, indem u. a. auch der Aufenthalt und das Wohnrecht im Grenzgebiet auf dem Verwaltungswege aufgehoben werden konnten. Diese Bestimmungen wurden 1937 nochmals verschärft und stellten nun auch das bäuerliche Erbrecht in Frage. Schon lange vor dem Kriegsausbruch waren bei der Polizei Formulare gedruckt, mit denen bei Kriegsbeginn allen Deutschen, die ein örtliches Ansehen zu haben schienen oder die der Polizei mißliebig waren, ihre Verhaftung mitgeteilt wurde — die Einleitung zu ihrem blutigen Marsch nach dem Osten Polens."[23])

Es ist kein „Hitler-Faschist", der folgendes schreibt:

> „Die polnische Öffentlichkeit ergriff seit 1933 angesichts der nationalen Konsolidierung des gesamten deutschen Volkes eine wachsende Unruhe.

---

[18]) Deutsches Weißbuch Nr. II S. 17, Dok. 10.
[19]) F. Heiß „Deutschland und der Korridor" S. 224.
[20]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939" S. 351.
[21]) F. Swart „Diesseits und jenseits der Grenze" S. 151.
[22]) ebenda S. 150.
[23]) ebenda S. 128.

Diese wurde durch eine übertriebene und falsche Berichterstattung, in welche immer wieder Nachrichten über Polenverfolgungen im Reich eingestreut wurden, gesteigert. Neben der Beunruhigung machte sich eine planmäßige Verhetzung der Bevölkerung in Polen breit....

Mit dem Pressefeldzug um den Zwischenfall auf der Westerplatte hatte die antideutsche Stimmung schon im März 1933 einen Höhepunkt erreicht. Die Spannung entlud sich aber nicht in einem stimmungsmäßig vorbereiteten Konflikt mit Deutschland, sondern in Überfällen auf die Deutschen in Polen. Der Druck der öffentlichen Meinung fand hier ein Ventil. Man kann geradezu von einem Schema sprechen, nach welchem solche Deutschenverfolgungen vorbereitet wurden und sich abspielten. Sie waren nicht spontane Äußerungen einer ‚kochenden Volksseele', sondern von langer Hand durch die deutschfeindliche Presse und ebensolche Organisationen herbeigeführt."[24])

„Die Einengungspolitik der polnischen Behörden ging weiter, so als ob es keinen Verständigungspakt gegeben hätte."[25])

„Auf dem Gebiet der Volkstumspolitik erschienen die natürlichen Gegensätze so stark, daß sie jedes positive Verhältnis der Staaten zueinander unmöglich zu machen drohten."[26])

„Schon im Frühjahr 1933 hatte der Wojewode (von Ostoberschlesien, Grazynski) mit einer programmatischen Rede im Polnischen Innenministerium die Parole ‚Deutsche ausrotten' verkündet...."[27])

„Die polnische Regierung ließ die (deutschen) Vorschläge unbeantwortet und benutzte den Nichtangriffspakt weiterhin als Deckmantel für eine rigorose Einengungspolitik."[27])

Ein anderes Forschungsergebnis:

„Indem Polen alle Vereinbarungen und Versprechungen des guten Willens, die wiederholt erneuert wurden, ungeachtet der Proteste durch die Vertreter der deutschen Gruppen in Polen oder die Deutsche Regierung, ignorierte, setzte es seine Politik der Übergriffe fort — bis in die letzten Tage seiner Existenz als unabhängige Nation."[28])

Ein Holländer, Louis de Jong, Leiter des Niederländischen staatlichen Institutes für Kriegsdokumentation in Amsterdam, erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg von der UNESCO den Auftrag, die viel zitierte und geheimnisvolle deutsche „Fünfte Kolonne" historisch-wissenschaftlich zu untersuchen. Sein Ergebnis:

„Der polnisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1934 hatte keine große Bedeutung. Regierung und Öffentlichkeit in Polen verstärkten ihren Druck auf die Volksdeutschen."[29])

„Es sind keine deutschen Angaben bekannt geworden, die mit der Auffassung im Widerspruch stehen, daß die große Mehrheit der in Polen

---

[24]) R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937" S. 265.
[25]) ebenda S. 268.
[26]) ebenda S. 299.
[27]) ebenda S. 306 und 335.
[28]) S. Horak „Poland and her National Minorities, 1919—1939" S. 140/141.
[29]) L. de Jong „Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg" S. 44.

lebenden Reichsdeutschen und Volksdeutschen bis zum Eintreffen der deutschen Truppen eine passive Rolle gespielt haben."[30])

„Es fehlen Beweise dafür, daß diese von den Polen gemachten Beobachtungen tatsächlich auf die Aktionen von Volksdeutschen zurückgehen, die auf irgendeine Weise mit deutschen militärischen Operationen Verbindung hatten."[31])

„Im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde eine eidesstattliche Erklärung Bohles verlesen, worin dieser behauptet, weder die Auslandsorganisation noch deren Mitglieder hätten jemals auf irgendeine Weise Befehle erhalten, deren Ausführung als Tätigkeit einer Fünften Kolonne betrachtet werden könnte — und zwar weder von Rudolf Heß, dessen unmittelbarer Untergebener Bohle war, noch von ihm selbst. Auch habe Hitler niemals Weisungen dieser Art erteilt. Bohle gab zu, daß es im Ausland Deutsche gegeben habe, die für Spionagezwecke verwendet worden seien, daß aber dergleichen Arbeit von Franzosen und Engländern auch für deren Geheimdienste ausgeführt worden sei. In jedem Falle habe die Spionagetätigkeit dieser Deutschen niemals etwas mit ihrer Zugehörigkeit zur Auslandsorganisation zu tun gehabt."[32])

„Die von Heß und Bohle vorgebrachten Argumente wurden von der Weltpresse nicht abgedruckt."[32])

Prof. Hans Koch, ein unanfechtbarer Mann des Auslandsdeutschtums, erklärte:

„Kurt Lück, einer der besten Kenner des deutsch-slawischen Verhältnisses, hat ein Lexikon zusammengestellt, in dem auf über 50 Seiten nur Schimpf- und Schmutzlieder der Polen gegen die Deutschen verzeichnet sind; eine Unsumme geradezu pathologisch anmutender überheblicher Lieder, in denen die Deutschen gewöhnlich mit Hunden verglichen werden. Auf deutscher Seite sind Lieder von ähnlich abgrundtiefer Abneigung nicht vorhanden. Bekanntlich haben wir vielmehr eine ganze Reihe von deutschen Liedern, in denen den Polen Sympathie ausgedrückt wird....

Ebenso gibt es keinen bekannten deutschen Roman oder ein Gedicht vom Marsch auf Moskau, kein deutsches Buch, das vom Marsch auf Warschau sprach. Wohl aber gibt es ein polnisches zweibändiges Werk, 1927 in Thorn erschienen, das vom Marsch auf Berlin handelt...."[33])

Stellen wir neben diese für Jahrzehnte nachweisbare öffentliche Grundhaltung Polens die Tatsachen, daß in Polen insbesondere in den Vor-

---

[30]) ebenda S. 153.

[31]) Die hier zitierten polnischen „Beobachtungen": Markierung der Dächer, Kamine, des Bodens als verabredete Zeichen für die deutsche Luftwaffe; dem gleichen Ziel dienten angeblich Licht-, Rauch- und Spiegel-„signale";
Besondere Knöpfe, Wolljacken, Halstücher seien Erkennungsmarken für Agenten gewesen; verkleidete Priester und Mönche hätten Geheimsender in Streichholzschachtelgröße betätigt.
L. de Long ebenda S. 154.

[32]) ebenda S. 138 und 139.

[33]) H. Koch in „Der deutsche Osten" — Referate des Ersten Ostseminars der Hochschule für politische Wissenschaften München 1956 S. 28/29.

kriegsjahren Massenversammlungen stattfanden unter dem offiziellen Motto „Auf nach Danzig!“, „Auf nach Berlin!“[34]) und daß gewisse Kreise des Westmarkenverbandes zur gleichen Zeit forderten, „alle deutschen Männer zu entmannen, damit sich die deutsche Brut in Polen nicht noch vermehre“[35]), — so sind für jeden gerecht denkenden Menschen die Grenzen friedfertiger und kriegerischer Politik abgesteckt. Denn in Deutschland hat es in all diesen Jahren nichts Vergleichbares gegeben, vielmehr herrschte hier eine prinzipiell auf Achtung und Anerkennung des östlichen Nachbarvolkes beruhende Grundhaltung!

Die Minderheitenbestimmungen, obgleich im Jahre 1937 nunmehr zweiseitig zwischen Deutschland und Polen vereinbart, wurden von Polen nach wie vor verletzt, wie Außenminister Beck offen eingestand[36]).

> „Sogar Minister Beck gibt für diese Zeit — wenn auch in überaus vorsichtiger Formulierung — zu, daß
> ‚die Wojewoden, insbesondere die von Schlesien und Posen, eifrig miteinander wettzueifern‘ schienen,
> ‚Maßnahmen zu ergreifen, die zur Regelung der Minderheitenfragen in unseren Westprovinzen wenig geeignet waren.‘...
> Als ‚Provokationen‘ sind doch von den nationalistischen Polen schon die harmlosesten Lebensäußerungen der Deutschen, der Gebrauch der deutschen Sprache usw. bezeichnet worden....“[37])

1937 erhoben der Senator und Vorsitzende des „Rates der Deutschen in Polen“, Erwin Hasbach, und der Landesleiter der Jungdeutschen Partei in Polen, Rudolf Wiesner, im Sejm erneut Beschwerde:

> „Das Deutschtum in Oberschlesien ist nach 15 Jahren Genfer Konvention eine hungernde, arbeitslose und verzweifelnde Volksgruppe. Alles hat man uns genommen, mehr als 80 % sind in Oberschlesien arbeitslos und hungern, unsere Jugend wächst, ohne einen Beruf zu erlernen, heran, gegen unseren Kaufmann und Handwerker führt man eine unerbittliche Kampagne. Sollen wir auch den Boden verlieren? Der Staat und das polnische Volk müßten sich darüber klar sein, daß Armut und Hunger Grenzen erreichen, die man nicht überschreiten darf. Der Worte über die Gleichberechtigung und gleiches Recht auf Arbeit und Brot für alle sind genug gewechselt. Wir Deutsche wollen endlich Taten sehen. Wir sind nunmehr dafür, unsere nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte nur mehr auf innerpolitischem Wege durchzusetzen. Voraussetzung ist allerdings polnischerseits ein Verzicht auf den Vernichtungswillen.“[38])

Die von Berlin aus angeregten inoffiziellen Expertengespräche von

---

[34]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939“ S. 320 und Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XVIII.
[35]) Deutsche Arbeit 39. Jhg. S. 326.
[36]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc 312.
[37]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939“, S. 363.
[38]) R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937“ S. 318.

Verantwortlichen der Innenministerien beider Länder zur Verbesserung des Loses der Minderheiten sowohl im Reich als auch in Polen lehnte die polnische Regierung wiederholt ab[39]).

Verschärftes Vorgehen im Jahre 1938/39

Sehen sich „anti-faschistische“ Historiker genötigt, die polnische Politik der Vorkriegsjahre zu skizzieren, so gelangen auch sie zu einem Urteil, das die ehemalige polnische Regierung belastet. Selbst s i e bescheinigen, daß Polen in seiner Außen- und Minderheitenpolitik „keine gute Hand gehabt“[1]), ja nicht einmal seine Sozial- und Verfassungsfrage zu lösen[2]) oder die trostlose Lage der Bauern zu bessern verstanden hatte[3]) und daß Polen in der Errichtung von Konzentrationslagern führend war. Selbst s i e bescheinigen, daß der deutsch-polnische Minderheitenstreit keine Erfindung Hitlers gewesen sei. Sogar im Hochsommer 1939 stellte die britische Regierung als Hauptbedingung für einen Kredit an Polen „die fundamentale Neuregelung polnischer Wirtschafts- und Finanzverhältnisse“, wozu eine Abwertung des Zloty gehörte[4]).

> „Im großen ganzen stimmt das von ihnen (den deutschen Veröffentlichungen über die Leiden der Volksdeutschen) gezeichnete Bild mit dem überein, was die Polen selbst in ihren Veröffentlichungen mitteilen. Will man sich von Verfolgungen eine Vorstellung machen, so wäre es ein Fehler, das unbeachtet zu lassen, was die Opfer zu sagen haben. Sie haben gewöhnlich ein besseres Gedächtnis als ihre Verfolger.“[5])

Die Reichsregierung hatte nach Ansicht des Widerstandsangehörigen von Weizsäcker frühzeitig den besten ihrer Botschafter nach Warschau entsandt[6]). Während Polen jahrelang eine aufreizende Pressepolitik betrieb, trat Deutschland demgegenüber in seiner Publizistik kurz — bis zur Unterdrückung der Berichte über empörende Tatsachen. Dem im Frühjahr 1939 in Warschau neugeschalteten Kurs entsprach es, im April die alljährlich nach Deutschland kommenden Saisonarbeiter erstmals zurückzuhalten, lange vor den Ereignissen, die angeblich zu

[39]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 151.

[1]) W. Hofer „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ S. 28.
[2]) K. Ploetz „Auszug aus der Geschichte“ S. 758.
[3]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 349.
[4]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 245.
[5]) L. de Jong „Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg“ S. 49.
[6]) E. Weizsäcker „Erinnerungen“ S. 241/242.

der Spannung mit Deutschland geführt haben[7]). Abgesehen hiervon haben die seit Februar 1939 verschärften antideutschen Maßnahmen der polnischen Behörden eine derart deutsch-feindliche Stimmung entfesselt, daß selbst der Bereitschaft zum Mord keine Grenze gesetzt war.

„Jedes moralische Empfinden und jedes vernünftige Denken schien verschwunden zu sein.“[8])

Diese Politik Polens steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit den deutschen Verhandlungsvorschlägen an Polen vom 24. 10. 1938, auch nicht mit der Besetzung von Prag am 15. 3. 1939, wohl hingegen mit der grundsätzlichen polnischen Haltung gegen Deutschland in Verbindung mit der Zusicherung Londons an Warschau im August/September 1938, Polen „so viel wie möglich“ in Danzig bzw. gegen Deutschland zu unterstützen[9]).

Polen hat bereits nach Einverleibung des Olsa-Gebietes Anfang Oktober 1938 rücksichtslose Zwangsmaßnahmen wie Massenarbeitsentlassungen, Abschaffung der deutschen Amtssprache, die selbst die Tschechen geduldet hatten, Presse-, Versammlungs-, Veranstaltungsverbote, Ausschreitungen, Verhaftungen u. a. gegen die deutsche, aber auch tschechische Bevölkerung durchgeführt. (In den Parlamentswahlen von 1935 in Teschen und Oderberg hatten die Deutschen 46,8 % bzw. 40 %, die Polen 10 % bzw. 20 % Stimmen erzielt). 20 % der deutschen Bevölkerung im Teschener Raum (rund 5 000 Menschen) wurden innerhalb des ersten Monats der polnischen Herrschaft zur Flucht gedrängt[9]). Die diplomatischen Kontakte zwischen Deutschland und Polen blieben jedoch dank der Zurückhaltung der Reichsregierung von diesen Vorfällen unberührt (Befehl Hitlers, nichts Ungünstiges über Polen zu publizieren).

Die polnische Presse wartete bei ihren scharfen Attacken auf Deutschland nicht einmal die britische Garantie ab, sondern begnügte sich bereits mit geheimen Zusicherungen aus London vom August und September 1938 sowie den Nachrichten von Januar bis März 1939 aus London und Washington[10]). Bereits einen Monat v o r Hitlers Einmarsch in Prag, am 15. Februar 1939,

„veröffentlichte Polen trotz des Abratens der Westmächte die Liste über die Güter, die demnächst kraft der Bodenreform beschlagnahmt werden sollten. Die Liste enthielt außerordentlich viel deutsche Namen. Am 24. und 25. Februar ereigneten sich schwere anti-deutsche Ausschreitungen der Studentenschaft.“[11])

---

[7]) H. Springer „Es sprach Hans Fritsche“ S. 214.
[8]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939“ S. 348.
[9]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 152 und 221.
[10]) H. Roos „Polen und Europa“ S. 395.
[11]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. I S. 410.

Raubte die Landreform 1938 der deutschen Minderheit ⅔ ihres Ackerlandes, so enteigneten Grenzlandgesetz und Landreform im Februar 1939 Fluren, die zu 72 % deutschen Menschen gehörten (in den bisherigen Jahren durchschnittlich zu 66 %)[12]. Innerhalb eines 30 km breiten Grenzstreifens durften Deutsche kein Land mehr besitzen; dies betraf im 85—110 km breiten „Korridor" fast das gesamte westpreußische Gebiet[13]. Hinzu kam die Tätigkeit des polnischen Westmarkenverbandes, „dessen einziger Programmpunkt die Vernichtung des Deutschtums an der polnischen Westgrenze" war[13]. Der Direktor dieses Westmarkenverbandes, M. Zaleski, behauptete zur gleichen Zeit in einer Kattowitzer Rede, der Pakt mit Deutschland 1934 sei von seiten Polens lediglich aus taktischen Gründen abgeschlossen worden, um den Boden für einen zukünftigen Konflikt vorzubereiten; er sei eine bequeme Abschirmung, hinter der sich die polnische Regierung der deutschen Minderheit entledigen könne[14]. Kenner dieser Entwicklung haben schon früher diesen Sachverhalt festgestellt[13]. Zusätzlich zur Landreform wurden zahllose deutsche Unternehmen, Gemeinschaftsgebäude und Vereine geschlossen, konfisziert oder demoliert, deutsche Kinder von aufgehetzten polnischen Mitschülern in den Schulen drangsaliert, deutsche Bauernhäuser angezündet, „Demonstrationen gegen die Deutschen" organisiert, Massenverhaftungen, Verschleppungen eingeleitet, Schlägereien geduldet und unterstützt, Arbeiter systematisch entlassen, die Bestimmungen des Ausnahmezustands der Grenzzone auf über ⅓ des polnischen Hoheitsgebietes ausgedehnt[15] und weitreichende Verhaftungslisten vorbereitet.

Die seit August/September 1938 angedeutete britische Rückendeckung, der offizielle Blankoscheck vom 31. 3. 1939, aber auch der aufstachelnde Ton Präsident Roosevelts steigerten den polnischen Chauvinismus bis zur offenen Verfolgung der Volksdeutschen. Die gefährlichen Auswirkungen dieser polnischen Aktivität hat der britische Botschafter Kennard seiner Regierung in London wiederholt seit Monaten zur Kenntnis gebracht.

Auch durch die deutsche Regierung ist London in den entscheidenden fünf Monaten des Jahres 1939 — April bis August — wiederholt auf die überaus ernsten Vorkommnisse in Polen aufmerksam gemacht wor-

---

[12]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 349 und A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 39.
[13]) ADAP V Nr. 51.
[14]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 145.
[15]) ebenda Dok. 349—450.

den. Sachlich richtig — und von der historischen Forschung unwiderlegt — stellte das deutsche Weißbuch im Jahre 1939 fest:

„Deutsche Proteste sind erfolglos (Nr. 360). Anfang April wird ein öffentlicher Aufruf in ganz Polen verbreitet, der das Generalprogramm für die Entdeutschung des Landes enthält (Nr. 358). Mitte April überschreiten die ersten deutschen Flüchtlinge die Grenze (Nr. 359). Den Konsulaten ist es fast unmöglich, alle Fälle einzeln aufzuführen. (Nr. 361). Auch in Oberschlesien tobt die Hetze ohne Maßen (Nr. 362). Terrorakte füllen die Berichte der deutschen Konsulate (Nr. 363). Der Aufständischenverband gibt die Terrorbefehle aus (Nr. 364). Am 6. Mai meldet Generalkonsulat Kattowitz 200 Terrorfälle (Nr. 365), am 19. Mai weitere hundert (Nr. 372) allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und seines Eigentums mehr sicher. Der Terror greift auch auf das kongreß-polnische Gebiet über und wird durch planmäßige Brandstiftung verschärft (Nr. 366). Die letzten kulturpolitischen Stützpunkte des Deutschtums werden zerstört. (Nr. . . .). Die deutsche Volksgruppe wendet sich in ihrer Verzweiflung an den polnischen Staatspräsidenten (Nr. 369). Die englische Regierung wird durch die deutsche Botschaft über die friedensgefährliche Entwicklung auf dem laufenden gehalten (Nr. 368), ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Hetze zu Deutschenpogromen, bei denen Tausende von Deutschen „wie Freiwild“ gejagt werden (Nr. 370 + 371). Die Flüchtlingsbewegung nimmt zu (Nr. 374), desgl. das polnische Säbelrasseln, die Verkündung annexionistischer Kriegsziele (Nr. 367 + 378) und die öffentlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen des Führers, die erneut zu scharfen Protesten zwingen (Nr. 382). Auf dem wirtschaftlichen Sektor werden planmäßig deutsche Genossenschaften, Molkereien und Apotheken liquidiert (Nr. 380 + 395). Lodz meldet am 7. Juni:

‚Die Bedrohungen der Volksdeutschen mit Totschlag, Folterungen usw. sind zu täglichen Selbstverständlichkeiten geworden.‘

Ganze Familien bringen wegen der ständigen Morddrohungen ihre Nächte in den Wäldern zu (Nr. 381).

Proteste im Polnischen Außenministerium werden mit Achselzucken und stillschweigendem Eingeständnis beantwortet, daß man gegenüber den Militärs machtlos und der Gefangene des polnischen Chauvinismus geworden ist (Nr. 382 + 385). . . .

Polnische Bischöfe werden von einem Generaloberst aufgefordert, dafür zu beten, daß den ‚polnischen Brüdern jenseits der Grenze ihre Probezeit verkürzt und sie durch ein zweites Grunwald aus der Unfreiheit erlöst würden‘ (Nr. 392). . . .

Immer mehr stellt sich heraus, daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind (Nr. 396). . . .

Das Deutschtum in Galizien steht vor der Vernichtung. Es sieht keine Zukunft mehr und wird mit Brandstiftung und Gefahr an Leib und Leben bedroht (Nr. 407). Was der offene Terror übersieht, wird durch Steuerterror und Behördenschikane nachgeholt (Nr. 408).“[16])

---

[16]) ebenda S. XVIII/XIX.

Auch unabhängige Historiker bestätigen nach dem Krieg diesen Sachverhalt:

„Was Polen im Jahre 1939 widerfuhr, kam keinesfalls überraschend. Es steht fest, daß bereits in den zwanziger Jahren nachdenkliche Beobachter und einige Staatsmänner jene Ereignisse vorhergesagt haben. Diese Voraussagen aber waren nur zu leicht in Vergessenheit geraten. Die provisorische Stabilisierung der Verhältnisse in Polen, Wunschdenken, eine gefühlsbedingte Beurteilung der Lage und eine falsche Einschätzung der wirklichen Stärke Polens unter dem Regime der mit dem Säbel rasselnden Pilsudski-Anhänger: alles dies trug dazu bei, daß sich in den dreißiger Jahren der Eindruck verbreitete, Polen habe selbst unter den einigermaßen schwierigen Verhältnissen festen Grund fassen können. Die Vernichtung des polnischen Staates muß viele, welche sich unter dem Einfluß jener optimistischen Schilderung befanden (einschließlich der großen Masse der irregeführten polnischen Bevölkerung, welche die Prahlereien der Regierung als Beweis der Stärke betrachtete), zutiefst erschüttert haben. Für die gut informierten Beobachter stellte dies keinerlei Überraschung dar, aber es gehört zu dem üblichen Verhalten in der internationalen Politik, daß man sich erschüttert zeigt, wenn etwas eintritt, das man eigentlich hätte kommen sehen müssen.“[17])

„Monate vor Ausbruch der Feindseligkeiten hatte die polnische Regierung angeordnet, daß Listen von verdächtigen Reichsdeutschen und Volksdeutschen angelegt wurden. Das geschah wahrscheinlich im April und Mai 1939, also etwa zu der Zeit, als Hitler den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt widerrief. Einige Gruppen von Volksdeutschen wurden vor Ausbruch des Krieges verhaftet und in Internierungslager gebracht.“[18])

„An vielen Orten hatten polnische patriotische Vereine eigene Listen von Leuten aufgestellt, die sie für unzuverlässig hielten. Auch diese Listen wurden jetzt (ab 1. 9. 1939), oftmals auf sehr harte Weise, angewendet.“[19])

„Landwirtschaftliche Genossenschaften der Deutschen wurden aufgelöst, und die meisten ihrer Schulen — wenige waren es ohnehin nur noch — wurden geschlossen, während Volksdeutsche, die sich kulturell betätigten, verhaftet wurden. Mitte Mai wurde in einer kleinen Stadt, wo 3 000 Volksdeutsche unter beinahe 40 000 Polen lebten, in vielen Häusern und Läden die Einrichtung in Stücke geschlagen. Mitte Juni wurden die noch vorhandenen deutschen Vereinslokale geschlossen.

Gegen Mitte August begannen die Polen, Hunderte von Volksdeutschen vorbeugend zu verhaften. Dabei suchten sie wieder diejenigen aus, welche im Leben der Volksdeutschen führende Posten innehatten. Deutsche Druckereien und Gewerkschaftsbüros wurden geschlossen. Am 24. August wurden acht Volksdeutsche, die in Oberschlesien verhaftet worden waren, auf dem Transport erschossen.“[20])

---

[17]) S. L. Sharp „Poland — White Eagle on a Red Field“ S. 151.
[18]) L. d. Jong „Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg“, S. 54.
[19]) ebenda S. 55.
[20]) ebenda S. 45.

„Angesichts der britisch-polnischen Garantie 1939 lief die Welle (der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen) immer höher auf und überspülte das ursprüngliche Problem: Danzig und die Passage durch den Korridor."[21])

Ein französischer Historiker, Professor Lebre, schreibt:

„Die polnischen Nationalisten, die einer Verständigungspolitik mit Deutschland entschieden widersprachen und Anhänger in der Armee, hauptsächlich aber im Innenministerium besaßen, benutzten die Lage (Annektierung des Olsa-Gebietes), um sich gegenüber den Deutschen, die in dem neu besetzten Gebiet wohnten, in Schikanen zu ergehen."[22])

„Diese Geistesverfassung (unwahrscheinliche Fähigkeit zum Irrealismus) äußerte sich in ungeschickten Provokationen, und Graf Szembek (Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium) sah sich am 16. Mai 1939 gezwungen, die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten Skladkowski ‚auf die Ausschreitungen unserer Propaganda im Innern über Deutschland, z. B. die Verbreitung einer Karte, auf der unsere Grenzen von Berlin bis Moskau gehen und ganz Litauen in unser Gebiet mit einbezogen ist', zu lenken. Die Bänkelsänger leisten sich allerlei unangebrachte Scherze über Deutschland und die Person Hitlers."[23])

„Der überreizte Zustand, in den die polnische öffentliche Meinung verfallen war, erklärt neben anderem die eigensinnige Haltung des Obersten Beck in den kritischsten Stunden, hauptsächlich der beiden letzten Augusttage."[24])

Gibt es nicht zu denken, wenn in dokumentarischen Standardwerken, wie z. B. der „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" von Prof. Michael Freund, die dem Nachweis für Hitlers alleinige Kriegsschuld dienen sollen, weder dokumentarisch nachgewiesen noch auch nur behauptet werden konnte, daß deutsche Provokationsakte im Korridorgebiet 1939 das deutsch-polnische Verhältnis gestört haben? Weder in diesem noch in anderen ernsthaften Publikationen ist behauptet worden, daß die in den deutschen Weißbüchern zur Vorgeschichte des Krieges veröffentlichten Dokumente über die Behandlung und Hinausdrängung der deutschen Volksgruppe in Polen übertrieben, unsachlich oder gefälscht seien. Im Gegenteil finden wir die Aussage über die „in der Tat äußerst schlechte und selbst grausame Behandlung der deutschen Minderheit in Polen" sowie darüber, daß das „polnische Volk von einer der unablässigen Wogen des Deutschenhasses ergriffen" worden sei[25]).

„Niemand behauptet, daß die deutschen Minderheiten in Polen großzügig behandelt worden wären."[26])

---

21) E. v. Weizsäcker „Erinnerungen" S. 242.
22) H. Lebre „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges", S. 43.
23) ebenda S. 81.
24) ebenda S. 83.
25) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 88.
26) ebenda Bd. II S. 240.

Über die systematischen Eigentumsenteignungen seit 1918/1919, über den öffentlichen Aufruf in ganz Polen Anfang April 1939 zur Entdeutschung des Landes beginnend mit dem totalen Wirtschaftsboykott der deutschen Minderheit[27]), über die Finanzamtrichtlinien, „mit allen Mitteln das Besitztum der Minderheit zu reduzieren"[28]), über die willkürlichen Verhaftungen, Justizschikanen und Existenzvernichtungen durch das offizielle Polen, darüber herrscht heute Schweigen.

Die deutsche Volksgruppe in Polen hat sich stets loyal verhalten, und Tausende von Volksdeutschen haben der Dienstverpflichtung in der polnischen Armee Folge geleistet.

> „Die polnischen Behörden haben, solange sie amtierten, auch nicht den Versuch unternommen, den Deutschen in Polen illoyales Verhalten nachzuweisen, weil das, von geringen Einzelfällen abgesehen, unmöglich gewesen wäre."[29])

Keine der volksdeutschen Organisationen politischer oder wirtschaftlicher Art hat für deutsche militärische Operationen zur Verfügung gestanden, was man von der polnischen Minderheitengruppe in Deutschland nicht sagen kann[30]). Nach wie vor ist die Aussage des polnischen Außenministers Oberst Beck vom 31. 8. 1939 nachmittags unbestritten, „daß sich keine weiteren ernstlichen Zwischenfälle (von deutscher Seite) ereignet hätten"[31]). Ein einziges Mal hat sich Beck beim britischen Botschafter über „Sabotageakte" beschwert; das war am 31. 8. 1939 um 19.41 Uhr, wobei er jedoch hinzusetzte, daß es nicht ersichtlich sei, ob die Urheber Deutsche oder Ukrainer seien[32]).

Dieser korrekten deutschen Haltung standen die polnischen Provokationen gegenüber, die ein deutscher Historiker aus eigenem Erleben in Westpreußen schildert:

> „Zu den Überfällen und Gewalttätigkeiten gesellten sich immer häufiger Drohungen, daß man mit den Deutschen radikal Schluß machen wolle. Viele Polen ließen durchblicken, daß schwarze Listen geführt oder angelegt würden. Der überwiegende Teil des polnischen Volkes ließ sich von dem Haßgefühl den Deutschen gegenüber übermannen und befand sich in einer politischen Psychose, aus der heraus sich der einzelne und erst recht die Masse Deutschen gegenüber zu jeder Aktion, auch der hemmungslosesten und grausamsten hinreißen ließen. Die Drohungen wurden immer gehässiger, die Überfälle verliefen immer blutiger. Die

---

[27]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 358.
[28]) ebenda Dok. 408 — Rundverfügung des polnischen Oberfinanzamtes in Graudenz, Hochsommer 1939.
[29]) R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937", S. 262.
[30]) ebenda S. 296.
[31]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 388.
[32]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 612.

Behörden aber begannen in größtem Maßstab Vorbereitungen für die Festnahme und Verschleppung von Deutschen zu treffen.“[33])

Ein anderer Historiker:

„Polen traf seit dem Frühjahr (1939) umfassende Kriegsvorbereitungen. Während des ganzen Sommers war ein polnisches Heer in der Linie von südlich Posen bis nördlich Bromberg aufmarschiert. Das war die äußere Lage, in der die polnische Regierung entschlossen war, die Organisationen der deutschen Minderheiten im Verwaltungswege aufzulösen.“[34])

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden — ein Amt, das man fraglos als unbedingt sachlich ansehen kann:

„Nicht berücksichtigt ist dabei (statistische Erfassung der volksdeutschen Bevölkerungsbewegung) die Massenflucht Deutscher aus Polen, die seit Mitte 1939 im Zeichen drohender kriegerischer Auseinandersetzungen durch die polnischen Deutschenverfolgungen ausgelöst wurde. Ende August (1939) waren etwa 70 000 Deutsche aus Polen in Lagern im Reich untergebracht, weitere Tausende in Privatunterkünften.“[35])

„Vor allem trieb der seit 1933 zunehmend verschärfte polnische Druck — etwa das Grenzzonengesetz, das den Deutschen in einem breiten Grenzgürtel das Erbrecht entzog — viele Deutsche aus dem Lande.“[35])

„Aus Mittelpolen, das vom Grenzzonengesetz nicht betroffen wurde und wo der Volkstumskampf erst kurz vor dem Kriege lebensbedrohende Formen für das Deutschtum annahm. . . .“[36])

Ein deutscher Historiker:

„Unterdessen (nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt) zeigte Warschau nach außen beständigen Gleichmut. Die wildesten Chauvinisten des Landes steigerten jedoch ihren schon seit einiger Zeit geübten Terror gegen Angehörige der deutschen Minderheit; auch beschossen polnische Flakbatterien fremde Verkehrsflugzeuge.“[37])

„Während der Quai d’Orsay das Warschauer Kabinett beinahe angstvoll drängte, den deutschen Verständigungsplan zu berücksichtigen, wünschte nun auch Downing Street eine ‚Konkretisierung der polnischen Verhandlungsbereitschaft‘.

Warschau hatte bisher keine wirksamen Schritte unternommen, um die blutigen Ausschreitungen halboffizieller Patriotenverbände einzudämmen, denen inzwischen etwa 3—4000 Angehörige der deutschen Minderheit zum Opfer gefallen waren. Es gebot diesen Umtrieben auch jetzt keinen Einhalt, sondern duldete eine zügellose Pressehetze.“. . .[37])

„Es war also letzten Endes die von Pilsudski so treffend charakterisierte tausend Jahre alte Deutschfeindlichkeit der polnischen Nation, die im

---

[33]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939“ S. 351/352.
[34]) F. Swart „Diesseits und jenseits der Grenze“ S. 145.
[35]) „Die deutschen Vertreibungsverluste“ hersg. vom Statistischen Bundesamt S. 285.
[36]) ebenda S. 286.
[37]) H. G. Dahms „Der Zweite Weltkrieg“ S. 45 und 48.

> Verein mit amerikanischen Einflüssen zu der Ablehnung der Hitlerischen Vorschläge entscheidend beitrug."[38])

Ein britischer Publizist, der noch im Sommer 1939 Polen bereist hatte, vermerkte:

> „Man muß fragen, ob es sich mit den Rechten der kleinen Nationen oder Nationalitäten vereinbaren läßt, daß sie so in Staaten einverleibt werden, wo sie einer solchen Behandlung ausgesetzt sind. Polen hat versucht, die Minderheiten zur Preisgabe ihrer Sprache und Bräuche zu veranlassen. Ungeachtet einer mehr als zwanzigjährigen Praxis dieser Art, wie ich sie in diesem Kapitel beschrieben habe, haben sie es nicht erreicht. Aber die Versuche halten weiter an. Man beginnt sich zu wundern, warum die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen nicht auch einigen Schutz von England genießen sollen, oder müssen es nur die Polen sein?"[39])

Das erste Blut, das vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geflossen ist, war das Blut volksdeutscher Menschen in Polen. Trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und der Spannung in den polnisch-sowjetischen Beziehungen scheute sich Polen nicht, die Verfolgung der Volksdeutschen und die anti-deutsche Pressepolitik noch zu intensivieren. Mitte August 1939 waren bereits 76 535 Volksdeutsche ins Reich geflohen[40]), und gewiß nicht, weil Hitler sie dazu gezwungen hätte. 20 000 Ermordete hatten die Volksdeutschen in Polen vor und nach Beginn der Kampfhandlungen zu beklagen, wovon 12 500 namentlich identifiziert werden konnten[41]). Das bedeutet nahezu doppelt so viele Tote an Volksdeutschen durch Mord wie gefallene deutsche Soldaten

---

In anderen Quellen werden 30—40 ermordete Volksdeutsche vor Beginn des Krieges und insgesamt, d. h. einschließlich der Wochen nach Kriegsbeginn, 7 000 angegeben. Der Streit um diese Zahlen hat erst nach Kriegsende eingesetzt, als Sieger und Mitsieger die deutschen Unterlagen zu ihren Gunsten manipulierten, der deutschen Geschichtsforschung unerwünschte Dokumentationen vorenthielten und u. a. auf diese Weise Einfluß auf die deutsche Geschichtsschreibung nahmen. Dennoch kam auch die polnisch-kommunistische Geschichtsschreibung nicht umhin, einzugestehen, daß diese Volksdeutschen die ersten Toten des Zweiten Weltkrieges waren, wobei die Verwerflichkeit dieser Fakten nicht davon berührt wird, ob der Sieger nur bereit ist, einige tausend Opfer weniger zuzugeben oder der damalige deutsche Sieger das Ausmaß dieses Schreckens vergrößert hat. Kenner der Verhältnisse verweisen jedenfalls immer wieder darauf, daß die veröffentlichten Zahlen viel zu niedrig sind und vor allem nicht jene unzähligen Opfer enthalten, die das Deutschtum in Polen durch polnischen Terror seit 1919 eingebüßt hat.
G. Rhode „Die Ostgebiete des Deutschen Reiches" S. 134.
W. Kuhn „Osteuropa-Handbuch Polen" S. 151.
K. M. Pospieszalski „Sprawa 58 000 Volksdeutschow" poln.
S. Horak „Poland and her National Minorities, 1919—1939" S. 135 (spricht von 8000).

38) H. Roos „Polen und Europa" S. 399.
39) B. de Colonna „Poland from the Inside", S. 132.
40) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts", S. 223.
41) Seraphim, Maurach, Wolfrum „Ostwärts von Oder und Neiße", S. 43.

während des gesamten Polenfeldzuges (10 572). Diese Ausschreitungen konnten nicht mit dem Vorwand entschuldigt werden, es habe sich dabei um eine der polnischen Regierung aus der Hand gleitende „Volksbewegung“ gehandelt. Die polnische Führung hat monatelang, ja jahrelang systematisch darauf hingearbeitet!

„Die Aktion gegen die Deutschen war planmäßig vorbereitet, sie war befohlen!
Diese Opfer wurden nicht etwa standrechtlich erschossen, — es lag den Niedermetzelungen der Deutschen nie ein Rechtstitel zugrunde —, ohne Grund wurden sie erschossen, ohne Grund zu Tode gequält, geschlagen und gestochen und die meisten obendrein noch bestialisch verstümmelt: es waren vorsätzliche Morde, die in der Mehrzahl von polnischen Soldaten, Polizisten und Gendarmen, dann aber auch von bewaffneten Zivilisten, Gymnasiasten und Lehrlingen verübt wurden. . . .“[42])

Und wie ist die offizielle polnische Einstellung n a c h dem Krieg?

„Die Polen bedauerten nicht, was sie getan hatten.“[43])

Polens Außenpolitik gegenüber Deutschland

Strategie

Die Staatskonzeption Polens ist von 1919 bis 1939 von derselben Militärjunta geprägt worden, die auch Polens Außenpolitik in diesem Zeitraum gestaltet hat. Daher ist die polnische Außenpolitik mit den Plänen und Zielen der militärischen Führer Polens eng verbunden.

„Pilsudski war zeitweilig Ministerpräsident, immer Kriegsminister und hatte immer die Kontrolle über die Armee, deren Generalinspekteur er bis zu seinem Tod blieb. Seine Günstlinge (nominees) wurden in allen strategischen Positionen des Polnischen Staates plaziert, in der Armee, der Industrie, den Banken, der Presse. Kritiker des Regimes sagten mit einiger Berechtigung, daß Polen in eine Kolonie verwandelt worden sei, um lukrative Jobs für frühere Mitglieder der Pilsudski'schen Legionen zu beschaffen.“[*])

Der mit diesen Worten lediglich angedeutete Staatsaufbau macht verständlich, daß in allen staatlichen Angelegenheiten Polens von 1919—1939 Militärs das Wort führten. Ihre territoriale Expansionspolitik richtete sich

---

[42]) H. E. Jahn „Pommersche Passion“, S. 243 — Weitere Einzelheiten ff.
[43]) L. de Jong „Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg“, S. 57.

[*]) H. Seton-Watson „Eastern Europe between the Wars 1918—1941“ S. 163.

— nach Westen („lebenswichtig, weil sie die Rohstoffbasis vergrößere und Polen den Status einer Großmacht sichere“[1]),
— nach Norden (weil der Zugang zur Ostsee, einschließlich „Odergebiete“, „Korridor“, Danzig, Ostpreußen, großer Teile Litauens, gleichbedeutend mit der Lunge des polnischen Staatsorganismus sei),
— nach Osten (weil Ostpolen einschließlich der Ukraine den „historischen Rechten Polens“ entspreche),
— nach Süden (weil dadurch die legitime Grenze nach Ungarn ermöglicht werde).

Diese Zielsetzung mußte sich sowohl in der Außenpolitik als auch in der Strategie Polens widerspiegeln. Machtdemonstrationen sollten den Großmacht-Status jedem Nachbarn deutlich vor Augen führen. Der bedeutendste polnische Autor über Polens Außenpolitik von 1935—1939, Adolf Bochenski, befürwortete offen Blutvergießen und tadelte jeden Versuch, mit Deutschland und Rußland ins Einvernehmen zu kommen[2]).

Die wiederholten Angriffspläne Pilsudskis, aber auch des Außenministers Beck in den Jahren 1919—1939 (drei allein für das Jahr 1933!) sind historisch nicht anzweifelbar. Sogar Vansittart, der langjährige oberste Beamte des Foreign Office, hat ihre Echtheit bestätigt[3]). Zwar pflegt man diese Aggressionspläne durch den propagandistisch entschärften Ausdruck „Präventivkriegspläne“ zu verharmlosen, doch setzen „Präventivkriegspläne“ die Kenntnis einer gegnerischen Aggressionsabsicht voraus, die Deutschland zwischen den Jahren 1919—1939 n i c h t gehegt hatte. Und Polen wußte, daß Deutschland weder zur Zeit der Weimarer Republik noch des Dritten Reiches ein militärisches Vorgehen gegen Polen ins Auge faßte, ja nicht einmal hätte fassen können, war doch das deutsche Volk anfangs in den Versailler Ketten gefesselt, schien doch Deutschland nach der Auffassung in Warschau selbst im Jahre 1939 für einen allgemeinen Krieg völlig unvorbereitet, sah doch schließlich die Strategie Warschaus vor, vom ersten Kriegstage an nach Berlin zu marschieren, ohne eine Verteidigung überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Der ehemalige Reichskanzler und nach dem Zweiten Weltkrieg prokommunistische Politiker Dr. Joseph Wirth erklärte in einem der „Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse“:

---

[1]) R. Dmowski „Upadek Mysli Konserwatywney w Polsce“, Warschau 1914 S. 123, zitiert bei: Joh. Alhers „Polen“, Berlin 1935 S. 70 ff und D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“, S. 25/26.

[2]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 69.

[3]) R. G. Vansittart „The Mist Procession“ S. 412, 468, 478.

„Alle deutschen Regierungen zwischen 1918—1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen. Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebietes gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen.... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich.... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. Wer angesichts dieser Tatsachen noch behauptet, daß wir Angriffsabsichten gehabt hätten, ist zu bemitleiden. Allen Provokationen der Polen gegenüber blieben wir ruhig und gelassen. Es war angesichts der jammervollen Lage an den deutschen Ostgrenzen selbstverständlich, daß Umschau gehalten worden ist, wie man wehrpolitisch die Lage verbessern könne. Als süddeutschen, katholischen Demokraten war uns jeder Haß gegen Polen durchaus fern. Aber gerade meine Freunde und ich machten mit den Polen die bittersten Erfahrungen."[4])

Der ehemalige Reichskanzler Prof. Heinrich Brüning in einem Brief an Dr. Rudolf Pechel aus dem Jahre 1947, veröffentlicht in der „Deutschen Rundschau":

„Das Versagen des Völkerbundes durch das Unterlassen einer Aktion gegen die japanische Besetzung der Mandschurei im Herbst 1931 in Verbindung mit einem neuen politischen Mobilisationsplan, über den wir im gleichen Jahre durch eine ausländische Macht informiert wurden, steigerte General v. Schleichers Nervosität in wachsendem Maße. Der polnische Mobilisationsplan war so aufgestellt, daß die bestimmte Absicht, ganz Schlesien bei gebotener Gelegenheit durch einen Handstreich zu nehmen, außer Frage stand."[5])

Vom 6.—15. März 1933 konzentrierte Polen zum wiederholten und nicht zum letzten Mal Truppen in Posen-Westpreußen so, daß sie jederzeit zu einem Vorstoß gegen Danzig, Ostpreußen und Schlesien eingesetzt werden konnten, wie denn überhaupt Marschall Pilsudski „schon in Friedenszeiten die Hälfte seiner Armee an den deutsch-polnischen Grenzen stehen ließ"[6]). Den drei deutschen Infanterie-Divisionen (in Königsberg, Stettin und Berlin) und zwei Kavallerie-Divisionen (in Frankfurt/Oder und Breslau), die zunächst für einen Einsatz an den deutsch-polnischen Grenzen in Frage kamen, standen 5 polnische Korps mit 15 Infanterie-Divisionen sowie zahlreiche Heerestruppen gegenüber[6]). Aufmarsch- und Operationspläne, bereits im Jahre 1923 im Zusammenwirken mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet, lagen vor. Seit 1931 bauten periodische „Probemobilmachungen" an den Westgrenzen Polens auf diesen Plänen auf[7]), die „Angriffshandlungen mit

---

[4]) Krupp-Prozeß Verteidigungsdokumentenbuch 2 a Nr. 47.
[5]) B. v. Richthofen „Deutschland und Polen" S. 38.
[6]) H. Roos „Polen und Europa" S. 6.
[7]) ebenda S. 38.

Präventivcharakter" vorsahen[6]). Nur die schließliche Weigerung der französischen Regierung und die „Furcht Polens vor sowjetischem Eingreifen" verhinderten den wiederholt geplanten „Präventivkrieg" gegen Deutschland[8]). Anläßlich der Rheinlandbesetzung 1936 war Polen wiederum drauf und dran, dem Reich einen Fangstoß von Osten her zu versetzen — trotz des inzwischen seit zwei Jahren wirksamen deutsch-polnischen Freundschafts- und Nichtangriffspaktes! Die „Operationsstudie Deutschland", der — wie gesagt — „Angriffshandlungen mit Präventivcharakter" zugrunde lagen, wurde seit Mai 1938 durch weitere Generalstabsarbeiten mit Frankreich ergänzt[9]).

Während der „hergelaufene politische Wegelagerer"[10]) „sich gegen den Weltfrieden verschwört"[11]), sind die Verantwortlichen der „friedliebenden" polnischen Politik von einem „illusionären Optimismus durchdrungen, der sie glauben macht, bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn in Berlin zu stehen"[12]). Polen hat bereits im Frühjahr 1939 Truppen einberufen und schließlich bis zum Sommer 1939 so viel militärische Verbände mobilisiert, daß später „von der allgemeinen Mobilmachung nur noch diejenigen Truppenteile betroffen wurden, die nicht durch individuelles Aufgebot zu erreichen waren"[13]). Diese Teilmobilisierung hat der polnische Außenminister Beck am 23. März 1939 grundlos eingeleitet und dann ständig ausgeweitet; sie machte sofort 334 000 Mann zusätzlich verfügbar und verdoppelte nach und nach das polnische Friedensheer. Im Zuge dieser Mobilisierung und des gleichzeitig ausgegebenen Operationsplanes wurde die polnische Armee entlang den deutschen Grenzen aufgestellt, wo sie bis Kriegsbeginn verblieb[14]). Der Operationsplan, der mit Beginn der Kampfhandlungen einen sofortigen und im wesentlichen ungehinderten Vormarsch nach Berlin vorsah, ist bis Kriegsbeginn nicht mehr abgeändert worden. Es ist von Bedeutung, daß er Hitler vor Kriegsbeginn bekannt gewesen ist.

Daß diese Strategie sehr ernst zu nehmen war, ergab sich aus vielen Indizien:

Wer weiß, wie verhängnisvoll sich die russische Mobilmachung im Jahre 1914 und die tschechische Mobilmachung am 20. Mai 1938 für die europäischen Völker ausgewirkt hatten, mußte sich der Folgen

---

[8]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 39 und B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 387.
[9]) H. Roos „Polen und Europa" S. 338.
[10]) Nachkriegsterminologie für Hitler.
[11]) Anklage des IMT-Nürnberg gegen Hitler und die NSDAP.
[12]) W. Hofer „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" S. 71 und 76.
[13]) ebenda S. 128.
[14]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 425—428.

und der Verantwortung einer erneuten Mobilmachung bewußt sein. Mobilisierung bedeutete Kriegsentschluß. Für die polnische Teilmobilisierung vom 23. März 1939 fiel zusätzlich ins Gewicht, daß Außenminister Beck — und auf seine Veranlassung am 26. 3 sein Botschafter in Berlin, Lipski — das deutsche Verhandlungsangebot vom Oktober 1938 mit Kriegsdrohung zurückwies[15]). Hitler wurde in herausfordernder Weise bedeutet, daß ein weiteres Bemühen um Danzig und eine verbesserte Durchgangsregelung durch den „Korridor" die polnische Kriegserklärung zur Folge haben werde. Beck wiederholte gegenüber dem deutschen Botschafter in Warschau, von Moltke, am Abend des 28. 3. 1939 diese Kriegsdrohung und setzte hinzu, daß man „in Zukunft Deutschland für jede vom Danziger Senat unternommene Handlung verantwortlich machen werde"[16]). — Dies angesichts einer „Freien Stadt"!

Wenige Monate später bezeichnete Polen in einer Note (vom 10. 8.) jede weitere Interessenvertretung Danzigs durch Deutschland sogar als Kriegsgrund[17])!

Am 25. März 1939 gab der britische Botschafter in Warschau, Kennard, zu, daß viele ausländische Diplomaten in Warschau glaubten, Polen sei darauf aus, einen Krieg zu provozieren. Wörtlich telegraphierte Kennard seinem Außenminister:

> „Die Aushebung von Reservisten ist, wie ich glaube, beträchtlich über die in meinem Telegramm Nr. 79 angegebene Größenordnung hinausgegangen. Eine kompetente Persönlichkeit nannte 750 000 als die Zahl der unter Waffen Stehenden. Diese, verbunden mit den vorsichtigen Maßnahmen, die im Danzig-Telegramm Nr. 7 (nicht abgedruckt) erwähnt sind, legen den Gedanken nahe, daß M. Beck beabsichtigt, die Diskussion über Danzig zu einem von ihm bestimmten Augenblick zu beginnen. . . . Ich war sehr betroffen über Angaben sowohl von M. Beck als auch vom Vize-Minister für auswärtige Angelegenheiten (meine Telegramme. . .), daß die Danzig-Frage *bald* diskutiert werden müsse.
>
> Ich teile nicht die alarmierenden Meinungen einiger meiner Kollegen, daß die polnische Regierung einen Kampf mit Deutschland zu forcieren beabsichtigt."[18])

Wenige Stunden später in einem weiteren Telegramm:

> „Vize-Minister für auswärtige Angelegenheiten sagte, daß irgendein deutsches Ultimatum oder irgendein Übergriff auf den Korridor natürlich Krieg bedeuten würde . . .
>
> Die gegenwärtige öffentliche Meinung hier ist kriegerisch und darauf

[15]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Nr. 208.
[16]) ebenda Nr. 211.
[17]) Weißbuch der Polnischen Regierung Nr. 86.
[18]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 523.

gerichtet, die Regierung in jeder Verteidigung von Lebensinteressen zu unterstützen....

Er erwähnte, daß er gestern im Sejm einer außenpolitischen Diskussion beiwohnen mußte, in der er arg in Verlegenheit gebracht worden sei. Er fühlte allgemein, daß M. Beck in einer äußerst schwierigen Position sei. Er hat natürlich jeden Versuch zu machen, eine Situation zu vermeiden, welche den Krieg nach sich zieht, aber auf der anderen Seite hat er das Maß von Gefühl in Rechnung zu stellen, das sich in Polen durch die jüngsten Ereignisse an der Süd- und Nordgrenze entzündet hat (which had been aroused)."[19])

Der deutsche Botschafter in Warschau berichtete am 28. 3. 1939 nach Berlin:

„Die erregte Stimmung, die in Polen seit einiger Zeit herrscht, hat noch erheblich zugenommen. In der Bevölkerung sind die wildesten Gerüchte verbreitet....

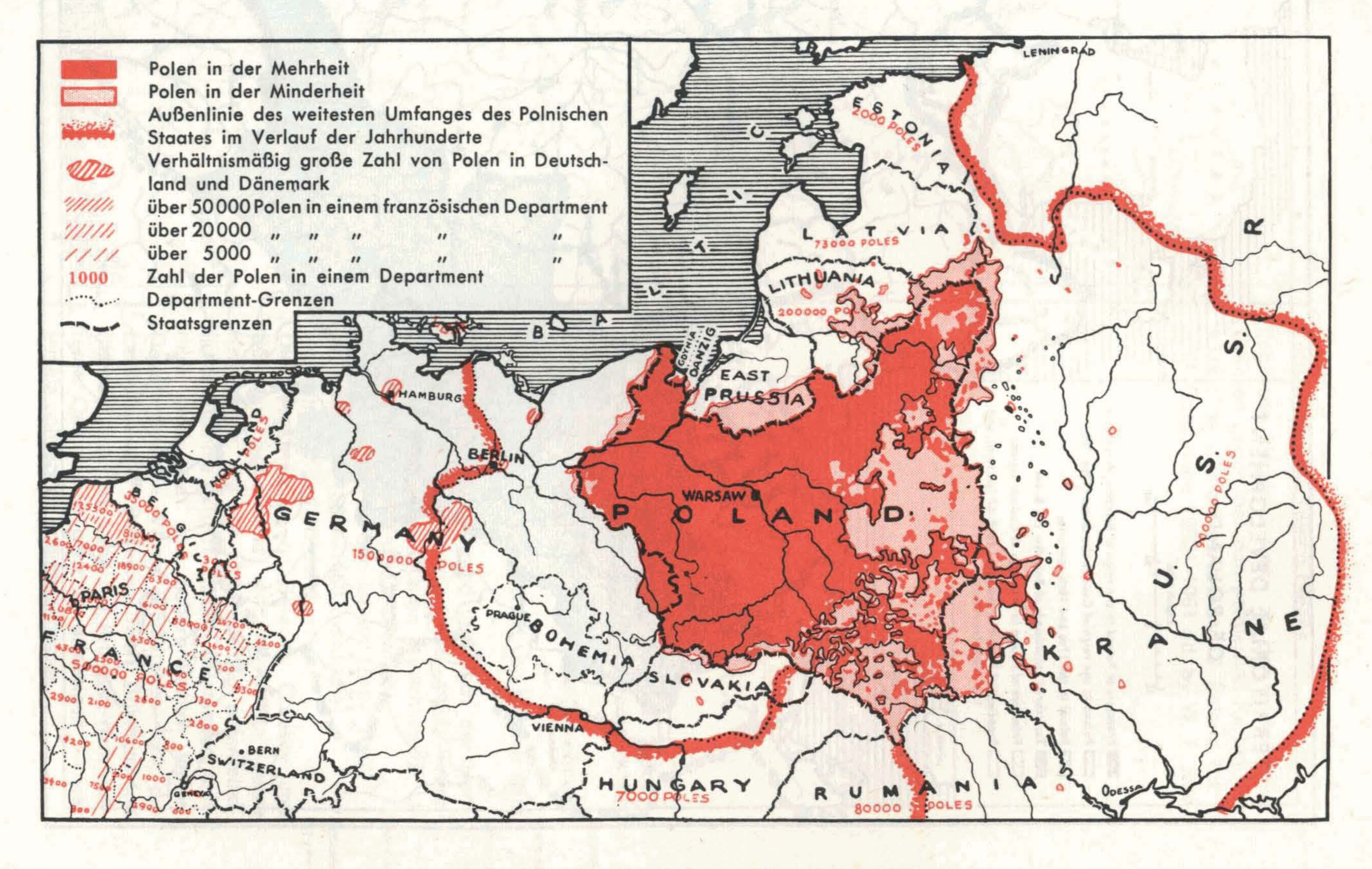
Von ernsterer Bedeutung ist das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch anti-deutsche öffentliche Kundgebungen — besonders in der Provinz —, die bereits vielfach zu Zwischenfällen geführt haben, und zum Teil auch durch eine säbelrasselnde offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiten Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe. Die praktischen Maßnahmen der Regierung tragen dazu bei, die vorhandene Kriegspsychose zu steigern.

Für die Art der offiziellen Wehrpropaganda ist besonders ein vielfach nachgedruckter Artikel des Militärblatts ‚Polska Zbrijna' ‚Wir sind bereit' charakteristisch. Darin wird u. a. ausgeführt, daß die Polen zum Unterschied von den Tschechen kein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den mächtigen Völkern dieser Erde empfänden. Die Zahl der fremden Divisionen schrecke die Polen nicht, denn seine eigene Armee, deren Ausrüstung, und der kriegerische Geist des polnischen Volkes reichten dazu aus, um Polen den Sieg zu sichern. Zahlreiche andere Veröffentlichungen, die seither täglich in der Presse erscheinen, sind im gleichen Geist und in der gleichen Tonart gehalten.

In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr. Daß es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung, die der Vizekriegsminister Gluchowski in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland überlegen sei, antwortete Gluchowski: ‚Aber selbstverständlich'."[20])

Oberst Beck war sich darüber im klaren, daß seine Militärpolitik, aber auch die Annahme und wechselseitige Ausweitung des britischen Blankoschecks eine Herausforderung war, die eine kriegerische Ausein-

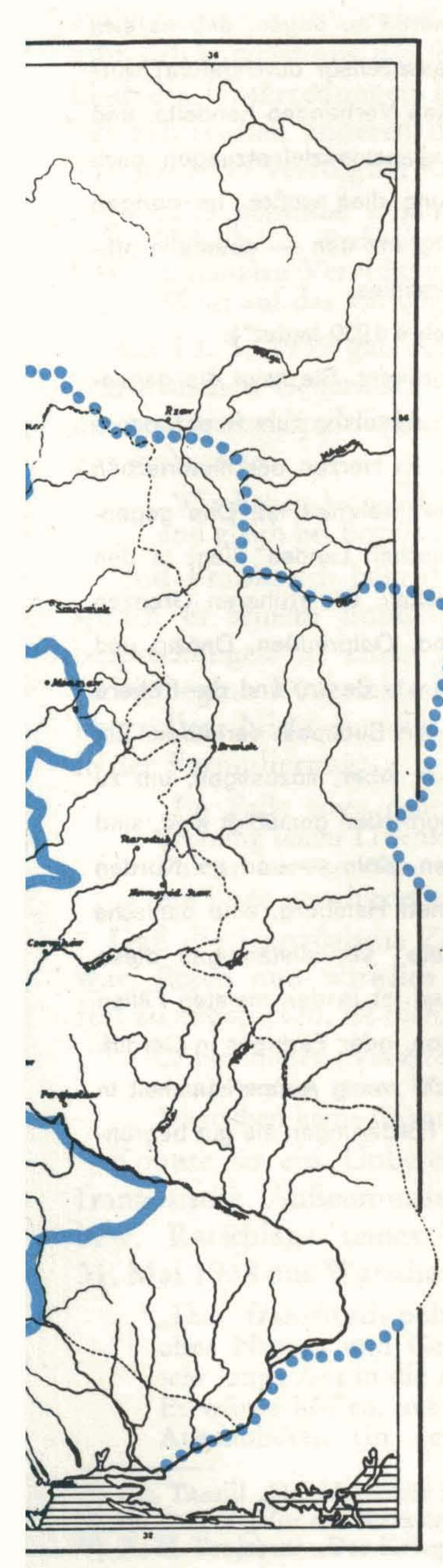
[19]) ebenda Vol. IV Doc. 524.
[20]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Nr. 210.



Offizielle polnische Karte aus dem Jahre 1939



TERRITORIAL DEVELOPMENT OF POLAND
English Miles
50 0 50 100
Frontiers of Poland in the reign of Bolesław Wrymouth
Poland in the reign of Casimir the Great (1366–70)
Poland in the 17th and 18th centuries
Territorial acquisitions of Bolesław the Brave
Frontiers of Poland in the reign of Casimir Jagiełło
Frontiers of Poland in the years 1619–67 (eastern), and 1561–1660 (northern)
ESTONJA
Dago
Ozylja
Inflanty
Ryga
SZWECJA
Królewiec
Pomorze
Prusy
Łużyce
Milsko
Budziszyn
Wrocław
Opole
PRAGA
Morawy
Trenczyn
Słowaczyzna
WIEDEŃ
W E G R Y
Poznań
Gniezno
Lublin
Lwów
Halicz
Wilno
Troki
Mińsk
Dyneburg



Territoriale Entwicklung Polens

Englische Vergleichskarte zu den historischen Grenzen gegenüber den polnischen Karten von 1939 (The Cambridge history of Poland Bd. I u. II, Cambridge 1950—1951 ed. by W. F. Reddaway)

Territoriale Erwerbungen von Boleslaw Chrobry (dem Tapferen) 992—1025 (betr. lediglich die Westgrenze)

Grenzen Polens z. Z. von Boleslaw Schiefmund (1102—1139)

Polen während der Herrschaft von Kasimir dem Großen (1333—1370)

Grenzen Polens während und nach der Herrschaft von Kasimir Jagiello (1386—1434) — Vereinigung Polen und Litauen (einschließlich Litauen und Ermland von Ostpreußen)

Grenzen Polens in den Jahren 1619—1667 (östliche) und 1561—1660 (nördliche)

Polen im 17. und 18. Jahrhundert

Die Westgrenzen von Boleslav Chrobry und Boleslav Schiefmund sind nicht nur durch Kriegszüge, die zur Unterwerfung polenfeindlicher Stämme geführt wurden, entstanden, sondern sind auch von außerordentlich kurzer Dauer gewesen. Weder Pomeranen noch die Lausitz, weder Schlesien noch Böhmen und Mähren, von dem Land der Prussen, dem späteren Ostpreußen ganz zu schweigen — war jemals polnisches Volkstumsgebiet.

Zu den polnischen Karten aus dem Jahre 1939 ist generell zu sagen, daß es sich im diktatorisch regierten Polen, in dem eine strenge Pressezensur durchgeführt wurde, um offizielle Karten, nicht etwa um die eines privaten Verbandes handelte, und daß die offizielle polnische Außenpolitik von 1939 Expansionszielsetzungen nach Westen vertreten hatte und daß die britische Regierung dies wußte. Im übrigen stehen diese Gebietsansprüche in engem Zusammenhang mit den — ebenfalls offiziellen — polnischen Gebietsansprüchen von 1919 in Versailles.

Der englische Text zu jener polnischen Karte aus dem Jahre 1939 lautet*):

„Diese Karte ist auf offizielle Daten und Statistiken gegründet. Sie zeigt die gegenwärtige Situation klar auf. Weite Landstriche, die jahrhundertelang zum Rzeczpospolita (dem „Polnischen Reich") gehörten, das sich direkt im Herzen der historischen Gebiete befindet, in dem das polnische Element in der Mehrheit ist. Das gegenwärtige Polen ist somit der Kern, der Rest des „Polnischen Landes" liegt in den benachbarten Staaten — nach den Angaben von Warschau. Die früheren Grenzen sind so gezogen, daß sie Litauen, Lettland und Estland, Ostpreußen, Danzig und solche phantasievollen Gebiete wie Deutschland (soweit wie Berlin) und die frühere Tschecho-Slowakei einschließen und direkt im Norden von Budapest verlaufen. Ein großes Stück von Rußland vervollständigt den Anspruch. Aber, sozusagen, um zu zeigen, daß diese Forderungen in Wirklichkeit noch einigermaßen gemäßigt sind, sind polnische Minderheiten im Gebiet von Dortmund, Essen, Köln — und im Norden von Frankreich bis hin zum britischen Kanal eingezeichnet! Hamburg, eine dänische Insel und einige andere „polnische Minderheitengebiete" vervollständigen diese Unterlage. Der Prozentsatz von Polen in diesen Gebieten ist in den meisten Fällen niedriger als jener der Franzosen oder Italiener in London, oder Farbiger in Cardiff. Solche Karten haben, so absurd es erscheinen mag, nicht wenig Aufmerksamkeit in Polen erregt, wo die weniger gebildeten Bewohner diese Forderungen als gut begründet annehmen.

---

*) B. de Colonna „Poland from the Inside", S. 160 ff.

andersetzung mit Deutschland in Rechnung stellte. Dieser Vorsatz ergibt sich sowohl aus den britischen und us-amerikanischen Dokumenten über die Unterredungen Becks in London Anfang April 1939 als auch aus zahlreichen anderen diplomatischen Korrespondenzen, nicht zuletzt aus den 1939 verfolgten Richtlinien der polnischen Politik.

> „Die polnische Diplomatie von 1938—1939 war ein Musterplan des Unheils.... Beck hatte nun Polen auf der Straße zum Krieg und zur nationalen Vernichtung weit hinausgetrieben. Eine solche Politik steuerte direkt auf das Verhängnis los." [21])

Am 18. 5. 1939 gab Kriegsminister General Kasprzycki in Paris den französischen Generalstabsoffizieren auf die Frage, ob die Befestigungen an der deutsch-polnischen Grenze einem Angriff standhalten könnten, zur Antwort:

> „Wir haben keine, denn wir gedenken einen Bewegungskrieg zu führen und gleich bei Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen."[22])

Und Frankreich bekräftigte Polen gegenüber diese Möglichkeit, versprach es seinem Bundesgenossen doch während dieser Generalstabsbesprechungen in einer Militärkonvention, spätestens 15 Tage nach Kriegsbeginn Deutschlands Westgrenze in einem operativen Vorstoß zu überrollen. Nicht nur dies. Polen erhielt den umstrittenen Danzig-Passus in der Formulierung:

> „Im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen oder im Falle der Bedrohung seiner Lebensinteressen in Danzig, welche eine bewaffnete Aktion Polens hervorrufen würde, wird die französische Armee automatisch mit ihren verschiedenen Wehrmachtteilen in Aktion treten."[22])

Daß die französische Zusage auch von dem Hintergedanken getragen war, Polen nun wirklich definitiv im Konzept der westlichen Mächte fest zu engagieren, ist nicht von der Hand zu weisen.

> „Aber dieses (Versprechen Frankreichs im Rahmen der Militärkonvention) waren nur Worte, darauf gerichtet, um zwischen Polen und Deutschen keine Gespräche zuzulassen."[23])

Konnte so ein Unbeteiligter im Nachhinein urteilen, so hatte der französische Außenminister seinerzeit zweifellos noch die Ansichten bzw. Ratschläge seines Botschafters Noél im Ohr, die dieser am 31. Mai 1938 aus Warschau übermittelt hatte:

> „Das französisch-polnische Bündnis zu lösen, liefe darauf hinaus, ohne Nutzen und Gegenwert irgendwelcher Art dieses Land sicher für sehr lange Zeit in die Arme Deutschlands zu treiben...
> Es würde heißen, auf das zu verzichten, was trotz allem in bestimmten Augenblicken ein gewinnbringender Trumpf in unserem Spiel sein

[21]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 550 und 554.
[22]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 224.
[23]) A. M. Projektor „Der Krieg in Europa 1939—1941" russ. S. 35.

konnte. Zugleich und als Gegenreaktion würde man Rumänien von unserem Bündnissystem vollständig entfernen. Die geographische Lage Polens, die Sympathie der meisten Polen für Frankreich, ihre militärischen Traditionen sind ebenso viele Gründe, die uns anspornen müssen, von dem Bündnis noch zu retten, was gerettet werden kann. So wird es für Polen schwerer sein, sich dem Reich stärker anzunähern und sich ihm vollständig zu unterwerfen. Wir werden dann, wenn die Umstände sich günstiger erweisen, weniger Mühe haben, Polen zu unseren Auffassungen zurückzuführen."[24])

Am 20. 7. 1939 erklärte der Oberbefehlshaber der polnischen Armee Marschall Rydz-Smigly in einem offiziellen Kommuniqué der polnischen Telegraphen-Agentur:

„Danzig ist wesentlich für Polen. Wer Danzig kontrolliert, kontrolliert unser Wirtschaftsleben....
Eine Besetzung Danzigs durch Deutschland würde ein Akt sein, der uns an die Teilungen Polens erinnert. Aus diesem Grund ordnete ich vor vier Monaten die Mobilmachung an, als der deutsche Kanzler seine Forderungen, Danzig und den Korridor betreffend, erneuerte. Bitte glauben Sie mir, daß diese Mobilmachung keine bloße Demonstration war. Wir waren zum Krieg bereit im Falle der Notwendigkeit ... sogar dann, wenn Polen allein, ohne Verbündete kämpfen sollte."[25])

Die illusionäre Zuversicht der polnischen Führung, nach wenigen Kriegstagen bereits in Berlin stehen zu können, ist vielfach belegt:

„Während der großen Truppenparade zum Nationalfeiertag (in Warschau) begrüßen fanatisierte Massen jeden neuen Truppenteil mit Sprechchören wie:

‚Auf nach Danzig!'

‚Vorwärts nach Berlin!'

Die Redner auf den Versammlungen sprechen offen davon, daß die deutschen Forderungen nach einer Verbindung mit Ostpreußen und der Rückkehr Danzigs zu Ostpreußen mit einem Krieg gegen Deutschland beantwortet werden müßten. Das lächerliche deutsche Heer, zusammengesetzt aus der unterernährten Generation des Versailler Vertrages, mit seinen albernen Panzerattrappen aus Pappe, werde man in Berlin zusammenschlagen. Die deutsche Wehrmacht, so lautet das Wortspiel des einen Redners, werde im Berliner Grunewald so vernichtet werden, wie das Heer des Deutschen Ritterordens 1410 bei Grunwald (der polnische Name für Tannenberg)."[26])

Am 15. 8. 1939 erklärte der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, dem französischen Außenminister Bonnet:

---

[24]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 44.

[25]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 368.
„News Chronicle" druckte bereits am 19. Juli ein gleichlautendes Interview von Rydz-Smigly ab — A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 193.

[26]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 66.

„Es wird die polnische Armee sein, die in Deutschland am ersten Tage des Krieges einfallen wird.“[27])

Am 26. 8. 1939 der Botschafter der USA in Moskau, E. Davies:

„Einer der höchsten Beamten unter Beck äußerte zu mir, und zwar sehr bestimmt, seine Regierung würde nie zugeben, daß Polen und Deutschland zusammenkämen, um ihre Schwierigkeiten wegen des polnischen Korridors und Danzigs beizulegen ... Er sprach sich empört über das aus, was er die übliche Übertreibung der deutschen Militärmacht nannte. Seine Regierung, sagte er, würde es der Welt zeigen. Drei Wochen nach Kriegsausbruch würden polnische Truppen in Berlin sein. Der ‚Westwall‘ oder die ‚Siegfriedlinie‘ seien nichts als ein Baumwollfaden. Polen brauche keine russische Hilfe. Sie könnten mit den Deutschen allein fertig werden.“[28])

Gleichermaßen der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, am 31. 8. 1939 zum Legationsrat der britischen Botschaft in Berlin, Ogilvie-Forbes:

„Er (Lipski) erklärte, davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.“[29])

„... dieser Plan (Vorschlag Hitlers vom 29. 8. 1939) bedeute einen Bruch der polnischen Souveränität und steht völlig außer Frage. Er besitze vieljährige Deutschlanderfahrung. Er würde seinen Ruf für seine Überzeugung auf das Spiel setzen, daß die deutsche Moral im Begriff sei zu zerbrechen und daß das gegenwärtige Regime bald zusammenstürzen werde. ... Dieses deutsche Angebot sei eine Falle. Es sei auch ein Zeichen der Schwäche seitens der Deutschen, was durch die Lageeinschätzung des Botschafters bestätigt wurde.“[30])

Eine solche Haltung — an der die Polen sogar noch nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes festhielten — konnte nicht ohne Folgen bleiben, zumal die polnische Außenpolitik nach diesen Illusionen ausgerichtet worden war.

„Der deutsche Siegeszug („Feldzug der 18 Tage“) hat mehrere Gründe, von denen der erste heute gern verschwiegen wird. Er besteht in der Planung der polnischen Führung. Die Hauptmasse der polnischen Armee steht nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff bereit. Getreu den Parolen der Vorkriegswochen bereit zum Angriff auf Ostpreußen. Und er besteht darin, daß die polnische Regierung das Garantieversprechen der Westmächte besaß und deshalb mit einem Angriff gegen Westdeutschland rechnete, der dort die deutschen Hauptkräfte binden soll. Aber die Westmächte greifen nicht an, die deutsche Wehrmacht kann fast ausschließlich gegen Polen eingesetzt werden. Die anderen Gründe

---

[27]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 90 und G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 252.

[28]) J. E. Davies „Als USA-Botschafter in Moskau“ S. 355.

[29]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 372.

[30]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 597.

sind die völlig neue Strategie der deutschen Wehrmacht und die modernen Waffen, auf denen diese Strategie beruht."[31])

In den alliierten Nürnberger Prozessen gegen die sogenannten „Kriegsverbrecher" wurden diese Fakten unterschlagen. Der Sieger war an ihrer Einordnung in die Zusammenhänge am Vorabend des Zweiten Weltkrieges bzw. am Vorabend des deutsch-polnischen Konfliktes nicht interessiert. Der Historiker muß sie werten!

Von „München" bis zum Kriegsausbruch

Die Außenpolitik Polens 1938—1939 entsprach seiner Staatskonzeption und Strategie. Gegen Ende des Jahres 1938 entzog sie sich „den Versuchen einer Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Reich"[1]). Eine permanent anwachsende Krise, deren friedliche Beilegung durch Verhandlungen Polen ablehnte, war die Folge. Angesichts dieser Grundhaltung waren die deutschen Verhandlungsvorschläge, selbst noch jener vom 29. 8. 1939, der im Prinzip nicht weiter ging als jener vom 24. 10. 1938[2]), Waffenstillstandsangebote, „denn seit vielen Monaten hatte kein Frieden zwischen Deutschland und Polen bestanden"[3]).

Außenminister Beck hatte sich im Oktober 1938 gewillt gezeigt, mit Hitler über Danzig und eine bessere Verbindung zwischen Berlin und Königsberg zu verhandeln*). Dennoch zögerte er bewußt diese im Prinzip unerwünschten Verhandlungen hinaus, weil er die britische Rüstung abwarten und eine internationale Konferenz vereiteln wollte. Daß ein Bündnis mit England noch fehlte, war für Beck kein Grund, sich den Verhandlungen mit dem Reich zu entziehen. Er forderte vielmehr mit seiner Kriegsdrohung, der Teilmobilisierung, dem Offensivplan, dem erneut verschärften Druck auf die Minderheiten sowie der Ankündigung, daß man zukünftig Deutschland strengstens für jede vom Danziger Senat unternommene Handlung verantwortlich machen werde (23., 26. und 28. März 1939), Deutschland noch vor Abschluß dieser vorbehaltlosen Garantie heraus, um seine unabhängige Großmachtpolitik

---

[31]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 74.

[1]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 S. 5.
[2]) der polnischen Propaganda zufolge mußte Polen auf einen polnischen Abstimmungssieg in Westpreußen reflektieren.
[3]) N. Henderson „Failure of a Mission" S. 245 und D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 741.
*) Die Gründe für das deutsch-polnische Gespräch sind gesondert behandelt.

zu demonstrieren. Allerdings hatte Beck bereits seit August und erneut im September 1938 die Zusicherung in der Tasche, daß Großbritannien Polen „in Danzig so viel wie möglich“ unterstützen würde[4]). Gleichzeitig war auch seit Jahresende 1938/1939 die vorbehaltlose Sympathie der Regierung der USA für Polen offensichtlich, deren Diplomaten Polen „wahrscheinlich auch beeinflußt“ haben[5]). Die Ablehnung des deutschen Verhandlungsvorschlages am 26. 3. 1939 war bewußt provokatorisch, denn es bestand kein Anlaß, sie mit Kriegsdrohung, Mobilmachung, verschärfter Minderheitenpolitik, mit dem „Erwachen der deutschfeindlichen Stimmung unter den Polen der verschiedensten Gesellschaftsklassen und Kreise“[6]) und schließlich mit der Annahme einer britischen Blanko-Vollmacht zu unterstreichen.

Die Behauptung, daß Hitlers Einmarsch in Prag am 15. 3. 1939 dieses Verhalten veranlaßt habe, ist nachweisbar falsch. Die polnische Führung, „die einzige, die nicht förmlich gegen die Besitzergreifung der Tschecho-Slowakei protestiert hat“[6]), betrachtete die Errichtung des Protektorates — vollzogen mit Zustimmung der tschechischen Regierung! — n i c h t als Drohung gegen ihr Land. Hatte sie selbst doch nie an die Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei geglaubt und zudem selbst mit Ansprüchen und Ultimaten nach der Münchener Konferenz auf die weitere Aufteilung dieses Staates hingearbeitet und die gemeinsame Grenze mit Ungarn als Ziel verfochten[7])! Bereits am 27. 10. 1938 teilte der deutsche Botschafter in Warschau, v. Moltke, dem Reichsaußenminister mit:

> „Wie ich bereits in meinem Bericht ... vom 14. Oktober 1938 erwähnt habe, versucht Polen die Slowakei zu bewegen, aus der politischen Union herauszubrechen, in der sie bis jetzt vereinigt ist.“[8])

Außenminister Beck hat die schließlich durchgesetzte Selbständigkeit der Slowakei begrüßt und dieses Land schon am 15. März 1939 staatsrechtlich anerkannt[9]).

Polen berief sich deshalb in seinen Maßnahmen gegen Deutschland am 26. 3. 1939 auch nicht auf das deutsche Vorgehen in Prag; das hätte ja auch eine realistische Einschätzung der deutschen Macht bedeutet, die in Polen bis zum Kriegsausbruch nicht vorhanden war. Die polnische Führung hat im Gegenteil immer wieder Hitlers Friedenswillen, Hitlers Erkenntnis der bolschewistischen Gefahr und Hitlers militärische Schwä-

---

[4]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 72 und 152.
[5]) H. Roos „Polen und Europa“ S. 395.
[6]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 43.
[7]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 41.
[8]) Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V Doc. 87.
[9]) ADAP VI Dok. 4.

che zitiert und damit nachzuweisen versucht, daß ihre Provokationen kein Risiko bedeuteten. Beck im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Gafencu im März 1939:

„Im Unterschied zu allen seinen Vorgängern ist sich Hitler der Realität der bolschewistischen Gefahr bewußt. Er schlug sich immer mit ihr. Ich weiß, daß gerade dieses für das neue Deutschland Hitlers das zentrale, hauptsächliche und entscheidende Problem ist, angesichts dessen alle anderen Probleme zweitrangig erscheinen. Wie wäre es hiernach möglich, daß Deutschland daran interessiert sein könnte, mit Polen zu kämpfen? Wenn die polnische Bastion fällt, wird das Tor Europas für die sowjetische Expansion offen sein. Wünscht etwa Hitler dieses? Ich weiß, daß er es nicht wünscht. Natürlich wünscht er Danzig zurück, aber niemals wird er sich bereitfinden, einen solchen Preis für die Erlangung der Freien Stadt zu bezahlen."[10])

Beck hatte ab Oktober 1938 mit Ribbentrop in der Absicht verhandelt, Hoffnungen auf eine Neuregelung im Sinne der deutschen Vorschläge zu wecken, dabei aber grundsätzlich keine Zugeständnisse zu machen. Diese Haltung, die schließlich mit Kriegsdrohung, Mobilmachung, verschärftem Druck auf die Minderheiten und der Annahme des britischen Blankoschecks im März 1939 ihren vorläufigen Höhepunkt fand, hat mit dem Inhalt der deutschen Vorschläge ebensowenig zu tun wie mit der deutschen Verhandlungsführung oder der deutschen Politik schlechthin. Sogar das polnische Weißbuch zur Vorgeschichte des Krieges bestätigte dies:

„Die polnische Regierung — wie auch andere Regierungen, die sich den Versuchen einer Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Reich bis Ende des Jahres 1938 nicht entzogen — ging von dem Grundsatz aus, daß sie nichts versäumen dürfe, was Europa den Krieg ersparen könnte."[11])

Diese Aussage stellt unmißverständlich fest, daß Polen und auch England ihre Haltung gegenüber Deutschland Ende 1938 geändert haben; sie lehnten — um es mit den Worten dieser polnischen Aussage milde auszudrücken — fortan eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich ab und nahmen „Versäumnisse" in den Friedensbemühungen in Kauf, sofern nicht diese „Versäumnisse" überhaupt die neue außenpolitische Grundlinie sein sollten! Das Ergebnis jedenfalls war, daß „viele ausländische Diplomaten in Warschau glaubten, Polen sei darauf aus, einen Krieg zu provozieren"[12]). Bereits am 16. März 1939 berichtete der französische Botschafter in Warschau, Noél, seinem Außenminister:

„Andererseits entgeht niemand das Erwachen der deutschfeindlichen

---

[10]) G. Gafencu „Derniers jours de l'Europe" S. 70/71.
[11]) Weißbuch der Polnischen Regierung S. 5.
[12]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 523 und 524.

Stimmung unter den Polen der verschiedensten Gesellschaftsklassen und Kreise."[13])

Beck nahm die britische Blanko-Vollmacht am 31. 3. 1939 an und bot am 5. 4. 1939 seinerseits Großbritannien Hilfe auch für den Fall, daß Großbritannien — abgesehen von einem Angriff auf die britische Insel — irgendwelche Aktionen als Bedrohung seiner vitalen Interessen ansehen und mit militärischen Maßnahmen beantworten werde. Was hat den polnischen Außenminister bewogen, diesen waghalsigen Weg zu gehen, obwohl er selbst die Forderungen Londons — die Zusammenarbeit mit der UdSSR, die Annahme von sowjetischen Waffen für den Kriegsfall, den Abschluß eines Militärbündnisses mit Rumänien gegen Deutschland und Ungarn — ablehnte?

Beck hatte erkannt,

„daß die Methode, mit der England diese Angelegenheit geregelt hat, es dreimal leichter machte, die Zustimmung Polens für fast alles das zu erlangen, was England wünschte."[14])

Beck wußte, daß Hitler ihn nicht bedroht hatte, und „glaubte nicht an Offensivabsichten Deutschlands"[15]). Beck nahm an, daß Hitler Polen auch in Zukunft nicht bedrohen werde, da er

„im Grunde ein furchtsamer Österreicher sei, der keinen Krieg gegen einen entschlossenen und starken Gegner wagen würde."[14])

Beck hob in seinen Londoner Gesprächen am 4./6. April 1939 hervor, daß es „im Augenblick eine Art von Windstille" gebe, da „nach den jüngsten Ereignissen die deutsche Regierung beeindruckt worden sei durch die Reaktion, die sie in der Welt hervorgerufen habe"[16]). (Bezug: Errichtung des Protektorates von Böhmen und Mähren am 15. 3. 1939). Beck wußte, daß seine Politik „Hitler und alle seine Führer wütend machen" müsse. Er spekulierte damit, daß Hitler dennoch „mit allen Anzeichen der Freundlichkeit" seinen Außenminister nach Warschau entsenden würde, den Beck kurz vorher noch als „gefährlichen Narren" zu charakterisieren beliebte. Beck glaubte angesichts der so bestellten Sachlage, daß er dann selbst „die Grenzen der Verhandlungen" oder die Auslösung des Krieges bestimmen könne, „bei dem Deutschland scheitern würde". Beck war

„mehr als glücklich über die britische Unterstützung, so wie sie gewährt wurde, d. h., daß es Polens Sache ist, zu bestimmen, wann England zu Hilfe zu kommen hat."[17])

---

[13]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 75.
[14]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 113, 118 und 119.
[15]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 196.
[16]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 118.
[17]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 113.

Und die bereits am 5. 10. 1938 vom britischen Botschafter in Warschau ausgedrückten Befürchtungen,

> „daß die jüngsten Ereignisse ihn (Beck) immer mehr ermutigen, irgendeinen Druck oder Rat von uns zu ignorieren,“[18])

mußten sich mehr und mehr realisieren. Polen sollte nach den Vorstellungen Becks als europäischer Großmacht die Initiative in der politischen Entwicklung Europas zukommen. Beck wollte die Bedingungen stellen, wobei er mit Kriegsdrohungen schon zur Zeit *vor* der britischen Garantie nicht sparte. Und dieser „persönlich ehrgeizige und eitle Mann“ mit den „wenig staatsmännischen Aspekten seines Charakters“[19]), der selber bekannte, das deutsch-polnische Abkommen von 1934 schwer belastet zu haben[20]), fand den Partner, der bedenkenlos alle Vollmachten für diesen Kurs gab!

Das war Kriegsprovokation, die sich noch nicht einmal der Argumente eines „aggressiven“ oder „weltherrschaftslüsternen“ oder überhaupt nur „kriegswilligen“ Hitlers bediente. Beck ging im Gegenteil von der Prämisse aus, daß Hitler keinen Krieg wolle, sich gar keinen Krieg leisten könne und deshalb auch die übelste Provokation des „entschlossenen“ und kampfwilligen Polen einstecken und „mit allen Anzeichen der Freundlichkeit“ seinen Außenminister nach Warschau entsenden müsse! — Und England reichte in Kenntnis dieser Motive und Kräfteverhältnisse die Hand für dieses Unternehmen, bereits lange Monate vor dem Höhepunkt der sich ständig verstärkenden deutsch-polnischen Spannung. Nach Kriegsausbruch dann von dem „Schutz der kleinen Nationen“, vom Christentum, von „Bündnispflicht zur Bekämpfung eines Europa und die Welt bedrohenden Aggressors“ zu sprechen, ist unüberbietbarer Zynismus.

Die unentwegte britische Ermunterung schon v o r der Garantie ist sogar von polnischen Diplomaten als Kriegswille erkannt worden:

> „Es ist kindlich naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfährig zu sein. Noch naiver wäre es anzunehmen, die polnische Regierung verstände nicht den wahren Sinn dieses Manövers und seine Konsequenzen.“[21])

Diese schwerwiegende Anklage erhob der polnische Botschafter in

---

[18]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 137.
[19]) ebenda Vol. II Doc. 206.
[20]) ebenda Vol. II Doc. 312.
[21]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 — Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Nr. 11 S. 102.

Paris, Lukasiewicz, am 29. 3. 1939 in einem Bericht an seinen Außenminister. Diese Aussage, die nicht allein steht[22]), ist ein untrüglicher Beweis dafür, daß Polen bereits vor Englands Blanko-Vollmacht ermuntert worden war, seine Beziehungen zu Deutschland zu kompromittieren und einen Krieg zu entfesseln. Und die polnische Regierung verstand sich zeitig auf diese Sprache.

> „Sofort nach der britischen und der unmittelbar darauffolgenden französischen Garantieerklärung beginnt in Polen eine wüste Hetze gegen Deutschland....
> In den polnischen Zeitungen erscheinen Forderungen, die Stadt Danzig ganz zu besetzen.
> Dann geht es noch weiter. Die polnische Armee soll in Ostpreußen einmarschieren und diesen Teil Deutschlands annektieren. Andere Zeitungen fordern noch mehr: Polens Grenze müsse bis an die Oder vorgeschoben werden. Auf Versammlungen werden Forderungen erhoben, die geradezu wahnwitzig anmuten. Nicht die Oder, sondern die Elbe sei Polens Westgrenze. Und Berlin sei keine deutsche Stadt, sondern eine alte slawische, eine alte polnische Ansiedlung! Polen beginnt mit der Teilmobilisierung, Plakate erscheinen an den Hauswänden: „Auf nach Berlin!“[23])

Beck kompromittierte weiter: In seiner Note vom 26. 3. 1939 an den Reichsaußenminister hatte er die weitere Behandlung der deutschen Anliegen in Danzig als Kriegsgrund bezeichnet, was er seinen Londoner Gesprächspartnern Anfang April zur Kenntnis gab[24]). Beck, der noch am 20. 4. 1939 in Instruktionen an seine im Ausland weilenden Diplomaten festgestellt hatte, daß trotz der inzwischen wechselseitig in Kraft getretenen britisch-polnischen Garantie „kein Zeichen irgendeiner Hast von seiten Deutschlands“ erkenntlich sei, hingegen aber eine „neue Welle von Gerüchten“[25]), hielt am 5. 5. 1939, wenige Tage später also, vor dem Sejm eine Rede, die — da sie unehrlich war und die wahren Verhältnisse verfälschte — geradezu als Kriegserklärung wirken mußte. Mit dieser Rede schlug er jede wie immer geartete Verständigung endgültig aus. Becks Ausspruch „Wir in Polen erkennen die Auffassung vom Frieden um jeden Preis nicht an“ war angesichts der jüngsten deutsch-polnischen Verhandlungen und des deutschen Verständigungswillens an Zynismus und Kriegswillen kaum zu überbieten. Abgesehen von der unwahren Behauptung, Deutschland habe Forderungen ohne Gegenleistungen gestellt, ist auch folgende, die Geschichte verfälschende Darstellung für die aggressive Haltung Becks bezeichnend:

---

[22]) vgl. S. 287 ff.
[23]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ S. 64.
[24]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 579. Kennard an Halifax am 31. 3. 1939.
[25]) W. Jedrzejewicz „Poland in the British Parliament 1939—1945“ Bd. I, S. 41 und 42.

„Ich bestehe auf der Bezeichnung ‚Provinz Pommerellen'. Das Wort ‚Korridor' ist eine künstliche Erfindung, denn dies ist ein altes polnisches Land mit einem unbedeutenden Prozentsatz deutscher Kolonisten."[26])

Die polnische Öffentlichkeit reagierte mit Begeisterung auf diese Rede. Beck erhielt einen ganzen Stoß von Huldigungstelegrammen. Er wie die polnischen Militärs wußten um den Kurs, den diese Rede unmißverständlich proklamierte:

„Daß gerade die beiden verhältnismäßig so armen Länder Deutschland und Polen sich schlagen sollten, was letzten Endes doch nur im Interesse der reichen Länder gelegen sei."[27])

„Als im Frühjahr 1939 die von ihm (Beck) vertretene Politik des Ausgleichs mit Deutschland zusammenbrach, blieb Beck trotzdem im Amt und erlebte seine größte Popularität im polnischen Volke gerade in dem Augenblick, in dem er mit der Rede vom 5. Mai 1939 den endgültigen Bruch mit seiner bisherigen Politik vollzog."[28])

Die vorbehaltlose Garantie Großbritanniens hat die „polnische Führung blind gemacht gegenüber den praktischen Vorteilen einer Verständigung mit Deutschland". Hitler hatte keinen Druck auf Polen ausgeübt oder angedeutet, hatte keine Termine gesetzt und keine unzumutbaren Forderungen erhoben. Hitlers Politik entsprach zu jenem Zeitpunkt nach Becks eigener Aussage in London einer Art „Windstille". Und doch stellte sich der polnische Außenminister fortan an die Spitze der deutschfeindlichen und kriegswilligen polnischen Öffentlichkeit, lancierte seinerseits aufputschende, unwahre Gerüchte ins Ausland[29]) und unternahm nichts, um Ausschreitungen seiner Landsleute zu verhindern oder einzuschränken.

„Der Kriegsausbruch vom 1. September 1939 erscheint nun in Polen als ein völlig unschuldig erlittener Überfall durch den übermächtigen deutschen Nachbarn, gewissermaßen als Schlag aus heiterem Himmel auf ein ahnungsloses Land, wobei ganz vergessen wird, daß Polen sich seit dem März in einer ständig gesteigerten Kriegsstimmung befand, daß in zahlreichen Aufsätzen und Leserzuschriften in Zeitungen der Krieg dringend gewünscht wurde, daß durch Aktionen, wie die der Meldung zu einem Kommando ‚lebender Torpedos' (nach mißverstandenem japanischem Vorbild) und durch Vorträge polnischer Offiziere, die die Qualitäten polnischer Soldaten in den Himmel hoben und die deutsche Ausrüstung als minderwertig bezeichneten, eine Stimmung der Siegeszuversicht erzeugt wurde, die von einem raschen Marsch nach Berlin träumen ließ."[30])

---

[26]) ebenda S. 48 und Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Dok. 77 S. 112.
[27]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 216.
[28]) Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/1954 S. 88. G. Rhode „Außenminister Joseph Beck und Staatssekretär Graf Szembeck".
[29]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 101.
[30]) G. Rhode „Die deutsch-polnischen Beziehungen und ihre neuralgischen Punkte" in West-Ost Berichte II/III 1961 S. 97.

Nichts Vergleichbares ist in Deutschland 1939 aufzuzeigen! Es gab weder einen deutschen Politiker, noch einen deutschen Diplomaten, noch einen deutschen General, noch einen deutschen Publizisten, dem die Frage „Krieg oder Frieden“ gleichgültig gewesen wäre. Dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, hingegen — und der polnischen Diplomatie — war diese Frage gleichgültig*). Dies mußte der französische Außenminister Bonnet feststellen, als er Lukasiewicz die Bedeutung der britisch-französisch-sowjetischen Militärgespräche auseinandersetzte[31]).

> „Wir fürchten nichts. Rußland wird nicht erlauben, daß Deutschland uns anrührt, Deutschland wird Rußland daran hindern, uns etwas zu tun.“[32])

Die Verleugnung jeder Furcht, wie sie zu Beginn des Jahres 1937 der polnische Staatspräsident Mosciki vertreten hatte, sollte im Jahre 1939 aggressive Untertöne erhalten. Sie gingen so weit, daß die polnische Führung bei der Demonstrierung ihrer Zielsetzungen wenig Rücksicht auf die „Weltmeinung“ nahm und selbst die wenigen gutgemeinten Ratschläge von befreundeter Seite in den letzten Tagen und Stunden vor Kriegsbeginn hochmütig abwies.

So telegraphierte der britische Botschafter in Warschau am 2. 4. 1939 (kurz vor dem Besuch Becks in London) nicht ohne Grund seinem Außenminister:

> „Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß die polnische Regierung hier darin versagt hat, die öffentliche Meinung dahingehend zu erziehen, daß irgendwelche Konzessionen notwendig sind.“[33])

Dennoch zog man in London daraus keine Konsequenzen für die Erhaltung des Friedens.

Am 17. Mai 1939 schlossen die Vertreter Frankreichs und Polens eine Militärkonvention ab, in der sich der französische Generalstab verpflichtete, am 15. Tag nach Kriegsbeginn die „Siegfriedlinie“ zu durchbrechen. Damit war der polnische Wunsch „zum Bewegungskrieg mit dem Einfall in Deutschland und Vorrücken nach Berlin“[34]) der vorbehaltlosen Erfüllung nähergebracht worden. Auch der französische Außenminister Bonnet war sich an diesem Tag, als der polnische Botschafter Lukasiewicz ihn nötigte, die Geheimklausel — „daß Danzig

---

*) C. J. Szembek „Journal 1933—1939“ S. 434 — Auf einer Konferenz mit dem Außenminister am 24. 3. 1939 wurde die Linie der polnischen Außenpolitik dahingehend festgelegt, daß bei Beeinträchtigung der „Grenze unserer direkten Interessen und unserer normalen Bedürfnisse“ — „wir uns schlagen werden“.

[31]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 252.
[32]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 353.
[33]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 605.
[34]) D. J. Dallin „Soviet Russia's Foreign Policy“ S. 36.

für Polen von lebenswichtiger Bedeutung ist" — in die abzuschließende Konvention aufzunehmen, über die polnischen Absichten im klaren. Er schrieb hierzu in seinen Memoiren:

> „Es schien mir, daß Becks feines Spiel darin bestand, die französisch-britische Verbundenheit auszunutzen, um den einen von uns mit Hilfe des anderen zum Abschluß immer umfassenderer und eindeutigerer Verpflichtungen hinzureißen."[35])

Die Krise wurde weiter zugespitzt, und die polnische Regierung weigerte sich, über ihre Beilegung zu verhandeln:

> „Die Polen sahen der herannahenden Krise gleichmütig entgegen, vertrauend darauf, daß Hitler als Aggressor entlarvt werden würde, und daß dann die berechtigten Klagen über Danzig vergessen werden würden."[36])

Am 13. 6. 1939 empfahl der britische Botschafter in Berlin, Henderson, die Polen sollten

> „etwas weniger über ihre Tapferkeit sprechen und etwas mehr über die Realitäten ihrer geographischen Lage nachdenken."[37])

Der Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, schrieb am 5. 7. 1939 an Roger Makins, einen britischen Völkerbundsdelegierten, in Basel:

> „Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer u n v e r m e i d l i c h e n Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alldem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt, wo als Unglücksboten und Sturmvögel unzählige Schlachtenbummler einzutreffen begannen, die vielfach darauf aus waren, die Krise zu verschärfen, sei es durch persönliche Interventionen in dem lokalen Streit, sei es durch phantasievolle Reportagen."[38])

Auch in England kannte man diese Entwicklung! Nachdem im britischen Kabinett eine Erklärung hinsichtlich der britischen Polenpolitik entworfen worden war, die Mr. Chamberlain im Unterhaus verkünden sollte,

> „bat Beck Halifax (an dem gleichen 5. Juli 1939), die kompromittierende Wendung zu streichen, in der er sagte, daß die polnische Regierung
>
> > ‚an solche Gespräche (mit Deutschland) objektiv, aber guten Willens herangehen würde'.

---

[35]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 223.
[36]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 249.
[37]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI S. 702.
[38]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 318 und ADAP VI Dok. 771.

Die Wendung wurde ausgelassen, als Chamberlain am 10. Juli im Unterhaus sprach."[39])

Die britische Regierung hatte sich damit abgefunden und eingewilligt, daß Polen nicht verhandeln wollte. Ergebnis: Weitere Kriegsrufe in Polen. Chodacki, der polnische Generalkommissar in Danzig, jener Mann, der die polnische Politik an dem Brennpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen vertrat, sprach wiederholt offen von Krieg, zum Beispiel als Danzig sich nicht aushungern lassen, sondern unter diesem von Polen ausgeübten Druck der Existenzvernichtung die Grenze nach Ostpreußen öffnen wollte[40]).

Am 10. August 1939 schrieb der streng zensierte „Kurier Polski":

„So wie Karthago vor 2 000 Jahren zerstört werden mußte, erhöben sich heute immer mehr Stimmen, die den Herrschaftsgelüsten Deutschlands über die Völker Europas ein für allemal ein Ende bereiten wollten.... Immer allgemeiner sei jetzt die Auffassung, daß ‚Karthago' zerstört werden müsse. Mit raschen Schritten nähere sich der Augenblick, in dem die Auffassung über die Notwendigkeit der Beseitigung des Pestherdes im Zentrum Europas Allgemeingut wird. Dann werde von Deutschland nur noch ein Trümmerhaufen übrigbleiben."[41])

Diese Forderung blieb in der polnischen Vorkriegspresse keine Einzelheit, sondern war Grundtenor einer streng zensierten Publizistik. Wenn zusätzlich namhafte Sprecher dieses Staates mit unablässigen kriegshetzerischen Reden das Volk aufputschten und offen annexionistische Ziele proklamierten, dann war das Kriegspolitik[41])! Nicht derjenige kann als Schuldiger an einem Kriege gebrandmarkt werden, der als erster den militärischen Vormarsch befohlen, sondern jener, der langfristig seine gesamte Politik darauf abgestellt hat, den Gegner zum militärischen Eingreifen zu zwingen, und der im Innern seines Landes bereits den Krieg gegen die fremdvölkischen Minderheiten zum Dauerzustand gemacht hat!

Carl J. Burckhardt, der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, in einem Bericht vom 20. 12. 1938:

„Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmsüchtig und kennen darin kein Maß.

Es gibt Herrn Beck, aber es gibt auch die Armee und eine öffentliche Meinung, die wie Pulver entzündlich ist."[42])

---

[39]) M. Gilbert und R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 200 und Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 236.

[40]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 322.

[41]) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 127—128, 164—167, 231.

[42]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 394 und 401.

Roger Makins berichtete am 11. 6. 1939 über ein Gespräch mit Burckhardt:

„Burckhardt stellte gewisse Anzeichen von polnischem Imperialismus fest und erhielt den Eindruck, daß Polen sehr weitreichende Ziele verfolge."[43])

Der französische Botschafter in Berlin, Coulondre:

„Ihr Heil (Polens und Rumäniens) lag allein in der Aufrechterhaltung des Friedens, aber sie haben nichts getan, was dazu notwendig gewesen wäre."[44])

Als Gegner Hitlers bekannte Historiker:

„Die Geschichte Polens in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ist eine Geschichte von Heroismus und Narrheit."

„Auch gehorchte Polen zunehmend anti-deutschen Leidenschaften."

„Doch ist es kaum zu leugnen, daß die Polen bei jedem Konflikt die schärfste Reaktion wählen, die — den Krieg ausgenommen — möglich ist."[45])

„Polen hat in Überschätzung seiner Kräfte nicht alles versucht, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verhindern."[46])

„Und Polen? In Polen schien der verhängnisvolle Pakt (mit Großbritannien) gar keinen Eindruck zu machen. Polen verharrte in trotziger Ablehnung (eines Gespräches mit Deutschland), die Presse überschlug sich förmlich in Kriegslust und Deutschenhaß, zum Beispiel erschien in diesen Tagen in einer westpolnischen Zeitung ein Aufsatz, in dem der bevorstehende Krieg mit einem Fußballmatch verglichen wurde. Höhnisch forderte die Zeitung die deutschen Spieler in die Schranken. Man werde ihnen schon zeigen, wie die Polen zu kämpfen verstünden. Und die Danziger könnten zusehen, wie ihre Landsleute geschlagen würden. Die Verhaftungen von Deutschen nahmen ihren Fortgang, über ihren Verbleib wurde keine Auskunft erteilt. Man kann es nicht anders sagen: Polen tat alles, um den Nachbarn aufs äußerste zu reizen und ihn in seinem Kriegswillen zu bestärken.
Das Tollste war eine Postkarte, auf der die Westgrenze Polens zu sehen war, wie sie eigentlich verlaufen müsse. Sie lief an der Oder und Neiße entlang. Eine solche Anmaßung mußte auf deutscher Seite als Kriegsdrohung aufgefaßt werden. Bei den Deutschen in Polen erregte sie nur Spott. Wer konnte dergleichen ernst nehmen. Wer konnte damals ahnen, daß die Grenze einmal Wirklichkeit werden würde?"[47])

Die polnische Führung hat in jedem erdenklichen Bereich die Initiative zur ständigen Verschärfung der Krise ergriffen: in der Außenpolitik, in der Mobilmachung, den militärischen Absprachen mit Frankreich, in der Verdrängung der Minderheiten, in der Publizistik einschließlich

[43]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 36.
[44]) R. Coulondre „Von Moskau nach Berlin" S. 414.
[45]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 9.
[46]) H. Buchheim „Das Dritte Reich — Grundlagen und politische Entwicklung" S. 47.
[47]) Posener Stimmen, Lüneburg, März 1964 S. 2/3.

Rundfunk- und Plakatpropaganda, in der Literatur, in dem öffentlichen Auftreten maßgebender Sprecher, in dem Vorgehen gegen Danzig, in der diplomatischen Brüskierung des deutschen Nachbarn, in den sich häufenden Grenzverletzungen („Ilustrowany Kurjer" sprach am 7. 8. 1939 sogar von einem Wetteifern polnischer Einheiten, deutsches Wehrmachtsmaterial jenseits der Grenze zu zerstören und zu konfiszieren[48]), in der Bereitstellung der Truppen zum Angriff, in offiziellen Kriegsdrohungen, in der auf dem Höhepunkt der Krise erlassenen Order an Lipski, „sich in keine sachlichen Gespräche einzulassen", und der schon am Tage vorher verkündeten Generalmobilmachung. Die artilleristische Beschießung der offenen deutschen Stadt Beuthen in der Nacht vom 31. August zum 1. September war ebenso wie die Affäre des Überfalles auf den Gleiwitzer Sender in dieser Ereigniskette zwar bezeichnend, wenn auch nicht entscheidend. Die Würfel waren zum Zeitpunkt der beiden letztgenannten Ereignisse bereits auf allen Seiten gefallen.

> „In großen Teilen der polnischen Bevölkerung herrschte zuversichtliche Kriegsstimmung."
> „Polen hat nicht einmal den Versuch gemacht, Zeit zu gewinnen."[49])

Das polnische Vorgehen gegen Danzig und das Verhalten in den letzten Friedenstagen verdienen eine gesonderte Darstellung; sie ergänzt und bestätigt aber lediglich die Gesamthaltung der polnischen Außenpolitik im Jahre 1939 gegen Deutschland.

Das polnische Vorgehen gegen Danzig

> „Die ständigen Bestrebungen Polens um die Erweiterung seiner Befugnisse im Freistadtgebiet Danzig, die als Endziel die Aufhebung der Selbständigkeit verfolgten, führten zu dauernden Konflikten."[1])

Diese „ständigen Bestrebungen" gehen auf das Jahr 1919 zurück und gehören zu einem Teilbereich der territorialen Forderungen Polens. Sie sind im Jahre 1939 unablässig intensiviert worden. Nach Aussage des polnischen Generalkommissars in Danzig, Chodacki, vom Jahre 1939 wären 15 tausendseitige Bände erforderlich, um die Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen zu schildern[2]). Danzig, eine auch von der

---

[48]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 556.
[49]) G. Rhode „Die Ostgebiete des Deutschen Reiches" S. 134.

[1]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 43.
[2]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 89.

polnischen Regierung unbestritten als deutsch bezeichnete Stadt, wurde zwar nach außen durch den Versailler „Vertrag“ in eine „Freie Stadt“ umgewandelt, doch blieb von dieser „Freiheit“ in Wirklichkeit nur wenig übrig. Die Rechte, die Polen seit 1919 in Danzig erhalten hatte, waren so weitgehend, daß Warschau maßgebenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben und damit das politische Schicksal der Stadt ausübte: Polen vertrat Danzig nach außen, somit auch im Völkerbund. Polen war in Danzig mit einem Gesandten, Deutschland und andere Staaten allenfalls mit Konsuln vertreten. Polen kontrollierte Danzigs Grenze einschließlich der nach Ostpreußen und setzte nach eigenem Ermessen die Zollsätze fest. Polen unterhielt in Danzig 23 Behörden, dazu ein eigenes Postamt. Polen verwaltete die Danziger Eisenbahn und war verantwortlich für die „Landesverteidigung“ Danzigs. Polen unterhielt auf der Westerplatte innerhalb des „Freistadt“-Geländes ein militärisches Kontingent und ein Munitionslager.

Der Völkerbund, „Schutzherr“ der Freien Stadt und ihrer Verfassung, bevollmächtigte einen auf jeweils 3 Jahre gewählten Hohen Kommissar, um äußere Eingriffe und innere Unruhen zu verhindern bzw. zu schlichten. Da seine Bemühungen um eine Vermittlung zwischen Polen und Danzig meistens scheiterten, hatte sich der Völkerbundsrat in Genf als oberste richterliche Instanz auf fast allen Sitzungen mit Danzig zu befassen. Dieser Völkerbundsrat besaß jedoch weder definitive Befugnisse noch die nötige Macht, um eine konstruktive Lösung durchzusetzen. Im Sommer 1936 schuf er ein sogenanntes „Dreierkomitee“, dessen Mitglieder die Außenminister Englands, Frankreichs und Portugals (später Schwedens) waren. Auch Polen war als „Vertreter der außenpolitischen Angelegenheiten der Freien Stadt“ Mitglied dieses Komitees, was durch das Verhalten des polnischen Vertreters schon damals zu einem paradoxen Zustand führte: „Die Rollen von Völkerbund und Polen erschienen vertauscht“[3]). Dieses Dreierkomitee sollte den Völkerbundsrat von den Danziger Angelegenheiten entlasten. In Wirklichkeit waren England und Frankreich mit der Schaffung dieses Komitees noch stärker als bisher in Danzig engagiert worden. Fortan lief der Instanzenweg des Völkerbund-Hochkommissars direkt von und nach London und Paris. Diese Regelung war für alle Beteiligten unbefriedigend. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Hohen Kommissare des Völkerbundes in Danzig durchweg für eine Neuregelung der dortigen Verhältnisse plädierten, worunter sie die Rückgliederung Danzigs zu Deutschland verstanden, zumal der Vorwand Polens, einen Hafen zu benötigen,

---

[3]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 30/31, 26/27 und 357.

durch den Auf- und Ausbau Gdingens, die wirtschaftliche Drosselung Danzigs und die weitere Sicherung eines Freihafengeländes für Polen in Danzig längst hinfällig geworden war. Graf Manfredo Gravina, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig von 1929—1932, hatte damals vorgeschlagen:

Ostpreußen durch eine Erweiterung des Danziger Territoriums nach Westen mit dem Reich zu verbinden;

den Völkerbund als Schutzmacht Danzigs mit den erforderlichen Vollmachten zu versehen;

Danzig von allen Beschränkungen durch Polen zu befreien (Bahn, Zoll, Wirtschaft, Außenpolitik usw.);

Polen Gdingen einschließlich des umliegenden Gebietes sowie einen Freihafen in Danzig zu übertragen und diese Regelung mit einer Garantie des Völkerbundes zu sichern[3]).

Auch Carl J. Burckhardt hat im Jahre 1937 und später die Rückkehr Danzigs zu Deutschland als unerläßlich bezeichnet[4]). Doch auch er mußte seine Machtlosigkeit, die Zustände zu ändern, einsehen und zugeben, daß ihm von nicht unmaßgeblicher Seite sogar insgeheim nahegelegt wurde, von seinen Beschwichtigungsversuchen in Danzig abzusehen, da sie „schädlich" seien[5]). Seit 1935, als der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Warschau, Graf Szembek, in sein Tagebuch eintrug:

> „Viele Leute haben ein Interesse an einer Verschlechterung der polnisch-danziger Beziehungen, polnische Nationalisten ebenso wie deutsche Danziger Hitlerfeinde, Juden und Wirtschaftler des Hafens Gdingen,"[6])

sind die gleichen Gruppen unentwegt in dem von Szembek bezeichneten Sinne tätig geblieben.

Der Vorschlag Hitlers an Polen vom 24. Oktober 1938 war wesentlich bescheidener als alle früheren Danzig-Forderungen deutscher und ausländischer Politiker. Er wurde — und dies bestätigen auch alle nachträglich zusammengetragenen Dokumente! — in der ehrlichen Absicht vorgetragen, die Beziehungen zum östlichen Nachbarn auf eine bessere und sichere Grundlage zu stellen. Hitler hat weder gedroht noch auch nur leise angedeutet, daß er die Durchsetzung seiner Wünsche nötigenfalls erzwingen werde. Auch von einer Fristsetzung war keine Rede. Im Gegenteil forderte Hitler bis zum Kriegsbeginn wiederholt den

---

[4]) H. Roos „Polen und Europa" S. 296.
[5]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 104.
[6]) J. Szembek „Journal 1933—1939" — ausführliche Besprechung dieses Buches in: NATION EUROPA 1959, Heft 5 S. 22.

Danziger Senat auf, zurückhaltend zu sein, wobei er jedoch keinen Zweifel daran ließ, daß Danzig den Schutz des Reiches besitzt[7]).

Hitler hat sich nachweislich erstmals nach dem polnischen Ultimatum vom 4. 8. 1939 in die Danziger Vorgänge eingeschaltet, und zwar in der Form, daß er

a) Gauleiter Forster zur Berichterstattung nach Berchtesgaden aufforderte (10. 8. 1939) und befahl, „jeden neuen Zwischenfall in Danzig zu vermeiden, um die Dinge nicht zu komplizieren“[8]),

b) Carl Burckhardt, den Völkerbundshochkommissar in Danzig, um Vermittlung bat,

c) Polen davon in Kenntnis setzte, daß Deutschland eine Aushungerung oder militärische Besetzung Danzigs durch Polen nicht dulden werde — ein Schritt, der dann in einer polnischen Erklärung vom 10. 8. 1939, solle er den polnischen Interessen schaden, als „Angriffsakt“ bezeichnet wurde[9]).

> „Hitler widersetzte sich keiner der polnischen Wirtschaftsbestrebungen, war aber entschlossen, dort — in Danzig — kein polnisches Regime zuzulassen.“[10])

> „Die Sudeten-Nazis, ebenso wie die Österreicher vor ihnen, vergrößerten die Spannung allmählich ohne Anleitung durch Hitler. In Danzig war die Spannung bereits vollständig; und Hitler, sofern er überhaupt etwas tat, hielt die örtlichen Nazis zurück.“[11])

Der polnische Außenminister Beck hingegen betrieb seine Politik in Danzig „nicht wegen Danzig an sich, sondern aus Prinzip — Danzig sei eine Art Symbol geworden“[12]).

Wie aber sah diese „Prinzip-Politik“ Polens in Danzig aus? So urteilt der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz:

> „Die These von einem ‚spontanen‘ Erwachen des polnischen Nationalismus nach München hält der kritischen Betrachtung nicht stand. Die antideutschen Manifestationen mit der Forderung auf eine Annexion Danzigs und Ostpreußens durch Polen fanden an zu vielen und an zu weit voneinander entfernten Orten statt, der Boykott über die deutschsprachigen Geschäfte war zu gut synchronisiert, die Steinwürfe gegen die Fensterscheiben der deutschen Botschaft in Warschau und des deutschen

---

[7]) ADAP Bd. VII Nr. 188 Hitler sagt am 22. 8. den vorgesehenen Besuch des Kreuzers „Königsberg“ in Danzig ab.

[8]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 188.

[9]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Dok. 86.

[10]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 439 und 538.

[11]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 248.

[12]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II Dok. 49 S. 122 — Protokoll über Becks Gespräche in London am 4. 4. 1939.

Generalkonsulates in Thorn fielen zeitlich zu sehr zusammen, um ihre Spontaneität wahrscheinlich werden zu lassen."[13])

Mit der Rückendeckung Großbritanniens forcierte Warschau seine Polonisierungskampagne gegen Danzig. Die Initiative zum Schlechteren lag wie so oft seit 1919 ausschließlich bei Polen. Und England „führte Polen auf diesen schmalen Gartenpfad"[14]). Außenminister Beck gestand nach Polens Niederlage 1939 in seinem rumänischen Exil einem Freund:

„Niemand kann mit Aufrichtigkeit behaupten, daß Danzig der Kriegsgrund war." —

Tatsache bleibt:

„Aber er hatte sich in den kritischen Monaten des Jahres 1939 genauso verhalten, als wenn es sich wirklich allein um Danzig gehandelt hätte."[15])

Die wichtigsten dieser Schritte:

Ende 1938 gab Polen Briefmarken heraus, auf der Danzig als polnische Stadt dargestellt war[16]).

„Am 2. Mai war die polnische Presse bis zu dem Punkt gelangt, daß sie forderte: ‚Danzig wird polnisch'. Bei der steigenden nationalistischen Leidenschaft, die aus Warschau sprach, waren die Aussichten für eine deutsch-polnische Übereinkunft gering."[17])

Am 5. Mai 1939 erklärte der polnische Außenminister Beck vor dem Sejm, dem polnischen Parlament:

„Die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung ist heute deutsch, aber ihre Existenz und ihr Wohlstand sind vom Wirtschaftspotential Polens abhängig. Welche Folgerungen haben wir daraus gezogen?
Wir haben uns immer auf den Boden der Rechte und Interessen unseres Seehandels und unserer Seepolitik in Danzig gestellt und stehen auch heute entschieden auf diesem Boden."[18])

Entschieden auf diesem Boden stehen hieß, Danzig weiterhin wirtschaftlich und damit existentiell von Polen abhängig zu halten und diese Abhängigkeit noch zu vergrößern.

Am 11. 6. 1939 erhöhte Warschau die Zollmannschaft in Danzig erneut. Die hiermit verbundene finanzielle Belastung hatte Danzig zu tragen. Diese Maßnahme war um so provozierender, als die Zahl der

---

[13]) O. Abetz „Das offene Problem" S. 101.
Abetz wurde 1940 nach dem Waffenstillstand mit Frankreich zum Botschafter in Paris ernannt.

[14]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 158. Der britische Botschafter in Berlin an seinen Außenminister am 22. 8. 1939.

[15]) S. L. Sharp „Poland — White Eagle on a Red Field" S. 143.

[16]) Michel-Katalog (Briefmarkenkatalog) und Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 198.

[17]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 563.

[18]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940, Nr. 77.

polnischen Zöllner in Danzig auf das Vierfache des Bestandes von 1929 angestiegen war, während im gleichen Zeitraum der Danziger Handel auf ein Drittel seines Umsatzwertes gedrosselt wurde[19]). Im selben Monat wurde die polnisch-danziger Grenze für Deutsche geschlossen. Nach offiziellen polnischen Zahlen wurden 1924 = 10,9 % der polnischen Überseetransporte auf dem Binnenwasserwege transportiert. 1937 waren es 4 %, 1938 = 2,3 %[20]). Ende Juni 1939 versicherte der polnische Minderheitenführer im Danziger Volkstag, Budzynski, in einer Rede zum polnischen „Festtag der Seefahrt" in Gdingen seinen wenigen in Danzig lebenden Landsleuten, Danzig werde durch die Armee mit Polen vereinigt werden[10]).

Am 11. 7. 1939 berichtete Lord Halifax seinem Botschafter in Warschau über ein Gespräch mit dem kürzlich nach London zurückgekehrten polnischen Botschafter Fürst Raczynski:

> „Oberst Beck ist sich bewußt, daß die polnische Öffentlichkeit zu erregt sei, so daß er sich genötigt sah, zu erklären, er wolle versuchen, den Ton zu dämpfen. . . .
> Beck gibt zu, daß sich in Danzig bisher nichts getan hat, was die Situation wesentlich geändert hätte, und daß Danzig weiterhin von Polen „commanded" wird . . .
> Dennoch kündigte Beck an, die militärischen Vorbereitungen rund um Danzig zu verstärken. Beck fühlte, daß die Situation nicht unbegrenzt auf dem gegenwärtigen Geleise fortentwickelt werden könnte, da die Gefahr eines fait accompli bestand. . . .
> Obgleich er noch nicht zu einer definitiven Entscheidung gekommen ist, dachte sich Oberst Beck, daß vielleicht der beste Weg, ein Halt zu erreichen, der sei, sehr sorgfältig einen ganz klaren Bruch der Verfassung von Danzig herauszusuchen, was von nicht zu gravierender Natur wäre, um eine gegenwärtige Explosion zu verursachen. Wenn ein Halt mit diesem sorgfältig gewählten Grund geboten worden ist, könnten die Danziger gezwungen werden, zum Rückzug zu trommeln. Oberst Beck hat eine gemeinsame Dreieraktion im Auge, nicht in Berlin, sondern in Danzig. Er hielt dies für geeigneter, da es den deutschen Kanzler nicht unmittelbar mit einem möglichen Verlieren des Gesichts konfrontieren würde, und es würde leichter für ihn sein, einen Rückzug aus Danzig zu verwirklichen.
> Oberst Beck wurde jedoch Widerstand entgegengesetzt, scharfe Noten ohne vorherige sorgfältige Überlegung abzusenden, da sie nur zu unglücklichen Ergebnissen führen könnten. . . .
> Oberst Beck zog in der Tat keinerlei Gespräche über die Danziger Frage in Erwägung und dachte, daß ein Tauziehen (tug of war) wahrscheinlich notwendig sein würde, um die Position wieder herzustellen, da schon zu viele Brüche des Danziger Statuts vorlägen."[21])

---

[19]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 175.
[20]) B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 153.
[21]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 293.

Obwohl die britische Regierung spätestens Mitte Juli 1939 noch einmal definitiv erfahren hatte,

a) daß Polen in Danzig aktiv zu werden und mit künstlich herausgewählten Gründen den dortigen deutschen Einfluß zu schmälern und im Endergebnis auszuschalten gedenke und

b) daß Hitler in der Danziger Frage keine Eile habe und bereit sei, über die Völkerbundsverbindungen zu verhandeln („Wir nehmen Zuflucht zum Hohen Kommissar und nicht zu Genf selbst")[22]),

sandte sie kurz darauf gemeinsam mit den Franzosen eine Militärmission nach Moskau, um die bolschewistische Macht zum Kampf gegen das Deutsche Reich nach Europa hereinzuholen.

Ende Juli reagierte Polen auf die Anregung des Danziger Gauleiters, Forster, die in Danzig getroffenen militärischen Maßnahmen bei einer Entspannung fallenzulassen, in einer Weise, daß selbst Lord Halifax Warschau warnen ließ, die polnische Regierung solle jede „herausfordernde Feststellung, die deutsche Regierung werde schwach", vermeiden[23]). Doch auch dies sollte nicht viel nutzen.

Am 1. August 1939 unterband Warschau die bisher zollfreie Ausfuhr von Heringen und Margarine von Danzig nach Polen. Dieser Beschluß betraf 10 % des Danziger Handels. In welchem Maß er die ohnehin schon wesentlich eingeengten Lebensgrundlagen Danzigs untergrub, bedarf keiner näheren Ausführung. Der französische Konsul in Danzig unterrichtete seinen Außenminister am 1. August dahingehend:

> „Da sich der Senat gegenüber den wiederholten polnischen Protesten in Sachen der Zollinspektion auf Stillschweigen beschränkt, hat die Polnische Regierung soeben wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen, die schwerwiegende Folgen nach sich ziehen könnten, getroffen. . . .
>
> Diese Vergeltungsmaßnahmen sind völlig unerwartet gekommen und haben eine überraschende Wirkung, deren Widerhall in der Presse vom 31. Juli zu finden ist, erzielt. Die beiden Tageszeitungen protestieren heftig gegen die auf diese Weise hergestellte Verquickung einer wirtschaftlichen Frage mit der nach ihrer Ansicht rein politischen Frage der Zollinspektoren. Sie behandeln diese ganze Angelegenheit als eine Verletzung des bis zum 31. Juli 1940 gültigen Austauschabkommens, und bezeichnen wiederholt die polnische Haltung als ein ‚direktes Eingreifen', worüber sie große Entrüstung an den Tag zu legen scheinen. . . ."[24])

Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da man in Polen sehr genau wußte, daß sich „der Senat bisher nie allzuweit hinausgewagt habe und irgendeine Drohung mit einer Zollunion mit Deutschland nicht allzu ernst ge-

---

[22]) Blaubuch der Britischen Regierung Nr. 37.
[23]) ebenda Nr. 38.
[24]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 175.

nommen werden sollte". In der Unterredung hierüber vom 2. August gab der stellvertretende Staatssekretär im Außenministerium, Arciszewski, dem englischen Botschafter Kennard zu verstehen, „daß die allgemeine Lage gegen Ende des Monats kritisch werden könnte".

„Er gab zu, daß die Lage sich binnen weniger Stunden von der politischen in die militärische Phase hinüberentwickeln könne. . . ."[25])

Im übrigen stand die wirtschaftliche Abschneidung Danzigs von Polen im grundsätzlichen Gegensatz zu den polnischen Deklamationen, daß Polen ohne Danzig nicht leben könne. Dieser Schritt zur Unterbindung des Handels mit Danzig — seit 1919 hatte Polen ohnehin diesen Handel laufend gedrosselt! — sollte also aggressiven Zielen dienen.

Am 4. August stellte Polen der „Freien Stadt" ein auf 17 Stunden befristetes Ultimatum und drohte unverzügliche Retorsionen (Vergeltung) und Repressalien für den Fall an, daß eine (angebliche, jedoch nicht erlassene) Anordnung des Senats hinsichtlich der Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren nicht zurückgenommen und versucht würde, den Dienst der nunmehr bewaffneten polnischen Zollinspektoren zu erschweren oder zu behindern. Anlaß: ein Gerücht.

„Der französische Botschafter in Warschau ist der Ansicht, daß das polnische Vorgehen ein taktischer Fehler sei. Auch der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Professor Burckhardt, erklärt, daß das polnische Ultimatum vom 4. August alle Ansätze einer Entspannung zunichte gemacht habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Polen in diesem Punkte eine Auseinandersetzung auf die Spitze getrieben hat, der ohne Prestigeverlust und ohne sachliche Nachteile auch auszuweichen gewesen wäre."[26])

Am frühen Vormittag des 5. August wurde der Danziger Senatspräsident Greiser davon in Kenntnis gesetzt, daß die gesamte Lebensmitteleinfuhr gesperrt werde, falls sich Danzig dem Ultimatum vom Vortag widersetze. Greiser, der die Auffassung vertrat, „der Ton des Ultimatums, die kurze Befristung und der Inhalt der Drohung machen jede Antwort unmöglich", wandte sich an den Hohen Kommissar und erklärte sich bereit, dem Generalkommissar Polens, Chodacki, telephonisch den zum Anlaß genommenen Sachverhalt richtigzustellen und somit die Haltlosigkeit der Beschuldigung nachzuweisen[27]). Obwohl Chodacki zusagte, sich bei seiner Regierung zu bemühen, die telephonischen Erläuterungen als Verbalnote entgegenzunehmen, bestand er darauf, daß

[25]) Blaubuch der Britischen Regierung Nr. 42.
[26]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 14. und Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 82.
[27]) ADAP VI Dok. 774 Anm.

der Danziger Senat die „Erfüllung der polnischen Forderung“ schriftlich bestätigte. Inzwischen war auch Burckhardt von Chodacki informiert worden, daß die Frauen und Kinder der polnischen Beamten in Danzig evakuiert würden. — Die polnische Regierung verletzte mit dieser Drohung, Danzig auszuhungern, ohne echten Anlaß die elementaren Lebensinteressen Danzigs und des Reiches. Der geheimen diplomatischen Korrespondenz ist zu entnehmen, daß von der polnischen Regierung,

> „falls der Senat die polnische Note zurückgewiesen hätte, unter Umständen militärische Maßnahmen ergriffen worden wären.“[28])

Polen hat die Krise noch weiter auf die Spitze getrieben, indem es das Ultimatum sowie die Aushungerungsdrohung, aber auch die Bewaffnung der polnischen Zollinspektoren nicht zurücknahm bzw. aufhob, obwohl nachgewiesen war, daß der für dieses Vorgehen herangezogene Vorwand unhaltbar war.

Am 6. August verkündete Marschall Rydz-Smigly in Krakau vor 150 000 Legionären,

> „daß Polen entschlossen sei, ‚auf Gewalt mit Gewalt‘ zu antworten, und sich jedem Versuch, seine Interessen direkt oder indirekt zu verletzen, nachdrücklich widersetzen werde. Danzig, das seit vielen Jahrhunderten mit Polen verbunden sei, fügte er hinzu, sei die Lunge des polnischen Wirtschaftsorganismus, und die Warschauer Regierung habe in dieser Frage ihre Haltung klar und eindeutig definiert.“[29])
>
> „Danzig ist die Lunge Polens! Wir besitzen Freunde, die uns verstehen und ihre Verbundenheit mit uns deutlich zum Ausdruck gebracht haben.“ Echo der Masse: „Wir wollen Danzig haben!“[30])

Die polnische konservative Zeitung „Czas“ kommentierte diese Rede am darauffolgenden Tag dahingehend,

> „daß, falls die Danziger Nazis versuchen sollten, eine vollendete Tatsache zu schaffen, ‚die polnischen Kanonen donnern würden‘.“[29])
>
> „Die Geschütze, die Polens Ehre schützen, sind auf Danzig gerichtet. Es sollen sich alle klar darüber sein, daß diese Geschütze schießen, wenn die Behörden der Freien Stadt entgegen den offensichtlichen Interessen der Danziger Bevölkerung Polen vor irgendwelche vollendete Tatsachen stellen wollen.“[29])

Der polnische Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, zog an diesem 7. 8. aus seinen Gesprächen in Warschau den Schluß:

> „Polen zieht Danzig dem Frieden vor.“[31])

---

[28]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 182 — Aussage Becks am 7. 8. 1939.
[29]) ebenda Nr. 185 und Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 448.
[30]) W. Ziegler „Wie kam es zum Kriege 1939?“ S. 65.
[31]) Ilustrowany Kurjer 7. 8. 1939 und New York Times 8. 8. 1939.

In dieser Atmosphäre beugte sich Senatspräsident Greiser dem polnischen Ultimatum, indem er, wie von Polen verlangt, es nicht nur mit der telephonischen Verbalnote bewenden ließ, sondern schriftlich antwortete. Daß diese Erklärung souverän abgefaßt und auch den deutlichen Protest gegen das Vorgehen Polens enthielt, ändert nichts an dem Tatbestand, daß es sich hierbei um ein „Zurückweichen" handelt. Auch der polnische Außenminister hat dies faktisch so verstanden, ebenso wie die Auslandspresse[32]). Beck

> „sieht seine ‚Politik der Festigkeit' durch den Ausgang der Danziger Krise bestätigt, wie der französische Botschafter in Warschau am 7. August 1939 an seine Regierung berichtet. Die Spanne möglicher polnischer Zugeständnisse sei jedoch so eng geworden, schreibt derselbe Botschafter am 8. August 1939, daß die geringste Unvorsichtigkeit genügen könnte, um schwere Folgen nach sich zu ziehen."[33])

Greiser gab, und auch dies ist ein Zeichen des Willens zum Ausgleich, dem Völkerbundshochkommissar vorher Kenntnis von der Danziger Note und holte dessen Rat und Zustimmung ein; ein Verfahren, das Polen bei seinem Vorgehen gegen Danzig nicht für notwendig hielt.

Am 8. August berichtete Botschafter Henderson seinem Außenminister:

> „Diese Elemente, die dazu neigen, Deutschland zu demütigen, würden durch Presseartikel in England oder Polen bestärkt; besonders, da man hier (Berlin) fest der Meinung ist, daß Polen solche Herausforderungen ohne Englands Unterstützung im Rücken niemals wagen würde. . . .
>
> Es mag sein, daß Demütigung für ihn (Hitler) willkommen ist, aber wenn diese gefährliche Politik nicht die der Regierung Seiner Majestät ist, so schlage ich ernstlich vor, daß sowohl in Warschau als auch in London das Äußerste getan werden sollte, um zu verhindern, daß Hitler in den nächsten paar Wochen in eine Lage getrieben würde, in der des Diktators Stolz ihm nicht mehr gestatten werde, langsamzutreten, selbst wenn er wollte."[34])

In einem anschließenden Bericht verweist er darauf, wie Pressekommentare in Warschau und London über die Rede Marschall Rydz-Smigly's vom 6. 8. eine Beilegung des Konfliktes in Danzig vom 5. 8. ernstlich aufs Spiel gesetzt haben, und betont mit Nachdruck:

> „Die Haltung der Polen erscheint mir höchst und unnötig gefährlich."[35])

Weiterhin unterrichtet Henderson am gleichen Tag den Staatssekretär im Foreign Office von einer Unterredung mit dem Widerstandsangehörigen Staatssekretär v. Weizsäcker. Dieser habe ihn gefragt:

---

[32]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 585 und 588.
[33]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 15.
[34]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 585.
[35]) ebenda Doc. 588.

„Lebt der polnische Botschafter oder ist er tot oder ist er gar nicht mehr in Berlin?“[36])

„Daraufhin habe ich den belgischen Botschafter gebeten, dies Botschafter Lipski zu berichten, und dieser hat herausgefunden, daß Lipski Instruktionen erhalten hat, jegliche Kontakte mit den Deutschen zu vermeiden. Ich selbst sehe eine solche Haltung für zu dumm (for words) an, und ich weiß nicht, wie man in London darüber denkt. England sei zwar der öffentliche Feind Nr. 1, aber ich selbst würde einen solchen Kurs nicht vorschlagen. Ich werde mit dem Fürsten Lubomirski über den Artikel im Czas sprechen.

Tatsache ist, daß Lubomirski einer jener Angehörigen der polnischen Botschaft ist, der die meisten meiner Kollegen durch das extrem Kriegerische seiner Bemerkung in Schrecken versetzt hat.

England würde nichts verlieren, wenn es keine Verringerung seiner Festigkeit zeige, und könnte viel gewinnen, wenn es Hitler die Chance gäbe, eine Friedensgeste zu machen, die er vielleicht suche. Man würde bei jeder Anklage verlieren, wenn man ihn dieser Chance beraube, da er seinem Volk beweisen könne, daß er sie gewünscht habe, und sie ihm nicht gegeben worden sei. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Italiener glauben, daß Polen noch in diesem Jahre eine Entscheidung erzwingen möchte, da es der Meinung sei, die britische Unterstützung könne sich mit der Zeit abkühlen.“[36])

Am 9. August teilte die Reichsregierung Außenminister Beck mit, daß eine Wiederholung ultimativer Forderungen an Danzig die deutsch-polnischen Beziehungen belasten werde, und daß das Embargo gegen Danzig die „Freie Stadt“ zwingen werde, andere Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten zu erschließen. Hitler hat hierin zwar bekundet, daß er Danzig zur Seite stehen werde, hat aber nicht gedroht.

„Diese (die polnische Regierung) erwiderte binnen 24 Stunden, ohne London oder Paris zu konsultieren, sie werde eventuelle Einmischungen der Reichsregierung in die Beziehungen von Polen und Danzig zum Schaden der polnischen Rechte und Interessen ‚als Angriffshandlung‘ betrachten. Diese Antwort — nachdem 20 Jahre lang zwischen Berlin und Warschau ständig Danziger Affären ausgefochten worden waren — zeigte, wohin wir gekommen waren.“[37])

Diese polnische Note vom 10. August enthielt einen zusätzlichen Beweis dafür, daß Polen den Einfluß Deutschlands auf Danzig — auch für den Fall einer Aushungerung — völlig auszuschalten und dort aggressiv vorzugehen gedachte. Polen hat die Lage hiermit erneut verschärft, so daß sogar Lord Halifax am 15. 8. empfahl, „die polnische Regierung solle im Hinblick auf die Weltmeinung die Möglichkeit von Verhandlungen über Danzig prüfen und Hitler keinen Vorwand zum

---

[36]) ebenda Doc. 594.

[37]) E. v. Weizsäcker „Erinnerungen“ S. 244/245.

Handeln geben"[38]). Auch Botschafter Henderson hatte die Tragweite dieser polnischen Note erkannt und „konnte nicht glauben", daß sich Hitler so ruhig verhalten würde, wie er es wirklich tat, als er von dieser Note erfuhr[39]). Die Polen indessen hatten — so gesteht Burckhardt —

> „die Absicht, einen gefährlichen Erfolg zu erringen, und sie haben nicht aufgehört, diesen Erfolg zu betonen."[40])

Und die polnische Regierung stand nicht allein: Am 13. 8. konnte Außenminister Beck dem Botschafter der USA in Warschau, Biddle, einen Bericht des polnischen Botschafters in London, Raczynski, vorlegen des Inhalts, daß die britische Regierung alle bisherigen Schritte Polens ausdrücklich gebilligt habe[41]). Daß sich die polnische Regierung hiermit erneut ermuntert fühlen mußte, versteht sich von selbst. Die Folgen blieben nicht aus.

Am 18. 8. bot der polnische Generalkommissar für Danzig, Chodacki, an, die Einfuhrbehinderungen für den Fall aufzuheben, daß — die inzwischen bewaffneten und wiederum verstärkten! — Zollbeamten und Grenzwachen ungehindert auf Danziger Territorium tätig sein dürften. Die Annahme eines solchen Vorschlages hätte die militärische Besetzung und damit Polonisierung Danzigs bedeutet. Danzig stand hiermit praktisch vor einem zweiten Ultimatum, das nur vier Möglichkeiten eröffnete:

a) zollpolitische Abschnürung und damit Ruinierung der Wirtschaft bzw. der Existenz auch für die Zukunft (seit 1. 8. waren entsprechende Maßnahmen Polens in Kraft!);
b) Einwilligung in die militärische Besetzung durch Polen;
c) Öffnung der Grenze nach Ostpreußen, um nicht ausgehungert zu werden; damit Inkaufnahme des von Polen für diesen Fall angedrohten Kriegszustandes[42]);
d) Hilfsersuchen an das Deutsche Reich und damit ebenfalls Inkaufnahme des von Polen für diesen Fall angedrohten Kriegszustandes[43]).

Der Danziger Senat fand sich mit der wirtschaftlichen Abschnürung ab und verhielt sich passiv. Ohne sich vom Danziger Senat zu verabschieden, verließ der britische Generalkonsul Shepherd am 24. 8. die Freie Stadt. Er sollte nicht mehr zurückkehren[44]). Die Berichte dieses Sachkenners hat Halifax nicht für eine Friedensregelung verwertet.

---

[38]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 20/21.
[39]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 37.
[40]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 347.
[41]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 214.
[42]) ADAP VI Dok. 771 — 4. 8. 1939 und Dok. 773.
[43]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 86.
[44]) ADAP VII Dok. 254 und Dok. 232.

Am selben 24. August brach Polen die Verhandlungen in der Zollinspektorenfrage in Danzig ab[44]). Selbst wenn die in den ADAP abgedruckten Unterlagen, denen zufolge der Danziger Senat die Verhandlungen mit Polen „hinhaltend führen“ sollte, authentisch sein sollten, berührt es seltsam, daß sich Polen keineswegs über diese Verhandlungsführung beschwert und eine Konkretisierung der Gespräche gefordert hat[45]). Mit dem Abbruch der Gespräche, der Weigerung, sich um einen Vermittler zu bemühen (z. B. Burckhardt oder die britische Regierung), und der Weigerung bis Kriegsbeginn, mit dem Danziger Senat oder der deutschen Regierung überhaupt über welchen Gegenstand auch immer zu verhandeln, schließlich mit den in Polen unmißverständlich zum Ausdruck gebrachten Annexionsforderungen hat Polen eindeutig sein mangelndes Interesse an diesen Verhandlungen bekundet und damit seine eigentlichen Absichten enthüllt.

Am 26. August 1939 abends riet Chodacki dem Völkerbundshochkommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, dringend, seine Familie zu evakuieren, „da Kampfhandlungen jeden Tag einsetzen könnten, und die Stadt bombardiert werden könne“[48]).

> „Die Lage wird auch dadurch noch verschlimmert, daß weithin das Verhalten des Danziger Senats als Zurückweichen gedeutet wird.“[46])

In dieser Lageeinschätzung provozierte Polen weiter, hoffend,

> „daß im Falle eines Krieges Unruhen in Deutschland ausbrechen, und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.“[47])

Seit Ende März 1939 lehnte die polnische Regierung jedes Gespräch mit der Reichsregierung unter Kriegsdrohung ab, kämpfte gegen jeden Kompromiß und verweigerte selbst auf dem Höhepunkt der Krise jede Geste eines Verhandlungswillens. Bereits am 27. Mai 1939 hatte Außenminister Beck Herrn Burckhardt den Eindruck vermittelt, „er erteile ihm Instruktionen, anstatt sich mit ihm über Zusammenarbeit zu unterhalten“[48]). „Innerhalb der augenblicklichen Spannung sind“, so erklärte Beck in dieser Unterredung mit Burckhardt, „Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau nicht möglich“. Solche „Begründungen“ können

---

[45]) Dieser fehlende Gegenbeweis aus polnischen Unterlagen sowie die Tatsache, daß der in diesen ADAP-Akten genannte Veesenmayer als Unterzeichner im Wilhelmstraßenprozeß 1946—1949 von dem Anklagepunkt I („Verschwörung gegen den Frieden“) freigesprochen worden ist, da er „keine Kenntnis von Hitlers Angriffsplänen hatte“ bzw. haben konnte, erregen Zweifel an der Echtheit dieser in den ADAP abgedruckten Unterlagen (Danzig in den letzten Friedenstagen betreffend). „Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß“ S. 43.

[46]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 14.

[47]) ebenda Bd. III S. 372 Botschafter Lipski am 31. 8. 1939.

[48]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 351 u. 299.

nicht den Mangel an Verhandlungsbereitschaft derjenigen entschuldigen, die diese Spannung geschaffen haben.

Danzig war, wie gesagt, nicht das einzige Ziel Polens, nicht das einzige Feld seiner Provokationen, sondern nur Mittel zum Zweck[49]). Polen nebst seinen englischen und französischen Freunden wollten der „Freien Stadt" die Freiheit nehmen, ihrer völkischen Bindung gemäß zu leben, ja sie bemühten sich, sogar ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen weiter einzuengen. Dieses Unterfangen wurde schließlich damit motiviert, daß die „Freiheit" der ganzen Welt von Hitler bedroht sei.

> „Danzig ist deutsch. Allein schon die Wahlen beweisen dies. Ich habe die Ansichten berühmter Männer zitiert. Kein einziger kann leugnen, daß die große Mehrheit der Danziger Deutsche sind oder daß sie wünschen, an Deutschland angeschlossen zu werden. Aber wenn die Polen das Gegenteil glauben, warum hält man keine Volksabstimmung unter englischer Kontrolle ab und hält sich an diese Entscheidung? Warschau würde, so wie mir dort gesagt wurde, eine solche Lösung verweigern, da man das Ergebnis im voraus kennt. Polen erklärten mir, daß dies kein fairer Test sei, seit sie Anspruch auf die Weichselmündung erheben. Aber ich habe mich mit solchen Ansprüchen in einem früheren Kapitel auseinandergesetzt, und kann nur wiederholen, daß solche Argumente gleichbedeutend wären, Deutschland das holländische Rheindelta zu geben oder das portugiesische Gebiet um den Tajo an Franko-Spanien. Es liegt kein Sinn in dem Kampf, eine Gruppe von Deutschen in Danzig daran zu hindern, sich einer anderen Gruppe von Deutschen im Reich anzuschließen. Es wäre das gleiche, England und Neu-Seeland daran zu hindern, eine einzige Regierung zu bilden, wenn sie dies wollten. Danzig als Stadt wurde von Deutschen gegründet. Daß Slawen, viele Jahrhunderte zurück, ein Handelszentrum auf dem Boden der gegenwärtigen Freien Stadt eröffnet haben mögen, ist kein Grund dafür, dieses Gebiet Polen zu geben. Die Serben sind auch Slawen, denn wir haben keinen Beweis dafür, daß die Polen die Nachkommen solcher Slawen sind. In der Tat, Historiker erklären, sie sind es nicht. Aber dieser Gesichtspunkt ist noch nicht einmal von akademischem Interesse. Wenn wir Ansprüche auf alte Tage der Besetzung gründen, können wir genausogut damit beginnen, die Ostküste Englands an Dänemark abzutreten, denn sie gehörte den Dänen lange nachdem die Slawen, die ein Handelszentrum auf Danziger Gebiet gegründet haben mögen, ausgezogen sind. Man stelle sich vor, Deutschland — oder Frankreich, Rußland oder Italien aus demselben Grund — würde Dänemark die Ostküste von England aus historischen Gründen garantieren! Die historische Seite des Argumentes könnte nicht geleugnet werden — aber seine äußerste Absurdität würde ganz Europa lachen machen."[50])

---

[49]) S. L. Sharp „Poland — White Eagle on a Red Field" S. 143.

[50]) B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 149/50. B. de Colonna war langjähriger Sonderkorrespondent für britische und neuseeländische Zeitungen, hatte außergewöhnliche Gelegenheiten zum Studium der osteuropäischen und besonders der polnischen Verhältnisse und hatte noch im Sommer 1939 Polen bereist. Sein Buch ist im Herbst 1939 in London erschienen.

Hitlers Haltung gegenüber Polen

Grundsätzliche Haltung seit 1933

Obgleich der polnische Marschall Pilsudski allein im Jahre der Machtergreifung Hitlers — 1933 — dreimal geplant hatte, in Verbindung mit Frankreich das Deutsche Reich anzugreifen, obgleich ferner bis zu diesem Zeitpunkt fast die Hälfte der Volksdeutschen aus Polen vertrieben waren, obgleich die weiteren territorialen Forderungen Polens durchaus aggressiv geblieben waren, obgleich keine der Weimarer Regierungen bisher eine auch nur halbwegs freundschaftliche Annäherung an Polen hatte erreichen können — galt eine der ersten außenpolitischen Initiativen Hitlers dem Bemühen um ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschlands östlichem Nachbarn Polen. Die Friedens- und Freundschaftserklärung vom 26. 1. 1934 sah einen zehnjährigen Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt sowie eine friedliche Regelung aller strittigen Fragen vor. Die Grenzfrage blieb ausgeklammert. Obwohl Hitler nicht den „Ostlocarno-Pakt" mit Polen abschließen, d. h. die von Versailles gezogene Ostgrenze des Reiches anerkennen konnte (auch keine der Weimarer Regierungen hat dies vermocht!), so hat er doch alles in seinen Kräften Stehende getan, um ein friedliches Nebeneinanderleben des deutschen und des polnischen Volkes für die Zukunft zu ermöglichen. Alle Dokumente bezeugen, daß Hitler dieses Abkommen aufrichtig und offen unterzeichnet und seine Außenpolitik in den nachfolgenden Jahren bis in den Hochsommer 1939 nach diesem Abkommen ausgerichtet hat bzw. seit dem 28. 4. 1939 bemüht blieb, die in dem Abkommen festgelegten Grundsätze auf einer den veränderten Verhältnissen (britisch-polnische Garantie, polnische Teilmobilisierung) angepaßten Grundlage neu zu regeln.

> „Es ist vielleicht der erschütterndste Beweis für den festen Willen der deutschen Politik, dem Geiste des Vertrages von 1934 gerecht zu werden, daß alle diese Schikanen und alle diese offenkundigen Ungerechtigkeiten gegen das deutsche Volkstum im Raume des polnischen Staates zunächst mit Schweigen übergangen wurden.
>
> Wenn man in Polen auch nur 50 % dessen für die deutsche Minderheit getan hätte, was in Deutschland gegenüber der polnischen Minderheit

getan worden ist, dann wäre nicht jenes immer bitterer werdende Gefühl der Enttäuschung in der deutschen Öffentlichkeit entstanden."[1])

Deutsche Vorschläge zur Neuregelung der seit 1918 anstehenden Fragen sind stets von der Anerkennung der polnischen Interessen ausgegangen. Diese Haltung ging so weit, daß Hitler als erster deutscher Politiker seit der Versailler Grenzregelung grundsätzlich die Notwendigkeit eines freien Zuganges zur Ostsee für Polen zugestanden, Verzichte geleistet und militärische Gewaltdrohungen als Druckmittel für oder in Verhandlungen vermieden hatte. Das unbestrittene Grundmotiv Hitlers war jahrelang: Die Grenz- und Minderheitenfragen sind im Vergleich zu der Notwendigkeit eines Zusammengehens dieser beiden europäischen Völker unbedeutend.

Zeugnis für 1935:

„Die außerordentlich entgegenkommenden Formeln Hitlers und seine Andeutungen über die Notwendigkeit einer deutsch-polnischen ‚Freundschaft' im Falle einer ‚Gefahr' wiesen eindeutig auf das Gewicht, das er dem Beistand Polens gegenüber der französisch-sowjetischen Allianz vom 2. Mai beimaß."[2])

Zeugnis für 1936:

„Ribbentrop und Hitler selbst sahen das polnisch-deutsche Verhältnis nahezu ausschließlich unter dem Aspekt des damaligen Ausgreifens der sowjetischen Außenpolitik und betonten daher die Gemeinsamkeit der polnischen mit den deutschen Interessen."[3])

Zeugnis für 1936: Aufzeichnungen des polnischen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Graf Szembeck, über eine Unterredung mit Hitler am 12. 8. 1936:

„Im Jahre 1933, als er die Macht übernahm, waren die Beziehungen zwischen Polen und Danzig sehr gespannt. Der Reichskanzler befahl dann ‚seinen Leuten', sich mit Polen zu verständigen. Man kann die Beschlüsse des Versailler Vertrages bedauern und sich damit unzufrieden zeigen, doch kann man trotzdem die sich aus ihm ergebenden Tatsachen in Rechnung stellen. Die Danziger Frage ist unbedeutend, verglichen mit der ungeheueren Größe der Probleme, die für eine Ausgleichung der polnischen und der deutschen Politik sprechen. Der durch den Reichskanzler an Danzig gegebene Befehl, mit den Streitigkeiten gegen Polen Schluß zu machen, stieß auf heftige Angriffe der Deutschnationalen, der Sozialisten und der Kommunisten, und zwar gleichzeitig in Danzig wie im Reich. Man beschuldigte den Reichskanzler, die gebieterischsten Interessen Deutschlands verraten zu haben. Aber der Reichskanzler kümmerte sich nicht darum; er wich keinen Schritt und verfolgte den Weg,

---

[1]) F. Heiß „Deutschland und der Korridor" S. 296.
[2]) H. Roos „Polen und Europa" S. 232.
[3]) ebenda S. 244.

den er sich vorgezeichnet hatte, nämlich den der unerläßlichen Verständigung mit Polen, weiter."[4])

Zeugnis für 1937: Aufzeichnungen über die Unterredung von Marschall Rydz-Smigly mit Feldmarschall Göring:

„Herr Göring erklärte, Reichskanzler Hitler habe ihm eingeschärft, seine mehr denn je feste Entschlossenheit zu betonen, seine Annäherungspolitik zu Polen fortzusetzen... Deutscherseits hegt man gar keine Absicht, Polen irgend etwas von seinem gegenwärtigen Gebietsstand wegzunehmen... Übrigens ist es völlig verständlich, daß ein starkes Polen mit einem Zugang zum Meer, mit welchem Deutschland seine Politik gemeinsam betreiben kann, viel notwendiger und für Deutschland viel vorteilhafter ist als ein schwaches und verstümmeltes Polen. Man gibt sich in Deutschland völlig Rechenschaft darüber, daß ein isoliertes Polen viel verwundbarer wäre; denn dann würden unbehindert russische Massen gegen die deutsche Grenze losgehen."[5])

Zeugnis für 1938: Hitler am 26. 9. 1938 im Berliner Sportpalast:

„Wir sehen ein, daß hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen, und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von 33 Millionen Menschen wird immer nach einem Zugang zum Meere streben. Es mußte daher ein Weg der Verständigung gefunden werden.
Er ist gefunden worden und wird immer weiter ausgebaut. Das Entscheidende ist, daß die beiden Staatsführungen und alle vernünftigen und einsichtigen Menschen in beiden Völkern und Ländern den festen Willen haben, das Verhältnis immer mehr zu bessern."[6])

Zeugnis für 1939: Aufzeichnungen über die Unterredung Hitlers mit Oberst Beck in Berchtesgaden am 5. 1. 1939:

„In seiner Antwort erklärte der Reichskanzler, es gelte, in der Danziger Angelegenheit etwas ganz Neues zu finden, eine neue Form — er nannte sie ‚Körperschaft' —, welche einerseits die Interessen der deutschen Bevölkerung, andererseits die polnischen Interessen garantieren würde. Der Reichskanzler versicherte ferner, der Minister könne völlig ruhig sein: in Danzig werde niemand vor vollendete Tatsachen gestellt, und nichts werde unternommen werden, was die Lage der polnischen Regierung schwierig gestalten könnte."[7])

„Jede polnische Division habe den Wert einer deutschen Division. Ein starkes Polen ist einfach eine Notwendigkeit."[8])

„Wir würden am Ende alle, Sieger und Besiegte, unter den gleichen Trümmern liegen; und der einzige, der Gewinn daraus zieht, würde Moskau sein."[9])

Oberst Beck bestätigte in der anschließenden Unterredung mit Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 9. 1. 1939 in München, daß er die klare und feste Politik des Reichskanzlers zur freundschaftlichen Ver-

---

[4]—[7]) Weißbuch der Polnischen Regierung 1940, Nr. 24, 29, 42, 48.
[8]—[9]) Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V Doc. 193 S. 153 ff.

ständigung mit Polen „mit aufrichtiger Genugtuung zur Kenntnis genommen“ habe[10]).

Keines dieser Zitate ist willkürlich ausgewählt. Jedes ist typisch für die Haltung Berlins gegenüber Warschau. Für Polen dagegen ist kein entsprechendes Grundmotiv in all diesen Jahren nachweisbar.

Das Angebot an Polen vom 24. Oktober 1938

Gründe für die Wahl des Zeitpunktes

Das Projekt für eine Autobahn durch Westpreußen nach Ostpreußen reicht in das Jahr 1933 zurück:

> „Der im Mai 1935 geäußerte Gedanke Hitlers einer verkehrstechnischen Lösung des Korridorproblems durch eine Eisen- und Autobahn gehört in dieselbe Reihe von Anregungen, die deutsch-polnischen Streitfragen zu entschärfen.“[1])

Im Mai 1935 begann die Ausweich- und Verzögerungstaktik des polnischen Außenministers, obwohl er wie überhaupt die polnische Regierung spätestens seit 1937 eine grundsätzliche Regelung der Danzig-Frage für notwendig erachtet hatten[2]).

Daß die Versailler Bestimmungen nicht für alle Zeit das nachbarliche Verhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk belasten durften, d. h. daß eine Neuregelung auf irgendeine Weise zu irgendeinem Zeitpunkt notwendig war, müßte eigentlich jeder Sachkenner auch heute noch zugeben, so wie sich damals jeder Einsichtige dazu bereitfand.

Selbst die polnische Regierung hatte diese Notwendigkeit erkannt und eingestanden. Aus dem polnischen Memorandum an die deutsche Regierung vom 5. 5. 1939 läßt folgender Passus darauf schließen:

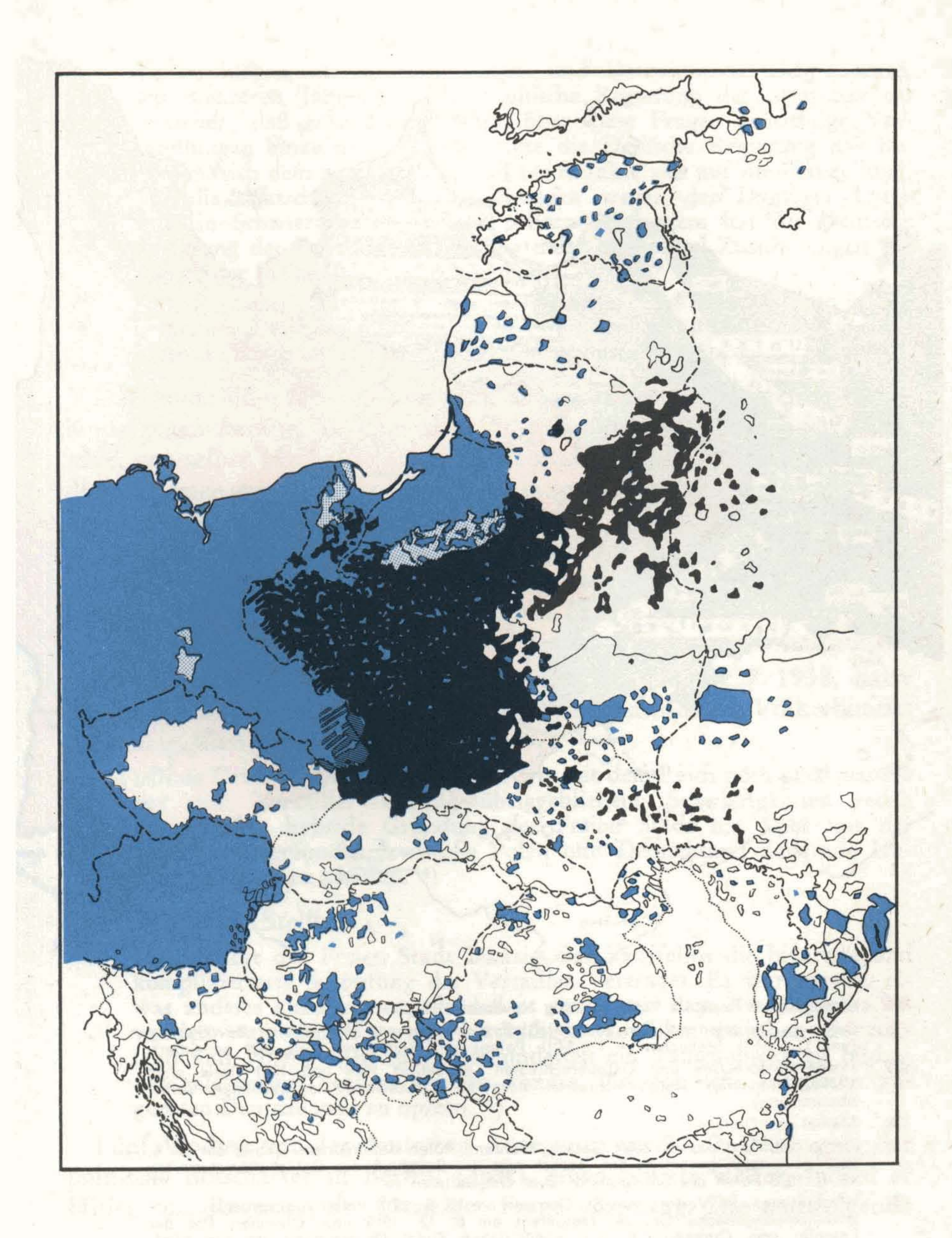
> „2. Die Polnische Regierung hat seit mehreren Jahren vorausgesehen, daß die Schwierigkeiten, welchen der Völkerbund bei Erfüllung seiner Aufgaben in Danzig begegnete, eine verworrene Lage schaffen würden,

---

[10]) ebenda S. 159.

[1]) R. Breyer „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937“ S. 334 und Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V Doc. 86.

[2]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 286 und 109.



Siedlungsgebiet des deutschen und polnischen Volkes vom Stand 1910

Staatsgrenzen angedeutet. Masuren, Kaschuben und Wenden (Sorben) gepunktet; für keinen dieser Stämme läßt sich selbst aus der Urgeschichte ein polnischer Herkunftsnachweis erbringen.



- Unabhängige Republik Polen, Anfang November 1918.
- Das sog. Ostpolen mit fast ausschließlich russischer und ukrainischer Bevölkerung (von 11,4 Mill. Menschen = 1,5 Mill. Polen); im Frieden von Riga 1921 annektiert.
- Posen-Westpreußen und Ostoberschlesien, annektiert 1919 und 1921 (teils ohne Volksabstimmung, Ostoberschlesien trotz für Deutschland ausgehender Volksabstimmung).
- Memel und Danzig.
- Ostgalizien und das Wilnaer Gebiet. Während Polen das Wilnaer Gebiet am 18. 4. 1922 gewaltsam annektiert hat, sprach erst der Beschluß des Botschafterrates vom 15. 3. 1923 Polen die Souveränität über Ost-Galizien zu.
- Westgalizien, im Vertrag von St. Germain am 10. 9. 1919 Polen zugesprochen. polnisch-sowjetische Grenze, festgelegt am 8. 12. 1919 vom Obersten Rat der Entente; sog. Curzon-Linie, vom südöstlichen Zipfel Ostpreußens bis zum nördlichen Schnittpunkt zwischen Ost- und Westgalizien.
- 1945 von Deutschland abgetrennte Gebiete.
- Sowjetische Besatzungszone Deutschlands 1945.
- Polnisch-sowjetische Grenze 1945.

die zu klären, im Interesse Polens und Deutschlands wichtig wäre. Seit mehreren Jahren gab die Polnische Regierung der Deutschen zu verstehen, daß es angezeigt wäre, über diese Fragen aufrichtige Verhandlungen einzuleiten; jedoch zeigte die Deutsche Regierung das Bestreben, sich dem zu entziehen, und beschränkte sich auf die Feststellung, daß die deutsch-polnischen Beziehungen wegen der Danziger Frage nicht in Schwierigkeiten geraten sollten. Außerdem hat die Deutsche Regierung der Polnischen Regierung mehr als einmal Zusicherungen bezüglich der Freien Stadt Danzig gemacht....

Schließlich unterstrich die Polnische Regierung, daß ihre Haltung in der Frage der Verkehrserleichterung in Pommerellen von der Haltung des Reichs in bezug auf die Freie Stadt Danzig abhänge."[3])

Daß eine solche Neuregelung nicht abermals nur auf Kosten Deutschlands gehen konnte, versteht sich für jeden politisch denkenden Menschen von selbst. Hitler hielt es für angebracht, gegen Ende Oktober 1938 diese Themen erneut, vorsichtig und kompromißbereit ins Gespräch zu bringen. Verhandlungsgrundlagen zu schaffen, gehört zu den Obliegenheiten der Politik; die Wahl des Zeitpunktes bedarf des politischen Geschickes. Hatte Hitler den Zeitpunkt richtig gewählt? In der Tat hatte er reichlich Veranlassung, die zweite Hälfte des Oktobers 1938 als günstige Gelegenheit für ein solches Gespräch mit Polen zu betrachten:

Ein Vierteljahr vor der deutschen Anregung, am 22. 7. 1938, hatte der polnische Außenminister Beck dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, erklärt:

„Ohne Druck und Drohung werden wir mit dem Reich noch über manche aus dem Versailler Vertrag übriggebliebene Schwierigkeiten reden können. Die hybride Gründung der Freien Stadt hat 1918 mit der Absicht stattgefunden, zwischen Polen und Deutschland dauernde Unstimmigkeiten zu schaffen."[4])

Oder an anderer Stelle:

„Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern."[5])

Fünf Wochen vor der deutschen Anregung, am 20. 9. 1938, ging der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, einen Schritt weiter, indem er Hitler eine Regelung der Danziger Frage vorschlug. Die nachfolgende

---

[3]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 78.
[4]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 164.
[5]) ebenda S. 24.

deutsche Initiative, zumal „in einer sehr freundlichen Form vorgetragen“[6]), konnte demnach nicht ungewöhnlich erscheinen.

Beck hatte Anfang Oktober in ein deutsches Kreditabkommen eingewilligt, das Polen ein Darlehen von 120 Millionen Zloty gewährte. Das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen in jener Zeit war allen europäischen Mächten bekannt. Am 10. 10. ließ Beck in einem Interview mit der Hearst-Presse Gerüchte dementieren, daß Deutschland die Rückgliederung Danzigs gefordert hätte, und betonte, Friede in Europa sei nur bei einer dauernden Verständigung der Nationen mit Deutschland möglich[7]).

England und Frankreich betrachteten die polnische Haltung während der Sudetenkrise (Erwerb von Teschen) sowie die nachfolgende Tschechen-Politik Warschaus feindselig. Dagegen schienen die Beziehungen zwischen dem Reich und England sowie zu Frankreich gut, wenn auch schon scharfe offiziöse Mißtöne aus London seit der Münchener Konferenz durchgeklungen waren, deren Ausmaß und Bedeutung Berlin jedoch nicht kennen konnte. Die polnische Regierung ihrerseits befürchtete bei dem Vorgehen gegen die Tschecho-Slowakei ein Eingreifen der UdSSR und ließ für diesen Fall zumindest um wohlwollende Neutralität Deutschlands bitten[8]). Die sowjetische Drohnote vom 23. 9. 1938, den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt aufzukündigen, dazu das Zusammenziehen von mehreren sowjetischen Armeen an der polnischen Grenze gaben zu diesen Befürchtungen realen Anlaß[9]). Auch der polnische Botschafter in Washington, Potocki, bestätigte später, daß sich nach der tschechischen Krise Anfang Oktober 1938 die Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR „sehr verschlechtert“ hätten[10]).

Der unmittelbare Anstoß ging jedoch von dem polnischen Botschafter Lipski und dem deutschen Staatssekretär v. Weizsäcker aus — also bezeichnenderweise weder von Ribbentrop noch von Hitler. Lipski unterbreitete im Auftrag seiner Regierung am 22. 10. 1938 dem Unterstaatssekretär Woermann das Ersuchen, die Reichsregierung möge die Übertragung der zum Staatsgebiet der Tschecho-Slowakei gehörenden Karpato-Ukraine an Ungarn unterstützen. Staatssekretär Weizsäcker, der diesen Vorschlag an Ribbentrop und Hitler weitergab, empfahl „ernsthaft zu prüfen“, ob man „mit Polen nicht aus diesem Anlaß ein

---

[6]) H. Lebre „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“ S. 44/45.
[7]) Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes Serie 52 a, 34476 zitiert bei: D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 195.
[8]) ADAP Bd. V Dok. 54 und Bd. IV Dok. 83.
[9]) Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V. Doc. 106 und 108.
[10]) Deutsches Weißbuch Nr. 3. Dok. 7.

größeres Gespräch beginnen und von Polen Kompensationen fordern" solle, wobei er an Danzig und Memel dachte[8]).

Englands unmotivierte Abkehr von der soeben in München unterschriebenen deutsch-britischen Friedens- und Freundschaftserklärung[11]) hat Hitler mit veranlaßt, Deutschlands Beziehungen zu Polen neu zu klären. Er konnte hierbei nicht wissen, mit welcher Entschlossenheit vornehmlich Roosevelt die Weichen mit dem Ziel umgestellt hatte, jede weitere Maßnahme zugunsten Deutschlands — unabhängig von der Rechtslage und ohne Rücksicht auf die friedliche Verhandlungsbereitschaft Hitlers — zu vereiteln. Und Präsident F. D. Roosevelt besaß in der Tat jene Druckmittel, deren sich sein Sonderbotschafter Bullitt mehrfach in seinen diplomatischen Gesprächen vor Kriegsbeginn rühmte. Potocki, der polnische Botschafter in Washington, konnte am 21. 11. 1938 von einer Unterredung mit Bullitt berichten, Roosevelt sei der Ansicht,

> „daß nur Stärke, und zwar am Schluß eines Krieges, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne. Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können. Dann erst, wenn der Augenblick reif ist, wird man zu der letzten Entscheidung schreiten können."[12])

Roosevelt verfolgte mit dem „Wirtschafts- und Propagandakrieg gegen Deutschland", der in den Vereinigten Staaten bereits sechs Wochen nach der Münchener Konferenz — und zwar unabhängig und ohne Kenntnis von den deutsch-polnischen Gesprächen! — zu einer „Psychose wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917" geführt hat[12]), das Ziel, auch Polen und die UdSSR in eine antideutsche Front einzubeziehen[13]).

Hitler konnte, wie gesagt, dieses Treiben Roosevelts nicht voraussehen. Aus diesem Grund kann ihm ein Historiker weder die Aufnahme noch den Inhalt noch das Ergebnis der Gespräche mit Polen zur Last legen.

---

[11]) London kündete am 10. 10. 1938 die Aufstellung von 16 Heeresdivisionen, am 13. 10. die allgemeine Wehrpflicht an. Roosevelt teilte am 14. 10. der Presse ein umfangreiches Marine- und Luftwaffenprogramm, am 15. 10. die Lieferung von 400 Militärflugzeugen an England an.

[12]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 — Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Dok. 4.

[13]) H. Roos „Polen und Europa" S. 395 zitiert: J. Szembeck „Journal 1933—1939" S. 381, 386, 389, 390, 404.

So groß war die Vorsicht Hitlers, als er im Oktober 1938 Ribbentrop veranlaßte, das von Lipski angeregte und von Weizsäcker ausgeweitete Gespräch fortzuführen, daß der polnische Außenminister noch Jahre später überzeugt war, die Initiative für diese Verhandlungen sei von Ribbentrop und nicht von Hitler ausgegangen[1]). Die deutsche Verhandlungsgrundlage wurde mündlich vorgetragen; damit war die vorsichtigste diplomatische Form gewählt, die jeden Rückzug ohne Prestigeverlust ermöglichte. Die Reichsregierung hat mit diesen Vorschlägen keine Forderungen gestellt, keine Frist gesetzt, keinen Druck ausgeübt, keine Beeinträchtigung der polnischen Souveränität, keine Verletzung der polnischen Ehre, keine Demütigung Polens beabsichtigt. Der deutsche Vorschlag sah eine Stärkung des deutsch-polnischen Freundschaftsverhältnisses und der europäischen Abwehrbereitschaft gegen den Bolschewismus vor.

Inhalt:

Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück. Deutschland erhält eine exterritoriale Straße und eine Eisenbahnlinie durch Westpreußen. Dafür erklärte sich Hitler bereit:

a) Polens wirtschaftliche Rechte in Danzig einschließlich eines Freihafens zu sichern,
b) die bestehenden Grenzen zwischen Polen und Deutschland als endgültig anzuerkennen,
c) einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen,
d) gemeinsam mit Polen und Ungarn die Slowakei zu garantieren, wodurch das Reich auf seine Vormachtstellung in diesem Raum verzichtete,
e) Polen im Falle eines sowjetischen Angriffs militärisch zu unterstützen.

Außenminister Beck hatte monatelang weder an der Form noch am Inhalt des deutschen Vorschlages Anstoß genommen, wenn er auch nicht gewillt war, „von der Versailler Kriegsbeute auch nur einen Brosamen herauszugeben“[2]). Auch Beck hatte monatelang den Inhalt der Gespräche mit der Reichsregierung geheimgehalten und in den westlichen Ländern bereits „Befürchtungen“ über ein deutsch-polnisches Zusammengehen erweckt[3]). Es ist bezeichnend, daß Beck sogar von sich aus eine Neu-

---

[1]) J. Beck „Dernier Rapport“ S. 182 ff.
[2]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege“ S. 560.
[3]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 207.

regelung der Danziger Frage für notwendig hielt. Am 31. Oktober 1938, eine Woche nach Kenntnisnahme der deutschen Vorschläge, erteilte er seinem Botschafter in Berlin, Lipski, Instruktionen. Punkt 4 b lautete:

> „Nach Auffassung der Polnischen Regierung sollte sich das etwaige Abkommen, welches die Festigung der guten Nachbarschaft beabsichtigt, zum Ziel setzen:
>
> a) ...
>
> b) eine solche Regelung der Frage der Freien Stadt Danzig, daß in Zukunft die unaufhörlichen Schwierigkeiten technischer und psychologischer Natur verhindert werden, wie sie sich aus den auf dem Boden Danzigs entstandenen Reibungen ergeben. Die Frage der Freien Stadt wird akut, denn beim gegenwärtigen Zustand, wo sich der Völkerbund recht weitgehende Vorrechte vorbehält und keine Möglichkeiten bietet, seine Aufgabe in einer der Freien Stadt und den polnischen Belangen nützlichen Weise zu erfüllen, zeigt sich die Notwendigkeit einer freien und offenen Prüfung dieses Problems durch die Polnische und die Deutsche Regierung."[4])

Kurz darauf erklärte der polnische Außenminister offiziell, „Polen führe über Danzig und den Korridor keine Verhandlungen"[5]). Intern dagegen teilte er dem Völkerbundshochkommissar Burckhardt am 21. 11. 1938 mit, daß Polen die Freie Stadt nicht mehr politisch vertreten wolle, sondern nur noch ein wirtschaftliches Interesse an Danzig habe[6]). Die Absicht, die dieser Mitteilung zugrunde lag, schien offensichtlich: Hitler von Becks eigentlichen Vorhaben zu unterrichten, daß er den Vorschlag Weizsäckers aufzugreifen gedenke, indem er die Frage der Karpato-Ukraine mit jener Danzigs koppeln und dort bereits schrittweise nachgeben wolle. Auch weiterhin wurde Hitler in dem Glauben bestärkt, daß Beck ehrlich ein Gespräch über diese Fragen wünschte, zumal dieser am 5. Januar 1939 Hitler auf dem Obersalzberg zu verstehen gab,

> „er wisse die deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen und wolle das Problem gern einmal in Ruhe überlegen."[5])

In Wirklichkeit hatte der polnische Außenminister jedoch keine diplomatische Neuregelung ins Auge gefaßt. In der zweiten Januarhälfte 1939 fuhr Reichsaußenminister von Ribbentrop nach Warschau und unterstrich den Wunsch Hitlers auf ein enges Zusammengehen mit Polen. Wie der polnischen Regierung bereits angedeutet, könne er in einem deutsch-polnischen Defensiv-Bündnis im Rahmen des Anti-Komintern-Paktes und der Garantie der derzeitigen Grenzen, d. h. in

---

[4]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 45.
[5]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 324 u. 405.
[6]) Doc. on German Foreign Policy 1918—1945 Vol. V Doc. 102.

dem endgültigen Verzicht Deutschlands auf Posen-Westpreußen und Ostoberschlesien sowie in einer 25jährigen Nichtangriffsgarantie Erfüllung finden.

„Wie zurückhaltend und berechtigt diese (deutsche) Forderung (Rückgliederung Danzigs und exterritoriale Verkehrsverbindung nach Ostpreußen) ist, zeigt am besten der Vergleich mit den Forderungen, die die deutsche Opposition um Goerdeler später im Krieg stellt, zu einer Zeit, da sich das Kriegsglück längst von Deutschland gewendet hat: Goerdeler fordert die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1914."[7])

Das Bemühen des Reichsaußenministers um ein gutes Verhältnis mit Polen ist unbestreitbar. Der französische Außenminister Bonnet schrieb zu diesem Besuch Ribbentrops in Warschau:

„Nichts an dieser Rede (v. Ribbentrops) war alarmierend. In Paris beunruhigten sich sogar einige Leute angesichts der Herzlichkeit der gewechselten Worte: War das nicht ein Anzeichen, daß Polen sich anschickte, zu unserem (französischen) Schaden seine Verbindung zu Deutschland zu festigen?"[8])

Am 30. 1. 1939 bestätigte Beck dem französischen Botschafter in Warschau, Noél,

„daß er mit seinem Gesprächspartner (Ribbentrop) völlig über die Notwendigkeit und Möglichkeit einig gewesen sei, die gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern in dem Geist gut nachbarlicher Beziehungen, der die Grundlage des Vertrages von 1934 bildet, zu ordnen."[9])

Hitler bedachte in seiner Reichstagsrede vom 30. 1. 1939 Polen mit versöhnlichen Worten, trotz der Ergebnislosigkeit des Ribbentrop-Besuches in Warschau. Die deutsche Presse blieb nach wie vor angewiesen, keine mißliebigen Berichte über Polen zu veröffentlichen. Hitler befahl dem Auswärtigen Amt sowie dem Danziger Senat, ungeachtet aller Provokationen zurückhaltend zu bleiben.

„Zusammenarbeit mit Polen war noch immer das deutsche Ziel; Danzig lediglich die Sicherheit hierfür. Hitler selbst dachte dies. Am 25. 3. 1939 erließ er die Weisung:

‚Der Führer wünscht nicht, die Danziger Frage gewaltsam zu lösen. Er wünscht nicht, Polen hiermit in die Arme Großbritanniens zu treiben. Eine mögliche militärische Eroberung Danzigs könnte in Betracht gezogen werden, n u r wenn L (Lipski) eine Andeutung geben werde, daß die polnische Regierung eine freiwillige Abtretung Danzigs gegenüber ihrem eigenen Volk nicht rechtfertigen könnte und daß ein fait accompli ihr eine Lösung leichter machen würde.‘

---

[7]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 60.
und R. Breyer „Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze" S. 198—208.

[8]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 175.

[9]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 42.

„Am 26. März kehrte Lipski nach Berlin zurück. Er brachte die feste Weigerung mit, bezüglich Danzigs nachzugeben, wenn auch keine Weigerung zum Verhandeln. Bis zu diesem Augenblick hatte sich alles im Geheimen abgespielt, ohne einen öffentlichen Hinweis auf die deutsch-polnische Entfremdung. Nun drang es an die Öffentlichkeit. Beck rief polnische Reservisten zu den Waffen, um seine Entschlossenheit kundzutun. Hitler, um die Dinge auszugleichen, wie er vermutete, erlaubte der deutschen Presse erstmalig, über die deutsche Minderheit in Polen zu schreiben."[10])

Warschau erklärte sich lediglich bereit, den Völkerbundskommissar in Danzig abzuschieben und für diesen Fall den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen zu erleichtern. Diese Erwägung mußte nach dem Eingeständnis Becks ein „kompliziertes System" zur Folge haben[11]). „Jede andere Lösung", so wurde Lipski bereits am 31. 10. 1938 instruiert, „müßte unweigerlich zu einem Konflikt führen"[11]). Diese Antwort bedeutete: Entweder bedingungslose Annahme des polnischen Vorschlages oder vorbehaltlose Duldung des sich ausweitenden Einflusses Polens in Danzig unter den unverändert beibehaltenen Satzungen, die der unfähige Völkerbund „zu garantieren" hatte — oder als dritte Möglichkeit: Krieg! Verbesserungen wollte Warschau in Danzig nicht bieten, Veränderungen nur auf Kosten Deutschlands zustimmen. Die Reichsregierung hatte sich fortan der Drohung zu unterwerfen, daß „Deutschland in Zukunft strengstens für jede vom Senat Danzigs unternommene Handlung verantwortlich gemacht werde"[12]).

„Nur Danzig verhinderte eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Aus diesem Grund wünschte Hitler es aus dem Wege zu räumen. Aus genau dem gleichen Grund hielt Beck diesen Streitpunkt aufrecht (Beck kept it in the way). Es kam ihm nicht in den Sinn, daß dies einen fatalen Bruch verursachen könnte."[13])

Beck dramatisierte den sachlich nicht gerechtfertigten Abbruch des Gespräches mit Deutschland weiter durch die Annahme und wechselseitige Ausweitung der britischen Blanko-Vollmacht am 31. 3. und Anfang April 1939 anläßlich seines Besuches in London. Hiermit nicht genug: Am 5. Mai 1939 erklärte er vor dem Sejm die deutschen Zugeständnisse für wertlos, für nicht ernst gemeint. Beck verschwieg in dieser Rede, daß er sich an deutschen Zugeständnissen überhaupt nicht interessiert gezeigt hatte.

---

[10]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 210.

[11]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 45.

[12]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 211.

[13]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 196.

„Ein Staat mit Selbstachtung macht keine einseitigen Zugeständnisse. Wo bleibt denn die Gegenseitigkeit? Den deutschen Vorschlägen geht in dieser Hinsicht jede Klarheit ab.“[14])

Dies wagte der polnische Außenminister in dieser Rede am 5. Mai zu erklären, obwohl Hitler bereits eine Woche vorher vor dem Reichstag am 28. 4. den genauen Inhalt seines Vorschlages einschließlich der präzisen Zugeständnisse der Weltöffentlichkeit mitgeteilt hatte! Beck disqualifizierte nunmehr bereits Andeutungen über deutsche Zugeständnisse als „Verletzung der Ehre Polens“, deren Wahrung wichtiger als der Friede sei.

Die erst nach dem Krieg bekanntgewordenen Geheimakten bestätigen, daß diese schroffe Haltung des polnischen Außenministers, der polnischen Öffentlichkeit und der polnischen Militärs gegenüber den Anregungen Ribbentrops nicht durch den Inhalt oder die Form des deutschen Vorschlages hervorgerufen worden war, sondern durch den Wunsch Becks, „Großmachtpolitik“ zu betreiben, Hitler zu provozieren und selbst die Bedingungen für die Zukunft der europäischen Staatenwelt zu stellen[15]). Beck wußte sich in diesem Wunsch bereits einig mit der britischen Regierung, erklärte er doch in der gleichen Rede:

„Wenn es möglich war, rasch zu einer Festlegung der Grundsätze einer polnisch-englischen Zusammenarbeit zu gelangen, so ist das hauptsächlich dem Umstand zu danken, daß wir deutlich eine Übereinstimmung der Absichten der beiden Regierungen in den großen europäischen Fragen feststellten.“[14])

Welcher Art die „Absichten der beiden Regierungen“ waren, darüber belehren uns die diplomatischen Dokumente[15]).

Der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, am 26. 4. 1939 in einem Privatbrief an seinen Außenminister:

„Wenn Danzig vor sechs Monaten an Deutschland gefallen wäre, würde kein Hahn danach gekräht haben, und ein exterritorialer Korridor durch den Korridor hindurch ist eine durchaus gerechte Regelung. Wenn Schottland von England durch einen irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens so viel verlangen, was Hitler jetzt verlangt. Wenn man diese Forderungen an und für sich betrachtet, würde es etwas Schlechtes sein, in einen Weltkrieg wegen solcher Punkte hineinzutreiben....
Ich kann mich nicht dazu bringen, zu glauben, daß die Politik einer Machtprobe jetzt anstatt später irgendeine moralische oder praktische Rechtfertigung hat.“[16])

---

[14]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 77.
[15]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 113.
[16]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 200.

Derselbe Henderson in Schreiben vom 4. 5. und 6. 5. 1939:

> „Nach Aussage meines belgischen Kollegen betrachten fast alle diplomatischen Vertreter hier das deutsche Angebot als ein überraschend günstiges. Der holländische Gesandte, der amerikanische Geschäftsträger, mein südafrikanischer Kollege haben zu mir in diesem Sinne gesprochen ..."
>
> „Er müsse gestehen, daß in seinen Augen der Vorschlag eines Korridors durch den Korridor, als Göring ihn einmal erwähnte, zu gut war, um wahr zu sein."[17])

Derselbe Henderson in einem Schreiben vom 26. 7. 1939:

> „Es schien mir in der Tat immer unvermeidlich, daß Memel und Danzig in der einen oder anderen Weise — auf der Basis der Selbstbestimmung, und sie sind praktisch ganz deutsch — auf die Dauer von den Versailler Fesseln befreit werden und zum Reich zurückkehren müssen."[18])

Ein deutscher Historiker, der alles andere ist als ein Freund Hitlers:

> „Es ist in der Tat schwer zu bestreiten, daß keine deutsche Regierung weniger fordern konnte, als es Hitler in seinen Vorschlägen tat."[19])

Ein us-amerikanischer Historiker faßt zusammen:

> „Ribbentrop und Hitler hatten im Oktober 1938 eine Regelung vorgeschlagen, die für Deutschland sehr viel weniger günstig war als Punkt 13 des Wilson'schen Programms. Diese Regelung zielte nicht darauf, Deutschland die Stellung wiederzugeben, die es behalten hätte, wenn von den alliierten Mächten der Waffenstillstandsvertrag nicht verletzt worden wäre....
>
> Nach den in Frage stehenden Grundsätzen des internationalen Rechts stellt dieses exterritoriale Unternehmen eher eine reine Dienstleistung als eine tatsächliche Souveränitätsübertragung dar. Die Deutschen hätten damit lediglich ein Sonderrecht innerhalb eines unter polnischer Oberhoheit stehenden Gebietes erhalten....
>
> Hitlers Angebot vom Oktober 1938 war der vernünftigste Vorschlag, den Polen seit 1918 von Deutschland erhalten hatte.
>
> Vielmehr war es eher die Ungeduld der polnischen Führung als die Hitlers, die im März 1939 den Abbruch der Verhandlungen herbeiführte.
>
> Hitler war auch willens, seine ursprünglichen Vorschläge etwas einzuschränken und auf die längs der Autobahn verlaufende Eisenbahnstrecke nach Ostpreußen zu verzichten.

---

[17]) ebenda Bd. II S. 242, 256.

[18]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939, Vol. VI Doc. 460.

[19]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 231.

Es wäre etwas anderes gewesen, wenn Beck zu dieser Zeit genauso offen mit Hitler über Danzig gesprochen hätte. Hitler hätte dann gewußt, woran er war, bevor er sich vor eine polnische Mobilmachung und eine britische Einkreisungspolitik gestellt sah."[20])

Von Frühjahr bis August 1939

Hitler hat die schroffe Ablehnung Polens bedauert. Reichsaußenminister v. Ribbentrop erklärte hierzu im Nürnberger IMT-Prozeß:

„Ich habe eben gesagt, daß Hitler die sehr harte und ernste Botschaft des polnischen Botschafters (vom 26. 3. 1939) sehr ruhig aufnahm. Er sagte mir aber, ich möge dem polnischen Botschafter bedeuten, daß auf dieser Basis natürlich eine Lösung nicht gefunden werden könnte. Von Krieg dürfe hier nicht gesprochen werden."[1])

Es gab in Deutschland keine fanatischen Erklärungen, daß „die deutsche Ehre verletzt" worden sei; keine Argumente also, wie sie der polnische Außenminister in seiner bedeutenden Rede vom 5. Mai 1939 vor dem Sejm ins Feld geführt hat. Die kriegerischen Fanfarenstöße, von denen die polnische Ablehnung begleitet wurde, mußten die Lage weiter verschärfen. Dennoch blieben die deutschen Pressemeldungen über Polen auf die Mitteilungen des „Deutschen Nachrichtenbüros" (DNB) beschränkt und bis August allgemein in der Defensive und „klein aufgemacht".[2])

Hitler hatte Polen ein gutes Angebot gemacht: wirtschaftliche Vorteile, eine Garantie gegen fremde Invasion, Freundschaft, ja sogar die endgültige Anerkennung der Versailler Grenzen sowie der Interessen Polens. Der polnische Außenminister Beck bestätigte dem britischen Premierminister in den Londoner Gesprächen vom 4.—6. April 1939:

---

[20]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 342, 343, 354.

Punkt 13 des Wilson'schen Programms lautete:

‚Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer; die politische und ökonomische Unabhängigkeit des polnischen Staates sowie dessen territoriale Integrität sollen durch internationalen Vertrag garantiert werden.'

Wilson hat sein „Programm des Weltfriedens" am 8. Januar 1918 verkündet und unter „Zugang Polens zum Meer" die Benutzung der Weichsel durch Polen und einen Freihafen in Danzig für Polen verstanden. Kein Politiker der damaligen westlichen Alliierten und Assoziierten Mächte dachte damals an eine Grenzziehung in Form des später von Polen gewaltsam durchgesetzten „Korridors".

[1]) IMT Bd. X S. 299.

[2]) H. Sündermann „Das Dritte Reich" S. 61/62.

„Die deutsche Regierung hat niemals die polnischen Rechte in Danzig angefochten, und hat sie kürzlich noch bestätigt."

„Beck erwiderte, daß nichts, was geschehen sei (in den deutsch-polnischen Gesprächen) über Aussprachen hinausgegangen sei. Der polnischen Regierung sind keine geschriebenen Forderungen überreicht worden."[3])

Dennoch zog Polen die Garantie Englands vor, die einen europäischen und sogar weltweiten Krieg sehr wahrscheinlich machte, obwohl es dafür weder wirtschaftliche Vorteile, noch militärische Hilfe, noch eine Sicherung seiner Grenzen, noch den Schutz seiner Unabhängigkeit einhandelte. Hiermit haben die britischen zusammen mit den polnischen Politikern eine Wendung des europäischen Geschickes eingeleitet, wobei sie bewußt auf eine heftige Reaktion Hitlers rechneten[4]). Der erwartete und gewünschte „Wutausbruch" Hitlers blieb aber aus. Hitler beschränkte sich auf vier Schritte:

1. Der deutschen Presse wurde erstmals erlaubt, Tatsachen über Polen, auch über die inzwischen verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten zu berichten, lange Monate jedoch in kleiner, vom Deutschen Nachrichtenbüro eingegrenzter Aufmachung.
2. Der Danziger Senat erhielt wiederholt bis einschließlich August 1939 den Rat, sich zurückzuhalten und alles zu unterlassen, was provozieren könnte.
3. Das Oberkommando der Wehrmacht wurde beauftragt, einen Operationsplan gegen Polen auszuarbeiten, in der Form, daß nach dem 1. September 1939 ein Einschreiten gegen Polen jederzeit möglich war („Fall Weiß", Weisung vom 3. April 1939). Dieser Plan sollte nur für den Fall gelten, daß Polen isoliert werden könnte. Es handelte sich um einen Geheimbefehl, berechnet auf den Eventualfall, nicht etwa um einen Kriegsentschluß. Die Weisung konnte die Lage also nicht verschlechtern. Dies um so weniger als eine spektakuläre Mobilmachung nicht vorgesehen war — im Gegensatz zum polnischen Plan.

Abgesehen davon, daß es in Europa durchaus üblich war, Operationspläne gegen den Nachbarn zur Hand zu haben, auch wenn die diplomatischen Beziehungen noch nicht gestört waren, war Hitlers Weisung nur die Reaktion auf eine ihm aufgezwungene Lageveränderung. Hätten sich England und Polen nur gegen eine weitere Ausbreitung des Reiches nach der Einverleibung von Böhmen und Mähren absichern wollen, so hätten sie kriegerische Eventualfälle eindämmen, Verhandlungen über

[3]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V Doc. 2.
[4]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 118.

elementare Streitfragen anregen und ihre Politik an völkerrechtlichen Grundsätzen und nicht an den „Gesetzen" der „Politics of Balance of Power" ausrichten sollen. Bündnissicherungen d i e s e r Art hätten durchaus fruchtbar sein können. Dagegen hat die Garantie an Polen eine verhängnisvolle Lageveränderung geschaffen, die allen kriegslüsternen Kräften in die Hand arbeiten mußte. Zwar hatte Polen seinen Operationsplan gegen Deutschland seit Jahren bereits vorliegen, doch machte es nun Miene, ihn kurzfristig in die Tat umzusetzen; dabei war das Kriegsziel: Erwerb von Danzig, Ostpreußen und den „Oder-Gebieten". Hitler dagegen hatte mit seinem Operationsplan kein politisches Kriegsziel verbunden. Im Gegenteil: eine Woche später, am 11. April 1939, erklärte er in einer weiteren Weisung: Der „Fall Weiß" diene lediglich der Vorbeugung für den Fall, daß Polen eine drohende Haltung gegen Deutschland einnehme. Die deutsche Außenpolitik gegenüber Polen blieb weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden[5]). Generalfeldmarschall Keitel schrieb hierzu im Nürnberger IMT-Gefängnis:

> „Immer wieder versicherte Hitler, daß er mit Polen einen Krieg keineswegs wolle und daß er es niemals dazu kommen lassen werde, wenn ein Eingreifen Frankreichs, im Geiste seiner Ostverträge, zu befürchten sei. . . ."[6])

Dieser Schritt — Plan „Fall Weiß" — bedeutete ein Minimum dessen, was j e d e andere Regierung unter gleichen oder ähnlichen Umständen getan hätte.

> „Diese Weisung ist nicht ergangen, als Polen auf die deutschen Vorschläge und Forderungen nein sagte. Sie ergeht erst jetzt, als sich Polen mit England verbündet. Hitler vermeint zu spüren, daß England nun zur letzten Auseinandersetzung entschlossen sei."[7])

4. Die Reichstagsrede vom 28. 4. 1939 war entgegen den Erwartungen des Auslandes gemäßigt. Da die Garantien Englands und Frankreichs an Polen und die Militärpolitik dieser Länder den Verträgen mit Deutschland widersprachen, erklärte Hitler in dieser Reichstagsrede den deutsch-polnischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag von 1934 und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 als von der Gegenseite zerrissen. Polen wie Großbritannien haben sich — entgegen ihren Verträgen mit Deutschland — die Möglichkeit einer Gewaltanwendung gegen das Reich und für diesen Fall gegenseitige Hilfe bescheinigt und darüber hinaus die polnische Teilmobilisierung und Verschärfung der bisher schon rigorosen Minder-

---

[5]) ADAP Bd. VI Nr. 185.
[6]) W. Görlitz „Keitel — Verbrecher oder Offizier?" S. 207.
[7]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 110.

heitenpolitik durchgeführt bzw. gebilligt. Dieses Verhalten stand in Widerspruch zu den wenige Monate vorher im Anschluß an die Münchener Konferenz unterzeichneten Friedens- und Freundschaftserklärungen, die bekanntlich jede Gewaltdrohung und -anwendung ausschließen sollten.

Großbritannien hat die europäische Schicksalswende ohne berechtigte Veranlassung herbeigeführt, denn die Reichsregierung hatte Polen nicht bedroht, von einer Bedrohung Englands durch Hitler ganz zu schweigen. Ja, es muß geradezu als erstaunlich gelten, daß Hitler weiterhin um die Gunst Englands warb, obwohl sich die britische Führung seit Ende 1938 nicht nur auf Kompromißlosigkeit gegenüber Deutschland festgelegt hatte, sondern sich eindeutig im Sinne einer Spannungsverschärfung (Freibrief für Polen und Billigung aller polnischen Maßnahmen, Koalitionsgespräche mit der UdSSR) und agitatorischer Aufhetzung (Aufbauschung und Auswertung der Tilea-Lüge, Beschuldigung Hitlers, „die Welt erobern" zu wollen durch Chamberlain usw.) betätigt hatte.

Hitler hat in seiner Rede vom 28. 4. 1939 das bewußt geschädigte Prestige Deutschlands wiederherzustellen versucht. Seine Ausführungen konnten die Situation nicht verschärfen, da sie nur Tatbestände aufzeigten. Weder wurden die deutschen Flottenprojekte forciert, noch die Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Polen unterbunden.

> „In der Reichstagsrede vom 28. April (Nr. 214) und im Memorandum der Deutschen Regierung vom gleichen Tage (Nr. 213) zog der Führer einen Strich unter sechs Jahre ehrlichen, geduldigen Bemühens um die polnische Freundschaft, streckte jedoch selbst in diesem ernsten Augenblick Polen noch einmal die Hand entgegen und erklärte sich für Deutschland zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit. Polen hat davon keinen Gebrauch gemacht, sondern mit der hochfahrenden Rede Becks vom 5. Mai, mit einer Steigerung der antideutschen Hetze und mit einer nicht mehr abreißenden Kette von Reden und Pressestimmen geantwortet, in denen weiteres deutsches Volks- und Reichsgebiet für Polen gefordert wurde. Von maßgebender polnischer Seite wurde bestätigt, daß Beck nicht nur der Gefangene des polnischen Chauvinismus, sondern auch der englischen Bemühungen geworden war (Nr. 216)."[8])

In den folgenden Monaten hat sich Hitler zurückgehalten und nichts unternommen, was eine Lageverschlechterung hätte zur Folge haben können. Die Unterzeichnung des „Stahlpaktes" mit Italien am 22. 5. 1939, die in diese Zeit fiel, schuf kein provozierendes Offensivbündnis. Hitler nahm in dieser Zeit sogar zahlreiche kleine diplomatische Rückzüge vor[9]). Hierzu gehörten die auf diplomatischem Wege vor-

---

[8]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XI.

[9]) D. J. Dallin „Soviet Russia's Foreign Policy" S. 36.

getragenen Versicherungen, daß die Reichsregierung wegen Danzig nicht in einen Krieg gezogen werden wolle, und daß sie zur Verbesserung der Atmosphäre auch ihren Preis zu zahlen bereit sei.

„Obgleich der Führer (im Juli 1939) darauf bestand, daß ‚keine Änderung der deutschen Forderungen betreffend Danzig und den Korridor vorgenommen werden', fügte er den sensationellen Zusatz hinzu, ‚daß auf deutscher Seite nichts getan wird, einen Konflikt über diese Frage zu provozieren; diese Frage kann warten, wenn notwendig bis zum nächsten Jahr oder noch länger'."[9])

Der engste Mitarbeiter des Danziger Gauleiters Forster, der Pressechef des Danziger Volkstages und Hauptschriftleiter des „Vorposten", Zarske, sowie der Gauleiter Ostpreußens, Koch, versicherten Herrn Burckhardt, dem Völkerbundshochkommissar von Danzig, gleichzeitig, aber unabhängig voneinander, „immer von neuem",

„daß Danzig wirklich keinen Krieg wert sei."

„Gleichzeitig hat sich Herr Zarske ziemlich auffällig bemüht, die Erinnerung an den tschechoslowakischen Präzedenzfall zu beseitigen. Er hat zugestanden, ‚daß diese Expedition ein Irrtum war', und sogar hinzugefügt, daß man ‚in Berlin nicht mehr wisse, wie man aus der Sache herauskommen könne, und daß man gerne eine Lösung finden möchte'."[10])

In demselben nach Paris gesandten Bericht fügte der französische Botschafter in Warschau, Léon Noél, die persönlichen Eindrücke seines ersten Sekretärs aus Danzig bei. Dieser gestand ein,

„daß die Gärung, welche man in der Freien Stadt beobachten konnte, durch eine hieran interessierte Propaganda bedeutend übertrieben worden war und niemals den Charakter einer im Hinblick auf eine gewaltsame Handlung organisierten Vorbereitung gehabt hatte....
Die Danziger Behörden erklären, daß die Freie Stadt in der Lage sein will, ‚sich nicht widerstandslos besetzen zu lassen'. Sie sagen auch, daß Danzig sich gegen einen eventuellen polnischen Angriff verteidigen muß. Es handelt sich hierbei nicht ausschließlich um ein reines Propagandaargument, vielmehr entspricht dasselbe einer wirklichen Besorgnis der Bevölkerung. Im Laufe der letzten Tage, während man in Westeuropa die Möglichkeit eines demnächstigen Putsches ins Auge faßte, schienen die Danziger selbst aufrichtig eine polnische Initiative zu befürchten."

Der Stellvertreter des Reichspressechefs, Helmut Sündermann, erinnert mit Recht an die deutschen Presseweisungen im Frühsommer 1939, die der historischen Forschung seit 1945 weitgehend entzogen worden sind:

„Sie begann(en) mit einem Hinweis an die Danziger Delegation, die ihm (Hitler) am 20. 4. 1939 zum 50. Geburtstag gratulierte: der Anschluß der Freien Stadt an das Reich müsse zunächst als verschoben

---

[10]) Gelbbuch der Französischen Regierung Dok. 160 — Noél am 10. 7. 1939 an Bonnet.

gelten. Sie setzte(n) sich fort in häufigen Sprachregelungen für die deutsche Presse. In ihnen war schon seit Monaten in wachsendem Maße von der ‚Einkreisung‘ und erst in zweiter Linie von Polen die Rede, ja die Zeitungen wurden angewiesen, Meldungen über die politische Spannung mit Polen nur insoweit zu bringen, als sie vom ‚Deutschen Nachrichtenbüro‘ (DNB) ausgegeben wurden und auch in diesen Fällen nur ohne große Aufmachung. Da die ganze Auslandspresse in jenen Wochen von nichts anderem schrieb, über nichts anderes orakelte als über ‚Danzig‘ und den ‚Korridor‘, hatten es die deutschen Redaktionen nicht leicht, sich an diese strengen Richtlinien zu halten. ...

So lautet eine Presseweisung vom 3. Juli 1939:

> ‚DNB wird eine rückschauende Meldung geben, die die Hetze des Auslandes einschließlich höchster Regierungsstellen in den letzten Tagen aufzeigt: ‚Der Führer kommt nach Danzig‘, ‚Putsch in Danzig‘ usw. usw. Nachdem diese Voraussagen nicht eingetroffen sind, behaupten die Hetzer auf einmal, der Führer wäre vor den Drohungen zurückgewichen. Das ist die alte bekannte Taktik, in ihr liegt die Ursache begründet, daß der polnische Chauvinismus heute tropische Blüten treibt.‘

Die hier umrissene publizistische Defensive wurde erst Anfang August aufgegeben, und zwar im Zusammenhang mit dem sog. Danziger Zollbeamtenstreit. ...“[11])

Am 11. 7. 1939 gab „eine hochgestellte nationalsozialistische Persönlichkeit“ einem Angehörigen der französischen Botschaft in Berlin eine Erklärung ab, die der französische Botschafter als von der Reichsregierung autorisiert anerkannte. Hiernach war Hitler bereit, den Reichsaußenminister von Ribbentrop als Initiator des deutsch-polnischen Gespräches offiziell fallenzulassen, und die Beziehungen zu Polen, England und Frankreich zu verbessern. In dieser Erklärung hieß es:

> „Herr von Ribbentrop genießt nicht mehr das uneingeschränkte Vertrauen des Führers. Dieser erhebt gewisse Vorwürfe gegen seinen Minister. Er verübelt es demselben, ihm absichtlich verschiedene Nachrichten bezüglich der Bedeutung des englischen Kriegspotentials vorenthalten zu haben. Außerdem wirft er dem Minister vor, ihn in der Danziger Frage in eine schwierige Sache verwickelt zu haben, die, falls nicht bald eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird, das deutsche Prestige beeinträchtigen könnte.
>
> Es darf nicht übersehen werden, daß die Aufrollung der Danziger Frage das persönliche Werk Herrn von Ribbentrops ist. Bei Beginn des Feldzuges zugunsten der Einverleibung dieses Gebietes in das Reich, glaubte derselbe jedoch nicht, mit dem hartnäckigen Widerstand der Westmächte rechnen zu müssen.
>
> Die Polen könnten vielleicht noch Vorschläge machen, in deren Prüfung unsere Regierung einwilligen würde. ...

---

[11]) H. Sündermann „Das Dritte Reich“ S. 61/62.

Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß sich in letzter Zeit der Ton unserer Presse Polen gegenüber stark geändert hat? Man hört nichts mehr von polnisch-deutschen Zwischenfällen, und zwar trotzdem, nach unseren Nachrichten, die Polen unter den flüchtigsten Vorwänden auch weiterhin die dort lebenden deutschen Staatsangehörigen belästigen. Unser Außenminister möchte noch ein letztes Mal versuchen, der Warschauer Regierung eine goldene Brücke zu bauen.

Die Deutsche Regierung, und insbesondere die leitenden Persönlichkeiten der Wilhelmstraße sehen mit einer gewissen Besorgnis in die Zukunft. Sie legen sich Rechenschaft darüber ab, daß der Deutschenhaß täglich schlimmer wird. Noch gestern waren dieser Haß und diese Gereiztheit das Attribut führender Kreise in gewissen Staaten. Augenblicklich hat es den Anschein, als ob dieses Gefühl auch die Massen ergriffen hat. Diese Entwicklung macht sich insbesondere in England fühlbar."[12])

Der französische Botschafter Coulondre, der vom November 1936 bis zum Oktober 1938 seinen Dienst in Moskau versah, „um für das französisch-sowjetische Einverständnis gegen Hitler zu arbeiten", und der über seine anschließende Mission in Berlin sehr überrascht war[13]) und sie offenbar nicht recht verstand, warnte sogleich seinen Außenminister Bonnet vor dieser „gestellten Falle" und empfahl, „alles ins Werk zu setzen, um der öffentlichen Meinung die Augen zu öffnen", da Deutschland ja doch „die Grenzen von 1914 herstellen" und „die Stellung der Westmächte erschüttern" wolle. Dennoch mußte er zugestehen, daß die Ausführungen „der hochgestellten nationalsozialistischen Persönlichkeit"

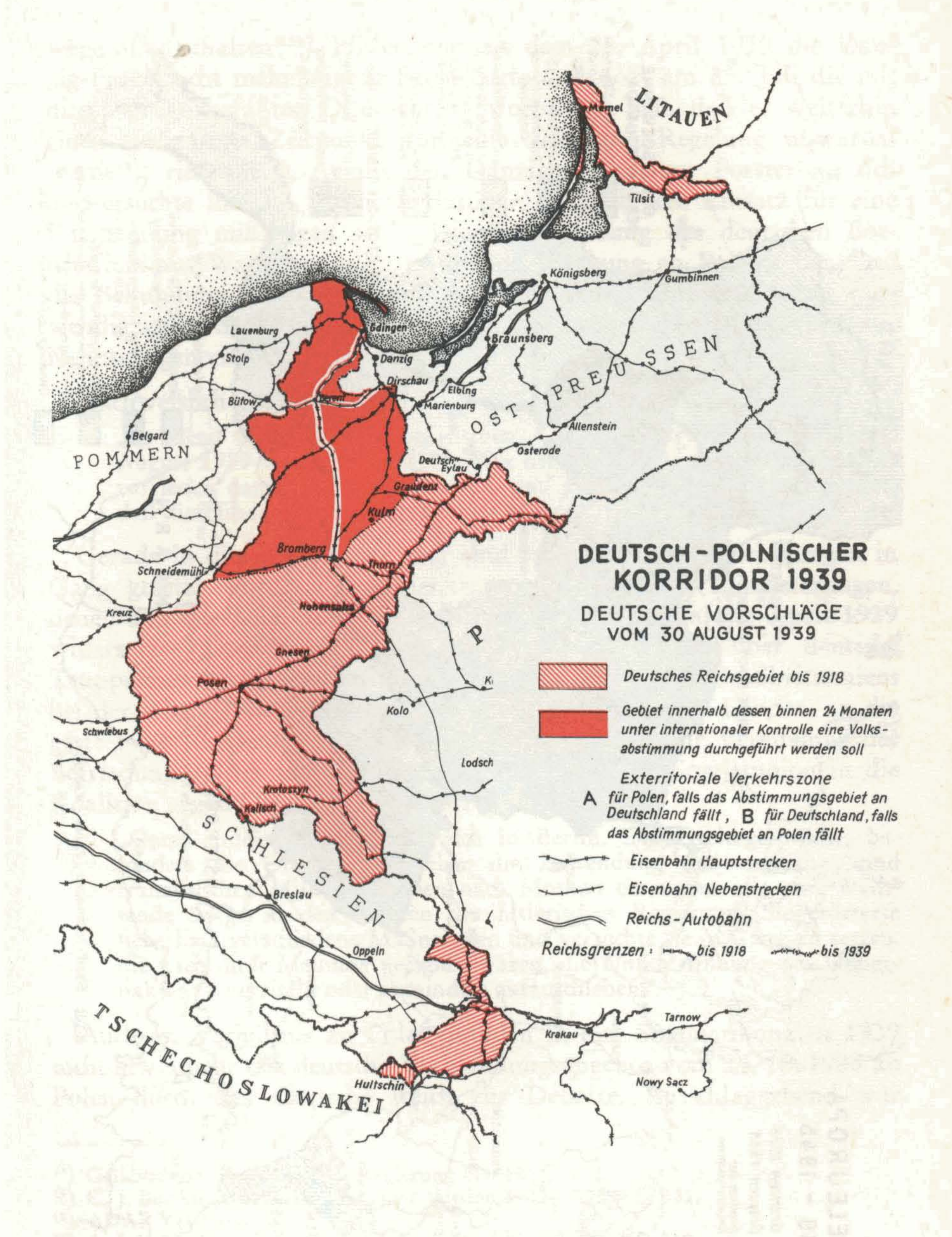
„im großen und ganzen sowohl mit dem sich aus der Lektüre der deutschen Presse ergebenden Eindruck, als auch mit den mir von anderer Seite gewordenen Auskünften übereinstimmen....

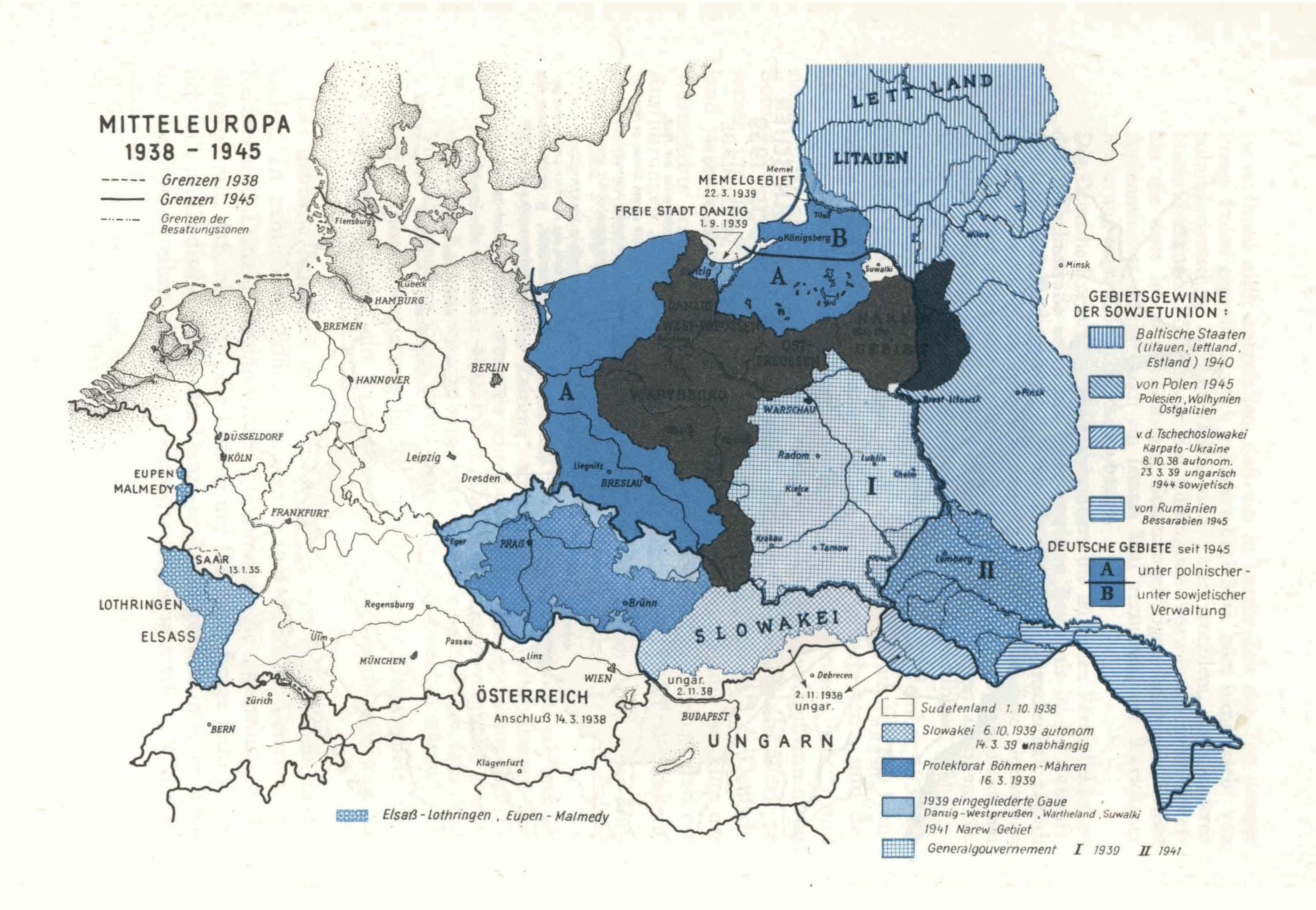
Mehrere Zeitungen erklären, daß Danzig kein casus belli sei, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung" scheint sogar zu Verhandlungen auffordern zu wollen, wenn sie schreibt, eine vernünftige Lösung läge absolut im Bereich der Möglichkeit. Die gleiche Lesart vernimmt man in offiziellen Kreisen, wo man sogar zu verstehen gibt, daß man, falls Polen Vorschläge machen sollte, einer Diskussion nicht ausweichen würde."

Die französische Regierung hakte auch bei dieser Gelegenheit nicht ein und machte damit ein weiteres Bemühen der Reichsregierung zunichte.

Das deutsche Bemühen um einen Ausgleich mit Polen blieb unverändert. In zahlreichen Fühlungnahmen teilten offizielle Vertreter des Reiches und Danzigs ausländischen Diplomaten die „gemeinsame Besorgnis" mit, daß, obwohl „die Lösung der Danziger Frage nicht dringlich sei", ausländische Kräfte die Danziger Angelegenheit in einer Weise auf die Spitze treiben, die es deutscherseits schwierig mache, „Rückzugs-

[12]) Gelbbuch der Französischen Regierung Dok. 161.
[13]) L. B. Namier „In the Nazi Era" S. 168.


LITAUEN
Memel
Tilsit
Königsberg
Gumbinnen
Gdingen
Lauenburg
Stolp
Danzig
Braunsberg
Dirschau
Elbing
Marienburg
Bütow
OST-PREUSSEN
Allenstein
Belgard
POMMERN
Osterode
Deutsch-Eylau
Graudenz
Kulm
Bromberg
Schneidemühl
Thorn
Hohensalza
Kreuz
Gnesen
Posen
Kolo
Schwiebus
Lodsch
Krotoszyn
Kalisch
SCHLESIEN
Breslau
Oppeln
TSCHECHOSLOWAKEI
Hultschin
Krakau
Tarnow
Nowy Sacz
DEUTSCH-POLNISCHER KORRIDOR 1939
DEUTSCHE VORSCHLÄGE VOM 30 AUGUST 1939
Deutsches Reichsgebiet bis 1918
Gebiet innerhalb dessen binnen 24 Monaten unter internationaler Kontrolle eine Volksabstimmung durchgeführt werden soll
Exterritoriale Verkehrszone
A für Polen, falls das Abstimmungsgebiet an Deutschland fällt, B für Deutschland, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt
Eisenbahn Hauptstrecken
Eisenbahn Nebenstrecken
Reichs-Autobahn
Reichsgrenzen: bis 1918 bis 1939


MITTELEUROPA
1938 - 1945
Grenzen 1938
Grenzen 1945
Grenzen der Besatzungszonen
LETTLAND
LITAUEN
MEMELGEBIET
22.3.1939
FREIE STADT DANZIG
1.9.1939
Königsberg
Suwalki
Minsk
GEBIETSGEWINNE DER SOWJETUNION :
Baltische Staaten (Litauen, Lettland, Estland) 1940
von Polen 1945
Polesien, Wolhynien Ostgalizien
v.d. Tschechoslowakei
Karpato-Ukraine
8.10.38 autonom.
23.3.39 ungarisch
1944 sowjetisch
von Rumänien
Bessarabien 1945
DEUTSCHE GEBIETE seit 1945
unter polnischer -
unter sowjetischer Verwaltung
HAMBURG
BREMEN
HANNOVER
BERLIN
DÜSSELDORF
KÖLN
Leipzig
Dresden
EUPEN
MALMEDY
FRANKFURT
SAAR
13.1.35.
LOTHRINGEN
ELSASS
Regensburg
Passau
MÜNCHEN
Linz
WIEN
ÖSTERREICH
Anschluß 14.3.1938
Zürich
BERN
Klagenfurt
PRAG
Brünn
Liegnitz
BRESLAU
WARSCHAU
Radom
Lublin
Kielce
Krakau
Tarnow
Lemberg
Brest-Litowsk
Pinsk
SLOWAKEI
ungar.
2.11.38
Debrecen
2.11.1938
ungar.
BUDAPEST
UNGARN
Sudetenland 1.10.1938
Slowakei 6.10.1939 autonom
14.3.39 unabhängig
Protektorat Böhmen-Mähren
16.3.1939
1939 eingegliederte Gaue
Danzig-Westpreußen, Wartheland, Suwalki
1941 Narew-Gebiet
Generalgouvernement I 1939 II 1941
Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy

wege offenzuhalten"[14]). Hitler, der seit dem 28. April 1939 die Danzig-Frage nicht mehr angeschnitten hatte und noch am 25. Juli die mit dieser Frage befaßten Diplomaten informieren ließ, daß er weiterhin einen geeigneten Zeitpunkt für eine friedliche Regelung abwarten werde[14]), rief am 7. August den Danziger Gauleiter Forster zu sich und ersuchte ihn um Auskunft darüber, weshalb sein Einsatz für eine Entspannung mißlungen sei[15]). Die Rückberufung des deutschen Botschafters aus Warschau sollte zwar eine Warnung an Polen, aber auch die Bekundung dafür sein, daß polnische Ausgleichsbemühungen notwendig geworden sind[16]). Doch Polen hat auch diesen Wink nicht zur Kenntnis genommen.

Nachweislich hat Hitler

> „zu dem Gang des diplomatischen Geschehens zwischen April und August 1939 wenig beigetragen. Wie bei früheren Gelegenheiten war er zufrieden damit, sich vorzubereiten und zu warten, vertrauend darauf, daß die Hindernisse sich irgendwie vor ihm auflösen würden."[17])

Gerade in diesen Monaten aber sind entscheidende Entwicklungen in Gang gesetzt worden! Man denke an die britischen Einflüsterungen, denen sich der polnische Außenminister in London Anfang April 1939 widersetzte[18]), an die Ausstreuung falscher Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen gegen Polen[19]), an den Übereifer Großbritanniens bei der Abgabe von unverlangten Garantien an andere Länder, an die gesteigerte Aktivität des US-Präsidenten Roosevelt zur Vereitelung der Befriedungspolitik in Europa, an die Versuche, die Sowjetunion in die Koalition gegen Deutschland hineinzunehmen.

> „Ganz anders verhielt man sich in Berlin. Die Dreiergespräche, besonders die Übereinkunft über die Entsendung der englischen und französischen Militärmissionen nach Moskau erzeugten alle eine wachsende Sorge in den Kreisen der hitlerischen Regierung. Sie erörterte fieberhaft verschiedene Maßnahmen und versuchte sie in Gang zu setzen, die nach ihrer Meinung geeignet waren, die Unterzeichnung des Dreierpaktes zu vereiteln oder zumindest aufzuschieben."[20])

Auch im Verhältnis zu Polen standen in den Sommermonaten 1939 nicht etwa mehr das deutsche Verhandlungsangebot vom 24. 10. 1938 an Polen durch das Deutsche Reich zur Debatte. Ausschlaggebend war

---

[14]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 171 u. 172.
[15]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 331.
[16]) ADAP VII Dok. 2.
[17]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 219.
[18]) ebenda S. 212.
[19]) ebenda S. 210.
[20]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 174.

etwas ganz anderes: die dank des britischen Hilfsversprechens immer zügelloser durchgeführte Entdeutschungspolitik in den Korridorprovinzen, in Ostoberschlesien und Teschen, dazu das ultimative Vorgehen Polens gegen Danzig, das so weit getrieben wurde, daß die „Freie Stadt" nur noch zwischen Aushungerung und militärischer Besetzung durch Polen zu wählen hatte, und schließlich die Weigerung, die Differenzen auf dem Verhandlungswege beizulegen. Zur Beurteilung dieser Ereignisse muß man wissen, daß sich die polnische Regierung durchaus darüber im klaren war, daß der britischen Regierung Danzig lediglich als Vorwand diente[21]), ja, daß das britische Versprechen, Polen im Kriegsfall zu „schützen", „reiner Betrug" war[22]). Es bedurfte daher nicht erst der Selbstenthüllung Chamberlains am 1. September im Unterhaus.

Natürlich mußte Hitlers Nachgiebigkeit gegenüber Polen eine Grenze haben. Sie war dort geboten, wo ein weiteres Nachgeben des Reiches die Polen in der Überzeugung stärken mußte, daß Deutschland ungestraft eingeschüchtert und herausgefordert und um sein Prestige gebracht werden könne. Nur ein Staatsmann mit der Autorität des damaligen Reichskanzlers konnte überhaupt einen Verzicht auf Posen-Westpreußen und Ostoberschlesien rechtsverbindlich anbieten. Welcher „friedliebende" Staat oder welche den „zivilisierten Völkern beispielhaft vorangehenden Staaten" haben auch nur einen einzigen Verzicht dieser Art geleistet? — Keiner! Das hindert manche Historiker jedoch nicht, den Zeigefinger zu erheben und die Wahrung der Ansprüche auf historischen Siedlungsraum, sogar den bedingten Verzicht auf diesen Siedlungsraum als „Aggression" zu brandmarken — um die Aufmerksamkeit von den weltumspannenden, mit Gewalt durchgesetzten Eroberungen anderer Staatsmänner abzulenken.

> „Hätte er (Hitler) Polen zum Kriege provozieren wollen, dann hätte er Danzig und den ganzen Korridor gefordert. Und selbst das hätte Polen moralisch zum Kriege nicht berechtigt, denn das ganze Korridor-Arrangement war ein Gemisch von Rachsucht und politischer Torheit der Alliierten sowie krasser Ungerechtigkeit gegenüber Deutschland.... Anstatt nun (nach Ablehnung durch Polen) seine Forderungen in die Höhe zu schrauben oder sich ungeduldig oder ausfallend zu zeigen, machte Hitler den Polen weitere Zugeständnisse und bewahrte eine ungewöhnliche Ruhe....
>
> Im Interesse einer friedlichen Regelung war Hitler sogar bereit, die große deutsche Minderheit in Polen preiszugeben, die von den Polen

---

[21]) J. Szembek „Journal 1933—1939" S. 484.
[22]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 138.

mit zunehmender Härte behandelt wurde. Aber die Polen wußten weder die Gemessenheit der deutschen Forderungen zu schätzen noch die rücksichtsvolle und freundliche Art, mit der sie präsentiert wurden."[23])

Auch die Worte, die der britische Botschafter in Berlin, Henderson, am 26. Juli 1939 seinem Außenminister sandte, blieben in London ohne Nachwirkung:

„Hitler würde es, nachdem er so viel erreicht hatte, für klüger halten, um des noch verbleibenden Restes willen keinen Krieg anzufangen."[24])

Als die polnische Regierung am 1. 8. 1939 die zollfreie Ausfuhr von wichtigen Handelsgütern Danzigs unterband, am 4. 8. ein Ultimatum an Danzig und anschließend am 10. 8. eine Note an die Berliner Adresse richtete, in der sie jedes weitere Eintreten Deutschlands für Danziger Lebensinteressen als „Angriffshandlung" definierte (die nunmehr dank der britischen Blanko-Vollmacht einen europäischen Krieg nach sich ziehen mußte!), hat sie sich unzweifelhaft aggressiver Akte schuldig gemacht. Sie hatte hiermit unter Kriegsdrohung von der Reichsregierung die Preisgabe aller jener Rechte in Danzig verlangt, die von allen deutschen Regierungen seit 1919 wahrgenommen worden waren.

Hitler ließ sich trotzdem nicht herausfordern. Mag es ein zeitliches Zusammentreffen oder Hitlers Reaktion auf das polnische Ultimatum an Danzig vom 4. 8. gewesen sein — jedenfalls lud er den Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, am 10. 8. zu einer Unterredung am 11. 8. nach dem Obersalzberg ein und ließ ihn schnellstens mit einem Privatflugzeug und der ausdrücklichen Bitte um Vermittlung abholen. Die einzig existente Niederschrift über diese Unterredung ist mit großer Vorsicht zu bewerten, da sie weder von Burckhardt noch einem anderen Beteiligten verfaßt ist, sondern von zwei Vertretern Halifax' und Bonnet's[25]). Tatbestand aber ist: Hitler hat am 11. 8. — unzweifelhaft nach Kenntnis der neuen polnischen Note vom Vortage — Herrn Burckhardt mitgeteilt, daß er — Hitler — gegenwärtig keine Danzig-Vorschläge zu machen gedenke, sondern zu warten bereit sei, sofern Polen keine Aktion provoziere und das deutsche Prestige nicht noch weiter antaste. Lokale Verhandlungen könnten weitergehen; der deutsche Wunsch nach einer allgemeinen Diskussion sei den Polen bekannt. Die Polen möchten doch die Initiative für Verhandlungen ergreifen, da man sie ihm selber infolge der polnischen Kriegsdrohung vom 26. März 1939 unmöglich gemacht habe. Hitler:

---

[23]) ebenda S. 149/150, vgl. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939, Vol. VII Doc. 455.

[24]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 460.

[25]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 346, 348.

„Ich wünsche in Frieden mit England zu leben und einen endgültigen Pakt mit England zu schließen.“[26])

Herr Burckhardt ist an dieser Mission gehindert worden — aber nicht von deutscher Seite! — und blieb eine sachliche und überzeugende Auskunft über die Gründe des Scheiterns seiner Vermittlung schuldig. Immerhin hat er so viel durchblicken lassen, daß Kräfte des westlichen Auslandes die Absicht deutlich gemacht haben, ein deutsches Zurückweichen „nicht zu erleichtern“, und ihm den Rat gaben, seine „schädlichen Beschwichtigungsmanöver in Danzig zu unterlassen“[27]).

Nach Kenntnisnahme dieses Vermittlungsbemühens Hitlers teilte Lord Halifax am 15. 8. 1939 seinem Botschafter in Warschau, Kennard, mit:

„Sein Eindruck wäre, daß Hitler noch immer unentschlossen und bestrebt ist, den Krieg zu vermeiden und sich zurückzuhalten, falls er es tun kann, ohne seinem Prestige zu schaden.“[28])

Der britische Historiker A. J. P. Taylor zog die Folgerung:

„Hitler beabsichtigte, Erfolge ohne Krieg zu erringen oder auf jeden Fall nur mit einem Krieg, der von Diplomatie nur schwerlich unterscheidbar wäre. Er hatte keinen größeren Krieg geplant. ... Er war nicht an der Vorbereitung für einen langen Krieg gegen die Großmächte interessiert.“

„Ein großer Krieg gegen die Westmächte war unzweifelhaft nicht Teil seines Planes.“

„Die britische Politik hat, ohne Absicht (?), Danzig zur entscheidenden Frage für 1939 gemacht.

Danzig war die am meisten gerechtfertigte der deutschen Klagen: eine Stadt mit ausschließlich deutscher Bevölkerung, die offenkundig zum Reich zurückzukehren wünschte und die Hitler seinerseits nur mit Schwierigkeiten zurückhielt. ...

Die Zerstörung Polens war kein Teil von Hitlers ursprünglichem Plan. Im Gegenteil, er hatte die Frage Danzig so zu lösen gewünscht, daß Deutschland und Polen gute Beziehungen aufrechterhalten konnten.“[29])

Adolf Hitler rechtfertigte seine Politik in einem Brief an den französischen Ministerpräsidenten Daladier am 27. 8. 1939 folgendermaßen:

„Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen dieses (Versailler) Diktates auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Daß die Revision kommen mußte, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern bewußt und klar. Was immer man nun gegen meine Methode anführen kann, was immer man an ihr aussetzen

[26]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 58—60.
[27]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 349 und 104.
[28]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 20.
[29]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 217, 250 u. 216.

zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder bestritten werden, daß es durch sie möglich wurde, ohne neues Blutvergießen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösungen zu finden, sondern daß durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker der für sie oft unmöglichen Verpflichtung enthoben wurden, diese Revision vor ihren eigenen Völkern verantworten zu müssen.... Kein Franzose von Ehre, auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich....

Es ist eine Lüge, wenn in der anderen Welt behauptet wird, daß wir alle unsere Revisionen nur versuchten unter Druck durchzusetzen. 15 Jahre, ehe der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlichster Abmachungen... die Revisionen durchzuführen. Man tat es nicht. In jedem einzelnen Fall habe ich später dann von mir aus nicht einmal, sondern oftmals Vorschläge gemacht zur Revision unerträglicher Zustände....

Ich bin zutiefst überzeugt, daß, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland eine wilde Kampagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand tiefsten Friedens genießen könnte....

So aber wurde erst durch die Lüge von der deutschen Aggression die polnische öffentliche Meinung aufgeregt, der polnischen Regierung die eigenen vorwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenze realer Möglichkeiten getrübt. Die polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, daß ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über 1 ½ Millionen zählenden Deutschen in den vom Reich abgetretenen Gebieten ein.... Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffen polnischer Behörden steigend zum Bewußtsein gebracht, daß es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist... allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: daß es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen mißhandelt zu sehen....“[30])

Daß der Schutz des Reiches für die Volksdeutschen in Polen und in Danzig durch die zügellosen polnischen Herausforderungen notwendig geworden war, muß jeder objektive Beobachter zugeben. Jede Regierung, nicht nur die deutsche, hätte sich gegen derartige Provokationen wehren müssen, wenn sie nicht mit ihrem Prestige auch den Schutz und die

---

[30]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 — Nr. 461 und Adolf Hitler „Der Großdeutsche Freiheitskampf“ S. 13—17.

Rechte der Minderheiten in fremder Hand aufgeben wollte, für deren Existenzsicherung sie verantwortlich war.

Der bekannte britische Militärhistoriker Liddell-Hart schrieb am 3. 9. 1949:

> „Nach Kriegsende sind die wesentlichsten deutschen Archive in unsere Hände geraten, und wir können uns ein präzises Bild von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen machen.“[31])

Der Weltöffentlichkeit sind diese Dokumente jedoch weitgehend verheimlicht worden. Die Reichsregierung ließ sie nicht publizieren, um dem Gegner keine „Schwächebeweise“ zu liefern, den Siegern hingegen, die diese Unterlagen erbeuteten, war aus naheliegendem Interesse an ihrer Verbreitung nicht gelegen.

Immerhin weisen namhafte Politiker „der anderen Seite“ nach, daß die Begriffe und Werthaltungen, die Motive der Staatsräson hier wie dort, bei diesem Staat oder jenem „Regime“ gleicherweise gelten.

„British Yearbook of International Law“, London 1923:

> „Eine Regierung kann gegenüber dem Los der Bürger eines fremden Staates nicht gleichgültig bleiben, die gleichen Volkstums sind, die gleiche Sprache sprechen, sich zum gleichen Glauben bekennen wie die Mehrheit der eigenen Staatsangehörigen.“[32])

Der polnische Außenminister am 5. Mai 1939 im Sejm:

> „Den Begriff des Friedens um jeden Preis kennen wir Polen nicht. Im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten gibt es nur ein Gut, das keinen Preis hat: die Ehre!“[33])

Premierminister Lloyd George:

> „Müßte England sich so behandeln lassen, daß in Fällen, wo vitale Interessen auf dem Spiel stehen, seine Stimme als unerheblich im Rate der Völker beiseite geschoben wird, dann sage ich, Frieden um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen kann.“[34])

US-Präsident Eisenhower am 16. 3. 1959 in einer Fernsehrede:

> „Der Frieden kann nicht dadurch erkauft werden, daß wir zwei Millionen freie Berliner opfern.“[35])

---

[31]) B. H. Liddell-Hart in „Picture Post“ 3. 9. 1949.
[32]) K. Rabl „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ S. 122.
[33]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 77.
[34]) Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte Bd. II S. 237.
[35]) Das Neue Reich Nr. 13, 28. 3. 1959.

Der deutsche Rüstungsstand im Jahre 1939

Bei der Einschätzung des militärischen Potentials der europäischen Mächte „übersehen" heute viele Historiker, die von der deutschen Aufrüstung sprechen, die strategischen Pläne der polnischen und französischen, aber auch der sowjetischen Militärs. Doch unabhängig von Plänen bezeugt das tatsächlich vorhanden gewesene Kriegspotential der einzelnen europäischen Mächte, ob eine „intensive und verbrecherische, auf eine Weltverschwörung ausgerichtete Aufrüstung" eines Staates vorgelegen haben kann oder nicht. Wie sehen die Ergebnisse der sechsjährigen Aufrüstung des Dritten Reiches von 1933—1939 aus?

Professor Michael Freund, der viel zitierte Historiker nach 1945, schrieb im Jahre 1944 in sachlicher Klarheit:

> „Der Kampf um die deutsche Wiederaufrichtung und die deutsche Rüstung vollzog sich auf dem Hintergrund und als Konsequenz einer fieberhaft betriebenen *Weltrüstung und einer wehrpolitischen Revolution auf dem ganzen Erdball.*
>
> 30. 7. 1934: Begründung des britischen Luftrüstungsprogramms mit dem sensationellen Ausdruck vom Lordpräsidenten des Rates im britischen Unterhaus, Stanley Baldwin: ‚Die Grenze Englands liegt am Rhein!'
>
> 24. 9. 1934: Einführung des Hilfsdienstes in Polen
>
> 28. 11. 1934: Beschleunigung der britischen Luftrüstungen
>
> 6. 12. 1934: Verlängerung der Dienstpflicht in der Schweiz
>
> 1. 1. 1935: Zweijährige Dienstpflicht in der Tschecho-Slowakei in Kraft
>
> 30. 1. 1935: Verkündung über die bereits auf 1 Million Mann verstärkte Rote Armee
>
> Januar-März 1935: Mit der Verkündung der französisch-russischen Entente waren erhebliche Rüstungsmaßnahmen Frankreichs verbunden, insbesondere eine Neuordnung der französischen Luftflotte.
>
> Als das englische Weißbuch vom 1. März 1935 englische Rüstungsmaßnahmen mit der deutschen Aufrüstung begründete, schrieben die TIMES, daß das Argument für die britischen Rüstungsmaßnahmen ‚objektiver hätte vorgetragen werden können'."[1])

[1]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/1935" S. XVIII, 73, 93, 408, 436.
I. Colvin „Vansittart in Office" S. 125.
F. Berber „Deutschland—England 1933—1939" S. 189.

Deutschland mußte nicht nur diesen Rüstungsmaßnahmen der anderen Mächte, sondern darüber hinaus der ernsthaft drohenden, auf militärischen Einmarsch in Deutschland abzielenden Haltung, insbesondere Polens, Rechnung tragen.

> „Überdies behielt sich der Feldmarschall (Hindenburg) bei der Machtübernahme (Hitlers) das Verfügungsrecht über Reichswehr und Außenpolitik ausdrücklich vor, ein Reservat, das Hitler bis zum Tode Hindenburgs achtete. . . .
>
> Alle sichtbaren Übertretungen von Versailles, beispielsweise eine Überschreitung der 100 000 Mann-Grenze, wurden zunächst vermieden; Hitler verhandelte anscheinend loyal über die Aufrüstung. Die dauernden Präventivkriegsdrohungen bildeten schließlich ein sehr wirkungsvolles Argument für die deutschen Aufrüstungsforderungen.“[2])

Nach Ansicht des deutschen Generalstabschefs General Adam geschah „während des ganzen Jahres 1933 fast überhaupt nichts für eine Heeresvermehrung“[3]). Dies zu einer Zeit, da z. B. der französische Generalstabschef Gamelin betonte, gegenüber Deutschland einen Rüstungsvorsprung von 20 Milliarden Franc zu haben[4]). Und zu einer Zeit, da Frankreich deutsche Abrüstungsvorschläge mit dem geheimgehaltenen Motto ablehnte:

> „Sie vergeuden Ihre Zeit! Das Übereinkommen, das Sie befürworten, wird nicht abgeschlossen. Niemals werden wir es unterzeichnen; Hitler wird nicht mehr lange am Ruder bleiben. Sein Schicksal ist besiegelt. Ein Übereinkommen mit ihm würde seine Stellung festigen. Wenn der Krieg ausbricht, vergeht keine Woche, bis er abgesetzt und durch den Kronprinzen ersetzt ist.“[4])

Der oberste Beamte im Foreign Office, Lord Vansittart, huldigte zur gleichen Zeit ähnlichen Vorstellungen: Deutschland mit wirtschaftlichem Druck am Boden zu halten:

> „Wir können es uns schwerlich leisten, Hitler-Deutschland aufblühen zu lassen. Der Gewerkschaftskongreß ist ebenfalls dieser Meinung, wenn auch aus anderen Motiven — vergleiche den kürzlich angekündigten Boykott deutscher Waren.“[5])

Seiner Meinung nach sollte auf den Untergang des „Hitlerismus“ hingearbeitet und alles getan werden, um Deutschland so schwach und zerrüttet zu halten, daß selbst der Kommunismus davon Abstand nimmt,

---

[2]) H. Roos „Polen und Europa“ S. 88, 87.

[3]) ebenda S. 103.
Eidesstattliche Erklärung General Adams im Krupp-Prozeß, Verteidigungsdokumenten-Buch 2 b Nr. 104.

[4]) François-Poncet „Als Botschafter in Berlin“ S. 183 und 180.
Aussage des französischen Ministers André Tardieu zum Botschafter François-Poncet im Frühjahr 1934.

[5]) I. Colvin „Vansittart in Office“ 28/29, 35, 121.

sich dort zu engagieren[5]). Wie nachhaltig diese und ähnliche Gedanken die Willensbildung der britischen Militärs und der britischen Regierung beeinflußt haben, zeigt sich am Beispiel eines Berichtes des der Regierung zugeordneten Komitees für Verteidigungsbedarf (Defence Requirements Committee) vom März 1934: Dieser Bericht ging wie selbstverständlich davon aus, daß Deutschland der potentielle Gegner sei[5]). Freilich hatte auch dieser Bericht seine Vorgeschichte, und diese reicht bereits in eine Zeit zurück, da Hitler noch nicht an der Macht war und Deutschland noch keine Luftwaffe, auch keinen Nationalsozialismus hatte: Bereits im November 1932 diskutierten britische Staatsmänner Pläne, die eine Abschreckung aus der Luft vorsahen und England „einigen militärischen Einfluß in Europa ohne Unterhaltung einer großen Kontinentalarmee" ermöglichen sollten.

> „‚Die einzige Verteidigung liegt in der Offensive', sagte Baldwin dann, als er die Aufgabe der Bomberflotte umriß, ‚was bedeutet, daß Sie mehr Frauen und Kinder und schneller als der Feind zu töten haben, wenn Sie sich selbst retten wollen.' "[5])

Und welche Anstrengungen unternahm dieser deutsche Gegner?

In den Haushaltsjahren 1933/34 und 1934/35 war keine steigende Tendenz der Rüstungsausgaben zu verzeichnen. Die Aufwendungen mit nur 4% des Volkseinkommens mußten als durchaus gemäßigt im Vergleich zu den Nachbarländern bezeichnet werden (Großbritannien 3%, Frankreich — 1932 — 8,1%, Sowjetrußland 9%)[6]). Intensiviert wurden die Rüstungsausgaben erst im Rechnungsjahr 1935/36 anläßlich der außenpolitischen Veränderungen (Scheitern der Abrüstungsverhandlungen, französisch-sowjetischer Beistandspakt). Nachdem ausländische Politiker und Publizisten zwei Jahre lang Hitler beschuldigt hatten, in friedengefährdender Weise für einen „verbrecherischen Angriffskrieg" aufzurüsten und somit Angst und Unsicherheit in die Welt zu tragen, sah er sich endlich durch die gegen das Reich eingeleiteten Blockbildungen gezwungen, zum Schutz gegen diese Tendenzen die deutsche Wehrmacht auszubauen. Lügen über die deutsche Rüstung wurden benötigt, um die Verweigerung der Abrüstung, weitere Aufrüstung, militärische Bündnisabsprachen, Befestigungen, Generalstabsbesprechungen zu rechtfertigen und um der Politik von Versailles weiterhin den Anschein des Rechtes und der Notwendigkeit zu verleihen. Die ausländischen Militärattachés sowie die ausländischen Geheimdienste in Deutschland waren genau über den bescheidenen deutschen Rüstungsstand unterrichtet. Es gibt eine Fülle von Dokumenten, denen zufolge die ausländischen Re-

---

[6]) „Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945" hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung S. 16.

gierungen (Polen, Großbritannien, Frankreich, USA) sich gerade durch die mangelhafte Entwicklung der deutschen Wehrwirtschaft zu einem scharfen Vorgehen gegen Deutschland ermutigt fühlten[7]). Diese Tatsache hinderte diese Regierungen und ihre Publizisten jedoch nicht, die Völker mit falschen Zahlen und Argumenten aufzuputschen.

Der britische Historiker A. J. P. Taylor erklärte:

> „Die Franzosen haben den Startschuß für das Wettrüsten abgegeben."[8])
> „Deutschland war zwischen 1933 und 1936 für einen großen Krieg wenig mehr vorbereitet, als es vor Hitlers Machtergreifung war. Der Unterschied war, daß er (Hitler) starke Nerven hatte und seine Vorgänger nicht."[9])
> „Viele der frühen Alarme über die deutsche Aufrüstung waren falsche Alarme. Sogar im Jahre 1939 war die deutsche Armee nicht für einen längeren Krieg ausgerüstet; und 1940 waren die deutschen Heerestruppen den Franzosen in allem unterlegen mit Ausnahme der Führerschaft."[10])
> „Das Nazi-Geheimnis war nicht Rüstungsproduktion; es war Freiheit von den damals vorherrschenden orthodoxen Wirtschaftsprinzipien."[11])
> „Unter Hitlers Leitung war Deutschland ausgerüstet, den Nervenkrieg zu gewinnen — den einzigen Krieg, den er verstand und der ihm genehm war; es war nicht ausgerüstet, Europa zu erobern. . . .
> In der Betrachtung der deutschen Bewaffnung entrinnen wir den mystischen Regionen von Hitlers Psychologie und finden eine Antwort im Bereich der Fakten. Die Antwort ist klar. Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg erwogen, und wahrscheinlich Krieg überhaupt nicht beabsichtigt hatte. . . ."[12])

Der deutsche Rüstungsstand umfaßte

Jahr	Anteil	
1937	= 9 %	des Standes von 1944[13])
1938	= 16 %	
1939	= 18 %	

Nach einer anderen Berechnung:

Jahr	Anteil	
1933	= 2 %	des Standes von 1943[14])
1934	= 2 %	
1935	= 4 %	
1936	= 6 %	
1937	= 9 %	
1938	= 20 %	
1939	= 25 %	
1940	= 44 %	

---

7) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 595.
8) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 77.
9) ebenda S. 119.
10) ebenda S. 75.
11) ebenda S. 104.
12) ebenda S. 218.
13) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 391, 829.
14) Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945 S. 23.

Generaloberst Jodl erklärte am 4. 6. 1946 vor dem IMT-Nürnberg:

„Als wir im Jahre 1935 = 36 Divisionen aufstellten, da besaßen Frankreich, Polen und die Tschecho-Slowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum eine schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen....

Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Kriegsbeginn durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg ein mit etwa 75 Divisionen. 60 % der gesamten wehrfähigen Bevölkerung waren unausgebildet, das Friedensheer war etwa 400 000 Mann stark gegenüber fast 800 000 Mann im Jahre 1914. Die Vorräte an Munition und Bomben waren geradezu lächerlich. Für 10 bis 15 Kampftage hatten wir Munition....

Und wenn wir nicht schon 1939 zusammenbrachen, so kommt das nur daher, daß die rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen sich während des Polenfeldzuges gegenüber den 23 deutschen Divisonen völlig untätig verhielten."[15])

Und diese Divisionen waren außerdem „mit sehr wenig Artillerie ausgerüstet und verfügten über fast gar keine Panzerabwehrmittel"; außerdem waren sie unbeweglich[16]). Selbst wenn die Landwehr- und Ersatzdivisionen der dritten und vierten „Welle" mitgezählt werden, kommt der englische Historiker T. Taylor auf nur 106 deutsche Divisionen im Jahre 1939, während allein die französische Armee einschließlich ausgebildeter Reserven und Kolonialtruppen zu Kriegsbeginn die gleiche Anzahl umfaßte, aber infolge ihres Ausbildungsstandes stärker war als die deutsche Wehrmacht[17]). Hinzuzuzählen sind die britischen, belgischen (23 Div. = 550 000 Mann) und niederländischen Divisionen, die zusammen mit den französischen an der deutschen Front 156 bzw. 142 Div. ausmachten[18]). Die deutsche Führung mußte damit rechnen, daß diese Truppen im Konfliktfall mit Polen zum Vorstoß gegen das Reich angesetzt würden. Neben den in „102 Divisionen"[19]) gegliederten rund 2,6 Millionen deutschen Soldaten (einschließlich Ersatzheer)[20]) waren im Herbst 1939 weitere 500 000 in halbmilitärischen Organisationen erfaßt[21]). Dennoch konnten nur 52 Divisionen „als voll

---

[15]) IMT XV S. 385/386.
Diese Angaben werden von allen Sachverständigen der ehemaligen Feindseite bestätigt.
Die Divisionsstärke in den einzelnen Ländern war mit rund 15 000 Mann allgemein gleich.

[16]) A. M. Projektor „Der Krieg in Europa 1939—1941" russ. S. 20.

[17]) T. Taylor „Sword and Swastica" S. 256 u. 306.

[18]) W. A. Sekistow „Der seltsame Krieg im Westen Europas und im Mittelmeerraum 1939—1943" russ. S. 85.

[19]) H. Michaelis „Handbuch der deutschen Geschichte" Bd. IV S. 14.

[20]) F. Halder „Kriegstagebuch" Bd. I S. 48.
1,5 Millionen Mann hiervon waren für den Einsatz gegen Polen vorgesehen.
+ B. Müller-Hildebrand „Das Heer 1933—1945" Bd. II S. 15 vermerkt 109 Div.

[21]) B. Klein „Germany's Economic Preparations for War" S. 73 u. 3.

kampffähig angesprochen werden“[19]). Im Jahr 1914 hatten in Deutschland nahezu eine Million Mann mehr unter Waffen gestanden als 1939[21]).

> „Im Unterschied zu 1914, als dem Deutschen Reich 25 Jahrgänge ausgebildeter Reservisten zur Verfügung standen, konnte es 1939 nur knapp 5 Jahrgänge zu den Waffen rufen.“[19])

> „Im Jahr 1935 hätte Frankreich auch ohne die Hilfe seiner früheren Verbündeten fast ohne ernsten Kampf in Deutschland einmarschieren und es wieder besetzen können. Auch 1936 stand seine weit überlegene Stärke noch außer Zweifel. Aus deutschen Enthüllungen wissen wir heute, daß diese Lage im Jahre 1938 immer noch bestand. Im Jahre nach München (1939) näherte sich die deutsche Armee ihrer vollen Schlagkraft, obwohl sie an ausgebildeten Reserven noch immer schwächer war als die französische Armee....
>
> Die deutschen Heere aber wären im Jahre 1938 oder 1939 nicht imstande gewesen, die Franzosen zu schlagen....
>
> Als das deutsche Heer 1938 kaum ein halbes Dutzend ausgebildeter Divisionen an die Westfront stellen konnte, als die Franzosen mit fast 60 oder 70 Divisionen sicherlich über den Rhein oder in die Ruhr hätten vorstoßen können....“[22])

Man vergleiche hierbei die Bevölkerungsgröße der beiden Länder: Deutschland 80, Frankreich 42 Millionen Menschen.

Burton Klein, ein amerikanischer Wissenschaftler (Harvard-Universität), ergänzt in seiner gründlichen Studie über die deutschen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen die bisherigen Angaben mit folgenden Worten:

> „Bis zur Zeit der deutschen Wiederbesetzung des Rheinlandes im Frühjahr 1936 war die Wiederbewaffnung hauptsächlich ein Mythos....
>
> Die bewaffneten Streitkräfte hatten noch nicht einmal eine wirtschaftliche Zentralverwaltung, die die verschiedenartigen Anforderungen für Material überschauen und die verschiedenen Anforderungslisten aufstellen konnte.
>
> Es war die grundlegende Politik Hitlers, daß die Wirtschaftsplaner nicht mit der Kriegsstrategie befaßt wurden. ... Die Vorräte an wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz, Benzin, Öl und Gummi waren im August 1939 so bemessen, daß sie nur für 3—6 Kriegsmonate ausreichten. ... 1939 war die deutsche Stahlwirtschaft zu 65 % der Erze und praktisch aller Eisenlegierungen von fremden Quellen abhängig....
>
> Im Umfang der Importe wuchsen 1937—1938 die Lebensmitteleinfuhren stärker als die Rohstoffeinfuhren mit dem Ergebnis, daß die Zusammensetzung der Importe im Jahre 1938 fast die gleiche war wie 1929...
>
> Es kann gesagt werden, daß im Jahre 1939 die deutsche Arbeitskraft

---

[22]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 409/410, 412, 422.

nur insofern voll mobilisiert war, als es keine Arbeitslosigkeit gab ... Die Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb dieser 14-jährigen Periode (1925—1939) war überraschend stabil. Bemerkenswerte Umgruppierungen waren nur in zwei Beschäftigungsgruppen zu verzeichnen — in der Landwirtschaft und bei den öffentlich Bediensteten (public employment) ... Große Bereiche der Wirtschaft hatten nichts mit Kriegsmobilisation zu tun. ...

1939 besaß die zivile Wirtschaft noch große Arbeitskräftereserven ... Es gab keine Konzentration von Investitionen in solchen Wirtschaftsbereichen, die mit wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung zu tun hatten ... In der Vorkriegsperiode produzierte die deutsche Wirtschaft sowohl „Butter" als auch „Kanonen" — viel mehr von der ersten und viel weniger von den letzteren, als allgemein angenommen worden war. Im Jahre 1937 glichen oder übertrafen der zivile Verbrauch, die Investitionen in den Konsumgüter-Industrien und die Regierungsausgaben für friedliche (nonwar) Zwecke die früheren Höchstwerte. Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich gewesen sei, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein. ... .[23])

Der Umfang der Produktion von Munition und die Zahl der Divisionen, die Deutschland mobilisierte, war gering, verglichen mit den öffentlichen Schätzungen. Die Investitionen in solchen Industrien, die Kriegsproduktion herstellten, waren nicht viel größer als der Umfang, der in den wirtschaftlich ertragreichen Jahren des vorangegangenen Jahrzehnts erreicht worden war, und war gering im Verhältnis zu den gesamten Investitionen. ...

Die Abneigung der Regierung, von der Bevölkerung wirtschaftliche Opfer zu fordern, wurde in einer Reihe von Beispielen demonstriert. Eines dieser Beispiele war die Weigerung, höhere Steuern zu erwägen, um das Haushaltsdefizit abzudecken. Ein anderes war die Weigerung, im Jahre 1937 die Lebensmitteleinfuhren zugunsten größerer Rohstoffimporte einzuschränken. Ein weiteres war das Versäumnis, Arbeiter aus unwesentlichen Beschäftigungsverhältnissen abzuziehen. Ein weiteres war die unwirksame Wirtschaftsverwaltung. ...

Als Schacht (Reichsbankpräsident) versuchte, die Ausgaben für den weiteren Ausbau von Städten und Gemeinden zu kürzen, opponierten ihm gleichbleibend eine Reihe von prominenten Parteigenossen. Als er bei zahlreichen Gelegenheiten versuchte, das Budget der Deutschen Arbeitsfront zu beschneiden, wurde der Fall Hitler vorgetragen, der zugunsten der letzteren entschied. Weil es ihrer Weltanschauung widersprach, weigerte sich die Partei, eine große Zahl von Frauen in den Arbeitsprozeß einzugliedern. ...

Die öffentlichen Ausgaben für nicht-militärische Zwecke waren 1937 und 1938 viel höher als irgendein früherer Höchststand. ...

Die Gründe, die die Nazis an einer größeren Aufrüstung gehindert haben, waren:

---

[23]) B. Klein „Germany's Economic Preparations for War" S. 17, 37, 38, 56, 58, 57, 61, 72, 75, 15, 76.

a) die Furcht vor größeren Defiziten
b) die Weigerung der Regierung, die Bevölkerung zu wirtschaftlichen Opfern aufzurufen
c) Hitlers Unfähigkeit, die verschiedenen privaten Interessen seinen Zielen unterzuordnen
d) mangelhafte Wirksamkeit in der Ausrichtung auf ein Programm."[24])

In einer anderen Aussage wird bestätigt:

„Es erwies sich, daß die Präzisionsmaschine des NS-Militarismus weder nach einer planenden Gesamtstrategie noch nach einer weit vorausschauenden Rüstungsplanung arbeitete."[25])

Am 5. Mai 1938 hat Generaloberst Ludwig Beck, der Chef des Generalstabs des Heeres, in einer militär-politischen Lagebeurteilung festgestellt und u. a. hiermit seinen Widerstand gegen Hitler begründet:

„... 1. Deutschlands militärische Lage ist, absolut genommen, nicht zu vergleichen mit der Schwäche der zurückliegenden Jahre, relativ betrachtet, ist sie jedoch nicht so stark wie 1914 anzusehen, weil alle gegebenenfalls gegen Deutschland stehenden Mächte ebenfalls seit Jahren in erheblichem, teilweise stärkstem Maße aufgerüstet werden. Außerdem verfügt Deutschland, wie bekannt, noch auf Jahre hinaus über eine noch unfertige Wehrmacht."[26])

In der Zeit nach dem Polenfeldzug

„entwickelte die deutsche Regierung die Umstellung der Industrie des Landes auf die Geleise des Krieges und begann die Kriegsproduktion rasch auszuweiten."[27])

Hiermit geben selbst die Kommunisten zu, daß die deutsche Industrie — zumindest in ihren wesentlichen Teilen — vor Kriegsbeginn noch nicht „auf die Geleise des Krieges umgestellt und die Kriegsproduktion noch nicht ausgeweitet" gewesen ist.

„Der Hauptgrund, der das deutsche Oberkommando zwang, den Angriffstermin (gegen Frankreich) mehrmals zu verschieben, war der, daß es den Deutschen nicht gelang, zeitig die Formierung der notwendigen Heeresverbände zu beenden."[27])

Wenn das Reich jahrelang für Angriffsziele gerüstet, geübt und geschult hätte, wäre es doch zumindest Monate nach Kriegsausbruch in der Lage gewesen, seine „Heeresverbände zeitig zu formieren"!

Auch die Sowjets bestätigen, daß der deutsche Feldzug in Frankreich nicht mit überlegenen, sondern sogar mit zahlenmäßig unterlegenen Kräften vorgetragen worden ist:

---

[24]) ebenda S. 79, 80, 81.
[25]) W. Hofer „Der Nationalsozialismus — Dokumente 1933—1945" S. 214.
[26]) ebenda S. 340.
[27]) Platanowa, Pawlenko, Parotkina „Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 69/70.

„Die Streitkräfte Englands, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande betrugen im ganzen 142 Divisionen (nach anderen Angaben sogar insg. 156 Divisionen); ihnen standen 136 deutsch-faschistische Divisionen gegenüber....

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses und der zur Verfügung stehenden Mittel gibt es keine Grundlage, um von der Schwäche der Verbündeten, von ihrer mangelnden technischen Bereitschaft zum Krieg und von der entschiedenen Überlegenheit des faschistischen Aggressors zu sprechen.“[28])

„Schon im Verlauf des Polenfeldzuges zeigte es sich, daß die deutsche Artillerie nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ nicht die Feueraufgaben unter den Bedingungen des mächtigen Tempos der Kampfhandlungen bewältigte. Das deutsche Oberkommando war gezwungen, die Wirksamkeit des Artilleriefeuers mit Hilfe der Luftwaffe zu verstärken.... Die Verrechnung der Hitlergenerale im Hinblick auf die Artillerie sollte für die deutsch-faschistische Armee im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges schwere Folgen haben.“[29])

„Amerikanische Militärexperten haben enthüllt, daß Churchills kritische Hinweise auf ein britisches und französisches Zurückbleiben in der Rüstung und seine Behauptungen über eine überwältigende deutsche Überlegenheit und Aktivität auf diesem Gebiet jeder Grundlage entbehrten....

Ein dem Kriegsminister der USA im Oktober 1947 zugeleiteter offizieller Bericht bewies die unglaubliche Ungenauigkeit von Churchills Zahlen und Schätzungen.“[30])

Dieser Bericht ist in einer Publikation der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu finden. Er wurde dort widerspruchslos aus einer offiziellen Zusammenstellung des US-Kriegsministeriums übernommen. Es handelt sich hierbei um ein Eingeständnis des westlichen Gegners, das vom östlichen als richtig anerkannt wurde[31]):

„Im Jahre 1938 produzierte Deutschland nur 3 350 Kriegsflugzeuge oder 5 235 Flugzeuge aller Typen — äußerst wenig für die Führung eines langen Krieges. Im Jahre 1939, d. h. am Vorabend des Krieges, produzierte Deutschland 4 733 Kriegsflugzeuge oder 8 295 Flugzeuge aller Typen, England — 8 000 Flugzeuge aller Typen....

Daher bestand allein zwischen den Luftflotten Englands und Deutschlands fast kein quantitativer Unterschied. Deutschland produzierte hauptsächlich Jagdflugzeuge und Bomber, England blieb stark in der Produktion von Jägern.

---

[28]) W. A. Sekistow „Der Seltsame Krieg im Westen Europas und im Mittelmeer-Raum 1939—1943“ russ. S. 85.

[29]) ebenda S. 133.

[30]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch“ S. 154/155.

[31]) A. M. Nekritsch „Die Politik des englischen Imperialismus in Europa“ russ. S. 436. Nekritsch zitiert: Hanson W. Baldwin „Hitler's Power in 1939“ New York Times 9/V 1948. Baldwins Bericht stützt sich auf eine Zusammenstellung des US-Kriegsministeriums von 1947.

In den letzten vier Monaten des Jahres 1939 (d. h. in den ersten vier Monaten des Krieges) wurden in Deutschland 247 Panzer und Sturmgeschütze hergestellt, in England dagegen 314.[32])

Im September 1939 betrug die Gesamtzahl aller in Deutschland produzierten Panzer rund 3 000, von denen nur 300 mittelschwere waren. Bis 1939 wurde in Deutschland nicht eine einzige neue Waffenfabrik aufgebaut.... (W germanskeu woenneu promüschlennosti do 1939 goda ne bülo wüstroeno ni odnogo nowogo puschetschnogo sawoda).

Als Deutschland in Polen einfiel, besaß die Hitler-Armee nur für insgesamt sechs Kampfwochen die notwendige Ausrüstung! Die deutsche Luftwaffe zählte nur 1 000 Flugzeuge der taktischen Luftwaffe (der ersten Linie), auch der Vorrat an Bomben reichte nur für drei Kriegsmonate (berechnet nach der Norm des Verbrauchs im Polenfeldzug): die Erdtruppen besaßen im ganzen nur drei Panzerdivisionen, während die Reserve an Panzern 600 Stück betrug; die Kriegsmarine verfügte über 53 Unterseeboote.

Folglich konnte Hitler-Deutschland nur einen kurzen Krieg und zwar gleichzeitig mit nur einem Gegner führen."

Man tut gut daran, dieses Zitat mehr als einmal zu lesen und auf seine Quelle zu achten. Eine Seite weiter wird festgestellt, daß Deutschland seine Produktion an Flugzeugen, Panzern und übrigen Waffen nur dadurch um ein Vielfaches vergrößern konnte, weil es ihm gelungen war, Frankreich zu zerschlagen und die britische Armee vom Kontinent zu vertreiben und sich sodann der reichen Quellen des besetzten Europa zu bedienen.

Deutschland verfügte somit im Jahre 1939 an Flugzeugen, Panzern und Munition relativ zur Bevölkerung (80 Millionen) über etwas mehr als die Hälfte der Rüstung Englands, eines einzigen seiner Hauptgegner (50 Millionen). Hierbei bleibt noch die für die britische Rüstung arbeitende Industrie Kanadas unberücksichtigt sowie die Tatbestände, daß US-Präsident Roosevelt bereits Monate vor Kriegsbeginn an England und Frankreich weitgehende Hilfsversprechen abgegeben hatte und außerdem England durch seine Insellage militärisch geschützt war.

„In ihrem alliiertenfreundlichen und einer Revision der (nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegern diktierten) Verträge abgeneigten Buch „The Challenge to Isolation" weisen die amerikanischen Professoren William L. Langer und S. Everett Gleason mit aller Entschiedenheit die fragwürdigen Thesen Churchills über die überwältigende Stärke Deutschlands im Jahre 1939 zurück:

---

[32]) B. H. Klein „Germany's Economic Preparations for War" S. 19 bestätigt diese Zahlen: „Vor 1938 produzierte Deutschland nur die sehr leichten Mark I und Mark II Panzer-Typen, die bald nach Beginn des Krieges, weil unmodern, außer Kurs gesetzt wurden. Die Produktion von Mark III begann 1938 und von Mark IV im Jahre 1939. In den letzten drei Monaten 1939 produzierte Deutschland 247 Panzer."

‚Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Deutschen im Jahre 1939 weit davon entfernt waren, auf einen langen und umfassenden Krieg vorbereitet zu sein. Ihre laufende Kriegsproduktion war der kombinierten britischen und französischen unterlegen und sie hatten bemerkenswert wenig Reserven. Von den 100 Divisionen, die sie gegen Polen ins Feld schickten, waren nur drei mechanisiert und keine völlig motorisiert. Mit einem Wort: die Deutschen waren für einen zwei Monate dauernden Blitzkrieg wie den gegen Polen gerüstet, auf keinen Fall aber für die Art von Krieg, in die sie nun verwickelt wurden‘.“[30])

Der deutsche Reichsverteidigungsausschuß verstand unter einem künftigen Krieg nur einen Defensivkrieg, weil schwere Artillerie völlig fehlte, die Panzer erst in Erprobung standen und die Munitionsvorräte völlig unzulänglich waren[33]). Die deutschen Bewaffnungsprogramme waren abgestellt auf die Jahre 1943 oder 1944[34]). Obgleich ein Bewaffnungsprogramm noch kein Beweis für einen Angriffswillen ist, zeigt sich auch an diesem Beispiel, daß der Krieg 1939 von Deutschland nicht „geplant“ war. Das Oberkommando des Heeres erhielt im Dezember 1938 den Befehl — immerhin ein Jahr vor Beginn „des Krieges zur Eroberung der Welt“! —, sich bis zum Jahre 1945 nur dem organisatorischen Aufbau und seiner Ausbildung zu widmen und jede Art von Vorbereitung für einen Kriegsfall, einschließlich der Vorbereitungen für eine Grenzsicherung zu unterlassen[35]).

„Der Westwall litt noch Mangel an Verschlüssen, Panzertürmen, Maschinengewehrstellungen.“[36])

„Das deutsche Transportnetz war vom militärischen Standpunkt aus noch nicht ausreichend für einen Krieg.“[37])

Die deutsche Schwerindustrie, die zu 80% von der Eisen- und Manganerzeinfuhr abhängig war, hatte nichts unternommen, um durch Vorratsbildung für den Kriegsfall gerüstet zu sein[38]). Kaum ein wichtiger Rohstoff war ausreichend vorhanden oder konnte in genügendem Maße neu erzeugt werden[39]). Der Lokomotiv- und Wagenpark der Reichsbahn war geringer als im Jahre 1914[40]). Die Umstellung der Friedenswirt-

---

[33]) IMT XIX S. 11 Prof. Exner, Verteidiger von Generaloberst Jodl.
[34]) T. Taylor „Sword and Swastica“ S. 277.
[35]) H. Laternser „Verteidigung deutscher Soldaten“ S. 28.
[36]) T. Taylor „Sword and Swastica“ S. 281.
[37]) ebenda S. 280. Zitat nach Oberst Gercke, eh. Chef der Transportabteilung des Generalstabes des Heeres.
[38]) L. P. Lochner „Die Mächtigen und der Tyrann“ S. 226.
[39]) „Bilanz des Zweiten Weltkrieges“ Bericht der Sachverständigen S. 272.
[40]) ebenda S. 302.

schaft auf die Kriegswirtschaft mußte improvisiert werden, da weder vorgeplante Richtlinien, noch Koordinierungen, noch Normierungen, noch Typenbeschränkungen, noch eine entsprechende Personalplanung vorlagen[41]).

> „Einzelne Maßnahmen, wie z. B. die Bevorratung mit Lebensmitteln, beweisen vielmehr, daß die agrarpolitische Führung des Deutschen Reiches vor 1939 mit dem Zwang, in einem gegebenen Kriegsfall sich längere Zeit aus dem eigenen Raum ernähren zu müssen, eher rechnete als mit dem Anfall großer Überschußgebiete als Folge einer Besetzung durch deutsche Truppen."[42])

Ein weiteres Eingeständnis aus sowjetischer Quelle:

> „Zu den schwachen Seiten der hitlerischen Kriegsorganisation gehört vor allem die völlig ungenügende Vorbereitung der materiell-technischen Basis des Reiches, seiner Wirtschaft für einen Krieg im Weltmaßstab gegen die Koalition der großen Mächte. Dieses war hauptsächlich eine Folge des Fehlens genügender Quellen und Vorräte der einzelnen wichtigsten Arten strategischer Rohstoffe, der Abhängigkeit der bewaffneten Kräfte von der Einfuhr dieser Rohstoffe aus dem Ausland und der damit verbundenen ständigen Beschränkung, der diese Einfuhr unterlag. Die allgemeine Kürzung des Exportes und die mächtige Staatsschuld Deutschlands schufen große wirtschaftliche Schwierigkeiten, die unmittelbar die Kriegsproduktion und den Zustand der bewaffneten Kräfte beeinflußten.
>
> Ferner ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß im Vergleich mit den Anforderungen eines Weltkrieges die Wehrmacht über ein begrenztes Waffenarsenal verfügte, teilweise hinsichtlich der Panzerkräfte und besonders der Kriegsvorräte. Das Fehlen eines notwendigen Wagenparkes mittlerer und schwerer Panzer, das Vorherrschen der leichten, die, wie die Erfahrung bald gezeigt hat, auf Grund ihrer Konstruktionsdaten den Schutzanforderungen nicht entsprachen, zwangen dazu, den Umfang der Panzereinheiten zu beschränken und ihre Gliederung zu improvisieren....
>
> Der hitlerische Staat konnte die Last eines langen Krieges gegen die Koalition der europäischen Staaten nicht aushalten."[43])

Besonders der Generalstab des Heeres befürchtete ein militärisches Vorgehen der westlichen Mächte in einem Konfliktfall mit Polen:

> „In Berlin wußte man genügend gut, daß die vereinigten Kräfte Frankreichs, Englands und Polens die Wehrmacht, ..., um Etliches übertrafen. Der Zweifrontenkrieg war immer ein Alptraum für die deutschen Militaristen, aber unter den Bedingungen des Jahres 1939 konnte er für das ‚Dritte Reich' katastrophale Folgen haben. Alle diese Befürchtungen

---

[41]) ebenda S. 215.
[42]) ebenda S. 332.
[43]) A. M. Projektor „Der Krieg in Europa 1939—1941" russ. S. 9.

sind anschaulich ersichtlich aus den verschiedenen strategischen und operativen Plänen des Generalstabs des Heeres."[44])

England, Frankreich und die Sowjetunion wären im Jahre 1939 fähig gewesen, mit „nicht weniger als 270 Divisionen, mit Tausenden von Panzern und Flugzeugen die Wehrmacht in den Schraubstock zweier Fronten einzuspannen"[45]).

Im letzten Friedensjahr (vom 1. 1.—5. 9. 1939) haben Deutschland für 23 000 Dollar, Frankreich für 16 000 000 Dollar und Großbritannien für 21 000 000 Dollar Kriegsmaterial aus den USA bezogen[46]). Nachweislich stand Deutschland in den Rüstungskäufen im Ausland weitaus an letzter Stelle. Auch dieser Tatbestand beweist, daß Hitler keine übereilten oder auf das Jahr 1939 abgestellten Rüstungspläne entworfen hatte, daß er selbst im Sommer 1939 seinen Generalen von einer Rüstungsintensivierung abgeraten, die Möglichkeit einer entscheidenden Krise erst für 1943—1945 ins Auge gefaßt und nach wie vor das Schwergewicht seiner Wirtschaftspolitik auf Straßen- und Städtebau gelegt hatte.

Es gab zu Beginn des Krieges weder gegen den westlichen Nachbarn Frankreich noch gegen die Seemacht Großbritannien einen deutschen Operationsplan[47]) + [48]), sondern bis zum Frühjahr 1939 nur einen Grenzschutzplan gegen den Osten. Die Aufstellung eines Operationsplanes gegen Polen (Fall „Weiß") wurde erst am 3. April 1939 befohlen[49]), und zwar mit der deutlichen Begründung, „um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite auszuschließen"[50]). Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da die Verkündung des britischen Freibriefes in Verbindung mit der chauvinistisch-kriegerischen Haltung Polens, „wo die maßlose Überschätzung der eigenen Macht offenbar die Einsicht in die tödliche Gefahr verhinderte"[51]), eine bewaffnete Auseinandersetzung deutlich werden ließ. Selbst unmittelbar nach dem Polenfeldzug sind in Deutschland noch keine Pläne für eine Offensive gegen den Westen aufgestellt gewesen[52]).

---

[44]) ebenda S. 19.
[45]) ebenda S. 20.
[46]) S. Hedin „Amerika im Kampf der Kontinente" S. 92.
[47]) H. Springer „Das Schwert auf der Waage" S. 183.
[48]) W. Hofer „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" S. 106.
[49]) T. Taylor „Sword and Swastica" S. 264.
[50]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II Dok. 53.
[51]) H. Mau u. H. Krausnick „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933 bis 1945" S. 133.
[52]) B. H. Liddell-Hart „The other side of the hill" S. 114.

„Wenig Vorbereitungen wurden sogar für einen Defensivkrieg gegen Frankreich getroffen. Eine kleine Einheit der deutschen Luftwaffe wurde in Westdeutschland stationiert, ‚um Frankreich daran zu hindern, die volle Luftherrschaft zu erringen‘. Nur zwei Heeresdivisionen wurden in der Siegfriedlinie stationiert; zwei weitere wurden im September nachgeführt — gegen ein französisches Potential von über 80 Divisionen....
Die Deutschen gewannen im Frankreichfeldzug 1940 einen entscheidenden Sieg ohne große Überlegenheit in Mannschaftsstärke oder Ausrüstung.“[53])

Luftstreitkräfte

Die Totalstärke der einsatzfähigen deutschen Luftwaffe wird sowohl von deutscher als auch von gegnerischer Seite mit 3 000 Flugzeugen[54]), in anderer Quelle mit 1 000 Bombern und 1 050 Jägern angegeben[55]). Die Ersatzmöglichkeiten an Flugzeugen waren sehr spärlich[56]). Es gab keine viermotorigen Bomber, und selbst die zweimotorigen Bombenflugzeuge (Dornier 17 und Heinkel 111) erwiesen sich als nicht voll leistungsfähig. Der deutsche Fernkampfbomber Junkers 88 war 1939 nur in wenigen Exemplaren vorhanden und kam in Polen nicht zum Einsatz. „So gut wie er war, so war die Ju 88 doch kein wirklich schwerer Bomber“[57]). Allein die kriegsfähigen Luftflotten Englands und Frankreichs umfaßten 7 300 Flugzeuge[58]). England verfügte 1939 über 2 327 Flugzeuge I. Linie und zwar 1 751 in der Heimat (davon 855 Bomber, 560 Jäger, 300 Aufklärer), 222 bei der Marine und 354 in Übersee[59]). Das Deutsche Reich hatte bis Kriegsbeginn strategisch offensive Langstreckenbomber noch nicht einmal entwickelt, England dagegen bereits seit 1934, die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1935[59]).

„So wurde (von britischen und amerikanischen Ökonomen) entdeckt, daß seine (Deutschlands) Flugzeugproduktion im Herbst 1939 = 675 Maschinen monatlich betrug, nicht mehr als jene Großbritanniens; seine Panzerproduktion war geringer; es begann den Krieg mit einem Vorrat an Flugbenzin von nur drei Monaten.“[60])

„England betonte den strategischen Luftkrieg am stärksten, nachdem es schon am 1. 4. 1918 die RAF als selbständigen Wehrmachtteil geschaffen

---

[53]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 167 u. 115.
[54]) T. Taylor „Sword and Swastica“ S. 253.
[55]) B. Klein „Germany's Economic Preparations for War“ S. 19.
[56]) T. Taylor „Sword and Swastica“ S. 255.
[57]) ebenda S. 254.
[58]) Kommunist Nr. 4, März 1959, S. 138.
[59]) E. Spetzler „Luftkrieg und Menschlichkeit“ S. 224/225.
[60]) I. Colvin „Vansittart in Office“ S. 274.

und führungsmäßig ganz scharf von Heer und Marine getrennt hatte. Es hatte schon damals einige Bomberverbände als ‚Independent Air Force' für einen strategischen Luftkrieg aufgestellt und diese Entwicklung seit 1925 weiter vertieft. Als dafür bestgeeigneten Flugzeugtyp sah es den schweren, stark bewaffneten Langstreckenbomber an, den es seit 1934 entwickeln und seit 1936 in Serie bauen ließ, um ihn seit 1941 schließlich in ausreichender Zahl für einen strategischen Luftkrieg verfügbar zu haben.

Dieser Aufgabe galten die zielbewußten Vorbereitungen Englands schon lange vor 1939, welche einen Plan für einen Luftkrieg gegen Deutschland mit festgelegter Reihenfolge der Zielbekämpfung einschlossen und von vornherein einen beträchtlichen Zeitbedarf für den Erfolg in Rechnung stellten."[59])

„Die Deutschen haben niemals (von der Fronttruppe) unabhängige Bombardierungen geplant. Ihre Bomber waren Hilfskräfte der Landtruppen, und sie mußten die Luftangriffe auf England im Sommer 1940 improvisieren."[61])

Man sollte auch folgende Aussage zur Kenntnis nehmen:

„Studien über die deutsche Industrie im Hinblick auf strategische Luftangriffe wurden von den Engländern erstmalig in der Mitte der zwanziger Jahre unternommen. Die Vereinigten Staaten hatten sich auf einen Eintritt in den europäischen Luftkrieg mit einer Liste vorbereitet, die 124 Ziele aus dem Bereich der Stromerzeugung, des Transportwesens und der Kraftstoffindustrie, sowie 30 Ziele aus der Luftfahrt- und Leichtmetallindustrie enthielt! Einzelheiten für die zur Durchführung der Angriffe bestimmten Bombereinheiten wurden bereits 1932 in den Vereinigten Staaten und England niedergelegt."[62])

Seestreitkräfte

Die deutsche Flotte war wesentlich schwächer als im Jahre 1914[63]), so daß sie der französischen unterlegen war und sich wegen der „überwältigenden britisch-französischen Übermacht nicht auf die hohe See wagen konnte"[64]). Flugzeugträger waren keine vorhanden, U-Boote 57, davon nur 42 einsatzfähig[65]). Berücksichtigt man, daß von der Gesamtzahl der U-Boote nur weniger als ein Drittel „am Feind" sein kann, während sich die übrigen auf der Hin- oder Rückfahrt oder zur Über-

---

[61]) T. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 116.
[62]) US-Navy August 1956, Nr. 8 S. 837 ff. Lieutenant Commander Richard G. Alexander zitiert bei: Marine Rundschau Nr. 3, 1957 S. 95.
[63]) W. P. Potjomkin „Geschichte der Diplomatie" S. 764.
[64]) T. Taylor „Sword and Swastica" S. 259, 260.
[65]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender" S. 223.

holung auf der Werft befinden oder zu Schulzwecken abgestellt sind, so mindert sich die geringe Zahl der deutschen U-Boote von 1939 noch weiter.

„Jedoch nicht die Hälfte war groß genug und genügend für Aktionen im Atlantik abgerichtet. Tatsächlich wurden 18 (U-Boote) zu Beginn des Krieges gegen England eingesetzt und drei andere in die Ostsee geschickt, um die Operationen gegen Polen zu unterstützen.“[64])

„Von 1933 bis 1938 hatte die deutsche Marine keine Pläne entworfen, die eine Hochseeflotte zum Ziel gehabt hätten, oder für eine Marine, die mit England hätte rivalisieren können.“[66])

Gegenüber den 57 sehr viel kleineren deutschen U-Booten besaßen England und Frankreich zu Kriegsbeginn 135 U-Boote[67]). Großadmiral Raeder fügt hinzu:

„Unseren 2 Schlachtschiffen und 3 Panzerschiffen standen zusammen 22 britische und französische Schlachtschiffe gegenüber. Wir hatten keinen Flugzeugträger. Der Gegner dagegen verfügte über 7 Flugzeugträger. Unseren 2 Schweren Kreuzern entsprachen 22 der anderen Seite. Bei den Leichten Kreuzern war das Verhältnis 6:61 und bei den Zerstörern und Torpedobooten 34:255.“[68])

Winston Churchill am 16. 3. 1939 im Unterhaus:

„Die deutsche Flotte wird während der nächsten Jahre nicht in der Lage sein, eine Schlachtlinie für eine große Seeschlacht zu bilden.“[69])

Winston Churchill in seinen Memoiren:

„Diesmal (1939) hatte die deutsche Flotte ihren Wiederaufbau eben erst begonnen und war nicht einmal imstande, eine Schlachtlinie zu bilden.

Unsere Herrschaft zur See war somit, soweit Überwasserschiffe in Frage kamen, unbestritten. Sowohl an Stärke wie an Zahl war unzweifelhaft die britische Flotte der deutschen gewaltig überlegen, und es bestand gar kein Grund anzunehmen, daß sie technisch und in der Ausbildung ihrer Mannschaften im Rückstand geblieben sei. . . .

Die britische Flotte hatte eher mit gewaltigen und zahllosen Aufgaben zu rechnen als mit einem Widersacher.“[70])

Eine sowjetische Quelle:

„Die deutsche Marineluftwaffe war 1939 in Deutschland äußerst ungenügend.“[71])

---

[66]) T. Taylor „Sword and Swastica“ S. 257.
[67]) Bilanz des Zweiten Weltkrieges S. 79.
[68]) E. Raeder „Mein Leben“ Bd. II S. 172/173. Eine andere Quelle spricht von 11 englisch-französischen Flugzeugträgern — „Bilanz des Zweiten Weltkrieges“ S. 118.
[69]) W. Churchill „Ins Gefecht“ Reden 1938—1940 S. 139 u. 137.
[70]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ II. Buch „Krieg im Zwielicht“ S. 17.
[71]) Platanowa, Pawlenko, Parotkina „Der Zweite Weltkrieg“ russ. S. 97.

Großadmiral Raeder am 17. Mai 1946 vor dem Militärtribunal in Nürnberg:

> „Es liegen die verschiedensten Beweise dafür vor, daß ich in gar keiner Weise mit einem Krieg zum Herbst (1939) rechnete, und bei dem geringen Maß der Aufrüstung der deutschen Marine war das natürlich. Ich habe das in einer Rede zu den U-Boot-Offizieren in Swinemünde ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß nicht damit zu rechnen sei."[72])

Großbritannien

Großbritannien war 1939 keineswegs so rüstungsschwach oder gar auf defensive Strategie ausgerichtet, wie man es immer wieder darzustellen beliebt. Dies ergibt sich — abgesehen von der an Stärke und Kapazität unübertroffenen Marine — allein schon daraus, daß die britische Produktion an Flugzeugen und Panzern der Produktion Deutschlands gleich war bzw. diese sogar übertraf[73]). Die britische Admiralität hatte sowohl vor 1914 als auch vor 1939 Offensivpläne zur Vernichtung der deutschen Flotte und zur Invasion über den Kanal vorliegen[74]).

Winston Churchill schrieb bereits Ende 1936,

> „daß die Marine stark sei und daß sogar während der Jahre der Abrüstung nicht weniger als 50 Millionen Pfund Sterling jedes Jahr dafür ausgegeben wurden. . . ."[75])

Am 3. 10. 1938, drei Tage nach Unterzeichnung der deutsch-britischen Friedens- und Freundschaftserklärung, proklamierte N. Chamberlain überraschend eine Aufrüstung um jeden Preis.

> „Wir sind in diesem Land bereits während eines langen Zeitraumes mit einem großen Wiederaufrüstungsprogramm beschäftigt, das an Umfang und Tempo ständig zunimmt."[76])

In Blackburn am 22. 2. 1939, einen Monat vor „Prag":

> „Die Zahlen unserer Aufrüstung sind in der Tat überwältigend. Vielleicht sind sie so gewaltig, daß das Volk sie gar nicht mehr zu fassen vermag."[77])

Selbst wenn man annimmt, er habe übertrieben, so muß doch berücksichtigt werden, daß derartige Angaben aus dem Munde eines Pre-

---

[72]) IMT Bd. XIV S. 79.
[73]) E. Hughes „Winston Churchill — his Career in War and Peace" S. 162.
[74]) H. Grimm „Die Erzbischofsschrift" S. 121.
[75]) E. Hughes „Winston Churchill — his Career in War and Peace" S. 160.
[76]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 218.
[77]) ebenda Dok. 242.

mierministers auf die „betroffenen“ Völker nachhaltig einwirken. Sie waren in der Tat dazu bestimmt, den französischen Verbündeten zu erhöhten Rüstungsanstrengungen anzustacheln. Sie mußten das Rüstungsfieber und die Kriegspsychose in sämtlichen Lagern verstärken und einem Höhepunkt zutreiben.

> „England verfügte über 6 bereite Divisionen, konnte ‚in kürzester Frist‘ weitere 9 auf den Kontinent werfen und als zweite Staffel diese mit weiteren 16 Divisionen ergänzen, — alles in allem also 32 Divisionen. Die Luftstreitkräfte Englands bestanden aus mehr als 3 000 Flugzeugen der ersten Linie.“[78])

Am 1. September 1939 stellte N. Chamberlain im Unterhaus fest:

> „Der wichtigste und befriedigendste Punkt ist der, daß wir heute keinen allgemeinen Appell für Rekruten zu erlassen brauchen, wie Lord Kitchener vor 25 Jahren es tat. Dieser Appell ist um viele Monate vorweggenommen worden, und die Mannschaften sind bereits verfügbar.“[79])

Das seebeherrschende Albion konnte sich mit seinen beachtlichen Dominien und den ihm befreundeten Nationen in allen Teilen der Welt Rohstoffe und Rüstungsgüter auch in Kriegszeiten verschaffen. Dennoch war das Rüstungsvolumen der britischen Insel im Jahre 1939 bereits ungefähr auf den Stand des deutschen gebracht. In Beziehung zur Bevölkerung gesetzt (Deutschland = 80 Millionen, England = 50 Millionen Menschen), war es sogar doppelt so groß. Deutschland war zudem im Ernstfall einer wirksamen Blockade ausgesetzt. England dagegen beherrschte die Seewege. Wer das Rüstungspotential von England, Frankreich und Deutschland im Jahre 1939 bewerten will, muß diese politischen, strategischen und geographischen Gegebenheiten mit berücksichtigen.

Er muß gleichermaßen berücksichtigen, daß das britische Kriegskabinett seine Strategie auf einen langen Krieg aufbaute, indem sich England zumindest in der ersten Zeit dieses Krieges nur mit äußerst geringen Kräften selbst zu engagieren, dafür aber die Armeen seiner Verbündeten in den Kampf zu werfen gedachte. Dem widerspricht auch die anfängliche Auffassung Chamberlains nicht, Hitler mit Hilfe der Widerstandskräfte in seinen eigenen Reihen leicht und kurzfristig besiegen zu können: auch für diesen Fall benötigte England keine überwältigenden Heerestruppen auf dem Kontinent.

> „Das englische Kriegskabinett erklärte noch Anfang September 1939, daß sich der Krieg auf drei Jahre hinziehen werde, und stellte einen Mobilisierungsplan für die Reserven auf, der von dieser Frist ausging.

---

[78]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 158.
[79]) Britisches Blaubuch Nr. 105.

Der Plan sah eine Vergrößerung der Flotte vor, die Entfaltung von 55 Divisionen erst bis zum Herbst 1941 sowie die Ausweitung des Flugzeugparks auf 12 000 Maschinen bis zum Frühjahr 1940. Die Lage Deutschlands in bezug auf die grundlegenden Arten der strategischen Rohstoffe wurde als äußerst schwierig eingeschätzt: nach englischen Plänen konnten sie nur für sechs Monate ausreichen. ...

Die grundlegende Methode des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland, deren Pläne in England seit Frühjahr 1939 ausgearbeitet worden waren, war die See-Blockade. Sie sollte von der Flotte der Metropole (homefleet) verwirklicht werden, und zwar in der Nordsee, im Mittelmeer und teilweise in der Ostsee."[80])

Bereits Jahre vor dem Krieg war in England ein „Beratendes Komitee für Handelsfragen in Kriegszeiten" geschaffen worden. Diese sogenannten „Blockade-Planer" hatten bereits 1937 Blockade-Pläne gegen drei hypothetische Gegner ausgearbeitet: Deutschland, Italien und Japan[81]). Diese weltweiten Maßstäbe zeugen eindrucksvoll von den Kräfteverhältnissen zu einer Zeit, da man sich in Deutschland Sorgen um die Bewirtschaftung von Rohstoffen machte (weil man zu wenig, nicht zu viel davon hatte) und das Ausland bereits begann, Handelsverträge mit Deutschland, vornehmlich Buntmetalle betreffend, zu stornieren. Im Jahre 1937 hatte die Gesellschaft der Deutschen Schwerindustrien ein Memorandum verfaßt, wovon Dr. Goerdeler insgeheim die britische Regierung unterrichtete, demzufolge Deutschland einen fehlenden Rohstoffbedarf von 40—60 %, fehlende Nahrungs- und Futtermittel zu 25—30 % und einen um ein Drittel geschrumpften Export hatte.

„Die maximale Eigenerzeugung würde in den nächsten vier Jahren nicht mehr als 50 % des Bedarfs an Eisen und Stahl, 70 % an Zink, 45 % an Blei und 15 % an Kupfer erreichen. Die Eigenerzeugung an Rohstoffen betrug nicht mehr als 25 % des deutschen Bedarfs."[81])

Frankreich

Im August 1939 war die Mobilmachung Frankreichs bereits praktisch vollzogen. Winston Churchill sprach von 5 Millionen ausgebildeter französischer Soldaten[82]). Am 28. August berichtete der britische Botschafter in Paris, Phipps, nach London über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Bonnet:

„Bonnet war ruhig und schien alles in allem nicht ohne Hoffnung im Hinblick auf die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten. Er findet es merkwürdig, daß Hitler die Mobilisierung von 2 700 000 französischen

---

[80]) A. M. Projektor „Der Krieg in Europa 1939—1941" russ. S. 413.
[81]) J. Colvin „Vansittart in Office" S. 140, 152.
[82]) W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938—1940 S. 172.

Kämpfern ohne vorbeugenden Gegenschlag geduldet hat. Von der Gesamtzahl von rund 5 500 000 Männern, die eine Generalmobilmachung zur Verfügung stellen würde, fehlen wenig mehr als eine halbe Million Kämpfer; der Rest würde sich aus Personen zusammensetzen, die Kriegsdienste im Hinterland leisten. . . .“[83])

Der sowjetische Botschafter in London war gut über die französische Kampfkraft unterrichtet:

„Frankreich besaß (1939) über 110 Divisionen, nicht gerechnet die Fliegerabwehreinheiten, die Küstenverteidigung und jene Truppen, die es in Afrika befehligte. Darüber hinaus waren bis 200 000 Soldaten des republikanischen Spanien vorhanden, die nach dem Sieg Francos nach Frankreich ausgewichen waren und gebeten hatten, in die französische Armee übernommen zu werden. An Bewaffnung verfügten die französischen Kräfte über 4 000 moderne Panzer und 3 000 Geschütze der schweren Artillerie mit einem Kaliber von 150 mm und größer (nicht gerechnet die Divisionsartillerie). Die Luftwaffe Frankreichs bestand aus 2 000 Flugzeugen der ersten Linie, von denen rund ⅔ nach damaligen Begriffen moderne Flugzeuge waren; ihre Jäger hatten eine Stundengeschwindigkeit von 450—500 km, ihre Bomber eine solche von 400—450 km.“[78])

Frankreich verfügte im Juni 1940 — ohne England, Holland und Belgien — über eine wesentlich stärkere Panzerwaffe als Deutschland[84]). England und Frankreich haben in den Vorkriegsjahren — jedes Land für sich — ebensoviel oder mehr für die Rüstung aufgewendet als Deutschland[85]).

„Die gesamten Rüstungsausgaben Englands und Frankreichs, die gemäß den bestehenden Abkommen und Verpflichtungen nach militärischen Gesichtspunkten vereinheitlicht waren, waren im Jahre 1939 viel höher als jene Deutschlands. Beim Ausbruch des Krieges im September 1939 besaß Frankreich eine weitaus größere Armee als Deutschland, gut ausgerüstet und stark verschanzt hinter der berühmten, eindrucksvollen und, wie man annahm, uneinnehmbaren Maginot-Linie.“[86])

Tschechoslowakei 1938

„30 bis 40 tschechische Divisionen standen an der deutschen Ostgrenze, und das Gewicht der französischen Armee begann sich im Verhältnis von 8 zu 1 auf den Westwall zu legen. Ein feindliches Rußland konnte von tschechischen Flugplätzen aus operieren, und Sowjetarmeen konnten ihren Vormarsch durch Polen oder Rumänien antreten.“[87])

---

[83]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 442.
[84]) Deutsche Hochschullehrerzeitung 4/1961 S. 18 zitiert: Oberst Goutart „The Battle of France 1940“ New York 1959.
[85]) B. Klein „Germany's Economic Preparations for War“ S. 19.
[86]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland“ S. 120.
[87]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 379.

Die tschechische Armee, deren Friedensstärke 120 000 Mann betrug[93]), hatte im Hochsommer 1938 in 30 bis 40 Divisionen (21 reguläre, 15 oder 16 bereits mobilisierte Divisionen zweiter Linie[88]) 1,5 Millionen Mann unter Waffen, war ausgerüstet „mit einem gewaltigen und vorzüglich organisierten technischen Apparat“ und stand „hinter der stärksten Befestigungslinie Europas“[89]).

> „Die tschechische Armee niederzuwerfen und die böhmische Festungslinie zu durchstoßen oder zu umgehen, erforderte praktisch 35 Divisionen — die Hauptmacht der mobilen und voll ausgebildeten deutschen Armee. . . .
>
> Im Augenblick eines Angriffs auf die Tschechen waren nur 5 aktive und 8 Reservedivisionen verfügbar, um die gesamte deutsche Westgrenze gegen die französische Armee zu verteidigen, die 100 Divisionen mobilisieren konnte.“[88])[90])
>
> „Die tschechische Armee mit ihren wohlausgerüsteten 34 Divisionen war wahrscheinlich allein stark genug gegen die nur halb ausgebildete deutsche Armee von 1938.“[91])

Polen

Die polnische Armee betrug zu Kriegsbeginn nach allgemein anerkannten Schätzungen 55 Infanterie-Divisionen, 12 Kavallerie-Brigaden und zwei motorisierte Formationen[92]). Im Herbst 1939 verfügte Polen über 1,5 Millionen Soldaten. Da die polnische Friedensarmee die immerhin schon beachtliche Zahl von 200 000 (211 000 Mann) erreicht hatte[93]), zeigt dieser Vergleich zu der seit Frühjahr 1939 schrittweise mobilisierten polnischen Armee deutlich die aggressiven Absichten der polnischen Armee auf, zumal sie diese Mobilisierung durchgeführt hatte, ohne von Deutschland bedroht worden zu sein oder sich bedroht gefühlt zu haben. Im Frühjahr, am 25. 3. 1939, berichtete der britische Botschafter in Warschau, Kennard, seinem Außenminister, kompetente Persönlichkeiten hätten ihm vertraulich mitgeteilt, daß von dieser Mobilisierung bereits 750 000 Mann erfaßt worden seien[94]). Die polnische Luftwaffe verfügte im Herbst 1939 über 1 200 Flugzeuge[95]).

---

[88]) ebenda S. 409.
[89]) ebenda S. 378.
[90]) ebenda S. 351.
[91]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 154.
[92]) T. Taylor „Sword and Swastica“ S. 269.
[93]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender“ S. 222.
[94]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 523.
[95]) Kommunist Nr. 4 März 1959 S. 138.

Zweifellos waren die polnischen Militärs noch in überholten strategischen und technischen Vorstellungen befangen: sie überbewerteten die Kavallerie, unterschätzten die Leistungsstärke ihres Gegners, verfügten über zu wenig Panzer, Panzerabwehrgeschütze, Artillerie, Flugzeuge und Fliegerabwehreinheiten. Auch ihre strategische Unbeweglichkeit, das Fehlen jeglicher Defensivstrategie, der schlechte Kampfgeist der vielen Angehörigen fremdvölkischer Minderheiten in der polnischen Armee (lediglich 52,7 % der Bevölkerung des Staates ‚Polen' waren Polen) und nicht zuletzt die Illusionen, die man in Warschau seinen „Freunden" Frankreich, England und den Vereinigten Staaten gegenüber hegte, haben erheblich zur militärischen Katastrophe im September 1939 beigetragen. Immerhin bleibt für eine Bewertung des militärischen Potentials Polens vor Kriegsbeginn bestehen, daß die deutsche Führung diese Mängel nicht von vornherein alle einkalkulieren konnte und daß sich auf der anderen Seite die polnische Führung dieser Mängel nicht bewußt gewesen ist. Die polnische Führung hat ihre Politik auf den Einsatz einer starken Militärmacht — und zahlenmäßig war sie beachtlich für diesen Staat! — ausgerichtet, und jeder deutsche Reichskanzler hätte auf diese Politik hin — und nicht auf eventuelle Schwächen der polnischen Armee — reagieren müssen.

Sowjetunion

Während das Deutsche Reich 1939 über 75 Divisionen, 1 000 einsatzfähige Flugzeuge (taktische Luftwaffe), 3 000 Panzer verfügte, rühmte sich allein die Sowjetunion im Sommer 1939, an ihrer Westfront zum Kampf gegen Deutschland sofort 136 Divisionen, 5 000 mittlere und schwere Geschütze, 9—10 000 Panzer, mehr als 5 000 (einigen Quellen zufolge 5½ tausend) Flugzeuge einsetzen zu können[96]).

Das war keine leere Prahlerei: Die Sowjetunion hat diese Streitkräfte in den britisch-französisch-sowjetischen Militärbesprechungen im Juli/August 1939 den Westmächten offiziell für den sofortigen Kampf gegen Deutschland angeboten — was auch ein bezeichnendes Licht auf die Geisteshaltung der Sowjets beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zur gleichen Zeit am 23. 8. 1939 wirft. Nicht an

---

[96]) „Geschichtsfälscher". Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges S. 43.
+ „Die Geschichte der CCCR, die Epoche des Sozialismus" russ. S. 530.
+ „Internationales Leben" russ. 1959 Nr. 3 S. 139.
+ W. G. Truchanowskij „Die Außenpolitik Englands" russ. S. 362.

der Weigerung Englands oder Frankreichs, sondern vorwiegend an der Weigerung Polens und Rumäniens, die Rote Armee durch ihr Land marschieren zu lassen, sind diese Gespräche gescheitert, so daß die ungeheueren Kräfte der Roten Armee im Jahre 1939 in Europa nicht zum Einsatz kamen. Daß dieser angebotene Waffeneinsatz ernsthafte Realität war, wird auch von sowjetischen Historikern bestätigt. Sie bezeugen, daß die sowjetische Regierung „im Verlauf aller Vorkriegsjahre bereit war, gegenüber Deutschland (dem „Aggressor") bewaffnete Gewalt anzuwenden"[97]).

„Die Rote Armee war während der letzten Monate gewaltig angewachsen, . . .
Diese Aufstellung der Reserveeinheiten innerhalb der Roten Armee hatte gegen Ende 1938 das russische Friedensheer auf zwei Millionen Mann, etwa das Dreifache der deutschen Heeresstärke, erhöht."[98])

In den Jahren von 1934 bis 1938 hatte die Rote Armee nach Angaben des ehemaligen Verteidigungsministers Woroschilow vom 13. 3. 1939 ihren Personalbestand und ihre Kampfkraft verdoppelt. Die weiträumige UdSSR, das militanteste Land der Welt, hatte seit Jahr und Tag das Hauptgewicht der industriellen Produktion auf die Schwer- und Rüstungsindustrie verlagert und bereits seit dem Jahre 1937 rund 25 % des gesamten Volkseinkommens für militärische Zwecke ausgegeben (Deutschland 1937 = 10 %, 1938/39 = 15 %)[99]).

Psychologische Kriegsvorbereitung

Und wie sah angesichts dieser Tatbestände die Propaganda gegen Deutschland aus?

Winston Churchill agitierte, wenn er sein Lieblingsthema „deutsche Aufrüstung" berührte, entgegen besserem Wissen mit falschen Angaben. Und diese seine nachweislich gefälschten Angaben wurden nicht nur von einer weltweiten Propaganda — „freien Presse" — aufgegriffen, sondern auch von den Regierungen, die sie für ihre Interessen verwerteten: England, Frankreich, USA, UdSSR vornehmlich.

So z. B. vor seinen Wählern am 27. 8. 1938:

„Die Gefährdung des Friedens wird nicht beseitigt sein, bevor die ungeheuren deutschen Armeen, die zu den Fahnen gerufen wurden, wieder aufgelöst sind. Daß ein Land, das selbst von niemandem bedroht wird,

---

[97]) Platanowa, Pawlenko, Parotkina „Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 17.
[98]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 267.
[99]) ebenda S. 561, 562.

das niemanden zu fürchten hat, über fünfzehnhunderttausend Soldaten in Kriegsbereitschaft versetzt, ist ein sehr ernster Schritt. Es scheint mir ..., daß man diese großen Truppenteile nicht ohne die Absicht mobilisiert hat, innerhalb einer sehr begrenzten Zeitspanne zu einem Schluß zu gelangen."[100])

Für den rechnerisch Unkundigen: Fünfzehnhunderttausend sind 1,5 Millionen. Einige Seiten weiter berichtet Churchill, daß allein die Tschechen im Mai 1938 1,5 Millionen Mann zu den Waffen gerufen hatten, ohne allerdings diesen Tatbestand eines ähnlich gefärbten Kommentars zu würdigen. Wenn der tschechisch-slowakische Nationalitätenstaat von 15 Millionen Einwohnern (davon nur 7 Millionen Tschechen) 1,5 Millionen Mann mobilisiert, so wird das anscheinend für ganz in Ordnung gehalten. Wenn Polen mit seiner Bevölkerung von 35 Millionen (davon 15 Millionen fremdvölkischen Minderheiten) ebenfalls 1,5 Millionen Mann mobilisiert, so soll auch das in Ordnung sein. Besitzt aber Deutschland mit seinen 80 Millionen Menschen eine nur gleichgroße Armee von 1,5 Millionen angesichts einer zugespitzten Krisensituation, im Verhältnis zur Bevölkerung also nur den fünften Teil des tschechisch-slowakischen Aufgebotes — dann ist das für Churchill und seine Gesinnungsgenossen ein den Frieden bedrohendes Verbrechen und ein Beweis für Weltherrschaftsstreben. Churchill in einer Rede im Jahre 1936:

„Deutschland rüstet in einer Weise auf, wie man es in der deutschen Geschichte noch nie erlebt hat. Es wird von einer Handvoll übermütiger Desperados gelenkt. Das Geld wird knapp; unter der Despotenherrschaft regt sich Unzufriedenheit. Bald werden sie wählen müssen, ob sie einen wirtschaftlichen oder finanziellen Zusammenbruch und innere Unruhen vorziehen oder einen Krieg, der kein anderes Ziel haben könnte als ein germanisiertes Europa unter nationalsozialistischer Aufsicht. Deshalb scheint mir, daß alle die alten Gegebenheiten wieder vorliegen (Hegemoniestreben einer europäischen Kontinentalmacht, das ausgetilgt werden muß) und daß unsere nationale Rettung davon abhängt, ob wir noch einmal alle Mächte in Europa vereinigen können, um die deutsche Oberherrschaft in Schranken zu halten, zu verhindern und wenn nötig zu vernichten."[101])

„Im Jahr 1938/1939", so gesteht Churchill in seinen Memoiren,

„erreichten die britischen Wehrausgaben im ganzen 304 Millionen Pfund, die deutschen mindestens 1 500 Millionen. Es ist anzunehmen, daß Deutschland in diesem letzten Jahr vor Kriegsausbruch mindestens doppelt so viel Kriegsmaterial herstellte wie England und Frankreich zusammen, vielleicht sogar dreimal so viel, und daß damals auch seine großen Anlagen für den Bau von Panzerwagen ihre volle Leistungs-

---

[100]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 357.
[101]) ebenda S. 259.

fähigkeit erreichten. Die Deutschen verschafften sich somit Waffen in viel schnellerem Tempo als wir."[102])

„Die 40-Stunden-Woche erlaubte es Frankreich nicht, mit Deutschland Schritt zu halten, wo man mit Überstunden unter Kriegsbedingungen aufrüstete....

Die deutschen Rüstungsbetriebe arbeiteten mit Hochdruck. Tag und Nacht kreisten in Deutschland die Räder und fuhren die Hämmer nieder; seine gesamte Industrie wurde eine Waffenschmiede und schweißte die ganze Bevölkerung in eine einzige disziplinierte Kriegsmaschine zusammen."[103])

Was Churchill mit Hilfe seiner Agitation über die deutsche Aufrüstung in die Wege zu leiten gedachte, erklärte er in der Unterhausdebatte am 16. März 1939 recht freimütig:

„Man muß bedenken, daß Deutschland, ebenso wie alle anderen Länder, nun in voller Aufrüstung begriffen ist und unter dieser ungeheuren Anstrengung stöhnt und ächzt. Es gibt bereits 26 Prozent seines Volkseinkommens für Kriegsvorbereitungen aus. Alle Arbeitskräfte, geschulte wie ungeschulte, stehen bis zum letzten Mann in Arbeit. Die Gartengitter und selbst die eisernen Grabkreuze werden als Schrottmetall eingeschmolzen. ..

Ich hörte daher mit Vergnügen, wie Lord Chatfield gestern die Meinung vertrat, daß es ‚die Pflicht der Königlichen Flotte sei, die feindliche Flotte aufzuspüren und zu zerstören'. Das ist der Ton, den man anschlagen muß...."[104])

Unsachlicher und provozierender geht es wirklich nicht! Doch selbst die Tatsache, daß sich dieser Mann in ein und demselben Buch auch bei diesem Thema der deutschen Rüstung derart oft widerspricht und sich auch hier seiner „Schuljungenrhetorik, die Winston Churchill in jeder gewünschten Länge zu produzieren imstande war"[105]), bedient, scheint niemanden zu stören:

„Die deutsche Kriegsmaschine war schwankend über die Grenze gerumpelt (deutsch-österreichische Grenze, März 1938) und in der Nähe von Linz zum Stillstand gekommen. Trotz tadellosen Wetter- und Straßenverhältnissen versagte die Mehrzahl der Panzer. In der motorisierten schweren Artillerie ereigneten sich Pannen. Die Straße von Linz nach Wien war durch steckengebliebene schwere Fahrzeuge blockiert. General von Reichenau ... galt als verantwortlich für ein Versagen, das den unfertigen Zustand der deutschen Armee in diesem Stadium ihres Wiederaufbaus enthüllte."[106])

---

[102]) ebenda S. 408.
[103]) ebenda S. 292, 262.
[104]) W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938—1940 S. 138 und 142.
[105]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 120.
[106]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 331.

Anläßlich einer Besprechung im Kriegsministerium verfaßten die maßgebenden deutschen Generale eine am 27. 9. 1938 der Reichskanzlei übergebene Denkschrift. Churchill bestätigt:

„Der Mangel an Offizieren wird hervorgehoben. Nicht weniger als 48 000 Offiziere und 100 000 Unteroffiziere wären nötig, um die (deutsche) Armee auf Kriegsstärke zu bringen; und im Fall einer Generalmobilmachung würden in nicht weniger als 18 Divisionen erfahrene Generalstabsoffiziere fehlen.“[107])

Auch „anti-faschistische Historiker“ sind in der Frage der deutschen Aufrüstung festzulegen, wenn sie sich gezwungen sehen, ihre Behauptungen im einzelnen zu gliedern. So enthält ein unter US-Lizenz veröffentlichtes Buch vom Jahre 1947 folgende kurzen Hinweise:

„Von den Geheimbesprechungen und Geheimbefehlen wußte die große Masse nichts.“[108])

Über Inhalt, Sach- und Personalfragen dieser angeblichen Geheimbesprechungen und Geheimbefehle, die sich auf die deutsche Aufrüstung beziehen, findet sich auch hier kein Wort. Solche leeren Behauptungen aber sind historisch wertlos. Der Autor fährt fort:

„Die Zahl der an gewissen Rüstungszwecken arbeitenden Firmen war vor 1939 eine beschränkte, ihre Arbeit selbst ‚abgedichtet‘.“[108])

Auch hier wird keine Zahl, kein Ort, keine Produktion genannt. Wichtig ist aber das Eingeständnis, daß die Zahl der deutschen Rüstungsfirmen bis 1939 beschränkt war, eine Aussage, die alle aufputschenden Propagandathesen widerlegt. Weiter (man achte auf die Argumentation):

„Vermutungen sprechen dafür, daß das gegebene Wirtschaftsprogramm der Partei sich auf den Bedürfnissen der Aufrüstung und Kriegführung aufbaute; dabei spielte die ‚Autarkie‘ der deutschen Wirtschaft eine Hauptrolle.... Es entstanden neue Industriewerke, und zwar allergrößten Ausmaßes, die BUNA als Ersatz der Gummirohstoffe, Benzin aus Kohle, angeblich den Volkskraftwagen für die wirtschaftliche Freiheit Deutschlands vom Auslande herstellen sollten....

Seine (der durchdachte Plan für diese Großmaßnahmen) in die Riesensummen gehende Finanzierung war eine Aufgabe für sich, die man mit der Ausweitung des Notenumlaufes und der Verschuldung des Reiches löste.“[108])

Wenn also diese Maßnahmen, die jeder Staat dieser Welt als volkswirtschaftlich und nicht rüstungspolitisch katalogisiert, „Riesensummen an Finanzierung verschlingen“, so dürfte für die eigentliche Rüstung nicht mehr viel Raum und Finanzkraft übriggeblieben sein. Wie sah die Wirklichkeit aus?

---

[107]) ebenda S. 382.
[108]) J. Eckert „Schuldig oder entlastet?“ S. 110.

„Der Ausbau der ‚Vierjahresplan-Werke', die die Einfuhrabhängigkeit mildern sollten, war in vollem Umfang erst für 1943 geplant. Ihre augenblickliche Produktionskapazität (1939) fiel wenig ins Gewicht."[109])

Welche historische Untersuchung wir auch immer zur Hand nehmen, überall finden wir den minimalen deutschen Rüstungsstand bestätigt — ebenso wie die systematische Verhetzung der anderen Völker mit den Lügen über die „fieberhafte Aufrüstung des Dritten Reiches von 1933 an" und die „Behebung der wirtschaftlichen Krise in Deutschland (1933) durch weitest ausgebaute, den Frieden der Völker bedrohende Aufrüstung".

Was darf ein souveräner Staat nach Ansicht dieser Moralisten überhaupt? Darf er sich zur Selbstverteidigung rüsten? Wie wir sehen, „dürfen" dies alle — nur die Deutschen nicht. Deutschland war von hochgerüsteten, weitaus stärker bewaffneten, durch Militärbündnisse einander verpflichteten Staaten umringt und angefeindet. Die Reichsregierung hat während der ganzen Zeit ihrer Amtsführung „nicht eine einzige neue Waffenfabrik errichtet". Dennoch warfen ihr jene Mächte, die selbst Weltreiche „ausbeuteten", vor, die Weltherrschaft erstrebt, sich gegen den Frieden verschworen und verbrecherischer Planungen schuldig gemacht zu haben.

Alle Tatsachen, die der These von einer „Verschwörung gegen den Weltfrieden" widersprechen, werden kurzerhand — man ist ja um „Begründungen" und Schlagworte nie verlegen — mit dem „Dilettantismus" der Verschwörung erklärt[110]). Vielleicht wäre Hitler diesem Vorwurf des „Dilettantismus" entgangen, wenn er — wie die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg — für 75% aller strategischen Materialreserven Vorräte für 3 bis 5 Jahre angelegt und sich in 69 Ländern des Erdballs bzw. in über 2 200 einzelnen Stützpunkten in aller Welt festgesetzt hätte[111]) —, von der Sowjetunion als noch eindrucksvolleres Beispiel ganz zu schweigen.

Die Deutschland umgebenden Mächte waren im übrigen nicht von Furcht vor dem „hochgerüsteten Dritten Reich" erfüllt, sondern hegten die Illusion, mit Hilfe ihrer „Freunde" sowie der Widerstandskräfte im Reich binnen weniger Tage nach Kriegsbeginn in Berlin zu stehen. Hätten Polen, Franzosen, Engländer oder die Sowjets die deutsche Rüstung oder den deutschen Angriffswillen gefürchtet, dann wären im

---

[109]) H. Michaelis „Handbuch der deutschen Geschichte" S. 22.

[110]) W. Hofer „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" S. 106.

[111]) Aussagen des Chefs des Amtes für Rüstungsmobilmachung, A. Fleming, in einem Interview mit der Zeitschrift „US News and World Report".
Zitiert bei: Nationale Rundschau 27. 3. 1957 S. 9 und Politische Informationen 5. 3. 1963.

Jahre 1939 die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Behörden nicht so unverhohlen aggressiv, unverantwortlich, unsachlich und haßerfüllt gegen die ihnen ausgelieferte deutsche Minderheit und das Reich aufgetreten. Auch die französische, englische, us-amerikanische und sowjetische Publizistik hätte nicht solche Provokationen gewagt. Wer den anderen fürchtet, weil er stark ist, wird die ihm billigerweise zustehenden Rechte nicht mutwillig mit Füßen treten, sondern sie sorgfältig in Rechnung stellen. Dann nämlich entfällt nach menschlicher Wahrscheinlichkeit die Gefahr der Waffenanwendung.

Im britischen Kabinett war man über den wirklichen Stand der deutschen Rüstung gut unterrichtet; denn zuverlässige Informationsquellen standen London zur Verfügung. Daher ist es um so unverzeihlicher, wenn maßgebliche Männer in England — von der „freien Presse" und BBC ganz zu schweigen — in den dreißiger Jahren aufstachelnd vom „deutschen Rüstungsfieber" agitierten, intern jedoch das deutsche Rüstungs- und Wehrpotential so realistisch beurteilten, wie z. B. am 9. 3. 1939 Robert Hudson, der Sekretär des Departments für Überseehandel, während des Lunch gegenüber dem polnischen Botschafter in London, Raczynski:

> „Was die Deutschen anbetrifft, so sind sie gezwungen, mit sich reden zu lassen (they are bound to come to terms), da sie am Rande des Bankrotts sind; sie haben weder Gold noch Devisen und leiden an ständig wachsender Knappheit an Rohstoffen."[112])

Der gewiß unverdächtige schwedische Vermittler Birger Dahlerus schrieb im Hinblick auf die Einschätzung der deutschen Wehrmacht durch die polnische Propaganda im Hochsommer 1939:

> „Die deutschen Panzer bestünden nur aus Pappattrappen. Die deutschen Soldaten desertierten haufenweise. Ihre Uniformen seien nur kümmerlich mit Stricken zusammengehalten."[113])

Kein einziges Dokument belegt, daß Polen 1939 an ein angebliches Rüstungsfieber oder Welteroberungsstreben in Deutschland geglaubt habe! Sogar den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939 pflegten polnische Diplomaten noch als offensichtlichen Nachweis dafür zu bezeichnen, „in welcher verzweifelten Situation sich das Reich befinde"[114]).

> „Dazu (zur Entfesselung der deutsch-feindlichen Stimmung durch behördliche Maßnahmen Polens) kam noch die sich immer mehr steigernde Kriegshetze in der polnischen Presse und im Rundfunk, wo man sich

---

[112]) E. Raczynski „In Allied London" S. 11.
[113]) B. Dahlerus „Der letzte Versuch" S. 96.
[114]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 112 der polnische Botschafter in Moskau, Waclaw Grzybowski.

nicht genug tun konnte in Meldungen über angeblich im Reich zu beobachtende Erscheinungen des deutschen Schwächezustandes, im Ernährungswesen, über Mängel in der Ausrüstung der Wehrmacht und dergleichen mehr. Die Polen dagegen wurden als ‚die besten Soldaten der Welt‘ hingestellt und so in ihnen ein Gefühl der unendlichen Überlegenheit dem Reich gegenüber geweckt. Man wähnte, die Organisationen des polnischen Heeres, sein Kampfgeist und auch seine technische Ausrüstung seien ‚unvergleichlich besser‘, die Lage des Reiches dagegen hoffnungslos, da dessen Einkreisung vollkommen sei. Polen kam sich als Großmacht vor. . . .“[115])

Diese Worte sind nicht zwischen 1933 und 1945 geschrieben worden. Es handelt sich um das historische Forschungsergebnis eines Sachkenners, der in seinem 1954 veröffentlichten Buch über die deutsche Volksgruppe in Polen das betreffende Kapitel überschreibt: „Die Kriegshetze in Polen“.

Paul Reynaud, der ehemalige französische Finanzminister (Ministerpräsident von März bis Juni 1940), erklärte am 26. 2. 1938 in der Deputiertenkammer:

„Ist es nicht allgemein bekannt, daß die Deutschen nicht die Hälfte der Offiziere haben, die für die Aufstellung ihrer Divisionen erforderlich sind?“[116])

Ebenfalls im Jahre 1938 (November) wurde ein Manifest der Komintern veröffentlicht, in dem es hieß:

„Hitler-Deutschland ist weder in militärischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht kriegsbereit. Ihm fehlen Rohmaterialien, Lebensmittel, Geld . . . Seine Armee verfügt nicht über ausreichende erfahrene Verbände . . .“[117])

Es handelt sich hierbei um Äußerungen einflußreicher und wohlunterrichteter Politiker — ein Jahr vor dem angeblich seit 1933 „geplanten Krieg zur Erringung der Weltherrschaft“!

Der sowjetische Botschafter in London erinnerte an die diplomatischen Gespräche zwischen den Vertretern der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in den Monaten vor Kriegsbeginn und zog das Fazit, daß allen Gesprächspartnern gleichermaßen bekannt war:

„Wie wir sehen, waren die bewaffneten Streitkräfte, über die die Mitglieder des Dreierpaktes verfügten, sehr beeindruckend und weit den damaligen Kräften Deutschlands und Italiens überlegen.“[118])

---

[115]) Th. Bierschenk „Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939“ S. 345.
[116]) H. Lebre und M. d. Mauny „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“ S. 30.
[117]) ebenda S. 121.
[118]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 158.

Wie schätzte der französische Außenminister die Lage ein?

„Man rechnete mit einem leichten und schnellen Siege. Es muß zugegeben werden, daß zahlreiche Informationen aus dem Ausland uns zu der Vorstellung führen konnten, unserem Gegner gehe es bereits recht schlecht. Solche Nachrichten erhielt ich direkt oder durch unsere Botschafter, die sie uns pflichtgemäß mit allem Vorbehalt zuleiteten.
Außer den altbekannten Geschichten über die streikenden deutschen Arbeiter und die Soldaten, die den Kampf verweigerten, kam man uns immer wieder mit der Hoffnung auf ein bevorstehendes Attentat, das schon vorbereitet war und den Nationalsozialismus zu Fall bringen sollte."[119])

Und der britische Außenminister?

„Während Halifax sprach, wurde einem mehr und mehr klar, ... daß sich Britannien bei seiner Hoffnung, den Krieg beenden zu können, ehe eine Weltkatastrophe eintritt, mehr als auf alles andere auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands verläßt. Sie haben entschiedenes Vertrauen zu den Berichten ihres Geheimdienstes, daß die (deutschen) Öl- und Benzinvorräte keinesfalls länger als vier Monate reichen würden, daß in Deutschland eine entschiedene Stimmung gegen den Krieg herrsche und daß es, wenn es wirtschaftlich gar zu schwierig werde, mit Hitler vorbei sei."[120])

Der ehemalige Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop hat vor dem Interalliierten Militärtribunal Nürnberg in seinem Schlußwort die Lage des Reiches treffend umrissen:

„Daß Deutschland keine Angriffskriege geplant hatte, wird durch die Tatsache bewiesen, welche Stärke wir im Verlauf des Zweiten Weltkrieges entfaltet haben und wie schwach wir dagegen zu Beginn des Krieges waren. Die Geschichte wird es uns glauben, wenn ich (Ribbentrop) sage, daß wir einen Angriffskrieg ungleich besser vorbereitet haben würden....

Was wir beabsichtigten, war, unsere elementaren Lebensbedingungen wahrzunehmen, genau so wie England sein Interesse wahrgenommen hat, um sich ein Fünftel der Erde untertan zu machen, wie die USA und Rußland einen ganzen Kontinent unter ihre Hegemonie gebracht ... Der einzige Unterschied der Politik dieser Länder zu der unsrigen lag darin, daß wir die gegen jedes Recht uns genommenen Länderpartikel wie Danzig und den Korridor beanspruchten, während jene Mächte nur in Kontinenten zu denken gewohnt sind."[121])

---

[119]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 307.
[120]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 595. US-Botschafter Kennedy an Staatssekretär Hull, 4. 9. 1939.
[121]) IMT XXII S. 426.

Die Außenpolitik der Großmächte am Vorabend des Krieges

Großbritannien

Die Politik des „europäischen Gleichgewichtes" in den Vorkriegsjahren

Winston Churchill schildert uns in seinen Memoiren in seltener Offenheit die Grundlagen der britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Von vornherein soll danach für den Engländer feststehen, daß jede europäische Großmacht — ganz gleich, zu welcher Zeit, unter welchen Umständen, in welcher Staatsordnung — „aggressiv" ist und von „Tyrannen" beherrscht wird, sobald sie eine gewisse Stärke und innere Festigung erreicht hat. Auf diesen Voraussetzungen wird ein „Gesetz der Politik" konstruiert, nach dem England nicht nur stets Außenpolitik betrieben und die Uneinigkeit Europas „garantiert", sondern auch über die Völker Recht gesprochen hat. Ja, Churchill gibt sogar zu, daß es für ihn — und somit für die britische Politik — keinen Unterschied zwischen dem „Hitlerregime" und anderen Herrschaftsordnungen der europäischen Geschichte gab. Dieser maßgebende Engländer bezeichnet damit seine eigene „Kreuzzügler"-Rolle als bar jeder Rechtsgrundlage und ethischen Wertbindung. Er gibt darüber hinaus zu, daß die britische Politik seit 400 Jahren nicht nach Recht und Gerechtigkeit, nicht nach Humanität und internationaler Verständigung ausgerichtet war, sondern nach einem selbstherrlichen „Gesetz", demzufolge alle anderen Staaten je nach Bedarf für tyrannisch, aggressiv und verbrecherisch erklärt werden.

> „Seit 400 Jahren hat die Außenpolitik Großbritanniens darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Großmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen....
>
> Gegenüber Philipp II. von Spanien, gegenüber Ludwig XIV. unter Wilhelm III. und Marlborough, gegenüber Napoleon und Wilhelm II. von Deutschland ... schlossen (wir uns immer) den weniger starken Mächten an, schufen zwischen ihnen eine Verbindung und besiegten damit den militärischen Tyrannen auf dem Kontinent, wer immer er war und welche Nation er auch anführen mochte....

Wir müssen bedenken, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Herrschaft über Europa anstrebt. Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie, oder das französische Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder der potentiell dominierende Tyrann ist. Wir sollten uns daher nicht vor der Beschuldigung fürchten, daß wir eine profranzösische oder anti-deutsche Einstellung hätten. Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebensogut deutsch-freundlich und anti-französisch sein. . . .“[1])

Kein britischer Historiker, keine britische Regierung hat diese Darlegungen Churchills dementiert. Im Gegenteil! Lord Halifax hat sich in seiner Rede vom 30. 6. 1939 vor dem Royal Institute of International Affairs im gleichen Sinn geäußert[2]). Genau das gleiche besagt die Denkschrift, die das US-State-Department vor Beginn der Potsdamer Konferenz (Juli 1945) dem Präsidenten Truman zur Unterrichtung über die traditionelle britische „Gleichgewichtspolitik“ überreicht hat[3]).

Der langjährige oberste Beamte im Foreign Office und spätere diplomatische Chefberater der britischen Regierung, Lord Vansittart, bestätigte ebenfalls:

„Wenn ein solches Dominieren (einer europäischen Kontinentalmacht) hergestellt würde, so würden wir einer Lage konfrontiert werden, die wir uns Jahrhunderte hindurch auf Grund der instinktiven Erkenntnis bemüht haben zu verhindern, daß jede andauernde Hegemonie in Europa dieses Land (England) mit Notwendigkeit auf eine zweitrangige Macht herabdrücken müßte.“*)

Churchills Aussage ist eine Demonstration vor der Welt, daß auch beim Zweiten Weltkrieg die ethischen Grundsätze wie „Schutz der kleinen Nationen“, „internationale Gerechtigkeit“, „Kampf für Freiheit und Demokratie“, „Sicherung gegen Tyrannen“ für England nichts anderes waren, als Propagandaschlagworte. Es ist grotesk, daß ein Land wie England, das 1939 noch über 40 Millionen qkm verfügte und eine große Anzahl von fremden Völkern beherrschte und zudem die Herrschaft der Meere in Anspruch nahm, sich als „Verteidiger der Rechte der kleinen Völker“ und der „freien Welt“ aufspielte. Nicht minder grotesk ist, daß diese britischen Politiker einem Volk, das nur 600 000 qkm, also etwas mehr als 1/100 des britischen Landbesitzes, sein eigen nannte, „Weltherrschaftsstreben“ vorwarfen — und Glauben fanden!

---

[1]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 257/259.

[2]) A. Rein „Warum führt England Krieg?“ S. 35/36 und A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts“ S. 163.

[3]) Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) Vol. I S. 258.

*) J. Colvin „Vansittart in Office“ S. 209.

Selbst dann, wenn Churchill noch deutlicher wird und den Zweiten Weltkrieg als einen „englischen Krieg“ bezeichnet (mit dieser Argumentation im BBC-London lehnte er die Friedensvermittlungsvorschläge des belgischen Königs und der Königin der Niederlande nach dem Polenfeldzug 1939 ab) und als Ziel die „Vernichtung Deutschlands“ erklärt[4]), pflegt die Weltöffentlichkeit kommentarlos darüber hinwegzugehen, gleichermaßen wie über sein zynisches Eingeständnis nach dem Krieg, man habe leider „das falsche Schwein geschlachtet“. Die „Meinung der Weltöffentlichkeit“ eignet sich also kaum als Wertmesser für internationales Recht.

Selbst ein britischer Diplomat aus Churchills eigener konservativer Partei bekannte:

> „Churchill galt in der ganzen Welt als Hauptvertreter der Kriegspolitik. Hätte man ihn zu einer Zeit, als das Gleichgewicht zwischen Krieg und Frieden noch in der Schwebe war, in die Regierung aufgenommen, würde dies den endgültigen Ausschlag zugunsten des Krieges bedeutet haben.“[5])

Einen Vorwand zur Rechtfertigung ihrer feindseligen Haltung hat die britische Politik stets zu finden gewußt. Das Versailler Diktat hatte der Weimarer Republik die Schlinge um den Hals gelegt und das deutsche Volk in Zerrissenheit und wirtschaftliches Chaos gestürzt, obwohl es sich willig die demokratische Staatsform zu eigen gemacht hatte. Die freiheitliche Verfassung bot nicht den geringsten Anlaß zur Schonung und Rücksichtnahme. Aber als sie der Diktatur wich, wurde dies zum Vorwand eines neuen Krieges gemacht. Um es mit dem Engländer William H. Dawson zu sagen:

> „Die Tatsache, daß 1933 ein ganz anderes Deutschland da war, als es seine Feinde geplant hatten, erklärt sich dadurch, weil die Alliierten ihr Äußerstes getan hatten, Deutschland zu schwächen und zu vernichten — in seinem Leib durch Annexionen, in seinen Finanzen durch die Reparationen, in seinem Ruf durch Verdrehungen und Verleumdung, in seinem Geist durch eine Häufung von Schimpf und von Demütigungen jeder erdenklichen Art. . . .
>
> Daher sind in Anbetracht der Drangsale, die die Weimarer Republik von 1919—1932 zu erleiden hatte, Forscher zu dem Ergebnis gelangt, daß ihre Erhaltung während dieser Jahre der Leiden und Schmach wie ein Wunder war.“[6])

Nachdem die Deutschen verstanden hatten, einen Weg aus diesem Chaos zu finden, mußte fortan der Nationalsozialismus als das „Böse“ schlechthin hingestellt werden, um wiederum die Behandlung der

---

[4]) K. Hierl „Schuld oder Schicksal?“ S. 25.
[5]) S. Hoare „Neun bewegte Jahre — Englands Weg nach München“ S. 356.
[6]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?“ S. 134.

Deutschen als Minderwertige und Ausgestoßene zu rechtfertigen. Erneut ereiferten sich britische, französische, us-amerikanische Politiker und Publizisten im Verein mit den Sowjets gegen „den ewigen Friedensstörer". Sie machten die deutsche Regierung selbst zu einer Zeit für den kommenden Krieg verantwortlich, „wenn sie so weiter rüste", in der Deutschland im Gegensatz zu allen seinen Nachbarn total verteidigungsunfähig war[7]). Sie waren es, die mit einem ungeheuren Aufwand an Propaganda die Klassifizierung in gute und schlechte Völker, in friedliebende und aggressive Regierungssysteme vornahmen und eine „unmittelbare Bedrohung" dieser oder jener Länder mittels angeblicher Geheiminformationen vorspiegelten.

Der britische Außenminister Eden wurde bereits im Jahre 1935 in einem Gespräch mit dem polnischen Marschall Pilsudski recht deutlich, indem er ihn fragte:

> „Glauben Sie, Monsieur le Maréchal, wir müßten auf unserer kleinen Insel bleiben?"[8])

Ähnlich der oberste Beamte im Foreign Office, Vansittart, im Jahre 1933:

> „Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein (machtpolitische Entwertung des deutschen Raumes); wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen (if he succeeds he will have an European War in five years)."[9])

Zur gleichen Zeit, d. h. im Jahre 1933, hatte dieser Vansittart bereits ein Memorandum verfaßt, aus dem sich die eine Konsequenz ergab: Germaniam esse delendam (Deutschland ist zu zerstören)[10]).

Dieser Mann hatte jahrelang die oberste Beamtenstellung im Foreign Office inne, und er übte auch unter der Regierung Chamberlain nachhaltigen Einfluß aus, ungeachtet dessen, daß N. Chamberlain ihn im Jahre 1938 aus diesem Amt ablöste und ihn mit der Ernennung zum Diplomatischen Chefberater der Britischen Regierung auf ein totes Geleis zu schieben versuchte. War diesen Leuten die deutsche Einheit schon anstößig[11]), so mußte schließlich erneut als Vorwand zur Einmischung die die „balance of power" störende Stärke herhalten, die in der deutschen Aufbauarbeit mehr und mehr spürbar wurde. Und das, obgleich

---

[7]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 241.
[8]) J. Szembek „Journal 1933—1939" S. 54.
[9]) R. Vansittart „Even Now" S. 69.
[10]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 134.
Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Series 2 Vol. V Doc. 127 — Vansittart stimmte hier einem Bericht zu, der forderte, sich gegen den „tollwütigen Hund" (Deutschland) zusammenzuschließen, um ihn zu vernichten.
[11]) vergleiche Aussagen S. 335—336.

das Reich diesmal — im Gegensatz zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg — sich nicht an einem Rüstungswettlauf beteiligt hatte[12]) und Deutschlands Außenhandel keineswegs die Gewichte auf dem Weltmarkt verschieben konnte. Es war ihnen zu mächtig geworden, obgleich sie einen jahrelangen Rüstungsvorsprung und einen Bündniskordon siegreicher Nationen gegen den Besiegten geschaffen hatten. Der britische Verteidigungsausschuß — und dies ist bezeichnend — entschied bereits im Frühjahr 1934, als Deutschland nachweislich keine mit Großbritannien vergleichbaren militärischen Kräfte besaß, auch keine territorialen Ansprüche geltend machte, daß der „eigentliche potentielle Gegner" in einem größeren Krieg Deutschland sein würde[13]). Zahllose prominente Persönlichkeiten Großbritanniens, Frankreichs und der USA rechtfertigten ihre anti-deutsche Einstellung mit der bloßen Tatsache des zu mächtig gewordenen Deutschland.

Außenminister Eden erklärte im Jahre 1943 auf einem Abschiedsfrühstück für den sowjetischen Botschafter Maisky, bevor dieser London verließ, um den Posten des stellvertretenden Außenministers in Moskau zu übernehmen:

> „Im Verlauf der letzten anderthalb Jahrhunderte standen England und Rußland immer in ein und demselben Lager, als in Europa irgendeine ernsthafte Krise entstand. So war es in der Epoche Napoleons, so war es in den Jahren des Ersten Weltkrieges, so ist es auch jetzt, in den Tagen des Zweiten Weltkrieges. Wodurch erklärt sich dies? Dies erklärt sich dadurch, daß England und Rußland zwei mächtige, beherrschende Staaten an den entgegengesetzten Enden Europas sind, die sich nicht mit der Schaffung einer unzweifelhaften Hegemonie irgendeiner dritten Macht in Europa abfinden können (ne mogut miritcia c . . .). Eine solche zu mächtig gewordene dritte Macht stellt eine Gefahr sowohl für England als auch für Rußland dar — im Ergebnis vereinigen sich die beiden Länder zum Kampf mit ihr und arbeiten letzten Endes auf ihren Untergang hin."[14])

Selbst Mr. Eden pflegte im engen Kreise seiner Freunde nichts von der besonders abgrundtiefen Verworfenheit des Nationalsozialismus gegenüber anderen Herrschaftsformen und anderen Zeiten in Europa zu berichten. Auch er vertrat die Linie seines Premiers, daß „es keinen Unterschied gab zwischen Philipp II von Spanien, Napoleon, Kaiser Wilhelm II und Hitler". Lediglich das „Gleichgewicht in Europa" war maßgebend!

Winston Churchill, der „nach einer glänzenden politischen Karriere eine lange Reihe von Ministersesseln wechselte bis zu dem höchsten, den

---

12) vergleiche gesondertes Kapitel.
13) J. Colvin „Vansittart in Office" S. 35, 124/125.
14) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 43.

die britische Regierungshierarchie zu vergeben hat, den des Finanzministers (1924—1929)“, erklärte dem sowjetischen Botschafter in London, Maisky, Ende Juli 1934:

> „Das Britische Empire — sagte Churchill — ist für mich der Anfang und das Ende aller Überlegungen. Was für das Britische Empire gut ist, ist auch für mich gut; was für das Britische Empire schlecht ist, ist auch für mich schlecht. Im Jahre 1919 glaubte ich, daß die größte Gefahr für das Britische Empire Ihr Land ist — deshalb war ich damals Gegner Ihres Landes. Jetzt glaube ich, daß die größte Gefahr für das Britische Empire Deutschland ist — deshalb bin ich jetzt Gegner Deutschlands. Im Zusammenhang hiermit glaube ich, daß sich Hitler nicht nur zur Expansion gegen uns vorbereitet, sondern auch gegen den Osten, gegen Sie. Warum sollten wir uns nicht zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind vereinigen? Ich war Gegner des Kommunismus und bleibe sein Gegner, aber wegen der Ganzheit des Britischen Empire bin ich bereit, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten.“[15])

Diese Verdächtigung Deutschlands bezog sich nicht allein auf seine Macht als politischen Faktor, sondern gleichermaßen auf seine Wirtschaftspotenz und geistige Leistungskraft. Bereits im Jahre 1919 schrieb die „Times“:

> „Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg (Ersten Weltkrieg) umsonst geführt.“[16])

Rückblickend sagt der britische Historiker und General J. F. C. Fuller:

> „Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt; Anlaß war diesmal der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren: Neid, Gier und Angst.“[17])

Der britische Diplomat und spätere britische Botschafter in den USA, Lord Lothian, schrieb am 23. 7. 1936 einem Freund:

> „Meine Meinung ist (My whole point is), daß man sich nicht mit Nazi-Deutschland befassen kann, wenn man ihm nicht Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wenn man ihm aber Gerechtigkeit hat widerfahren lassen, dann können zwei Dinge geschehen. Auf der einen Seite mögen die gemäßigten Kräfte in Deutschland Widerstand zu leisten beginnen (wahrscheinlich weil man sich nicht bereits der Weimarer Republik gegenüber dazu durchgerungen hat?). Auf der anderen Seite mag Großbritannien willens werden, in Erwägung zu ziehen, Krieg zu machen, wenn Deutschland fortfährt in einer Weise zu handeln, die zur Hegemonie in Europa führen mag (Great Britain may be willing to consider making war if Germany proceeds to action which may lead to the hegemony of Europe).“[18])

---

[15]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 49/50.

[16]) H. H. Löwenstein „Deutsche Geschichte“ S. 474 und Stenographische Berichte der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 S. 1083.

[17]) J. F. C. Fuller „Der Zweite Weltkrieg, eine Darstellung seiner Strategie und Taktik“ S. 487.

[18]) J. R. M. Butler „Lord Lothian“ S. 216.

Winston Churchill im Jahre 1936:

„Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht."[19])

Und nach dem Krieg am 18. 1. 1945 sowie im März 1946 in Fulton in Anwesenheit von Präsident Truman:

„Es ging (beim Zweiten Weltkrieg) auch um die Erringung der deutschen Absatzmärkte."[20])

Churchill in einem Gespräch mit dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, Anfang 1937:

„Churchill sagte mir, Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die maßlosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Allianzsystem verhelfen."[21])

Die natürliche Tatsache, daß ein großes, leistungsfähiges Volk zu sich selbst zurückfand, sollte propagandistisch zu einem „maßlosen Übergriff" aufgebauscht werden (Anfang des Jahres 1937!), unter Benutzung der von der gleichen Londoner Zentrale in die Welt gesetzten Gerüchte. Das Ziel war deutlich: die Schaffung eines Allianzsystems zur Zerschlagung Deutschlands.

US-General Robert E. Wood erklärte vor einem Senatsausschuß, W. Churchill habe ihm im November 1936 gesagt:

„Deutschland wird zu stark, wir müssen es vernichten."[22])

Dieses Zeugnis steht nicht allein da. Churchill äußerte sich auch in einer Unterredung mit dem damaligen deutschen Botschafter in London, v. Ribbentrop, im Sommer 1937 sehr offen:

Churchill: „Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie *1914 zerschlagen werden.*"

Ribbentrop: „Das wird diesmal nicht so leicht sein, da Deutschland Freunde hat."

Churchill: „Oh, wir bringen es ganz gut fertig, Eure Freunde schließlich doch noch zu uns herüberzuziehen."[23])

Churchill: „Unterschätzen Sie England nicht.... Urteilen Sie nicht nach der gegenwärtigen Regierung. Wenn sich einmal dem ganzen Volk ein großes Problem stellt, dann könnte gerade diese Regierung oder das britische Volk ganz unerwartete Aktionen unternehmen."[24])

---

[19]) Das Neue Reich Nr. 15, 11. 4. 1959 S. 4 H. Grimm.

[20]) Der Ring April 1959 S. 4.

[21]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 70.

[22]) J. F. C. Fuller „Decisive Battles of the Western World" S. 306 und E. Hughes „Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 145 und „Hearings on Lend and Lease" Febr. 1941 S. 275.

[23]) J. v. Ribbentrop „Zwischen London und Moskau" S. 97.

[24]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 277.

Sowohl das IMT-Nürnberg als auch die britischen Regierungen der Nachkriegszeit haben die dokumentarischen Unterlagen dieser Unterredung für unauffindbar erklärt. Es spricht jedoch vieles für die Echtheit dieser Aussage:

a) die angebliche Unauffindbarkeit der Dokumente dieser Unterredung in den britischen als auch den erbeuteten deutschen Archiven;
b) das Fehlen jeder anderslautenden Unterlage für diese Unterredung, die doch stattgefunden hat;
c) die Weigerung des IMT-Nürnberg, Churchill als Zeuge zu vernehmen;
d) das Eingeständnis W. Churchills in seinen Memoiren.

Somit hat der vergebliche Antrag des Verteidigers des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Nürnberg im Hinblick auf die damalige Situation der Reichsführung legitimen realpolitischen Gehalt:

> „Auf Grund der erwähnten Äußerung von W. Churchill und anderer maßgeblicher Staatsmänner, wonach England in wenigen Jahren eine Koalition gegenüber Deutschland zustande bringen würde, um ihm mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, wurde Hitler nunmehr in erhöhtem Maße besorgt, seine Rüstungen zu verstärken und sich mit strategischen Plänen zu beschäftigen.“[25])

Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität, am 3. 10. 1938 als erster Redner in der Unterhaus-Debatte zur Münchener Konferenz:

> „Er betonte mit Nachdruck, daß Großbritannien für jenes Gleichgewicht der Kräfte gekämpft habe, das einigen britischen Herzen so teuer war. Er vertrat die Ansicht, es sei seine und seines Landes Mission, Deutschland an einer Vorrangstellung auf dem Kontinent zu hindern.“[26])

Der britische Historiker A. J. P. Taylor bestätigt:

> „Die offenherzigsten Gegner Münchens, wie zum Beispiel Winston Churchill, behaupteten ganz einfach, daß Deutschland für Europa zu mächtig würde und daß es durch die Drohung einer großen Koalition oder, wenn notwendig, durch Waffengewalt gebremst werden müßte ... Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, ... als er aus Protest gegen das Münchener Abkommen zurücktrat, ... sorgte sich um das Gleichgewicht der Mächte und um die britische Ehre, nicht um die Selbstbestimmung oder um die Ungerechtigkeit von Versailles.“[27])

Die grundsätzliche Haltung dieser Kreise lag in dieser Ausrichtung schon Monate, wenn nicht Jahre v o r der Münchener Konferenz fest: Der polnische Unterstaatssekretär im Warschauer Außenministerium, Graf Szembek, notierte am 7. 7. 1938 in sein Tagebuch:

---

[25]) IMT Bd. VIII, S. 229/230.
[26]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 243.
[27]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 190.

„Vansittart ist der hauptsächliche Antreiber der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die von gewissen Elementen in der englischen Regierung geleitet und ermuntert werde....

Sie möchten auch uns in die Politik einer Einkreisung Deutschlands einbeziehen und begünstigen deshalb den auf uns in diesem Sinne ausgeübten Druck aller englischen Kreise der Linken, die ... heute eine Kriegspartei bilden und sogar dem Gedanken eines Präventivkrieges zustimmen....“[28])

Der britische Außenminister Lord Halifax enthüllte diese Zusammenhänge in seinen Memoiren schon mit Bezug auf den Februar 1938 und sprach von einem „Druck“, der auf ihn ausgeübt wurde:

„Fast jeden Tag sollte ich den ungebetenen Rat erhalten, irgendeine Aktion zu unternehmen, dessen klare Konsequenz war, wenn der Bluff keinen Erfolg hätte, ihn lieber so durchzuführen, daß das Ergebnis Krieg sein mußte.“[29])

Der polnische Botschafter in London, Raczynski, berichtete in seinen Memoiren über ein Lunch mit Winston Churchill am 28. 9. 1938, am Vorabend der Münchener Konferenz:

„Und danach fuhren wir zusammen zum Parlamentsgebäude. Churchill erklärte, daß die einzige Hoffnung in Entschlossenheit (resolution) und wenn notwendig im Krieg liegt, und drohte, daß wenn Chamberlain wieder einmal für einen unrühmlichen Rückzug entscheidet, er — Churchill — ‚es ihm schon zeigen werde‘.“[30])

Einen Tag später, als Halifax seinen aus München zurückkehrenden Premierminister auf dem Londoner Flughafen empfing und mit ihm gemeinsam zur City fuhr, empfahl er, diesen Mann — Churchill — sowie einige besonders kriegsgestimmte Funktionäre der Labour-Party und den wegen des Appeasement-Kurses (Befriedungs-Kurses) im Februar 1938 zurückgetretenen Außenminister Eden ins Kabinett aufzunehmen[31]). Und auf welche Weise Churchill „das deutsche Problem“ zu lösen hoffte, war in London gut bekannt. Wenn dieser Mann dem Pressebeirat der deutschen Botschaft, Fritz Hesse, erklärte:

„Wenn mir ein verrückter Hund an die Hose will, dann knalle ich ihn nieder, bevor er beißen kann“[32]),

— wieviel offenherziger wird er dann seinen Kollegen gegenüber gewesen sein? Einer dieser Kollegen, Lord Vansittart, fand es nicht minder moralisch, zu erklären:

---

[28]) J. Szembeck „Journal 1933—1939“ S. 322/323.
[29]) Halifax „Fullness of days“ S. 196.
[30]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 8.
[31]) Halifax „Fullness of days“ S. 200.
[32]) F. Hesse „Das Spiel um Deutschland“ S. 38 f.

„Aber mein lieber Hesse, den Krieg zwischen Deutschland und England werden Sie nicht verhindern können. Sehen Sie, Herr Hitler will Deutschland zur ersten Macht in Europa machen, und ich glaube, meine Informationen hierüber sind richtig. Sehen Sie, und das werden wir nicht erlauben können."[32])

In der Tat,

„es gab in England einen geradezu traditionellen Deutschenhaß, der seine Wurzeln in der Vergangenheit hatte und keiner Beeinflussung zugänglich war."[33])

Winston Churchill hatte sich mit der deutschen Rüstungsgleichheit ohnehin „nie einverstanden erklärt"[34]) und — was er zumindest nachträglich in aller Offenheit zugab — die dauerhafte militärische Niederhaltung Deutschlands empfohlen[35]). Seine Reisen im Jahre 1936 „landauf, landab", um die Länder des Völkerbundes gegen Deutschland zu mobilisieren[36]), waren damals allerdings nicht so erfolgreich, wie er es sich gewünscht hatte. Ähnlich wie er aber, so wollten auch die meisten Versailler Politiker in den Jahren nach 1933 für Deutschland die Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes ebenso wenig gelten lassen wie zur Zeit der Weimarer Republik. Das deutsche Volk mußte sich darüber klar werden, daß der alliierte — angeblich gegen die deutsche Monarchie gerichtete — Kampf entgegen den ursprünglichen Versicherungen ihm selbst galt. Mit Gewalt wollten die Sieger von Versailles — ungeachtet der gegenteiligen historischen Forschungsergebnisse — die These von der alleinigen deutschen Kriegsschuld aufrechterhalten, um damit ihre Ordnungssysteme von 1919 zu stützen. Winston Churchill verkündete noch im Jahre 1933, daß Deutschland für den Ersten Weltkrieg allein verantwortlich und daß der Versailler Vertrag gerecht sei[37]). Er hat diese Ausgangsbasis seiner Agitation nie in seinem Leben verlassen, vielmehr seine These als späterer Kriegspremier in hysterischer Weise übersteigert, indem er im Februar 1944 von einem „30jährigen Krieg gegen deutschen Angriff von 1914 an" sprach[38]). Churchill führte — mit Waffen oder Worten — Krieg gegen das Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich. Gleichzeitig aber sprach er vom Frieden, von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter

---

[33]) M. Gilbert — R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 3.
[34]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 102.
[35]) R. S. Churchill „The Sinews of Peace — Post-War-Speeches by Winston Churchill" S. 41 Rede in Brüssel am 16. 11. 1945.
[36]) ebenda S. 167 Rede am 5. 6. 1946 im Unterhaus.
[37]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 21.
[38]) Geheimer Schriftwechsel zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin 1941—1945 russ. Bd. I S. 204.

den Völkern und vom uneigennützigen und friedliebenden Britannien, das die kleinen Nationen beschütze.

Wichtige Parteigänger der Churchill'schen „Europapolitik" saßen im Foreign Office, in der Verwaltung und an den Schalthebeln der Publizistik. Auch sie gehörten zu jener „Minderheit" in England, die schon seit 1935

> „fest entschlossen war, Deutschland durch einen neuen Krieg niederzuschlagen und dies nicht nur für moralisch gerechtfertigt, sondern auch für die einzig richtige Politik hielt! Besonders fiel mir damals auf, daß auch einige Amerikaner, deren Namen ich vergessen habe — aber darunter war auch der Botschafter —, diese Ansicht sehr lebhaft unterstrichen."[39])

So verwundert es nicht, wenn Lord Halifax bereits frühzeitig in einem Sinne tätig wurde, der genau dieser „Politics of Balance of Power" entsprach. Bereits im August/September 1938 mischte er sich in die deutsch-polnischen Beziehungen mit der Zusage an Außenminister Beck ein, Polen in Danzig „so viel wie möglich" zu unterstützen, — zu einer Zeit also, als Hitler darüber noch keine Gespräche mit Polen in Erwägung gezogen hatte[40]). Er gab den Polen diese Zusage, obwohl er selbst die in Versailles geschaffene Danzig-Lösung als „Absurdität" zu bezeichnen beliebte und obwohl ihn sein Botschafter in Warschau dahingehend aufklärte:

> „Es ist ganz klar, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis Danzig ganz deutsch wird und daß M. Beck große Schwierigkeiten haben wird, dem polnischen Volk beizubringen, dies ohne Gegenleistung zu schlucken."[41])

Wie langfristig Lord Halifax sein Handeln auf das Ziel abgestellt hatte, die deutsche Macht zu zerschlagen, erweist sich noch drastischer daran, daß er schon sehr frühzeitig Hitler zu Ansprüchen ermuntert hatte, die er dann aber sofort auf das heftigste mit allen propagandistischen und diplomatischen Mitteln bekämpfte, als Hitler im Sinne der Halifax'schen Anregungen zu handeln schien.

Schon sein Vorgänger im Foreign Office, A. Eden, hatte diesen Boden bereitet: Zum zweitenmal besuchte der britische Diplomat, Lord Lothian, den deutschen Reichskanzler am 4. Mai 1937 und berichtete ihm von einer authorisierten Erklärung des britischen Außenministers aus einer Rede in Leamington (Mittelengland) am 20. 11. 1936, derzufolge „Großbritannien in Osteuropa keine primären Interessen habe."

---

[39]) F. Hesse „Das Spiel um Deutschland" S. 40.
[40]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 152.
[41]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. II Doc. 206 Kennard an Halifax am 14. 10. 1938.

England stehe, so versicherte Lothian, auch keiner „österreichischen Lösung“ im Wege, eher Mussolini und der Papst[42]).

Als weiterer Abgesandter Englands fand sich am 19. November 1937 Lord Halifax bei Hitler ein und erklärte:

> „In England sei man der Auffassung, daß die zur Zeit bestehenden Mißverständnisse durchaus aus dem Wege geräumt werden könnten. Man erkenne die großen Verdienste, die sich der Führer um den Wiederaufbau Deutschlands erworben habe, voll und ganz an, und wenn die englische öffentliche Meinung zu gewissen deutschen Problemen gelegentlich eine kritische Stellung einnehme, so liege das zum Teil daran, daß man in England nicht vollständig über die Beweggründe und Umstände gewisser deutscher Maßnahmen unterrichtet sei. So verfolge die englische Kirche die Entwicklung der Kirchenfrage in Deutschland voller Besorgnis und Unruhe. Ebenso ständen die Kreise der Arbeiterpartei gewissen Dingen in Deutschland kritisch gegenüber. Trotz dieser Schwierigkeiten wäre er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der Englischen Regierung davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe. . . .
>
> Halifax betonte, daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Volk achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, daß die Fehler des Versailler Diktates richtiggestellt werden müßten. . . .
>
> Englischerseits glaube man nicht, daß der status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrektur früherer Fehler und notwendig gewordene Änderung bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte. . . .
>
> Er müsse nochmals im Namen der Englischen Regierung betonen, daß keine Änderungsmöglichkeit des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle, daß aber Änderungen nur auf Grund einer vernünftigen Regelung erfolgen dürften. . . .“[43])

Ein tschechischer Historiker faßt dieses Handeln in folgende Worte:

> „Die deutschen Dokumente enthüllten, daß Hitler vom Besuch Lord Halifax’ im November 1937 eine besondere Ermutigung entnahm. Lord Halifax war damals Lord-Präsident des Rates, zweitrangig im Kabinett Chamberlains. Dem Dokument zufolge, das über dieses Interview berichtet, gab er Hitler zu verstehen, daß Großbritannien ihm freie Hand in Osteuropa geben würde. Mag er auch nicht so weit gegangen sein, doch dies war der Eindruck, den er erweckte — und er erwies sich als von entscheidender Bedeutung. Dann im Februar 1938 wurde Außenminister Eden nach wiederholten Meinungsverschiedenheiten mit Chamberlain zur Abdankung gedrängt und Lord Halifax

[42]) J. R. M. Butler „Lord Lothian“ S. 341/342.
[43]) ADAP Bd. I Nr. 31.

zu seinem Nachfolger ernannt. Wenige Tage später bat der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, Hitler um eine vertrauliche Unterredung — in Fortsetzung der November-Unterhaltung von Halifax — und eröffnete ihm, daß die britische Regierung seinem Wunsch für ‚Änderungen in Europa' zugunsten Deutschlands wohlwollend gegenüberstehe. Wie die Dokumente zeigen, gingen diese Ereignisse Hitlers Aktion voran."[44])

Ein Engländer:

„Es war Chamberlain auf der Münchener Konferenz bekannt, daß sein Außenminister Halifax und Duff Cooper, der parlamentarische Erste Lord der Admiralität, die Polen im Sommer 1938 ermutigt hatten, in Danzig eine herausfordernde Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen, obwohl Halifax die Deutsche Führung während seines Deutschlandbesuches 1937 davon überzeugt hatte, Großbritannien würde die Rückkehr Danzigs zum Reich als recht und billig ansehen. Der britische Premier wußte genau, daß diese doppelzüngige, von seinen eigenen Ministern verfolgte Politik Europa sehr schnell zu einem neuen Kriege führen würde, aber er hatte nicht den Mut, diese Situation mit Hitler zu erörtern."[45])

Auch in der auf den Anschluß Österreichs folgenden Phase wurde Hitler von Großbritannien ermuntert. Diesmal sollte er Forderungen gegenüber der Tschecho-Slowakei erheben, „was ihn überraschte"[46]). Der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Sudetenkrise, die noch nicht einmal auf Hitler zurückging. Hinterher wurde Hitler von der angloamerikanischen Weltpresse als der „Schuldige", als der „Aggressor" und der „Imperialist" hingestellt und eine Koalition von Mächten gegen ihn aufgebracht.

So betrieb man „Politics of Balance of Power"; eine Methode, vor der Henderson seinen Außenminister am 18. 7. 1939 eindringlich, allerdings vergeblich, warnen sollte[47])!

Neville Chamberlain, der damalige britische Premier, wollte ursprünglich den Frieden, und sei es auch aus dem Grund, um Zeit für eine noch umfassendere Rüstung zu gewinnen. Doch die Friedens- und Freundschaftserklärung in München vom 30. 9. 1938 war sein letzter selbständiger außenpolitischer Akt. Die nachfolgenden wichtigen Entschlüsse, die seinen Namen tragen, faßte er gegen seinen eigentlichen Willen, gedrängt vom Außenminister Lord Halifax, dem obersten Beamtenstab des Foreign Office, einem erheblichen Teil der Abgeordneten der Konservativen Partei, vor allem aber auch der Labour Party, von

---

[44]) F. O. Miksche „Unconditional Surrender" S. 229 vergl. ADAP Bd. I Dok. 31 S. 46—56.
[45]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 57.
[46]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 161.
[47]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 347.

den maßgeblichen Gestaltern der britischen Öffentlichkeit — und von Präsident Roosevelt. Nach der Münchener Konferenz setzte sich in England die Forderung durch, „das durch München gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen“[48]). Daß diese Einmischung in fremde Angelegenheiten auf der Grundlage eines „vollständigen Richtungswechsels zur Kriegsbereitschaft“ nicht allein in London ihren Ausgangspunkt hatte, bekräftigte Chamberlain mit der ungeheuerlichen Aussage, daß „Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg getrieben haben“[49]).

Wer diese Vorgeschichte kennt, muß zu dem Schluß kommen, daß die britische Entscheidung im Frühjahr 1939, der Bevölkerung von Danzig — von Westpreußen ganz zu schweigen — das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, und alles zu tun, was die deutsch-polnische Spannung verschärfen mußte, nicht auf ethischen Prinzipien oder auf einer Vorliebe für den Status quo beruhte. Großbritannien duldete, ja unterstützte im Jahre 1939 vorbehaltlos die auf eine Veränderung des Status quo hinzielende Aktivität des polnischen Chauvinismus, die Großmachtambitionen auf Deutschlands Kosten, aber auch die sowjetische Expansion auf Kosten Polens und der baltischen Staaten. Natürlich wurden, als es um die „Westbewegung der polnischen Grenzen“ ging, keine Rechtsgrundsätze bemüht. Man hielt nicht einmal den Anschein aufrecht, als geschehe dies um der lieben Polen willen. Winston Churchill auf der Konferenz in Jalta, Februar 1945:

> „Bezüglich der Grenze am Neißefluß möchte ich gern ein Wort sagen: Wir haben immer die Bewegung der polnischen Grenzlinien nach dem Westen unterstützt, aber unter der Bedingung, daß sie nicht mehr nehmen als sie wünschen und als sie (die Polen) handhaben können. Es wäre sehr schade, die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, daß sie an einer Magenverstimmung zugrunde ginge.“[50])

Die Worte „wir“ und „immer“ und „deutsches Futter“ und „polnische Gans“ verdienen dick unterstrichen zu werden.

Betrachten wir die britische Geheimdiplomatie vom Jahre 1939 im Lichte dieses späteren Eingeständnisses. Churchill war zwar damals nicht Mitglied des britischen Kabinettes, aber doch einer jener einflußreichen Männer, die Chamberlain in die gewünschte Richtung gedrängt haben. Sein Einfluß stieg, je näher der Krieg rückte*). Der ab 1940 erneut amtierende Außenminister Eden, schon vor dem Krieg als Außenminister

---

48) W. Churchill „Ins Gefecht“ Reden 1938—1940 S. 121 Rede am 14. 3. 1939 in London.
49) W. Millis „The Forrestal Diaries“ S. 122.
50) Die Jalta Dokumente S. 166 und 171.
*) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 406.

oder als „Privatmann“ gegen Deutschland tätig, erklärte am 16. 12. 1944 im Unterhaus:

> „Ich habe seit vielen Jahren als Privatmann die Auffassung vertreten, daß es für den polnischen Staat unmöglich ist, ein unabhängiges nationales Leben zu behaupten, wenn das Korridor-System verewigt wird ... Ich habe in Genf als Berichterstatter über diese elende Danziger Geschichte gesessen. Tatsächlich konnte es unmöglich funktionieren.... Die einzige Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, lag darin, Ostpreußen an Polen fallen zu lassen und die Bevölkerung von dort umzusiedeln....“[51])

Unterstreichen wir auch hier die Worte: „seit vielen Jahren“, und wir gelangen ebenfalls in die Vorkriegszeit und finden erstaunliche Übereinstimmungen mit den Gedanken und mit dem Handeln seiner maßgeblichen Freunde und seines Nachfolgers bzw. Vorgängers Lord Halifax. Anthony Eden war 1939 seit langem kein Privatmann mehr, sondern einer der einflußreichsten Männer der englischen Gesellschaft und Politik, vom Dezember 1935 bis zum Februar 1938 war er Außenminister Seiner Majestät.

Wie wenig dabei diese britischen Politiker das Schicksal Polens berührte, ist ebenfalls aus zahlreichen Äußerungen und vor allem auch Handlungen vor dem September 1939 und während des Krieges zu rekonstruieren. Winston Churchill in Jalta 1945:

> „Ich selbst interessiere mich wenig für die Polen.“[52])

Dieses fehlende Interesse für Polen konnte man gleichermaßen seinem Verhalten gegenüber der polnischen Exilregierung, aber auch dem Bemühen entnehmen, die Wahrheit über die Ermordung von über 10 000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn zu unterdrücken[53]). Auch pflegte Churchill seinen Verbündeten Polen in seiner „Prozentrechnung“ auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 nicht aufzuführen, wo er Stalin seine erwünschten Einflußprozente für die osteuropäischen Staaten auf einem Zettel zuschob[54]).

Präsident F. D. Roosevelt kannte und billigte die perfide Polenpolitik Londons, wie sich aus seiner Äußerung (März 1943) dem britischen Außenminister Eden gegenüber ergibt:

> „Die Großmächte haben zu bestimmen, was Polen bekommen solle.“[55])

---

[51]) R. Goguel „Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze“ S. 316.
[52]) Die Jalta Dokumente S. 266.
[53]) J. K. Zawodny „Der Tod in den Wäldern“ New York 1962.
Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941—1945 russ. Bd. I Dok. 151 S. 120/121 Brief Churchills an Stalin vom 24. 4. 1943.
[54]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 6. Buch Bd. II „Dem Sieg entgegen“ S. 269.
[55]) R. Sherwood „Roosevelt und Hopkins“ S. 581/582.

Und die betreffenden Großmächte „bestimmten" unter Ausschluß aller kontinentaleuropäischen Staaten teils direkt, teils indirekt bereits in den Jahren vor Kriegsbeginn über die außenpolitische Grundlinie ihrer eigenen Verbündeten und ihrer Versailler Mitläufer, so auch Polens. Sie setzten mit Hilfe ihrer Propaganda und ihres Wirtschaftspotentials ihre interessengebundenen Wertungen fest: die guten, friedliebenden Demokratien und die bösen, barbarischen Deutschen. Man kann in diesem Zusammenhang den kommunistischen Historikern zustimmen:

> „Polen war unrettbar in die Abhängigkeit der imperialistischen Westmächte geraten, die der polnischen Regierung eine den Interessen des polnischen Volkes entgegengesetzte Politik aufzwangen, an der schließlich der polnische Staat 1939 zerbrach."[56])

Polen war ausersehen, den egoistischen Zielen Großbritanniens im Sinne des „Gleichgewichtes der Kräfte" zu dienen. Warschau übernahm in Verkennung der wahren Motive Londons mit leidenschaftlichem Eifer diese Rolle — und zerschellte[57]).

Die britische Deutschland-Politik von „München" bis zum 15. März 1939

Die britische Politik nach der Münchener Konferenz war darauf angelegt, die am 30. September 1938 von Chamberlain und Hitler unterzeichnete Friedens- und Freundschaftserklärung zu entwerten und — um das mindeste zu sagen — die durch den Versailler Frieden geschaffenen, inzwischen jedoch fragwürdig gewordenen Bündnispositionen Frankreichs (und damit Englands) in Osteuropa wiederherzustellen. Die Mittel, deren man sich in London hierfür bediente, waren sehr zweifelhaft. Innen- und Außenpolitik, Publizistik und Wirtschaft wurden statt auf Frieden und Freundschaft nunmehr auf eine kriegerische Entwicklung ausgerichtet. „Die City wird kriegslüstern" — so definierte ein französischer Historiker im Jahre 1958 die damalige Lage in London[1]). Winston Churchill gestand, daß er ab Oktober 1938 entschlossen gewesen sei, „mit Hitler handgemein zu werden", und sprach damit gewiß nicht von sich allein[2]).

---

[56]) R. Goguel „Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze" S. 863.
[57]) E. Rozek „Allied Wartime Diplomacy" S. 26.

[1]) H. Lebre „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 41.
[2]) O. Abetz „Das offene Problem" S. 103 und E. Raczynski „In Allied London" S. 8.

„Diese britische Kriegsgruppe rekrutierte sich aus allen Parteien des Landes, wobei die stärkste Kriegsbereitschaft von den Mitgliedern der Liberalen und der Labour Partei zum Ausdruck gebracht wurde ... Noch am gleichen Tag, an dem Chamberlain aus München in London eintraf, sandte der chronische Deutschenhasser, Alfred Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität, Chamberlain eine Botschaft. Darin rügte er dessen Außenpolitik und kündigte seinen Rücktritt aus dem Kabinett an.“[3])

Die Parlamentsdebatten über die Münchener Konferenz vom 3.—5. Oktober 1938 machten in ihrer langen und ausgiebigen Polemik folgende Entwicklungen deutlich:

a) Das Kabinett, das Mitte September 1938 beschlossen hatte, das Sudetenland wieder an Deutschland zurückzugeben, stand nicht mehr eindeutig hinter seinem Beschluß;

b) die Presse wurde durch diese Debatten in der Gewißheit bestärkt, freies Schußfeld gegen Deutschland zu haben;

c) N. Chamberlain wandte sich n i c h t gegen die Agitatoren, die das Münchener Abkommen hemmungslos bekämpften und — wie z. B. Churchill — den Reichskanzler als „Straßenräuber“ und „Gangster“ und das Abkommen als „deutsche Erpressung“ zu bezeichnen pflegten. Er schwenkte vielmehr nach und nach auf ihre Linie ein und stärkte die Stellung seines Außenministers Lord Halifax, der ebenfalls unter Hinweis auf die Münchener Entscheidung plötzlich mit Rücktritt gedroht hatte, in einer Weise, daß allmählich die alleinige Verantwortung für die britische Außenpolitik auf Halifax überging[4]).

d) N. Chamberlain verkündete — unter dem Vorwand der „deutschen Gefahr“ — das bisher größte Aufrüstungsprogramm;

e) die Politik der „Unvermeidbarkeit des Krieges“ wurde mit Nachdruck eingeleitet in Form von publizistisch weit gestreuten falschen Alarmmeldungen, Koalitionsabsprachen mit anderen Mächten, Ermutigungen zur Kompromißlosigkeit gegenüber Deutschland, durch Akzentuierung der Schlagwortagitation (Deutschland = „Angreifer-Nation“) und die Unterschlagung deutscher Friedensbemühungen in der Öffentlichkeit;

f) der Druck auf Frankreich, seine Rüstungsanstrengungen zu verstärken, wurde verschärft, wobei unter „Druck“ zumindest der unablässige Eifer der britischen Regierung zu verstehen ist, mit dem

---

[3]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland“ S. 122.
[4]) ebenda S. 126.

sie dem französischen Partner die Notwendigkeit einer verstärkten Rüstung nahelegte[5]);

g) die Vorbereitung eines nationalen Hilfsdienstes und propagandistische Vorarbeit zur Einführung der Wehrpflicht wurden schnell vorangetrieben.

„Chamberlain's Politik wurde auch von führenden Konservativen im Parlament wie Eden und Churchill mit Wendungen angegriffen, aus denen hervorging, daß auch ihnen Krieg lieber gewesen wäre als die Münchener Regelung. Aber die geschlossenste, auf Krieg erpichte Gruppe bildeten die Führer der Labour-Partei. . . .

Chamberlain erhielt ein Vertrauensvotum, jedoch mit einer relativ geringen Mehrheit. Die Liberalen und Labour-Vertreter stimmten geschlossen gegen Chamberlain, und mindestens die Hälfte der wirklich bedeutenden Konservativen vermieden es ostentativ, für Chamberlain und seine Politik zu stimmen."[6])

Weitere Schritte dieser umgestellten britischen Politik waren die Rede von Lord Halifax am 23. 10. 1938 in Edinburgh, in der er hervorhob, der

„bewaffnete Frieden in Europa könne nicht als Dauerfrieden auf der Grundlage gegenseitigen Verstehens betrachtet werden"[7]),

der Einbau der kanadischen Industrie in das britische Luftrüstungsprogramm ab November 1938 und der Paris-Besuch von Chamberlain und Halifax am 24. 11. 1938, um Rüstungs- und Militärmaßnahmen abzusprechen. Die Feststellung Halifax' an seinen Pariser Botschafter vom 1. 11. 1938 blieb sichtlich ohne Folgerungen:

„Künftig müssen wir mit Deutschlands Vorherrschaft in Zentral-Europa rechnen. Übrigens habe ich immer gefühlt, daß, wenn Deutschland seine normale Stärke wiederhergestellt hat, seine Vorherrschaft aus klaren geographischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich ist. . . .

Es ist eine Sache, eine deutsche Expansion in Zentral-Europa zu erlauben, die nach meiner Ansicht eine normale und natürliche Angelegenheit ist. . . ."[8])

Am 17. November 1938 hielt Winston Churchill eine ausgiebige Rede für die Schaffung eines Kriegsversorgungsministeriums[9]).

---

[5]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. III Doc. 122 (4. 10. 1938), Doc. 282 (28. 10.), Doc. 285 (1. 11.), Doc. 288 (3. 11.), Doc. 325 Protokoll über die Unterredung zwischen Chamberlain und Daladier in Paris vom 24. 11., Gespräche in Paris vom 2./3. 12. über die Flugzeugproduktion u. a.
+ G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 146—148 berichtet von seinen Rüstungsanstrengungen.

[6]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 123.

[7]) ebenda S. 126.

[8]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. III Doc. 285.

[9]) W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938—1940 S. 94 ff.

Am 30. 11. 1938 hob der Departmentsekretär für Überseehandel, R. S. Hudson, im Unterhaus ohne akuten Anlaß die wirtschaftliche Konkurrenzgefahr Deutschlands und die angebliche Notwendigkeit von wirtschaftlichen und politischen Gegenmaßnahmen hervor.

„In diesen fieberschwangeren Wochen des November 1938 veranlaßten die leitenden Kreise Londons die zum Kriege führende Wendung in England und beschlossen, den Krieg gegen einen Feind zu führen, der den britischen Handel an seinem Lebensnerv bedrohte. Die Politik unbeugsamer Festigkeit, die angesichts der internationalen Lage keinen anderen Ausweg als den Krieg haben konnte, wurde damals beschlossen. Sie wartete nur noch auf eine Gelegenheit, sich in hellem Lichte zu zeigen; Polen sollte sie der Regierung in London liefern."[10])

Am 4. 12. 1938 erklärte der britische Erziehungsminister, in England verstärke sich die Ansicht, ein endgültiges Einvernehmen mit Deutschland sei unmöglich[7]).

„Die Erregung über das Münchener Abkommen hätte sich in den folgenden Monaten vielleicht gelegt, wenn die Führer der Konservativen nicht ständig neue Mittel ersonnen hätten, die Öffentlichkeit im Hinblick auf Deutschland in Alarmzustand zu halten. So machte der Graf de La Warr als Erziehungsminister im Chamberlain-Kabinett in einer Rede am 4. Dezember 1938 in Bradford geltend, in Großbritannien herrsche die Stimmung vor, daß man nichts tun könne, Deutschland je zufriedenzustellen. Das war ein schockierender Propagandatrick, der jene Stimmung schaffen sollte, die man brauchte."[11])

Am 7. 12. 1938 wurde durch die Rede des Staatssekretärs für Kolonien, M. Mc. Donald, Deutschland eine schroffe Absage in der Kolonialfrage erteilt, ohne daß diese von Berlin aus aufgeworfen worden war.

Am 16. 12. 1938 berichtete der polnische Botschafter in London, Raczynski, seinem Außenminister von der „Phraseologie, mit der die öffentliche Meinung hier regelmäßig gespeist wird":

„Die Situation nach München wird hier als Situation bezeichnet, die weder Krieg noch Frieden ist. Premierminister Chamberlains Erklärung, eine neue Ära sei angebrochen, die ‚unserer Generation' den Frieden gewährleistet, wird von allen als Illusion angesehen, die sich beim Zusammenprall mit der Wirklichkeit rasch verflüchtigt."[12])

Am 11. 1. 1939 flogen Chamberlain und Halifax mit einem Beraterstab von sechs Beamten nach Rom, um Italien einzuschüchtern und Störungen zwischen Deutschland und Polen, aber auch mit der UdSSR anzukündigen („Hitler habe offensichtlich die Absicht, eine unabhängige Ukraine zu errichten"), obwohl London damals weder aus Berlin noch aus Warschau Anhaltspunkte dafür hatte. Für eine Klarstellung der

---

[10]) H. Lebre „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 41/42.
[11]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 262.
[12]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 356.

deutschen Außenpolitik, eine Abrüstungskonferenz, eine Gemeinsamkeit gegen den Bolschewismus, für eine aktive Friedensinitiative und Auflockerung der Fronten haben sich diese Politiker nicht eingesetzt[13]).

Am 23. 1. 1939 hielt Chamberlain im Unterhaus eine Rede mit dem Ergebnis:

a) Einführung des freiwilligen nationalen Dienstes, der England „für den Krieg bereitmachen sollte"[14]).
b) öffentliche Bekundung der britischen Regierung, im Falle bedrohter Lebensinteressen nicht genannter europäischer Länder auf dem Kontinent militärisch einzugreifen.

Damit war der Politik, die ein militärisches Eingreifen lediglich für den Fall eines Angriffs auf die britische Insel vorgesehen hatte, öffentlich Absage erteilt.

Chamberlain hat sich mit diesem und dem vorangegangenen Schritt nicht nur den Standpunkt des Präsidenten Roosevelt zu eigen gemacht, den dieser am 4. 1. 1939 dem Kongreß in einer Botschaft verkündet hatte, „Methoden dicht am Rande des Krieges zu wählen"[15]), sondern diese Methoden auch realisiert.

In den Monaten Dezember 1938 und Januar 1939 bestärkten Lord Halifax und andere Männer der britischen Öffentlichkeit den Präsidenten Roosevelt mit einer Reihe von falschen Alarmnachrichten und einer entsprechenden Artikelflut in seiner Politik: Hitler beabsichtige, eine unabhängige Ukraine zu gründen („diese Informationen kamen aus Westeuropa"[16]); er wolle die Westmächte in einem Überraschungsangriff vernichten, bevor er sich dem Osten zuwende; er gehe darauf aus, Italien im Mittelmeerraum in einen Krieg zu stürzen, um einen Vorwand zum Krieg zu haben; er ziehe deutsche Truppen an der tschechischen Grenze zusammen; Deutschland stünde vor einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise, die Hitler zur Aggression zwänge; „Hitlers geistiger Zustand, sein sinnloses Rasen gegen Großbritannien und sein Größenwahn" seien unmittelbare Gefahren[17]). London fühlte sich inzwischen auch auf Grund der seit dem Herbst 1938 intensivierten Kontaktfreude des geheimen deutschen Widerstandes ermutigt, der die Hoff-

---

13) J. Colvin „Vansittart in Office" S. 287/288.
14) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 129.
15) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 392.
16) H. Roos „Polen und Europa" S. 378.
Propagandist S e f t o n D e l m e r hatte solche Berichte geschrieben.
S. Delmer „Die Deutschen und ich" S. 390.
17) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. I S. 355/356 und D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 325—327.

nung auf einen durch britische Machtdemonstration bzw. „Präventivkrieg" ausgelösten Militärputsch im Deutschen Reich nährte.

Als weitere britische Initiative ist zu erwähnen das hintergründige diplomatische Spiel gegen Deutschland, aus der „Befürchtung, Polen könnte die deutsche Seite wählen" und somit den geplanten Einkreisungsring sprengen. Sprechen die Historiker hier von britischen „Befürchtungen" einer Übereinkunft oder sogar eines Bündnisses Polens mit Deutschland, so geben sie damit ungewollt selber zu, daß Deutschland seinen östlichen Nachbarn nicht bedroht hat, sondern im Gegenteil ein Zusammengehen mit Polen wünschte. Lord Halifax gestand am 1. 11. 1938 seinem Botschafter in Paris:

> „Vermutlich kann Polen nur mehr und mehr in den deutschen Einflußbereich (orbit) fallen".[18])

So waren sich die eingeweihten Männer der damaligen europäischen Politik — „ein leider nicht unbeträchtlicher Teil der damaligen westlichen Meinung"! — der „Befürchtungen" Londons bewußt, „es könnte doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridorproblem zustande kommen"[19]). Auch Frankreich schoß Störfeuer, um dem Besuch des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Warschau (Januar 1939) jede Erfolgsmöglichkeit zu nehmen[20]).

> „Beck sorgte dafür, den Engländern nicht zu berichten, daß die Verhandlungen mit Deutschland an einem toten Punkt angekommen waren. Im Gegenteil, er deutete an, daß die Frage Danzig bald geregelt werden würde. Erneut schlugen die Engländer Alarm. Sie fürchteten, daß Polen sich dichter an Deutschland anschließen könnte, wie es 1938 geschehen war. Die Teilnahme Polens in der ‚Friedensfront' schien ihnen lebenswichtig. Polen allein konnte die Drohung einer zweiten Front zur Realität machen. . . .
>
> Die Engländer vermuteten nicht, daß sich Polen in unmittelbarer Gefahr vor Deutschland befand. Im Gegenteil, sie fürchteten, daß es die deutsche Seite wählen könnte, besonders wenn ihm Memel angeboten würde. Die Polen fühlten sich auch in keiner Gefahr."[21])

Am 6. 2. 1939 brachte Chamberlain im Unterhaus zum Ausdruck, daß Großbritannien im Fall bedrohter „Lebensinteressen" Frankreich vorbehaltlos militärisch zur Seite stehe und daß der französische Außenminister Bonnet bereits eine gleichlautende Versicherung in London abgegeben habe. Diese gegenseitige Zusicherung bezog sich ausdrücklich auf den „Kriegsfall", nicht auf einen „Angriff Deutschlands". Bereits bei diesem Bündnis ist — wie später bei der Garantie an Polen — „die

---

[18]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. III Doc. 285.
[19]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 326.
[20]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 296.
[21]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 207 und 209.

Frage des Aggressors ignoriert worden"! Großbritannien ist diese weitgehende und vorbehaltlose Bindung eingegangen, obwohl Frankreich durch zahlreiche Bündnisverpflichtungen (z. B. mit Polen, UdSSR, Tschecho-Slowakei) in alle nur denkbaren europäischen Krisenherde hineingezogen werden konnte[22]).

Mitte Februar 1939 kündigten Großbritannien und Frankreich wichtige Bestimmungen der Genfer Generalakte zum Neutralitäts- und insbesondere Seerecht, sie entzogen sich dadurch mit Wirkung vom 16. August 1939 dem neutralen Schiedsgerichtsverfahren. — Eine eindeutig auf einen europäischen Kriegsfall berechnete Maßnahme!

> „Am 21. Februar erklärte Chamberlain, es bestehe zur Zeit kein Anlaß zu einer Abrüstungskonferenz, sie würde doch scheitern, und er fügte hinzu, alle Parteien Englands stünden nunmehr vereint hinter dem britischen Rüstungsprogramm. Aber er nahm von einer kürzlich aufgekommenen Friedensneigung in England immerhin insoweit Kenntnis, daß er wenige Tage später einräumte, es bestehe möglicherweise die Chance, gegen Ende des Jahres über Abrüstung zu verhandeln. Am 10. März tadelte ihn Halifax wegen dieser letzten Erklärung."[23])

Nachdem Neville Chamberlain bereits am 1. März 1939 der Einladung zu einem Empfang in der Londoner Sowjetbotschaft nachgekommen war, stattete der Premierminister am 9. 3. dem Sowjetbotschafter erneut einen Besuch ab[24]) — ein für einen Premierminister sehr ungewöhnliches Verhalten! — und bekundete damit nach Aussage Churchills erneut das Interesse,

> „das Großbritannien der Steigerung des Handels und der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Rußland entgegenbringt."[25])

In den „Documents on British Foreign Policy" findet sich der Nachweis, daß neben Chamberlain auch Mister Hudson, der Leiter des Departments für Überseehandel, dem sowjetischen Botschafter in London an demselben 9. März einen britischen Kredit für die Sowjetunion in einer Form aufzudrängen suchte, daß Maisky darüber sehr erstaunt und erschrocken war und sich diese Initiative nur mit hintergründigen politischen Absichten zu erklären vermochte[26]). Die Initiative Großbritanniens, die Sowjetunion gegen Deutschland zu engagieren, ist hiermit bereits zu einem Zeitpunkt nachweisbar, da dafür noch nicht einmal ein Vorwand möglich war. Die Besetzung von Böhmen-Mähren datierte sechs Tage später!

---

[22]) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 34.

[23]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 129 zitiert: „Times" London, 23. Januar, 4 und 22. Februar 1939; HANSARD's Parliamentary Debates: Commons, 31. 1. 1939.

[24]) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 54.

[25]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 160.

[26]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 193 und 194.

Chamberlain schrieb im Oktober 1939 rückblickend über diese Monate seiner Amtsführung, er habe nicht geglaubt,

> „daß ich nach ‚München' hätte mehr tun können, um das Land für den Krieg vorzubereiten."[27])

Mag diese spätere Rechtfertigung Chamberlains auch vielleicht übertrieben sein, so ist sie doch ein Zeugnis dafür, welchem Druck der Premier in jenen Monaten aus seinen eigenen Reihen ausgesetzt war.

Alle diese Maßnahmen spiegeln die britische Initiative nach der mit Hitler unterschriebenen Friedens- und Freundschaftserklärung wider — zu einer Zeit, da sich Hitler unbestritten an diese Erklärung gehalten hatte. Die britische Regierung konnte sich billigerweise nicht damit herausreden, daß diese ihre Initiative im Sinne des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit notwendig gewesen wäre, bedeutete sie doch einen offensichtlichen Bruch der mit Deutschland abgesprochenen Grundsätze friedfertigen Verhaltens. Es mußte für jeden vernünftigen Menschen augenscheinlich sein, daß mit der britischen Aktivität das Kriegsfeuer angeheizt wurde. Winston Churchill erklärte am 10. 3. 1939 zu Bernard Baruch, dem Chefberater Roosevelts, nicht ohne Kenntnis der internen Situation der britischen Führung:

> „Der Krieg kommt sehr bald. Wir werden in ihn verwickelt werden und Ihr (die Vereinigten Staaten) ebenfalls."[28])

Die britische Regierung wußte, daß Deutschland keinen Streit mit England suchte und auch gegenüber anderen Ländern um Frieden und Freundschaft bemüht war. Die einzige Reaktion Hitlers auf die britische Aktivität war der Einmarsch in Prag am 15. 3. 1939, der jedoch — wie gesondert dargestellt — noch einen ganzen Fächer anderer Ursachen hatte. (Die Rede Hitlers in Saarbrücken vom 9. 10. 1938, die als „Provokation" der Westmächte „ausgelegt" wurde, zeigte lediglich die Gefahren auf, die sich aus dem britischen Verhalten ergeben mußten, und warnte vor der Fortsetzung dieser Politik. Sie stellte jedoch in keiner Weise eine Abkehr von der Münchener Unterschrift dar).

Die britische Reaktion auf den 15. März 1939

Die britische Regierung forderte gemeinsam mit der französischen in einer Note von Hitler eine Erklärung über sein Vorgehen in Prag. Der britische Premier hatte die Errichtung des Protektorates Böhmen

---

[27]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 456.
[28]) R. Sherwood „Roosevelt und Hopkins" S. 76.

und Mähren nicht zum Anlaß einer kriegerischen Antwort nehmen wollen[1]). Wie inzwischen jedoch üblich geworden, beugte er sich wiederum dem auf ihn ausgeübten Druck.

> „Er (Chamberlain) hielt es nicht für notwendig, dem Parlament zu empfehlen, irgendwelche praktische Maßnahmen zu ergreifen" ...
> „Die Haltung Chamberlains (am 15. März 1939 im Unterhaus) rief eine stürmische Reaktion nicht nur auf seiten der Labour- und liberalen Opposition hervor, sondern auch seitens bedeutender Elemente der konservativen Partei. Besonders Eden trat mit einer scharfen Kritik an der Außenpolitik der Regierung hervor und warnte davor, daß nach der Eroberung der Tschechoslowakei neue Aggressionsakte seitens der faschistischen Diktatoren folgen werden. Eden forderte energisch die Schaffung einer Koalitionsregierung aller Parteien. Sie solle den wirksamen Kampf gegen die Aggression zu ihrer Aufgabe machen und in dieser Zielrichtung eine enge Zusammenarbeit mit anderen friedliebenden Staaten aufbauen."[2])

Lord Halifax offenbarte dem deutschen Botschafter in London, v. Dirksen, am 15. März 1939:

> „Er habe Verständnis für Hitlers Geschmack an unblutigen Siegen. Das nächste Mal werde Hitler gezwungen werden, Blut zu vergießen."[3])

Die Methoden, mit denen diese auf den Krieg hinarbeitenden Gruppen ihren Willen durchsetzten, gingen weit über die Festlegung der eigenen Position für den Fall eines Konfliktes hinaus.

> „Halifax' sonderbares Schweigen in den Wochen vor der deutschen Besetzung Prags, als er volle Kenntnis von der herannahenden Krise hatte, vor allem die Unterlassung, auf Ribbentrops Note vom 28. Februar überhaupt zu antworten, ließ die Deutschen vermuten, daß eine Besetzung der Tschechoslowakei keine bemerkenswerten oder ungünstigen Rückwirkungen auf die deutsch-englischen Beziehungen haben würde. Aus der weiteren Entwicklung wird klar ersichtlich, daß Halifax es darauf anlegte, Deutschland zu der Annahme zu verleiten, er werde der bevorstehenden Aktion in der Tschechoslowakei nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sie in Wirklichkeit vielleicht sogar begünstigen. Aus dem gesamten Verhalten Chamberlains und Halifax' in der Tschechenfrage von November 1938 bis zum 15. März 1939 wird somit klar, warum sie es nicht wagten, das deutsche Vorgehen zum offiziellen Anlaß ihres Protestes und ihres Bemühens zu machen, die britische Öffentlichkeit aufzuwiegeln. Aber mit Hilfe Vansittarts warteten sie mit einer verlogenen Ausrede für ihren politischen Kurswechsel auf, den man ins amtliche Protokoll eintragen konnte."[4])

---

[1]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XIV und Dok. 257, 264, 265.
[2]) J. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 93.
[3]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 279 und A. J. Toynbee „Survey of International Affairs 1939—1946" Vol. X S. 61.
[4]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 131.

So ergab es sich, daß zu einem wohlabgewogenen Zeitpunkt, am 17. März 1939, der rumänische Gesandte in London, Virgil Tilea, „auf einen Anruf aus Paris hin“[5]), der offenbar vom Foreign Office veranlaßt worden war[6]), dem britischen Außenminister die Falschmeldung lancierte, Deutschland habe Rumänien ein Ultimatum gestellt, bzw. die deutsche Regierung habe von Rumänien ein Monopol auf den rumänischen Export und die Annahme von Maßnahmen zur industriellen Beschränkung im deutschen Interesse bei gleichzeitiger Garantierung der rumänischen Grenzen durch die deutsche Wehrmacht gefordert. Als Aufhänger diente ihm die Nachricht von einer zufällig Mitte März 1939 in Rumänien weilenden deutschen Handelsdelegation. Die bisherige Vermutung, daß die Lüge des Herrn Tilea vom Foreign Office über den Weg eines fingierten „Telephonanrufes aus Paris“ in die Welt gesetzt worden war, konnte inzwischen bis zum schlüssigen Nachweis erhärtet werden[7]).

In britischen Führungskreisen war man zu jenem Zeitpunkt gewillt, einen Weg zu gehen, der mit „stop Hitler“, mit Kompromißlosigkeit und mit „Methoden dicht am Rande des Krieges“ umschrieben wird[8]). Diese Pläne waren auf Aktivität und Initiative abgestellt, ohne daß man sich die Mühe machte, auch nur aus Propagandaabsichten zu behaupten, die Sicherheit Großbritanniens sei durch Hitler bedroht. Bereits eine freiwillige Entscheidung der rumänischen Regierung, ihren Handel mit Deutschland auszubauen, definierten maßgebende britische Kreise als weitere „Störung des europäischen Gleichgewichtes“, um daraus die „Notwendigkeit“ zum Eingreifen gegen Deutschland abzuleiten. Um mit den Worten des Premierministers zu sprechen:

> „Wenn Deutschland die Kontrolle über die rumänischen Rohstoffe (resources in oil and wheat ...) erlangt, ganz gleich, ob auf direktem oder indirektem Wege, würde dies einen großen Kräftegewinn für Deutschland und eine Schwächung der anderen Seite bedeuten.“[9])

---

[5]) Mündliche Aussage Tileas gegenüber Helmut Sündermann.

[6]) P. H. Nicoll behauptet, Dokumente eingesehen zu haben, wonach dieser Tilea-Lüge Geheimbesprechungen zwischen Vansittart und Tilea vorausgingen, und Tilea als Gegenleistung für seine Dienste an einer britischen Anleihe für Rumänien zum Kauf englischer Munition persönlich beteiligt werden sollte.
P. H. Nicoll ebenda S. 131—133.

[7]) F. Lenz „Nie wieder München“ Bd. I S. 91—107 — Am 28. 8. 1939 wiederholte Lord Halifax in einer noch folgenschwereren Angelegenheit diese Methode eines fingierten, per Telephon durchgegebenen Telegramms, indem er auf diese Weise die polnische Verhandlungszusage „erfand“. Siehe „Die letzten Friedenstage“.

[8]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 392.

[9]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V Doc. 2 Chamberlain zum polnischen Außenminister in London am 4. 4. 1939.

Deutsche Wirtschaftsbetätigung, friedliche deutsche Arbeit und Leistung pflegte Chamberlain bereits zu jenem Zeitpunkt als „wirtschaftliche Durchdringung" zu bezeichnen, „die alle Folgen einer Eroberung hätte oder haben könnte". Er verband damit die Frage, wie man „Deutschland durch ein Ultimatum oder m. a. W. durch einen präventiven und prekären Krieg stoppen" könnte[10]). Zwar wollte der britische Premier persönlich einen solchen Krieg nicht verantworten, doch konnte er auf genügend Eiferer im Foreign Office zurückgreifen, die eigenmächtig diese seine Äußerungen aufgriffen und in die Tat umzusetzen gewillt waren. War der von Chamberlain angesprochene „Fall Rumänien", bei dem es „schwierig sei, zwischen flagranten kriegerischen Aktionen und wirtschaftlicher Durchdringung mit allen Folgen einer Eroberung" zu unterscheiden, für die Mitarbeiter im Foreign Office nicht geradezu eine Aufforderung zum Handeln?

Die Lüge Tileas war zeitlich und inhaltlich zu gut in die von London bereits angekurbelte Gerüchtepolitik eingebaut, als daß eine andere Quelle vermutbar wäre als das Foreign Office. Es war die Zeit, zu der die britische Regierung noch nicht Polen als das Land auserkoren hatte, das man — auch nicht mit Alarmierung der Weltöffentlichkeit — wähnte, gegen Deutschland aufputschen zu können. „Befürchtete" sie bekanntlich noch ein Zusammengehen Polens mit Deutschland[11]) und glaubte daher, in Polen nicht auf die gewünschte Resonanz zu stoßen. Unter Ausnutzung seiner weltweiten Nachrichtenverbindungen und der gegen Deutschland gerichteten Zielsetzung anderer Länder suggerierte das Foreign Office der Weltöffentlichkeit, außer Rumänien ständen auch die Ukraine, die Westmächte und der Mittelmeerraum vor der unmittelbaren Gefahr eines deutschen Angriffs[12]). Polen beeilte sich alsbald, diese von London aus hervorgerufene Psychose mit eigenen Alarmnachrichten zu unterstützen[13]); und die Sowjets griffen ihrerseits diese Agitation für ihre Zwecke auf.

Diese rumänische Alarmnachricht war zu sorgsam der britischen Mentalität und dem geistigen Zustand der Weltöffentlichkeit angepaßt; außerdem war sie zu genau auf das für die Propaganda ausgewählte und von Churchill bereits in der Unterhausdebatte nach der Münchener Konferenz hochgespielte Agitationsziel ausgerichtet: „Öffnung der Straße nach dem Schwarzen Meer":

---

[10]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 402.
[11]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 207.
[12]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 326.
[13]) ADAP Bd. VI Dok. 6.

a) Da Deutschland keine gemeinsame Grenze mit Rumänien hatte, sondern durch 350 km ungarischen Landes vom nächsten rumänischen Zipfel getrennt lag, war in diese Meldung gleichzeitig eine deutsche Aggressionsabsicht gegen Ungarn psychologisch eingewebt.

b) Die Ursachen für den Zerfall der Tschecho-Slowakei konnten auf diese Weise verfälscht und diese Verfälschung publizistisch dahingehend ausgewalzt werden, daß Hitlers Marsch nach Prag ein weiterer Schritt in seiner Aggressionsplanung gegen die Völker der Welt sei, wie es Mr. Eden bereits in der Unterhaus-Debatte am 15. März 1939 prophezeit hatte[14]).

c) Die britische Empfindlichkeit hinsichtlich der erfolgreichen deutschen Handelspolitik mit den Ländern des Balkans war im Fall Rumänien besonders groß, da Rumänien wichtigster Öllieferant Deutschlands werden konnte und Großbritannien beachtliche Anteile in der dortigen Ölindustrie und anderen Wirtschaftsbereichen besaß.

Der spezielle Nachweis, daß Lord Halifax persönlich diese „Tilea-Lüge" fabriziert hat, ergibt sich aus der Indizienkette seines Handelns am 17. 3.:

a) Bereits am 16. März ließ Halifax über Lord Vansittart dem sowjetischen Botschafter den Kurswechsel Großbritanniens andeuten, der mit der Rede Chamberlains am 17. 3. verbunden sei*).

b) *Daß Halifax seinen Premierminister zu dieser Initiative einer Demonstration gegen Deutschland überredet hat*, wurde von mehreren britischen Historikern bestätigt*).

c) „Am Morgen" wußte Halifax bereits, daß „Chamberlain am Abend eine ziemlich steife Rede halten werde", denn er erzählte es dem amerikanischen Geschäftsträger Johnson. Freilich erzählte er ihm nicht alles, nur so viel, daß Johnson nach Washington telegraphieren konnte:

> „Man argwöhnt, daß Hitler weitermarschiert, und das sehr bald."[15])

d) Am „Nachmittag" bat Tilea den britischen Außenminister „dringend zu sehen". Erst zu diesem Zeitpunkt „erfuhr" Halifax offiziell von dem „deutschen Ultimatum". Er erklärte Tilea in dieser Unterredung, daß Chamberlain am Abend eine Rede halten würde, in

---

[14]) J. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 93.
*) J. Colvin „Vansittart in Office" S. 295, 294.
[15]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 494.

der im wesentlichen die Konsequenzen dieser neuen Nachricht schon verarbeitet seien. Offenbar schien auch Tilea über diesen eigenartigen Sachverhalt nicht überrascht[16]).

e) Halifax ließ in das Protokoll dieser Nachmittag-Unterredung mit Tilea aufnehmen, daß der rumänische Gesandte ihm „ein Telegramm hinterließ“, das ihn beauftragte, diesen Schritt beim britischen Außenminister zu unternehmen[16]). Dieses Telegramm jedoch findet sich in keinem anderen Dokument wieder, niemand griff auf dieses Telegramm als Quelle zurück. Und offenbar ist auch Tilea darüber im unklaren gelassen worden, daß protokollarisch ein „Telegramm“ festgehalten wurde, berief er sich doch nur auf „einen Telephonanruf aus Paris“.

Auffallend ist, daß sich die „Ultimatum-Nachricht“ ausschließlich auf London beschränkte, während in allen anderen Hauptstädten absolute Ruhe in dieser Angelegenheit herrschte. So telegraphierte beispielsweise der britische Gesandte in Bukarest, Sir R. Hoare, am 18. 3. nach London:

> „2. Es erscheint mir so äußerst unwahrscheinlich, daß der Außenminister (Rumäniens) mich nicht informiert haben sollte, daß sich hier eine unmittelbar drohende Situation entwickelt habe, daß ich ihn anrief, sobald ihre Telegramme nach Warschau und Moskau entziffert waren. Er sagte mir, daß er mit Nachfragen hinsichtlich des Berichtes über das deutsche Ultimatum, der in ‚The Times‘ und ‚Daily Telegraph‘ heute erschienen war, überschwemmt würde. Es ist kein wahres Wort daran.“[17])

Zur gleichen Zeit entwickelte Lord Halifax einen geschäftigen Eifer, um in Erfahrung zu bringen, was man in Warschau, Belgrad, Ankara, Athen, Paris, Moskau und Washington im Falle einer deutschen Aggression gegen Rumänien zu unternehmen gedenke[18]).

Die britische Führung lehnte es auch nach einwandfreier Widerlegung des Tilea-Schwindels und trotz der aus Bukarest eingetroffenen Proteste ab, diese Lüge zu dementieren. Vielmehr begründete die britische Regierung mit ihr folgenschwere Initiativen:

Premierminister Chamberlain hielt seine angekündigte Rede in Birmingham, gestützt auf die „neuesten Informationen“ von Lord Halifax.

Hitler galt fortan nach dem Willen der britischen Politik nicht mehr nur als „Angreifer“, sondern als ein Mann, der durch Gewalt die Weltherrschaft zu erringen beabsichtige[19]).

---

[16]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 395.
[17]) ebenda Doc. 399.
[18]) ebenda Doc. 416.
[19]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 400.
und F. Berber „Deutschland—England 1933—1939“ S. 189.

Die britische Regierung — und in ihrem Schatten die französische — „übten einen ungewöhnlichen Druck auf Rumänien aus", um den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Deutschland zu verhindern[20]).

> „Gafencu klagt, welcher enorme Druck noch bis zuletzt von ausländischer Seite auf Regierung ausgeübt worden sei, um Zustandekommen des Wohlthat-Vertrages zu verhindern. So sei englischer Gesandter bei ihm wegen angeblichen deutschen Wirtschaftsultimatums gewesen; er habe dementiert. Gesandter sei nochmals gekommen, da man sein Dementi in London nicht glauben wolle....
>
> Gafencu klagte auch über unglaubliche Gerüchte, die man kolportiert habe, um ihn zu stürzen...."[21])

Gestützt auf die Tilea-Lüge, verstärkte Halifax noch am gleichen 17. März die Initiative, um die Sowjetunion in die Koalition gegen Deutschland einzubeziehen. Er machte den Vorschlag, die UdSSR möge sich bereit erklären, Rumänien gegen eine deutsche Aggression beizustehen und ein entsprechendes Abkommen zu schließen. Die Fäden für die diplomatischen und militärischen Gespräche mit der UdSSR, die bereits seit den Besuchen Chamberlains in der sowjetischen Botschaft in London am 1. und 9. März 1939 geknüpft waren[22]), wurden hiermit gefestigt.

Obwohl Chamberlain spätestens am 18. 3. erfahren hatte, daß niemals ein deutsches Ultimatum an Rumänien gerichtet worden war, ergriff er die Initiative für eine „sofortige Demonstration gegen weiteres deutsches Vordringen"[23]) mit der konkreten Aufforderung an die UdSSR, Frankreich und Polen, sich in einem „kollektiven Sicherheitssystem" zusammenzuschließen.

Die sowjetischen Historiker dürften recht haben, wenn sie schreiben:

> „Im Verlaufe eines Monats, vom 18. März bis zum 17. April, fanden keine Gespräche über ein Bündnis (zwischen England, der CCCR und Frankreich) statt, sondern es handelte sich um Versuche der englischen Regierung, die CCCR in solche diplomatischen Aktionen gegen Deutschland zu drängen, die eine scharfe Zuspitzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hätten nach sich ziehen müssen und die Deutschland hätten veranlassen sollen, auf die Verwirklichung seiner nächsten Ziele hinsichtlich Rumäniens und Polens zu verzichten. Sie waren darauf berechnet, Deutschland zu einem Angriff auf die CCCR zu provozieren."[24])

---

20) ADAP Bd. VI Dok. 131.
21) ADAP Bd. VI Dok. 60 Bericht des deutschen Gesandten in Bukarest, Fabricius, an das Auswärtige Amt vom 24. 3. 1939.
22) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 160.
23) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 207.
24) W. G. Truchanowskij „Die Außenpolitik Englands" russ. S. 354.

Sie führen u. a. ein Memorandum des Foreign Office vom 22. 5. 1939 als Beleg an, in dem es heißt:

„... Wenn ein Krieg ausbrechen sollte, ist es wichtig zu versuchen, die Sowjetunion in ihn hineinzuziehen. Denn im anderen Fall würde am Ende des Krieges, wenn England und Deutschland am Boden lägen, die Sowjetunion, die noch über eine intakte Armee verfügte, in Europa die Herrschaft ausüben."[25])

Am 20. März 1939 schrieb Chamberlain an Mussolini:

„Ich habe viele Gerüchte gehört, daß Herr Hitler einige neue Coups plant....

Wenn es so sein sollte, daß die Ereignisse in der Tschecho-Slowakei nur das Vorspiel für weitere Versuche zur Kontrolle anderer Staaten sind, sehe ich voraus, daß früher oder später, und wahrscheinlich früher, ein anderer großer Krieg unvermeidlich ist."[26])

Chamberlain ließ anklingen, daß ihm Deutschland entschlossen schien, „allen anderen" Völkern seinen Willen aufzuzwingen. Nicht für nötig hielt Mr. Chamberlain indessen, den publizistischen Heißspornen und Gerüchtemachern in seinen Reihen auf die Finger zu klopfen und sich von diesen Gerüchten und Schlagworten abzusetzen.

Die am 4. bis 6. April 1939 in London stattfindenden Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck zeigten deutlich, wie intensiv die britische Führung immer wieder die Karten „Ungarn", „Rumänien" und „Jugoslawien" gegen das widerstrebende und sich, aber auch die Balkanländer in keiner Gefahr wähnende Polen ausspielte, um dieses Land kraft Furchtagitation auf seine Seite zu ziehen[27]). Diese Bemühungen, die das Ergebnis zahlreicher Überlegungen in den diplomatischen Korrespondenzen zwischen London und Paris seit Anfang März 1939 waren, lassen ebenfalls die zielgerichtete Aktion der Tilea- Lüge durch das Foreign Office erkennen. Ein Politiker, der mit der Tilea-Lüge nichts zu tun gehabt hätte, würde kaum nach Vorliegen etlicher Dementis 14 Tage später die polnische Regierung, die sich nicht durch das erfundene Wirtschaftsultimatum Deutschlands an Rumänien hatte beeindrucken lassen, mit der „Gefahr einer deutschen Luftinvasion in Rumänien" zu schockieren versucht haben. Beck wies diese Vorhaltung von Halifax als „rein theoretisch" zurück.

Vornehmlich England, aber auch andere Länder haben später auf die Errichtung des Protektorates von Böhmen und Mähren als eine der maßgeblichen Kriegsursachen verwiesen. Das ist nur ein Vorwand; denn

---

[25]) ebenda S. 358. und Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V S. 331 und 646.

[26]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 448.

[27]) ebenda Vol. V Doc. 2 und 10.

die Absichten der britischen Regierung standen bereits v o r „Prag“ fest; die vielfältigen Initiativen der britischen Regierung nach der Münchener Konferenz und die Inszenierung des Tilea-Schwindels lassen darüber keinen Zweifel.

Die Blanko-Vollmacht an Polen vom 31. März 1939

Mitte März 1939 hatte die britische Regierung begonnen, ihre Interventionspolitik auf dem Kontinent eindeutig zu definieren und die Eventualitäten eines Kriegsausbruchs ohne Rücksicht auf die Rechtslagen zu vergrößern, wenn nicht den Krieg zur unausweichlichen Notwendigkeit zu machen. Lord Halifax setzte Polen in Alarmstimmung und empfahl das gegen die Sowjetunion gerichtete polnisch-rumänische Bündnis in ein anti-deutsches umzuwandeln. Zwar waren weder Polen noch Rumänien zu diesen Änderungen bereit[1]), doch wurde Warschau hiermit immerhin erneut darüber belehrt, daß Großbritannien zum Kampf gegen Deutschland entschlossen sei und Polen der vorbehaltlosen Unterstützung durch London sicher sein könne. Gleichlautende Versicherungen aus den USA lagen ohnehin schon vor[2]).

Den britischen und französischen „Befürchtungen“, die sich anläßlich der freundschaftlichen Begegnung Ribbentrops in Warschau Ende Januar 1939, aber bereits im November 1938 über eine deutsch-polnische Einigung hinsichtlich Danzigs einstellten[3]), wurde schließlich nach dem von Kennard bereits am 15. 11. 1938 angedeuteten Konzept entgegengearbeitet:

> „Eine solche Politik (daß sich Polen eventuell auf die deutsche Seite gestellt hätte, schrieb Kennard) würde in Polen so unpopulär sein, daß ich nicht denke, sie könnte durchgeführt werden, solange eine gute Chance für die westlichen Mächte besteht, Deutschland zu besiegen. Ich glaube, daß Polen so lange wie möglich neutral bleiben würde, daß aber, sobald deutlich wird, daß Deutschland verliert, die öffentliche Meinung die Regierung drängen würde, sich den westlichen Mächten anzuschließen, wenn nicht eine vorangehende Aktion Sowjetrußlands Polen gezwungen haben würde, sich auf das Zurückschlagen eines Vormarsches bolschewistischer Truppen durch polnisches Territorium festzulegen.“[4])

---

[1]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 551 (28. 3. 1939). und Vol. V Doc. 278 und 279.
[2]) H. Roos „Polen und Europa“ S. 395.
[3]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. III Doc. 321.
[4]) ebenda Doc. 312.

Zu einem Zeitpunkt, da der französische Außenminister „den Eindruck hatte“,

> „daß es in der Sicht der polnischen Regierung keine immanente Gefahr eines Angriffs Deutschlands auf Rumänien, Ungarns auf Rumänien oder Deutschlands auf Ungarn gäbe“,

versuchten Chamberlain, Lord Halifax und Bonnet am 22. 3. 1939 „eine Organisation zur Verteidigung Rumäniens aufzubauen und Polen unbedingt als Partner hierfür zu engagieren“[5]). Chamberlain erklärte in dieser Londoner Konferenz:

> „Worum es geht, ist, eine Expansion des Germanismus zu verhindern. Aus diesem Grund muß Deutschland beigebracht werden, daß es im Osten auf Widerstand stößt. Wenn Polen und Rumänien den Eindruck erwecken, als begünstigen sie kein Schema einer Verteidigungsorganisation gegen Deutschland, würde es unmöglich sein, in Deutschland einen solchen Eindruck zu erwecken.“[5])

Die Sowjetunion sollte anschließend in dieses System eingegliedert werden. Sowohl Chamberlain wie Bonnet waren sich darüber einig, daß sich weder Rumänien noch Polen bedroht fühlten, daß diese beiden Länder keine Anzeichen einer „Expansion des Germanismus“ sahen, daß sie beide (abgesehen von der leidigen Minderheitenfrage in Polen) in einwandfrei friedfertigen Verhältnissen mit Deutschland lebten. Chamberlain und Bonnet waren sich aber gleichzeitig darüber einig, daß man diesen Ländern nur hartnäckig genug immer wieder diese „Bedrohung“ vor Augen führen müsse, damit sie schließlich taten, was Paris und vornehmlich London wollten. Da bisher weder die Tilea-Lüge gezogen hatte noch die vielen Gerüchte, nicht einmal die Gründung des Protektorates Böhmen-Mähren durch Hitler eine Änderung der polnischen und rumänischen Politik andeuteten, sah man sich in London veranlaßt, noch deutlicher zu werden.

> „Bonnet stimmte mit diesen Folgerungen überein und dachte, daß irgend etwas in dieser Richtung getan werden sollte. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Polen keine unbestimmten Verpflichtungen liebten, aber, wenn irgend etwas Präzises vor sie hingestellt werden würde, sie es wahrscheinlich annehmen würden.“[5])

An demselben Tage, an dem in London diese Unterredung stattfand und Chamberlain sich mit Bonnet einig wurden, „dieses neue Verfahren auszuprobieren“[5]), sandte der britische Botschafter in Warschau, Kennard, seinem Außenminister ein Telegramm:

> „Mr. Beck würde eindeutig nicht auch nur eines unserer Ansinnen ausführen (Mr. Beck would clearly not achieve one of our objects), namentlich Hitler eine öffentliche Warnung zukommen zu lassen. . . .

---

[5]) ebenda Vol. IV Doc. 484.

2. Aber eine Veröffentlichung mit Polens Zustimmung mag möglich sein, nachdem Polen in geheimen Verhandlungen zugesichert würde, daß wirksame und augenblickliche Schritte, deutscher Aggression Widerstand zu leisten, von den westlichen Mächten erwogen würden.
3. Die Schwierigkeit hinsichtlich Danzigs besteht darin, daß es nicht in sich ein guter Kriegsgrund ist. Und während Mr. Beck froh sein würde zu wissen (obgleich er es nicht zugeben kann), daß er im Hinblick auf die Verhandlungen mit Deutschland nicht ohne Rückhalt ist, sollten diese eine ernste Wendung nehmen, so denkt er natürlich mehr daran, welche Vorteile er aus einer kollektiven Sicherheit ziehen, als daran, welche Beiträge er dafür leisten kann. Die Besetzung des Memellandes hat ihn unseren Ideen einen Schritt nähergebracht. Und sein Angebot auf geheime Verhandlungen sollte nicht, wie ich fühle, von der Hand gewiesen, sondern dazu genutzt werden, seine Bekehrung zu vollenden.“[5a])

An diesem selben 22. März trafen parallel zur Mitteilung Kennards Informationen in London ein, daß Beck eher genötigt sei, sich an Deutschland anzulehnen, als ein britisches Hilfsversprechen gegen das Reich für erforderlich zu halten[6]). Doch auch dies veranlaßte die britische Regierung nicht, von ihrem Vorhaben abzusehen.

Mittlerweile war der US-Sonderbotschafter in Paris besonders geschäftig. Am 23. März 1939 verlangte Bullitt von seinem Präsidenten Roosevelt, „einige europäische Nationen sollten schnellstens“ gegen Deutschland aufstehen[7]). Danach wandte er sich an den polnischen Botschafter in Paris, der das Spiel, das die westlichen Mächte mit den europäischen Nationen vorhatten, dahingehend definierte:

> „Das ostentative Streben nach einer Zusammenarbeit mit Rußland in einer Form und einem Bereich, der lediglich den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains entspricht, läßt die unbillige Vermutung aufkommen, als handele es sich hier nicht nur um die Verteidigung jener Staaten, die durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht sind, sondern auch um einen ideologischen Kampf mit dem Hitlerismus, und daß das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland....
>
> Traurig, ja fast tragisch ist es, daß es sich in der gegenwärtigen Situation nicht um die Interessen eines einzelnen Landes, sondern — ohne Übertreibung — um die Vermeidung eines katastrophalen kriegerischen Konflikts handelt. Zum Beispiel der Fall Polen. Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages noch die Absichten Hitlers. Ich mache mir jedoch auf Grund zweifelloser Aspekte meine eigenen Gedanken über die wirkliche Lage. Die unvorsichtige, in der Form leichtsinnige, im Inhalt lückenhafte englische Initiative läßt die Polnische Regierung zwischen der Kompromittierung der Beziehungen zu Deutsch-

---

[5a]) ebenda Doc. 489 — 22. März 1939.
[6]) J. Colvin „Vansittart in Office“ S. 301.
[7]) H.E. Barnes „Entlarvte Heuchelei S. 131.

land oder dem Scheitern der Verhandlungen mit London wählen. Im ersten Fall kann Hitler sich gezwungen sehen, uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen....
Im zweiten Fall wird das Scheitern der Verhandlungen mit London für Hitler ein Beweis der Unaufrichtigkeit und Schwäche der Politik Englands und Frankreichs sein und ihn zu neuen Expansionsunternehmungen in Ost- und Mitteleuropa aufmuntern, die früher oder später zur Katastrophe eines Krieges führen müssen. Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen. Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß die Verantwortung zum größten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und zu den Ereignissen führte, in denen wir leben."[8])

Der Frage Bullitts, „ob wir ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten", wich Lukasiewicz mit dem Bemerken aus, daß dies vom militärischen Bereitschaftsgrad Englands abhänge. Bisher hätten die britischen Maßnahmen Polen nicht davon überzeugen können, daß England unabweisbar entschlossen sei, seine Beziehungen zu Deutschland aufzugeben. Bisher sollten lediglich die anderen — z. B. Polen — ihre Beziehungen zu Deutschland kompromittieren. Bullitt „machte sich meine Anschauungen zu eigen", ließ sie Chamberlain übermitteln und vermerkte anschließend (am 26. 3.), daß die Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln seien,

„mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken."[8])

In jenen Tagen erfuhr die britische Regierung, genau gesagt am 24. März 1939, vom jugoslawischen Prinzregenten Paul

„daß sich die polnische Regierung unter keinen Umständen von vornherein auf den hypothetischen Fall eines Krieges mit Deutschland festlegen wollte."[9])

Nicht nur, daß die polnische, britische, französische Regierung keinerlei Anhaltspunkte dafür hatten, daß Deutschland Polen bedrohte, sondern die Geheimnachrichten britischer Militärsachverständiger besagten im Gegenteil,

„daß vom rein militärischen Gesichtspunkt aus der gegenwärtige Zeitpunkt am besten geeignet wäre, den Krieg zu beginnen (that the present moment was best to go to war)."[10])

---

[8]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges" Dok. 11 Bericht des polnischen Botschafters in Paris nach Warschau 29. 3. 1939 S. 102—105.

[9]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 511.

[10]) ebenda Vol. V Doc. 51 und Anhang.

Wörtlich teilte am 6. April 1939 der britische Luftwaffenattaché J. L. Vachell dem Foreign Office via britischer Botschaft Berlin mit:

„Wie Sie wissen, kehrte ich vergangenen Abend von einer kurzen Polenreise zurück, während derer ich Gelegenheit hatte, die Situation mit einer Anzahl verschiedenartiger Leute in Warschau zu diskutieren. Und auf meinem Rückweg widmete ich Danzig einen Besuch, wo ich, dank der Freundlichkeit von Mr. Shepherd, unserem Generalkonsul, in der Lage war, einen Einblick in die örtliche Lage zu erhalten. Während meines Aufenthaltes in Warschau zeigte mir der Botschafter eine Depesche, die er aus Berlin erhalten hatte. In ihr war die Meinung ausgedrückt, daß vom militärischen Gesichtspunkt gegenwärtig die günstigste Gelegenheit für einen Präventivkrieg sei, um gegen weitere deutsche Ambitionen einzuschreiten, und daß es sogar unser Vorteil sein würde, solch einen Krieg zu provozieren."[10])

Daß derlei strategische Gesichtspunkte nicht erst eine Folge, sondern vielmehr Grundlage der britischen Garantie an Polen war, ergibt sich zwingend aus den britischen Dokumenten. Weltweite Möglichkeiten standen der britischen Regierung zur Verfügung, um ihren Willen der „Politics of Balance of Power" durchzusetzen.

„Ende März (1939) verbreitete der Berliner Korrespondent der News Chronicle das wilde Gerücht von einem bevorstehenden Einfall Deutschlands in Polen. Das Gerücht diente der Absicht der Regierung. Sie glaubte es nicht, aber die Öffentlichkeit verlangte Maßnahmen. Die Regierung beschloß daher, ihr Angebot an Beck zu veröffentlichen. Auf diese Weise würde die öffentliche Meinung im Land zufriedengestellt werden, und Beck würde sich, nachdem er ein offenes Versprechen erhalten hatte, zur Gegenleistung verpflichtet fühlen und seinerseits Rumänien eine Garantie geben....

Die Briten begannen daher, auf Beck einen Druck auszuüben, Rumänien eine Garantie einzuräumen."[11])

Ganz so willenlos freilich wurde die britische Regierung nicht von ihrer Presse bzw. „der öffentlichen Meinung in ihrem Land" geschoben. Sie war es doch weitgehend, die die „öffentliche Meinung in ihrem Land" lenkte. So sind die Absichten, daß Polen seine Beziehungen zu Deutschland „kompromittieren" sollte, bzw. die Bedingungen, die dann zur Begründung der Garantie an Polen herangezogen wurden, schon sehr viel früher in den Londoner und Pariser Führungsgremien erörtert worden, als sich der „Wille der öffentlichen Meinung" bemerkbar machte. Auch war die Garantie an Polen keineswegs ein „spontaner Akt" auf eine Zeitungsmeldung hin, sondern sie war eingehend abgestimmt worden mit den vorliegenden Geheimnachrichten. Daß die britische Regierung keinen Pfifferling auf den Willen des Volkes gab, sich also nicht als Willensvollstrecker einer „öffentlichen Meinung" fühlte, erweist sich

---

[11]) M. Gilbert und R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 188.

auch daran, daß sowohl ihre bisherigen Maßnahmen als auch die über Krieg und Frieden in Europa entscheidende Garantie an Polen ohne Parlamentsdebatten, ja sogar ohne Kabinettsberatung von einer Handvoll Männer durchgesetzt worden sind[12]).

So übertrug Neville Chamberlain am 31. März 1939 vorbehaltlos und ohne gebeten oder gedrängt zu sein, ohne Notwendigkeit die Entscheidung über den Machteinsatz des Britischen Empire mit allen Konsequenzen der polnischen Regierung, sogar untergeordneten polnischen Organen. Und diese Vollmacht wurde in einer Form erteilt, die die „Frage des Aggressors ignorierte"[13]). Chamberlain gab diese Blanko-Vollmacht einem Land, das

a) durch seine wenige Tage vorher durchgeführte Teilmobilisierung und durch die Zügellosigkeit seiner Öffentlichkeit gegenüber dem Deutschen Reich und seinen Volksgruppen deutlich Kriegswillen demonstriert hatte[14]),
b) keineswegs zu den engen Verbündeten Englands zählte, sondern früher und noch im Jahre 1938 von der britischen Regierung mit großer Skepsis betrachtet und als unzuverlässig beurteilt worden war (Sudeten-Krise)[15]),
c) sich in der Minderheitenfrage so gut wie in seinem außenpolitischen Verhalten seit 1918 grundsätzlich und ständig über die Prinzipien des Völkerbundes hinweggesetzt und auch in den Jahren 1938/39 der Weltöffentlichkeit kein Zeichen einer Neuorientierung zur Versöhnung mit seinen Volksgruppen und Nachbarn gegeben hatte,
d) seit 1919 expansionistische Ziele verkündet und angestrebt hatte,
e) diktatorisch regiert wurde,
f) von England gar nicht geschützt werden konnte,
g) von Deutschland nicht bedroht war.

> „Diese Bindung Englands an jede wie immer geartete Handlung Polens stellt einen in der gesamten Geschichte der Diplomatie einmaligen Vorgang dar."[16])

---

[12]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 484 und M. Gilbert und R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 187.

[13]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 584.

[14]) vergl. die diese polnische Kriegspsychose bereits im Frühjahr 1939 unterstreichenden Telegramme des britischen Botschafters in Warschau in Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 573.

[15]) ebenda Vol. III Doc. 137 und 206. Schon im Oktober 1938 hatte Botschafter Kennard seinen Außenminister vor Becks Eigenmächtigkeiten und der diktatorischen Ordnung in Polen gewarnt.

[16]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 70.

Die britische Regierung gab die Blanko-Vollmacht in einseitiger Festlegung gegen Deutschland unter Ausklammerung der Polen durch die UdSSR drohenden Gefahren, von denen jeder westliche Politiker wußte, wie nicht nur die vielen diplomatischen Korrespondenzen der Vorkriegszeit beweisen. Die Kenntnis dieser Gefahren gehörte zum Grundwissen jedes europäischen Politikers. Die Garantie Englands bezog sich jedoch nicht auf die polnisch-deutsche Volksgrenze, sondern auf den Verbleib der Deutschland 1918 geraubten westpreußischen und ostoberschlesischen Gebietsteile bei Polen sowie die Beibehaltung der unzumutbaren Sonderstellung Danzigs. Daß hier kein Recht garantiert und somit dem Frieden entgegengearbeitet wurde, liegt auf der Hand.

Über diesen „spontanen Akt" war sogar der polnische Botschafter in London, Raczynski, erstaunt:

> „Es ist nicht sicher, wer verantwortlich war, aber wahrscheinlich war es Halifax. Vor allem weiß ich nicht, wie die britische Regierung in Erfahrung gebracht hat, daß die Situation für eine solche Garantie reif war. In keinem Fall waren wir es, die es ihr erzählten."[17])

Die britische Garantieerklärung ist dem polnischen Botschafter auch noch nicht einmal angekündigt worden, obgleich er am 30. 3. 1939 ein ausführliches Gespräch mit Lord Halifax hatte[18]). Vielleicht ist dies dem Tatbestand zuzuschreiben, daß Raczynski sich geweigert hat, zuzugeben, daß Polen durch Deutschland bedroht sei; denn Raczynski versicherte in dieser Unterredung erneut, daß es eine solche Gefahr nicht gäbe. Doch dies war für Lord Halifax nichts Neues; er hatte genügend Beweise für Hitlers Willen zum Ausgleich mit Polen zur Hand[19]). Auch die französische Regierung „befürchtete keinen unmittelbaren Coup gegen Polen"[20]).

Am Tage der Garantieerklärung betonte Chamberlain, was Lord Halifax am 3. 4., kurz vor der Ankunft des polnischen Außenministers Beck in London, vor dem Oberhaus wiederholte:

> „Seiner Majestät Regierung hat keine offizielle Bestätigung der Gerüchte über irgendeinen projektierten Angriff, und diese dürfen daher nicht als wahr unterstellt werden."[21])

Dieser eindeutige Sachverhalt hinderte jedoch Lord Halifax nicht, der Weltöffentlichkeit in betrügerischem Vorsatz mitzuteilen — wie im folgenden Fall der rumänischen Regierung —,

---

[17]) E. Raczynski „In Allied London" S. 12.
[18]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V Doc. 5.
[19]) ebenda Vol. IV Doc. 573.
[20]) ebenda Doc. 574.
[21]) W. Jedrzejewicz „Poland in the British Parliament 1939—1945" Vol. I S. 5 und 23.

„daß die britische Regierung nur angesichts der in ihrem Besitz befindlichen Informationen, die die Möglichkeit eines unmittelbaren Schrittes gegen Polen anzudeuten scheinen, dazu veranlaßt worden sei, diesen vorläufigen Schritt in bezug auf Polen zu tun."[22])

Die Motive, die der britischen Regierung bei der Vergabe der Garantie zugrunde lagen, sind sowohl aus dem nachweisbaren Tatbestand abzuleiten, daß London nicht über deutsche Aggressionsabsichten beunruhigt war, als auch daraus, daß Halifax trotz Vorliegen beruhigender Nachrichten die Weltöffentlichkeit über „deutsche Aggressionsabsichten" informierte. Schließlich sind die Motive auch aus dem Inhalt der Garantie abzuleiten. Premierminister Chamberlain sagte in der bereits erwähnten Rede vom 31. 3. 1939:

„Jede Veränderung in den Rechtsverhältnissen zwischen Polen und Deutschland bzw. Danzig löse den Krieg Englands gegen Deutschland aus, falls die Polen der Auffassung sind, daß eine Beeinträchtigung ihrer Rechte vorliegen sollte."[23])

Großbritannien verpflichtete sich „spontan" zur Kriegshilfe, falls Polen eine Handlung als „Bedrohung seiner Unabhängigkeit" bezeichnen und militärisch zu „beantworten" gewillt sein sollte. Nicht Tatbestände waren also für einen Kriegsfall ausschlaggebend, sondern beliebige „Begründungen", die Polen als Vorwand für einen Kriegsentschluß wählen würde. Hierunter fielen — wie sich erweisen sollte — auch deutsche Verhandlungsvorschläge, sogar deutsche Kompromißangebote, da diese von polnischer Seite grundsätzlich als „Verschleierung unserer Kapitulation" abgelehnt wurden[24]).

Hierbei ist hervorzuheben, daß Botschafter Kennard, dem der Entwurf der britischen Garantie zur Stellungnahme zugeleitet worden war, den britischen Außenminister unter Hinweis auf die damalige Kriegspsychose in Polen ausdrücklich gebeten hatte, das Wort „unprovoziert" (im Falle eines „unprovozierten" Angriffs) in die vorgesehene Garantie aufzunehmen[25]). Ebenso ausdrücklich lehnte Lord Halifax dies ab,

„da die deutsche Technik der Aggression so verschiedenartig und so heimtückisch sei, daß es gut sein könnte, daß Polen unter gewissen Umständen in Selbstverteidigung gedrängt sein kann, eine technische Aktion der Provokation zu begehen."[26])

Neville Chamberlain hatte diese Garantie an Polen auch „im Namen Frankreichs" gegeben, ohne sich jedoch vorher hierzu von der franzö-

---

[22]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 583.
[23]) A. Rein „Warum führt England Krieg?" S. 10.
[24]) E. Raczynski „In Allied London" S. 23.
[25]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 573.
[26]) ebenda Vol. IV Doc. 584 (Halifax am 31. 3. 1939).

sischen Regierung ermächtigen zu lassen. Die Franzosen hatten keine Bereitschaft gezeigt, „für Danzig zu sterben"; trotzdem wurden sie mit dieser Entscheidung Londons wie auch später beim Ultimatum und bei der Kriegserklärung Großbritanniens am 3. September 1939 in eine Lage hineinmanövriert, die ihnen kaum eine Möglichkeit zum Widerstand gegen Großbritanniens Kriegspolitik mehr offenließ. So mußte Paris wohl oder übel nachträglich in die britische Garantie an Polen „auch im Namen Frankreichs" einwilligen.

Hätte die britische Regierung auf Grund der Kenntnis deutscher Aggressionsabsichten gegen Polen und in Sorge vor einer Bedrohung des Friedens durch Deutschland die Garantie gegeben, Polen im Falle eines unprovozierten Angriffs durch Hitler zu unterstützen, so wäre dies legitim und nicht unbedingt nachteilig für den europäischen Frieden gewesen. England hatte sich mit einer unter diesen Voraussetzungen gegebenen Garantie wieder einmal eigenmächtig zum „Schiedsrichter" über gleichberechtigte europäische Nationen und zum Wächter der Wertordnungen dieser Welt gemacht — zugunsten seiner nationalen Interessen natürlich. Immerhin wäre diese Politik noch als „britisch" zu verstehen gewesen, wenn sich England die Unterscheidung zwischen Provokation und Aggression vorbehalten und um einen gerechten Ausgleich unparteiisch bemüht hätte.

Zum erstenmal in der britischen Geschichte hat London die Entscheidung über Krieg oder Frieden vorbehaltlos einer fremden Macht übertragen und alle von Polen beabsichtigten Schritte im voraus gutgeheißen. Die Zeit war vorbei, in der ein französischer Ministerpräsident (Poincaré 1923) noch sagen konnte:

> „Die britische Regierung wolle sich nicht in einen Krieg hineinziehen lassen, der aus einem mittel- oder osteuropäischen Konflikt entstehen könne, weil sie befürchte, daß dieser Konflikt durch die Unklugheit von Mächten hervorgerufen werden könnte, die sie nicht durch eine im voraus gegebene Zusage der Unterstützung zu einer Politik der Abenteuer ermutigen will."[27])

Winston Churchill selbst war es, der die britische Garantie an Polen im März 1939 als einen „Markstein zum Verhängnis" bezeichnete, diese Entscheidung aber dennoch befürwortete, ja „froh" über sie war, wie er auf der Konferenz von Teheran 1943 äußerte[28]), — ohne Bedenken gegen den aufschäumenden polnischen Chauvinismus im Frühjahr und

---

[27]) Chr. Höltje „Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934" S. 67.
Poincaré dem Botschafter de Saint-Aulaire am 23. 1. 1923.

[28]) Foreign Relations of the United States — Diplomatic Papers, The Conferences at Cairo and Tehran 1943 Doc. 598.

Sommer des Jahres 1939. Im einzelnen schrieb der britische Kriegspremier über die Garantie an Polen:

> „Die Geschichte ... durchsucht man vergeblich nach einer Parallele zu diesem plötzlichen und vollständigen Richtungswechsel einer Politik, die seit 5 oder 6 Jahren bequeme, versöhnliche Befriedung anstrebte und dann fast über Nacht die Bereitschaft entwickelte, einen offensichtlich nahe bevorstehenden Krieg von größtem Ausmaß und unter den allerschlimmsten Umständen auf sich zu nehmen. Die Polen-Garantie war ein Markstein zum Verhängnis....
>
> Endlich war es zu einer Entscheidung gekommen, im ungünstigsten Augenblick und unter den unbefriedigendsten Verhältnissen, zu einer Entscheidung, die mit Gewißheit zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte.“[29])

Winston Churchill bekennt weiter, daß nicht nur er persönlich, sondern „jeder die Lage erfassende Politiker“ sich bei Vertragsabschluß über die kriegerische Explosivkraft der Garantie an Polen bewußt gewesen sei oder hätte sein müssen:

> „Aber niemand, der die Lage erfaßte, konnte daran zweifeln, daß er (der Schritt zur britischen Garantie an Polen) aller menschlichen Voraussicht nach einen großen Krieg bedeutete, in den auch wir verwickelt werden mußten.“[29])

Dieser selbe Winston Churchill erklärte am 3. 4. 1939 vor dem Unterhaus:

> „Ist diese neue Politik begonnen worden, so kann es kein Zurück mehr geben....
>
> Hier mit einer Garantie an Polen aufzuhören würde bedeuten, im Niemandsland ungeschützt unter dem Feuer beider Grabenlinien anzuhalten....
>
> Wir müssen nun vorwärts gehen, bis eine Vereinbarung erreicht ist. Nachdem wir begonnen haben, eine große Allianz gegen Aggression zu schaffen, können wir sie nicht mißlingen lassen. Wir werden in einer tödlichen Gefahr sein, wenn wir scheitern....
>
> Es ist zur Frage von Leben und Tod geworden!“[30])

Und Winston Churchill betätigte sich fortan intensiv in diesem Sinne, d. h. im Sinne einer Verhärtung der Fronten und des Abschlusses eines vorbehaltlosen Bündnisvertrages mit der Sowjetunion.

Der Staatssekretär und Angehörige des Widerstandes im deutschen Auswärtigen Amt, E. v. Weizsäcker, schreibt:

---

[29]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 421/423.

[30]) W. Jedrzejewicz „Poland in the British Parliament 1939—1945“ Bd. I S. 15/16.

„In einem normalen Bündnisvertrag versprechen sich die Partner militärische Hilfe für den Fall eines nicht provozierten Angriffs durch Dritte. Ob der Fall vorliegt, entscheidet natürlich der Partner, der Hilfe leisten soll. Hier nun war es umgekehrt. Warschau hatte es in der Hand, das britische Empire in den Krieg zu ziehen.“[31])

Wenn diese Garantie nicht den Zweck hatte, den Krieg herbeizuführen, dann aber bestimmt den, eine nochmalige friedliche Revision von Bestimmungen des Versailler Diktates zu verhindern[32]).

Duff Cooper, der britische Minister für wirtschaftliche Kriegführung:

„In keinem Augenblick der Geschichte haben wir je einer anderen Macht die Entscheidung überlassen, ob Großbritannien in einen Krieg eingreifen solle oder nicht. Jetzt liegt die Entscheidung bei einer Handvoll Männern, deren Namen — vielleicht mit Ausnahme des Obersten Beck — unserem Volke völlig unbekannt sind (ebenso wie ihre Taten, die sie im Jahre 1939 begehen sollten — Anm. des Verf.). Diese Unbekannten können also morgen den Ausbruch des europäischen Krieges befehlen.“[33])

Ein Franzose, Professor Lebre, urteilt im Jahre 1958:

„Die Geschichte lehrt es, daß Polen und seine führenden Persönlichkeiten, deren Größenwahn bekannt war und bei denen die Tapferkeit, oder besser die Kühnheit keinen Raum für den gesunden Menschenverstand ließ, die letzten waren, denen man eine ähnliche Verantwortung anvertrauen konnte, zumindest wenn man einer Katastrophe aus dem Wege gehen wollte.“[34])

Liddell-Hart, der bekannte britische Militärschriftsteller und Historiker, gibt zu, daß die Garantie an Polen, so wie sie gegeben worden ist, „eine Krieg herausfordernde Wirkung hatte“, die noch verstärkt worden ist durch die Einführung der Wehrpflicht in England[35]).

Russel Grenfell, ein anderer britischer Historiker, erkannte:

„Ist sie (die Garantie) erst einmal ausgesprochen, so ist es für den Gegner kaum noch möglich, sich um eine friedliche Lösung seines Streites mit dem garantierten Lande zu bemühen, will er nicht den Eindruck erwecken, daß er sich einer Erpressung füge.“[36])

Der Historiker Michael Freund stellte fest:

„Das britische Beistandsversprechen an Polen ist der Wendepunkt der europäischen Dinge. England hat den Würfel geworfen. ‚Die Engländer

---

[31]) E. Weizsäcker „Erinnerungen“ S. 222.

[32]) Diese Folgerung entsprach genau den Ausführungen von Halifax: „Das nächste Mal werde Hitler gezwungen werden, Blut zu vergießen“, Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 279.

[33]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 103 und A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts“ S. 230.

[34]) H. Lebre „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“ S. 83.

[35]) B. H. Liddell-Hart „Warum lernen wir denn nichts aus der Geschichte?“ S. 56.

[36]) R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?“ S. 80.

sind jetzt bereit‘, so sagt der französische Ministerpräsident Daladier, ‚ihre Grenzen nicht mehr am Rhein, sondern an der Weichsel zu sehen‘...“[37])

Der britische Blankoscheck hat — abgesehen von der damit legalisierten Mißachtung der deutschen Minderheiten in Polen — zusätzlich den Willen des deutschen Danzig, das bekanntlich nicht unter polnischer Oberhoheit stand, vergewaltigt. Jeder Versuch der Danziger Bevölkerung, die ihr von Versailles angelegten und von Polen in den nachfolgenden Jahren immer enger geschnürten Fesseln (Wirtschaftsdruck, Ausweitung polnischer Befugnisse) abzustreifen, sollte nunmehr den Kriegsentschluß Englands auslösen. Jeder selbständige Staat darf Bündnisse abschließen mit wem und welchen Inhalts er will; er darf militärische, wirtschaftliche und politische Verbindungen eingehen, wie er es für notwendig hält. Wenn dagegen eine „freie“ deutsche Stadt zu Deutschland kommen und sich nicht weiter von einer fremden Macht wirtschaftlich ruinieren und schrittweise erobern lassen will, so sollte dies die Kriegserklärung Englands an Deutschland zur Folge haben!

Der britische Freibrief hatte die von allen Beteiligten vorauszusehenden Folgen: die polnische Regierung legte sich nicht nur keine ihrer Lage entsprechenden Beschränkungen auf, sondern verlor im Gegenteil, wie schon bei früheren Gelegenheiten, das Maß ihrer Möglichkeiten aus den Augen[38]).

Wenige Tage nach Bekanntgabe der britischen Garantie reiste der polnische Außenminister nach London. Nach den dortigen Gesprächen vom 4.—6. April 1939 war sogar Oberst Beck „sehr erstaunt“ über die Art und Weise, wie man ihn „bearbeitete“ und zum Helden des Widerstandes gegen Deutschland machte[39]). Beck „enttäuschte mit seiner gewöhnlichen Großmachtarroganz die Hoffnungen der Engländer und widersetzte sich den sanften Einflüsterungen von Chamberlain und Halifax“[40]). Die britischen Hoffnungen, die Beck enttäuschte, und die Einflüsterungen, denen er sich widersetzte, waren — genauso wie die haltlosen Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen gegen Polen[41]), die ähnlich wie am 20. Mai 1938 termingerecht und zweckbestimmt in die Welt gesetzt worden waren — nur darauf gerichtet, Polen den Schwarzen Peter zuzuschrieben. Beck hat dieses Bemühen des Foreign Office sehr genau registriert; er betrachtete nach Meinung des Leiters

[37]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 102.
[38]) J. F. C. Fuller „Der Zweite Weltkrieg — Eine Darstellung seiner Strategie und Taktik“ S. 18.
[39]) H. Dahms „Roosevelt und der Krieg“ S. 30.
[40]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 212.
[41]) ebenda S. 210.

der West-Abteilung im polnischen Außenministerium, Joseph Potocki, die Unterredungen als Mittel zur Einschüchterung der Deutschen und „war nicht an den genauen Bedingungen der Vereinbarungen interessiert"[42]). Sachlicher ausgedrückt: Er war nicht an den wesentlich weitergehenden Bedingungen Londons interessiert.

> „Beck hatte ‚keine Zeichen einer gefahrvollen militärischen Aktion auf deutscher Seite bemerkt'; ‚Verhandlungen über Danzig würden nicht fortgesetzt'; ‚die deutsche Regierung hat niemals polnische Rechte in Danzig streitig gemacht und hat sie kürzlich sogar bestätigt'; ‚wenn er soweit gehen sollte, wie die Deutschen es selbst sagen, so würde er sagen, daß die kritischste Frage die koloniale Frage sei'."[43])

Neville Chamberlain gab am 3. 4. 1939 im Unterhaus zu, daß er versuche, Deutschland einzukreisen, wenn auch in defensiver Absicht. Wie „defensiv" diese Einkreisung war, zeigt ein Blick auf die beiden von England hierzu eingeladenen Länder: Polen hatte seit 1919 wiederholt angeboten, Deutschland von Osten her anzufallen. Trotzdem — oder gerade deswegen war es ein wichtiger Stein im britischen Spiel. Die Sowjetunion hatte allen nicht-kommunistischen Staaten offen Vernichtung angedroht. Trotzdem — oder gerade deswegen versuchte England, sich ihrer militärischen Hilfe gegen Deutschland zu versichern.

Wie offensiv darüberhinaus diese Einkreisung gemeint war, zeigten auch die diplomatischen Gespräche mit Außenminister Beck in London. Genügte es doch Lord Halifax nicht, als Beck Großbritannien Unterstützung zusagte für den Fall eines deutsch-britischen Krieges. Auch in jedem anderen Konfliktfall, in den Deutschland verwickelt würde, solle Polen kämpfen und außerdem seine Ablehnung des sowjetischen Beistandes revidieren und zusätzlich das gegen die Sowjetunion gerichtete polnisch-rumänische Abkommen in einen anti-deutschen Pakt umwandeln[44]). Sogar Beck weigerte sich, gleichzeitig so viele unübersichtliche Risiken einzugehen. Lord Halifax trieb diese Politik voran, obwohl er wußte und anerkannte, daß weder Hitler noch Mussolini Krieg wünschten[44]).

Um den Sachverhalt zu präzisieren: Die britische Regierung drängte den polnischen Außenminister in die erweiterten Eventualitäten eines möglichen Krieges hinein und paraphierte die wechselseitige Garantie in Kenntnis der Tatsache, daß Beck Hitler demütigen und ihm Be-

---

[42]) E. Raczynski „In Allied London" S. 343.

[43]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 212 und Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V Doc. 1.

[44]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V Doc. 2 und 10. Protokoll über die Unterredung zwischen Chamberlain und Beck in London am 4.-6. April 1939

dingungen setzen wollte, die zu einer Verschärfung der Krise führen mußten[45]). Auch Chamberlain verfolgte diesen Kurs:

> „Der Premierminister (Chamberlain) stimmte damit überein, daß die tiefgreifendsten Angelegenheiten (gravest matters) auf dem Spiele stünden, nämlich die Zukunft der beiden Länder. Es sei wesentlich, daß sie sich nicht der schlechtesten beider Möglichkeiten gegenübersähen (that they should not find themselves left with the worst of both worlds), nämlich, daß sie Deutschland provoziert haben, ohne gleichzeitig für eine wirksame Verteidigung gesorgt zu haben."[44])

Das Ergebnis der Londoner Gespräche war der Abschluß eines Garantievertrages auf Gegenseitigkeit, demzufolge auch Polen sich verpflichtete, England vorbehaltlos zu unterstützen, unabhängig davon, wer der Angreifer sei.

Über die Stimmung der Öffentlichkeit und der Regierungen in den maßgebenden Hauptstädten zu dieser Zeit berichtete u. a. der US-Geschäftsträger Geist am 6. 4. 1939:

> „Die friedliche Stimmung in der Reichshauptstadt stehe in starkem Gegensatz zu Paris und London, wo Kriegsgerüchte und Kriegsgerede das Thema des Tages seien. In Berlin dagegen herrsche allgemein das Vertrauen, man könne 1939 den Frieden erhalten."[46])

Der britische Geschäftsträger in Berlin, Ogilvie-Forbes, stellte am 23. 4. 1939 in einem Bericht über die Parade anläßlich des 50. Geburtstages von Adolf Hitler abschließend fest, daß ihm der Beifall der Bevölkerung gekünstelt und apathisch schiene und der Begeisterung entbehre, die eine Voraussetzung für jede Nation sei, der die Aussichten auf Krieg vor Augen geführt werden[47]).

Gerüchte- und Einkreisungspolitik von März bis August 1939

Neben den diplomatischen Bemühungen spielten die systematisch lancierten Gerüchte und Verleumdungen über angebliche deutsche außenpolitische Ziele, deutsche Truppenbewegungen, deutsche Rüstungsanstrengungen, deutsche Weltherrschaftspläne bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges eine große Rolle. Nach dem Anschluß Österreichs an das Reich brachten britische Diplomaten die Tschecho-Slowakei ins Spiel, „was Hitler überraschte"[1]). Falsche Gerüchte über deutsche Trup-

---

[45]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 118. Bericht von Bullitt an US-Staatssekretär Hull vom 6. 4. 1939.

[46]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 467.

[47]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V. Doc. 275.

[1]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 155.

penbewegungen lösten die Mai-Krise 1938 aus. Ergebnis: die tschechische Armee wurde mobilisiert und ihre Kriegsstärke auch nach eindeutiger Widerlegung dieser Gerüchte noch einen ganzen Monat beibehalten. Alle osteuropäischen Staaten, vornehmlich Rumänien und Polen, wurden mit erfundenen deutschen Offensivplänen alarmiert und die Nachbarstaaten dringend um Auskunft darüber gebeten, ob sie im nahe bevorstehenden Kriegsfall kämpfen würden oder nicht. Die britische Presse war nach der Münchener Konferenz 1938 nicht kleinlich, dem „ukrainischen Problem“ und den diesbezüglichen „deutschen Ambitionen“ viel Raum zu widmen; gleichzeitig ließ sie, wohl um die UdSSR aufzuschrecken, durchblicken, daß dieses Gebiet nicht in der britischen Interessensphäre liege. Sogar Äußerungen von Regierungsvertretern hielten sich auf dieser Linie[2]). Am 10. März 1939 hatte Stalin in seiner Rede vor dem 18. Parteitag der KPdSU — um mit den Worten eines britischen Propagandisten zu sprechen —

> „seine Überzeugung ausgesprochen, daß bei den Berichten ausländischer Reporter über deutsche Ambitionen hinsichtlich der Ukraine — solcher Berichte also, wie ich sie geschrieben hatte — der Wunsch der Vater des Gedankens sei.“[3])

Stalin sagte damals wörtlich:

> „Kennzeichnend ist der Lärm, den die englische, französische und nordamerikanische Presse um die Sowjetukraine erhob. Die Vertreter dieser Presse schrien sich heiser, daß die Deutschen gegen die Sowjetukraine marschieren, daß sie gegenwärtig die sogenannte Karpatho-Ukraine in Händen haben, die etwa 700 000 Einwohner zählt, und daß die Deutschen nicht später als im Frühling dieses Jahres den Anschluß der Sowjetukraine mit mehr als 30 Millionen Einwohnern an die sogenannte Karpato-Ukraine vollziehen würden. Es hat den Anschein, als ob dieser verdächtige Lärm den Zweck hatte, bei der Sowjetunion Wut gegen Deutschland zu erregen, die Atmosphäre zu vergiften und einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren, ohne daß dazu sichtbare Gründe vorliegen. . . .
>
> Noch kennzeichnender ist es, daß gewisse Politiker und Pressevertreter in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika, die in Erwartung eines ‚Feldzuges gegen die Sowjetukraine‘ die Geduld verloren haben, selber dazu übergehen, die wahren Hintergründe der Nichteinmischungspolitik zu enthüllen. Sie erklären geradeheraus und geben es schwarz auf weiß, daß sie von den Deutschen schwer ‚enttäuscht‘ seien,

---

[2]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 14. Schreiben des polnischen Botschafters in London, Fürst Raczynski, vom 26. 4. 1939 an das Auswärtige Amt, Warschau.

[3]) S. Delmer „Die Deutschen und ich“ S. 390/391.
vergl. auch Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 4 — US-Botschafter Bullitt über deutsche Absichten, einen ukrainischen Marionettenstaat zu gründen — am 19. Nov. 1938.

da diese, statt weiter nach Osten, gegen die Sowjetunion, vorzustoßen, sich — man denke nur — nach Westen wenden und Kolonien verlangen. ...“[4])

Ungeachtet der wiederholten Zurückweisungen durch Stalin und die deutsche Presse verweist Winston Churchill am 19. Mai 1939 im Unterhaus erneut auf „die Gefahr eines deutschen Einmarsches in die Ukraine“[5]) — und wiederum ohne die geringsten sachlichen Unterlagen.

So sind die Tendenzen zur Schaffung einer „anti-aggressiven Front der friedliebenden Demokratien“ einschließlich der UdSSR bei jenen britischen Kräften immer mehr zur Geltung gekommen, die — wie Churchill, Duff Cooper, Vansittart, Eden ... —

„einen Entscheidungskampf mit Deutschland wünschten und sich deutlich auf einen Krieg vorbereiteten und in den Sowjets einen Staat mit großen Reserven und potentiellen militärischen Kräften sahen.“[2])

Nicht in Deutschland, sondern in Großbritannien und in den USA

„wurde der Krieg zum Mittelpunkt der Überlegungen und der Gespräche gemacht.“[6])

So erhielt allein Polen im Sommer 1939 wenigstens 49 angebliche Geheiminformationen über eine unmittelbar bevorstehende Aggression; stets mit der Anfrage verbunden, was Polen zu tun gedenke. Bereits im März 1939 müssen die polnischen Zeitungen „vor der Verbreitung von Gerüchten warnen, die die Bevölkerung beunruhigen. Ständig erfolgen Verhaftungen von Panikmachern“[7]).

Anfang Juli 1939 antwortete der polnische Außenminister dem britischen Botschafter in Warschau:

„Das Gerücht, daß die Deutschen sofort in Polen einmarschieren würden, sei nun das 49. Er habe mit dem Generalstabschef gesprochen, und man habe daraufhin entschieden, daß kein einziger polnischer Soldat in Bewegung gesetzt werden sollte.“[8])

Gleichzeitig wurde der französische Generalstab mit ähnlichen „Nachrichten“, Frankreich betreffend, eingedeckt.

Diese systematische und zweckbestimmte Politik kann niemand als Bemühen um den Frieden bezeichnen. Jeder Psychologe weiß, was es bedeutet, „den Begriff ‚Krieg‘ zum Mittelpunkt der Überlegungen und der Gespräche zu machen“. Hinzu kommt, daß gewisse Regierungen aus

---

[4]) J. Stalin „Fragen den Leninismus“ S. 769/770.
[5]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 454.
[6]) Dokumente und Materialien vom Vorabend des Zweiten Weltkrieges russ. 1948 Bd. II (Dirksen-Archiv 1938—1939) S. 62. Bericht des deutschen Botschafters in London, v. Dirksen, an das Auswärtige Amt vom 10. 7. 1939.
[7]) A.Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts“ S. 85.
[8]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 436.

innenpolitischen Gründen nicht mehr wagten, eine Befriedungspolitik zu betreiben, weil dies die Existenz ihres Kabinetts beendet hätte[9]).

Einige Beispiele für diese Gerüchte[10]):

Nach dem 15. März 1939:

a) „Doch wird die britische Regierung recht rasch von der Woge der allgemeinen Empörung in England mitgerissen. Eine Flut von Gerüchten dringt zur englischen Regierung. Die britischen Akten sind voll der Meldungen und Nachrichten über neue Pläne der Deutschen im Osten."

b) „Unmittelbar nach dem Einmarsch Hitlers in Prag tauchen Gerüchte auf, das Reich wolle sogleich nach der slowakischen Karte auf gleiche Manier die kroatische ausspielen und sich derart an der Adria festsetzen."

c) April 1939: „Die Gerüchte jagen sich inzwischen. Der polnische Militärattaché in Berlin erzählt dem englischen Geschäftsträger, daß die deutsche Armee in Marschbereitschaft sei. Der französische Generalstab erfährt aus Schweizer Quellen, daß das Reich einen plötzlichen Überfall auf Frankreich plane." —

d) Lord Halifax in einem vertraulichen Bericht an Präsident F. D. Roosevelt am 4. 4. 1939:
„Die britische Flotte könnte jeden Augenblick das Ziel eines deutschen ‚Blitzangriffs' sein."[11])

e) „Trotz der Gerüchte über deutsche Pläne für Invasionen der Ukraine und Holland, der Schweiz und Rumäniens. . . ."[12])

f) „Trotz verschiedener Gerüchte Danzig betreffend . . ."[13])
Konkret: Die Deutsche Regierung plane für den Geburtstag des Führers die Wiedereingliederung Danzigs in das Reich."[13])

„Gegen Ende Juni deutete ein neues Gerücht darauf hin, daß ein deutscher Handstreich in Danzig bevorstand."[14])

„Das Ausbleiben des Putsches wurde dann mit plumpen Ausreden bemäntelt, so z. B., der Führer sei vor den Drohungen und der Entschlossenheit der Demokratien zurückgewichen."[15])

Zur Aktivität aufmunternd, orakelte Lord Halifax am 12. Juni 1939 dem sowjetischen Botschafter:

„Wie mir scheint, wird es Hitler schwerfallen, vor den Nürnberger Parteitag zu treten, ohne vorher versucht zu haben, das Danzig-Problem zu lösen. Darum müssen wir einen stürmischen Juli und August erwarten."[16])

---

[9]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 277.
[10]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 9, 138, 129.
[11]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 554.
[12]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 460.
[13]) ebenda Vol. IV Doc. 547 und Vol. V Doc. 163.
[14]) M. Gilbert und R. Gott „Der gescheiterte Frieden" S. 195.
[15]) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 191.
[16]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 123.

Maisky hat sehr wohl diese ohne Begründungen servierten Spitzen durchschaut, war es ihm doch auch auf Grund vieler anderer Indizien nicht unbekannt geblieben, daß Halifax darauf hinarbeitete, die Sowjetunion in diesen „stürmischen Juli und August" zu verwickeln, anstatt Maßnahmen zur Entstörung der Atmosphäre zu ergreifen[17]). Bereits in einer vorangegangenen Unterredung am 22. Mai 1939 in Genf hatte sich Maisky veranlaßt gesehen, Halifax zu entgegnen, daß er offenbar die Psychologie eines Mannes wie Hitler falsch einschätze.

> „Er ist keineswegs ein Dummkopf. Hitler wird sich nie in einen Krieg stürzen, wenn er meint, daß er ihn verlieren kann. Selbst unsere jetzigen Verhandlungen zwingen ihn, eine gewisse Zurückhaltung zu üben, er hat doch Polen bisher nicht angegriffen. Wird aber ein Dreier-Beistandspakt abgeschlossen, so wird er zurückweichen müssen."[18])

Britische Politiker waren es, die der „freien Presse" immer wieder die explosiven Schlagworte zuspielten und damit der internationalen Spannung die Richtung zur Entladung wiesen. Den besonnenen und verantwortungsbewußten Publizisten wurde nach und nach das Wort entzogen, und sei es auch anfangs nur deshalb, weil sie eben keine Sensationen verkauften. Als patriotisch und friedfertig galt schließlich nur noch, wer der Kompromißlosigkeit im Sinne der Demütigung Deutschlands das Wort redete. Dies betraf sowohl die autoritär regierten Staaten wie Polen als auch die „demokratischen Regierungen", die von der „öffentlichen Meinung" getragen und leicht „abzuschießen" waren. Wie sehr gerade die Befriedungspolitiker der britischen Regierung mit Hinweisen auf den Sturz der Regierung eingeschüchtert werden konnten, beschrieb der britische Historiker Taylor:

> „Die britische Regierung war nicht geneigt, mit der Sowjetunion Bündnisabsprachen zu treffen ... und sie begab sich unwillig in diese Verhandlungen, getrieben von der Agitation im Parlament und im Lande."
> „Die Briten sahen ihre Hände gebunden, nicht so sehr durch die formale Allianz mit Polen, als vielmehr durch die Entschlossenheit der britischen öffentlichen Meinung. ..."[19])

Die britische Regierung begnügte sich nicht mit der „Welle von Gerüchten" über angebliche deutsche Marschbefehle nach Ost und West[20]) (Versuche der britischen Regierung, Gerüchten entgegenzuwirken, sind ohnehin nicht nachweisbar), sondern setzte nach dem Garantieverspre-

---

[17]) Neue Zeit, Moskau 1962, Hefte 2, S. 29; 3, S. 26; 4, S. 26 jeweils: I. M. Maisky „Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges" ebenda Heft 2, 1964 S. 22 I. M. Maisky „1940 in England".

[18]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 120.

[19]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 266, 272.

[20]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 129. und S. 171, 150—152, 178.

chen an Polen die Einkreisung Deutschlands fort: Am 9. März 1939 leitete sie die diplomatischen Unterhandlungen mit Moskau ein, die das Ziel hatten, die UdSSR militärisch in Mitteleuropa zu engagieren. Bedenkenlos wurde so jene Macht, die für jeden einsichtigen Europäer als größte Gefahr für die europäische Staatenordnung gelten mußte, in die — im Verhältnis so lächerlichen — Streitigkeiten der europäischen Völker hineingezogen. Die britische Regierung versprach den Niederlanden, der Schweiz, Rumänien und Griechenland eine Garantie ihrer Unabhängigkeit, versuchte die Türkei und Jugoslawien einzubeziehen, wich deutsch-italienischen Friedensbemühungen aus, forderte im April 1939 unter starkem Druck, daß Schweden sich im Kriegsfall einer Blockade gegen Deutschland anschließe, und bekräftigte die „moralische Kriegserklärung“ Roosevelts (Forderung an Hitler und Mussolini vom 15. 4. 1939, Nichtangriffsversprechen an eine Fülle von Staaten sogar außerhalb Europas abzugeben)[20].

> „Am 14. April wandte sich die britische Regierung an die sowjetische Regierung mit dem offiziellen Vorschlag, sie möge Polen und Rumänien eine ebensolche einseitige Garantie geben, wie England und Frankreich sie Polen am 31. März und Rumänien sowie Griechenland am 13. April gegeben haben.“[21])

Eine „ebensolche einseitige Garantie“ hieß ebenfalls: Ausklammerung der Frage des Aggressors, Verlagerung der Entscheidungsbefugnis über Krieg und Frieden in Europa nach Warschau und Erleichterung einer Kriegsentscheidung für die polnische Führung.

Im April 1939 empfahl der rumänische Außenminister Gafencu anläßlich einer Reise nach London den Briten, sie sollten erklären, eine Änderung der britischen Haltung gegenüber Deutschland würde von der Neuregelung der tschechischen Verhältnisse abhängig gemacht, über die Hitler zu verhandeln bereit schien. Vergeblich. Gafencu wurde dagegen aufgefordert, das polnisch-rumänische Bündnis gegen Deutschland auszurichten[22]).

Getreu der Empfehlung aus Washington, die Wehrpflicht v o r der angekündigten Reichstagsrede Hitlers vom 28. 4. 1939 einzuführen, beschloß die britische Regierung diesen Schritt zwei Tage zuvor und „verkündete faktisch den Zustand der Kriegsgefahr“[20]). London hat auf diese Weise bewußt eine Situation geschaffen, die Hitler nicht nur am Einlenken hindern, sondern herausfordern mußte. Diese Politik, die weder der eigenen noch der anderen Regierung ein Zurück ermöglichte, war in diesem Stadium um so bedenklicher, als bereits Großbritannien

---

[21]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ S. 102.
[22]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V. Doc. 278 S. 304—306.

und Frankreich die Eingliederung der UdSSR in die anti-deutsche Koalition eingeleitet hatten.

Neville Chamberlain hat am 26. April 1939 die Wehrpflicht ohne einen deutschen Anlaß und nach eingehender Überlegung („es war gut durchdacht")[23]) unter Ausschaltung des Parlamentes eingeführt und diesen Schritt „in den endgültigen Kriegsbereich" mit den Ausflüchten „begründet", er wolle den Vorwurf vermeiden, lediglich das Vordringen Hitlers zurückgewiesen und nicht mehr getan zu haben[23]). Welche Bedeutung Chamberlain diesem Schritt zugemessen hatte, zeigt sich daran, daß die britische Regierung im Jahre 1937 die Wehrpflicht mit den Hinweisen abgelehnt hatte, „daß die Truppen viel besser auf den Einsatz vorbereitet seien als 1914" und „daß Kriege nicht nur mit Waffen und Soldaten gewonnen werden, sondern mit Reserven an Hilfsquellen und Kredit"[24]). Die britische Industrie sollte nicht geschwächt und die Wehrpflicht — so hieß es 1937 ausdrücklich — erst nach Eintritt in den „endgültigen Kriegsbereich" eingeführt werden[24]).

Wie verhielt sich Chamberlain gegenüber den Warnungen hoher englischer Kreise seit März 1939, er möge Deutschland keinen Anlaß geben, sich eingekreist zu fühlen, und er solle sich davor hüten, die Sowjets ins Spiel zu bringen, da sie unmittelbar einen Krieg provozieren würden? Chamberlain bekannte am 26. März 1939,

> „daß ich von tiefstem Mißtrauen gegen Rußland erfüllt bin. Ich glaube nicht an seine Fähigkeit, eine wirksame Offensive durchzuhalten, auch dann nicht, wenn es sie wirklich durchzuführen wünschte. Und ich mißtraue seinen Motiven, die mir so scheinen, als hätten sie wenig mit unseren Ideen von Freiheit gemein und als seien sie darauf aus, jeden anderen an die Ohren zu nehmen. Darüber hinaus wird Rußland von vielen der kleinen Staaten, vornehmlich Polen, Rumänien und Finnland, gehaßt und verachtet;"[25])
>
> „daß eine Allianz mit Rußland den Balkan-Widerstand gegen Deutschland aufspalten würde und daß sie Spanien auf die Seite der Achse ziehen und wir daher mehr im Westen verlieren als im Osten gewinnen würden."[25])

Dennoch gestattete Chamberlain nicht nur die Koalitionsgespräche mit jenem Partner, „der eher Machtpolitik betreibt, als daß er den Frieden sucht"[25]), sondern er intensivierte diese Dreiergespräche, die „eine solch große Rolle in den Ereignissen, die unmittelbar der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges vorangingen, spielten"[26]). Zweifellos tat er

---

[23]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 405 und M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 178.
[24]) K. Feiling ebenda S. 318, 319.
[25]) ebenda S. 403, 408, 407.
[26]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 95.

dies auf Druck der „Öffentlichkeit“ (der Lenker der Presse, besser gesagt), der Parteiführer und des Foreign Office. Doch er trug die Verantwortung. Auch er wußte genau so wie Lord Halifax und die französische Regierung um die Gefahren für Polen und Rumänien, die die britische Politik für diese Länder heraufbeschwor. Halifax faßte sie in seinen Memoiren offenherzig in folgende Worte:

> „Ihre Furcht (der polnischen und rumänischen Regierung) vor den Sowjets war zumindest ebenso groß und wahrscheinlich größer als ihre Furcht vor Deutschland. Ein intelligentes Kaninchen dürfte kaum die Protektion eines Tieres begrüßen, das zehnmal so groß wie es selbst ist und dem es die Gepflogenheit einer Boa constrictor (Königs-, Riesenschlange) unterstellt.“[27])

Hatte Halifax am 1. 11. 1938 in einem Schreiben an seinen Botschafter Phipps in Paris bestätigt, „daß sich Polen niemals mit Sowjetrußland verbünden kann“[28]), und hatten schon vorher angesichts der Sudetenkrise, ja bereits im Mai 1938 diese Themen in Paris ausgiebig zur Debatte gestanden[29]), so enthüllten die Gespräche Becks in London Anfang April 1939 aufs neue, daß sich Polen nicht vor Deutschland, eher hingegen vor den Sowjets fürchtete. Ungeachtet dessen redeten Chamberlain und Halifax dem polnischen Partner ständig die „deutsche Gefahr“ ein und versuchten ihm die sowjetische Hilfe aufzudrängen, womit sie sich eindeutig gegen die polnischen Lebensinteressen stellten.

Rücksichtslos versuchte Winston Churchill, obgleich damals nicht Mitglied der Regierung, der Roten Armee ein Durchmarschrecht durch die osteuropäischen Länder zu verschaffen:

> „Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind 10 oder 12 Tage vergangen, seit das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk, das jetzt unter Preisgabe des hochgehaltenen, tiefeingewurzelten Brauches den Grundsatz der Wehrpflicht angenommen hat, ist berechtigt, zusammen mit der Französischen Republik von Polen zu fordern, daß es der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg lege. Nicht nur die volle Mitarbeit Rußlands muß angenommen werden, sondern es gilt auch die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland in das Bündnis einzubeziehen.“[30])

Am 18. Mai 1939 rief Churchill den sowjetischen Botschafter an:

> „‚Morgen‘, sagte er, ‚finden im Parlament die Debatten über die Außenpolitik statt. Ich gedenke dort aufzutreten und die Aufmerksamkeit auf die unbefriedigende Führung der Gespräche mit Rußland zu lenken. Allerdings möchte ich, bevor ich öffentlich zu diesem Thema spreche, von

---

[27]) Halifax „Fullness of Days“ S. 206.
[28]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. III Doc. 285.
[29]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 69/70 und 42.
[30]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 443.

Ihnen hören, wie es sich namentlich mit den Vorschlägen der sowjetischen Regierung verhält, die Chamberlain nicht annehmen will. In der Stadt zirkulieren darüber die verschiedensten Gerüchte'."[31])

Churchill erklärte anschließend, nachdem er die sowjetischen Vorschläge zur Kenntnis genommen hatte:

„Meinetwegen sind sie alle annehmbar."[31])

Winston Churchill ergänzte in seinen Memoiren:

„Wenn die Ereignisse so rasch voranschreiten und so überwältigend sind, wie im damaligen Augenblick, ist es klug, einen Schritt nach dem anderen zu tun. Das Bündnis von England, Frankreich und Rußland hätte Deutschland im Jahre 1939 mit größter Beunruhigung erfüllt, und niemand vermag zu beweisen, daß sich der Krieg nicht sogar damals noch hätte verhüten lassen. Der nächste Schritt hätte mit überlegener Macht auf seiten der Alliierten unternommen werden können."[32])

Kann es angesichts dieser Vorgeschichte noch zweifelhaft sein, was Winston Churchill unter dem „nächsten Schritt", den er vorhatte zu unternehmen, verstanden hatte? Churchill erklärte weiter:

„Es war bedauerlich, daß er (Hitler) nicht in diese Enge getrieben wurde, die ihn leicht das Leben hätte kosten können....

Wenn Chamberlain z. B. bei Empfang des russischen Angebotes geantwortet hätte: ‚Ja, wir drei wollen uns zusammentun und Hitler das Genick brechen', oder mit anderen Worten diesen Inhalts, so hätte das Parlament zugestimmt. Stalin wäre zufrieden gewesen, und die Geschichte hätte vielleicht einen anderen Verlauf genommen."[32])

Anthony Eden bot sich an, nach Moskau zu fliegen, um mit den Sowjets abzuschließen, doch Chamberlain setzte dem Widerstand entgegen[33]). Lord Halifax versuchte, den sowjetischen Botschafter am 22. Mai 1939 in Genf anläßlich der Völkerbundssitzung zum wiederholten Mal zur Annahme des britischen Vorschlages über die Abgabe sowjetischer Garantien an die osteuropäischen Länder zu bewegen und ihn von der Gefährlichkeit eines regelrechten gemeinsamen Militärbündnisses zu überzeugen:

„Halifax gedachte mich plötzlich einzuschüchtern: ein solcher Pakt (der von der UdSSR vorgeschlagene Dreimächtepakt zur gegenseitigen Hilfeleistung, alle osteuropäischen Länder betreffend), kann Hitler in Wut versetzen, er wird von einer ‚Einkreisung Deutschlands' zu schreien anheben, mit dieser Parole das ganze deutsche Volk um sich vereinen und den Krieg entfesseln. Hiermit provozieren wir ihn gerade dazu, was wir mit unseren Maßnahmen verhindern wollten."[34])

---

[31]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 115/116.

[32]) W. Churchill „Der zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 441—442.

[33]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?" russ. S. 133.

[34]) ebenda S. 119/120.

Doch im Juli 1939, als „Hitler bereits zahlreiche kleine diplomatische Rückzüge vorgenommen hatte“[35]), hatte sich London bereits auch von dieser Erkenntnis bzw. diesen Hemmungen losgesagt. In der zweiten Juli-Hälfte 1939 leitete eine politische Übereinkunft zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR militärische Absprachen mit Offensivcharakter ein.

Diese Übereinkunft vom 24. Juli, die nach Abschluß einer Militärkonvention in Kraft treten sollte, verpflichtete Großbritannien, Frankreich und die UdSSR zur sofortigen gegenseitigen Kriegshilfe (ohne Maßnahmen des Völkerbundes abzuwarten): im Falle einer direkten oder „indirekten“ Aggression Deutschlands gegen eine der vertragschließenden Mächte „oder gegen einen anderen europäischen Staat“, — sofern eine „interessierte Partei“ irgendeine Aktion (und sei es eine friedliche Einigung) als die Unabhängigkeit oder Neutralität dieses Staates „bedrohend“ bezeichnen und militärisch „beantworten“ sollte.

Mit Hilfe dieses Vertragstextes konnte eine „interessierte Partei“ jeden beliebigen Fall herausgreifen und ihn entweder als „bedrohte Neutralität“ oder „bedrohte Unabhängigkeit“ oder „indirekte Aggression“ oder „Gewaltdrohung“ interpretieren, selbst wenn die betreffenden Staaten eine solche „Interpretation“ ablehnten. Diesem Vertragstext zufolge mußte ein europäischer Krieg und in dessen Folge ein Weltkrieg beispielsweise dann ausgelöst werden, wenn „eine interessierte Partei“ die freiwillige Überlassung Danzigs an Deutschland durch Polen oder einen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag oder eine moralische (nicht einmal materielle!) Unterstützung der finnischen, lettischen, litauischen oder estnischen Rechtsparteien durch Deutschland als „bedrohte Neutralität“ oder „indirekte Aggression“ bezeichnete. War der am 17. 6. 1939 abgesprochene Vertragsentwurf zwischen Großbritannien und Frankreich bereits so formuliert, daß sich jeder Zwergstaat Europas mit Deutschland hätte anlegen und einen Allfrontenkrieg auslösen können, so bedurfte es bei dieser politischen Übereinkunft mit den Sowjets nicht einmal mehr eines Zerwürfnisses Deutschlands mit einem seiner Nachbarn. Die Reichsregierung hätte sich — diesem Vertragstext zufolge — verhalten können, wie immer sie wollte: Selbst freundschaftliche Bemühungen bei ihren Nachbarn mußten den Automatismus der gegnerischen Militärbündnisse auslösen! Die Meinung der Nachbarn wurde für nichtig erklärt. Auch die Tatsache, daß — wie Kennard aus Warschau schrieb —

[35]) D. J. Dallin „Soviet Russia's Foreign Policy“ S. 36.

„die Polen aller Klassen von der Furcht vor dem Kommunismus besessen sind und kein Pole je erwarten würde, ein Gebiet, das einmal von sowjetischen Truppen besetzt wurde, wieder zurückzubekommen“[36]),

interessierte in London nicht. Fortan galt nur noch die Meinung einer „interessierten Partei“, d. h. Großbritanniens, Frankreichs oder der UdSSR[37]).

„Ende Juli (1939) wird das Reich vor die Entscheidung gestellt. Die Entsendung der westlichen Militärs gibt den Verhandlungen zwischen Moskau und dem Westen doch ein realeres und drohenderes Gesicht.“[38])

„Die Franzosen interessierte lediglich, die Rote Armee in einen Konflikt mit Hitler zu verwickeln, ohne Rücksicht darauf, ob dies auf Kosten Polens geschehe.“[39])

Dies allerdings interessierte gleichermaßen den britischen Außenminister, der mit den wiederholt wirksam gewesenen Alarmnachrichten über einen unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff auf Polen den Einsatz der Sowjetunion festzulegen versuchte[40]). Die militärischen Absprachen mit Stalin gipfelten darin, daß Frankreich, dann auch England den Preis der Auslieferung des Baltikums an die UdSSR gezahlt und den Preis Ostpolens bzw. ganz Polens und Rumäniens ohne Zustimmung der betreffenden Regierungen im letzten Augenblick angeboten hatten[41]). Von erheblicher Bedeutung ist, daß diese politische Übereinkunft vom 24. 7. 1939 und die beabsichtigte Militärkonvention nicht an Bedenken Englands oder Frankreichs gescheitert sind, sondern an der Weigerung Stalins, der es ablehnte, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen und in Polen, Rumänien, Litauen, Lettland, Estland ohne Zustimmung der betreffenden Regierungen einzumarschieren, während England für diesen Fall nur zwei Divisionen zur Unterstützung in Aussicht stellte[41]).

Auf diese Weise hat Chamberlain, der bereits seit April 1939 von einer „Zone“ sprach, „die weder Krieg noch Frieden war“[42]), die europäische Situation nicht nur verschärft, sondern ab 9. März, spätestens aber Mitte Juli 1939, ausweglos gemacht. Dabei hat er selbst nicht an die Erhaltung des Friedens durch ein Bündnis mit der Sowjetunion geglaubt[43]). Mitte Juli 1939 definierte er seine Haltung dahingehend:

---

[36]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 90 Kennard an Halifax am 20. 8. 1939.
[37]) Vertrags-Ploetz S. 171/172.
[38]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 130.
[39]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 258.
[40]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 94.
[41]) ebenda Bd. III S. 96—124.
[42]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 406.
[43]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 594.

„Danzig ist gegenwärtig natürlich der Gefahrenherd. Ich habe Mussolini klar gesagt, wenn Hitler Danzig gewaltsam zu besetzen versucht, wird dies den Beginn eines europäischen Krieges bedeuten. Worauf Mussolini erwiderte:

‚Veranlassen Sie eine Zustimmung der Polen, daß Danzig zum Reich zurückkehrt, und ich werde das beste versuchen, eine friedliche Lösung zu erreichen'.

Aber dieses ist nicht gut genug. . . ."[44])

Diese Lösung also war „nicht gut genug"! Am 1. September 1939 ergänzte er vor dem Unterhaus:

„Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, abgesehen davon, daß es erlaubt, sich von einer Nazi-Regierung regieren zu lassen. Solange diese Regierung existiert und Methoden verfolgt, die sie in den letzten zwei Jahren hartnäckig angewandt hat, wird es keinen Frieden in Europa geben. . . .

Sie (an die Abgeordneten gewandt) kämpfen für Prinzipien, deren Zerstörung die Zerstörung aller Möglichkeiten des Friedens und der Sicherheit einschließen würde und nicht gerade für eine weit entfernt liegende Stadt Danzig."[45])

Chamberlain hat hiermit eindeutig zugegeben, daß sich die britische Regierung bereits v o r dem Streitfall Danzig auf einen Kurs festgelegt hatte, der die „Vernichtung des Nazi-Regimes" wegen der „Außenpolitik Hitlers seit 1938" vorsah. London maßte sich nun an zu bestimmen, welche Regierungsform ein anderer Staat, mit dem es diplomatische Beziehungen unterhielt, haben durfte und welche nicht. In Wirklichkeit kann „nicht eine Spur von ideologischen Motiven" bei Chamberlain gefunden werden[44]). Ja, Chamberlain wußte und gab zu, daß Hitler ernsthaft eine Übereinkunft mit England erwogen und eine großzügige, nicht terminierte Regelung mit Polen ausgearbeitet hatte[46]).

„Es waren keine Zeichen irgendeiner Hast seitens Deutschland zu erkennen."[47])

Die Zeit war vorbei, da selbst Chamberlain die Worte gesprochen hatte:

„Die vergangene Behandlung Deutschlands war weder großmütig noch weise; solange nicht dies starke und männliche Volk veranlaßt werden kann, das allgemeine Los in Partnerschaft mit anderen zu verbessern, solange wird es weder Frieden noch Fortschritt in Europa geben hinsichtlich der Dinge, die das Leben lebenswert machen."[48])

---

[44]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 407.
[45]) ebenda S. 415 und 418.
[46]) ebenda S. 417.
[47]) W. Jedrzejewicz „Poland in the British Parliament 1939—1945" Vol. I S. 42.
[48]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 392.

Neville Chamberlain hatte sich inzwischen zum Exponenten einer Politik machen lassen, die sich hinter die „weder großmütige noch weise Behandlung Deutschlands“ und damit gegen „Frieden und Fortschritt in Europa“ stellte. Nicht mehr Fragen nach Recht und Gerechtigkeit waren für London ausschlaggebend — weder im Hinblick auf 1938 noch 1939 — sondern „britische Prinzipien“. Chamberlain schöpfte den Mut hierzu

a) aus der „positiven Unterstützung und der rechtzeitigen Hilfe der USA“, dem „rising tone“, der verstärkten Tonart Roosevelts,
b) aus der seit „München“ ausgeweiteten Rüstung,
c) aus der „Schwächung der deutschen Finanzen“ und
d) aus der Hoffnung auf einen „Zusammenbruch der deutschen Heimatfront“[49]).

Deutschland konnte ähnliche „Hoffnungen“ in bezug auf seine Gegner nicht hegen, seine Politik nicht auf solche Erwartungen abstellen.

Mitte Juli 1939 verabschiedete Großbritannien das Export-Kredit-Gesetz über 60 Millionen Pfund, das dem Zweck dienen sollte, Polen, Griechenland, Rumänien und der Türkei den Bezug von Kriegsmaterial aus Großbritannien zu erleichtern. Dieses Gesetz ist dann zwar nicht mehr zum Tragen gekommen, hat aber zumindest Polen erheblichen psychologischen Auftrieb gegeben, zumal der Leiter des Empire-Generalstabes, General Ironside, am 19. Juli 1939 zu ergänzenden Generalstabsbesprechungen in Warschau eintraf[50]), und zumal London am 3. 8. Polen einen Kredit für Warenkäufe im Vereinigten Königreich in Höhe von 8,163 Mill. Pfund gewährte[50]).

Auf Grund seiner Eindrücke aus der Beobachtung der Weltpresse und nach Kenntnis der Vorgänge in der britischen Geheimdiplomatie in den Sommermonaten des Jahres 1939 übermittelte der britische Botschafter in Berlin, der genauen Einblick in die offizielle Haltung und weitgehend auch in die internen Vorgänge der Reichshauptstadt hatte, seinem Außenminister eine ernste Warnung. Henderson warf in diesem Schreiben vom 18. Juli 1939 seiner Regierung in ziemlich offenen Formulierungen nichts weniger als Kriegspolitik vor:

> „Es ist sehr gut denkbar, daß die weisen Männer der Zukunft sagen werden, daß wir im Jahre 1939 Krieg mit Deutschland gemacht haben sollten, so wie viele jetzt sagen, daß wir ihn 1938 hätten führen sollen (that we should have made war on Germany in 1939, just as many

---

[49]) ebenda S. 394, 412, 418.

[50]) A. M. Projektor „Der Krieg in Europa 1939—1941“ russ. S. 35 und A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts“ S. 221.

now say that we should have done in 1938). Aber sofern und bis ich nicht gegenteilig informiert bin, äußere ich meine Meinung auf der Grundlage, daß wir, wenn möglich, Krieg zu vermeiden wünschen. Ist dies sicher, so muß in meinen Augen unsere Politik die äußerste Festigkeit verbinden mit einer Vermeidung alles dessen, was hier nur als wohlüberlegte Provokation oder als Absicht unsererseits ausgelegt werden kann, einen Präventivkrieg zu wagen, oder als festgelegten Wunsch, Hitler persönlich zu demütigen.

Wenn wir ihn in eine Ecke treiben, wird er nicht in der Lage sein, sich ohne Krieg frei zu machen....

Hitler mag schon glauben, daß England in jedem Fall Deutschland einen Krieg aufzwingen will. Wenn er es noch nicht glaubt, so fehlt nicht mehr viel, ihn zu einer solchen Meinung zu bringen. Er hat den Vorteil, die Initiative zu ergreifen, wo und wann er will, wenn er davon überzeugt ist.

Auch halte ich es — seien wir ehrlich (honestly) — nicht für politisch klug oder gar fair, die Polen übermäßig (unduly) aufzustacheln....

So viele Leute, wie die Otto Strassers und andere dieser Richtung, suchen uns mit intensiver Hartnäckigkeit in einen Krieg mit Deutschland hineinzutreiben. Ich fürchte manchmal darum, ob ihre Kampagne, die dieses Ergebnis haben muß, nicht über Gebühr unsere Berater zu Hause beeinflussen möge."[51])

Davon, daß Hitler England oder andere Länder mit dem Motiv „Lebensraum-Eroberung" o. ä. bedrohe oder daß Hitler „Krieg zu machen" beabsichtige, stand nichts in diesem Geheimschreiben. In der Tat hatte Hitler „zu dem Gang des diplomatischen Geschehens" zwischen April und August 1939 wenig beigetragen[52]).

Am 8. August 1939 vermißt die britische Zeitung „Daily Mail"

„Erklärungen des Premierministers, ob er diese Reden billigt, die gegen Danzig und gegen Deutschland gehalten werden und dem Krieg zwangsmäßig zutreiben. Es muß objektiv darauf hingewiesen werden, daß von deutscher Seite keine Reden der führenden Staatsmänner gegen Polen gehalten werden, wie sie der Marschall (Rydz-Smigly — „Danzig ist die Lunge Polens"....) am letzten Sonntag (6. 8.) in Krakau hielt. Wenn England die Dinge so weitertreiben läßt, wird es mitschuldig, wenn die Explosion kommen sollte."[53])

Hatte sich die britische Regierung nicht eigenwillig in diese fremden Verhältnisse, in diese „far-away-city" eingemischt und sich damit mitverantwortlich gemacht? Hatte Chamberlain im Sinne seines Parteimitgliedes Winston Churchill gehandelt, der 1933 „diese Verhöhnung der Weltgeschichte und der Vernunft" (die von Versailles gezogene ostdeutsche Grenze) wiedergutzumachen empfohlen und dies als „eines der

---

[51]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 347.
[52]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 219.
[53]) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 222.

größten praktischen Ziele der europäischen Diplomatie, die den Frieden erstrebt", bezeichnet hatte[54])?

Die brennenden Rechts- und Humanitätsfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen waren für die britische Politik im Jahre 1939 keiner Beachtung, geschweige denn eines Einsatzes wert, obgleich auch jetzt noch Großbritannien auf Grund der Versailler Beschlüsse und seines Sitzes im Dreierkomitee des Völkerbundes für Danzig verpflichtet gewesen wäre, für den Schutz der Minderheiten in Polen zu sorgen. Der Minderheitenschutzvertrag und dessen Einhaltung hatte ja als Voraussetzung für die völkerrechtliche Anerkennung Polens gegolten. Die Note Clemenceaus als Präsident der Versailler Friedenskonferenz an den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski vom 24. 6. 1919

> „macht Polen darauf aufmerksam, daß es seine Restauration und Unabhängigkeit dem Sieg der alliierten Mächte verdanke. Dieses Faktum aber bewirke ganz bestimmte Verpflichtungen der Großmächte, die dafür Sorge zu tragen haben, daß durch die Garantie gewisser politisch-menschlicher Grundrechte die Stabilisierung dieses Raumes, in dem sie eine neue dauerhafte Ordnung errichtet haben, nicht gefährdet werde. Diese Verpflichtungen der Hauptmächte ständen natürlich auch im engsten Zusammenhang mit den Pflichten, die man den besiegten Staaten gegenüber zu erfüllen habe. Die Sicherung der inneren Stabilität und die Aufrechterhaltung des Friedens im ostmitteleuropäischen Bereich durch einen international garantierten Minderheitenschutz müsse einen Vorrang beanspruchen."[55])

Doch dies schien lange vergessen. Beschwerden der deutschen Minderheit als berechtigt anzuerkennen, wurde nunmehr als „Verrat an den nationalen Interessen Polens", „Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit Polens" bezeichnet. Polnische Annexionswünsche auf Ostpreußen und die Oder-Gebiete wurden nunmehr geduldet, ja, im Geheimen befürwortet[56]). Die Verfolgungen der Volksdeutschen in Polen pflegten die Engländer mittlerweile als „untergeordneten Punkt" zu bewerten[57]). Mit dem Hinweis darauf, daß „die Polen es nie zulassen würden, daß ihnen irgend jemand einen Runciman schickte"[58]), disqualifizierte man leichtfertig die deutschen Beschwerden, ohne die Entdeutschungspolitik

---

[54]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 247.

[55]) E. Viefhaus „Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz" S. 208.

[56]) Die Jalta Dokumente S. 166 und 171.
vgl. die auch in London bekanntgewesenen geographischen Karten Polens mit den angeblichen „historischen Grenzen Polens", gegen die die britische Regierung nicht protestiert hat — B. de Colonna „Poland from the Inside" S. 160 ff.

[57]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 339 Aussage von Botschafter Henderson.

[58]) ebenda Bd. II S. 200. Der britische Geschäftsträger in Warschau, Norten, an den Leiter der Ostabteilung des Foreign Office, Strang.

der Polen zu untersuchen oder abzustellen. Gleichzeitig mischte sich London jedoch mit dem Aufdrängen einer vorbehaltlosen, allerdings nur gegen Deutschland gerichteten Garantie in die deutsch-polnischen Beziehungen ein. Weder Großbritannien noch die USA haben — abgesehen von einem oberflächlichen Versuch Londons am letzten Tage vor Kriegsausbruch — einen einzigen Schritt unternommen, um den monatelang überschäumenden polnischen Chauvinismus zu dämpfen.

Die drei folgenden Zitate beziehen sich zwar auf die Tschecho-Slowakei, doch bezeichnen sie auch treffend die britisch-französische Polen-Politik bis zum Kriegsausbruch 1939:

Lord Halifax erklärte am 22. 5. 1938 zum deutschen Botschafter v. Dirksen,

> „daß im Falle eines deutschen Einmarsches in die Tschecho-Slowakei, ganz gleich unter welchen Umständen, auch im Falle schwerer tschechischer Provokationen, die Franzosen gegen uns (Deutschland) marschieren würden....
>
> Im Falle eines europäischen Konfliktes sei es unmöglich vorauszusehen, ob nicht England in ihn hineingezogen würde.“[59])

„Ganz gleich unter welchen Umständen, auch im Falle schwerer tschechischer Provokationen“ — der Mann, der diese Worte sprach, war maßgeblich verantwortlich für den 10 Monate später an Polen gegebenen Freibrief.

Staatssekretär v. Weizsäcker am 8. 7. 1938 im Gespräch mit dem Botschafter der USA in Berlin, Hugh Wilson:

> „Nie sei in England oder gar in Frankreich öffentlich ausgesprochen worden, daß die Tschechen eine gewisse Geduldsgrenze nicht überschreiten dürften, ohne die Unterstützung der Westmächte im Konfliktfalle definitiv zu verspielen....
>
> Wilson gab das voll zu und bemerkte, so sei die britische Politik schon seit 10 Jahren. Sie wünsche zwar keinen Krieg, tue aber auch nicht das wirklich Nötige, um ihn zu vermeiden.“[60])

Ein deutscher Historiker zur Sudetenkrise 1938:

> „Stand das Fernbleiben Englands fest, konnte ein großer internationaler Konflikt um die Tschecho-Slowakei gar nicht erst entstehen.
>
> Großbritannien behielt sich in Wahrheit die Entscheidung darüber vor, nicht ob es in einem europäischen Krieg neutral bleiben würde (das war gar nicht möglich), sondern ob es überhaupt einen europäischen Krieg geben würde.“[61])

---

[59]) ADAP Bd. II S. 254.
[60]) ADAP Bd. II S. 384.
[61]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. I S. 15.

Es ist offensichtlich berechtigt, diese drei Zitate auf Polen im Jahre 1939 zu übertragen, zumal

> „es an sich der Londoner Regierung in der Tat gleichgültig sein kann, ob Danzig oder der Korridor deutsch oder polnisch sind.“[62])

Doch, wie sich erweisen sollte, war das der Londoner Regierung eben nicht gleichgültig. Freilich ging es ihr dabei weder um Danzig noch um den Korridor, sondern darum, die „Nazi-Pestilenz“ — das heißt: den deutschen Konkurrenten — gemäß den „Prinzipien“ der britischen Europa-Politik „auszurotten“ bzw. auszuschalten.

England trug im gesamten Verlauf des Jahres 1939 nicht zur Entspannung der sich verschärfenden europäischen Situation bei, sondern leitete weitere verhängnisvolle Schritte ein. Wie bereits erwähnt, konnte selbst der britische Botschafter Henderson seine Bedenken gegenüber einer solchen Politik nicht unterdrücken. Am 23. 5. 1939 schrieb er seinem langjährigen Mitarbeiter Kirkpatrik:

> „Hat die Regierung Seiner Majestät irgendwelche Vorschläge? ... Es genügt nicht, dem Diktator einfach ‚Nein‘ zu sagen in einem Fall, in dem Gründe zur Beschwerde vorliegen. Man muß auch eine entsprechende Abhilfe finden, sonst hat das ‚Nein‘ nur platonischen Wert.“[63])

Henderson war freilich in Unkenntnis darüber gelassen worden, daß sein Außenminister Halifax zwei Tage vorher, am 21. Mai, in Genf Carl J. Burckhardt seine „Vorschläge“ noch einmal unmißverständlich spezifiziert hatte:

> „Die Engländer würden in jedem deutsch-polnischen Krieg für Polen kämpfen, einerlei aus welchen Ursachen sich der Konflikt entwickeln würde.“[64])

Die britische Regierung konnte sich nicht hinter „Unkenntnis“ des monatelang von der Weltpresse behandelten Geschehens in Polen verstecken: Ihre eigenen Botschafter haben — gemäß ihrer Pflicht, die Interessen Großbritanniens zu wahren — wiederholt vor der unberechenbaren polnischen Impulsivität gewarnt und einen Druck auf Polen empfohlen[65]). So hatte Kennard aus Warschau am 30. 3. 1939, einen Tag vor der Garantieerklärung an Polen, telegraphiert:

> „Es ist natürlich unwahrscheinlich, daß die polnische Regierung Deutschland vorsätzlich provozieren wird. Aber im gegenwärtigen Zustand der Empfindungen hier kann keineswegs die Möglichkeit von einigen impulsiven Aktionen ausgeschlossen werden.“[66])

---

[62]) ebenda Bd. III S. 261.
[63]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. V Doc. 605.
[64]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 522.
[65]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 110. Kennard an Halifax am 16. 2. 1939.
[66]) ebenda Vol. IV Doc. 573.

Kennard am 16. 8. 1939:

„Da ich mit jenen Teilen meiner Unterhaltung mit Mr. Beck nicht ganz zufrieden war, die sich auf die Presse und die Minderheiten bezogen, griff ich diese Angelegenheiten bei dem Vizeminister für Auswärtiges, der sich mit diesen Fragen befaßt, heute morgen erneut auf....

Ich fühlte, daß die polnische Regierung jeden Versuch unternehmen müßte, das Erscheinen von irgendwelchen Artikeln in der polnischen Presse zu verhindern ...., die Anlaß für eine äußerste Verbitterung Hitlers sein könnten, und daß die betreffenden Behörden veranlaßt werden sollten, alle Ausschreitungen gegen die deutschen Minderheiten zu vermeiden."[67])

Kennard am 17. August 1939:

„Ich habe diese Leute (die Polen) damit beeindruckt, daß Hitler gegenwärtig noch unentschlossen scheint und daß es daher wesentlich ist, daß kein Ereignis, kein Wort in der Presse oder kein Fall von Mißhandlung der Minderheit ihm einen Vorwand geben dürfe, loszuschlagen (to go off the deep end)....

Ich habe meinem amerikanischen Kollegen gegenüber, der hier einen erheblichen Einfluß hat, erwähnt, er solle deutlich machen, daß es für Polen in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit sehr von Nachteil sein könne, wenn Hitler eine lange Liste mit Fällen von Mißhandlungen der deutschen Minderheit hier vorweisen oder irgendwie nachweisen würde, daß sich Polen unvernünftig verhalten hat....

Sie mögen sich auf mich verlassen, daß ich mein Bestes tun werde, um die extremen Empfindungen hier zu kontrollieren, aber man kann sie natürlich nicht zu weit drängen — in der Tat würde es sinnlos sein, dies zu tun."[68])

Henderson am 16. August 1939:

„Was Hitler über die Haltung der Presse sagt, ist unglücklicherweise wahr. Wenn wir eine Katastrophe zu vermeiden wünschen, müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wir werden sicherlich Krieg haben, wenn die Presse davon spricht, Hitler habe sich einschüchtern lassen. Sicher würde die Presse, wenn ihr dies ganz klar gesagt würde, ihre Verantwortung erkennen. Die Geschichte wird die Presse allgemein verurteilen, die Hauptursache für den Krieg gewesen zu sein....

Ich bin überzeugt, daß Hitler die Wahrheit spricht, wenn er erzählt, daß er dieses Jahr seine Generale zurückhalten muß. Von allen Deutschen, ob Sie es glauben oder nicht, ist Hitler der am meisten gemäßigte, soweit es Danzig und den Korridor betrifft....

Wenn ein Waffenstillstand hergestellt werden soll — und dies ist die letzte Hoffnung —, dann muß die Mißhandlung der deutschen Minderheiten in Polen beendet werden. Ich wünschte, daß einige englische Zeitungen Korrespondenten dorthin schicken, um sich selbst — und Sie zu informieren. Weizsäcker hat mich in dieser Frage schon sehr ge-

---

[67]) ebenda Vol. VII Doc. 21.

[68]) ebenda Doc. 48.

drängt. Unsere Botschaft in Warschau weiß nichts darüber, ebensowenig wie ich etwas darüber weiß, was in den deutschen Provinzen geschieht. Wie könnte ich es? Warschau mit seiner zivilisierten und intelligenten, um nicht zu sagen schlauen Clique, mit der man dort verkehrt, ist eine Seite. Draußen auf dem Lande sind die Polen eine äußerst unzivilisierte Masse (lot). ‚Ruhig und zurückhaltend'. Ja, zweifellos an der Spitze und wenn Worte etwas bedeuten. Aber woanders, nein. Ich habe zu viele Geschichten von gut informierten Neutralen gehört, um ein Wort davon zu glauben."[69])

Doch auch diese Empfehlungen veranlaßten die britische Regierung nicht, sich zu informieren oder die Polen zur Mäßigung zu mahnen. Lediglich am 26. 8. schlug London vor, die polnischen Führer sollten die Reichsregierung ersuchen, der Aussiedlung der volksdeutschen Minderheit zuzustimmen[70]). Gleichzeitig sollte Polen neutralen Beobachtern die Einreise gewähren. Beide Vorschläge sollten Hitlers detaillierten Beschwerden über die mißhandelten Volksdeutschen in Polen den Boden entziehen. War auch Beck „im Prinzip" mit der Vertreibung der Volksdeutschen einverstanden, so lehnte er doch neutrale Beobachter „in seiner ersten Reaktion" ab, ohne jemals ernsthaft dieses Thema, sofern Verhandlungen damit verbunden waren, wieder aufzugreifen. Selbst ein nachfolgender Hinweis Kennards auf den Umweg über den Papst und den „ausgezeichneten Eindruck auf die öffentliche Weltmeinung" vermochte ihn nicht umzustimmen[70]). Es war bereits der Tag, an dem die polnische Regierung „wegen Hitlers Sprache in seiner Unterredung mit Henderson vom 25. August" intern die sofortige Mobilmachung gefordert hatte[71]). Wiederum hatte Polen „für die Methode, durch Gewalt oder Drohung politische Ziele zu verfolgen, eine unglückselige Vorliebe entwickelt", wie sie bereits seit der Neubildung des polnischen Staates 1918 nachweisbar ist[72]).

Es hat nicht nur den britischen Botschafter Henderson eigenartig berührt, als er erfuhr, daß Hitler sogar noch am 29. August einwilligte, mit Polen über einen Bevölkerungsaustausch zu verhandeln[73]). Offenbar hatte er keine Kenntnis davon, daß bereits im Sommer 1939 die reichsdeutschen Männer den Rat erhalten hatten, ihre Frauen und Kinder nach Deutschland zu schicken.

„In der letzten Augustwoche sollte außerdem die (deutsche) Botschaft (in Warschau) die Beschäftigungslosen oder diejenigen, die ‚als besonders gefährdet anzusehen sind', warnen und zur Rückkehr in die Heimat

[69]) ebenda Doc. 37.
[70]) ebenda Doc. 335, 365 und 372.
[71]) ebenda Doc. 391.
[72]) E. Kordt „Nicht aus den Akten" S. 285.
[73]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 455.

auffordern. Die übrigen sollten sich vor Verfolgungen zu schützen versuchen, die als unvermeidlich galten. Parteifunktionäre und Journalisten sollten Zuflucht in den Häusern von befreundeten Angehörigen neutraler Staaten suchen.“[74])

Henderson gestand ein, daß „wir Polen den Gartenpfad so weit entlanggeführt haben“[75]), daß somit London die Führung und Verantwortung in dieser Entwicklung übernommen hatte:

„Wenn der Krieg schicksalhaft bestimmt ist, wird er kommen. Aber er wird der stupideste aller Kriege sein, und die Geschichte wird erklären, daß die Welt total verrückt gewesen ist....

Die Polen werden, so glaube und fürchte ich, furchtbare Schläge erhalten, und ich kann nicht sehen, was sie in Wirklichkeit dabei gewinnen könnten. Ihre Grenzen zu erweitern, wird nur Streitigkeiten bedeuten, wahrscheinlich von beiden Seiten in der nächsten Generation. Ich bete nur dafür, daß wir es nicht bedauern werden, sie auf diesen schmalen Gartenpfad zu führen, nur um Befriedigung darüber zu empfinden, daß sie Hitler und die Nazi-Gangster in die Schienbeine getreten haben.“[76])

Die Erweiterung des Blankoschecks am 25. August 1939

Nach dem Scheitern der britisch-französisch-sowjetischen Militärgespräche und dem überraschenden Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes — er war kein „Bündnis“, wie es die Westmächte hatten abschließen wollen! — war eine von keiner Partei vorausgesehene Konstellation in Europa gegeben. Wie betrachteten die beiden maßgebenden britischen Politiker Neville Chamberlain und Lord Halifax diese neue Situation, und was taten sie?

Der Londoner US-Botschafter Kennedy berichtete seinem Staatssekretär Hull am 23. 8. 1939 über ein Gespräch mit dem britischen Premier. Chamberlain sagte, er könne nichts unternehmen, um die Polen zu bewegen, irgendeine Konzession zu machen, und fügte wörtlich hinzu:

„Wenn der Präsident (der USA) irgendeine Aktion für den Frieden erwägt, müßte Beck, so scheint es mir, in Polen bearbeitet werden. Und um dies wirksam zu machen, muß es schnell geschehen. Ich sehe keine andere Möglichkeit.“[1])

---

[74]) L. de Jong „Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg“ S. 146.

[75]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 158. Henderson an Halifax am 22. 8. 1939.

[76]) ebenda Doc. 49 Henderson an Sir O. Sargent am 17. 8. 1939.

[1]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 355/356.

Kennedy wenige Tage später:

„Offen gesagt ist er (Chamberlain) mehr beunruhigt darüber, die Polen zur Vernunft rufen zu müssen als die Deutschen. Er fühlt, daß ein mächtiger Einfluß der öffentlichen Meinung in England, geführt wahrscheinlich von Eden und Churchill, den Polen nahelegt, nichts aufzugeben, und daß sie Hitler zum Laufen gebracht haben. Das bedeutet natürlich Krieg. Aber in der Zwischenzeit drängte er Henderson, Hitler zu erklären, daß nach alledem die Danziger Situation ein kleines Teilproblem ist. Was in Wirklichkeit einer Regelung harrt, ist eine Bearbeitung des ganzen europäischen wirtschaftspolitischen Problems."[2])

Neville Chamberlain gestand am 25. 8. im Unterhaus, sich noch nicht um eine sachliche Beurteilung der deutschen Beschwerden über die Behandlung der Volksdeutschen durch Polen bemüht zu haben[3]). In der Position, in die sich Großbritannien selbst versetzt hatte, wäre es unerläßlich gewesen, sich intensiv um objektive Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten und Eindämmung aller Gefahren (Mobilmachung, Pressehetze u. ä.) zu bemühen. Nichts dergleichen geschah. Chamberlain hat auch die britische Presse, von der er feststellte, daß ihr Vorgehen „natürlich Krieg bedeutet", nicht gezügelt, auch nicht zu zügeln versucht. Im Gegenteil. Chamberlain hat an diesem denkwürdigen 25. 8. 1939 auch seinerseits die Abgeordneten des Unterhauses bewußt falsch informiert und somit erneut der Presse die zündenden Schlagworte, „die natürlich Krieg bedeuten", zugespielt. Er erklärte in dieser Rede:

„Die internationale Situation hat sich bis heute ständig verschlechtert. Wir sehen uns einer immanenten Kriegsgefahr gegenüber. . . .

Die deutsche Presse erklärte, daß Danzig kein Gegenstand einer Konferenz oder eines Kompromisses sein könne und daß es sofort und bedingungslos zum Reich zurückkommen müsse. . . .

Die deutsche Presse publizierte eingehende Berichte über eine behauptete schlechte Behandlung der in Polen lebenden Deutschen. Gegenwärtig haben wir keine Mittel, die Richtigkeit dieser Geschichten zu prüfen, aber wir können uns nicht helfen, von dem Tatbestand betroffen zu sein, daß sie eine starke Ähnlichkeit mit Behauptungen haben, die im vergangenen Jahr hinsichtlich der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei aufgestellt worden sind. . . .

Aber ich glaube, es wird zugestimmt werden, daß angesichts dieser Kampagne (der deutschen Presse?) die Erklärungen der polnischen Staatsmänner große Ruhe und Zurückhaltung gezeigt haben. Die polnischen Führer waren, indem sie in ihrer Entschlossenheit festblieben, einem Angriff auf ihre Unabhängigkeit zu widerstehen, nicht provozierend. Sie waren immer bereit, so wie sie sicherlich auch jetzt bereit sein werden, Differenzen mit der deutschen Regierung zu diskutieren, wenn sie

---

[2]) ebenda S. 392. Kennedy an Hull am 30. 8. 1939.

[3]) W. Jedrzejewicz „Poland in the British Parliament 1939—1945" Vol. I S. 152, 153, 155.

sicher sein können, daß solche Diskussionen ohne Macht- oder Gewaltdrohungen geführt werden, und mit einiger Aussicht, daß, wenn eine Übereinkunft erreicht würde, ihre Bedingungen nachher dem Buchstaben und dem Geist nach eingehalten würden....

In Berlin wurde die Ankündigung (des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes) mit außerordentlichem Zynismus als großer diplomatischer Sieg begrüßt, der jede Kriegsgefahr beseitigt, sofern wir und Frankreich unsere Verpflichtungen gegenüber Polen in Frage stellen würden. Wir fühlen unsere erste Pflicht darin, solche gefährlichen Illusionen zu zerstreuen."[3])

„Die ständige Verschlechterung der internationalen Situation" in den letzten Monaten veranlaßte Chamberlain jedoch nicht, die britische Politik umzustellen, ja er warnte vor solchen „gefährlichen Illusionen". Während Chamberlain ausnahmslos die „deutsche Presse" zitierte und sie mit „Berlin" gleichsetzte, hat er den Abgeordneten vorenthalten, daß Hitler die „sofortige bedingungslose Rückkehr Danzigs zum Reich" bis zu diesem Datum nicht gefordert und insgesamt „große Ruhe und Zurückhaltung" gezeigt hatte. Während Lord Halifax am 24. 8. 1939 vor dem Oberhaus noch einen entscheidenden Unterschied zwischen der „aggressiven polnischen Presse" und der „Haltung der polnischen Regierung" machte, erkannte Chamberlain einen solchen Unterschied zwischen der deutschen Regierung und der deutschen Presse nicht mehr an, obwohl Polen gleichermaßen autoritär regiert und die polnische Presse — wenn auch mit anderer Grundhaltung als in Deutschland — scharf zensiert wurde. In der gleichen Richtung lag, daß Chamberlain die Abgeordneten des Unterhauses wohl über die militärischen Vorbereitungen in Deutschland, nicht hingegen über die in Polen informierte. Es war unwahrhaftig zu behaupten, die polnischen Führer seien nicht provozierend und immer wie „auch jetzt" noch bereit gewesen, „Differenzen mit der deutschen Reichsregierung zu diskutieren". Gewiß! Polen war bis Januar 1939 zu solchen Aussprachen bereit gewesen — bis sich London einschaltete, weil die britische Regierung „befürchtete", Polen und Deutschland könnten zusammengehen[4]). Ihre den Polen aufgedrängte vorbehaltlose, ursprünglich gar nicht erbetene Garantie hatte das offensichtliche Ergebnis, daß Polen fortan nicht mehr bereit war, „Differenzen mit der deutschen Reichsregierung zu diskutieren"! Dieser Zusammenhang war so offensichtlich, und Chamberlain hatte fünf Monate Zeit, ihn gründlich zu studieren, daß er dessen am 25. August gegenwärtig sein mußte. Daß Polen Ende März 1939 jedes Gespräch mit der Reichsregierung unter Kriegsdrohung abgelehnt hatte,

---

[4]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 207.
und J. Colvin „Vansittart in Office" S. 301.

mußte Chamberlain genauso bekannt gewesen sein wie die Tatsache, daß die deutschen Presseberichte vom September 1938 über die Mißhandlungen der Sudetendeutschen durch die Tschechen sachlich richtig gewesen waren; dies hatte Sonderbotschafter Runciman längst bestätigt[5]).

Unwahrheiten jedoch mußten zur weiteren Verschärfung der internationalen Lage führen. Dies um so mehr, als Chamberlain in seiner Rede nicht einmal in Erwägung gezogen hatte, wie man mit Hilfe eines politischen oder diplomatischen Bemühens „die Dinge wieder in Ordnung bringen" könnte.

Vielmehr behauptete er,

> „daß die Zeit gekommen ist, da sie (die Regierung) das Parlament um Zustimmung für weitere Verteidigungsmaßnahmen ersuchen muß."[6])

Und wie verhielt sich an diesem denkwürdigen 25. August 1939 sein Außenminister? Lord Halifax gab dem polnischen Botschafter seine definitive Kriegsentschlossenheit in einer Weise zu verstehen, daß Raczynski damals „noch entsetzt war über einen solchen Versuch". Halifax

> „zweifelte keinen Augenblick daran, daß irgendein Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen, seit Abschluß der deutsch-sowjetischen Vereinbarung außerhalb der Debatte stehe (had been out of the question)."[7])

Sein Premierminister hatte soeben noch zugestanden — ohne allerdings diese Möglichkeit aufzugreifen —, daß man in Berlin die deutsch-sowjetische Übereinkunft als einen den Krieg ausschließenden Pakt begrüßt und an England den Wunsch herangetragen habe, das Seinige für die Verhinderung des Krieges zu tun. Halifax dagegen glaubte nach dem Motto:

> „Meine Vernunft zeigt mir keinen Ausweg außer Krieg"[8]),

„daß die Polen nicht die Absicht haben, die absolut notwendigen Kontakte mit Deutschland aufzunehmen", um, „wenn nicht über Danzig, so doch zumindest über die Minderheiten oder einen anderen Punkt" zu diskutieren. Im gleichen Schreiben präzisierte der US-Botschafter,

> „daß England definitiv in den Krieg gehen wird, wenn Polen zu kämpfen beginnt (if Poland starts to fight)"[9])

— also nicht dann, wenn Polen a n g e g r i f f e n wird!

---

[5]) Dokumente und Materialien zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges russ. Bd. I 1937—1938 S. 226 ff.

[6]) W. Jedrzejewicz „Poland in the British Parliament 1939—1945" Vol. I S. 155.

[7]) E. Raczynski „In Allied London" S. 24.

[8]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 342.

[9]) ebenda S. 340. Kennedy an Hull am 23. 8. 1939.

Bedenkt man, daß die britische Regierung Hitler faktisch gezwungen hat, eine Absprache mit Stalin zu suchen, so verdeutlicht die Reaktion Halifax' nach dem 23. 8. den Kriegswillen Londons sehr drastisch. In aller Offenheit gab man den „befreundeten" Diplomaten zu verstehen, daß fortan alles auf die „Unausweichlichkeit eines Krieges mit Deutschland" abgestellt sei. Diese Einstellung war ganz dazu angetan, die Polen, „deren Mut und Kampfgeist die westlichen Mächte unterschätzten"[10]), zu neuen Provokationen zu ermuntern. Nichtoffizielle, aber sehr einflußreiche Kreise Englands standen Lord Halifax zur Seite.

Der Londoner Botschafter Polens, Raczynski, berichtete hierüber:

> „Churchill telephonierte täglich, und gleichermaßen tat es Lord Lloyd an diesem Abend (30. 8. 1939). Mister Harcourt Johnstone, der die liberale Partei repräsentierte, kam, um mich zu sehen. Alle Leute drückten ihre Sorge darüber aus, daß die Polen schwach werden und der Gewalt nachgeben könnten. Ich drängte sie meinerseits (in return), ihre seltsamen und manchmal nicht richtig einzuschätzenden Landsleute auf die richtige Linie zu bringen." (Raczynski's ‚richtige Linie' war Ablehnung aller Kompromisse — s. ebenda S. 23)[11]).

> „Neben Dalton und Harcourt Johnstone erhielt ich tägliche Telephonanrufe von Churchill, Bracken, Sandys und anderen, in denen die gleichen Befürchtungen wiederkehrten: Würde der Premierminister sein Wort uns gegenüber halten und würden wir unsererseits als der Eckstein der britischen ‚Friedensfront' auf dem Kontinent festbleiben? Diese Haltung (Verachtung der Friedenspolitik) wurde durch teils signierte teils anonyme Briefe ergänzt, die Tag für Tag hereinströmten. In den früheren Stadien der Krise gaben sie uns den Rat, Danzig flachzubomben oder den Nazi-Parteitag in Tannenberg auszunutzen (der dann nicht stattfand), um Hitler und seine Freunde mit einer wohlgezielten Bombe zu vernichten."[12])

Und die Rückwirkungen?

> „In dieser beunruhigenden Zeit rief ich fast täglich Lord Halifax an, dessen Vertrauen ich errungen hatte und der von Zeit zu Zeit deutlich zeigte, daß er meine eigene Meinung über die Situation teilte (Ablehnung jeder Befriedung), obgleich er sich verpflichtet fühlte, mir sehr unterschiedliche Argumente des inneren Kabinettes mitzuteilen. Er schrieb gewöhnlich meine Kommentare nieder, offensichtlich, um sie als Munition vor diesem Forum zu benutzen."[12])

---

[10]) E. Raczynski „In Allied London" S. 22.

[11]) ebenda S. 20.

[12]) ebenda S. 24, 23.
Das letzte diesbezügliche Telephongespräch führte Winston Churchill bezeichnenderweise am 3. 9. 1939 um 23 Uhr und erklärte: „Von heute an bin ich Erster Lord der Admiralität. Sollten Sie mich benötigen, so stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung" (ebenda S. 30).

Mit Rückendeckung dieser Kräfte startete Lord Halifax in den letzten Friedenstagen ein weiteres Unternehmen, das Historiker als „Betrug“ zu definieren pflegen[13]). (Siehe: „Die letzten Friedenstage“).

Obwohl die britische Regierung seit einem Jahr von ihren eigenen Diplomaten laufend vor der polnischen Starrköpfigkeit gewarnt worden war[14]), hat sie nie ihre vorbehaltlose Garantie für den Fall in Frage gestellt, daß Polen Verhandlungen verweigerte. Nur ein einziges Mal brachte sie diese Drohung ins Gespräch: Bei dem Besuch des polnischen Außenministers in London am 4./6. 4. 1939, als Beck sich nicht bereit fand, einen Beistandspakt mit Rumänien abzuschließen, der sowohl bei einem deutschen Angriff gegen Polen als auch bei einem ungarischen gegen Rumänien wirksam werden sollte[15]). Mit anderen Worten:

> „als die Briten enttäuscht waren, als sie fühlten, daß er (Beck) nicht bereit war, jener Zusammenarbeit zuzustimmen, die sie als notwendig erachteten.“[16])

Die britische Regierung benutzte also ihre Garantie geradezu als Druckmittel zur Ausweitung des Krisenherdes.

Dabei waren am 25. August 1939 bereits Monate einer sich ständig aufstauenden Spannung infolge des Verhaltens der Polen vergangen, und Präsident Roosevelt hatte sich bereits in einer offiziellen Note an Warschau mit den Worten gewandt:

> „Der Präsident drückt seine Überzeugung aus, daß es sowohl im Interesse der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten als auch anderer Teile der Welt im höchsten Grad wichtig ist, daß die Geschichte nicht bezeugen könne (history should not record), daß im Fall irgendeiner militärischen Krise, die sich aus der Danzig-Affäre ergibt, der erste Akt militärischer Aggression von Polen durchgeführt worden sei.“[17])

Am 23. 8. hatte Lord Halifax vom polnischen Botschafter in London, Raczynski, erfahren, daß Polen solange nicht zu verhandeln gedenke, bzw. „er skeptisch sei hinsichtlich des Wertes solcher Verhandlungen“, „solange wir noch in eine Technik des Nervenkrieges verwickelt sind“, die durchaus noch für einige Zeit andauern werde[18]). Einen Tag später erfuhr er aus Warschau, daß die polnische Regierung ernste militärische Maßnahmen ergriffen habe, die auf die Mobilisierung von ⅔ der polnischen Armee hinausliefen[18]). Trotz dieser alarmierenden Nachricht

---

[13]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 272 und D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 719.

[14]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 110 Kennard an Halifax am 16. 2. 1939.

[15]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 117 Bullitt an Hull am 6. 4. 1939.

[16]) ebenda S. 112 Kennedy an Hull am 5. 4. 1939.

[17]) ebenda Vol. I S. 211 Biddle an Beck am 10. 8. 1939.

[18]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 206 und Doc. 227.

erweiterte die britische Regierung am 25. August aus eigener Initiative die Garantie an Polen auf Fälle „indirekter Bedrohung der Unabhängigkeit“ und „gefährdeter Neutralität“ der Länder Belgien, Holland, Litauen, Estland, Lettland — freilich nur durch Deutschland. Wenige Tage vorher hatte sie sich noch angeschickt, Polen bzw. Ostpolen und somit auch die baltischen Staaten an die UdSSR zu verkaufen; es war also gar kein echtes Anliegen Englands, Unabhängigkeit oder Neutralität dieser Staaten zu sichern. Somit mußte auch dieser Passus in der erweiterten Polen-Garantie einem anderen als dem vorgegebenen Ziel dienen. Der Vertrag enthielt außerdem die Verpflichtung, keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen — eine Klausel, die bislang nur in Verträgen zwischen Kriegführenden üblich war.

Neu war an diesem Abkommen vom 25. August, daß Chamberlain und Halifax auch für den Fall einer „indirekten Bedrohung“ die vorbehaltlose Unterstützung Großbritanniens zusagten, wobei in dem veröffentlichten Text nicht erläutert wurde, was dies zu bedeuten hatte. Polen jedoch wurde in dem zusätzlichen Geheimabkommen bescheinigt, daß hiermit die „Freie Stadt“ Danzig angesprochen war.

> „Hitler konnte das nicht wissen und nahm an, daß sich England nicht gegen die Rückgabe Danzigs an Deutschland stemmen würde. Beck wußte davon und konnte es ablehnen, die Zukunft Danzigs mit Deutschland zu erörtern, da er sicher sein konnte, daß ein deutscher Schritt zur Eroberung der Freien Stadt die Briten zum Eingreifen auf polnischer Seite veranlassen würde. Beck wußte auch, daß das Geheimprotokoll exakt und bestimmt war: ‚Der von Artikel zwei zur Anschauung gebrachte Fall ist der der Freien Stadt Danzig‘. Selbst eine indirekte Bedrohung Danzigs würde den Vertrag in Kraft treten lassen.“[19])

Obwohl Großbritannien zumindest im Verlauf der monatelangen Gespräche mit Moskau erkannt haben mußte, daß Polen die UdSSR fürchtete, während es Deutschland überlegen zu sein glaubte, obwohl ferner bekannt war, daß Hitler im Gegensatz zu Stalin kein polnisches Land zu annektieren gedachte, sondern sich sogar bereit erklärt hatte, die Grenzen und die Unabhängigkeit Polens zu garantieren, blieb auch die erweiterte Garantie lediglich gegen Deutschland gerichtet. Demnach war London nachweislich nicht um die Unabhängigkeit und den Besitzstand Polens besorgt! Winston Churchill sollte später eingestehen:

> „Niemals haben wir eine bestimmte Grenze Polens garantiert.“[20])

---

[19]) M. Gilbert und R. Gott „Der gescheiterte Frieden“ S. 216.
vergl. den Vertragsentwurf v. 10. August 1939 in Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI Doc. 613, vor allem Art. 3, der eine „Bedrohung der Unabhängigkeit Polens“ auch im Falle einer „wirtschaftlichen Durchdringung“ vorsieht.

[20]) E. J. Rozek „Allied Wartime Diplomacy“ S. 109 Churchill am 22. 2. 1944.

„Wir sind nicht wegen irgendeiner bestimmten Grenzlinie in den Krieg gezogen."[21])

Die Erklärung des Lord Halifax (23. 8. 1939), mit der er „jeden Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen", als „außerhalb jeder Diskussion stehend" bezeichnete[22]), bekundete eindeutig Kriegswillen für britische Interessen, nicht Hilfswillen für Polen.

Zu diesem englischen Kriegswillen haben die Einflüsterungen deutscher Widerständler entscheidend beigetragen. Durch die bereits im Jahre 1934/35 aufgenommenen Geheimkontakte zwischen Angehörigen deutscher Behörden (Goerdeler, Erich und Theo Kordt, Staatssekretär von Weizsäcker u. a.), die ihrerseits bereits Verschwörungspläne mit Offizieren der Wehrmacht und Männern der deutschen Wirtschaft und Verwaltung abgesprochen hatten, und britischen Politikern (Churchill, Vansittart, Halifax) wurde die britische Führung in dem Glauben bestärkt, eine „feste Sprache", ein Kriegsentschluß und auf jeden Fall der Krieg selbst bringe das „Hitler-Regime" durch eine innerdeutsche Revolution zum Einsturz[23]). Das ist mit ein Grund dafür, daß der von vielen Kreisen Englands und der USA attackierte und seinem Sturz als Premierminister entgegensehende Chamberlain im Glauben an die sich nunmehr auftuende Möglichkeit eines leichten Sieges über Deutschland auf die Kriegslinie einschwenkte.

Nur unter diesen Aspekten konnten auch die Polen in den Irrglauben verfallen, daß sie wenige Tage nach Kriegsausbruch in Berlin einmarschieren würden und daß die sowjetische Macht infolge des zu erwartenden schnellen deutschen Zusammenbruchs keine Zeit habe, die ostpolnische Grenze zu überschreiten. Diese Illusionen aber beweisen wiederum, daß man sich in London, Washington und Warschau bewußt war, wie sehr die Entscheidung „Krieg oder Frieden" in der eigenen Hand lag.

Vernichtung Deutschlands als Kriegsziel

England, der „Beschützer der kleinen Nationen", hatte schon vom Frühjahr 1939 an versucht, mit Garantien, falschen Alarmmeldungen, Anfragen und Ermunterungen den Willen der kleinen Nationen in einer Weise gleichzuschalten, die die Unsicherheit und die Gefahren nur ver-

---

[21]) Geheimer Schriftwechsel zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin während des Krieges 1941—1945 russ. Bd. I S. 193 Churchill an Stalin am 1. 2. 1944.

[22]) E. Raczynski „In Allied London" S. 24.

[23]) I. Colvin „Vansittart in Office" S. 125/126, 135, 210, 234—237, 281, 315, 331 ff.

größern mußte. Warum hatten Paris und London um ihrer Partie mit Moskau willen das Baltikum und Ostpolen Stalin faktisch als Preis geboten? Halifax hatte die „Nachteile und Risiken, die die Erlaubnis für sowjetische Truppen auf polnischem Boden mit sich bringen, voll anerkannt“[1]). Die einseitige Kriegserklärung an Deutschland im Verlauf des Polenfeldzuges, die bereits in einer geheimen Zusatzklausel des britisch-polnischen Garantievertrages festgelegt war, zeigte, daß es nicht um ethische Grundsätze ging. Das spätere Verhalten der britischen Regierung, vor allem ihre militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die Kapitulation vor Stalin in den Konferenzen von Moskau, Teheran, Jalta und Potsdam, vergrößerte noch die Ausmaße dieser moralischen Entwurzelung. Man vergleiche nur das Ausmaß der widerspruchslosen Übereignungen an die Sowjets durch die westlichen Alliierten (Alleinherrschaft über ganz Osteuropa und den Balkan, Beteiligung an der Herrschaft im Mittelmeer und Vorderen Orient) mit dem von diesen gleichen Mächten zum Anlaß eines Zweiten Weltkrieges genommenen Rückkehrwillen Danzigs zum Deutschen Reich!

Ungeachtet dieser Hintergründe gab Lord Halifax vor, für Menschenrechte, für Frieden, ideale Grundsätze zu kämpfen, und erklärte am 7. 11. 1939 über BBC-London:

> „Die neue Welt, die England zu verwirklichen suche, werde die Zusammenarbeit aller Völker auf der Grundlage der Gleichheit, der Selbstachtung und Verträglichkeit der Menschheit mit sich bringen. England werde Mittel finden müssen, um notwendige Revisionen in einer fortwährend sich verändernden Welt zu vereinen mit der Sicherung gegen Störungen des allgemeinen Friedens durch Anwendung von Gewalt.“[2])

Gerade die Anwendung dieser Grundsätze aber hatte er Deutschland gegenüber verweigert. „Recht“, „Gleichheit“, „Selbstachtung“ hieß in London, was dem „europäischen Gleichgewicht“, also den britischen Machtinteressen diente. Ein Vergleich zwischen den später proklamierten Kriegszielen und der Praxis drängt sich auf. Während man soeben noch offen erklärte, man sei in den Krieg gegen Deutschland gerade wegen seiner Regierungsform gezogen, legte man in der Atlantik-Charta fest, daß jedes Volk seine Regierungsform wählen könne, die es wolle. Alle in den alliierten Kriegskonferenzen aufgestellten Postulate blieben außer Betracht, soweit es um Deutschland, aber auch um Polen und die anderen Völker Osteuropas ging.

Vansittart, der Chefberater des britischen Außenministers, bekannte zu einem deutschen Widerständler am 31. 8. 1939, also einen Tag vor Beginn des Polenfeldzuges, „zitternd vor Erregung“:

---

[1]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 91.
[2]) S. Hedin „Amerika im Kampf der Kontinente“ S. 175.

„England wird diesen Krieg bis zum Äußersten durchfechten, und wie Samson in der Bibel werden wir die Säulen des Palastes einreißen und alles darunter begraben. . . .

Ein rechtzeitiger Kriegsabbruch (wahrscheinlich ein beabsichtigter Druckfehler, der aber auch in dieser verharmlosenden Form keinen Sinn gibt, sondern heißen muß — Kriegsausbruch) würde zwar den Tod Tausender, aber nicht von Millionen bedeuten."[3])

Winston Churchill bekannte im November 1939, wenige Tage nach den Vermittlungsvorschlägen von Belgien und den Niederlanden, im britischen Rundfunk:

„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands."[4])

Nicht die Vernichtung des Nationalsozialismus! Freilich versäumt auch Churchill nicht, die Vernichtung der „Nazityrannei" zu proklamieren:

„Dies ist nicht eine Frage des Kampfes für Danzig oder Polen. Wir kämpfen, um eine ganze Welt von der Pestilenz der Nazi-Tyrannei zu befreien und zur Verteidigung von allem, was dem Menschen am heiligsten ist."[5])

Hätte sich Hitler zum Ziel seiner Politik gesetzt, „die ganze Welt" von der „Pestilenz der britischen Tyrannei" zu befreien und „zur Verteidigung von allem, was dem Menschen am heiligsten ist" — welche Anklagen hätte er sich damit zugezogen?

Der britische Feldmarschall Lord Milne warnte wenige Wochen nach Kriegsbeginn

„vor der gefährlichen Theorie, daß wir nicht gegen das deutsche Volk kämpfen. Der Krieg in Polen ist typisch für die angeborene Brutalität des deutschen Volkes überhaupt. Krieg ist Krieg. . . . Ich hoffe, unsere Schläge werden hart, vielfältig und absolut mitleidlos sein."[6])

Premierminister Chamberlain legte in einem Brief vom 8. 10. 1939 ein für einen „friedliebenden Politiker" recht eigenartiges Bekenntnis ab:

„In den drei Tagen der letzten Woche erhielt ich 2 450 Briefe, und 1 860 davon lauteten ‚stop the war' (beendige den Krieg) in dieser oder jener Form. . . .

Ich bekenne, ich war ängstlich (anxious), als ich Hitlers geschickte (clever) Rede las (Friedensangebot Hitlers nach dem Polenfeldzug) und besonders als die erste amerikanische Reaktion berichtet wurde, daß er eine sehr ansprechende Reihe von Vorschlägen gemacht hätte. . . ."[7])

---

[3]) E. Kordt „Nicht aus den Akten" S. 338.
[4]) H. Grimm „Warum, woher aber wohin?" S. 350 und 441 und S. Hedin, ebenda.
[5]) J. F. C. Fuller „Der Zweite Weltkrieg" S. 22.
[6]) E. J. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch" S. 535.
[7]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 424.

Wie sehr sich die britische Regierung bemüht hatte, alle Friedensmöglichkeiten zu sabotieren, um ihrem Kriegsziel gerecht zu werden, ist u. a. auch aus der Reaktion auf die Europareise des US-Unterstaatssekretärs Sumner Welles im Februar/März 1940 ersichtlich. US-Staatssekretär Cordell Hull schrieb hierzu:

> „Die Gerüchte (über diese Reise von Sumner Welles) erfüllten die Alliierten und kleinen Neutralen mit Bestürzung darüber, daß sich der Präsident nach der Rückkehr von Welles für den Frieden einsetzen könnte. So hielt Roosevelt am 16. 3. 1940 auch eine Rundfunkrede, aus der ersichtlich war, daß solche Befürchtungen zu Unrecht bestehen. In gleichem Sinne unterrichtete Cordell Hull die Presse. Bevor Welles Rom verließ, versicherte auch er der Presse noch einmal, daß seine Reise nicht der Friedensvermittlung diene. Auf diese Aktivität hin bedankte sich am 22. 3. 1940 der britische Botschafter in Washington, Lothian, sogleich bei Roosevelt und Cordell Hull für die prompte Weise, in der unsere Regierung tätig geworden sei, um die Ausbreitung der ‚Friede um jeden Preis'- Empfindungen zu bremsen und zu zerstreuen.
>
> Fußten diese doch auf allen möglichen Gerüchten darüber, was Welles in Europa aufgetragen sei, um einen Verhandlungsfrieden zustande zu bringen, der ‚gleichbedeutend mit einem deutschen Sieg sei'.
>
> Er sagte, daß Bemühungen, die darauf gerichtet seien, einen Verhandlungsfrieden zustande zu bringen, die britische und französische Kriegssituation belasten würden (injure)."[8])

Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität und Minister für wirtschaftliche Kriegführung, erklärte bei der Feier des Georgsfestes am 25. 4. 1940 in einem Toast auf England:

> „Der kommende Friedensvertrag muß weit härter und mitleidloser werden als Versailles. Wir dürfen keinen Unterschied machen zwischen Hitler und dem deutschen Volk. Wir dürfen uns nach dem Sieg nicht wieder durch das Betteln der Deutschen beeinflussen lassen, daß nur wenige, daß nur die Hitler-Regierung die Verbrechen begangen habe. Wir müssen Hitler beim Wort nehmen, daß *er* das deutsche Volk sei."[9])

Lord Vansittart, Chefberater des Foreign Office, 1941:

> „Hitler ist kein Zufall. Er ist das natürliche Produkt einer Rasse, die von den frühesten Tagen der Geschichte an räuberisch und kriegslüstern war. . . .
>
> Durch die Gnade Gottes und zur Rettung der Menschheit werden wir die Erde von Deutschland befreien und Deutschland von sich selbst."[10])

Tenor seiner Rundfunkansprachen im BBC 1941:

> „Gewalt und Betrug, Betrug und Gewalt: das ist das alte deutsche Evangelium . . . Die Deutschen haben nie ein Wort verpfändet, ohne es zu brechen, haben keinen Vertrag geschlossen, ohne ihn zu schänden,

---

[8]) C. Hull „The Memoirs of Cordell Hull" S. 739/740.
[9]) E. J. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch" S. 114/115.
[10]) R. Vansittart „Black Record" S. 14 ff.

berührten kein internationales Treuegesetz, ohne es zu besudeln. Seit Generationen haben sie jedes Vertrauen unter den Menschen zerstört."[11])

Winston Churchill im Unterhaus am 15. 2. 1942:

„Davon (Eintritt der USA in den Krieg) habe ich geträumt, darauf habe ich hingearbeitet, und nun ist es soweit."[12])

in einem Brief an Stalin vom 24. 1. 1944:

„Wir dachten nicht an den Abschluß eines Separatfriedens sogar in jenem Jahr, als wir ganz allein waren und leicht einen solchen Frieden hätten abschließen können ohne ernste Einbuße für das britische Empire, und zwar vornehmlich auf Ihre (Stalins) Kosten. Warum sollten wir hierüber jetzt anders denken, da die Sache für uns drei dem Siege entgegengeht?"[13])

Russel Grenfell schrieb über die Kriegsziele Churchills und damit Großbritanniens:

„Was also blieb für Churchill als Kriegsziel übrig? Unsere alten Bekannten: die Ausrottung der Nazi-Tyrannei und des preußischen Militarismus.'...

Diese Tyrannei als solche unterdrückte das englische Volk nicht. Was also ging es die Engländer an, ob die Deutschen unter einer tyrannischen Regierungsform leben wollten oder nicht? Hatte nicht die Atlantik-Charta erklärt, die Engländer ‚respektieren das Recht der Völker, die Regierungsform, unter der sie leben wollen, selbst zu wählen'? Wenn sich also die Deutschen nicht selbst dafür entschieden, ihre Nazityrannei abzuschütteln, warum sollten dann viele, viele Engländer sterben, um die Deutschen davon zu befreien?

Angenommen aber, daß die zwangsweise Unterdrückung von Tyrannei in fremden Ländern eine Pflicht der Engländer sei, wieso wurde dann eine andere Tyrannei zu einem Partner der Engländer bei diesem Vorhaben gemacht? Die kommunistische Tyrannei in Rußland war schlimmer als die Nazityrannei in Deutschland; die allgemeinen Lebensumstände des russischen Volkes lagen weit unter denen der Deutschen. Sklavenarbeit hatte in Rußland, gemessen an Vergleichbarem in Deutschland, einen gigantischen Umfang....

Und doch begrüßte Churchill Rußland als willkommenen Verbündeten, als es in den Krieg hineingebracht wurde: einen Tyrannen als Helfer, einen anderen zu schlagen. Es ist klar: die Tyrannei an sich zu vernichten war nicht Mr. Churchills Ziel. Er war nicht einmal sehr daran interessiert, die Nazityrannei selbst zu überwinden, als ihm eine Möglichkeit geboten wurde, dieses Ziel zu erreichen (mit Hilfe des deutschen Widerstandes) ... Churchills Erklärung, die Nazityrannei ausrotten zu wollen, wirkte durchaus nicht überzeugend auf die Deutschen, daß diese Tyrannei

---

[11]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 4.
[12]) E. Hughes „Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 277.
[13]) Geheimer Schriftwechsel zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill in der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945" russ. Bd. I S. 189.

schlecht für sie sei; im Gegenteil, sie mußten sie als so erfolgreich ansehen, daß Deutschlands Feinde entschlossen waren, sie zu zerstören...“[14])

Und was schreibt Winston Churchill nach Kriegsende in seinen Memoiren über seine und seiner Bundesgenossen blindwütigen Zielsetzungen?

„Mein Hauptbeweggrund, die Bekanntgabe festumrissener Friedensbedingungen immer wieder abzulehnen, obwohl sie oft verlangt wurde, war, daß eine Erläuterung der Bedingungen, auf denen die drei großen Bundesgenossen unter dem Druck der öffentlichen Meinung hätten bestehen müssen, auf jede deutsche Friedensbewegung noch abstoßender gewirkt hätte als die verschwommene Formel ‚bedingungslose Kapitulation‘. Ich erinnere mich an einige Versuche, Friedensbedingungen zu entwerfen, mit denen man dem Rachedurst der Sieger Genugtuung verschaffen wollte. Sie wirkten schwarz auf weiß so fürchterlich und gingen so weit über das hinaus, was später in Wirklichkeit geschah, daß ihre Veröffentlichung den deutschen Kampfwillen nur geschürt hätte. Man mußte sie tatsächlich nur niederschreiben, um sie zu verwerfen.“[15])

Von England aus wurde zum erstenmal die Vernichtung eines Volkes als Kriegsziel verkündet. Weder gab es in Deutschland zu jenem Zeitpunkt ein Programm zur „Endlösung der Judenfrage“ noch eines „zur Vernichtung des polnischen Volkes“, noch haben je deutsche Redner oder Staatsmänner die Vernichtung Englands oder anderer Völker als Kriegsziel aufgestellt oder auch nur als Wunsch anklingen lassen. Großbritannien hat für einen Sachverhalt, der nicht die britischen Interessen unmittelbar berührte, Deutschland den Krieg erklärt, seine Vernichtung gefordert und alles für die Ausweitung und Brutalisierung des Krieges getan.

Ein Historiker, der sich mit der Geschichte der deutschen Spaltung beschäftigte, mußte zugeben, daß die Pläne über die Teilung Deutschlands bereits „lange, bevor die diplomatischen Erwägungen sich mit diesen Plänen befaßt haben, in Politik und Publizistik diskutiert worden sind“. Diese Gedanken hätten eine „dauernde Schwächung der deutschen Zentralgewalt in Mitteleuropa“ vertreten und empfohlen[16]). Herr Eduard Benesch ging bereits unmittelbar nach seinem Rücktritt als tschechischer Staatspräsident im Oktober 1938 soweit vorzuschlagen, daß mindestens 800 000 bis 1 Million Sudetendeutsche, vornehmlich die Intelligenz und das Bürgertum, aus ihrer Heimat hinausgeworfen werden müßten[17]).

---

[14]) R. Grenfell „Bedingungsloser Haß?“ S. 90/91 und 121.
[15]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 4. Buch Bd. 2 „Die Befreiung Afrikas“ S. 316.
[16]) E. Deuerlein „Die Einheit Deutschlands“ S. 141.
[17]) „Das östliche Deutschland“ — Ein Handbuch S. 532.

Deutschland sollte keinerlei völkerrechtlichen Rechtstitel mehr beanspruchen dürfen. Churchill definierte dieses Ziel so:

„Unter bedingungsloser Kapitulation verstehe ich, daß die Deutschen kein R e c h t auf irgendeine bestimmte Behandlung beanspruchen können. Die Atlantik-Charta beispielsweise ist kein R e c h t s t i t e l für sie."

„So kommt es beispielsweise nicht in Frage, die Atlantik-Charta auf Deutschland im Sinne einer Rechtsgrundlage anzuwenden oder territoriale Veränderungen und Grenzberichtigungen bei feindlichen Ländern auszuschließen."[18])

Drei Nachkriegspublikationen aus England seien als Beispiel angeführt, wie man dort diese damalige Politik selbstgefällig bestätigt und heute noch lobenswert findet:

Lord Beaverbrooks „Sunday Express" vom 23. 3. 1958:

„Man erinnere sich daran, daß der letzte Krieg darum ging, Deutschland zu zerbrechen."[19])

Der britische Historiker A. J. P. Taylor, ebenfalls in „Sunday Express", Oktober 1957:

„Die Deutschen würden die Teilung (ihres Landes) gewiß nicht mögen, aber sie ist ‚großartig' für die anderen. Zwei Kriege habe England gegen Deutschland geführt, die durch verschiedene Motive ausgelöst worden seien. Im Grunde aber ging es immer um dasselbe: Es gibt zu viele Deutsche, und Deutschland ist zu stark. Wenn man alle Deutschen zusammenkommen läßt, dann überschatten sie Europa. Jetzt wird uns eine Lösung auf dem Tablett serviert. Wir sollten dankbar sein, statt dessen erklären wir, daß Deutschland wiedervereinigt werden müsse."[20])

Derselbe Historiker A. J. P. Taylor, „der einer der rabiatesten britischen Deutschenhasser ist"[21]), führte im Frühjahr 1965 in einer Vortragsreihe im BBC-Fernsehen „einen Generalangriff auf jede britische Hilfestellung für die Wiedervereinigung Deutschlands"[21]) und erklärte:

„Das britische Volk habe kein Interesse daran, Deutschland wiederzuvereinigen. Im Gegenteil. Die große Mehrheit ist entzückt über die glückliche Chance, die Deutschland geteilt und unschädlich gemacht hat. . . . Wilsons (Premierminister 1965 und Führer der Labour-Party) stärkste Anhänger in der Labour-Party sind auch zugleich diejenigen, die sich am entschlossensten einer deutschen Wiedervereinigung widersetzen."[21])

---

[18]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" IV. Buch Bd. II „Die Befreiung Afrikas" S. 316 und 318 (Churchill im Unterhaus am 22. 2. 1944) Kursiv im Original.
[19]) G. Kass „England und Deutschland von 1900—1958" S. 97.
[20]) ebenda S. 109.
[21]) Frankfurter Allgemeine 15. März 1965 S. 3.

„Roosevelt und das ‚New Deal' leisteten gute Reparaturarbeit, aber sie haben unser Problem nicht gelöst, so wenig wie die Privatwirtschaft. Wir schämen uns, es zuzugeben, aber die gemeine Tatsache bleibt bestehen: unser Problem wurde vorübergehend gelöst nur durch die zeitgerechte Hilfe des größten aller Übel: Krieg. Erinnert sich unser lückenhaftes Gedächtnis, daß die Depression beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht vorüber war? Bei diesem Zeitpunkt hatte unsere Produktion nur den Stand von 1929 erreicht, wir hatten noch acht Millionen Arbeitslose, unser Nationaleinkommen war nach den Preisen von 1939 noch 10 Milliarden Dollar weniger als in dem Jahr, in dem der Börsenkrach eintrat und die Depression begann."[1])

Dies ist die Summe der Erfahrungen des Roosevelt-Verehrers und Publizisten William Shirer über die 1933 von Roosevelt proklamierte Politik des „New Deal", jener wirtschaftspolitischen Lenkungsmaßnahmen der US-Regierung, die die Weltwirtschaftskrise in den USA überwinden sollten. Präsident F. D. Roosevelt verstand es jedoch, die auf ihn zukommende innenpolitische Krise abzuwenden, und zwar mit Mitteln, die der us-amerikanischen Demokratie nicht zur Ehre gereichen. Die Einzelheiten seiner Kriegspolitik sind kein Geheimnis mehr; sie können in jedem wohlfundierten historischen Werk nachgelesen werden. Hier mag nur ein kurz gedrängter Abriß die Grundlinien seiner Außenpolitik in den entscheidungsvollen Jahren bis zum Kriegsbeginn aufzeigen.

Es fing so harmlos an:

„Seit 1933 war Hitler in der amerikanischen Presse beißend kritisiert worden."

„Depeschen amerikanischer Vertreter in Berlin bekräftigten die düsteren Ahnungen der pessimistischen amerikanischen Zeitungen."

„Von 1933 bis 1939 wuchs allmählich in weiten Schichten Amerikas die Bereitschaft für einen Krieg an irgendeiner Grenze in der Fremde. . . .
Als Hitler Deutschland wiederbewaffnete . . ., sagten sich auf der westlichen Halbkugel immer mehr Menschen, daß sein Streben nach Macht sie ebenso bedrohe wie seine europäischen Nachbarn."[2])

Wie die „Depeschen amerikanischer Vertreter in Berlin" zu jener frühen Stunde bereits aussahen, dafür nur als Beispiel der Bericht des stellvertretenden Handelsattachés Douglas Miller über die Situation in Deutschland vom 21. 4. 1934:

„Das fundamentale Ziel der Nationalsozialisten ist es, einen größeren Anteil an den zukünftigen Gütern der Welt für die Deutschen, die

[1]) E. J. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch" S. 334.
[2]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 23 und 24.

Ausdehnung des deutschen Gebietes und das Wachstum des deutschen Volkes zu sichern, bis es die größte und mächtigste Nation der Welt ist und bis es schließlich, gemäß den Äußerungen einiger NS-Führer, den ganzen Erdball beherrscht."[3])

Um der historischen Wahrheit willen sei vermerkt, daß es solche Äußerungen „einiger NS-Führer" nie gegeben hat.

Die Presse, vor allem aber auch die Finanzkreise, stießen sich von vornherein an den wirtschaftlichen Erfolgen Hitlers, zumal sie selbst — wie gesagt — ihre eigene Wirtschaftskrise nicht zu überwinden vermochten. Hitlers Erfolge berührten die Interessen der Vereinigten Staaten insofern, als 40 % der deutschen Auslandsschulden, rund 1,8 Mrd. Dollar, auf amerikanischen Krediten beruhte, die in der Zeit der Weimarer Republik aufgenommen worden waren, deren Rückzahlung jedoch nunmehr nach Richtlinien erfolgen sollte, die das wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands nicht vereitelten. Hitler war gewillt, wirtschaftlichen und finanziellen Druck des Auslandes auszuschalten, aber bei voller Bereitschaft, alle deutschen Anleihe- und Handelsschulden zu bezahlen. Den Fortschritt im Vergleich mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Weimarer Republik veranschaulicht ein Bericht des „Commercial and Financial Chronicle" über den Dawes-Plan 1924:

> „Das vorgeschlagene Verfahren hat in der Geschichte nicht seinesgleichen. Deutschland wird ebenso übernommen und verwaltet wie eine Gesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen kann, vom Gericht übernommen und dem Konkursverwalter übergeben. In Wahrheit sind die inneren Angelegenheiten ausländischer Kontrolle unterstellt worden, wie es weder in unserer Zeit noch in der Vergangenheit jemals geschehen ist....
>
> Noch nie bisher ist vorgeschlagen worden, vom Vermögen einer Nation so völlig Besitz zu ergreifen."[4])

Bislang waren die Versailler Reparationsfrage und die parallelgeschaltete US-Anleihepolitik (vergl. Dawes- und Youngplan 1924 und 1929) einseitig auf die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sieger ausgerichtet gewesen. F. D. Roosevelt glaubte noch im Juni 1933, die Lebensfragen Deutschlands und anderer europäischer Staaten zugunsten seiner Wirtschaftsinteressen weiterhin und ebenso radikal wie bisher mißachten zu können. Er „torpedierte" die in London am 12. 6. 1933 zusammengetretene Weltwirtschaftskonferenz mit seiner Weigerung, erneut den Goldstandard im internationalen Valutaverkehr anzustreben, und lehnte es ab, über die internationalen Währungsprobleme zu

---

[3]) Department of State „Friede und Krieg — Auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika 1931—1941" S. 26.

[4]) M. Sering „Germany under the Dawes Plan" London 1929 S. 64 ff. zitiert bei: Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 55.

sprechen, die sich aus der Weltwirtschaftskrise, der Reparationspolitik und der neuen politischen Lage in Deutschland ergaben. Die anstehenden Fragen der Kreditpolitik, des Preisniveaus, der Begrenzung des Zahlungsmittelumlaufs, des Zahlungsausgleichs, der Tarife, Quoten, Subventionen und der Wiederaufnahme des internationalen Kreditverkehrs blieben offen. Die Schuld an den durch Roosevelts Verhalten ausgelösten Mißständen schob er, je deutlicher sie zutage traten, desto anmaßender und provozierender den „Aggressoren“ in die Schuhe. Um sie wirtschaftlich zu lähmen, traf er mit den „friedliebenden Demokratien“ alsbald zweiseitige Absprachen und setzte am 31. 1. 1934 eigenmächtig eine neue Parität zwischen Dollar und Gold fest, die nur 59,66 % der bisherigen Parität betrug. Mit dieser radikalen Abwertung der US-Währung wurde der Außenhandel der anderen Länder, insbesondere aber der Deutschlands erheblich beeinträchtigt. Insgesamt hatte der Boykott Roosevelts auf der Weltwirtschaftskonferenz folgendes Ergebnis:

a) Die Erschwerung des deutschen Exports löste unvermeidlich Autarkiebestrebungen aus;
b) die Einigungsbemühungen der europäischen Staaten (Absprachen über einen Vierer-Pakt zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland im Juli 1933; Abrüstungskonferenzen usw.) wurden weitgehend erschwert bzw. zunichte gemacht;
c) die „freie Presse“ der USA wurde zur Verschärfung ihrer feindlichen Polemik ermuntert;
d) die ökonomische Gesundung Deutschlands, Italiens und Japans angesichts der gleichbleibend depressiven Wirtschaftslage in den USA war nicht dazu angetan, Roosevelts Einstellung gegenüber diesen drei Ländern zu ändern. Er suchte immer neue Vorwände, um die wirtschaftlich beunruhigte Bevölkerung seines Landes durch Alarmierung gegen angebliche außenpolitische Gefahren abzulenken.

Daß die publizistische Vorarbeit in den Vereinigten Staaten in der von Roosevelt angezeigten Richtung nicht zufällig war, bescheinigen ausländische Politiker und Diplomaten bereits für die Zeit v o r 1937. Am 11. 4. 1935 notierte Graf Szembek, der damalige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Warschau, ein Gespräch mit dem US-Botschafter Bullitt in sein Tagebuch:

> „Ich sagte zu ihm: ‚Wir sind Zeugen einer Angriffspolitik der Welt gegen Hitler mehr noch als einer aggressiven Politik Hitlers gegen die Welt‘.“[5])

---

[5]) J. Szembek „Journal 1933—1939“ S. 58—60.

Bereits am 4. 4. 1935 stellte Graf Szembek fest,

„daß die Gerüchte von einem bevorstehenden Krieg immer aus den gleichen Quellen kommen, nämlich von Juden und Freimaurern; sie werden durch die Zweite und Dritte Internationale verbreitet."[5])

Am 6. 1. 1939 schrieb derselbe Graf Szembek eine Äußerung des Botschafters der USA in Warschau, Biddle, in sein Tagebuch, die sich augenscheinlich auch auf die Jahre vor 1939 bezieht:

„Die Juden und die deutschen Intellektuellen, die dort emigriert sind, inspirieren die amerikanische öffentliche Meinung in einem ungünstigen Sinne gegen das hitlerische Deutschland."[6])

Unabhängig von diesen womöglich berechtigten Beschuldigungen einzelner Emigranten kann man die Regierung der USA nicht davon freisprechen, den Lügen in ihrer Presse Vorschub geleistet zu haben. Roosevelt selbst feuerte die Presse zur Erregung des amerikanischen Volkes an.

Seit der Quarantäne-Rede am 5. 10. 1937 in Chikago, in der Roosevelt die „Aggressoren" — freilich nur die Deutschen, Italiener und Japaner — unter Quarantäne zu stellen und „die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit" unter deutlichem Hinweis auf die genannten Länder zu bekämpfen empfahl, ist die Kriegspolitik des US-Präsidenten in zunehmendem Maße nachweisbar.

„In Wirklichkeit war die Rede hochtönende Prahlerei. Roosevelt war weit mehr über Parteischlappen daheim als über japanische Bewegungen in der Mandschurei beunruhigt. Wirtschaftliche Rückschläge waren für die Politiker des New Deal bei den erwerbslosen Arbeitern keine Empfehlung. Das Tagebuch Morgenthaus enthält unstreitige Beweise dafür, welche schweren Sorgen sich die Regierung über den breiten Einbruch in die nationale Wirtschaftsstruktur machte....

In der Quarantäne-Rede schwangen makabre Obertöne mit, dazu bestimmt, das amerikanische Volk in Furcht zu versetzen. In weiten Teilen der Welt herrsche ein ‚Terror-Regime', und ‚die Landmarken und Traditionen, die den Fortschritt der Zivilisation zu einem Leben unter Gesetz, Ordnung und Gerechtigkeit bezeichnen', würden ‚hinweggefegt'. ‚Unschuldige Völker und Nationen' würden ‚der Gier nach Macht und Vorherrschaft grausam geopfert, die bar sind jedes Sinnes für Gerechtigkeit und menschenfreundliche Auffasssung'. Wenn in anderen Weltgegenden solche traurigen Verhältnisse herrschten, wäre es eitle Hoffnung, wollte irgend jemand sich einbilden, daß Amerika dem entrinnen werde, daß es Gnade erwarten dürfe, daß diese westliche Hemisphäre nicht angegriffen werden würde und daß sie in Ruhe und Frieden Sittlichkeit und Künste der Zivilisation weiter werde entwickeln können."[7])

Hier haben wir bereits jene aufputschenden Phrasen, die den Weg zum Kriege zu ebnen pflegen. Die us-amerikanische Presse reagierte auf

---

[6]) ebenda S. 404.

[7]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 517/518.

diese Aufforderung zu einem „gemeinsamen Vorgehen“ zwar unterschiedlich, war sich jedoch in der Erkenntnis einig, daß Präsident F. D. Roosevelt seine erste nachhaltige Kreuzzugsrede gehalten habe. Maßgebliche Kenner und Mitarbeiter Roosevelts bezeichnen diese Quarantäne-Rede als einen „Meilenstein in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten“[8]). Dieser „erste Trommelwirbel im demokratischen Orchester“[9]) wurde zu einem Zeitpunkt inszeniert, als deutscherseits keine territorialen Revisionen gefordert worden waren, auch kein europäisches Land sich von Deutschland bedroht fühlte — hingegen Roosevelt und seine Berater über den wirtschaftlichen Rückgang und die Arbeitslosigkeit im eigenen Land beunruhigt waren und erkannt hatten, daß sie „am Ende der Improvisationen angelangt“ waren[10]).

Im Januar 1938 ließ Roosevelt durchblicken, daß er zur Behebung der Wirtschaftskrise die staatliche Ausgabenpolitik auf den Bau von Schlachtschiffen konzentrieren wolle[11]).

In einer Sonderbotschaft vor dem Kongreß am 28. 1. 1938 empfahl Roosevelt angesichts der „in einem noch nicht dagewesenen, bestürzenden Tempo“ sich steigernden Rüstung anderer Nationen eine Verstärkung der Landesverteidigung.

> „Der Präsident sagte, ‚ausreichende Verteidigung‘ heiße, daß wir nicht nur zum Schutze unserer Küsten, sondern auch zum Schutze unserer von den Küsten weitab liegenden Gemeinwesen jeden potentiellen Feind viele Hunderte von Meilen vor den Grenzen unseres Kontinents aufhalten müßten. Wir könnten, erklärte er, nicht annehmen, daß unsere Verteidigung sich auf einen Ozean und eine Küste beschränken, und daß die anderen sicherlich ungefährdet sein würden.“[12])

Anfang Februar 1938 schrieb Roosevelt in einem privaten Brief an Lord Elibank, einen einflußreichen Politiker in England, er wirke mit Leib und Seele darauf hin,

> „die amerikanische Öffentlichkeit dazu zu erziehen, sich einem Kreuzzug gegen Hitler anzuschließen.“[13])

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich am 11. 3. 1938, der von Staatssekretär Hull ohne „Besorgnis“ und ohne „irgendwie kritische oder gar ablehnende Haltung“ zur Kenntnis genommen wurde, galt wenige Tage später — „wahrscheinlich auf persönlichen Eingriff des

---

[8]) S. J. Rosenmann „Working with Roosevelt“ S. 161.
[9]) E. Ludwig „Roosevelt, Studie über Glück und Macht“ S. 242.
[10]) C. A. Beard „American foreign policy in the making 1932—1940“ S. 178.
[11]) J. D. Flynn „The Roosevelt Myth“ S. 174.
[12]) Department of State „Friede und Krieg — Auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika 1931—1941“ S. 73/74.
[13]) Lord Elibank, Contemporary Review, Juni 1955 „Franklin Roosevelt, Freund Englands“.

Präsidenten" nach Ansicht des deutschen Botschafters in den USA, Dieckhoff — als „Vertragsbruch, Militarismus und Vergewaltigung"[14]). Die grundlose tschechische Mobilmachung vom 20. 5. 1938 — und damit die Sudetenkrise — verschärfte Roosevelt Ende Juni 1938 mit seiner öffentlichen Ankündigung, die US-Flotte verstärkt aus dem Pazifik abzuziehen, um sie im Atlantik zu konzentrieren.

> „Das war deutlich genug und wurde auch in London als weiterer Aufruf verstanden, sich auf den Krieg vorzubereiten."[15])

Im August 1938 hielt Roosevelt eine Rede in Kanada, in der er wiederum agitierte:

> „Das Dominion Kanada ist ein Teil der Schwesternschaft des Britischen Empire. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß das Volk der Vereinigten Staaten nicht untätig zusehen wird, wenn die Herrschaft des kanadischen Bodens durch irgendein anderes Reich bedroht wird."[16])

Da er die Welt ohnehin schon in „friedliebende Demokratien" und „totale" oder auch „totalitäre Staaten" eingeteilt hatte, konnten sich die unterschwellig immer wieder angedeuteten Gefahren einer Aggression gegen den amerikanischen Kontinent nur auf Deutschland oder Japan beziehen.

Anfang September 1938 wies Präsident Roosevelt seinen Londoner Botschafter Kennedy an, dem britischen Premierminister mitzuteilen, die Vereinigten Staaten würden jeden Kurs, den Chamberlain einzuschlagen wünsche, für richtig halten[16]). Kennedy versicherte dem englischen Außenminister, daß sich — falls Großbritannien in einen europäischen Krieg verwickelt würde —

> „die Geschichte des letzten Krieges wiederholen, Amerika aber beträchtlich schneller intervenieren würde als im vorigen Krieg."[17])

> „Das war ein weitreichender Blankoscheck, und Chamberlain hatte ihn während der Münchener Krise zweifellos im Gedächtnis. Ich habe jedoch im Archiv des State Department keinen Beweis dafür finden können, daß auf den Premierminister zugunsten eines Friedens um jeden Preis eingewirkt worden wäre."[17])

Die Gründe für Roosevelts Antipathie gegen Deutschland können kaum mit der „jüdischen Frage" erklärt werden, wußten die maßgebenden Kreise der USA doch, daß die Juden in Polen wesentlich schlechter als in Deutschland behandelt wurden. Die bis Kriegsbeginn an den Kongreß in Washington gerichteten Proteste gegen antijüdische Maß-

---

[14]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 422/423.
[15]) H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 150.
[16]) E. E. Robinson „The Roosevelt Leadership 1933—1945" S. 241.
[17]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 468 und 447.

nahmen Polens übertrafen zahlenmäßig und inhaltlich die Beschwerden über anti-jüdische Maßnahmen der Reichsregierung erheblich[18]). Diese Gründe Roosevelts können aber ebensowenig auf ethischen oder ideologischen Motiven beruhen, suchte er sich doch schon frühzeitig mit Stalin zu verbinden, der weitaus diktatorischer als Hitler regierte, nicht vom Volk gewählt war und in der Tat „die Beseitigung aller Religionen und Demokratien" forderte, ein Ziel, das zu verfolgen Roosevelt völlig zu Unrecht den Nationalsozialismus beschuldigte[19]).

Die Vereinigten Staaten von Amerika ging die Münchener Konferenz genausowenig an wie beispielsweise Deutschland eine Konferenz panamerikanischer Staaten über die Abtretung einer Grenzzone Mexikos an die USA angegangen wäre. Ungeachtet dessen mischte sich der amerikanische Präsident in die Probleme eines fremden, weit entfernt liegenden Kontinents ein. Roosevelt, der bereits im September 1938 Hitler zu töten und seine Nase abzuschneiden wünschte[20]), und wenige Tage später — vielleicht um dies besser bewerkstelligen zu können? — Hitler anregte, einer internationalen Konferenz ohne Beteiligung der USA an einem neutralen Ort zuzustimmen[20]), hegte n a c h der Münchener Konferenz

> „starke Befürchtungen gegenüber Chamberlains Befriedungspolitik und deren Folgerungen. Er erklärte ... düster, daß er vermute, England und Frankreich werden Trinidad und Martinique opfern, um Hitler zufriedenzustellen. Und wenn sie es tun, so würde er eine Flotte entsenden, um diese Inseln zu besetzen."[20])

Um dieser Kriegsagitation reales Gewicht zu geben, entsandte Roosevelt seinen Botschafter Bullitt mit diesbezüglichen Instruktionen und umfassenden Vollmachten nach Europa. Gleichzeitig ließ er seinen persönlichen Freund und Berater, Bernard M. Baruch, aus Europa nach Washington zurückkehren und die Presse durch ihn über eine „echte und unmittelbare deutsche Drohung gegenüber Südamerika" „informieren", ein Thema, das Churchill in London sogleich für seine Agitation aufgriff[21]). Bullitt hingegen erklärte dem polnischen Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, am 19. November 1938:

---

[18]) Foreign Relations of the United States 1938 Vol. II S. 647 ff.
und J. Burns „Roosevelt: The Lion and the Fox" S. 387.
und D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 813.
und H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 164 ff.

[19]) Präsident Roosevelt „Amerika und Deutschland 1936—1945" S. 39 Rede Roosevelts am 15. 3. 1941 im Rundfunk, S. 67 Rede Roosevelts am 6. 1. 1942 vor dem Kongreß.

[20]) J. Burns „Roosevelt: The Lion and the Fox" S. 387/388.

[21]) „Times" London 15. 10. 1938 zitiert bei: H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 155.

„Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme."[22])

„Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er (Bullitt): ‚Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich sich zuerst rührten!' Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917....

Sodann sprach Bullitt über die ukrainische Frage und über die deutschen Versuche in der Ukraine. Er bestätigte, daß Deutschland einen vollständig ukrainischen Stab habe, der in Zukunft die Regierung der Ukraine übernehmen und dort einen unabhängigen ukrainischen Staat unter deutschem Einfluß gründen solle. ‚Eine solche Ukraine', sprach Bullitt weiter, würde natürlich für Sie sehr gefährlich sein, da diese unmittelbar auf die Ukrainer im östlichen Klein-Polen einwirken würde.'..."[22])

Sogar Potocki schien von diesen Ausführungen reichlich sonderbar berührt gewesen zu sein, denn er schloß seinen Bericht nach Warschau mit den Worten:

„Bullitt zeigte sich hinsichtlich der Situation in Osteuropa nicht allzu gut informiert und führte die Konversation in ziemlich oberflächlicher Weise."[22])

Eine ähnliche Ermunterung, sich mit Deutschland anzulegen, ist der Niederschrift des Völkerbundshochkommissars in Danzig, Carl J. Burckhardt, zu entnehmen. Burckhardt berichtete dem Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, am 2. 12. 1938 über ein Gespräch mit dem Botschafter der USA in Warschau, Biddle:

„Er — Biddle — erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armee würden sie mit Wendigkeit begegnen. ‚Im April', so erklärte er, ‚wird die neue Krise ausbrechen; niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute! Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg'."[23])

„Bereits am 1. Dezember gab der damalige stellvertretende US-Kriegsminister in einer Konferenz amerikanischer Militärs bekannt, daß 10 000 Fabriken ihre „endgültigen Kriegsprogramme für die Produktion" erhalten hätten; eine ähnliche Ankündigung wurde am gleichen Tag im britischen Unterhaus in bezug auf die englische Industrie mitgeteilt."[24])

---

[22]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 4 Potocki nach Warschau am 21. 11. 1938.
[23]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 225.
[24]) H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 158 zitiert: „Times" London, 2. 12. 1938.

Am 14. 11. 1938 rief Roosevelt seinen Botschafter in Berlin, Hugh Wilson, zur Berichterstattung und Beratung nach Washington. Wilson kehrte nicht mehr auf seinen Posten zurück, so daß Roosevelts Schritt faktisch dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Deutschland gleichkam.

Am 6. Dezember 1938 mißbilligte Roosevelt offen die soeben unterzeichnete deutsch-französische Friedens- und Freundschaftserklärung[25]). Er befand sich hiermit in guter Gesellschaft mit Stalin, zu dessen Politik es schon aus ideologischen Motiven gehörte, Frieden und Freundschaft anderer Nationen zu untergraben. Am 4. Januar 1939 — dreieinhalb Monate vor Hitlers Einmarsch in Prag! — ersuchte Roosevelt den Kongreß um Revision des Neutralitätsgesetzes, um Billigung von nahezu 1,3 Milliarden Dollar für die Rüstung[26]) und erließ eine „herausfordernde und beleidigende Warnung an Deutschland"[27]).

Seine Begründung:

> „Überall um uns herum toben unerklärte Kriege — militärische und wirtschaftliche. Überall um uns herum erfolgen Drohungen neuer Aggressionen — militärische und wirtschaftliche. Es kommt die Zeit für die Menschen, da sie sich zur Verteidigung nicht allein ihrer Heime, sondern auch ihrer Lehren des Glaubens und der Humanität, auf denen ihre Kirchen, ihre Regierung und ihre Zivilisation begründet sind, vorbereiten müssen. Es betrifft ein und denselben Kampf, ob es sich um die Verteidigung der Religion, der Demokratie oder des guten Glaubens unter den Nationen handelt. Um uns zu retten, müssen wir uns nun bereiterklären (we must now make up our minds), alles zu retten. . . .
>
> Gottesfürchtige Demokratien können nicht immer Aggressionsakte ohne wirksamen Protest hinnehmen. Es gibt viele Methoden dicht am Rande des Krieges, doch nachhaltiger und wirksamer als bloße Worte würde sein, den Aggressor-Regierungen die aufgestauten Empfindungen unseres eigenen Volkes eindringlich vor Augen zu führen."[27])

Mit seiner Feststellung, „unsere amerikanische Grenze liegt am Rhein"[28]), steckte er weitere Positionsfähnchen ab.

> „Mag nun Roosevelt jenen Satz ausgesprochen haben oder nicht, so glaubte er doch aufs bestimmteste, daß Amerikas Grenze am Rhein läge, und danach hatte er gehandelt. . . ."[29])

Diese Aussage war lediglich eine Wiederholung der am 28. 1. 1938 vor dem Kongreß geäußerten Gedanken, und er sollte sie Anfang Februar 1939 erneut in folgender Formulierung verkünden:

---

[25]) G. Bonnet „Fin d'une Europe, de Munich à la Guerre" S. 40.
[26]) H. Dahms „Roosevelt und der Krieg" S. 25.
[27]) J. Burns „Roosevelt: The Lion and the Fox" S. 389.
[28]) E. Barnes „Entlarvte Heuchelei" S. 131.
[29]) R. Sherwood „Roosevelt und Hopkins" S. 85/86.

„Im Kriegsfalle liegt die Grenze der Vereinigten Staaten in Frankreich.“[30])

Der US-Sonderbotschafter Bullitt bestritt zwar dieses Wort Roosevelts, daß Amerikas Grenze am Rhein liege, erklärte hingegen,

„der Präsident habe bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei.“[31])

In dem gleichen Bericht des polnischen Botschafters in Paris, Lukasiewicz, vom Februar 1939 kommt die Ansicht Roosevelts zum Ausdruck,

„daß die neuen Erfolge der Achse Rom-Berlin (Februar 1939!), die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohe.“

Es wird nicht nur von den „ungeheuer bedeutsamen Zwangsmitteln“ gegenüber England gesprochen, die „England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückhalten“ würden, sondern auch von gleichermaßen wirksamen, vorwiegend wirtschaftlichen Zwangsmitteln gegenüber Deutschland und Italien, „die ohne innenpolitischen Widerstand anwendbar seien“. Dieser mögliche und erwogene Druck

„könne in bedeutendem Maße dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bzw. könne die Entwicklung der europäischen Situation in einer Richtung verhüten, die vom Standpunkt Washingtons aus gesehen, unerwünscht wäre.“

Der erste Teil dieses Satzes dürfte wohl nur für die Akten geschrieben worden sein, denn „die Entwicklung der europäischen Situation“ sollte nach dem Wunsch des US-Präsidenten ja in der Richtung verlaufen, daß es

„dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Rußland komme.“[22])

Die Parole der US-Regierung lautete bereits, daß die amerikanische Grenze am Rhein[32]), die britische Grenze an der Weichsel[33]) zu liegen habe. Daher verwundert es nicht, daß sich die polnische Regierung Mitte Januar 1939 „wahrscheinlich auch durch die Diplomatie der Vereinigten Staaten beeinflußt, endgültig zu einer Absage an die Reichsregierung entschlossen“ hatte und nunmehr „ein Eingehen auf die

---

[30]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 171.
[31]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 9.
[32]) J. Burns „Roosevelt, the Lion and the Fox“ S. 400.
[33]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 102.
Der französische Ministerpräsident Daladier erklärte im April 1939 zum britischen Beistandsversprechen: „Die Engländer sind jetzt bereit, ihre Grenzen nicht mehr am Rhein, sondern an der Weichsel zu sehen.“

Danzig- und Autostraßen-Vorschläge als gleichbedeutend mit dem Verlust der Unabhängigkeit Polens und der Annahme einer Vasallenrolle" darzustellen beliebte[34]). So konnte auch später der US-Botschafter in London, Kennedy, rückblickend im Dezember 1945 erklären:

> „Weder die Franzosen noch die Briten hätten aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund gemacht, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte."[35])

Berichte des polnischen Botschafters in Washington, Potocki, vom 12. und 16. Januar 1939 geben den Inhalt von Gesprächen mit führenden us-amerikanischen Politikern und Diplomaten wieder[36]).

Fünf die Entwicklung kennzeichnende Merkmale werden in ihnen genannt:

a) Belebung der Außenpolitik durch F. D. Roosevelt;
b) scharfe und unzweideutige Verurteilung der „totalitären" Staaten, worunter allerdings nur Deutschland, Italien und Japan, nicht hingegen die Sowjetunion, Polen, Spanien, Portugal, China oder sonstige Staaten verstanden werden;
c) rasche und umfangreiche Kriegsvorbereitungen;
d) Druck auf Frankreich und England — auch unter Hinweis auf die Rüstungsstatistiken der Vereinigten Staaten —, jeder Kompromißpolitik mit den „totalitären" Staaten entgegenzutreten und Diskussionen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken sollten, abzulehnen.
e) Preisgabe der Isolationspolitik durch die Versicherung, daß die USA im Falle eines Krieges aktiv auf seiten Englands und Frankreichs eingreifen würden.

Potocki führte am 12. 1. 1939 im einzelnen aus:

> „Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus. . . . Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100 % das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. . . .
>
> Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. . . .

---

[34]) H. Roos „Polen und Europa" S. 395.
[35]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 597.
und W. Millis „The Forrestal Diaries" S. 121 f.
[36]) Die Echtheit dieser Dokumente des deutschen Weißbuches Nr. 3 ist verbürgt siehe S. 107.

Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenginge. . .

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volk unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen. . . .

Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. . . .

Ferner ist es das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen . . . , die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des „wahren Amerikanismus" und als „Verteidiger der Demokratie" hinstellen möchten, sind im Grund doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen „idealsten" Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein idealer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben. Innenpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen."[37])

---

[37]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. Nr. 6.

Der ehemalige Völkerbundskommissar von Danzig, Carl J. Burckhardt — ein keineswegs deutsch-orientierter Beobachter und Sachkenner —, kommentierte dieses Dokument dahingehend:

> „Dieser Text könnte von einem damaligen deutschen Diplomaten stammen, aber ein solcher wäre nicht so gut informiert gewesen."[38])

Daß Herr Burckhardt triftige Gründe hatte, im Jahre 1960 einen solchen Kommentar zu veröffentlichen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Erinnerte er sich z. B. doch noch gut an einen Ratschlag des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Goldmann, aus der Vorkriegszeit:

> „Ihre Beschwichtigungsmanöver in Danzig sind schädlich. Der öffentliche Protest gegen die Danziger Zustände ist notwendig, um des Ganzen willen, wegen der allgemeinen Lage des jüdischen Volkes."[39])

Diese Empfehlung zielte doch dahin, die langjährig von ähnlichen Interessengruppen geschürten Zwistigkeiten in Danzig zu verschärfen.

Im Februar 1939 erklärte Botschafter Bullitt seinem polnischen Kollegen in Paris, Lukasiewicz:

> „Die Einstellung der maßgebenden Washingtoner Kreise sei jeglicher ideologischer Elemente bar und ergebe sich ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen. . . .
> Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik . . . . zurückzuhalten."[40])

Alle diese Daten liegen v o r dem deutschen Einmarsch in Prag. Die Besetzung von Böhmen und Mähren konnte somit nicht Ursache dieser Haltung sein!

Nachdem Hitler Böhmen und Mähren und Mussolini Albanien besetzt hatten, sandte F. D. Roosevelt eine Drohnote an N. Chamberlain des Inhalts, daß US-Amerika „die Demokratien" nicht mehr unterstützen werde, falls sie sich an die Münchener Absprachen hielten (gemeint waren die Friedens- und Freundschaftserklärungen mit Deutschland)[41]).

Am 19. März 1939 versicherten Lukasiewicz und Bullitt dem polnischen Außenminister, daß Präsident Roosevelt alles tun werde, um Deutschland militärisch entgegenzutreten.

> „Bullitt ließ Polen wissen, ihm sei die Hoffnung der Deutschen auf die Erwerbung Danzigs bekannt, und er rechne mit der polnischen Bereit-

---

[38]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939" S. 253—256.
[39]) ebenda S. 104.
[40]) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Dok. 9.
[41]) J. Bèarn „Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges S. 164.

schaft, die Danzigfrage zu einem Kriegsanlaß zu machen. Er drängte Lukasiewicz, dem Westen die Forderung nach Waffenlieferung und anderem militärischen Beistand zu stellen."[42])

Der Sonderbotschafter des US-Präsidenten aktivierte weiterhin die diplomatischen Kriegsvorbereitungen in Paris und London. Am 26. 3. 1939 drängte er seinen Kollegen in London, Kennedy, dieser solle Chamberlain von dem Wunsch der USA unterrichten,

„daß Großbritannien Krieg gegen Deutschland führe, wenn sich der Streit um Danzig zu einer Explosion zwischen Deutschland und Polen entwickele."[43])

Wie die USA, die der Kriegsentschlossenheit der britischen Führung zu diesem Zeitpunkt noch mißtrauten, ihren „Empfehlungen" an London Gewicht zu geben gedachten, ergibt sich aus den Geheimbesprechungen zwischen Bullitt und Lukasiewicz, die zur gleichen Zeit stattfanden. Bullitt versicherte seinem polnischen Kollegen in Paris, daß die Vereinigten Staaten durchaus in der Lage seien, auf dem Höhepunkt der nächsten Krise eine britische Mobilmachung durchzudrücken[44]).

Über die am 31. März 1939 beabsichtigte britische Garantie an Polen informiert, erklärte Präsident Roosevelt seinem Botschafter Kennedy in London, daß er „diese Erklärung für ausgezeichnet halte" und sie „eine sehr große Wirkung haben werde".

„Die USA, so meinte er (Botschafter Kennedy zu Halifax), glauben, daß ein Krieg unmittelbar bevorstehe, aber der Präsident (Roosevelt) dächte nicht, daß dies irgendwie von Schaden sein würde."[45])

Roosevelt steigerte die Alarmstimmung in seinem Lande durch zahlreiche Reden und machte ebenfalls hier „den Krieg zum Mittelpunkt der Überlegungen" (Reden in Warm Springs vom 8. und 9. April, in Washington am 14. April vor dem leitenden Ausschuß der Panamerikanischen Union). Die geheimen Alarmnachrichten aus Paris von Bullitt und dem französischen Außenminister Bonnet, denenzufolge „jeden Tag der Krieg ausbrechen könne"[46]), waren nicht dazu angetan, beruhigend zu wirken. Erklärte Roosevelt noch am 14. 4., daß es „so etwas wie die Einkreisung . . . irgendeiner friedlichen Nation durch andere friedliche Nationen" nicht gebe, so verglich er doch die Deutschen und Italiener mit den Hunnen und Vandalen und machte u. a. auch dadurch deutlich, wie intensiv er sich selbst als Schmied dieses Einkreisungs-

---

[42]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg" S. 412.
[43]) ebenda S. 448.
[44]) ebenda S. 436.
[45]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 586.
[46]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 558.

ringes betätigte. Später, auf der Jalta-Konferenz am 8. 2. 1945, sollte Stalin sein Glas zum Trinkspruch auf Roosevelt erheben und ihn, „obwohl sein Land nicht unmittelbar gefährdet gewesen sei“, als den „hauptsächlichsten Schmied der Werkzeuge“ bezeichnen, „die zur Mobilisierung der Welt gegen Hitler geführt hätten“[47]).

Noch deutlicher wurden Roosevelts Absichten dadurch, daß er unmittelbar auf die Rede am 14. 4. 1939 einen Appell an Hitler und Mussolini richtete, in dem er vorschlug, Hitler und Mussolini sollten für 31 Länder, davon sogar zwei unter fremdem Mandat stehende Staaten des Vorderen Orients, Nichtangriffsversprechen für 10 Jahre abgeben. Die USA würden sich an hierdurch eingeleiteten Verhandlungen beteiligen. Keines der genannten Länder hatte sich bis dahin bei Roosevelt über eine Bedrohung durch Deutschland beschwert.

> „Die Brandmarkung der Diktatoren als moderner Hunnen und Vandalen war bestimmt, ein bitteres Echo hervorzurufen. Um ihren Zorn aufs höchste zu erregen und sie in ihren Antworten zur heftigsten Sprache zu reizen, was die amerikanische Öffentlichkeit kriegerisch stimmen würde, hielt der Präsident am 15. April (1939) eine Pressekonferenz ab und bediente sich eines Schaustellertalentes, um auf seine Zuhörer mit der Art, wie er Hitler und Mussolini mit Worten geohrfeigt hatte, einen besonders starken Eindruck zu machen.“[48])

Der Hinweis Bullitts am 11. 4. 1939, daß Frankreich ablehnen würde, sich an einem britischen Unternehmen gegen Deutschland zu beteiligen, falls die britische Flotte — gemäß einem früheren Versprechen an Australien — nach Singapore geschickt würde, bewog Roosevelt, am 15. 4. 1939 die US-Flotte in den Pazifik zu beordern[49]). Der britische Generalmajor und Militärhistoriker J. F. C. Fuller enthüllte einen weiteren Tatbestand aus dem Bereich der US-Geheimdiplomatie:

> „Weigand, der älteste der amerikanischen Journalisten in Europa, erzählt, daß er am 25. April 1939 zum amerikanischen Botschafter in Paris, Bullitt, gerufen wurde, der ihm erklärte: ‚Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache.... Amerika wird in den Krieg eintreten, nach Frankreich und Großbritannien‘. Dies wird durch die White House Papers von Harry Hopkins bestätigt, wonach Winston Churchill um dieselbe Zeit zu Bernard Baruch gesagt hat: ‚Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie (die Vereinigten Staaten) werden es auch tun. Sie (Baruch) werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen‘.“[50])

---

[47]) Die Jalta Dokumente S. 225.
[48]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege“ S. 560/561.
[49]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei“ S. 132.
[50]) J. F. C. Fuller „The decisive Battles of the Western World and their influence upon History“ Bd. III S. 375.

Am 1. Mai 1939 wurde die „Cash and Carry"-Klausel des Neutralitätsgesetzes von 1937 (Sektion 2) außer Kraft gesetzt. Seitdem belieferten die Vereinigten Staaten von Amerika England und Frankreich völlig unbehindert mit allen kriegswichtigen Rohstoffen und Rüstungsgütern[51]). Ein weiterer demonstrativer Schritt war getan.

Am 23. 5. 1939 schlug der japanische Premierminister, Baron Hiranuma, in einer Geheimkonferenz mit dem Berater der US-Botschaft, Eugene H. Doomann, vor:

> „Er wolle bei Deutschland und Italien sondieren, wenn Roosevelt bereit sei, sich England und Frankreich zu nähern, um eine Konferenz abzuhalten und zu versuchen, die europäischen Schwierigkeiten zu beheben. Hull (US-Staatssekretär bzw. Außenminister) fand dieses Entgegenkommen ‚erstaunlich' und brachte es Roosevelt persönlich zur Kenntnis. Eine Antwort aber wurde nahezu drei Monate hinausgezögert, in denen sich die Umstände geändert hatten, und eine große Gelegenheit, die vernachlässigt worden war, wurde versäumt — oder vermieden.
>
> Die amerikanischen Kriegsvorbereitungen machten still und im Geheimen Fortschritte. Am 23. Juni 1939 wurde ein geheimes Tauschabkommen mit England abgeschlossen, ‚allerhand Geld' wurde ausgegeben, um verschiedenes Kriegsmaterial zu kaufen. Neunzehn neue Frachtschiffe wurden am 9. August vom Stapel gelassen, die Aufträge für hundert weitere vergeben, und am 10. August wurde ein Kriegsmaterialamt ins Leben gerufen."[52])

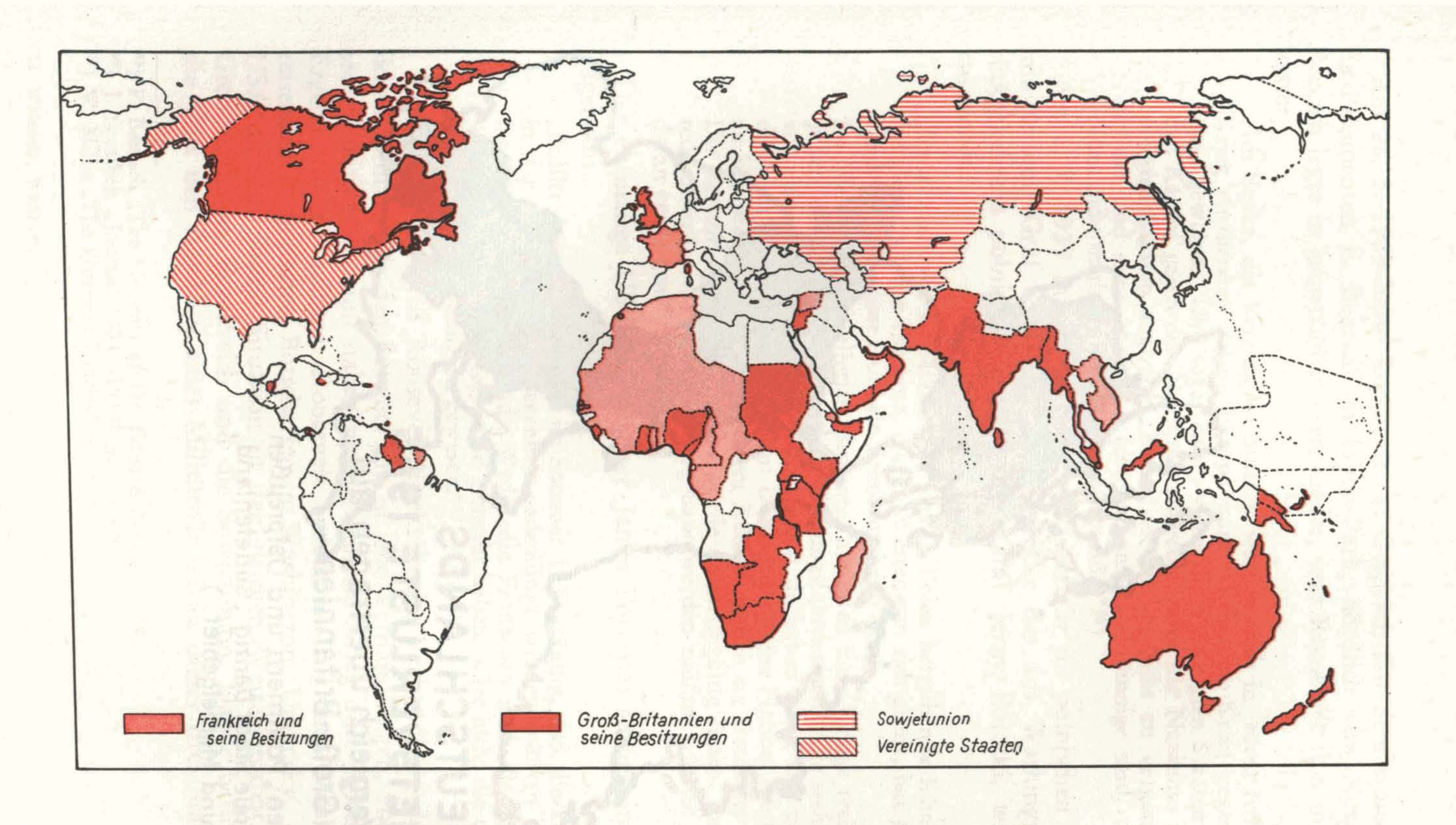
Unabhängig von den einzelnen Beschlüssen und Maßnahmen ging die Propaganda in Richtung auf den Krieg weiter:

> „Was immer die Achsenmächte in Südamerika unterhielten, ihre Gesandtschaften, Firmen, Fluglinien, Handels- und Militärmissionen, Vereine, Zeitungen, Propagandabüros — jede nur auffindbare Einzelheit wurde als Vorzeichen einer drohenden ‚Aggression' bewertet, namentlich auch durch Hull, der die pan-amerikanische Konferenz in Lima mit solchen Hinweisen zu einer demonstrativen ‚Solidaritätserklärung beider Amerikas' bewog."[53])

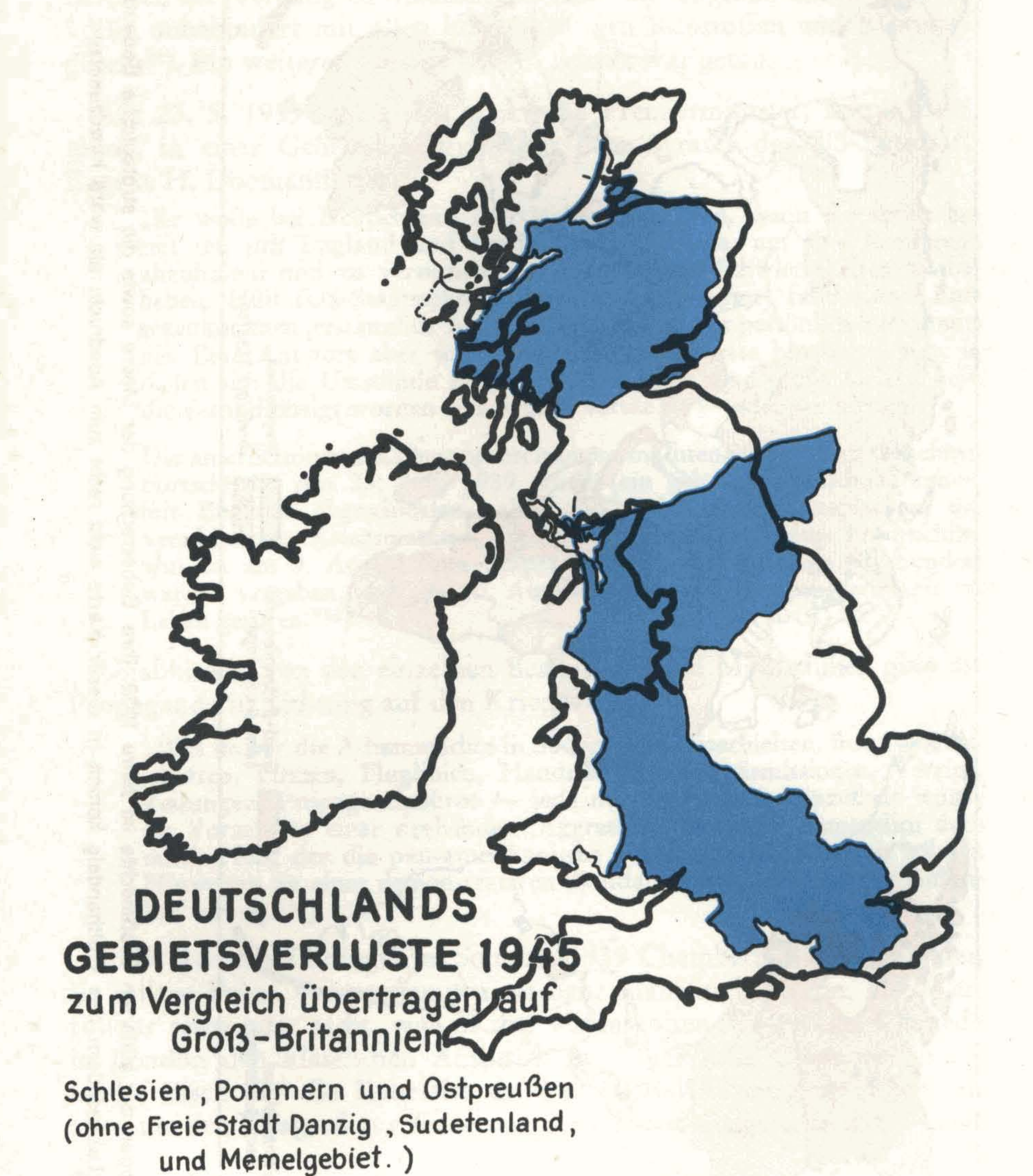
F. D. Roosevelt drängte im Sommer 1939 Chamberlain und Daladier, sie sollten Polen Versprechungen machen, unabhängig davon, ob sie erfüllbar seien oder nicht, was in den wiederholten Worten an Kennedy in London den klassischen Ausdruck fand, „er solle Chamberlain ein heißes Eisen auf die Kehrseite drücken"[54]). Gleichzeitig tat Roosevelt alles, um den Kongreß zur Änderung der Neutralitätsgesetze zu bewegen.

---

[51]) ADAP VII Dok. 239 Anm.
[52]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei" S. 133/134.
[53]) H. Dahms „Roosevelt und der Krieg" S. 24.
[54]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 596/597.



Weltbesitzungen der alliierten Großmächte im Jahre 1939. Ihre Beherrschung der Meere sowie die strategische Bedeutung der wichtigsten Lebensadern des Welthandels kommt in dieser Karte nicht recht zum Ausdruck; sie wäre hinzuzusetzen.


DEUTSCHLANDS
GEBIETSVERLUSTE 1945
zum Vergleich übertragen auf
Groß-Britannien
Schlesien, Pommern und Ostpreußen
(ohne Freie Stadt Danzig, Sudetenland,
und Memelgebiet.)

Am 28. 5. 1939 hatte Roosevelt ein Gespräch mit dem tschechischen Ex-Präsidenten E. Benesch im Hyde-Park, nördlich von New York. Benesch legte in seinen Memoiren nieder, was Roosevelt ihm mitgeteilt hatte:

„Ich denke, die Vereinigten Staaten werden auch in jedem Fall in den Krieg einzutreten haben. Europa kann allein den Krieg gegen Hitler nicht gewinnen. Und sogar dann, wenn die Vereinigten Staaten nicht in den Kampf gegen den Nazismus eintreten, wird der Nazismus die Vereinigten Staaten angreifen. Es ist notwendig, nicht zu vergessen, daß Hitler und seine Mitläufer (companions) Wahnsinnige sind, die ihrer Sinne nicht mächtig und fähig zu allem sind."[55])

Am 6. 7. 1939 faßte der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Graf Szembek, die Eindrücke des aus Washington zurückgekehrten polnischen Botschafters, Graf Jerzy Potocki, wie folgt zusammen:

„Er ist starr vor Entsetzen über das in Polen herrschende Klima. Beim Vergleich mit der Psychose, die im Westen um sich greift, hat man den Eindruck, daß unser Land ein Erholungsheim ist.

Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben; die Juden, die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig; und eine Nation, die bereit ist zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müßte, würden sie auch daran verdienen."[56])

Der ehemalige US-Kriegsminister James Forrestal schrieb in seinem Tagebuch:

„Bullitt drängte Roosevelt im Sommer 1939 ständig, daß die Deutschen in der polnischen Angelegenheit gedemütigt werden müßten (must be faced down about Poland). Weder die Franzosen noch die Engländer würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wäre nicht die dauernde Stichelei von Washington gewesen."[57])

Am 4. 8. 1939 griff Roosevelt direkt in die Verhandlung der westlichen Militärs mit den Sowjets ein, in jene Verhandlungen, von denen jeder Politiker erkannt haben mußte, daß sie Krieg oder Frieden zum Ergebnis haben müßten. Roosevelt bedeutete dem nach Moskau abreisenden sowjetischen Botschafter in Washington, Umansky, daß die USA die europäische Situation in der gleichen Weise einschätzen wie Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion. Daher befürworten die USA den Abschluß eines Militärbündnisses dieser drei Staaten im

---

[55]) E. Benesch „The Memoirs of Dr. Eduard Beneš" S. 79.
[56]) J. Szembek „Journal 1933—1939" S. 475/476.
[57]) W. Millis „The Forrestal Diaries" S. 122.

Interesse aller. Ein Sieg der Achsenmächte in einem europäischen und fernöstlichen Krieg würde die Position der Vereinigten Staaten gleichermaßen wie die der Sowjetunion berühren. Diese Anregungen ließ Roosevelt anschließend in einer geheimen Note noch einmal nach Moskau senden[58]).

Präsident F. D. Roosevelt wies sogar Chamberlains mehr oder weniger platonische Bitten um Vermittlung und Schlichtung zurück:

> „Am 23. 8. 1939 sah Sir Horace Wilson, der an Chamberlains Stelle handelte, den us-amerikanischen Botschafter Kennedy. Nach der Unterhaltung telephonierte Kennedy mit dem State Department: ‚die Briten wünschen eines und nur eines von uns, nämlich, daß wir auf die Polen Druck ausüben sollten. Sie fühlten, daß sie, nachdem sie ihre Verpflichtungen eingegangen sind, nichts in dieser Hinsicht tun könnten, daß wir hingegen etwas tun könnten.“ —
>
> Präsident Roosevelt wies diese Idee unbeherrscht zurück.“[59])

Am 24. 8. meldete der deutsche Geschäftsträger aus Washington, daß die Presse der Vereinigten Staaten alles tue,

> „um die Kriegsschuld Deutschlands eindeutig vorweg festzulegen und damit den Interventionsgedanken noch stärker ins Volk zu tragen.“[60])

Am 26. 8. 1939 berichtete der britische Botschafter in Washington, Lindsay, über ein Gespräch mit Roosevelt, demzufolge der us-amerikanische Präsident „angesichts der Aussicht auf einen neuen Weltkrieg in Ekstase geraten sei“[61]).

> „Roosevelt versicherte Lindsay ebenfalls, er werde deutsche Schiffe unter falschen Vorwänden anhalten und sie auf Waffen hin untersuchen, so daß sie unter Umständen, die man zwischen Amerika und England genau festlegen könne, den Briten mühelos in die Hände fielen. Der britische Botschafter war persönlich betroffen, daß der Präsident eines so bedeutenden Landes heiter und erfreut über eine Tragödie sein konnte, die alle Menschheitshoffnungen zu vernichten schien. Er berichtete:
>
> ‚Roosevelt sprach in einem Ton fast teuflischer Freude. Ich mag mich irren, aber die ganze Geschichte kam mir vor wie ein Schulbubenstreich‘.“[61]) + [62])

Roosevelt zeigte weder gegenüber Deutschland noch gegenüber Japan Entgegenkommen oder Verständnis, obgleich beide Länder einen Konflikt mit den USA vermeiden wollten. Er lehnte jeden Kompromiß im europäischen und asiatischen Raum ab, in Bereichen also, die ihn überhaupt nichts angingen! Um erwogene Friedensvorschläge anderer

---

[58]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 293/294.
[59]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 272.
[60]) ADAP VII Dok. 239.
[61]) D. Hoggan „Der erzwungene Krieg“ S. 683/684.
[62]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 318.

Staatsmänner zunichte zu machen, drängte er auf weitere Bündnisverträge, Militärpakte und Hilfsversprechen gegen Deutschland. Und das geschah bereits Jahre vor Kriegsausbruch in einer Weise, die sogar den britischen Regierungskreisen zu weit ging[63]).

Kaum ein Historiker bestreitet, daß Roosevelt durch seine öffentlichen Reden, seine Geheimdiplomatie, sein Drängen und seinen Einfluß auf die Wirtschaft anderer Länder insbesondere Großbritannien, Frankreich und Polen seit dem Jahre 1937/38 maßgeblich ferngesteuert und unter Druck gesetzt hat. Er zeichnet für den Ausbruch, die Ausweitung und Brutalisierung des Zweiten Weltkrieges in entscheidendem Maße mitverantwortlich[64]).

Für Roosevelts Maßnahmen seit Beginn des europäischen Krieges, die in zahllosen Werken chronologisch festgehalten sind, nur einige Beispiele: Präsident Roosevelt lehnte alle deutschen Vermittlungsvorschläge ab:

a) „Hitler beendete bekanntlich schon den Polenfeldzug des September 1939 mit einem Friedensangebot, das er in der Reichstagssitzung vom 6. Oktober 1939 verkündete. Ich erinnere mich dieser Stunde um so deutlicher, als mein damaliger Chef, Dr. Dietrich, sich vor dieser Reichstagssitzung die in Berlin tätigen Korrespondenten amerikanischer Zeitungen kommen ließ, sie mit den Hauptgesichtspunkten der Hitlerrede vertraut machte und ihnen geradezu beschwörend ans Herz legte: ‚Dies ist die Stunde des Präsidenten Roosevelt'.

   Natürlich war sich Dietrich damals nicht bewußt, wie sinnlos ein solcher Appell sein mußte, denn die Geheimdokumente des Roosevelt'schen Eingreifens in das Kriegsvorspiel waren noch nicht bekannt. Immerhin fiel die Dietrich-Aktion allgemein auf, weil sie zweifellos nicht ohne Hitlers Billigung erfolgte. Der Hinweis hat auch das Weiße Haus erreicht, er wurde sogar in der Pressekonferenz des Präsidenten erwähnt — vom Präsidenten aber mit einer leichten Geste abgewehrt."[65])

b) Hermann Göring erklärte am 3. Oktober 1939 dem us-amerikanischen Unterhändler, W. R. Davis:

   „Sie können Mister Roosevelt versichern, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschechische Regierung ins Leben träten. Als Konferenzort schlage ich Washington vor."[66])

---

[63]) S. Hoare „Neun bewegte Jahre — Englands Weg nach München" S. 239 und H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 148.

[64]) F. J. P. Veale „Der Barbarei entgegen" S. 302.
und C. A. Beard „Präsident Roosevelt and the Coming of the War"
und F. R. Sanborn „Design for War"
und W. H. Chamberlin „Amerikas zweiter Kreuzzug"
und Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege".

[65]) H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 169.

[66]) H. Dahms „Roosevelt und der Krieg" S. 37.

Weder Davis, der, nachdem ihm Roosevelt eine persönliche Aussprache nach seiner Rückkehr verweigert hatte, dem Präsidenten einen schriftlichen Bericht über seine Unterredungen in Berlin hereinreichte, noch die Reichsregierung erhielten jemals eine Antwort.

c) Göring erneuerte das Angebot Mitte Oktober 1939 und Anfang 1940, als er mit dem Präsidenten der ‚General Motors Overseas Corporation‘, J. D. Mooney, konferierte, und ergänzte es durch den Hinweis auf die Möglichkeit, die Reichsregierung umzubilden.

d) Auch die Annäherungsversuche des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht wurden abgelehnt[67]).

e) Die Kontakte des Reichspressechefs Dr. Dietrich mit dem Auslands-Korrespondenten und Chef des Berliner Büros der ‚Associated Press‘, L. P. Lochner, blieben nach dem Willen Roosevelts gleichermaßen unfruchtbar.

Roosevelt begründete die Ablehnung einer Vermittlung mit den Worten:

> „Er könne ohne die Zustimmung der beiden Westmächte nicht als Vermittler hervortreten.“[67])

Roosevelt zweifelte offensichtlich in Kenntnis geheimer Absprachen den Friedenswillen Englands und Frankreichs von vornherein an; Andeutungen aus London oder Paris, Friedensmöglichkeiten zu sondieren, gab es ohnehin nicht. An der Realisierung ihrer Kriegsziele, nämlich der Vernichtung Deutschlands und dem Plan einer Weltregierung der „Vier Polizisten“ (USA, Großbritannien, Sowjetunion, China) in der Nachkriegszeit[68]), lag ihm mehr als an einem vernünftigen Programm für den Weltfrieden.

Am 10. 1. 1941 hatte Roosevelt seinen maßgeblichen Berater Harry Hopkins in geheimer Mission nach London entsandt, in deren Verlauf Hopkins dem britischen Kriegspremier Winston Churchill „mit leuchtenden Augen und verhaltener Leidenschaft“ erklärte:

> „Der Präsident ist entschlossen, daß wir gemeinsam den Krieg gewinnen. Zweifeln Sie nicht daran.
>
> Er hat mich hierhergesandt, um Ihnen zu sagen, daß er Sie um jeden Preis und mit allen Mitteln durchbringen wird, gleichgültig, was ihm geschieht — es gibt nichts, was er nicht tun wird, soweit es in seiner Macht steht.“[69])

---

[67]) ebenda S. 39.

[68]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 5. Buch Bd. II „Von Teheran bis Rom“ S. 50.

[69]) A. Wedemeyer „Der verwaltete Krieg“ S. 20.

Am 15. 3. 1941 definierte Präsident F. D. Roosevelt in einer weltweiten Rundfunkrede seinen Kriegsentschluß mit folgenden Worten:

> „Der preußische Absolutismus war schlimm genug, der Nazismus aber ist viel schlimmer. Die Nazis erstreben nicht allein Besitzveränderungen in den Kolonien oder bescheidene Grenzveränderungen in Europa. Sie erstreben offen die Zerstörung aller aus Volkswahlen hervorgegangenen Regierungssysteme, einschließlich unseres eigenen, und wollen sie durch ein Regierungssystem ersetzen, das alle Menschen dem Kommando einer Handvoll von Tyrannen unterwirft, die durch Gewalt zur Macht gekommen sind. . . .
>
> Diese modernen Tyrannen müssen, um ihre Pläne auszuführen, jede Demokratie ausmerzen — eine nach der anderen. Die Völker Europas — und selbst wir Amerikaner — hatten diese Pläne nicht durchschaut. Jetzt durchschauen wir sie. . . .
>
> Wir haben uns entschlossen, und damit ist es mit allen Verständigungsversuchen in unserem Lande zu Ende; zu Ende mit dem Drängen, uns doch mit den Diktatoren abzufinden; zu Ende mit Kompromissen, mit der Tyrannei und den Gewalten der Unterdrückung. . . .
>
> Die Welt kann nichts mit einem Volk anfangen, das sich das Recht anmaßt, weil es groß an Zahl oder militärisch stark ist, im Stechschritt über andere Völker und Rassen hinweg zur Weltherrschaft zu marschieren.“. . .[70])
>
> „Der Präsident selbst hat im Effekt den Krieg bereits erklärt. Er hat den Feind bezeichnet und spricht vom Siege.“[71])

Anläßlich der Besprechungen über die Atlantik-Charta am 14. 8. 1941 — vier Monate vor Kriegseintritt der USA — wiederholte Roosevelt nochmals seine Vorliebe für Kampfhandlungen ohne Kriegserklärung, indem er Churchill offenbarte:

> „Ich kann niemals Krieg erklären: ich kann Krieg machen. Wenn ich den Kongreß ersuchen müßte, Krieg zu erklären, würden sie darüber drei Monate diskutieren.“[72])

Die Atlantik-Charta, also die Verkündung der angeblichen Kriegsziele, ließ er bereits lange vor dem Kriegseintritt der USA so formulieren, daß er auf Grund seiner Macht alle anderen Staaten vor die Option stellte: Wer für Freiheit, Demokratie und den Frieden — für die Atlantik-Charta — ist, muß der britisch-amerikanischen Politik folgen und für die Vernichtung des „Nazismus“ kämpfen bzw. für diesen Kampf die notwendigen Hilfen leisten. So konnte Roosevelt am 23. 8. 1941 dem Kongreß erklären:

---

[70]) Präsident Roosevelt „Amerika und Deutschland 1936—1945 — Auszüge aus Reden und Dokumenten“ S. 39, 40, 42.

[71]) Christian Century, April 1941.

[72]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei“ S. 143.
und A. Wedemeyer „Der verwaltete Krieg“ S. 17.

„Diese Deklaration von Prinzipien ist so klar gefaßt, daß es schwierig ist, sie in irgendeinem Hauptpunkt abzulehnen, ohne automatisch seine Bereitschaft zu einem Kompromiß mit dem Nazismus zuzugeben.“[73])

Die „Großen Drei“ — die Sowjetregierung hat die Atlantik-Charta am 24. 9. 1941 ebenfalls unterzeichnet — waren sich von Anbeginn darüber einig,

„daß bei der praktischen Anwendung der Atlantik-Charta unvermeidlich die Umstände, Notwendigkeiten und historischen Besonderheiten des einen oder anderen Landes berücksichtigt werden müssen“[74]),

und daß dank dieses Vorbehaltes kein Unterzeichnerstaat sich an die Postulate dieser Kriegszieldeklaration zu halten brauchte — was dann auch keiner tat.

Am 1. 9. 1941, dem amerikanischen „Tag der Arbeit“, verkündete Roosevelt:

„Wir haben eine harte, gefährliche Aufgabe zu lösen. Gewalten irrsinniger Barbarei sind von Hitler über die Erde losgelassen worden. Wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen, um sie zu vernichten....

Ich weiß, daß ich im Einklang mit dem Gewissen und der Entschlossenheit des amerikanischen Volkes spreche, wenn ich sage, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, Hitler und die Nazikräfte zu vernichten....“[75])

Roosevelt am 6. 1. 1942 vor dem Kongreß:

„Japans Eroberungspläne lassen sich fünfzig Jahre zurückverfolgen. Aber die imperialistischen Träume der japanischen und faschistischen Führer waren bescheiden im Vergleich mit der gefräßigen Gier Hitlers und seiner Nazis, die ihre Eroberungspläne schon fix und fertig hatten, bevor sie im Jahre 1933 zur Macht kamen. Diese Pläne zielten auf die schließliche Beherrschung nicht allein eines Teiles der Welt ab, sondern der ganzen Erde und aller Meere....

Die Vernichtung der Zentren materieller und geistiger Kultur war seit jeher das Ziel Hitlers und seiner italienischen und japanischen Schachfiguren. Sie wollen die Macht des Britischen Reiches, Rußlands, Chinas und der Niederlande zerschmettern und dann alle ihre Kräfte auf ihr Endziel konzentrieren: die Eroberung der Vereinigten Staaten....

„Die Welt ist zu klein, um angemessenen Lebensraum für Hitler und für Gott zu bieten. Zum Beweis dessen haben die Nazis nunmehr ihren Plan verkündet, ihre neudeutsche heidnische Religion der ganzen Welt aufzuzwingen, jenen Plan, der die Heilige Schrift und das Kreuz der Gnade durch ‚Mein Kampf‘, das Hakenkreuz und das nackte Schwert ersetzen will....“[75])

---

[73]) J. W. Gantenbein „Documentary Background of World War II 1931—1945“ S. 220.

[74]) S. Boratünskij „Diplomatie der Periode des Zweiten Weltkrieges“, russ. S. 157.

[75]) Präsident Roosevelt „Amerika und Deutschland 1936—1945 — Auszüge aus Reden und Dokumenten“ S. 54, 67, 69.

Churchill berichtete nach Unterzeichnung der Atlantik-Charta dem britischen Unterhaus,

> „daß die Atlantik-Konferenz ihm eine verstärkte Zuversicht gegeben habe, daß die Vereinigten Staaten, ‚auch wenn sie selber nicht angegriffen werden würden', in den Krieg im Fernen Osten eingreifen würden und daß, wenn Japan im Pazifik Amok laufen würde, ‚wir nicht allein kämpfen werden'."[76])

Roosevelt bestätigte diese seine Außenpolitik zynisch in einer Ansprache vor der Vereinigung für Außenpolitik am 21. 10. 1944:

> „Natürlich hätten wir uns mit Hitler verständigen und in einer totalitären Welt irgendeine untergeordnete Rolle spielen können. Das haben wir abgelehnt. Wir hätten mit Japan zu einem Kompromiß kommen können. Und das haben wir abgelehnt."[77])

Sven Hedin, der berühmte Forschungsreisende und Wissenschaftler, schrieb auf Grund und als Ergebnis seiner historischen Untersuchungen bereits während des Zweiten Weltkrieges:

> „Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt."[78])

Dabei war Sven Hedin damals noch nicht einmal über a l l e Maßnahmen Roosevelts informiert. Fast die gleichen Worte wie Sven Hedin fand zur gleichen Zeit der amerikanische Senator Nye, der 1936 den Nye-Ausschuß zur Prüfung der Gründe für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg geleitet hatte (27. 4. 1941):

> „Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg zum Narren gehalten haben.... Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden: ‚Der Krieg des Präsidenten', weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chikago (5. 10. 1937) auf den Krieg hinlenkte."[79])

US-General Albert Wedemeyer, der unter dem Generalstabschef und späteren Staatssekretär (Außenminister) Marshall mit der Aufstellung des „Siegesprogrammes" zur Niederwerfung Hitlers beauftragt war, ergänzt diese Feststellung nach Untersuchung der einzelnen Kriegsmaßnahmen Roosevelts aus den Jahren 1940—1941 mit folgenden Worten:

> „Auf diese Weise würden wir Monate vor Pearl Harbor offen in den Krieg verwickelt gewesen sein, wäre es nicht Hitlers offenbarer Entschluß gewesen, sich nicht durch unsere kriegerischen Handlungen zur Kriegserklärung provozieren zu lassen....

---

[76]) A. Wedemeyer „Der verwaltete Krieg" S. 31.
[77]) Roosevelt spricht — „Die Reden des Präsidenten" S. 331.
[78]) S. Hedin „Amerika im Kampf der Kontinente" S. 202.
[79]) H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 181.

Roosevelt hatte den Kongreß zu seinen nicht mehr neutralen Handlungen hingerissen, indem er das Gespenst eines unerwarteten Angriffs auf Amerika heraufbeschwor. Wir wissen heute dank der erschöpfenden Durchforschung der deutschen Geheimarchive während des Nürnberger Prozesses, daß es niemals einen Angriffsplan auf die Vereinigten Staaten gegeben hat. Im Gegenteil: Die ungeheure Menge der durchforschten Dokumente bewies, daß Hitler ständig bestrebt war, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Er erklärte uns nicht den Krieg, bis er durch sein Bündnis mit Japan dazu gezwungen wurde.

Bei dem ausgezeichneten britischen Militärhistoriker Generalmajor J. F. C. Fuller heißt es in ‚A Military History of the Western World' 1956: ‚Der zweite amerikanische Kreuzzug endete noch unglückseliger als der erste, und diesmal war der Unruhestifter nicht der deutsche Kaiser, sondern der amerikanische Präsident, dessen Abscheu vor dem Nationalsozialismus und dessen Machtverlangen sein Volk in den europäischen Konflikt stürzten und ihn auf diese Weise wieder über die Welt ausbreitete. In den beschlagnahmten deutschen Archiven gibt es kein Zeugnis, das die Behauptung des Präsidenten stützen könnte, daß Hitler eine Offensive gegen die westliche Hemisphäre plante, aber es gibt eine Fülle von Zeugnissen, daß er gerade dies vermeiden wollte, bis Amerika in den Krieg eintrat'.

Nachdem es durch äußerste Provokationen nicht gelungen war, Deutschland dazu zu bringen, Krieg gegen uns zu führen, und nachdem dank der Entschlossenheit der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes, nicht aktiv in den Kampf einzugreifen, keine Aussicht bestand, daß der Kongreß den Krieg erklären würde, wandte sich Roosevelt dem Pazifik zu. Vielleicht würde Japan weniger Widerstreben zeigen, denn es war möglich, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, der es praktisch zwingen würde, uns den Krieg zu erklären. . . ."[80])

„Clare Booth-Luce hat viele Menschen schockiert, als sie anläßlich des Parteikonvents der Republikaner 1944 sagte, Roosevelt ‚hat uns (die USA) in den Krieg gelogen'. Als sich diese Feststellung dann aber als zutreffend erwies, hörten die Roosevelt-Anhänger auf, sie abzustreiten, und rühmten sie mit der Behauptung, er habe ‚lügen müssen', um sein Land und dann England und ‚die Welt' zu retten."[81])

Welches Gewicht hätte das IMT-Anklagetribunal in Nürnberg 1945/1946 nur einem einzigen dieser Indizien verliehen, hätte man derartige Zitate, Richtlinien und außenpolitische Initiativen von den Führern der NSDAP aufzuweisen vermocht?

---

[80]) A. Wedemeyer „Der verwaltete Krieg" S. 17.
[81]) P. H. Nicoll „Englands Krieg gegen Deutschland" S. 45.

Entsprechend der rücksichtslosen innenpolitischen Kampfparole der KPD „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft", sind auch die außenpolitischen Konzeptionen der Sowjetunion von Anbeginn auf Angriff und Vernichtung der „Faschisten" ausgerichtet gewesen. Während die Kommunisten einerseits vorgaben, die völkerrechtlichen Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker — eines R e c h t e s auf Selbstbestimmung! — anzuerkennen, hielten sie sich angesichts des innenpolitischen Umschwunges im Reich für berechtigt, mit bewaffneter Macht über Deutschland herzufallen.

Für den Kommunisten gibt es keine völkerrechtlich verbindliche Rechtsordnung. Auf die Satzungen des Völkerrechtes pflegen sich die Kommunisten nur dann zu berufen, wenn es ihnen aus taktischen Gründen nützlich erscheint. Damals wie heute wurde bzw. wird die Außenpolitik der Sowjetunion von ideologischen Grundsätzen bestimmt, die n i c h t auf der Respektierung allgemein verbindlicher Rechtsbegriffe, völkerrechtlicher Normen oder geschlossener Verträge beruhen, sondern allein dem Endziel der Weltherrschaft dienen. Nach wie vor sind die Leitsätze Lenins maßgebend:

> „Kein einziger Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus überhaupt zu brechen, bestreiten, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker."[1])

> „Kommt es nicht von selbst zum Krieg, so muß dieser angestiftet werden. Wenn wir gezwungen sind, solche Lumpen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, diese Messer gegeneinander zu richten."[1])

> „Keine Macht der Welt kann den Weg von der kommunistischen Weltrevolution zur sowjetischen Weltrepublik aufhalten."[1])

Da Deutschland einer der wichtigsten Steine im sowjetischen Weltrevolutionsschema war, der „Faschismus" oder gar „Hitler-Faschismus" aber im Wege stand und aus diesem Grund zum schlimmsten Feind erklärt worden ist („Faschismus = die terroristischste Diktatur der

---

[1]) W. I. Lenin „Ausgewählte Werke" Bd. II S. 310.

W. I. Lenin „Ausgewählte Werke" 12 Bde. Wien 1932 ff. Bd. 8 S. 303.
und J. Bocheński und G. Niemeyer „Handbuch des Weltkommunismus" S. 174
Rede vor den Moskauer Zellensekretären am 26. 11. 1920.

W. I. Lenin „Werke" russ. Bd. 29 S. 125.

reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals" erläutert die Sowjet-Enzyklopädie), liegen Ausrichtung und Absicht der sowjetischen Außenpolitik in den Jahren 1933 — 1939 — 1941 gegenüber dem Deutschen Reich historisch eindeutig fest. Nur ihre damalige militärische Schwäche hat die Sowjetunion daran gehindert, über Deutschland herzufallen. Seit 1918 haben die Bolschewisten unablässig und mit allen ihnen verfügbaren Mitteln nach der Eroberung Deutschlands gestrebt — zu einer Zeit, als Hitler überhaupt noch nicht politisch tätig war und Deutschland außenpolitisch, wirtschaftlich und militärisch durch das Versailler Diktat im ohnmächtigen Zustand gehalten wurde. Dieses Weltrevolutionsziel haben sich die Kommunisten nicht etwa gesteckt, um eine Invasion Deutschlands auf Rußland abzuwehren. War es doch nicht gegen die „barbarischen, raubgierigen Völker" oder auf nationale Gesichtspunkte ausgerichtet, sondern auf weltweite Eroberung — und zwar mit allen Mitteln der Gewalt.

So verwundert es nicht, daß der außenpolitische Kurs Moskaus seit dem Jahre 1918 auf Richtlinien festgelegt worden war, die sich — unabhängig von der Politik oder der Zusammensetzung deutscher Regierungen! — aus den Forderungen des Marxismus-Leninismus ergaben. Die Bolschewisten geben offen zu, diese Haltung konsequent alle Jahre bis zum heutigen Tage eingenommen zu haben. Wilhelm Pieck, der ehemalige Präsident der „DDR", erklärte als Abgeordneter des deutschen Reichstages am 1. 8. 1931:

> „Die Rote Armee in Sowjetrußland steht bereit, um der kommunistischen Armee in Deutschland Waffenhilfe zu leisten, wenn sie sich anschicke, dem bürgerlichen Staat ein Ende zu machen."[2])

Klara Zetkin, die kommunistische Alterspräsidentin im Sommer-Reichstag 1932,

> „hatte in ihrer Rede unter schwerster Beschimpfung der ‚Nazis' erklärt, daß sie im Auftrage Moskaus spreche, wenn sie die Hilfe der Roten Armee ‚schon jetzt' ankündigen könne, falls ‚die Werktätigen Deutschlands' zum Freiheitskrieg schreiten würden."[3])

Jeder deutsche Politiker war gezwungen, die Konsequenzen aus der Situation in der Weimarer Republik zu ziehen, die sowjetische Historiker nachträglich dahingehend charakterisieren:

> „In der Periode des Übergangs des Faschismus zur Macht war die KPD die größte und mächtigste Sektion der kommunistischen Internationale in den Ländern des Kapitals. Gegen Ende des Jahres 1932 befanden sich in ihren Reihen rund 300 000 Mitglieder. . . .

---

[2]) O Schmidt-Hannover „Umdenken oder Anarchie" S. 52.
[3]) H. Frank „Im Angesicht des Galgens" S. 112.

Die KPD rief auf, den Massenkampf zum Sturz des faschistischen Regimes zu organisieren."[4])

Die Moskauer „Iswestija" brachte am 22. Januar 1934 aus der Feder von Kaganowitsch, dem Schwager Stalins, folgende Feststellung:

„Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich stärkt unsere Position in Europa.... Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern müssen vertieft werden."

Um diesen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich zu vertiefen und zu einem Konflikt auszuweiten, bot die Sowjetunion den Franzosen ihre „gut ausgerüstete und gut ausgebildete Rote Armee im Fall eines Konfliktes mit Deutschland" an[5]).

Das Motto hatte Stalin im Jahre 1925 bzw. 1927 längst festgelegt; es hatte mit der Person Adolf Hitlers oder seinen Zielen und Vorstellungen ebensowenig zu tun wie mit dem Nationalsozialismus als solchem, es bezog sich nicht einmal allein auf Deutschland:

Am 19. 1. 1925 vor dem Zentralkomitee der KPdSU:

„Aber wenn der Krieg beginnt, werden wir nicht die Hände in den Schoß legen — wir werden antreten müssen, aber als letzte. Und wir werden antreten, um das entscheidende Gewicht auf die Waagschale zu werfen."[6])

Diese Strategie hatte Stalin unmittelbar vor seinem Tod noch einmal bestätigt[6]). Oder Stalin an anderer Stelle:

„Wir müssen uns daran erinnern, daß Lenin hervorgehoben hat, wieviel davon abhängt, daß wir den unvermeidlichen Krieg mit den kapitalistischen Ländern verzögern können, weil der Krieg aufgeschoben werden muß, entweder bis die Revolution in den Kolonien sich geltend macht, oder am Ende bis sich die Kapitalisten gegenseitig bekämpfen.... Die Grundlage für unsere Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern besteht darin, daß wir das friedliche Zusammenleben zwischen den beiden entgegenstehenden Systemen behaupten."[7])

Aus diesen Motiven heraus versuchte die Sowjetunion, konsequent der Lenin'schen Lehre von der Strategie und Taktik folgend, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern zu vertiefen; sie schürte offen Zwietracht und Haß in den europäischen Völkern und bediente sich hierbei, wie gewohnt, ihrer dialektischen Sprachregelung. Ergebnis: Agitation gegen die nationale Einigung in

---

[4]) G. Nowikowa „Neueste Geschichte", Bd. I russ. S. 150/151.
[5]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/1935" S. 220/221.
[6]) J. Stalin „Werke" russ. Bd. 7 S. 14.

J. Stalin „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR" in: Neue Zeit 44/1952 Beilage S. 40.

[7]) G. Kass „England und Deutschland von 1900—1958" S. 68.

Deutschland, gegen die „imperialistischen Annexionen“ (Rheinland, Österreich, Sudetenland, Böhmen-Mähren, Memel), wobei es belanglos war, daß sich die Bolschewiki einst scharf gegen die Versailler Regelung gewandt hatten.

> „Der Zweite Weltkrieg hat in politischer Beziehung bereits am 30. Januar 1933 begonnen.“[8])

Auch diese agitatorische Haltung entsprach dem taktischen Interesse der Sowjetunion, eröffnete sie doch Aussichten auf eine militärische Koalition gegen Deutschland und damit eigene Expansionsmöglichkeiten. Anderen Regierungen monoton Kriegswillen und Kriegsvorbereitung zu unterstellen, gehört ohnehin zu den Wesensbestandteilen der kommunistischen Weltanschauung und Politik, wobei Tatbestände gänzlich belanglos sind. Die Prager marxistische Zeitung „Pravo Lidu“ schrieb am 18. 9. 1938, also noch vor der Heimkehr der Sudetendeutschen ins Reich:

> „Vielleicht sind wir nicht stark genug, um Deutschland zu schlagen, aber wir sind stark genug, um ganz Europa in einen Krieg zu verwickeln.“[*])

Hier kommt ganz offen zum Ausdruck, was nicht nur konsequent aus der kommunistischen Ideologie folgert, sondern was seit langem in der Komintern verabredet worden war. Vermerken wir kurz das bereits zitierte sowjetische Eingeständnis:

> „Im Verlauf aller Vorkriegsjahre war die sowjetische Regierung bereit, bewaffnete Gewalt gegenüber Deutschland anzuwenden.“[9])

Auch Marschall Woroschilow bestätigte seinem französischen Gesprächspartner General Doumenc im Rahmen der britisch-französisch-sowjetischen Militärverhandlungen am 22. 8. 1939:

> „Als die Tschechoslowakei im vergangenen Jahr unterging, warteten wir auf einen Wink Frankreichs. Unsere Truppen standen bereit, aber man gab uns kein Zeichen.“[10])

Diejenigen also, die in den Vorkriegsjahren Waffengewalt anwenden und somit aggressiv vorgehen wollten, waren eingestandenermaßen die Sowjets. Folgt man den Argumenten der Kommunisten weiter, so haben sich vornehmlich Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika dadurch eine „historische Schuld“ zugezogen, daß sie gegenüber Hitler eine „Politik der Nichteinmischung“ betrieben und sich nicht sofort der sowjetischen Einmischungs- und Vernichtungspolitik angeschlossen haben. Nikita Chruschtschow hat im November 1958 in einem Interview eingestanden:

---

[8]) Kommunist Nr. 2 Februar 1957 S. 60.
[*]) G. Rühle „Das Dritte Reich“ Bd. 1938 S. 255.
[9]) Platanowa, Pawlenko, Karotkina „Der Zweite Weltkrieg“ russ. S. 17.
[10]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 116.

„Stalin sah 1939 eine Chance, Hitler vor dem kommenden Angriff auf Rußland zu schwächen, indem er ihn ermutigte, einen Krieg im Westen zu führen.“[11])

Chruschtschow in Kattowitz im Juli 1959:

„Hatte Stalin recht, als er damals ein Abkommen mit Hitler schloß? Stalin entschloß sich dazu mit der Überlegung, daß der Krieg dann gegen die anderen losgehen werde. Damals sagte er zu mir:

‚Wir werden einen Krieg gegen Hitler führen müssen. Er kann nicht nur gegen den Westen kämpfen. Aber wir müssen Zeit gewinnen. Und so geschah es auch.“[12])

Auch später hat die Sowjetunion, ungeachtet der inzwischen abgeschlossenen Verträge (Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1939 und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939), intensiv das Ziel angestrebt, den Nationalsozialismus bzw. Deutschland — ja Europa — bei der ersten besten Gelegenheit niederzuwerfen — aus Gründen kommunistischer Moral. Diese anerkennt nur, was dem Marxismus-Leninismus bzw. der weltrevolutionären kommunistischen Partei dienlich ist.

„Der Nichtangriffspakt mit Deutschland war darauf berechnet, Zeit zu gewinnen und unsere Verteidigungsmacht zu stärken. . . . Nicht England und Frankreich waren die wahren Kämpfer. Die wahren Kämpfer gegen die faschistische Gefahr, die von Anfang bis Ende konsequenten Kämpfer waren die kommunistischen Parteien. Die Kommunisten kämpften unversöhnlich gegen den Faschismus.“[13])

Stalins Pakt mit Hitler hat diese weltrevolutionäre Zielsetzung nicht hinfällig gemacht. Die Sprachregelung Moskaus vermied zwar seitdem die bisherige Schärfe gegen Deutschland, blieb jedoch unverändert dialektisch und somit Mißtrauen erweckend. Alle Indizien wiesen darauf hin, daß Stalin diesen Vertrag nur im Sinne der Taktik Lenins abgeschlossen hatte, was die sowjetischen Historiker nach dem Kriege auch offen eingestanden:

„Die grundlegenden strategischen Aufgaben der Arbeiterschaft blieben während des ganzen Verlaufes des Zweiten Weltkrieges unverändert. Sie bestanden darin, den Faschismus zu vernichten, aber vor allem seine hitlerische Erscheinungsform als das größte und gefährlichste Hindernis auf dem Wege der Völker zum Frieden, zum sozialen Fortschritt, zum Sozialismus. . . .

Wenn auch die strategische Linie der kommunistischen Parteien in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unverändert blieb, so sind doch die taktischen Formen des Kampfes der Arbeiterklasse geändert worden je nach den vorliegenden konkreten historischen Umständen in dieser oder jener Etappe des Krieges. . . .

---

[11]) „Die Welt“ 12. 11. 1958 S. 6 Interview mit dem us-amerikanischen Journalisten Walter Lippmann.

[12]) „Kölner Stadtanzeiger“ 17. 7. 1959.

[13]) Kommunist Nr. 5 April 1958 S. 77 und 80.

Die Taktik der kommunistischen Parteien war vom ZK der Kommunistischen Internationale festgelegt worden. Es gab im Oktober 1939 einen Aufruf heraus, in dem der Krieg auf beiden Seiten der damals kämpfenden Gruppen als imperialistisch gekennzeichnet wurde. Der Aufruf enthielt die Losung:

,Keine Unterstützung der Politik der herrschenden Klassen.'...

Schon in der zweiten Hälfte des September 1939 wurde von den kommunistischen Parteien begonnen, die vom ZK der Komintern ausgearbeitete neue taktische Linie zu verwirklichen....

In Verbindung mit dem Einfall der deutsch-faschistischen Eroberer in Frankreich änderten die französischen Kommunisten ihre taktische Haltung. Ende Mai 1940 nahm die kommunistische Partei eine Deklaration an über den Kampf mit den fremden Eroberern und den nationalen Verrätern....

Das Manifest der kommunistischen Partei vom 10. Juli 1940 war der erste Aufruf zur Entfaltung des antihitlerischen Krieges. Es legte den Grundstein für die Widerstandsbewegung des französischen Volkes. Ende 1940 wurden die Kommunisten die Organisatoren der ersten kampfkräftigen Gruppen, die ihren Kampf 1941 entfalteten. Es war die Periode der Sammlung der antifaschistischen patriotischen Kräfte.... Die kommunistischen Parteien haben überall die patriotischen Bewegungen zur Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront und zur Entfaltung des Widerstandes ermuntert und waren deren Organisatoren. In diesen Ländern (Polen, Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und anderen) wurden bewaffnete Kader zum Kampf gegen die fremden Eroberer aufgestellt.

„Die militärische Niederlage vieler europäischer Länder und ihre Besetzung durch die hitlerischen Truppen schufen im Frühjahr 1940 für die kommunistischen Parteien neue Umstände im Kampf für die Einheit der Arbeiterschaft gegen den Faschismus."[14])

Die UdSSR hat beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939, so belehren uns die sowjetischen Historiker,

„keinen einzigen Augenblick an dem beabsichtigten Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion gezweifelt."[15])

„Vom ersten Augenblick an (nach Abschluß des Paktes) schien der Krieg mit Deutschland in den nächsten Wochen unvermeidlich."[16])

Wer sich des kommunistischen dialektischen Sprachgebrauches bewußt ist, muß diesen Zeilen entnehmen, daß Stalin die Verträge mit Hitler keinen Augenblick ernst genommen hat, sondern sie für ihn — entsprechend der Lenin'schen Lehre von der Strategie und Taktik — lediglich Täuschungsmittel, „taktische" Maßnahmen im Dienst seiner

---

[14]) M. I. Semirjaga „Der Zweite Weltkrieg und der proletarische Internationalismus" russ. S. 11, 12, 13, 16, 17.

[15]) Platanowa, Pawlenko, Karotkina „Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 155 f.

[16]) Kommunist 12/1960 S. 74—80.

Weltrevolution waren. Nicht ein einziges Mal behaupten diese sowjetischen Autoren, daß Moskau bemüht gewesen sei, diese Verträge einzuhalten. Die Absprachen Stalins mit Großbritannien und Frankreich kurz vor Kriegsausbruch gingen ebenfalls von der gleichen Zielsetzung aus. Stalin wußte, daß er zu einem die Weltrevolution vorantreibenden Ergebnis kommen würde, falls es ihm gelänge, die europäischen Mächte in einen Krieg zu verstricken. So erklärte er den Mitgliedern des Politbüros in einer Geheimsitzung am 23. 8. 1939 seine Absichten:

> „Ich habe die Überzeugung, daß Deutschland, wenn wir die Allianz mit Frankreich und Großbritannien fortsetzen, sich gezwungen sehen wird, vor Polen zurückzuweichen. Auf diese Weise wird der Krieg vermieden werden. Aber die Ereignisse bekommen dann einen für uns gefährlichen Charakter.
>
> Andererseits, nehmen wir die Vorschläge Deutschlands an, wird die Intervention Frankreichs und Englands unvermeidlich. Jedenfalls müssen wir abseits vom Konflikt bleiben. Das verlangen unsere Interessen. Demnach müssen wir den deutschen Vorschlag annehmen und, unter höflicher Ablehnung, die englische und französische Mission wieder heimschicken.
>
> Es ist wesentlich für uns, daß dieser Krieg ausbricht. Wir müssen die kommunistische Arbeit verstärken, um wohlvorbereitet zu sein für den Augenblick, wo der Konflikt sein Ende finden wird.“[17])

Der sowjetische Botschafter in London, Maisky, bestätigte diese Haltung, indem er in seinen Erinnerungen erklärte, daß „die sowjetische Regierung die sowjetisch-deutsche Vereinbarung vom 23. August 1939 niemals als vollendeten Akt angesehen“ habe[18]). Allein schon die Tatsache, daß in der sowjetischen Literatur immer wieder unterstrichen wird, die UdSSR habe seit Abschluß des Paktes mit Hitler den Krieg mit Deutschland für „unvermeidbar“ angesehen (wobei diese „Unvermeidbarkeit“ allerdings nicht begründet wird), während für das Jahr 1941 das Zweckargument herhalten muß, Stalin sei „überrascht“ gewesen und hätte nicht mit einem deutschen Angriff gerechnet, belegt unzweideutig, daß Stalins Angriffsabsicht diese „Unvermeidbarkeit des Krieges“ bedingt hatte.

Hat Stalin den Nichtangriffspakt in der Absicht abgeschlossen, durch Hitler einen europäischen Krieg auslösen zu lassen — und Chruschtschow bestätigte später, daß dies Stalins Absicht war[19]) —, so konnte der weitere Schritt auf diesem Wege nur darauf berechnet sein, die

---

[17]) NATION EUROPA 10/1961 S. 26.
zitiert: Georges Suarez (et Guy Laborde) „Agonie de la Paix“ (Todeskampf des Friedens) Paris 1942 S. 97 Anm. 1.
[18]) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 194.
[19]) „Die Welt“ 12. 11. 1958 S. 6.

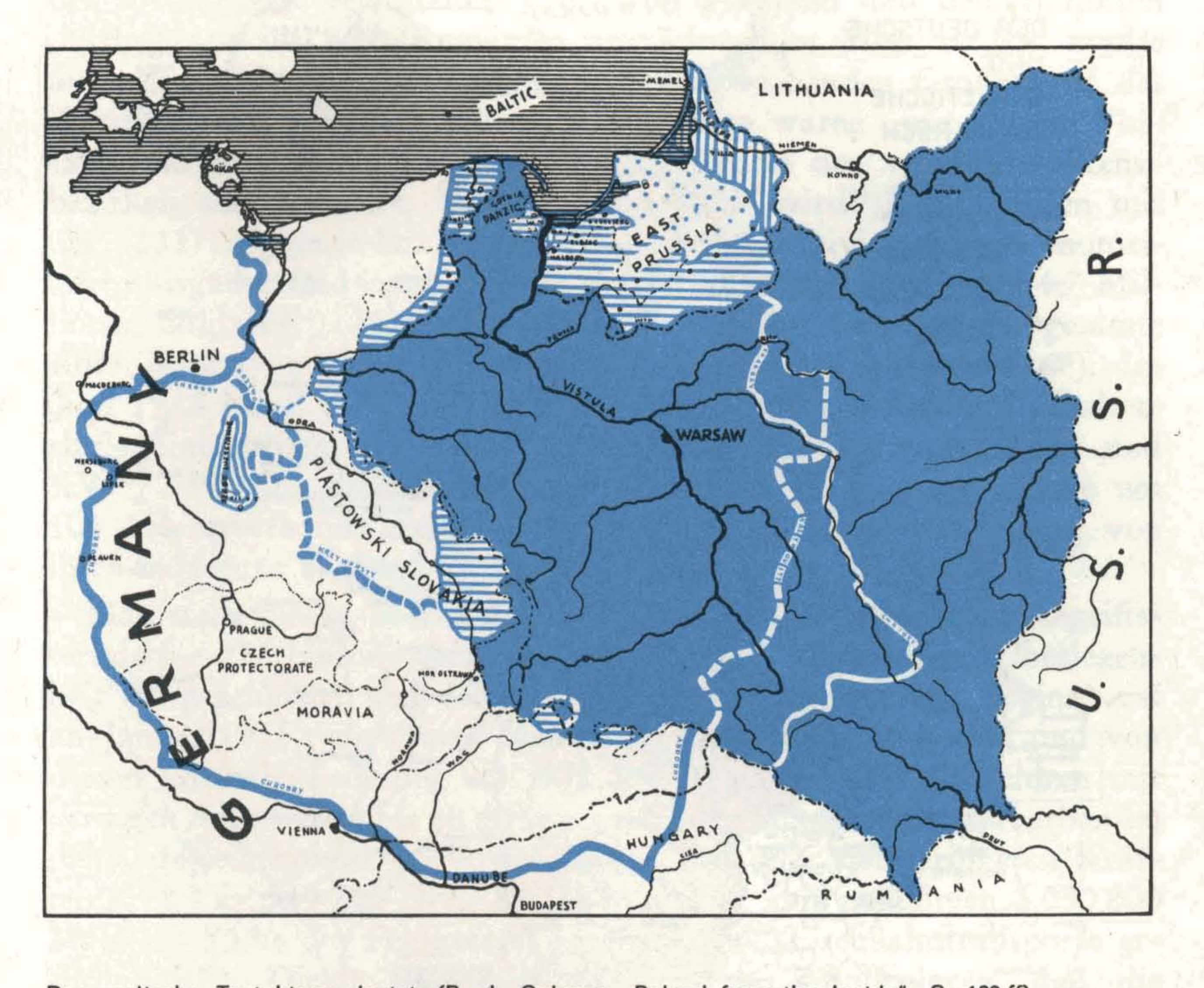
günstigste Gelegenheit zur Niederwerfung des „Faschismus" und damit zur Eroberung Kontinentaleuropas abzuwarten. Waren auch die Blitzkriege der deutschen Wehrmacht in Polen, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich für Moskau überraschend, so mußte doch immer noch ein deutscher Sprung zur britischen Insel die Grenze zur Sowjetunion erneut in jedem Falle langfristig entblößen und einen unwiderstehlichen sowjetischen Vormarsch in Kontinentaleuropa gewährleisten. Daß die Sowjets diese günstige Gelegenheit für einen Vormarsch tatsächlich auszunutzen beabsichtigten, dafür hatte die Reichsführung Monate vor Beginn des Rußlandfeldzuges ausreichende Beweise in der Hand[20]). Zu diesen Beweisen zählten die immer weiter ausgreifenden und gegen die deutschen Lebensinteressen gerichteten Forderungen, die Stalin unter Ausnutzung der europäischen Kriegslage stellte, aber auch die intensivierte kommunistische Untergrund- und Spionagetätigkeit und Sabotagevorbereitung im deutschen Herrschaftsbereich. Überraschend und ungewöhnlich mußte das sowjetische Vorgehen gegen Ost-Polen (Begründung und Zeitpunkt des Einmarsches, verstärkte Truppenmassierung nach Beendigung der Kämpfe, beschleunigter Bau von zahllosen Flugplätzen unmittelbar an der Demarkationslinie usw.), gegenüber den baltischen Staaten, Finnland, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und der Türkei zu einer Zeit sein, da es keine Anzeichen dafür geben konnte, daß Hitler den Nichtangriffs- oder Freundschaftsvertrag mit der UdSSR — schon mit Rücksicht auf die Gefahren eines Zweifrontenkrieges — verletzen wollte. Der sowjetische Druck auf diese Länder und damit die offensichtliche Bedrohung lebenswichtiger Rohstoffquellen (Ölzentrum von Ploesti und die Nickelvorkommen bei Petsamo) hielten selbst dann an, als die anfänglichen Forderungen Stalins erfüllt waren. Weitere Ansprüche bis hin zu sowjetischen Stützpunkten in den Dardanellen und Bulgarien, die Ausdehnung Bulgariens bis an die Ägäis, die Einverleibung der übrigen Bukowina, d. h. die weitere Aufteilung Rumäniens, und sogar das Mitspracherecht bei den Ostseeausgängen waren angemeldet — sozusagen als weitere „vorläufige" Forderungen.

Der bereits im Spätherbst 1939 eingeleitete und sich trotz Entblößung der Ostfront durch Deutschland in bisher unbekannte Größenordnungen

---

[20]) W. Schellenberg „Memoiren" S. 377 ff.
und H. Springer „Das Schwert auf der Waage" S. 99 und 210
und H. Springer „Es sprach Hans Fritsche" S. 88/89.
und IMT Bd. X S. 328, 589, 590 und Bd. XV. S. 425—432, 655.

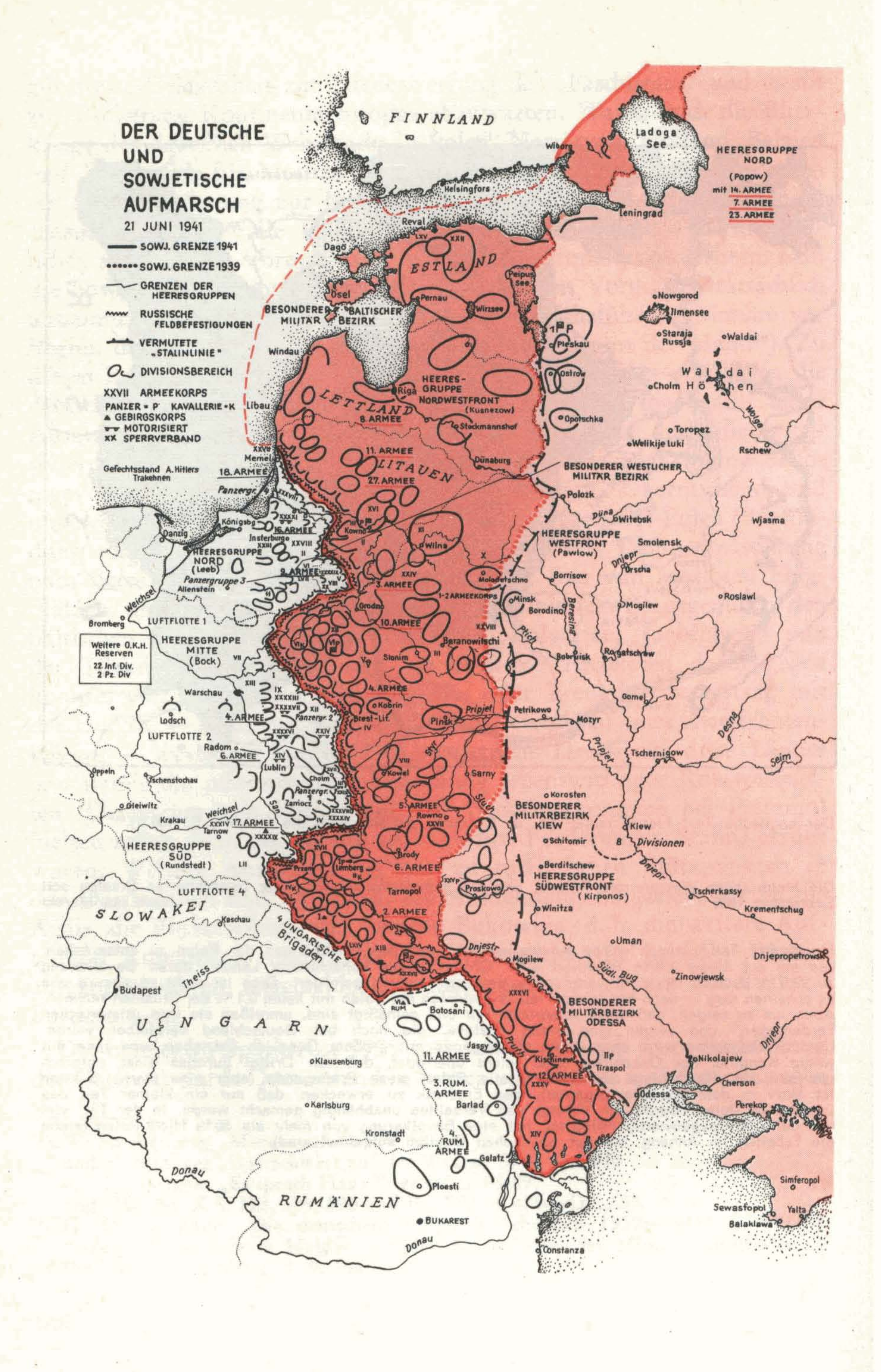
[21]) H. G. Seraphim „Die deutsch-russischen Beziehungen 1939—1941" S. 62—68. Aussage Generaloberst Halder vor der Kommission des Militärgerichtshofes IV (Fall 11) in Nürnberg, 9. 9. 1948.



Der englische Text hierzu lautet: (B. d. Colonna „Poland from the Inside", S. 160 ff).

Die historischen Westgrenzen Polens, und die geänderten Grenzen der benachbarten Staaten seit September 1938. Nach Jan Marski

Ein großer Teil Europas würde aufzuteilen sein, um den Forderungen der Polen zu entsprechen, wie sie auf dieser Karte illustriert sind. Große Stücke benachbarter Länder, deren Bevölkerung zu 99,9 % deutsch ist, z. B., sind ohne Volksabstimmung gefordert. Dies ist nicht so absurd wie es scheinen mag — denn bei einem Plebiszit könnten die Polen mit kaum 0,1 % der Stimmen rechnen. Aber, um zu zeigen, daß diese Ansprüche fair und gemäßigt sind, umreißen sie ihre „historischen Forderungen" und zeigen eine große Enklave, die noch bei Deutschland verbleiben würde. Unglücklicherweise wird eine solche Propaganda mit großem Geschick betrieben, und jene mit wenig Kenntnis der Geschichte sind leicht überredet, daß ein Drittel Europas einst polnisch gewesen sei. Keineswegs unterstützen alle Polen diese Propaganda, aber eine starke Sektion ist aktiv in dem Versuch engagiert, den Eindruck zu erwecken, daß nur ein kleiner Teil des „wirklichen Polen" durch den Vertrag von Versailles unabhängig gemacht wurde. In der Tat, viel von dem, das gegenwärtig Polen ist, hat eine Bevölkerung von mehr als 50 % Nicht-Polen (siehe die Tabellen im Anhang, die auf polnischen Quellen aufgebaut sind).



DER DEUTSCHE
UND
SOWJETISCHE
AUFMARSCH
21 JUNI 1941
SOWJ. GRENZE 1941
SOWJ. GRENZE 1939
GRENZEN DER HEERESGRUPPEN
RUSSISCHE FELDBEFESTIGUNGEN
VERMUTETE „STALINLINIE"
DIVISIONSBEREICH
XXVII ARMEEKORPS
PANZER = P KAVALLERIE = K
GEBIRGSKORPS
MOTORISIERT
SPERRVERBAND
Gefechtsstand A. Hitlers Trakehnen
FINNLAND
Ladoga See
HEERESGRUPPE NORD
(Popow)
mit 14. ARMEE
7. ARMEE
23. ARMEE
Wiborg
Helsingfors
Leningrad
Reval
Dagö
ESTLAND
Peipus See
Ösel
Pernau
Wirzsee
BESONDERER MILITÄR BALTISCHER BEZIRK
Nowgorod
Ilmensee
Staraja Russja
Waldai
Pleskau
Windau
Ostrow
Waldai Höhen
Cholm
HEERES-GRUPPE NORDWESTFRONT
(Kusnezow)
Riga
LETTLAND
Libau
8. ARMEE
Opotschka
Stockmannshof
Toropez
Wolga
Welikije Luki
Rschew
Memel
11. ARMEE
LITAUEN
Dünaburg
BESONDERER WESTLICHER MILITÄR BEZIRK
18. ARMEE
27. ARMEE
Panzergr.
Polozk
Königsbg.
16. ARMEE
Düna
Witebsk
Wjasma
Danzig
Insterburg
Kowno
Wilna
HEERESGRUPPE WESTFRONT
(Pawlow)
Smolensk
HEERESGRUPPE NORD
(Leeb)
9. ARMEE
Dnjepr
Orscha
Panzergruppe 3
Allenstein
3. ARMEE
Molodetschno
Borrisow
Roslawl
Weichsel
Grodno
1-2 ARMEEKORPS
Minsk
Borodino
Beresina
Mogilew
Bromberg
LUFTFLOTTE 1
10. ARMEE
Weitere O.K.H. Reserven
22 Inf. Div.
2 Pz. Div
HEERESGRUPPE MITTE
(Bock)
Baranowitschi
Ptich
Slonim
Bobruisk
Rogatschew
Warschau
4. ARMEE
Gomel
Lodsch
Kobrin
Pinsk
Pripjet
Petrikowo
Mozyr
LUFTFLOTTE 2
4. ARMEE
Panzergr. 2
Brest-Lit.
Desna
Radom
6. ARMEE
Lublin
Pripjet
Tschernigow
Seim
Oppeln
Tschenstochau
Cholm
Kowel
Styr
Sarny
Panzergr.
Gleiwitz
Zamocz
5. ARMEE
Rowno
Sluch
Korosten
BESONDERER MILITÄRBEZIRK KIEW
Weichsel
Krakau
Tarnow
17. ARMEE
San
Kiew
8 Divisionen
Schitomir
HEERESGRUPPE SÜD
(Rundstedt)
Lemberg
Brody
6. ARMEE
Berditschew
HEERESGRUPPE SÜDWESTFRONT
(Kirponos)
Dnjepr
Przem.
Tarnopol
Proskowo
Tscherkassy
LUFTFLOTTE 4
SLOWAKEI
Kaschau
2. ARMEE
Winitza
Krementschug
4 UNGARISCHE Brigaden
Dnjestr
Uman
Mogilew
Dnjepropetrowsk
Theiss
Südl. Bug
Zinowjewsk
Budapest
Botosani
BESONDERER MILITÄRBEZIRK ODESSA
UNGARN
Jassy
Pruth
Dnjepr
Klausenburg
11. ARMEE
Kischinew
Tiraspol
Nikolajew
3. RUM. ARMEE
12. ARMEE
Cherson
Karlsburg
Barlad
Odessa
Perekop
Kronstadt
4. RUM. ARMEE
Galatz
Donau
Simferopol
Ploesti
RUMÄNIEN
Sewastopol
Yalta
BUKAREST
Balaklawa
Donau
Constanza

verstärkende und offensiv gegliederte Aufmarsch der Roten Armee an der sowjetischen Westgrenze[21]), die von Finnland und dem Baltikum durch Polen bis nach Rumänien am Schwarzen Meer reichte, mußte als weiterer Beweis für einen unmittelbar drohenden Großangriff des Bolschewismus gelten. Auf sowjetischer Seite waren „mit großer Vorsicht und äußerst langsam“[22]) bis Juni 1941 in den westlichen Grenzbezirken aufmarschiert, was auch zugegeben wird[23]): 13 Armeen mit über 131 Infanterie-Divisionen, 23 Kavallerie-Divisionen, 36 motorisierte Brigaden und rund 40 Panzer-Divisionen mit annähernd 4,7 Millionen Soldaten[24]). Man stelle dieser Zahl gegenüber, daß die gesamte Rote Armee im Jahre 1939 nur 2 Millionen Mann umfaßte[25]). Im Juni 1941 besaß die Sowjetunion 21 000 Panzer, leichte und veraltete ebenso inbegriffen wie die Überraschungen des Feldzuges: T 34 und KW[26]) + [24]). Die deutsche Aufklärung hat die sowjetische Armee um 100 Heeresverbände unterschätzt, aber auch „keine Vorstellung von ihren modernen Waffen besessen“[27]).

Man stelle diesen Tatsachen, d. h. der „bis unmittelbar zum Angriffstermin — 22. Juni — geradezu erdrückenden sowjetischen Überlegenheit“[28]) gegenüber: der deutsche Aufmarsch, von dessen Beginn erst ab Januar 1941, von dessen Massierung erst ab 27. Mai 1941 und von dessen Offensivgliederung erst seit dem 15. Juni 1941 (es fehlten mit geringen Ausnahmen bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche Panzerverbände) die Rede sein konnte[28])+[29]), machte mit den sehr viel geringeren Kräften (118 Div., 19 Pz.-Div., 15 1/4 mot. Div. mit zusammen 3 050 000 Mann = 75 % des Feldheeres) bereits 17 000 Eisenbahntransporte erforderlich[28]). Dieser Sachverhalt zwingt zu schlußfolgern, daß die Rote Armee weder 1941 noch 1942 von keiner Streitmacht Europas in ihrem Vormarsch zur Atlantikküste aufzuhalten gewesen wäre, hätte Hitler erst gewartet, bis ihr erkennbar massierter Großangriff ins Rollen gekommen wäre.

Die sowjetischen Historiker begründen die Angriffsvorbereitungen der Roten Armee nicht mit konkreten Maßnahmen der Reichsregierung.

---

[22]) Platanowa, Pawlenko, Karotkina „Der Zweite Weltkrieg“ russ. S. 178.
[23]) Ph. Fabry „Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941“ S. 396 ff.
u. Die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945 Bd. I russ. S. 471 ff.
[24]) H. A. Jacobsen u. H. Dollinger „Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten“ Bd. I S. 372.
[25]) Ph. Fabry „Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941“ S. 399 u. 415 u. 420.
[26]) ebenda S. 525.
[27]) A. M. Projektor „Der Krieg in Europa 1939—1941“ russ. S. 394.
[28]) Ph. Fabry „Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941“ S. 384/385.
[29]) ebenda S. 425.

Bei der seit 1917 konsequent verfolgten Weltrevolutionszielsetzung verwundert dies nicht. Unterstelltes Weltherrschaftsstreben, prinzipielle Kriegslüsternheit und Eroberungswahn, die „Unterwerfung“ der europäischen Länder aus dem Grund, um sich das Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu sichern, unübersehbare „Widersprüche“ des „kapitalistischen Systems“ usw. sind keine Begründungen. Dies sind an den Haaren herbeigezogene Phrasen, dialektische Deutungen zur propagandistischen Verschleierung der eigenen Expansionspolitik. Jedem Nicht-Kommunisten werden diese Phrasen sofort an den Kopf geworfen, sobald der die politische Bühne betritt.

Wurden in Nürnberg 1945/46 die Beweise, die der Reichsführung über eine bevorstehende sowjetische Großoffensive zur Verfügung standen, vernichtet oder zumindest der Öffentlichkeit entzogen, so ist doch nach dem Krieg weiteres Beweismaterial an die Öffentlichkeit gelangt. So hat der frühere sowjetische General Alexei Markoff, der im Frühjahr 1941 ein Truppenkommando an der sowjetischen Westgrenze hatte, in der amerikanischen Zeitschrift „Saturday Evening Post“ vom 13. 5. 1950 eine Darstellung veröffentlicht, derzufolge Stalin nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 „Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland“ anordnete, „weil Hitler zu schnell gewann“.

> „Auf seine Frage, wieviel Zeit ihm für die Kampfausbildung seiner Mannschaften zur Verfügung stehe, erhielt er vom sowjetischen Generalstab die Antwort: ‚Bis Herbst; wir sind noch nicht fertig. Wir werden losschlagen, sobald es für uns günstig ist‘. (we will strike when convenient for us).“[30])

Aber auch in den parteiamtlichen Publikationen aus Moskau haben die Sowjets Stalins damalige Aggressionsabsicht eingestanden: „Die Sowjets haben im Mai/Juni 1940“ — d. h. während des Frankreichfeldzuges — „ihre Einstellung zum Krieg geändert und sich zur Kriegführung und Vernichtung des Faschismus entschlossen“[31]). Eine weitere parteiamtliche Quelle fügte hinzu, daß „die am Vorabend des Krieges verbreitete Stimmung eines leichten Sieges über den Feind“ sich späterhin nachteilig ausgewirkt hätte[32]). Mithin stand der „Feind“ ebenso von vornherein fest, wie der Wille, ihn zu besiegen, unabhängig davon, daß man kurz zuvor mit ihm einen Freundschaftsvertrag und ergiebige Wirtschaftsverträge abgeschlossen hatte.

Weitere Eingeständnisse sind dem Werk über „Die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941 — 1945“, herausgegeben vom

---

[30]) H. Sündermann „Die Pioniere und die Ahnungslosen“ S. 181.
[31]) Kommunist 5/1958 S. 77—84
u. „Geschichtsfälscher“ S. 56/57.
[32]) Kommunist 12/1960 S. 74—80.

Institut des Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau 1960, Bd. I. zu entnehmen. Folgende Zitate sprechen für sich und widerlegen authentisch die jahrelang dogmatisierte Propaganda von der alleinigen deutschen Schuld am Rußlandfeldzug oder überhaupt am Zweiten Weltkrieg. Auf Seite 177 des Werkes wird festgestellt, daß der außenpolitische Kurs der Sowjetunion ungeachtet des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages unverändert darauf gerichtet blieb,

> „Bedingungen für die Bildung einer mächtigen Union von Völkern und Regierungen gegen Hitler-Deutschland vorzubereiten....
>
> Dank des deutsch-sowjetischen Vertrages zeichneten sich in der internationalen Lage ernsthafte Veränderungen ab."

Ohne Rücksicht auf den Vertrag mit Hitler unterstützte Moskau „am Vorabend und nach Beginn des Krieges" den illegalen Kampf der Anti-Faschisten in Deutschland[33]). Daß die Sowjetunion in der Zeit zwischen 1939 und 1941 ihre Angriffsmacht beträchtlich gestärkt hatte, ist von den Kommunisten immer wieder betont worden. Waren ohnehin schon im Juni 1941 die Truppenverbände „in den westlichen Militärbezirken in vielem den Deutschen überlegen"[34]), so sollte „der größte Umfang der Aufbauarbeit dort zwischen Juli und September 1941 erreicht werden"[34]).

> „Die angewachsenen Kräfte und Möglichkeiten der Sowjetunion erlaubten für den Fall eines Krieges eine entschlossene strategische Zielsetzung, bis hin zu einer völligen Zerschlagung des Aggressors auf seinem Territorium. Der Hauptgesichtspunkt in den Kriegshandlungen für die Erreichung dieser Ziele war der Angriff, auf dessen theoretische Ausarbeitung große Aufmerksamkeit gerichtet wurde."[35])
>
> „Den Krieg werden wir aggressiv führen, indem wir ihn auf das Territorium des Gegners hinübertragen."[36])
>
> „Entsprechend der Theorie (sprich strategischen Konzeption), mit Hilfe tiefer Angriffsoperationen den Durchbruch durch die taktische Verteidigung des Feindes zu erzielen, sollten Heeresverbände ... nicht nur die taktische, sondern auch, und das ist besonders wichtig, die operative Verteidigung des Gegners in der Tiefe durchstoßen. Dieser Durchbruch sollte so blitzartig erfolgen, daß den gegnerischen Truppen keine Zeit zum Rückzug bleibt. Die vorwärtsstürmenden Truppen sollten den zurückweichenden Gegner überholen und seinen Reserven keine Gelegenheit zur Verstärkung der Verteidigung an den dazwischenliegenden Grenzen geben. Sie sollten die gegnerischen Flanken entblößen und damit günstige

---

[33]) „Die Geschichte des großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945" russ. Bd. I, S. 388.
[34]) ebenda S. 476.
[35]) ebenda S. 440.
[36]) ebenda S. 441 (Entwurf der Felddienstordnung 1939, S. 9)

Bedingungen für Schläge in die Flanken oder für die Einkreisung gegnerischer Verbände schaffen."[37])

„Eine besondere Bedeutung bei den Angriffsoperationen wurde den ‚Stoßarmeen' zugemessen, d. h. besonders verstärkten Armeen, die für die Hauptstoßrichtung vorgesehen waren."[38])

„Die Kampfkraft dieser Stoßarmeen sollte laut Planung äußerst stark sein: 3—4 Schützenkorps (12—15 Schützendivisionen), 1—2 motorisierte oder Kavalleriekorps, 3—4 Fliegerdivisionen, 10—12 Artillerie-Regimenter, einige Panzerregimenter, Pionierbataillone, Einheiten für chemische Verteidigung usw. In der Hauptstoßrichtung war die operative Dichte für den Durchbruch durch die Verteidigungsstellung des Gegners wie folgt: 1 Schützendivision auf 2—2,5 km, 50—100 Artillerie-Geschütze und ebenso viele Panzer auf 1 km. Für die Tiefe der Angriffsoperationen waren 150—250 km vorgesehen, für die Operationen der Schlag-Armeen eine Tiefe von 75—100 km. Die allgemeine Frontbreite konnte in dieser Angriffsoperation zwischen 150—300 km schwanken, die der Schlagarmeen zwischen 50—80 km. Die Breite des Hauptschlages, d. h. der eigentliche Durchbruchsabschnitt sollte für die Front 60—80 km, für die Stoßarmeen 20—30 km betragen. Die Armeen sollten durchschnittlich in 24 Stunden 10—15 km vorrücken, die motorisierten Einheiten 40—50 km. Die Angriffsoperationen sollten durch artilleristische Vorbereitung und den Einsatz von Infanterie und Panzern eingeleitet werden."[39])

„Verteidigungsoperationen wurde wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Die Verteidigung war nur gedacht als Hilfe für die Sicherung des Angriffs."[40])

„Die Angriffsbreite für eine Schützendivision wurde auf 3—4,5 km festgesetzt, für ein Schützenkorps zwischen 8—12 km.

Der Luftwaffe war die Aufgabe gestellt, Tiefenoperationen durchzuführen und die Luftherrschaft zu erringen. Den damals gültigen sowjetischen Ansichten zufolge konnte die rote Luftherrschaft auch im operativen Maßstab erlangt werden, vorausgesetzt, daß der Einsatz der Luftstreitkräfte plötzlich, massiert und ununterbrochen bei jeder Wetterlage erfolgte."[41])

„Die Anordnungen und Richtlinien für die sowjetischen Seestreitkräfte waren ebenfalls auf Angriff ausgerichtet. Auch hier sollten kurze, plötzliche und massierte Schläge, und zwar gegen feindliche Schiffe, Seeverbindungen und Küstenobjekte sowie Minensperren usw. die feindliche Flotte rasch ausschalten."[42])

„Sehr stark war die Truppenmassierung im Sonder-Militärbezirk Kiew. In diesem Bezirk befanden sich 5 Armeen und eine Anzahl mechanisierter Einheiten. . . .

---

[37]) ebenda S. 442.
[38]) ebenda S. 443.
[39]) ebenda S. 444.
[40]) ebenda S. 445.
[41]) ebenda S. 448/449.
[42]) ebenda S. 450.

Die an der (dieser) Süd-Westfront stationierten Kräfte waren ausreichend für die Lösung von nicht nur Verteidigungs-, sondern auch Angriffsaufgaben....

Nichtsdestoweniger waren keinerlei Maßnahmen für den Fall vorgesehen, da der Feind uns ohne Kriegserklärung angreift oder da die Grenzkämpfe nicht zu unseren Gunsten ausgehen."[43])

Soweit die eingestandene strategische Angriffsplanung der Sowjetunion gegen den Gegner an der Westgrenze: Deutschland. Bezeichnend für die sowjetische historische Literatur ist ferner, daß der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939 systematisch unterschlagen wird; dies kann nur ein Zeichen dafür sein, daß die Sowjets ihn einst noch weniger ernst genommen hatten als den vier Wochen vorher unterzeichneten Nichtangriffspakt mit Hitler.

Eine weitere Zeugenaussage verdient Beachtung: Der einst hochdekorierte Oberbefehlshaber der 20. sowjetischen Armee, zu Beginn des Jahres 1942 zum stellvertretenden Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Wolchow beförderte General Andrej Andrejewitsch Wlassow erwiderte 1942 in Berlin nach seiner Gefangennahme auf die Frage, ob Stalin die Absicht gehabt hätte, Deutschland anzugreifen, und für welchen Zeitpunkt ein solcher Angriff beabsichtigt gewesen sei:

„Der Angriff sei für August/September 1941 vorgesehen gewesen. Die Russen hätten sich seit Beginn des Jahres im Aufmarsch befunden, der bei den schlechten russischen Bahnverbindungen ziemlich lange dauerte. Hitler habe die Situation völlig richtig gesehen und sei direkt in den russischen Aufmarsch hineingestoßen."[44])

Diese Feststellung ist um so bedeutsamer, als Wlassow diesen Zeitpunkt im Jahre 1942 genannt hat, die Zeugenaussage 1945 dem Interalliierten Militärtribunal in Nürnberg vorgelegen hat — und unabhängig hiervon der schon zitierte sowjetische General Markoff im Jahre 1950 den gleichen Zeitpunkt fixiert hat. Es hätte somit nach so vielen übereinstimmenden Belegen im Interesse einer sowjetischen — ohnehin stets praktizierten! — „Unschuld"-Geschichtsschreibung liegen müssen, zumindest diesen Zeitpunkt zu verändern. Das Gegenteil ist der Fall. Die sowjetische Geschichtswissenschaft hat, wie bereits erwähnt, im Jahre 1960 den Höhepunkt des militärischen Aufmarsches in die Zeit zwischen Juli und September 1941 verlegt, wenn sie sich auch über weitere Einzelheiten mehr oder weniger ausschweigt[34]). Daß die deutschen Truppen beim Einmarsch in die UdSSR sowjetische Generalstabskarten mit weiten Zielvorstößen nach Deutschland hinein gefunden

[43]) F. D. Worobiew u. W. M. Krawzow „Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941—1945" russ. S. 56.
[44]) H. G. Seraphim „Die deutsch-russischen Beziehungen 1939—1941" S. 85.

hatten, aber auch noch untrügliche Beweise anderer Art bis hin zu sowjetischen Schulbüchern, die die Notwendigkeit einer Eroberung Europas lehrten, sei nur am Rande vermerkt[45]).

Nur als seltsam kann die Art der Beurteilung bezeichnet werden, die diese Fakten bagatellisiert und am liebsten gänzlich verschweigt, nicht gelten lassen will.

Es ist Tatsache, daß Hitler in seinem Buch „Mein Kampf" die Aufmerksamkeit auf notwendigen „Lebensraum im Osten für das deutsche Volk gelenkt hatte. Er hatte jedoch nicht — und dies ist ein beachtlicher Unterschied — behauptet, daß er ihn erobern wolle, falls er einst deutscher Regierungschef werden sollte. Aus allen Unterlagen geht im übrigen hervor, daß der Plan „Barbarossa" hiermit in keinem Zusammenhang stand. War jenes Buch eine Agitationsschrift aus der innenpolitischen Kampfzeit, so war dieser Plan ausschließlich entworfen worden, um unmittelbar bevorstehenden Vernichtungsschlägen der Roten Armee zuvorzukommen[46]). Daß dann im Zuge des mörderischen Konfliktes zwischen Deutschland und der UdSSR der Gedanke des Lebensraumes akut wurde und zu den fatalen Konsequenzen führte, ergab sich aus den Realitäten dieser Welt. Es gibt kaum einen siegreichen Staat, der die ihm aufgezwungenen Blutopfer nicht mit einer Vergrößerung seines Einflusses, seines Wirtschaftsraumes und seiner strategischen Sicherung zu kompensieren suchte. Wir brauchen wohl nicht besonders auf Versailles 1919, Jalta, Potsdam und Tokio 1945 zu verweisen. Es ist historisch falsch, wenn der Plan „Barbarossa" oder der Polen-Feldzug oder der Zweite Weltkrieg schlechthin aus den Ausführungen Hitlers in „Mein Kampf" abgeleitet wird. Weder Polen noch Großbritannien noch Frankreich noch die UdSSR noch die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre Politik nach diesen Ausführungen ausgerichtet, sondern sind unabhängig hiervon für eigene, expansive Interessen aktiv geworden.

Nicht die Person Adolf Hitler, nicht der Gehalt seiner Ideen, nicht einzelne Maßnahmen der Reichsregierung waren für die Kommunisten Wertmesser. Allein, daß er sich nicht den Moskauer Weltrevolutionsplänen zur Verfügung stellte und den Marxismus-Leninismus als der Weisheit letzter Schluß anerkannte, genügte, um ihn, seine Partei und schließlich das von ihm geführte deutsche Volk summarisch zu verurteilen — als Verbrecher, Aggressoren, Verschwörer, Imperialisten, Militaristen, Kapitalisten usw. Die Fähigkeit, der kommunistischen Unterwanderung einen Riegel vorzuschieben, genügt dem kommunisti-

---

[45]) ebenda S. 87—89.
[46]) Ph. Fabry „Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941".

schen System, einen rücksichtslosen und weltweiten Diffamierungs- und Lügenfeldzug aufzuziehen. Millionen von Menschen werden kraft der Herrschaftsstruktur des Kommunismus gezwungen, die so fundierten Wertungen als „wissenschaftlich erwiesene Wahrheiten", als „geistiges Allgemeingut der Menschheit" anzuerkennen und für sie ihr Leben einzusetzen. Es entspricht kommunistischer Taktik, einen Gegner (sprich: nichtkommunistischen Politiker) nach dem anderen unter propagandistisches Trommelfeuer zu nehmen und die übrigen „kapitalistischen Staaten" mit „allen Kniffen und Winkelzügen" in das Streben einzuspannen, diesen unmittelbarsten Gegner niederzuschlagen. So verwundert es den Sachkenner nicht, daß genau die gleichen Diffamierungsmethoden und die gleichen Schlagworte, die gegen das Deutsche Reich angewandt worden sind, nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Vereinigten Staaten von Amerika übertragen wurden.

Die Kommunisten sagen offen, daß sie selbst Lügen, Verleumdungen, Vertragsbrüche, Geschichtsfälschungen für moralisch halten, sofern sie ihren Interessen, d. h. der Weltrevolution dienen. Hier zeigt sich die Haltlosigkeit und Gefährlichkeit der Wertbasis, von der die Kommunisten ausgehen. Indem man jeden sofort einer „Schuld" bezichtigt und ihn sogar mit Liquidierung bedroht, der nicht in marxistisch-leninistischen — damals noch stalinistischen — Gedankenfolgen denkt und sich dem Moskauer Willen unterwirft, indem man jeden Nicht-Kommunisten von vornherein zum Aggressor und Friedensfeind stempelt, kann man keinen Frieden fördern oder garantieren,
keine völkischen Probleme lösen,
kein internationales Vertrauen schaffen und
schon gar keine „Rechtsgrundsätze" konstituieren.

Die letzten Friedenstage

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Am 22. 8. 1939 sandte Neville Chamberlain ein Schreiben an Hitler — offensichtlich unter dem Eindruck der sich in Moskau abzeichnenden Ereignisse —, in dem er in allgemeinen Wendungen die Bündnispflicht Großbritanniens gegenüber Polen und die Notwendigkeit vertrauensvoller Aussprachen unterstrich, ohne jedoch hiermit konkrete Schritte, wie sie unerläßlich geworden waren, vorzuschlagen. Hitler wies in seiner Antwort auf die Ursachen der deutsch-polnischen Spannung hin und machte darauf aufmerksam, daß sich Polen zu neuen Provokationen veranlaßt sehen werde, wenn sich die britische Regierung weiterhin vorbehaltlos hinter diese Ausschreitungen stelle und in Warschau nicht ihren Einfluß zur Schaffung einer „Atmosphäre des Vertrauens“ geltend mache.

Bereits an diesem Tage war offensichtlich geworden, daß die britische Regierung die Verhandlungen „völlig ins Stocken gebracht“ hatte, die in einer geheimen Konferenz vom 7. 8. an der deutsch-dänischen Grenze eingeleitet worden waren. In jener Besprechung auf dem Gut des schwedischen Industriellen Birger Dahlerus nahmen Hermann Göring, General Bodenschatz, ein Dolmetscher und sieben englische „Geschäftsfreunde“ von Dahlerus teil. Ihr Ergebnis war die Zustimmung Hitlers für eine geheime Viermächtekonferenz[1]).

Am 23. 8. unterzeichnete Reichsaußenminister v. Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Dieser Pakt war nicht vorherzusehen gewesen. Hitler hatte ihn abgeschlossen, da die monatelangen britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen, die durch die Entsendung von Militärmissionen nach Moskau Ende Juli einen für Deutschland bedrohlichen Charakter annahmen, ihn vor die Alternative stellten, entweder diese massive Bündniskoalition hinzunehmen oder sie auf diplomatischem Wege zu zerbrechen. Diese alliierten Versuche schlossen expansives Vorgehen der Sowjets in Mitteleuropa ein. Groß-

---

[1]) B. Dahlerus „Der letzte Versuch“ S. 46/48
u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VI S. 743 f u. 751 f, die Dahlerus-Gespräche begannen bereits im Juli.

britannien und Frankreich waren bereit, faktisch die baltischen Staaten, Polen und Rumänien gegen den Willen dieser Völker und Regierungen den Sowjets zu überschreiben[2]), in Kenntnis der „Risiken und Nachteile, die die Erlaubnis für sowjetische Truppen auf polnischem Boden mit sich bringen“[3]).

Es ist erschütternd festzustellen, daß sich der französische Außenminister Bonnet am 23. 8. der Lüge bedient, die Zustimmung Polens zu dem Durchmarsch russischer Truppen durch polnisches Territorium London gegenüber zu behaupten, und daß Halifax diese Lüge erkennt und dennoch dem britischen Delegationschef in Moskau, Admiral Drax, eine Note zuleitet, er solle sich den Erklärungen des französischen Generals Doumenc anschließen[4]).

(Im Juli 1940, nach Wiederaufnahme dieser Kontakte, empfahl der britische Botschafter in Moskau, Cripps, auf Anregung seiner Regierung Stalin auch die Inbesitznahme des Balkans und von Reservaten in den Dardanellen)[5]), Die britische Garantie an Polen, die lediglich die deutsch-polnische Grenze betraf, war angesichts der so arrangierten Sachlage als üble Heuchelei zur Tarnung kriegerischer Absichten entlarvt. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, gab in einem Schreiben an Lord Halifax vom 22. 8. 1939 zu, daß Hitler von England zu diesem Schritt in Moskau gezwungen worden sei:

> „Aber ich kann nicht sagen, daß ich überrascht war, da ich schon immer gefühlt habe, daß unsere Politik mit Polen nur dahingehend enden würde, Deutschland und Rußland zusammenzubringen. Schließlich kann man nicht Deutschland dafür tadeln. ...“[6])

Nach Kenntnis dieser Fakten kann Hitler nicht die Schuld zugeschrieben werden, daß der von ihm abgeschlossene Nichtangriffsvertrag mit Moskau ebenfalls Veränderungen in Rechnung stellte, die im Geheimen Zusatzprotokoll ihren Ausdruck in einer Abgrenzung der Interessensphären „für den Fall territorialer Veränderungen“ fanden. Dennoch war der Nichtangriffspakt mit Stalin im Gegensatz zu den alliierten Versuchen kein militärisches Bündnis. Hitler hatte ihn auch nicht in der Absicht abgeschlossen, um Krieg zu entfesseln. Das Bemühen Hitlers und des Reichsaußenministers v. Ribbentrop, aber auch des General-

---

[2]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 96—124 u. I. Colvin „Vansittart in Office“ S. 336 u. K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ S. 69.

[3]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 91.

[4]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 124.

[5]) A. Seidl „Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939—1941“ S. 195.

[6]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 158.

feldmarschalls Göring im außerdiplomatischen Verfahren vom 23. 8. bis 1. 9. 1939 blieb darauf gerichtet, unter Ausnutzung der Wende mit Moskau ein freundschaftliches Verhältnis zu England und einen Ausgleich mit Polen zu erreichen, was die Reichsregierung Stalin, aber auch Herrn Chamberlain mitgeteilt hatte[7]). Auch die Tatsache, daß Ribbentrop die Sowjets gebeten hatte, Truppen an der polnischen Grenze zu massieren, ist nur so zu verstehen, daß Polen durch diese Demonstration zum Nachgeben und somit zur friedlichen Regelung veranlaßt werden sollte[8]). Weder gab es vor Kriegsbeginn Pläne für ein gemeinsames Vorgehen gegen Polen, noch bemühte sich die Reichsregierung bis zur Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland, die UdSSR zu einem Eingreifen im Konflikt mit Polen auf deutscher Seite zu bewegen. Diese Tatsachen widerlegen die These, daß der Nichtangriffspakt deutscherseits die Vernichtung Polens oder überhaupt die Entfesselung eines Krieges bezweckt habe[9]).

> „Um der historischen Wahrheit willen sollte man ausdrücklich festhalten, daß Stalins erster Anbiederungsversuch vom 10. März (1939) in Deutschland wohl registriert und auch richtig verstanden wurde, daß deutscherseits aber darauf keine entsprechende Reaktion erfolgte. Erst nach der anglo-französischen Garantieerklärung für Polen und nach den polnischen Ausschreitungen gegen alles Deutsche sieht Hitler in Stalin einen möglichen Bundesgenossen.“[10])

Der ehemalige Staatssekretär Meißner erklärte zu den Motiven Hitlers:

> „Hitler war, soweit man aus seinem persönlichen Verhalten und seinen Äußerungen schließen kann, beim Abschluß des Moskauer Paktes von der Notwendigkeit und dem längeren Bestand der deutsch-russischen Zusammenarbeit überzeugt und bereit, die ideologischen Gegensätze zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus aus realpolitischen Gründen zurückzustellen. Ich war Zeuge mehrerer Unterhaltungen, in denen Hitler führende Parteigenossen in eindringlichen Worten von der Richtigkeit seines Entschlusses zu überzeugen suchte.“[11])

Gleichermaßen der ehemalige Botschaftsrat Hilger:

> „Was Hitler betrifft, so scheint er in den nach Abschluß der Verträge folgenden 5—6 Monaten geglaubt zu haben, daß sie nicht nur ihren unmittelbaren Zweck erfüllen, sondern auch auf Jahre hinaus die Grundlage eines für beide Teile vorteilhaften Verhältnisses bilden würden. Ich bin im Besitz zuverlässiger Informationen darüber, daß Hitler sich in

---

[7]) B. Dahlerus „Der letzte Versuch“ S. 53.
[8]) ADAP VII Dok. 360.
[9]) Ph. Fabry „Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941“ S. 123—125
u. A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 262.
[10]) K. Zentner „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ S. 66.
[11]) O. Meißner „Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler“ S. 514.

diesem Sinne im Winter 1939—1940 seinen nächsten Mitarbeitern gegenüber des öfteren geäußert hat. Der Gedanke, daß Stalin ein durch den Krieg geschwächtes Deutschland zu gegebener Zeit unter Druck setzen könnte, hatte Hitler zu jener Zeit offenbar noch nicht beunruhigt. Er schien vielmehr damals fest überzeugt, daß die militärische Überlegenheit Deutschlands auf lange Dauer sichergestellt sei und daß Stalin schon aus diesem Grund sich gezwungen sehen würde, an den bestehenden Verträgen festzuhalten."[12])

Der Marschbefehl vom 23. August

Die Lage wurde durch das Abkommen freilich entscheidend verändert. Die Schockwirkung, die der Vertrag — der ja den Fehlschlag der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen besiegelte — in den westlichen Ländern auslösen mußte, hat Hitler dadurch auszunutzen versucht, daß er am 23. 8. den Aufmarschplan gegen Polen mit dem 26. 8. terminierte[13]). Generalfeldmarschall Keitel erklärte in seiner Niederschrift im Nürnberger IMT-Gefängnis,

„daß die Freigabe der Truppenbewegungen zur polnischen Grenze so abgestimmt war, daß nach einem Marsch während der Dunkelheit am 26. früh die Kampfhandlungen beginnen sollten."[14])

Am 23. August wurde nur

„das Einrücken in die Ausgangsstellungen für den Angriff am 26. August befohlen. Hierbei wurde von Hitler ausdrücklich angeordnet, daß das Anhalten des Heeres durch einen Gegenbefehl gewährleistet sein müsse. Dieser Gegenbefehl wurde am 25. August um 18.15 Uhr erteilt."[15])

Generalfeldmarschall Milch antwortete vor dem IMT in Nürnberg auf die Frage, ob er von dem ersten Angriffsbefehl gehört habe:

„Ja, davon habe ich gehört. D. h. es sollte nicht der Angriff stattfinden, um ganz korrekt zu sein, sondern es sollte eine Bereitschaft hergestellt werden für einen Angriff. Damit war das Wort ‚Angriff' noch nicht gegeben. Es ist also ein Unterschied noch."[16])

Da sich Hitler — wie alle Politiker, die dazu in der Lage sind — zur Durchsetzung seiner Ziele des militärischen Druckmittels zu bedienen pflegte und seinen Generalen den politischen Zweck der militärischen Maßnahmen verheimlichte, ist dieser Befehl vom 23. 8. trotz

---

[12]) G. Hilger „Wir und der Kreml" S. 290.
[13]) IMT XXVIII S. 389.
[14]) W. Görlitz „Generalfeldmarschall Keitel, Verbrecher oder Offizier?" S. 211.
[15]) F. Lenz „Nie wieder München" Bd. I S. 304.
[16]) Wilhelmstraßenprozeß, Fall XI, Prozeßprotokoll Bd. 77 S. 25558.

der scheinbaren militärischen Eindeutigkeit nicht als politisch endgültige Entscheidung zu betrachten. Die Bewertung der politischen Zielsetzung ist aber bei der Kriegsschuldfrage maßgebend!

Keitel berichtete über einen Brief Hitlers, den er Mussolini zum gleichen Zeitpunkt gesandt hatte:

> „Hitler rechnete mit sofortiger Weitergabe des Briefinhaltes nach London durch sein so ‚vertrauenswürdiges' Außenamt. Der Brief sollte dort, nach Hitlers Vorstellung, den Ernst seiner Absichten deutlich machen, andererseits den wahren Zeitpunkt militärischen Handelns nicht preisgeben, so daß die Polen zwar gewarnt wurden, aber die beabsichtigte taktische Überraschung des Angriffes gewahrt blieb. Schließlich hatte Hitler mit der vorgerückten Zeitangabe die erhoffte englische Intervention zur Vermeidung des Krieges beschleunigen wollen, auf die er bestimmt rechnete und für die er die Unterstützung Mussolinis erwartet hatte."[17])

Es ist wahrscheinlich, daß Hitler gleichermaßen mit der Weitergabe seiner militärischen Entscheidungen an England rechnete — Deutschland war als „offenes Land" gegen Spionage keineswegs so abgeschirmt wie die UdSSR — und damit eine ernsthafte Initiative Londons für einen Kompromiß zu erzwingen suchte. Auch muß man in Erwägung ziehen, daß Hitler die Funktionsfähigkeit der Wehrmacht im höchsten Alarmzustand überprüfen wollte. In jedem Fall, und hierin stimmen die Aussagen aller Beteiligten weitgehend überein, hatte Hitler mit seinem militärischen Befehl vom 23. 8. unter Ausnutzung — wie gesagt — der Schockwirkung des Nichtangriffspaktes mit der UdSSR die politische Absicht verbunden, England und Polen an den Verhandlungstisch zu bekommen. Diese Rechnung ist jedoch nicht aufgegangen.

Generalfeldmarschall von Manstein bestätigt diese Grundhaltung:

> „Die militärischen Maßnahmen jedenfalls, die im August 1939 getroffen wurden, konnten — trotz des Aufmarschplans „Weiß" — durchaus dazu bestimmt sein, den politischen Druck auf Polen zu verstärken, um es zum Nachgeben zu bewegen. Seit dem Sommer wurde auf Befehl Hitlers fieberhaft an einem ‚Ostwall' gearbeitet. Ganze Divisionen, darunter auch die 18. Division, wurden in stetem Wechsel jeweils für einige Wochen an die polnische Grenze verlegt, um an diesem Ostwall zu arbeiten. Was sollte dieser Aufwand, wenn Hitler Polen angreifen wollte? Auch für den Fall, daß er — entgegen allen seinen Versicherungen — die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges in Betracht zog, wäre dieser Ostwall fehl am Platze gewesen. Denn in einem solchen Falle wäre es immer für Deutschland das einzig Richtige gewesen, zunächst Polen angriffsweise niederzuwerfen, während es im Westen defensiv blieb. Die umgekehrte Lösung, Offensive im Westen, Defensive im Osten, konnte nach den derzeitigen Kräfteverhältnissen gar nicht in Frage kommen.

---

[17]) W. Görlitz „Generalfeldmarschall Keitel Verbrecher oder Offizier?" S. 210.

Auch bestanden für eine West-Offensive keinerlei Pläne, noch wurden irgendwelche Vorbereitungen dafür getroffen. Wenn also der Bau des „Ostwalls“ in der damals gegebenen Lage einen Sinn zu haben schien, so doch wohl nur den, durch größere Truppenansammlungen an der polnischen Grenze einen Druck auf Polen auszuüben. Auch der im letzten Drittel des August einsetzende Aufmarsch der Infanterie-Divisionen auf dem östlichen Oderufer und die Heranführung der Panzer- und motorisierten Divisionen in Bereitstellungsräume vorerst westlich der Oder brauchte keine wirkliche Angriffsvorbereitung, sondern konnte ein politisches Druckmittel sein.“[18])

Die große Enttäuschung des 25. 8. für Hitler war, daß Mussolini sich nicht im Sinne seiner Absichten verhielt. Keitel berichtete darüber aus der Erinnerung:

„Dann aber kam erst die tiefste Ursache seiner Enttäuschung über Mussolinis ‚Verrat‘ zutage. Er sagte etwa: ‚Selbstverständlich hat London längst Nachricht, daß Italien nicht mitmachen will, nun wird Englands Haltung sich sofort entschieden versteifen und (England) wird Polen den Rücken stärken. Der politische Erfolg meines Briefes ist genau das Gegenteil meiner Erwartungen‘.“[14])

Mussolini hatte inzwischen in seiner Antwortnote, die Botschafter Attolico am 25. 8. nachmittags Hitler überbrachte, die Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen von unerfüllbaren Lieferungen aus Deutschland abhängig gemacht: 6Mill. t Kohle, 2 Mill. t Stahl, 7 Mill. t Öl usw., dazu 150 Flakbatterien. Hitler mußte nach dieser Antwort damit rechnen, daß England von der Haltung Italiens informiert war und nun erst recht jeden Kompromiß ablehnen würde. Unmittelbar darauf erhielt Hitler auch wirklich die telegraphische Nachricht, daß sich Großbritannien in einem erweiterten Garantievertrag noch enger als bisher an Polen gebunden hatte.

Der politische Zweck der militärischen Maßnahmen war damit hinfällig geworden. Der Marschbefehl wurde sofort zurückgezogen.

Hitler hatte keine militärische Teilnahme Italiens am Polen-Konflikt erwartet oder gewünscht, lediglich die politische Solidarität des Achsenpartners. Die politische Brüskierung durch Italien, die um so empfindlicher war, da England von der unbedingten Neutralität Italiens sofort verständigt wurde, hat Hitler vornehmlich im Hinblick auf die unvermeidliche Verhärtung der britischen Position und die unmittelbaren Folgen erschüttert. Chamberlain hat am 22. 8. erneut die Vertragsbindung gegenüber Polen unterstrichen; — von dieser Bindung konnte Hitler am 25. 8. nicht betroffen sein. Hitler war sich von vornherein bewußt, daß er die polnisch-britische Front nicht aufspalten

---

[18]) E. v. Manstein „Verlorene Siege“ S. 17—18.

konnte. Das geht aus allen diesbezüglichen Dokumenten hervor. Er hatte den Bereitschaftsbefehl am 23. 8. in Kenntnis dieser Umstände erlassen; er zog ihn zurück, faktisch unter den gleichen Umständen: Nichtbeteiligung Italiens, Bündnisversprechen Englands gegenüber Polen sowie ausbleibende Vermittlung Londons. Ja, er zog ihn zurück, obwohl Polen am 23. 8. beschlossen hatte, „einen großen Teil des Heeres (¾) auf Kriegsstärke zu bringen“[19]).

Dieser Sachverhalt erweist, daß der Befehl vom 23. 8. den politischen Zweck verfolgte, unter dem Druck sich anbahnender militärischer Entscheidungen Verhandlungen zu erzwingen. Ohne diesen Druck hatte sich ja monatelang keine Verhandlung anbahnen lassen, im Gegenteil: die Provokationen Polens hatten unentwegt zugenommen! Auch Henderson sah am 24. 8.

> „keinerlei Hoffnung mehr, Krieg zu vermeiden, wenn nicht der polnische Botschafter instruiert wird, heute oder spätestens morgen um eine persönliche Unterredung mit Hitler nachzusuchen.“[20])

Weitere Indizien sprechen dafür, daß der Marschbefehl vom 23. 8. diesen politischen Zweck verfolgte:

a) Während die „Weisung Nr. 1 für die Kriegführung“ vom 31. 8. 1939 im Wortlaut vorliegt und immerhin recht umfangreich ist, ist vom Angriffsbefehl des 23. 8. keine schriftliche Unterlage bekannt. Es war aber in der deutschen Wehrmacht nicht üblich, einen solchen entscheidenden Befehl lediglich mündlich zu erteilen.

b) Hitlers Plan „Fall Weiß“ sah als frühesten Termin den 1. 9. 1939 vor; eine Vorverlegung hätte viele operative Änderungen notwendig gemacht, von denen jedoch nichts bekannt ist.

c) Am 25. 8. standen z. B. die deutschen Truppen an der Westfront noch nicht in ihren Verteidigungsräumen — was erst für den 1. 9. vorgesehen war. Es sind keine Befehle bekannt, die eine vorzeitige Besetzung dieser Verteidigungsanlagen vorgesehen hätten[21]).

d) Wurden Vorausmaßnahmen in sich steigerndem Umfang bereits am 18. 8. ausgelöst, so erging von Berlin der Befehl für die getarnte Mobilmachung erst in den Mittagstunden am 25. 8.[22]). Diese getarnte Mobilmachung, die so durchgeführt werden sollte, daß sie keine

---

[19]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 219
u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 238.

[20]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 241.

[21]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 270.

[22]) IMT Bd. XXX Doc. 2353—PS S. 263.
u. ADAP Bd. VII S. 253.
u. B. Müller-Hillebrand „Das Heer 1939—1945“ Bd. II S. 15.

außenpolitische Verschärfung zur Folge haben könne, wurde also unabhängig vom Marschbefehl des 23. 8. angeordnet und verfolgte somit auch ein anderes politisches Ziel; sie war nicht mit einem Vormarschbefehl gekoppelt, der Marschbefehl vom 23. 8. hingegen nicht mit der getarnten Mobilmachung.

Es bestand also für Hitler kein Anlaß, den Marschbefehl vom 23. 8. am 25. 8. rückgängig zu machen, wenn er ernst gemeint gewesen wäre; denn die Haltung der Gegner hatte sich seit dem 23. 8. nicht geändert. Wenn er vorher zu marschieren bereit gewesen wäre, hätte er auch am 25. 8. marschieren müssen. Da er nicht marschiert ist, muß die politische Ernsthaftigkeit des Marschbefehls vom 23. 8. bestritten werden. Die Frage bleibt: Hätte Hitler auch dann den Marschbefehl in letzter Minute zurückgezogen (dies war am 25. 8. mittags geschehen)[23]), wenn Großbritannien am 25. 8. überhaupt nichts unternommen hätte? Sie ist nicht eindeutig beantwortbar, weil für diesen hypothetischen Fall die Nachweise fehlen. Das einzige Indiz, das dafür spricht, daß er ihn auch in diesem Fall zurückgezogen hätte, dürfte Hitlers Bündnisangebot an Großbritannien vom Mittag des 25. 8. sein. Auf gar keinen Fall nämlich war zu erwarten, daß Großbritannien dieses Angebot aufgreifen könnte, wenn bereits am nächsten Tag deutsche Truppen in Polen einmarschierten. Dieses Angebot in letzter Minute kann auch nicht als militär-taktisches Ablenkungsmanöver gedeutet werden, da England ohnehin nicht in der Lage war, beim Einmarsch deutscher Truppen in Polen sofort militärisch einzugreifen, und da zudem anzunehmen war, daß Polen über den Marschbefehl der Wehrmacht ebenfalls bereits informiert war und somit nicht abgelenkt werden konnte. Jedenfalls verständigte Hitler am 25. 8. um 13.30 Uhr den britischen Botschafter Henderson davon, daß er nach Bereinigung des deutsch-polnischen Problems mit einem großzügigen Bündnisangebot an Großbritannien herantreten werde. Daß ein solcher Plan nur bei einer friedlichen „Bereinigung des deutsch-polnischen Problems" erfolgversprechend sein konnte, versteht sich von selbst. England sollte in Anbetracht dieser von Hitler gebotenen Aussichten über eine zukünftige deutsch-englische Zusammenarbeit helfen, Polen zum Einlenken zu bewegen. Es ist weder von Chamberlain noch von Henderson vermerkt worden, daß Hitler eine „kriegerische Bereinigung" gemeint hatte oder hätte meinen können.

---

[23]) Über die genaue Uhrzeit der Rücknahme dieses Befehles sind keine eindeutigen Dokumente der Forschung zugänglich gemacht worden.
Vergl. ADAP Bd. VII S. 470.
u. NATION EUROPA 5/1963 „Die Legenden um Hitlers Angriffsbefehl vom 25. 8. 1939".

Vielmehr waren diese Männer der Überzeugung, daß die Polen zur Vernunft gerufen werden sollten und nicht die Deutschen[24]).

Im übrigen bestätigt Chamberlains Biograph K. Feiling, daß auch der britische Premier Hitlers Angebot an England vom 25. 8. 1939 — trotz Kenntnis des militärischen Bereitschaftszustandes in Deutschland — unter der Voraussetzung einer friedlichen Regelung mit Polen verstand:

> „Die Unterredungen mit Hitler und Göring hinterließen den Eindruck, wahrscheinlich mit Absicht, daß es möglich sei, Hitler zu überreden, eine friedliche und vernünftige Lösung der polnischen Frage anzunehmen, um eine deutsch-englische Übereinkunft zu treffen, was er (Hitler) unentwegt als seine größte Sehnsucht bezeichnete."[25])

Die Aktivität der Britischen Regierung vom 25. bis 28. August

Die britische Regierung hatte auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und die Nachricht, daß Italien einem Konflikt fernbleiben werde, in einer Weise reagiert, die nur zu einer Verschärfung führen konnte. Anstatt sich um Verhandlungen über die anstehenden Konfliktstoffe zu bemühen — was mit Sicherheit Hitler veranlaßt hätte, den Marschbefehl unverzüglich zurückzuziehen, denn „Hitler wollte keinen Krieg mit Polen"[26]) —, versteifte London die Fronten dadurch, daß es die unübersehbare Eventualitäten einschließende Garantie an Polen erweiterte und keine Vermittlung einleitete. Die britische Regierung wertete unkorrekterweise den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt als Kriegspakt und ging „in Stellung", d. h. richtete sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung ein[27]). Der außenpolitische Chefberater, Lord Vansittart, äußerte am 23. 8. 1939 „unter Hinweis auf Verlautbarungen über den Ministerrat" zum ungarischen Gesandten in London:

> „England werde keinesfalls nachgeben. Selbst wenn gewaltsames Vorgehen nicht gegen Souveränität und territoriale Integrität Polens gerichtet sei, werde England sofort mobilisieren und in Aktion treten."[28])

Winston Churchill berichtet in seinen Memoiren eindrucksvoll über diese militärischen Maßnahmen, die sowohl die britische Führung als

---

[24]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 272 u. 275 u. a.
[25]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain" S. 416/17.
[26]) Ch. Tansill „Die Hintertür zum Kriege" S. 550.
[27]) E. Raczynski „In Allied London" S. 24.
[28]) ADAP VII Dok. 238.

auch die Dominienregierungen und Kolonien auf die Nachricht vom deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt hin ergriffen haben[29]). Es handelte sich um eine weltweite Mobilisierung — gegen Deutschland, nicht etwa (auch) gegen die Sowjetunion. Moral und Humanität konnten demnach nicht die Motive Londons sein. London zog nicht in Betracht, daß die britisch-sowjetischen Militärverhandlungen Hitler erst herausgefordert hatten, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren. Man mag für die britische Reaktion auf den 23. 8. mildernde Umstände geltend machen — von der Schuld, den Stalin-Hitler-Pakt überhaupt erst provoziert zu haben, kann man London nicht freisprechen. Die britische Reaktion machte die Situation noch auswegloser und ermutigte jene Kräfte, die an der militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland interessiert waren. Friedliche Ausgleichsmöglichkeiten wurden überhaupt nicht in Erwägung gezogen[27]).

Am 26. August begab sich Botschafter Henderson auf Anraten Hitlers mit dem deutschen Bündnisangebot vom 25. 8. nach London. Dort wurde er bis zum 28. 8. um 17 Uhr zurückgehalten, eine Zeitspanne, die zu einer „Stockung" der Gespräche führte[30]). Als Henderson um 22.30 Uhr jenes 28. 8. Hitler die britische Antwort auf sein Bündnisangebot an England und sein Ersuchen um Mithilfe bei der Regelung der deutsch-polnischen Gegensätze (vom 25. 8.) überreichte, mußte Hitler annehmen, daß die britische Regierung die drei Tage zu ausgiebigen Gesprächen mit Warschau genützt und auf Polen dahingehend eingewirkt habe, im Schutze Großbritanniens und Frankreichs nunmehr zu verhandeln. Unter Hervorhebung, daß die Situation „äußerst dringlich" sei, wurde Hitler davon in Kenntnis gesetzt, die britische Regierung sei bereit,

> „sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten. . . .
> Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten."[31])

In der Hoffnung auf diese zugesagte Vermittlung und auf die nunmehr vorliegende polnische Verhandlungszusage arbeitete Hitler seinen Verhandlungsvorschlag aus und unterbreitete ihn Botschafter Henderson am 29. 8.

Hitler erhielt jedoch keine Kenntnis von dem, was in Wirklichkeit in London während dieser drei Tage (26.—28. 8.) geschehen war. Er

---

[29]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf" S. 477.
[30]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 355
und N. Henderson „Failure of a Mission" S. 259—262.
[31]) ebenda Doc. 447 u. Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 463.

hatte keine Kenntnis davon, daß Lord Halifax die drei Tage nicht zu einem Ausgleichsversuch genutzt und daß er diese wichtigste Demarche vor Kriegsausbruch, die er Hitler am 28. 8. zuleitete, in betrügerischer Absicht gefälscht hat. Die behauptete polnische Verhandlungszusage lag gar nicht vor, und außerdem wollte die britische Regierung nicht vermitteln, stand doch nach der Aussage des britischen Außenministers vom 25. 8. gegenüber dem polnischen Botschafter nunmehr „jeder Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen, außerhalb jeder Diskussion"[32]). Dieser bisher vielfältig verschleierte Betrug Halifax' wurde auch von den Historikern lange Zeit nicht erkannt, da auch sie mit einigen gefälschten bzw. auf Falschmeldungen beruhenden Dokumenten (eines davon in den britischen Außenakten, die anderen im Polnischen Weißbuch, Britischen Blaubuch, und dem Gelbbuch der Französischen Regierung) genarrt wurden.

Halifax hat am 28. 8. eine angebliche telephonische Durchsage Kennards um 16 Uhr, die die polnische Verhandlungszusage zum Inhalt hatte, frei erfunden und in die britischen Akten geschmuggelt. Sie erscheint dem Historiker heute im Doc. 420 der Documents on British Foreign Policy. Dieses „Dokument" kann nicht echt sein, und es ist das historische Verdienst eines deutschen Mannes, dies zwanzig Jahre nach Kriegsende entdeckt und die Aufmerksamkeit des Historikers darauf gelenkt zu haben[33]).

Nachweise:

1. Das unmittelbar nach Kriegsbeginn 1939 veröffentlichte Britische Blaubuch (BBB) enthält keinen Anhaltspunkt für diese polnische Verhandlungszusage, obwohl Premierminister Chamberlain am 1. 9. 1939 vor dem Unterhaus behauptet hatte, das Britische Blaubuch (das seltsamerweise schon vor Ausbruch des deutsch-polnischen Konfliktes fast vollständig fertiggestellt war[34]) enthalte alle wichtigen Dokumente.
2. Das von der polnischen Exilregierung Anfang 1940 in England zusammengestellte „Weißbuch der Polnischen Regierung" (WPR) enthält unter Nr. 96 eine Mitteilung Becks an seine Botschafter in London und Paris vom 28. 8. 1939:

   „Der britische Botschafter hat mich über die Antwort, die Herrn Hitler erteilt werden soll, zu Rat gezogen. Ich habe zugestimmt, daß die Reichsregierung benachrichtigt werde, Polen sei zu Verhandlungen bereit.

---

[32]) E. Raczynski „In Allied London" S. 24.
[33]) F. Lenz „Nie wieder München" Bd. I S. 392—397.
[34]) Britisches Blaubuch Nr. 105

Gleichzeitig habe ich nähere Angaben darüber gewünscht, was die Britische Regierung unter dem Ausdruck ‚internationale Garantie' verstehe. Ich ersuche Sie, die ganze Frage dieser Beratung als streng vertraulich zu behandeln."

Auch dieses „Dokument" ist offensichtlich „in Beratung" mit der britischen Regierung nachträglich fabriziert worden: Beck konnte am 28. 8. diesen Wortlaut niemals für die britische Regierung gewählt haben, denn eine „Beratung" über die Note an Hitler entsprach einfach nicht den Tatsachen. Diese falsche Grundlage aber gleich zweimal in dieser „Note" zu erwähnen, macht die Fälschung noch deutlicher. — Halifax ließ die britische Note in Berlin übergeben, ohne daß er Polen vorher verständigt, geschweige denn um Wünsche zur Übermittlung an Hitler ersucht hätte.

3. Am 27. 8. um 22.46 Uhr empfing Lord Halifax die Nachricht aus Warschau:

   „Mr. Beck hat mich (Kennard) soeben darüber informiert, daß die Polnische Regierung angesichts der Sprache Hitlers hinsichtlich Polen in der Unterhaltung mit Sir Henderson (25. 8.) die volle Mobilmachung beschlossen hat, die sofort zu beginnen hat."[35])

   Erst am 28. 8. (einen Tag später) um 19 Uhr — drei Stunden nach der angeblichen polnischen Verhandlungszusage! (Doc. 420 — 16 Uhr) — und erst nach Eintreffen einer weiteren Mobilmachungsnachricht aus Warschau (Doc. 424) fragte er zurück,

   „er sei in Verlegenheit zu ermitteln, was genau in den Ausführungen Hitlers die polnische Regierung bewogen habe, letzte Nacht diese Maßnahmen der Mobilmachung zu ergreifen."[36])

   Halifax ließ n i c h t anfragen, wie die polnische Regierung diese Maßnahmen mit der (angeblich) inzwischen übergebenen Verhandlungszusage vereinbare.

4. Die vielfältigen Beweise in den britischen Akten für das intensive Bemühen des britischen Außenministers um die Gunst der „Weltmeinung" hinsichtlich des polnischen Verhaltens[37]), machen die schließlich angewandte Radikalkur — bewußte Falschmeldung — eines Mannes verständlich, der seit Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes „alle Versuche, die Dinge in Ordnung zu bringen", als „außerhalb jeder Diskussion stehend" bezeichnete[38]).

---

[35]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 391.
[36]) ebenda Doc. 436.
[37]) ebenda Doc. 4, 280, 357, 372, 539, 576 u. Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 218, 222.
[38]) E. Raczynski „In Allied London" S. 24.

„Oberst Beck scheute Verhandlungen, nicht weil sie aussichtslos waren, sondern weil er fürchtete, daß Hitler sich doch noch auf einen Kompromiß einlasse und dann sich vielleicht doch Großbritannien bereit finde, einen solchen Kompromiß den Polen aufzuzwingen.“[39])

„Es bestand gar keine Chance, Konzessionen von den Polen herauszuholen, sobald die Gefahr eines Krieges beseitigt war, und die Briten wußten das.“[40])

5. Halifax arrangierte die Fakten entsprechend seiner Zielsetzung:
   a) Obgleich sich Henderson, wie gesagt, drei Tage in London aufhielt, ersucht Halifax Polen erst dann (28. 8. — 14 Uhr) um Verhandlungszusage, als es mit Sicherheit vor dem Rückflug Hendersons nach Berlin nicht mehr antworten konnte. Innerhalb von zwei Stunden konnte Kennard nicht informiert sein, eine Audienz mit Beck gehabt und seine Antwort bereits wieder dem Foreign Office zugeleitet haben. Die (angebliche) Antwort aber ist bereits in zwei Stunden — um 16 Uhr (Doc. 420) — wieder in London. Kennards Auftrag lautete ausdrücklich (Doc. 411), Beck „aufzusuchen“, was auch den diplomatischen Gepflogenheiten entsprach — aber niemals eine so schnelle Antwort ermöglichen konnte. Die eigentliche Antwort Becks auf diese britische Demarche ist dann auch erst am 31. 8. erfolgt[41]). Diese Verzögerung wiederum bliebe unerklärlich, wenn Beck unmittelbar — bereits am 28. 8. —, wie es das PWB Nr. 96 und das britische Doc. 420 ausweisen, geantwortet hätte.
   b) Der deutschen Regierung sollte der Eindruck erweckt werden, daß die polnische Verhandlungszusage vorbehaltlos vorliege. Dazu bedurfte es eines Botschafters, der selber daran glaubte. Und Henderson war kritisch, hatte er doch noch am 24. 8. eindringlich die sofortige Entsendung eines polnischen Verhandlungsbevollmächtigten gefordert[42]). Nun wurde er am 28. 8. um 17 Uhr in der Überzeugung nach Berlin geschickt, daß die britische Regierung in Warschau sondiert habe und jede Minute die polnische Verhandlungszusage erwarte. Aus diesem Grund gab Halifax ihm die britische Note an Hitler nicht mit auf den Weg, sondern telegraphierte sie ihm eine Stunde später nach. In Berlin angekommen, konnte er die Behauptung seines Außenministers, die polnische Verhandlungszusage sei inzwischen eingetroffen, weder anzweifeln noch nachprüfen.

---

[39]) M. Freund „Weltgeschichte in Dokumenten“ Bd. III S. 308.
[40]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 272.
[41]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 609.
[42]) ebenda Doc. 241.

c) Die Disposition innerhalb der drei Tage (26.—28. 8.) war absolut ungewöhnlich in jenen kritischen Tagen und ist auch nie begründet worden.

6. Botschafter Kennard wurde am Abend des 28. 8. von Beck empfangen. Erst am frühen Morgen des 29. 8. erfuhr die britische Führung von dem Ergebnis des Gespräches[43]). Sie konnte also nicht schon am 28. 8. um 16 Uhr im Besitz dieser Antwort sein. Im übrigen wußte Kennard keine Bemerkung über die polnische Verhandlungszusage einzuflechten, keinen „neuen Kurs" in Warschau anzudeuten, auch keinen Hinweis darüber zu geben, daß man nunmehr Hitlers diplomatische Reaktion erwarte. Sondern Beck setzte im Gegenteil Kennard davon in Kenntnis, daß heute nacht in Danzig ein fait accompli zu erwarten sei, „wenn nicht eine zufriedenstellende Antwort vom Danziger Senat eintrifft". Kennard sah sich daraufhin veranlaßt, Beck zu warnen[43]).

7. Am 28. 8. um 14 Uhr[44]) hatte Halifax Kennard in Warschau aufgefordert, sein Verhandlungsergebnis mit Beck nicht nur nach London zu leiten, sondern gleichfalls nach Berlin, Paris und Rom. In der zwei Stunden später (angeblich) durchgegebenen Antwort „bestätigt" (angeblich) Kennard die Durchführung dieses Auftrages. Die nachträgliche Einschmuggelung dieses Telegrammes[45]) wird auch dadurch bewiesen, daß weder Henderson (Berlin), noch Phipps (Paris) noch Loraine (Rom) in Wirklichkeit davon Kenntnis erhielten. Auch keiner der polnischen Botschafter in diesen Städten hat je diese Nachricht aus Warschau erhalten. Und alles Drängen Hendersons auf Lipski, den polnischen Botschafter in Berlin, lief bis in die letzten Friedensstunden auf die Erkenntnis bzw. den Nachweis hinaus, daß dieser durch Instruktionen aus Warschau so fest gebunden ist, daß er sich für keinerlei Noten der Reichsregierung zu interessieren habe und keine sachlichen Gespräche führen dürfe.

   Damit dieses Betrugsmanöver den Völkern der Welt bei Kriegsbeginn nicht auffallen sollte, wurde dieser Schlußauftrag im Britischen Blaubuch nicht abgedruckt (Nr. 73).

8. Am 28. 8. um 18 Uhr telegraphierte Lord Halifax an Kennard[46]), daß er dem polnischen Botschafter in London, Raczynski, den In-

---

[43]) ebenda Doc. 456, Telegramm ab Warschau 3.44 Uhr — an London 6 Uhr früh, 29. 8.
[44]) ebenda Doc. 411.
[45]) ebenda Doc. 420.
[46]) ebenda Doc. 430.

halt der britischen Note an Warschau von 14 Uhr mit dem Ersuchen um die polnische Verhandlungszusage mitgeteilt habe. Halifax erwähnt weiter: „Falls hierauf rechtzeitig eine günstige Antwort eingeht. . . .“ Diesen Passus konnte Halifax nur dann in dieses Telegramm um 18 Uhr einbauen, wenn die polnische Verhandlungszusage bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorlag. Das Doc. 420, wonach diese Zusage schon zwei Stunden vorher eingegangen sei, kann also nicht authentisch sein.

Halifax hat in seinem betrügerischen Verhalten einen Fehler gemacht — schon 2 Stunden nach Einschmuggeln der falschen Aufzeichnung.

Den Herausgebern der britischen Außenakten ist dieses ebenfalls aufgestoßen, denn sie versahen Doc. 430 mit einer Anmerkung (5), daß dieses Telegramm offenbar vor Erhalt des Doc. 420 abgegangen sein müßte, indes eine Erklärung dafür hatten sie nicht gefunden.

9. Über die Art dieser Unterredung mit Raczynski (28. 8.) informiert Halifax seinen Botschafter in Warschau am 29. 8. rückblickend[47]). Halifax erklärt, daß Raczynski „irgendwie außer Fühlung mit seiner Regierung zu sein schien und keinerlei Bemerkungen zu machen hatte“. Keine Rede davon, daß er etwa die polnische Verhandlungszusage mitgeteilt oder bestätigt hätte. Auch darüber wollte er nichts wissen, was England unter „internationaler Garantie“ verstehe. Dagegen erkundigte sich Raczynski nach der britischen Antwort an Hitler und danach,

> „ob die Regierung Seiner Majestät irgendeine Forderung auf einen Waffenstillstand erheben werde. Ich antwortete, daß es nichts in der Antwort gab mit dieser Wirkung, aber daß Seiner Majestät Botschafter in Berlin gebeten werde, Hitler auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß, wenn Diskussionen begonnen werden, Provokationen aufhören müßten . .
> Fürst Raczynski dachte, daß dies hilfreich sein würde, da es wichtig sei, irgendeinen Eindruck von Schwäche zu vermeiden.“[47])

Halifax hatte keine Waffenstillstandsforderungen an Polen gestellt, Berlin hingegen als die Adresse genannt, auf die eingewirkt werden müsse, um Provokationen zu beenden. Weder in seiner Unterredung mit Raczynski noch in seiner Note an Warschau[48]) hatte Halifax die Polen zur Unterredung mit Deutschland ermahnt, statt dessen unterstrich er,

> „daß ein Scheitern einer deutsch-polnischen Vereinbarung alle Hoffnungen auf eine britisch-deutsche Verständigung hinfällig machen und zum Krieg führen kann.“[48])

---

[47]) ebenda Doc. 497.
[48]) ebenda Doc. 431 — 28. 8., 18 Uhr.

Angesichts dieser und ähnlicher Erklärungen des britischen Außenministers zu diesem Zeitpunkt konnte folgender Satz nur für die Akten geschrieben sein:

„Die Regierung Seiner Majestät hat gegenüber der polnischen Regierung Vorstellungen erhoben, daß sie ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen sollte, auf dieser Basis in die Diskussionen einzutreten.“[48])

Tatsache ist: Polens Verhalten wurde erneut vorbehaltlos für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gebilligt.

10. Danach, was die britische Regierung unter „internationaler Garantie“ verstehe, erkundigte sich Außenminister Beck erst am 31. 8.[49]), was er nicht getan hätte, wenn
    a) er bereits (laut Doc. 420) am 28. 8. danach gefragt hätte,
    b) Halifax diese Frage, die den Polen (laut Doc. 420) offenbar dringlich schien und die Beck am 31. 8. als „Hauptfrage der Polnischen Regierung“ bezeichnete, zwischenzeitlich beantwortet hätte.

    Halifax hätte diese Frage vordringlich beantworten müssen, hatte er doch zur gleichen Zeit Hitler die „äußerst dringliche Situation“ vor Augen stellen lassen[50]). Wer unterstellt, Doc. 420 (28. 8. — 16 Uhr — polnische Verhandlungszusage, einschließlich der Frage nach der „internationalen Garantie“) sei authentisch, muß schlußfolgern, daß Halifax auf den Krieg hinarbeitete, weil er sich weigerte, dem polnischen Partner diese dringliche Frage zu beantworten. Dieses Doc. 420 weist so oder so Halifax' Kriegspolitik nach.

    Es berührt ausgesprochen seltsam, daß gerade jene Stellen im Doc. 609 (Antwort Becks am 31. 8.), die Aufschluß geben könnten, ob es sich bei der Anfrage Becks („Internationale Garantie“) um eine e r s t m a l s gestellte Frage oder um eine W i e d e r h o l u n g handelt, nicht abgedruckt sind, da nach Angaben der Herausgeber der britischen Außenakten „der Text hier ungewiß ist“.

11. Am 28. 8. sendet Halifax ebenfalls um 18 Uhr den Kern der britischen Note an Hitler (Doc. 431) den Botschaftern in Washington, Warschau, Paris und Rom. Er erklärt zwar, daß sich die Regierung Seiner Majestät um die polnische Verhandlungszusage bemüht habe (was sachlich stimmt, wenn auch den Botschaftern der äußerst späte Zeitpunkt dieses Bemühens verschwiegen wurde). Die Telegramme enthalten jedoch k e i n e Bemerkung über die (angeblich zwei

---

[49]) ebenda Doc. 609.
[50]) ebenda Doc. 426.

Stunden vorher erhaltene) polnische Zusage, die doch nach all den Vorfällen und des monatelang verweigerten Verhandlungswillens in Warschau als Sensation gerade dieses Telegramms hätte bekannt gemacht werden müssen. Erst einen Tag später, am 29. 8. um 10.50 Uhr[51]), teilt Halifax seinen Botschaftern in Washington und Rom — und ausgerechnet nur diesen! — mit, daß angesichts der zwischenzeitlich eingetroffenen polnischen Verhandlungszusage die britische Note an Hitler geändert wurde. Diese Mitteilung war eine Lüge, da

a) die polnische Verhandlungszusage, wie nachgewiesen wurde, gar nicht vorlag,
b) die Note an Hitler gar nicht geändert wurde, sondern sie Henderson statt, wie jeder vermuten mußte, nach Berlin mitzugeben, nach-telegraphiert wurde,
c) nicht einzusehen ist, weshalb — wenn Beck doch um 16 Uhr Verhandlungen zugestimmt haben sollte — Halifax diese wichtige Mitteilung nicht bereits den um 18 Uhr abgehenden Demarchen beigefügt haben sollte.

Einen weiteren Schritt zum Kriege unternahm Lord Halifax an diesem 28. August: Früh um 9.30 Uhr erfuhr er von dem Geschäftsträger der britischen Botschaft in Berlin, Ogilvie-Forbes, das Ergebnis eines Gespräches zwischen Generalfeldmarschall Göring und dem schwedischen Industriellen, Birger Dahlerus, der bereits seit Juli 1939 zur Vermittlung zwischen Deutschland und England von Göring herangezogen worden war. Punkt 5 dieser Mitteilung ans Foreign Office lautete:

„Generalfeldmarschall Göring bittet nach Rücksprache mit Herrn Hitler, daß die britische Antwort weder publiziert noch dem Parlament mitgeteilt werden sollte, bevor Hitler nicht Zeit gehabt habe, sie zu kommentieren und möglicherweise Veränderungen vorzuschlagen."[52])

Am Nachmittag des gleichen Tages — Botschafter Henderson befand sich auf dem Rückflug nach Berlin — teilte Halifax seinen Botschaftern in Washington, Warschau, Paris und Rom den Kern der britischen Antwort an Hitler mit[53]) — ohne den Zusatz, daß die polnische Verhandlungszusage vorliege. Kennard in Warschau aber bekam eine gesonderte Vorankündigung, die u. a. die Mitteilung enthielt[54]), daß der polnische Botschafter in London, Raczynski, bereits von dem Kern der britischen Antwort an Hitler unterrichtet — und gebeten worden sei, sie nicht verschlüsselt nach Warschau zu leiten. War es schon

[51]) ebenda Doc. 460.
[52]) ebenda Doc. 402.
[53]) ebenda Doc. 431 — 18 Uhr.
[54]) ebenda Doc. 430.

ungewöhnlich, diese britische Antwort auf zwei verschiedenen Wegen nach Warschau zu leiten (es hätte genügt, wenn Raczynski lediglich eine Kopie erhalten hätte zur eigenen Information), so mußte es noch ungewöhnlicher sein, den polnischen Botschafter in London zu einem Verhalten zu veranlassen, das unüblich war — und öffentliches Aufsehen nicht nur erregen konnte, sondern m u ß t e . Denn der Empfänger dieser Information (Raczynski) fühlte sich dadurch an keine Geheimhaltung gebunden, die Empfänger s e i n e r Information hingegen (die Journalisten) griffen diese Neuigkeit naturgemäß sogleich auf und brachten sie als „Sensation" heraus. Diese Journalisten („die Presse") konnten den Verantwortungsbereich kaum übersehen, der die Regierungsverantwortung tragende Premierminister kannte dagegen das Arrangement nicht. Untersuchungen über die Quelle der Information hätten zwar zu Raczynski, aber infolge der nunmehr schnellen Aufeinanderfolge der Ereignisse nicht weitergeführt.

Wiederum hatte Halifax die „Befriedungspolitiker" in England, soweit sie noch in maßgebenden Stellungen gewesen sein sollten, aber auch im Ausland überspielt. Wie aufgebracht selbst Mr. Chamberlain, der zu jener Zeit — u. a. aus den Briefen an seine Schwestern ersichtlich — nicht mehr zu den „Befriedungspolitikern" zählte, über diese Handhabung war, ohne den Initiator zu erkennen, bezeugt seine Unterhausrede am 29. 8. 1939:

> „Etwas möchte ich in diesem Augenblick hinsichtlich der Presse sagen. Ich halte es für nötig, der Presse noch einmal dringend nahezulegen, äußerste Zurückhaltung zu beobachten zu einer Zeit, wo es durchaus möglich ist, daß ein paar wenige gedankenlose Worte in einer vielleicht gar nicht besonders wichtigen Zeitung die gesamten Anstrengungen der Regierung zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung zum Scheitern bringen können. Ich habe gehört, daß ein Bericht, der sich als wörtliche Beschreibung der Mitteilung der Britischen Regierung an Herrn Hitler gibt, gestern nacht oder heute morgen in ein anderes Land telegraphiert wurde. Ein solcher Bericht kann bloß von A bis Z eine Erfindung sein. Es ist, wie ich denke, sehr bedauerlich, daß Journalisten in Ausübung ihres Berufes solche Verantwortungen auf sich zu nehmen wagen, Verantwortungen, die nicht nur sie selbst, sondern auch die Einwohner vielleicht aller Länder der Welt berühren. . . .
> Ich würde dem Haus sehr gern den Inhalt der mit Herrn Hitler ausgetauschten Mitteilungen in vollem Umfang enthüllen, wenn ich könnte, aber die ehrenwerten Mitglieder werden verstehen, daß in einer so äußerst heiklen Situation und wenn so schwere Entscheidungen unsicher auf der Waagschale liegen, es nicht im allgemeinen Interesse ist, diese vertraulichen Mitteilungen zu veröffentlichen oder sich im einzelnen dazu zu äußern in diesem Zeitpunkt."[55])

---

[55]) Britisches Blaubuch Nr. 77,
s. a. F. Lenz „Nie wieder München" Bd. I S. 392—398.

Auch die französische Regierung hielt sich am 27./28. 8. nicht an die Hitler zugesagte Geheimbehandlung des Schriftwechsels zwischen dem Reichskanzler und Daladier, sondern gab der Presse mit der Möglichkeit von Entstellungen und Verschärfungen neues Pulver in die Hand[56]). Hitler hatte sich daraufhin veranlaßt gesehen, seinen Schriftwechsel mit dem französischen Ministerpräsidenten zu veröffentlichen.

Die polnische Regierung jedoch wußte, was diese „Richtschnur"[57]) zu bedeuten hatte und wohin die Führungskräfte Englands und Frankreichs steuerten. Da zudem die Raczynski zugeleitete und anschließend von der britischen Presse veröffentlichte Version n i c h t den Passus enthielt, daß die polnische Verhandlungszusage vorliege, auf der anderen Seite aber gerade Hitler durch diesen Passus bewogen wurde, eine kurzfristige Verhandlung anzusetzen, mußte sich Polen veranlaßt sehen, seine Provokationen zu verstärken. Wie unehrlich Halifax dieses Spiel betrieb, ergab sich auch daraus, daß er Warschau nicht davon unterrichtete, daß er Hitler gegenüber Polens Verhandlungszusage behauptet hatte und daß deutscherseits Verhandlungen begrüßt würden. Dies war um so schwerwiegender, als Halifax zur gleichen Zeit Polen weitere, offenbar von deutschen Widerständlern in Erfahrung gebrachte, militärische Alarmnachrichten zuleitete (28. 8.)[58]) und am 29. 8. erklärte,

> „daß er nicht die Verantwortung übernehmen könne, der polnischen Regierung von irgendeiner Aktion abzuraten, die sie für ihre Sicherheit für notwendig erachte."[59])

Das Ergebnis war die polnische Generalmobilmachung, wofür London dem polnischen Partner auch nachträglich keinen Vorwurf gemacht hat. Graf Szembek gab dem britischen und französischen Botschafter am 29. 8. um 16 Uhr Kenntnis von dieser soeben beschlossenen polnischen Generalmobilmachung, die „jedoch nur die bereits früher getroffenen militärischen Maßnahmen ergänzte"[60]). Die polnische Regierung berief

---

[56]) ADAP VII Dok. 366.

[57]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 539.

[58]) ebenda Doc. 435, 491.
Halifax beruft sich auf eine „erstklassige deutsche Quelle". Der Hinweis, daß Dahlerus diese Nachricht weitergeleitet und sie von Göring in Erfahrung gebracht habe (Anm. 1 Doc. 435), dürfte unwahrscheinlich sein, da Göring dem schwedischen Vermittler kaum operative Einzelheiten über einen deutschen Angriffsplan gegen Polen unterbreitet haben dürfte. Auf der anderen Seite liegt es nahe, daß die britische Botschaft in Berlin ihre eigentliche Quelle in ihrer Nachrichtenübermittlung auf diese Weise getarnt haben dürfte. Laut Doc. 491 wird ohnehin eine andere „erstklassige deutsche Quelle" genannt.

[59]) ebenda Doc. 495.

[60]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 329.

sich bei dieser Maßnahme ausdrücklich auf die am Vortag aus London zugeleitete Warnung über deutsche Truppenbewegungen und über die Absicht Deutschlands, „Polen überraschend anzugreifen“[60]). Die Generalmobilmachung sollte am folgenden Tag frühmorgens verkündet werden. Auf Grund der diplomatischen Verhandlungen zwischen London und Warschau wurde sie jedoch um einige Stunden, bis zum Nachmittag des 30. 8. (14.30 Uhr), hinausgeschoben.

Die Unterredung zwischen Hitler und Henderson am 29. August

Hitler hatte inzwischen durch den Geheimdienst von der weiteren polnischen Mobilisierung des 28. 8. sowie von der Konzentrierung der polnischen Verbände an der Grenze[61]) erfahren, außerdem aber auch von dem Intern-Beschluß zur Generalmobilmachung vom 29. 8. nachmittags. Hitler verheimlichte dem britischen Botschafter Henderson noch nicht einmal, daß er über so weitreichende Geheimdienstquellen nach Warschau verfügte[62]). In Kenntnis dieser militärischen und politischen Geheimvorgänge in Warschau, die unmittelbare deutsche Gegenmaßnahmen herausforderten, erbat Hitler 2 ¾ Stunden später, um 18.45 Uhr, in einer Antwortnote an die britische Regierung „in Anbetracht der überaus dringlichen Lage, da sich zwei mobilisierte Armeen gegenüberstehen und die Deutschen in Polen massakriert würden“, einen polnischen Bevollmächtigten zum 30. 8. Hitler erklärte hierin ausdrücklich, daß Deutschland nicht beabsichtige, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Unabhängigkeit Polens in Frage zu stellen. Hitler gab gleichzeitig zu verstehen, daß er sogleich Verhandlungsvorschläge ausarbeiten lasse.

In welcher Haltung aber erschien der britische Botschafter Henderson zu dieser Audienz am 29. 8.? War er inspiriert worden von den Widerständlern aus dem deutschen Auswärtigen Amt, die während der „Augustkrise“ bemüht waren, „ein neues München oder Prag zu verhindern“[63])? Staatssekretär v. Weizsäcker hatte ihn oft in dieser Weise beeinflußt[64]). Henderson wußte um den Ernst der Lage und davon, was gerade von d i e s e r Unterredung mit Hitler, d. h. Hitlers Ant-

---

[61]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 424.
[62]) ebenda Doc. 493.
[63]) IMT XII S. 245.
[64]) E. v. Weizsäcker „Erinnerungen“ S. 251.

wort auf die verzögerte britische Note abhing. Er selbst gab zu, daß er angesichts des Treffens mit Hitler am Tag zuvor „nicht ohne Hoffnung“ auf die Vernunft Hitlers reflektierte. Dennoch hatte er sich v o r dieser Unterredung am 29. 8., also ohne zu wissen, wie sich Hitler überhaupt verhalten und wie die deutsche Antwort auf die britische Note vom 28. 8. ausfallen werde, „nach sorgfältiger Überlegung entschieden“[65]), sich Hitler gegenüber gehenzulassen und den deutschen Reichskanzler anzuschreien, da „Hitler eine Anomalität sei und es ihm guttun würde, wenn ihm eine Dosis seiner eigenen Medizin gegeben würde“[65]). Henderson schrieb weiter über diese Unterredung in einem Privatbrief an Lord Halifax:

> „So gab ich es ihm gehörig, als er mir die Gelegenheit bei einem untergeordneten Punkt gab, nämlich bei unserer angeblichen Gleichgültigkeit gegenüber der Ermordung von Deutschen in Polen....
>
> Er (Hitler) reagierte auf keine bemerkenswerte Art, aber ich habe keinen Zweifel, daß es eine unangenehme und ungewöhnliche Überraschung war....
>
> Ich muß hinzufügen, daß ich im Begriffe war aufzustehen, nachdem das Schlimmste geschehen war, aber er rührte sich nicht.“[65])

In einem anderen Schreiben über diese Unterredung erwähnte Henderson:

> „Ich fuhr fort, Herrn Hitler zu überschreien (I therefore proceeded to out-shout Herr Hitler). Ich sagte ihm, daß ich eine derartige Rede (Bezug: die Ermordung von Volksdeutschen in Polen) weder von ihm noch von irgend jemand anderem anhören würde. Solch eine Behauptung wäre unerträglich und ein Beispiel seiner Übertreibung....
>
> Er gab keine Antwort, und ich gebrauchte während des ganzen Interviews dieselbe heftige Sprache.“[66])

Ribbentrop berichtet, daß Henderson sogar mit der Faust auf den Tisch geschlagen habe[67]). Zu diesem Verhalten des britischen Botschafters ist dreierlei festzustellen:

1. Die Behauptung Hitlers — dieser „untergeordnete Punkt“! —,

   > „daß ich oder Seiner Majestät Regierung nicht einen Pfifferling danach fragten, ob Deutsche in Polen ermordet würden oder nicht“,

   war sachlich richtig. Denn England hatte sich ja wirklich nicht darum gekümmert, sondern ausdrücklich schon im Frühjahr 1939 Polen zu verstehen gegeben, daß es bei der Garantie die „Frage des Aggressors ignorieren würde“[68]). Auch in diesen entscheidungsvollen Tagen hatte

---

[65]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII, Doc. 565.
[66]) ebenda Doc. 508.
[67]) J. v. Ribbentrop „Zwischen London und Moskau“ S. 191.
[68]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. IV Doc. 584.

die britische Regierung noch keine Nachforschungen über die deutschen Beschwerden angestellt, geschweige denn Polen zum Einlenken veranlaßt, obgleich sie zweifellos durch ihre Geheimdienstquellen über die anliegenden Tatbestände informiert war.

Wer sachlich richtige Feststellungen — „nach vorheriger gründlicher Überlegung"! — zum Anlaß nimmt, um in einem hochpolitischen Gespräch fortan zu „schreien", setzt sich ins Unrecht und macht sich schuldig!

2. Die Verfolgung der Volksdeutschen in Polen, die Henderson nunmehr zum „untergeordneten Punkt" bagatellisierte, hatte er an den Vortagen in Telegrammen wie folgt kommentiert:

Am 21. 8. an Halifax:

„... Tatbestand bleibt, daß es gegenwärtig wahrscheinlich nicht weniger als 10 000 Flüchtlinge in Deutschland gibt, daß deutsche Institutionen systematisch geschlossen werden, deutsche Arbeiter entlassen werden usw.

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß der Konflikt gegenwärtig über Danzig hinausgegangen ist. Hitler kann hinsichtlich der Freien Stadt zur Geduld gedrängt werden, aber es würde dem entgegengesetzten Zweck dienen, sie hinsichtlich der Verfolgung der deutschen Minderheit zu predigen. Ich versuche nicht, die Schuld aufzuteilen, sondern Tatsachen festzustellen. Zur Regelung der Minderheitenfrage scheint mir ein direkter und sofortiger Kontakt zwischen Warschau und Berlin wesentlich."[69])

Ebenfalls am 21. 8. an Halifax:

„Gestern trank ich mit einem meiner Freunde (gemeint war Widerständler E. v Weizsäcker) Tee, und er bestand nachhaltig auf einer sofortigen Aktion. Obwohl er Übertreibungen der Presse zugab, versicherte er mir, daß das, was vor sich ginge, eine Art erzwungener deutscher Abwanderung aus Polen wäre, wo man keinem Deutschen erlaube, einen Lebensunterhalt zu finden. Das ist eine dringliche Frage.

Ich sprach von Geduld, und er sagte sofort, daß die bloße Erwähnung dieses Wortes Hitler zur Raserei bringen würde. Das Hauptproblem ist heute nicht Danzig, sondern die Minderheitenfrage....

Der hiesige Korrespondent der „Times" hat mir soeben berichtet, daß er gestern mit seinem Warschauer Kollegen telefoniert habe, der ihm erklärte, daß sich die Polen ‚unglaublich töricht' benähmen."[70])

Am 24. 8. an Halifax:

„Die Antwort von Herrn Hitler weist deutlich darauf hin, daß die gegenwärtige Frage nicht so sehr Danzig und der Korridor ist, die ohne weiteres bis zu einer späteren Lösung verschoben werden kann, als vielmehr die Verfolgung der deutschen Minderheit.... Es gibt keinen Zweifel darüber, daß Grund für deutsche Beschwerden in dieser Hin-

---

[69]) ebenda Vol. VII Doc. 112.
[70]) ebenda Doc. 117.

sicht weitgehend vorhanden ist. Das Enteignungsgesetz, auf das im Warschau-Telegramm Nr. 271 hingewiesen worden ist, ist für mich — und ich gebe das zu bedenken — das grundlegende Anzeichen einer sehr verständlichen, aber gleichwohl inopportunen Bemühung, die deutsche Bevölkerung in Polen unter dem Schutz der Garantien der Westmächte loszuwerden."[71])

Am 28. 8. erhält Henderson eine Zirkulardepesche von Halifax, die gleichermaßen nach Washington, Warschau, Paris und Rom abgesandt wurde:

„Die Regierung Ihrer Majestät erkennt an (agree), daß eine der Hauptgefahren in der deutsch-polnischen Situation die Berichterstattung über die Behandlung der Minderheiten ist...."[72])

Henderson war also von den verschiedensten und für ihn verläßlichen Informanten über die Tatbestände ins Bild gesetzt worden. Daß er dann ausgerechnet d i e s e s Thema zum „untergeordneten Punkt" degradierte und zum Anlaß einer Provokation des deutschen Regierungschefs nahm, macht den Vorsatz seiner Provokation noch deutlicher und unverantwortlicher.

3. Um das Verhalten Hendersons in seiner Unterredung mit Hitler am 29. 8. noch gründlicher als durch die bisherigen Darlegungen zu beleuchten, sollte man die Atmosphäre berücksichtigen, in der die Unterredung zwischen Hitler und Henderson am Tage vorher, am 28. 8. spätabends, verlaufen war. Henderson selbst schrieb hierüber:

„Um 10.30 Uhr fuhr ich, gestärkt durch eine halbe Flasche Champagner, zur Wilhelmstraße zum Haupteingang der Reichskanzlei. Eine ganze Anzahl Leute wartete außerhalb der Botschaft und eine beträchtliche Menge außerhalb der Reichskanzlei. Keine Feindseligkeit, soweit ich erkennen konnte, absolutes Schweigen, vielleicht Unbehagen. Ich wurde durch eine Ehrengarde in vollem Glanze empfangen, so als sollte ich mein Beglaubigungsschreiben übergeben. Ich wurde sogleich hineingeleitet unter Begleitung von Ribbentrop und dem unvermeidlichen Dr. Schmidt. Der Kanzler sah gut aus, war vollkommen ruhig und normal. Kein Feuerwerk oder Tiraden irgendwelcher Art....

Hitler blieb ohne Erregung, als er den deutschen Text (der britischen Note) las....

Ich bin nicht ohne Hoffnung, daß Hitlers Antwort nicht unvernünftig sein wird....

Die allgemeine Atmosphäre war ganz freundlich, sogar auf seiten Ribbentrops.

Ein anderer Punkt unserer Unterhaltung war, daß Hitler auf dem Wert einer britisch-deutschen Freundschaft bestand...."[73])

---

[71]) ebenda Doc. 219.
[72]) ebenda Doc. 431.
[73]) ebenda Doc. 501.

Angesichts dieser Haltung Hitlers muß das Benehmen Hendersons am Abend des 29. 8. als unverantwortliche Provokation bezeichnet werden, wobei es belanglos ist, ob der britische Botschafter aus freien Stücken handelte, im Auftrag seiner Regierung, auf Anraten der Kriegstreiber in London oder auf Einflüsterungen deutscher Widerstandskämpfer im Auswärtigen Amt hin. Es ist bemerkenswert, daß Henderson keinen Erfolg damit hatte, denn „Hitler gab keine Antwort... und rührte sich nicht".

Das Zusammenspiel zwischen London und Warschau vom 29.—31. August

Ob es Henderson war, wie im Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 285 + 287 behauptet, oder ein anderer englischer oder französischer Diplomat, der über die Unterredung mit Hitler am 28. 8. falsche Nachrichten über Hitlers Forderungen (der ganze Korridor, Ostoberschlesien) nach Paris weiterleiten ließ, sei dahingestellt. Immerhin macht auch dieses Beispiel deutlich, wie gerade in den letzten Friedenstagen ausländische Kräfte eigenmächtig, aber ermutigt und abgesichert durch ihre Regierungen, den Zündstoff zum Krieg angereichert haben[74]).

Entscheidender aber sollte das Verhalten der britischen Regierung werden. Sie hat ihren Botschafter Henderson in seiner Unterredung mit Hitler vom 29. 8. voll gedeckt. Darüber hinaus: Das Foreign Office informierte den französischen Botschafter in London, Corbin, am 29. 8. ebenfalls in aufputschendem Sinne über die Unterredung zwischen Hitler und Henderson vom 28. 8. Dies ist deshalb nicht entschuldbar, da Hitler in dieser Unterredung ja überhaupt keine Antwort auf die britische Note gab und geben konnte, sondern diese Note aus London erst überreicht bekam. Außerdem ist es auch deshalb nicht entschuldbar, da in dieser Mitteilung an Corbin die bewußt kriegstreiberischen Hinweise enthalten waren:

> „Der Reichskanzler gab, nachdem er außer seinen früheren Forderungen noch Schlesien zurückverlangt hatte, klar zu verstehen, daß das, was von Polen übrigbleiben würde, nicht auf eine unabhängige Zukunft rechnen könne....
> Er ließ durchblicken, daß er mit Polen nur verhandeln würde, wenn er von vornherein sicher sei, Polen werde alle seine Wünsche annehmen."[75])

[74]) F. Lenz „Nie wieder München" Bd. I S. 420—421.
[75]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 293.

Den Documents on Foreign Policy ist zu entnehmen, daß Henderson die falsche Nachricht nach London gesandt hat[76]). Ob dies stimmt, muß dahingestellt bleiben; vielleicht hatte Henderson auch insgeheime Anweisungen, so zu handeln, daß die deutsch-englischen Gespräche und somit die Bemühungen Deutschlands um Polen scheitern mußten. Immerhin hatte Henderson seinem französischen Botschafterkollegen in Berlin, Coulondre, nichts von diesen angeblichen Forderungen Hitlers berichtet[77]). In den deutschen Akten des Auswärtigen Amtes findet sich jedenfalls auch kein einziger Hinweis auf diese angeblichen Forderungen[78]). Und diese Akten verdienen in diesem Fall um so größeres Vertrauen, als der Sieger sie veröffentlicht hat. Doch ungeachtet dessen, wer diese angeblichen Forderungen Hitlers („ganzer Korridor und Ostoberschlesien") erfunden hat: Halifax war es, der noch darüber hinausging und Nachrichten mit weiter verschärften Akzenten ausstreute, für die er keinerlei Unterlagen hatte. Dabei wußte er, daß der polnische Außenminister

> „äußerst daran interessiert ist, bis Mittag das Ergebnis von Hitlers Bemerkungen (am 28. 8.) zu wissen."[79])

Dabei wußte er, daß Beck bereits „die Sprache Hitlers" am 25. 8. zum Anlaß für die polnische Mobilmachung genommen hatte[80]). Auch Chamberlain würzte die Mitteilung an Paris mit dem Zweckargument:

> „Der Führer kann nicht umhin, sich über den ‚Abscheu' Rechenschaft abzulegen, den das von Deutschland mit der Sowjetunion geschlossene Abkommen, die noch am Vortag von ihm als sein schlimmster Feind angesehen worden war, in der ganzen Kulturwelt hervorgerufen hat."[75])

Chamberlain gab n i c h t zu bedenken, welchen „Abscheu der Kulturwelt" das monatelange Bemühen der britischen und französischen Politik um ein expansiv gegen Mitteleuropa gerichtetes Militärbündnis mit der UdSSR erregt hat. Solche Gewissensbisse kannte die damalige britische Führung nicht.

Das Bemühen von Lord Halifax[81]), das Betrugsmanöver mit der britischen Note an Hitler vom 28. 8. bis zu Ende durchzuspielen und seinerseits zusätzliche Provokationen einzubauen, ist durch diese Mitteilung an Corbin[82]), aber auch durch sein nachfolgendes Verhalten

---

[76]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 450.
[77]) R. Coulondre „Von Moskau nach Berlin" S. 435 Anm.
[78]) ADAP VII Dok. 384.
[79]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 461.
[80]) ebenda Doc. 391.
[81]) man erinnere sich seiner Worte vom 25. 8.: „Jeder Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen, stünde außer Frage".
[82]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 293.

erneut bewiesen: Ungeachtet der auch London inzwischen vertraulich zugeleiteten Mitteilung über die bereits beschlossene polnische Generalmobilmachung und ungeachtet dessen, daß die Antwort Hitlers vom 29. 8. dem entsprach, was London von Berlin erwartet hatte: die Forderung auf „sofortige" Gespräche, — „weigerte sich die britische Regierung, es eilig zu haben"[83]).

Niemals hat sie — auch zu diesem Zeitpunkt nicht — polnischen Verhandlungswillen zur Voraussetzung für die britische Hilfe gemacht. Henderson hatte die Sachlage richtig umrissen, als er am 29. 8. seinem Außenminister schrieb:

> „Es ist nicht ohne Interesse, daß, während jeder andere Diplomat gebeten hat, mich zu sprechen, keinerlei Anzeichen für irgendein Interesse vom polnischen Botschafter vorliegt, obwohl meine Beziehungen zu ihm persönlich ausgezeichnet sind."[84])
>
> „Wenn wir erlauben, daß die letzteren (Polen) die ganze Zeit über ihre amour propre (Selbstsucht), ihr Prestige und den zu vermeidenden Schein der Schwäche reden, dann sind wir nicht schuldlos an der Verantwortung für das Unglück."[73])

Der britische Botschafter in Warschau, Kennard, dagegen war der Ansicht,

> „daß es unmöglich wäre, die polnische Regierung zu veranlassen, Herrn Beck oder irgendeinen anderen Vertreter sofort nach Berlin zu schicken, um eine Regelung auf der von Herrn Hitler vorgeschlagenen Basis zu besprechen. Sie würden zweifellos eher kämpfen und untergehen, als daß sie eine solche Demütigung hinnähmen, besonders nach den Beispielen der Tschecho-Slowakei, Litauens und Österreichs."[85])

Diese Meinung Kennards war keineswegs auf die Kurzfristigkeit des deutschen Vorschlages oder seinen Inhalt bezogen, empfahl er doch bereits am 26. 8. 1939 seinem Londoner Staatssekretär Cadogan:

> „Es tut mir leid, nicht Hendersons Vorschlag zustimmen zu können, daß Lipski um eine Unterredung mit Hitler nachsuchen sollte. . . .
>
> Würde Lipski in der Lage sein, mit Weizsäcker zu sprechen, könnte einiges dabei herauskommen, würden dagegen Lipski oder Beck um ein Interview mit Hitler oder Ribbentrop nachsuchen, würde es zu sehr einem Gang nach Canossa gleichen."[86])

Kennard hat diese Ansicht den polnischen Regierungsvertretern nicht verheimlicht[89]). Auch hat er seine Regierung in diesem entscheidungs-

---

[83]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 340.
[84]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 470.
[85]) ebenda Doc. 512 — 30. 8.
[86]) ebenda Doc. 357.

vollen Monat nicht noch einmal mit Nachdruck vor der starrsinnigen Haltung Polens gewarnt. Dabei wußte er so gut wie sein amerikanischer Kollege Biddle um den polnischen Kriegswillen[87]).

Zwar übermittelte Kennard gelegentlich die wiederholten Mahnungen von Lord Halifax, Polen solle so handeln, daß ihm nicht die Position des Aggressors zufalle, da sich dies in der Weltöffentlichkeit ungünstig auswirken könne[88]), doch hielt er den Versuch für durchaus angebracht, seinen Außenminister von der Richtigkeit des polnischen Handelns zu überzeugen. Auch Kennard wußte sehr wohl, daß es für Polen, das „seine lebenswichtigen Interessen in Danzig bedroht sah", zweckmäßig sei, über eine internationale Garantie zum Schutz dieser Interessen zu verhandeln, aber er unterstützte durch sein Verhalten Becks Absicht, bei einer offiziellen Einladung „natürlich nicht nach Berlin zu gehen"[89]). Kennard war auch bekannt, wie ungeduldig Außenminister Beck die Informationen über die Schritte Londons erwartete, um die polnische Politik daran auszurichten[90]), doch unterließ er jeden Druck in Richtung auf eine friedliche Aussprache.

Zwar wies Kennard nach der Ankündigung der polnischen Generalmobilmachung am 29. 8. um 16 Uhr darauf hin,

> „daß das Wort Mobilmachung derart sei, daß es in der ganzen Welt den Eindruck erwecke, wir träten in den Krieg ein."[91])

Ungeachtet dessen gab er ebenso wie sein französischer Kollege Noél dem polnischen Unterstaatssekretär, Graf Szembek, den Rat:

> „Polen sollte alle militärischen Maßnahmen treffen, um einem überraschenden Angriff zu begegnen, aber wir legten Wert darauf, daß vor allem die extremen Maßnahmen, die für notwendig erachtet würden, keine Publizität erlangen sollten."[92])

Anderthalb Stunden später bestätigte Beck diesen Wink telephonisch[93]).

Lord Halifax beschränkte seine weitere Initiative am 29. 8. darauf, ohne Nachdruck eine Verschiebung der polnischen Generalmobilmachung anzuraten, und gab sich sogleich zufrieden, als Oberst Beck das Versenden der Mobilmachungsbefehle „um einige Stunden" hinauszuzögern versprach. Im übrigen versorgte Halifax die polnische Regierung fort-

---

[87]) Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 367.
[88]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 4, 280, 357, 372, 539, 576 u. Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 218, 222.
[89]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 357, 512, 608.
[90]) ebenda Doc. 371.
[91]) Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Dok. 98.
[92]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 473.
[93]) ebenda Doc. 475.

laufend mit „Geheiminformationen aus Deutschland“, denen zufolge die deutschen Truppen auf dem besten Wege seien, Polen von allen Seiten aus anzufallen[94]). Um 23.55 Uhr wies Halifax seinen Botschafter in Warschau an, er solle erklären, daß, obgleich die deutsche Antwort „nicht jede Tür zuwerfe“, er nicht die Verantwortung übernehmen könne, der polnischen Regierung von irgendeiner Aktion abzuraten, die sie als notwendig für ihre Sicherheit erachte[95]). Hiermit hatte er bereits am gleichen Tag die polnische Generalmobilmachung gebilligt und zur weiteren kriegerischen Entwicklung eindeutig beigetragen.

Außenminister Beck beanstandete am Abend des 29. 8. — zu einer Zeit also, da Warschau dank der britischen Verzögerungstaktik weder den Inhalt der deutschen Verhandlungsgrundlage noch die Fristbegrenzung kannte — gegenüber Kennard nicht eine Dringlichkeit des deutschen Gesprächswunsches, sondern lediglich, daß Hitler nicht auf Danzig verzichten wollte. Beck verharrte in dem Standpunkt, daß die Wiederaufnahme des Gespräches mit Deutschland auf der Grundlage der Märzvorschläge nach wie vor Krieg bedeute. Sollte Hitler nicht „in den nächsten Stunden dieser Nacht (29./30. 8.) eine positive günstige Antwort geben“ (also einen endgültigen Verzicht auf Danzig und auf Verbesserung der Durchgangsregelung durch den Korridor aussprechen), so würde, drohte Beck dem britischen und französischen Botschafter, die Generalmobilmachung weiter durchgeführt[96]). Da diese Generalmobilmachung — zumal im Hinblick auf die strategischen Ziele Polens — einen entscheidenden Schritt zur weiteren Kriegsentwicklung darstellte, klärt dieses Verlangen Becks die Schuldfrage eindeutig. Wenn schon der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, zwei Tage später den deutschen Vorschlag als „Zeichen der Schwäche“ bezeichnete[97]), wie wäre erst ein deutscher Verzicht im Sinne dieser Wertung von Polen behandelt worden?

Jedes Zeichen „deutscher Schwäche“ wertete die polnische Regierung als „Sieg“, während sie gleichzeitig ihr eigenes Handeln darauf abstellte, daß ihr niemand „ein Zeichen der Schwäche“ nachsagen konnte[98]). Sie ging dabei so weit, daß sie sogar mehrfach den Unwillen besonnener britischer Diplomaten auslöste. Selbst der Besuch „des Urhebers des Antikominternpaktes“, des Reichsaußenministers von Ribbentrop, in

---

[94]) ebenda Doc. 435 u. 491.
[95]) ebenda Doc. 495.
[96]) ebenda Doc. 492.
[97]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 373.
[98]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 497
u. C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 293, 317/318, 322, 347.

Moskau und die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes bezeichnete die polnische Presse als „Zeichen deutscher Schwäche“ und als Beweis dafür, „wie es den Deutschen unter den Füßen brenne“[99]). Auch der polnische Botschafter in Moskau ist optimistisch:

> „Er ist der Auffassung, daß das deutsche Angebot und Ribbentrops Besuch für die verzweifelte Lage zeugen, in der sich das Reich befindet.“[100])

Für den 29. 8. ist ein weiterer, etwas abseits liegender Vorgang zu erwähnen: Hatte schon vorher der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Goldmann, dem Völkerbunds-Hochkommissar Carl J. Burckhardt erklärt:

> „Ihre Beschwichtigungsmanöver in Danzig sind schädlich. Der öffentliche Protest gegen die Danziger Zustände ist notwendig, um des Ganzen willen, wegen der allgemeinen Lage des jüdischen Volkes“[101]),

so sandte der Führer der Zionisten und spätere Präsident von Israel, Dr. Chaim Weizmann, am 29. 8. eine Note an den britischen Premier Chamberlain:

> „Ich wünsche in nachdrücklicher Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschlich-jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen.“[102])

Hiermit stellte sich v o r Kriegsausbruch eine Macht, deren gewaltige Potenz sich freilich nicht in Divisionen abschätzen ließ, zum Kampf, und zwar ebenfalls vorbehaltlos, d. h. unter Ignorierung „der Frage des Aggressors“ (Diese Note Weizmanns ist erst am 5. 9. 1939 veröffentlicht worden.).

In Kenntnis der neuen, z. Zt. noch geheimen polnischen Maßnahmen und in grundsätzlicher Zustimmung zur polnischen Generalmobilmachung hat der britische Außenminister — und dies mußte sich äußerst verhängnisvoll auswirken! — die polnische Regierung am 29. 8. n i c h t von der deutschen Verhandlungsbereitschaft unterrichtet, sondern diese Mitteilung erst am späten Abend des 30. 8. weitergeleitet. Ließ Halifax noch am Abend des 29. 8. Warschau über einen deutschen Vormarschplan informieren, so blieb auch für den 30. 8. die Devise bestehen, Polen

---

[99]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 252.
[100]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 257.
[101]) C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ S. 104.
[102]) H. Sündermann „Das Dritte Reich — eine Richtigstellung in Umrissen“ S. 198—200.

nicht von Maßnahmen abzuraten, die es für seine Sicherheit für notwendig erachte[103]). Selbst als Halifax die Weiterleitung des deutschen Verhandlungsvorschlages bis 19 Uhr des 30. 8. verzögerte, wies er Kennard an, diese Information Beck erst gegen 24 Uhr zu übergeben, d. h. sie erneut zu verzögern[104]). Dabei sollte er andeuten, daß Großbritannien die deutsche Darstellung als „unhaltbar und irreführend“ betrachte und „einen ausdrücklichen Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Forderungen“ gemacht habe[104]) (Telegramm von Halifax am 30. 8., 19 Uhr, ausgeführt um Mitternacht).

Die britische Regierung hat bis zu diesem Abend des 30. 8., nachdem bereits um 14.30 Uhr die polnische Generalmobilmachung bekanntgegeben worden war, die polnische Regierung nicht zu Verhandlungen gedrängt. So konnte Polen am 30. 8. keinen Bevollmächtigten nach Berlin schicken, zumindest nicht auf Grund einer britischen Vermittlung. Freilich muß in diesem Zusammenhang gesagt sein, daß der britische Botschafter Henderson noch in der Nacht zum 30. 8. (kurz vor Mitternacht des 29. 8.) nach seiner Unterredung mit Ribbentrop den polnischen Botschafter Lipski aufgesucht und ihm mitgeteilt hatte, daß Polen am 30. 8. einen Bevollmächtigten schicken solle. Auf diesem Weg ist die polnische Regierung also bereits am 30. 8. mittags von Hitlers Antwort an England verständigt gewesen. Aber auch hier zeigte sich dem britischen Botschafter die versteifte Haltung Lipskis:

> „Die Franzosen, Amerikaner und Italiener haben mir nach meiner Rückkehr die Tür eingerannt, aber nicht ein einziges Zeichen von dem polnischen Botschafter, obwohl ich persönlich ganz gut mit ihm stehe. Polen muß auch seinen Beitrag für den Weltfrieden leisten, und es hat mehr Interesse als irgend jemand anders, so gründlich wie nur möglich die Ursachen für die Reibungen in der Zukunft zwischen sich selbst und seinem mächtigen Nachbarn zu beseitigen.“[105])

Die britische Regierung hat diesen Ergänzungsbericht Hendersons vom 29. 9. im britischen Blaubuch unterschlagen; nicht ohne Absicht! Gleichermaßen hat sie die Punkte 5, 6, 7 aus dem Bericht Hendersons vom 29. 8. nach London im britischen Blaubuch gestrichen:

> 5)
> „Ich habe das Wesentlichste der deutschen Antwort dem französischen Botschafter mitgeteilt und ihn sehr nachdrücklich gedrängt, der französischen Regierung zu empfehlen, daß sie der polnischen Regierung rate, eine sofortige Reise von Herrn Beck vorzuschlagen, da dies m. E. die einzige Chance darstellt, den Krieg zu verhindern. Hitler blufft

---

[103]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 491, 495, 505.
[104]) ebenda Vol. VII Doc. 539.
[105]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 318 u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 501.

nicht, und ein Zusammenstoß kann sich in jedem Augenblick ereignen. Ich äußerte die Meinung, daß die polnische Regierung auf diese Weise die Welt überzeugen könnte, daß sie ihr Äußerstes getan habe und daß es darüber hinaus auch ihre Pflicht und ihr Interesse wäre, diesen äußersten Versuch zu machen, da alle anderen ja weit weniger leiden würden als sie selbst."

6)
„Der italienische Botschafter, der Hitler unmittelbar nach mir sah, suchte mich gleichfalls auf. Herr Hitler sei, so sagte er, ganz ruhig und habe ihm die Substanz der deutschen Antwort an die Regierung Seiner Majestät gegeben. Der italienische Botschafter unternahm es auch, der italienischen Regierung vorzuschlagen, daß sie Vorstellungen bei der polnischen Regierung in einem ähnlichen Sinne machen solle."

7)
„Ich vertraue, daß die Regierung Seiner Majestät sich in der Lage sehen wird, das gleiche zu tun."[106]) (vergl. Britisches Blaubuch Nr. 80)

Diese Anregungen entsprachen offenbar nicht den britischen Absichten, denn London unternahm keinen solchen Schritt und versuchte auch die Tatsache zu verheimlichen, daß ihr Botschafter einen solchen Schritt angeraten hatte. Auch hiermit dürfte erwiesen sein, daß die britische Regierung weder „das Äußerste" getan noch ihrem Partner zum „Äußersten" geraten hatte, um die Welt von ihrem Friedenswillen zu überzeugen.

Gleichermaßen hat die britische Regierung unterschlagen, daß sich Hitler in dieser Unterredung am 29. August auf eine Frage Hendersons bereit erklärt hatte, mit Polen über einen Bevölkerungsaustausch, der ausschließlich zuungunsten Deutschlands vollzogen werden sollte, zu verhandeln[107]).

Dieses unehrliche Spiel dem englischen Volk, ja der Welt gegenüber wurde fortgesetzt:

Am 30. 8. frühmorgens um 2 Uhr erhielt Henderson von Halifax die Anweisung, er möge der Reichsregierung mitteilen, daß Großbritannien „keinen polnischen Unterhändler und sicher nicht so schnell zur Stelle schaffen könne"[107a]).

Initiativen der Reichsregierung

Wenige Stunden später kabelte Henderson nach London, Birger Dahlerus — ein schwedischer Industrieller, der auf deutsche Initiative hin bereits seit Juli 1939 als deutsch-englischer Vermittler tätig ge-

[106]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 493.
u. M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 336.
[107]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 455.
[107a]) ebenda Doc. 504.

worden war — sei bereit, nach London zu fliegen, um unter Ausschaltung Ribbentrops weitere Verhandlungsmöglichkeiten zu erörtern. Dahlerus, der noch in der Nacht mit Göring konferiert hatte, wurde am Vormittag des 30. 8. von Chamberlain und Lord Halifax empfangen. Dahlerus erörterte, abgesehen von den erneuten Grenzzwischenfällen und anderen Provokationen durch Polen, bereits den wesentlichen Inhalt der deutschen Vorschläge[108]). Ein Telephongespräch mit Göring während dieser Unterredung bestätigte, daß die Angaben von Dahlerus richtig waren.

> „Er (Göring) versicherte sofort, daß die Note fertig sei und in der Tat Polen günstigere Bedingungen böte, als er mir in der Nacht erzählt habe."[109])

Dieser Vorschlag Hitlers sollte eine Diskussionsgrundlage sein, „Bedingung freilich wäre, daß ein polnischer Bevollmächtigter sie entgegennehme"[110]). In den deutschen Akten wird bestätigt, daß Hitler Polen keine ultimativen Forderungen vorlegen wollte, sondern länger dauernde Verhandlungen erwogen hatte, als deren vordringlichster Punkt die Beendigung der Deutschen-verfolgungen in Polen benannt ist[111]).

Um 3.15 Uhr des 30. 8., also noch vor der Ankunft von Dahlerus in London, wußte Lord Halifax bereits, daß der 30. 8. nicht unbedingt der letzte Termin zu sein brauche[112]).

Als Ergebnis der Unterredung mit Dahlerus empfahl Lord Halifax der polnischen Regierung am Abend des 30. 8. (17.30 Uhr),

a) nicht auf deutsche Flüchtlinge oder „Unruhestifter" zu schießen, sondern sie zu verhaften,

b) gegen die deutsche Minderheit keine Gewalt anzuwenden,

c) Angehörige der deutschen Minderheit ungehindert die Grenze passieren zu lassen,

d) die aufreizende Rundfunkpropaganda einzustellen.

Begründet wurde dieser Ratschlag mit der Absicht, „Hitler den Vorwand zu nehmen, eine maßlose Aktion zu rechtfertigen"[113]).

Da die schriftliche Garantie Großbritanniens vorbehaltlos für jede wie auch immer geartete polnische Aktion galt und Halifax sich am Vortag grundsätzlich mit der polnischen Generalmobilmachung einverstanden erklärt hatte, konnte man von einer solchen lauwarmen Emp-

---

[108]) ebenda Doc. 514.
[109]) B. Dahlerus „Der letzte Versuch" S. 103.
[110]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 519.
[111]) ADAP VII Nr. 422.
[112]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 509.
[113]) ebenda Doc. 532.

fehlung am Abend des 30. 8. keine Wende zum Besseren in Warschau erwarten. Die Reaktion Becks war vorauszusehen (30. 8., 19.15 Uhr):

> „Der polnische Außenminister ... verbietet der britischen Regierung, ohne Ermächtigung durch die polnische Regierung Ansichten und Meinungen zu polnischen Problemen zu äußern. Es ist der schroffste Groß-machts- und Souveränitäts-Standpunkt. Über polnische Fragen steht ein Urteil allein und ausschließlich der polnischen Regierung zu."[114])

Die Stellung Polens war nunmehr wesentlich gefestigter als im März 1939 v o r der britischen Garantie. Hatte sie sich damals fünf Monate lang zu Verhandlungen bereitgefunden (Oktober 1938 — März 1939), so brauchte sie daher jetzt „Verhandlungen nicht zu fürchten"[115]). Dies um so weniger, als Polens militärische Führung sich der deutschen Wehrmacht ohnehin überlegen fühlte. Selbst seinem Verbündeten gegenüber spielte Beck nicht mit offenen Karten[115]).

> „Die polnische Regierung ..., kalt, hochmütig, unbewegt und fatalistisch ..., hat ... vier Monate den Mund nicht aufgetan und auch alles Drängen der westlichen Verbündeten mit mundfauler Vertröstung beantwortet. Für sie — Narren der heroischen Tapferkeit — sind die anderen Narren der Feigheit. Noch am Vorabend des Krieges weiß die britische Regierung kaum so recht, ob die polnische Regierung ihre Verhandlungsaktion auch nur zum Schein einigermaßen unterstützt."[116])

Am 30. 8. hatte die britische Regierung die Lage noch verschärft, indem sie die polnische Regierung erst spät um 24 Uhr von der deutschen Verhandlungsbereitschaft unterrichtete. Polen seinerseits nutzte den 30. 8. zur weiteren Zuspitzung aus, verkündete am Nachmittag die tags zuvor beschlossene Generalmobilmachung und stellte den Zugverkehr nach Ostpreußen zunächst teilweise, am 31. 8. mit Sprengung der Dirschauer Brücke völlig ein[117]).

Am 30. 8. um 24 Uhr — 10 Stunden nach der veröffentlichten und 34 Stunden nach der im Geheimen beschlossenen Generalmobilmachung Polens! — übergab Henderson dem Reichsaußenminister ein Memorandum der britischen Regierung, des Inhalts, daß sich die Reichsregierung „selbstverständlich in aller Eile" um ein direktes Gespräch mit Warschau bemühen solle, wenn es auch „untunlich wäre, diese Fühlungnahme schon heute herzustellen"[118]). Durch diesen Schritt wurde Hitler bedeutet, daß sich die britische Regierung entgegen ihrer Zusage überhaupt nicht um eine Vermittlung bemüht, noch nicht einmal Polen zu Verhand-

---

[114]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 348.
[115]) ebenda S. 366 u. 387.
[116]) ebenda S. 398.
[117]) A. Buckreis „Politik des 20. Jahrhunderts" S. 226.
[118]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 538 u. 543.

lungen gedrängt hatte und daß sie keine Möglichkeit aufzuzeigen wußte, auf welche Weise die Reichsregierung Polen, das seit März 1939 die Verhandlungen unter Kriegsdrohung abgeschlossen hatte, bewegen solle, von sich aus eine Aussprache einzuleiten. Lord Halifax wies sogar den deutschen Vorschlag zurück, er möge den Polen empfehlen, einen Vertreter für direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu entsenden[118]. Mit Nachdruck, aber ohne Begründung hatte Halifax Henderson aufgetragen, die Unterredung erst um diese späte Stunde anzusetzen, obwohl die Einzelheiten des beabsichtigten Schrittes bereits um 19.40 Uhr in der Berliner Botschaft vorlagen[118].

In seiner Erwiderung las Ribbentrop dem britischen Botschafter die deutschen Verhandlungsvorschläge an Polen vor. Man hat ihm später vorgeworfen, daß er diese Vorschläge nicht schriftlich übergeben, sondern nur sehr hastig und unverständlich vorgetragen habe. Aus dieser mündlichen Bekanntgabe kann man keine Schuld konstruieren. Der anwesende Gesandte und Chefdolmetscher, Dr. Paul Schmidt, bestritt, daß Ribbentrop rasch und unverständlich gelesen habe[119]. Im übrigen liegt die Niederschrift des Gesandten Schmidt in den deutschen Akten[120]; aus ihr geht hervor, daß Ribbentrop langsam gelesen und darüber hinaus wiederholt einzelne Punkte erläutert hat.

Die Vorschläge waren fertig. Ihr Inhalt war der britischen Regierung seit dem Vormittag des 30. 8. bekannt (siehe Unterredung von Dahlerus in London). Hitler jedoch hatte die schriftliche Aushändigung dieser Vorschläge verweigert, da er sie erst der polnischen Regierung, dem eigentlichen Verhandlungspartner, übergeben wollte und da Großbritannien ja bislang keine Vermittlung versucht hatte, auch keine vorherige Aushändigung erwarten konnte. Hatte im übrigen Großbritannien nicht soeben noch zu verstehen gegeben, London sei auch jetzt nicht bereit zu vermitteln? Das Foreign Office ließ während der letzten Tage keine Eile spüren. Soeben hatte noch in der gleichen Besprechung Henderson die in einem Memorandum niedergelegte Ansicht seiner Regierung vorgetragen, „es wäre untunlich, diese Fühlungnahme zwischen Deutschland und Polen schon heute herzustellen".

Wie empfindlich gerade Polen auf Fragen seiner Souveränität reagierte, war allerorten bekannt. Schon aus diesem Grund konnte Hitler die deutschen Vorschläge kaum zuerst den Briten in die Hand geben. Reichsaußenminister v. Ribbentrop schrieb nachträglich hierzu:

---

[119]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 354.
[120]) ADAP VII Dok. 513.

„Die britische Regierung hatte zwar vorgeschlagen, das Zustandekommen einer solchen Verhandlung zu vermitteln, aber nicht, an die Stelle eines polnischen Bevollmächtigten zu treten ...

daß eine offizielle Textübergabe der für einen polnischen Unterhändler bestimmten Unterlage — noch bevor sie der angesprochenen Regierung zugegangen war — einen Vorwand dafür hätte abgeben können, von der Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten abzusehen und den Ablauf der polnischen Generalmobilmachung durch ein ‚Gestrüpp hinhaltender taktischer Prozeduren' zeitlich abzusichern."[121])

Der am 30. 8. 1939 von der Reichsregierung ausgearbeitete und zur Diskussion gestellte Verhandlungsvorschlag enthielt folgende Punkte:

a) Rückkehr Danzigs zum Reich („In Polen leugnet niemand, daß Danzig vom völkischen Standpunkt aus eine deutsche Stadt ist")[122]).

b) Abstimmung in Jahresfrist über die Zugehörigkeit des Korridorgebietes (Westpreußen) unter internationaler Kontrolle. Falle der Korridor als Folge der Abstimmung dem Reich zu, so solle Polen den Hafen Gdingen und eine exterritoriale Straße durch Westpreußen erhalten. Stimme dagegen die Bevölkerung des Korridors für Polen, so beanspruche das Reich eine exterritoriale Straße nach Ostpreußen.

c) Eine auf 25 Jahre verlängerte Nichtangriffsgarantie, ja eine Garantie des polnischen Staatswesens, der Grenzen Polens überhaupt.

Der Vorschlag bzw. die Forderung Hitlers enthielt weder die Rückgliederung der Provinz Posen, noch die der wertvollen ostoberschlesischen Industriegebiete, die 1921 willkürlich und widerrechtlich vom Reich abgetrennt worden waren, noch irgendeine andere Revision.

Solche Revisionsforderungen sind von der deutschen Führung auch niemals ins Gespräch gebracht worden, was französische und britische Diplomaten oder andere anonym gebliebene Kräfte nicht daran hinderte, solche Falschmeldungen als „authentische Dokumente" in das Gelbbuch der Französischen Regierung aufzunehmen oder von London aus in die Welt zu setzen[123]). Der deutsche Vorschlag, ein „richtiggehender Völkerbundsvorschlag"[124]), stützte sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und verzichtete sogar auf die Anwendung dieses Prinzips bezüglich dieser beiden Gebiete. Das in Hitlers Forderung erwähnte Gebiet umfaßte nur $^1/_{10}$ dessen, was sich Polen 1919 unrechtmäßig angeeignet hatte. Daß dieses Angebot der letzten Stunde ein überaus

---

[121]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 493.
u. J. v. Ribbentrop „Zwischen London und Moskau" S. 193.

[122]) J. Szembek „Journal 1933—1939" S. 452.

[123]) Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 285, 287, 291, 293
u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 450.

[124]) P. Schmidt „Statist auf diplomatischer Bühne" S. 456.

großzügiges gewesen ist, darüber war sich jeder Sachkenner auch im Jahre 1939 im klaren. Es bedurfte nicht erst der Historiker, um dies festzustellen und um Vergleiche zu den Forderungen der Weimarer Demokraten zu ziehen. In polnischer Sicht konnte dieser Vorschlag nicht als Verschlechterung des ursprünglich sogar von Oberst Beck fünf Monate lang diskutierten Planes erscheinen, da Polen ja mit einem Volksabstimmungssieg in dem umstrittenen Gebiet rechnete bzw. diese Siegeszuversicht propagierte.

Kurz vor dieser Unterredung mit v. Ribbentrop schrieb Henderson seinem Außenminister mahnend:

> „Wenn überhaupt ein echter Friede in Zukunft zwischen Polen und seinem mächtigen Nachbarn bestehen soll, müssen die Beschwerdegründe des letzteren, die nicht Herr Hitler geschaffen hat, sondern die nationale Beschwerdegründe sind, ausgemerzt werden. Um dies zu erreichen, muß meiner Meinung nach die Stadt Danzig mit Ausnahme des Hafens an Deutschland zurückgegeben werden; es muß eine direkte und exterritoriale Verbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen geben, und das deutsche Minderheitenproblem muß auf dem Wege eines Bevölkerungsaustausches gelöst werden. Ein echter und dauerhafter Friede zwischen den beiden Ländern kann auf keiner anderen Basis begründet sein. Es besteht keine Hoffnung, daß einem diplomatischen Kompromiß ein dauerhafter Erfolg beschieden sein könnte.
>
> Wenn wir jemals die deutsche Armee und Nation dazu bekommen sollten, gegen die unerträgliche Regierung von Herrn Hitler zu revoltieren, so kann dies, sofern es Polen betrifft, nur auf einer solchen Basis sein, die die ganze Nation und sogar ihre gemäßigsten Gruppen als fair für Deutschland betrachten....
>
> In der Zwischenzeit kann ich nur noch einmal dringend darauf verweisen, wie wichtig es ist, daß Polen sofort den Vorschlag zur direkten Verhandlung annimmt und sich hiermit vor den Augen der Welt ins Recht setzt.“[125])

Hatte Henderson soeben noch geschrieben, daß Hitler „eine solche Basis verweigern würde“, so durfte er in seiner Unterredung mit v. Ribbentrop darüber ziemlich überrascht gewesen sein, daß der deutsche Vorschlag gerade das enthielt, was er selbst als deutsche Mindestforderung skizziert hatte. Hitler hatte „diese Basis“ also doch angenommen, und Henderson bezeichnete auch unmittelbar nach der Unterredung mit dem Reichsaußenminister das deutsche Angebot als „nicht unvernünftig“.

---

[125]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 537.

Daß Henderson den wesentlichen Inhalt verstanden und behalten hatte, geht auch daraus hervor, daß er um 2 Uhr früh des 31. 8. die Grundlinien des deutschen Vorschlages seinem polnischen Kollegen Lipski mitgeteilt und ihm „in den allerschärfsten Ausdrücken“ eine Aussprache zwischen Rydz-Smigly und Göring, aber auch einen direkten Kontakt mit Ribbentrop empfohlen hat: Lipski möge sich zumindest bemühen, seinerseits etwas für die Erhaltung des Friedens zu tun und beim Reichsaußenminister Verhandlungsmöglichkeiten zu sondieren. Vergeblich! In einem Schreiben nach London machte Henderson seiner Erbitterung Luft:

> „Die deutschen Vorschläge bedrohen sicherlich nicht die Unabhängigkeit Polens.... Daß die Deutschen ein Plebiszit im Korridor annehmen, ist merkwürdig.... Die Polen müssen sich ins Recht setzen, indem sie irgendeine Geste machen, oder sonst müssen wir alle kämpfen.“[126])

Henderson berichtet über das Gespräch mit Lipski:

> „Ich gab ihm den folgenden Rat mit den allerschärfsten Ausdrücken: Er sollte sofort den Außenminister anrufen und sagen, er habe von mir gehört, daß detaillierte Vorschläge im einzelnen ausgearbeitet worden seien und daß er gerne Herrn v. Ribbentrop aufsuchen wolle mit dem Zweck, diese Vorschläge zu erfahren und sie sogleich der polnischen Regierung weiterzuleiten. Ich schlug vor, daß er dies noch heute nacht auf eigene Verantwortung tun sollte.“[127])

Lipski tat jedoch nichts, wie Henderson berichtet:

> „Der polnische Botschafter versprach, sofort mit seiner Regierung zu telephonieren. Aber er ist so indolent oder so durch Instruktionen seiner Regierung gehemmt, daß ich mich nicht darauf verlassen möchte, daß seine Aktion wahrhaft eine heilsame Wirkung hat.“[127])

Um 5.15 Uhr am 31. 8. kabelte Henderson die Hauptpunkte des deutschen Vorschlages nach London (eingetroffen 9.30 Uhr)[127]). Inzwischen hatte der schwedische Mittelsmann Dahlerus um 1—2 Uhr früh am 31. 8. den Inhalt des deutschen Vorschlages dem Legationsrat der britischen Botschaft Ogilvie-Forbes telephonisch durchgesagt. Um 8 Uhr gab Henderson dem polnischen Legationssekretär Malhomme den vollständigen Text des deutschen Angebotes. Warschau erhielt ihn um 10.55 Uhr am 31. 8.

Um 9.05 Uhr spätestens wußte Henderson definitiv, daß die Frist vom 30. 8. auf den 31. 8. verlängert worden ist, denn er teilte nunmehr seinem französischen Kollegen Coulondre diese Nachricht mit. Gleich-

---

[126]) ebenda Doc. 628 u. 629.
[127]) ebenda Doc. 575 u. 574.

zeitig aber wußte er auch über einen Mittelsmann von Göring, daß es sogar genügen würde, wenn Lipski innerhalb dieser Frist erklären könne, „daß ein Unterhändler binnen kurzem geschickt werden würde“[128]).

Um 11 Uhr vormittags des 31. 8. suchte Birger Dahlerus in Begleitung des britischen Legationsrates Ogilvie-Forbes den polnischen Botschafter Lipski auf. Dahlerus schrieb über diese Zusammenkunft:

> „Bereits bei der Ankunft spürte man sehr deutlich den Ernst der Lage. In der Halle standen Kisten aufgereiht, und überall war das Personal damit beschäftigt, die Abreise vorzubereiten. Lipski empfing uns in seinem Arbeitszimmer, aus dem bereits ein Teil der Ausstattung entfernt war....
>
> Forbes ... bat mich hierauf, die deutsche Note an Polen vorzulesen, was ich tat. Aber Lipski erklärte bald, daß er den Inhalt nicht verstehen könne. Forbes notierte hierauf eigenhändig die Hauptpunkte und übergab die Aufzeichnungen Lipski, der das Papier mit zitternden Händen nahm und eine Weile betrachtete — dann aber erklärte, daß er nicht deuten könne, was dort stehe. Ich erbot mich hierauf, die Note sofort seiner Sekretärin zu diktieren....
>
> Während ich der Sekretärin diktierte, hatte Lipski Forbes mitgeteilt, daß er in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland ... er erklärte, davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.“[129])

Lipski bezeichnete kurzerhand die deutschen Vorschläge als „Zeichen der Schwäche“[130]). Die polnischen Führungskreise verhöhnten die deutsche Verhandlungsbereitschaft: der Warschauer Sender war es nicht allein, der dies zum Ausdruck brachte[131]). Lukasiewicz in Paris:

> „Sie (die deutschen Vorschläge) sind so maßlos, daß die deutsche Regierung wahnsinnig geworden sein muß oder heute eine regelrechte Herausforderung betreibt, um die Polnische Regierung aufzustacheln.“[132])

Eine solche Mißdeutung des deutschen Verhandlungswillens verkörperte das Gegenteil friedfertiger Haltung. Selbst Lord Halifax äußerte seinen Unwillen — allerdings zu spät — am 1. September:

> „Andererseits sehe ich nicht ein, warum die Polnische Regierung es schwierig finden sollte, den Polnischen Botschafter zu ermächtigen, ein Dokument von der Deutschen Regierung anzunehmen, und ich hoffe ernstlich, sie werde imstande sein, ihre Weisungen an ihn in dieser Beziehung abzuändern. In dem uns gelieferten Bericht über die deutschen Vorschläge wurde keinerlei Ultimatum erwähnt, und die Vermutung,

---

[128]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 371.
[129]) B. Dahlerus „Der letzte Versuch“ S. 110.
[130]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 373.
[131]) Weißbuch der Polnischen Regierung Nr. 136.
[132]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 288.

daß die Forderung nach der Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin am 30. August einem Ultimatum gleichkomme, wurde von Herrn von Ribbentrop im Gespräch mit Seiner Majestät Botschafter heftig zurückgewiesen. Wenn das Dokument wirklich ein Ultimatum enthielte, so würde die Polnische Regierung natürlich solange ablehnen, darüber zu diskutieren, bis das Ultimatum zurückgenommen würde. Andererseits würde eine Weigerung ihrerseits, Vorschläge entgegenzunehmen, von der öffentlichen Meinung außerhalb durchaus mißverstanden.

Ich hätte gedacht, man könnte den Polnischen Botschafter sicherlich anweisen, ein Dokument anzunehmen und weiterzuleiten und zu sagen,

a) falls es irgend etwas wie ein Ultimatum enthalte, sehe er voraus, daß die Polnische Regierung sicher unmöglich auf einer solchen Grundlage diskutieren könne und

b) daß jedenfalls nach Ansicht der Polnischen Regierung Fragen über den Ort der Verhandlungen, die Grundlage, auf der sie abgehalten werden sollen, und die daran beteiligten Personen zwischen den beiden Regierungen besprochen und beschlossen werden müssen. ...“[133])

Die „Richtschnur“ des Lord Halifax

Freilich liegt der Verdacht nahe, daß Halifax nicht meinte, was er da sagte, weil er 24 Stunden vorher Hitlers Verhandlungsgrundlage vom 29. 8. abends erst am 31. 8. frühmorgens mit zahlreichen inhaltlichen Vorbehalten der polnischen Regierung mitteilen ließ[134]), womit er eine Ablehnung durch Polen praktisch herausforderte. Halifax gestand in diesem Telegramm an seinen Botschafter in Warschau (30. 8. — 19 Uhr, Ausführung 31. 8. frühmorgens) ein, „eine Richtschnur verfolgt“ zu haben, und legte Wert darauf, daß Außenminister Beck diese Richtschnur „bemerken“ werde[135]). Hierunter mußten die Verzögerung beim Weiterreichen und die inhaltlichen Vorbehalte Londons zum deutschen Vorschlag verstanden werden, nicht minder aber auch das betrügerische Vorgehen des britischen Außenministers seit dem 25. bzw. 28. 8. einschließlich der vorbehaltlosen Billigung der polnischen Generalmobilmachung. Um seine Absicht dem polnischen Außenminister noch deutlicher zu machen, ergänzte er, daß er Verhandlungen empfehle im Hinblick auf „die innere Situation in Deutschland sowie die öffentliche Weltmeinung“.

---

[133]) Blaubuch der Britischen Regierung Nr. 100.
Halifax an Kennard am 31. 8./1. 9. Mitternacht.
u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII. Doc. 632.

[134]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 539 u. 566.

[135]) ebenda Doc. 539.

„Solange sich die deutsche Regierung zu Verhandlungen bereit erklärt, sollte ihr keine Gelegenheit geboten werden, die Verantwortung für einen Konflikt auf Polen zu schieben."[135])

Nach der erwähnten Verzögerung vom 29. 8. abends bis zum 31. 8. frühmorgens sagte Halifax den Polen, daß die deutschen Vorschläge „kein Ultimatum" darstellen, obwohl er vorher gerade mit dieser Begründung abgelehnt hat, der polnischen Regierung rechtzeitig zu empfehlen (24 Stunden nach der polnischen Generalmobilmachung!), sie möge einen Bevollmächtigten nach Berlin entsenden.

Oberst Beck bestätigte frühmorgens am 31. 8. sogleich, daß er die von London verfolgte „Richtschnur" erkannt habe. Er schien „sehr erleichtert". Botschafter Kennard berichtete darüber:

„und er (Beck) erkennt völlig die große Bedeutung, welche die Regierung Seiner Majestät der Notwendigkeit zumißt, der Deutschen Regierung keine Möglichkeit zu geben, Polen auf Grund der Weigerung, in direkte Verhandlungen einzutreten, die Schuld zuzuschieben."[136])

Um 11 Uhr des 31. 8. wurden unabhängig voneinander der italienische Botschafter in Berlin, Attolico, und der italienische Regierungschef Mussolini tätig. Beide ließen London darüber informieren,

a) daß Lord Halifax die polnische Regierung, wenn Krieg vermieden werden sollte, drängen müßte, Botschafter Lipski für Verhandlungen mit der Reichsregierung zu ermächtigen,
b) daß eine internationale Konferenz zum 5. September einberufen werden müßte,

„die das Ziel haben sollte, die Klauseln des Vertrages von Versailles zu revidieren, die als Ursache der gegenwärtigen Störungen des europäischen Lebens anzusehen sind."[137])

Mussolini beschloß, Hitler diesen Vorschlag erst nach Vorliegen der britischen und französischen Zustimmung zu unterbreiten.

Warum Staatssekretär v. Weizsäcker, der von Attolico hierüber informiert worden war, diesen Vorschlag nicht weitergeleitet hat, ist nicht aufgehellt worden. Auf diese Weise sowie aus dem Grund, daß der französische Ministerpräsident Daladier forderte,

„die Konferenz erst dann einzuberufen, wenn die direkte Besprechung zwischen Deutschland und Polen gescheitert sei"[138]),

erhielten weder Hitler noch Ribbentrop am 31. 8. Kenntnis von diesen Anregungen, sondern erst am 2. 9. vormittags[139]). Hitler hatte am Nach-

---

[136]) ebenda Doc. 576.
[137]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III Dok. 142.
[138]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe" S. 287.
[139]) ADAP Bd. VII Dok. 535.

mittag des 2. 9. den Plan einer allgemeinen Konferenz und eines Waffenstillstandes in Polen angenommen und sich bereit erklärt, binnen 24 Stunden Vorschläge hierfür fertigzustellen[140]). Hitlers Bereitschaft, sich bis zuletzt des Vermittlers Dahlerus zu bedienen und am 3. 9. noch während der Laufzeit des britischen Ultimatums an Deutschland Göring mit Verhandlungsvollmacht nach London zu entsenden, beweist, daß er Mussolinis Anregung zu einer Waffenstillstandskonferenz zum 5. September angenommen haben mußte.

Um 12.50 Uhr des 31. 8. weigerte sich Chamberlain bereits in seiner ersten Reaktion (knapp zwei Stunden nach Mussolinis Vorschlag), „unter der Drohung mobilisierter Armeen“ einer solchen Konferenz zuzustimmen[141]). Am Nachmittag des 31. 8. hatte es Chamberlain „nun viel weniger eilig“[142]). Er sollte seine Meinung nicht mehr ändern. England hat den Vorschlag Mussolinis nicht angenommen, sondern nach Kriegsausbruch mit der unrealistischen Bedingung verbunden, unverzüglich die deutschen Truppen aus Polen zurückzuziehen, bevor man an eine Konferenz denken könne. Das kam einer Ablehnung gleich, zumal auch für diesen Fall keine Verbesserung der Verhandlungsaussichten gegenüber den Verhältnissen am 31. 8. geboten wurde. Der polnische Außenminister hat am 2. 9. früh 2.47 Uhr den Konferenzplan ebenfalls abgelehnt[143]).

Es darf bei der Beurteilung dieser Vorgänge nicht vergessen werden, daß die britische Politik im Jahre 1939 darauf gerichtet gewesen war, eine „Drohung mobilisierter Armeen“ überhaupt erst zu schaffen — dank der seit Januar 1939 von Präsident Roosevelt empfohlenen und übernommenen „Methoden dicht am Rande des Krieges“[144]). Eine Konferenz selbst unter diesen von Hitler nicht heraufbeschworenen Voraussetzungen — Polen hatte seit Frühjahr 1939 mit der unbegründeten Mobilisierung begonnen! — wäre eine größere Friedenstat gewesen als die Ablehnung jeglicher Verhandlungen und somit die Inkaufnahme

---

[140]) Documenti Italiani VIII Bd. 13 Doc. 572, 574, 581, 584.

Aus den 1950 von Franzosen, Briten und US-Amerikanern herausgegebenen ADAP Bd. VII geht hervor, daß Hitler erst am 3. 9., als bereits die Kriegserklärung Englands vorlag, also zu spät, unter gewissen Voraussetzungen eine halbwegs positive Antwort an Mussolini erwogen hätte. Diese Darstellung muß als Verfälschung zurückgewiesen werden, und sei es auch nur insofern, als entscheidende Dokumente dieses Zeitabschnittes von der Veröffentlichung ausgeschlossen worden sind.

Zur historisch-sachlichen Bewertung dieser ADAP-Dokumenten-Bände vergleiche NATION EUROPA 5/1963 „Glatte Fälschungen“.

[141]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. III S. 380.

[142]) G. Bonnet „Vor der Katastrophe“ S. 287.

[143]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 693.

[144]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 392.

eines militärischen Konfliktes. Hitler seinerseits hatte sich nicht geweigert, unter der seit Monaten bereits andauernden „Drohung mobilisierter Armeen", nämlich der polnischen und auch der französischen, noch zu verhandeln!

Doch zurück zum Geschehen in Berlin, London und Warschau am 31. August.

Sowohl die britische als auch die polnische Regierung waren am Vormittag des 31. 8. im Besitz der deutschen Vorschläge (London bereits 24 Stunden früher als Warschau) und hatten auch Kenntnis — bzw. sie hätten Kenntnis haben müssen — von der Fristverlängerung zur Verhandlung. Beide Regierungen haben aber nichts zur Entspannung der Lage unternommen, sich nicht um ein Gespräch oder eine weitere Fristverlängerung bemüht. Die britische Regierung hat Warschau weder die Provokationen gegen die Volksdeutschen, noch das Vorgehen gegen Danzig, noch die von der polnischen Öffentlichkeit erhobenen Forderungen auf Ostpreußen und die Oder-Gebiete, noch die Ablehnung aller Verhandlungen, noch die Generalmobilmachung vorgehalten und somit in der Tat „die Frage des Aggressors ignoriert". Britische Regierungsmitglieder haben zusätzlich mit ihrer Pressepolitik besonders auch an diesem 31. 8. bewußt kriegsfördernd gehandelt, indem sie Nachrichten in die Welt setzten, von denen sie wußten, daß sie gelogen waren. So veröffentlichte der „Daily Telegraph", am 31. 8. — wie anders als durch offizielle Instruktion? — die Falschmeldungen, daß

a) Polens Generalmobilmachung erst eine Folge „der Forderungen Hitlers auf Gebietsansprüche" bzw. „der neuen, von Hitler vorgebrachten Ansprüche" sei,
b) die britische Regierung sogleich Hitlers Antwort vom 29. 8. nach Warschau weitergeleitet habe,
c) Großbritannien schnellstmöglich Hitler am 30. 8. eine Note durch „Sonderkurier per Flugzeug" zukommen ließ,
d) den deutschen Armeeführern in den Grenzgebieten besondere Vollmachten übertragen worden seien.

Keine dieser Meldungen stimmte, sie waren aber dazu angetan, erregend zu wirken und besonders den Polen die Haltung der britischen Führung erneut zu demonstrieren.

> „Da die englische Regierung die Gefahren dieser Veröffentlichung einsah, veranlaßte sie die Zurückziehung dieser Ausgabe. In der neuen Ausgabe nehmen die Angaben über deutsche militärische Maßnahmen ¾ des Artikels ein, die Mitteilungen über den Empfang Hendersons und die Kabinettsberatungen fehlen, und folgende unwahre Nachricht wird wiederholt:

‚Nach dem Erhalt einer Botschaft von London, die die Art der neuen, von Hitler vorgebrachten Ansprüche anzeigte, gab die polnische Regierung außerordentliche Verteidigungsmaßnahmen bekannt‘.“[145])

Zur gleichen Zeit (31. 8. mittags) lehnte es Sir Horace Wilson im Foreign Office ab, Dahlerus — so wie Henderson gutgeheißen hatte — die Möglichkeit zu geben, sich über den Draht der britischen Botschaft in Berlin mit London in Verbindung zu setzen. Als Dahlerus von der Weigerung Lipskis berichtete, den deutschen Verhandlungswillen oder deutsche Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen, auf die unmittelbaren Folgen dieser Starrköpfigkeit für den europäischen Frieden hinwies und London nahelegte, auf die Polen einzuwirken, legte Wilson mit den Worten „shut up“ — d. h. Dahlerus solle den Mund halten — den Hörer auf[146]). Der Vorwand, daß deutsche Sicherheitsbehörden das Telephonat abhören könnten, war angesichts des Gesprächsinhalts und der neutralen Vermittlungsposition von Dahlerus unbegründet. Denn das Verhalten Lipskis mußte auf andere Weise ohnehin der Reichsregierung bekannt werden. Auf der anderen Seite war ein derart abruptes Abbrechen des Gespräches — besonders für den Fall, daß deutsche Sicherheitsbehörden mitgehört haben sollten — dazu angetan, die Reichsführung in der Überzeugung zu bestärken, daß London in Wirklichkeit kein Gespräch wünsche. Das Auflegen des Hörers im Gespräch mit diesem neutralen Vermittler mußte aber auch dann, wenn die Deutschen nicht mithörten, deutlich machen, daß England keine Vermittlung wollte.

Der Vermittler Dahlerus ist nicht von Hitler oder Göring behindert und zum Fehlschlag seiner Mission verurteilt worden, sondern von der britischen Regierung, die — um die Worte Halifax’ zu wiederholen — seit Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. 8. nicht mehr gewillt war, „die Dinge in Ordnung zu bringen“[147]).

Der 31. 8. war der Tag, an dem Lord Halifax die von Beck bewiesene „Festigkeit“ und seinen Entschluß billigte, Lipski nicht „äußerstem Druck und Erpressung“ in Berlin auszusetzen, gleichzeitig aber Henderson tadelte, weil er auf eigene Initiative Lipski durch Dahlerus noch einmal unter Druck gesetzt habe[148]).

Der 31. 8. war der Tag, an dem die polnische Regierung, wie Beck dem französischen Botschafter Noél sagte, zu der Entscheidung kam,

---

[145]) F. Lenz „Nie wieder München“ S. 443.
[146]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 589.
[147]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 24.
[148]) H. Holldack „Was wirklich geschah“ S. 160 Anm.

„daß, da man sich im Kriege befände, nicht die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz, sondern der gemeinsame Widerstand gegen den Angreifer zur Frage stünde."[149])

Dies war die Grundhaltung in Warschau, Deutschland, das gegenüber Polen nicht aggressiv vorgegangen war, als „Angreifer" zu bezeichnen, um unter diesem Vorwand militärisch aktiv werden und auf ausländische Unterstützung rechnen zu können. Görings Forschungsamt fing um 12.40 Uhr ein Chiffre-Telegramm aus Warschau an Botschafter Lipski in Berlin auf, des Inhalts, um eine Unterredung nachzusuchen, aber sich unter keinen Umständen in sachliche Gespräche einzulassen. Daß diese telegraphische Anweisung, die vom polnischen Weißbuch unterschlagen worden ist, authentisch ist, sollte sich dadurch erweisen, daß

1. sich Lipski in seinem nachfolgenden Gespräch mit Ribbentrop um 18.30 Uhr[150]) entsprechend verhalten hat und nicht mit Vollmachten versehen war;
2. Beck gegenüber Kennard in Warschau am 31. 8. geäußert hat, Lipski würde nicht zu Verhandlungen in Berlin ermächtigt[151]);
3. Polen diese Darstellung des deutschen Weißbuches nie zurückgewiesen hat, ebensowenig wie Lipski persönlich.
4. In unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Note stand die Ankunft des von Lipski nach Warschau als eine Art Sonderkurier entsandten Fürsten Lubomirski. Dieser Botschaftsrat traf kurz vor Mittag am 31. 8. in Warschau ein[152]). Offenbar schien Lipski seinem Außenminister auf Grund dieser Initiative noch zu aktiv zu sein.
5. Für einen Mann wie Beck, für den nach seiner eigenen Aussage bereits Krieg herrschte[149]), war dieses Telegramm, das seinem Vertreter in Berlin faktisch die Botschafter-Vollmachten entzog, nur konsequent.

Generalfeldmarschall Göring zeigte Dahlerus den Wortlaut des polnischen Telegramms und bat, diese Nachricht sofort an den britischen Botschafter Henderson weiterzuleiten. Damit gab er freiwillig das Geheimnis preis, daß man in Deutschland den polnischen Geheimcode kannte.

„Göring wünschte den Krieg zu vermeiden, sofern dies überhaupt möglich wäre. ... Er wünschte als Sprachrohr der deutschen Generale zu

---

[149]) ebenda S. 163 u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 693.
[150]) Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XXIV.
[151]) L. B. Namier „Diplomatic Prelude 1938—1939" S. 374.
u. Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 600 u. 608.
[152]) Weißbuch der Polnischen Regierung Nr. 147 S. 198.

handeln, die selbst einen Krieg fürchteten; und möglicherweise als mutmaßlicher Direktor der deutschen Wirtschaft begriff er, daß Deutschland nicht auf einen allgemeinen Krieg vorbereitet war. Die deutschen Fühler sowohl nach der Sowjetunion als auch nach Großbritannien kamen von Wirtschaftsexperten — ein schlagender Beweis dafür, daß der Zweite Weltkrieg keine wirtschaftlichen Ursachen hatte."[153])

Während London auch den Nachmittag des 31. 8. ungenutzt verstreichen ließ, meldete sich der polnische Botschafter Lipski entsprechend der Weisung aus Warschau um 12.40 Uhr zur Unterredung bei Ribbentrop an. Der Reichsaußenminister ließ zunächst zurückfragen, ob Lipski ihn „in der Eigenschaft eines Sonderbevollmächtigten oder in anderer Eigenschaft" aufsuchen wolle[154]).

„Das war ein deutlicher Wink und bot der polnischen Regierung eine neue Chance: Nun brauchte sie keinen Unterhändler zu entsenden, sondern Lipski nur noch eine ‚Sondervollmacht' zu erteilen, um die direkten Verhandlungen in letzter Stunde doch noch zustande zu bringen.

Lipski erkannte die Bedeutung dieser Anfrage, denn er ließ um 15.15 Uhr den polnischen Außenminister telegraphisch unterrichten und ihm mitteilen, er selbst habe geantwortet, ‚daß er in seiner Eigenschaft als Botschafter um die Audienz nachsuche, um eine Mitteilung seiner Regierung vorzulegen'. Es blieb also Beck freigestellt, diese ‚Mitteilung' dahin zu erweitern, daß Lipski als Sonderbevollmächtigter handeln könne!

Ribbentrop hat auch diese Möglichkeit noch ausgeschöpft. Um der polnischen Regierung Zeit zu solcher Disposition einzuräumen, bestellte er den polnischen Botschafter erst für 18.30 Uhr in das Auswärtige Amt."[155])

Beck aber hatte nicht reagiert. So erschien der polnische Botschafter um 18.30 Uhr — wie bereits erwähnt — ohne Vollmacht. Auch weigerte er sich entsprechend der ihm aus Warschau zugeleiteten Instruktion, sachliche Gespräche zu führen, und erklärte, nur indirekte Informationen über den Stand der Dinge zu haben und keine Vorschläge annehmen zu können. Beck fühlte sich selbst am Abend des 31. 8. „anscheinend weder eingeladen noch aufgefordert"[156]). Sogar der britischen Regierung gingen die Polen in diesem Augenblick zu weit; sie sah das Verhalten der Reichsregierung — zumindest in gewisser Weise — als berechtigt an, wie aus dem bereits erwähnten nächtlichen Telegramm von Halifax an Kennard ersichtlich ist[157]).

---

[153]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 243.
[154]) ADAP VII Dok. 475.
[155]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden" S. 500.
[156]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 387.
[157]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 632.

Um 18.40 Uhr, nach der ergebnislosen Unterredung zwischen Ribbentrop und Lipski[158]) — nicht, wie es Historiker vielfach ohne Quellenangaben voneinander abgeschrieben haben, um 12.40 Uhr oder um 16.20 Uhr[159]) — erteilte Hitler den Angriffsbefehl zum 1. 9. 1939, 4.45 Uhr. Für ihn galt es, die wenigen Stunden zu nutzen, die ihm womöglich noch verblieben — mehr als 48 Stunden nach der polnischen Generalmobilmachung! —, um einen offensichtlich drohenden polnischen Angriff, dem — wie in Berlin vermutet werden mußte — ein französischer Vormarsch gleichgeschaltet sein konnte, zuvorzukommen und den hiermit verbundenen militärischen Nachteilen vorzubeugen.

Um 21.15 Uhr des 31. 8. gab der Deutschlandsender das Angebot Hitlers der Öffentlichkeit bekannt. Hiermit war der polnischen Regierung erneut von Berlin eine Möglichkeit zum Einlenken geboten.

Aber um 23 Uhr sprach statt dessen der Sender Warschau von einem „unverschämten Vorschlag", wies jegliche Verhandlungen zurück, fand höhnische Worte für das vergebliche Warten der „neuen Hunnen" und erklärte, daß Polens Antwort nur eine militärische sein könne und daß Polen bereits auf die deutsche Verhandlungsbereitschaft der Vortage mit „militärischen Anordnungen geantwortet" habe[160]). — Diese Sendung erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die polnische Regierung noch keine Kenntnis von dem Angriffsbefehl Hitlers hatte, hingegen zugegebenermaßen bereits tagelang über die deutsche Verhandlungsbereitschaft und über die höchst gespannte Situation informiert war. Der polnische Entschluß zum Kriege ist somit auch durch diese gefunkte Kriegserklärung erwiesen. Polen entschied sich für den Krieg zu einem Zeitpunkt, da Hitler die größte territoriale Rechtsverletzung des Versailler Diktates unblutig, mit einem fairen Kompromiß, zu bereinigen suchte, und zwar unter Verzichten, zu denen keine Regierung der Weimarer Republik bereit gewesen war. Hitler hatte die von ihm aufrechterhaltene Forderung auf Danzig und einen exterritorialen Durchgangsweg nach Ostpreußen nicht terminiert oder ultimativ an Polen herangetragen. Zwar hatte der Reichskanzler den „Fall Weiß", die militärische Planung gegen Polen, seit April 1939 auf den 1. September

---

[158]) Die Uhrzeit 18.40 Uhr hat Generalleutnant Gerhard Engel, der als Augenzeuge bei dieser Befehlserteilung zugegen gewesen ist, dem Verfasser persönlich bestätigt.

[159]) ADAP VII S. 479: die dort vermerkte Angabe (es handelt sich um kein echtes Dokument mit Herkommensnachweis) bedarf einer eingehenden Überprüfung hinsichtlich ihrer Echtheit und kann nicht ungeprüft übernommen werden; gleichermaßen die Anmerkung von Generalfeldmarschall Erich v. Manstein in „Verlorene Siege" S. 23, derzufolge ihn der Befehl um 17 Uhr erreicht hätte.

[160]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III Dok. 158.

als spätestes Bereitschaftsdatum abgestellt, aber er hatte diesen Plan nicht mit einer definitiven Angriffsabsicht, einem Aggressionsbefehl gegen Polen verbunden. Dieser Plan war befehlsgemäß unter der Voraussetzung ausgearbeitet worden, daß Polen „eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen“ würde, und mit dem Ziel, „um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite auszuschließen“[161]). Während jedoch Hitler — wie bereits geschildert — in den Sommermonaten 1939 zahlreiche kleine „diplomatische Rückzüge“ vornahm[161]), lief — selbst nach Aussage des Widerständlers Weizsäcker — die Welle der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen immer höher auf und überspülte das ursprüngliche Problem: Danzig und die Passage durch den Korridor[161]). Die auf diesen Termin — 1. September 1939 — zugespitzte Krise ging nachweislich n i c h t auf Hitlers Initiative zurück, sondern auf die Initiative Polens und Englands. Diese beiden Länder ließen der Reichsführung im August 1939 nur die Wahl zwischen unzumutbarer Demütigung — auch in Form einer endgültigen Preisgabe Danzigs und Vertreibung der restlichen Volksdeutschen aus deutschem Land in Polen — oder aber Kampf um Deutschlands Lebensrechte.

Der polnische General Kazimierz Sosnkowski, Minister ohne Portefeuille im Exil-Kabinett, enthüllte am 31. 8. 1943 alliierten Pressevertretern:

> „Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrunde lag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Hitler wurde damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkt, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte.“[162])

Weder ist der Versuch, unblutige Siege in der Politik zu erringen, ein strafbares Verbrechen — ganz zu schweigen, wenn es sich dabei um die Wiederherstellung der Rechtsordnung nach dem Prinzip der Selbstbestimmung handelt! —, noch kann man in diesem konkreten Fall von einem unabänderlichen Willen Hitlers zu einem unblutigen „Sieg“ für den Hochsommer 1939 sprechen; denn die polnische Frage ist nicht von ihm zugespitzt worden: „Hitler trug wenig zum Gang des diplomatischen Geschehens zwischen April und August 1939 bei“[163]). Und General Sosnkowski sowie die polnische Regierung wußten sehr wohl, daß Hitler um der polnischen Frage willen keinen Krieg wollte. Deshalb war man ja an die Schaffung von „Notwendigkeiten“ gegangen, die ihn zum Krieg

---

[161]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten“ Bd. II S. 130/131.
D. J. Dallin „Soviet Russia's Foreign Policy“ S. 36.
E. v. Weizsäcker „Erinnerungen“ S. 242.
[162]) H. Sündermann „Alter Feind was nun?“ S. 85.
[163]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 219.

zwangen. Daß man sich hierbei nicht von der „Furcht vor dem hochgerüsteten Deutschland", sondern im Gegenteil von illusionärer Zuversicht auf einen raschen inneren Zusammenbruch Deutschlands leiten ließ — vornehmlich in Warschau, London und Washington —, bedarf keiner näheren Nachweise, denn alle Dokumente bezeugen dies. Auch der britische Botschafter in Berlin war sich dieses Sachverhaltes bewußt:

> „Es ist eine schreckliche Vorstellung, daß polnischer Verhandlungswille das nationalsozialistische Regime retten kann. Wenn man sich nur selber im Auge hätte, dann möchte man sagen: Rühre nicht einen Finger, laß das Ganze laufen, wie es läuft. Aber es ist eine schreckliche Verantwortung."[164])

Als Hitler am 31. 8. um 18.40 Uhr den Angriffsbefehl gegen Polen zum 1. 9., 4.45 Uhr erteilte, wollte er trotzdem die Möglichkeit einer britischen Vermittlung immer noch offenhalten:

> „In der Rundfunkerklärung (des Deutschlandsenders) mit den 16-Punkte-Vorschlägen hieß es nicht, daß die deutschen Vorschläge überholt seien, weil der polnische Unterhändler bis zu der am Vortag gesetzten Frist nicht erschienen sei, sondern es heißt, daß ‚unter diesen Umständen,' also allen in der Erklärung geschilderten, auch der ablehnenden Haltung des polnischen Botschafters vom Nachmittag, die Reichsregierung die Vorschläge als praktisch abgelehnt ansehe, was ja dann durch die polnische Antwort von 23 Uhr bestätigt wurde."[165])

Die deutsche Presse wurde angewiesen, nicht von „Krieg", sondern vom „Zurückschießen" zu sprechen. Überdies wurde alles getan, um den einmal ausgebrochenen Konflikt auf Polen zu beschränken. Am 1. 9. um 9.50 Uhr bzw. 10.45 Uhr wurde die britische Regierung von dem schwedischen Vermittler Dahlerus erneut darüber informiert, daß

a) Generalfeldmarschall Göring angesichts der Sprengung der Dirschauer Brücke und damit der gewaltsamen Unterbindung des Transitweges nach Ostpreußen durch Polen und angesichts der Kämpfe im Danziger Raum am Vortag (31. 8.) den Befehl erhalten habe, die polnische Armee von der Grenzlinie zurückzudrängen und die polnische Luftwaffe im Grenzgebiet zu vernichten;

b) durch die Weigerung Polens zu verhandeln, der Reichsregierung der Beweis erbracht schien, daß sie allein nichts mehr tun konnte;

c) er, Dahlerus,

> „mit Erlaubnis des Führers eine sehr freundliche Diskussion mit dem britischen und polnischen Botschafter arrangierte."[166])

---

[164]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 628 Henderson an Halifax am 31. 8.

[165]) F. Lenz „Nie wieder München" Bd. I S. 575.

[166]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 639 u. 644.

Diese Informationen eröffneten erneut Möglichkeiten einzuhaken[166]). Es war ausdrücklich nicht von der „Vernichtung Polens“ die Rede, sondern nur vom Grenzgebiet, von der ausweglosen Situation, wie man sie in Deutschland sah, und von dem Willen, eine Verhandlung zustande zu bringen. Während aus diesem Grunde deutscherseits keine Schritte unternommen wurden, den polnischen Botschafter Lipski zur Abreise aus Berlin zu veranlassen, so daß er noch mehrere Tage nach dem 1. September in der Reichshauptstadt blieb[167]), antwortete Halifax auf die Vermittlungs- und Diskussionsvorschläge, die Dahlerus soeben unterbreitet hatte, fünf Stunden später (1. 9. um 16.45 Uhr) mit einer „Warnung“ an Hitler, welcher, sollte sie unbefriedigend aufgenommen und die deutschen Truppen nicht unverzüglich aus dem polnischen Territorium abgezogen werden, ein befristetes Ultimatum oder eine unmittelbare Kriegserklärung folgen werde. Von Verhandlungsmöglichkeiten im Fall des deutschen Nachgebens sprach die britische Regierung in dieser Mitteilung nicht.

Hitler hatte in seiner ganzen Regierungszeit nichts unternommen, was gegen die britischen Lebensinteressen gerichtet gewesen wäre — es sei denn die Einigung und Stärkung Deutschlands, die in London als „Verletzung britischer Lebensinteressen“ ausgelegt wurde. Großbritannien dagegen hat alles getan, um sich in Angelegenheiten einzumischen, die seine Belange überhaupt nicht berührten. Es ging so weit, Deutschland die Vernichtung anzusagen, als es sich von Polen nicht länger demütigen ließ, sich gegen die Aushungerung Danzigs wehrte, und als die Reichsregierung nicht so lange warten wollte, bis der erste militärische Schlag Polens fiel, der jede Stunde mit Zielrichtung gegen Berlin, Danzig und Ostpreußen zu erwarten war und von dem man annehmen mußte, daß er mit dem Vormarsch der französischen Armee synchron geschaltet sein würde.

Neville Chamberlain hat das Unterhaus am 1. September erneut bewußt falsch unterrichtet, als er erklärte:

> „Wir haben nie eine Abschrift dieser Vorschläge (Hitlers vom 30. 8.) erhalten, und zum erstenmal haben wir sie gestern nacht im Rundfunk gehört.“[168])

Es war ebenso irreführend, wenn er behauptete, Ribbentrop habe diese Vorschläge dem britischen Botschafter „in Höchstgeschwindigkeit“ — also unverständlich — vorgelesen und damit „bewiesen“, daß sie gar nicht ernst gemeint gewesen seien. Diese Rede Chamberlains, die also erneut (vergl. seine Rede vom 25. 8.) bewußte Entstellungen enthielt, ent-

[167]) A. v. Ribbentrop „Verschwörung gegen den Frieden“ S. 507.
[168]) Britisches Blaubuch Nr. 105.

hüllte nicht nur die Machtlagerungen in der englischen Demokratie, denen zufolge das Volk zu diesen Lebensentscheidungen nicht befragt, noch nicht einmal richtig informiert wurde, sondern auch die gegen den Frieden gerichtete Politik Londons. Denn — wie gesagt — Ehrlichkeit ist die Voraussetzung für eine Politik des Friedens! Und die britische Regierung war in den letzten Friedenstagen nicht ehrlich:

1. Sie hat, ohne von Polen vorbehaltlos ermächtigt worden zu sein, Hitler polnischen Verhandlungswillen und den britischen Vermittlungswunsch vorgespiegelt und den Reichskanzler gebeten, seine Diskussionsgrundlage auszuarbeiten. Halifax ist aber in Wirklichkeit nicht als Vermittler tätig geworden, ja er war sich sogar bewußt,

   > „daß die polnische Regierung nicht mit besonderer Gunst auf die Möglichkeit einer Vermittlung geschaut hat" (gemeint war hier die Roosevelt-Botschaft vom 25. 8. 1939)[169]),

   und hat dennoch an diesem 25. 8. die vorbehaltlose Garantie an dieses kriegsgestimmte Polen erweitert, seinem Willen entsprechend, daß

   > „alle Versuche, die Dinge in Ordnung zu bringen, seit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes außerhalb der Debatte stehen."[170])

2. Wie sich heute nachweisen läßt, hat Halifax die polnische Verhandlungszusage vom 28. 8. gefälscht, seinen Botschafter Henderson getäuscht, sein Betrugsmanöver mit der Note an Hitler vom 28. 8. durch falsche Nachrichtengebung an Diplomaten und Presse soweit mit Sprengstoff angereichert, daß er damit einen friedlichen Ausgleich unmöglich gemacht hat.
3. Gleichzeitig sandte Halifax der polnischen Regierung Alarmnachrichten, ohne sie zeitig über ihre Schritte in Berlin und Hitlers Reaktion zu informieren. Er legte Wert darauf, daß man in Warschau seine „Richtschnur" erkennen möge.
4. London protestierte nicht gegen die polnische Generalmobilmachung, die u. a. auch auf die Halifax'schen Alarmnachrichten vom Vortag zurückzuführen war.
5. Lord Halifax hat seine eigenen Bedingungen, die er zwei Tage zuvor Hitler überreichen ließ (28. 8.), gebrochen, indem er trotz Zusage auch von diesem Zeitpunkt ab keinen Augenblick als Vermittler tätig wurde.
6. Die britische Regierung hat vom 29. 8. abends bis 31. 8. frühmorgens Hitlers Erwartung eines polnischen Bevollmächtigten hinausgezögert

---

[169]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 280.
[170]) E. Raczynski „In Allied London" S. 24.

und die schließlich an Warschau übersandte Mitteilung mit so vielen inhaltlichen Vorbehalten versehen, daß sie damit eine Ablehnung durch Polen herausforderte. Damit hat sie die selbst vorgeschlagene direkte deutsch-polnische Kontaktaufnahme vereitelt und die hochgespielte „Verfahrensfrage", wie die deutschen Vorschläge der polnischen Regierung bekannt gemacht werden sollten, unlösbar gemacht. Die britische Regierung, die gleichzeitig Hitler in dem Glauben ließ, weiterhin intensiv zu vermitteln, hat diese drei Tage vom 28.—31. 8. somit zur Kriegsentwicklung genutzt.

7. Lord Halifax bediente sich auch in den letzten Gesprächen, die zwischen Hitler und Henderson geführt wurden, ungeprüfter Gerüchte, nach denen Deutsche in Polen angeblich Sabotageakte verübten. Hiermit hat er auch diese letzten Unterredungen bewußt verschärft.

8. Chamberlain und Halifax — um nur die verantwortlichen Männer zu nennen — haben das Unterhaus und die Weltöffentlichkeit in vielen Einzelheiten irregeführt und aufgeputscht[171]).

Diese Haltung ist nicht damit zu erklären, daß sich London an der geheimen Zusicherung Italiens, nicht zu kämpfen (18. 8. + 1. 9. 1939) sowie an den Auskünften deutscher Widerständler, denen zufolge die Mehrheit des deutschen Volkes gegen Hitler sei und bei einer festen Sprache der britischen Regierung ein Umsturz im Reich zu erwarten sei, orientiert hat*). Das Drängen der Manager der „öffentlichen Meinung" in England und den USA. sowie der Berater im Foreign Office, aber auch die Einstellung und Zielvorstellung der britischen Regierung standen v o r diesen Informationen fest. Wie die Stimmung in London in den letzten Friedenstagen war, darüber liegen vielfältige Unterlagen auf dem Tisch des Historikers. Hier nur einige wenige:

Chamberlain in einem Privatbrief an seine Schwestern vom 10. 9. 1939:

> „Die letzten lang hingezogenen Agonien, die der wirklichen Kriegserklärung vorausgingen, waren so unerträglich, wie sie nur sein konnten. Es lag uns daran, die Dinge voranzutreiben (we were anxious to bring things to a head), aber es gab da drei Komplikationen: die geheimen Verhandlungen, die durch einen neutralen Mittelsmann mit Göring und Hitler liefen, der Konferenzvorschlag von Mussolini und das französische Verlangen, die eigentliche Kriegserklärung so lange wie möglich

---

171) F. Lenz „Nie wieder München" Bd. I S. 507
Analyse der Rede Chamberlains vor dem Unterhaus am 1. 9. 1939.

*) Solche Nachrichten wurden London bereits seit 1934/1935 laufend zugeleitet.
I. Colvin „Vansittart in Office" S. 125/126, 135, 210, 234—237, 281, 315, 331 ff.

hinauszuschieben, bis sie ihre Frauen und Kinder evakuiert und ihre Armeen mobilisiert hätten. Wir konnten darüber sehr wenig vor der Öffentlichkeit sagen.“[172])

Der polnische Botschafter Raczynski:

„Spät am Abend (2. 9. 1939) kam Duncan Sandys in die Botschaft, um mich zu sehen. Er erzählte mir, daß er, Churchill und seine Freunde nicht nachgeben würden und daß sie nicht nur auf die moralische Unterstützung der Labour-Party zählen könnten, sondern auch auf einen großen Teil der Konservativen. Alle wären entschlossen, nicht zu kapitulieren, und wenn Chamberlain wieder schwach werden sollte, würde er gestürzt.“[173])

Sir Horace Wilson, der engste Mitarbeiter Chamberlains, am 2. 9. 1939 zum Pressebeirat der deutschen Botschaft in London, Dr. Fritz Hesse:

„England ist zum Krieg entschlossen und nicht mehr für einen Kompromiß zu haben.“[174])

Das war die Antwort auf ein Kompromißersuchen, das Reichsaußenminister v. Ribbentrop dem Pressebeirat der deutschen Botschaft in London am 2. 9. telephonisch durchgegeben hatte:

„Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadensersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt. Sie sind vom Führer ermächtigt, diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen hierüber aufzunehmen.“[175])

Der britische Historiker A. J. P. Taylor:

„Die Minister, geführt von Halifax, warnten Chamberlain, daß die Regierung fallen würde, wenn sie kein Ultimatum an Hitler senden würde, bevor das Unterhaus erneut zusammentrete....

Auf diese seltsame Weise erschienen die Franzosen, die den Widerstand gegen Deutschland zwanzig Jahre lang gepredigt hatten, als die in den Krieg gedrängten, und zwar von den Briten, die zwanzig Jahre lang Befriedung gepredigt hatten. Beide Länder gingen in den Krieg für jenen Teil der Friedensregelung, den sie seit langem als den am wenigsten verteidigenswerten betrachtet hatten....

Solcherart waren die Ursachen des Zweiten Weltkrieges — oder besser gesagt — des Krieges zwischen den drei westlichen Mächten über die Regelung von Versailles; eines Krieges, der seit dem Augenblick, als der Erste Krieg beendet war, offenkundig war.“[176])

---

[172]) K. Feiling „The Life of Neville Chamberlain“ S. 416.
[173]) E. Raczynski „In Allied London“ S. 29.
[174]) „Die Tat“, Zürich 26. 11. 1952. u. I. Colvin „Vansittart in Office“ S. 331.
[175]) F. Hesse „Das Spiel um Deutschland“ S. 210.
[176]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 277/278.

Der britische Außenminister kurz nach dem Ultimatum an Deutschland:

„Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem andern aufheben kann.“[177])

Der sich in seiner unmittelbaren Nähe aufhaltende Diplomat Sir Ivone Kirkpatrick wußte noch ein internes Bonmot hinzuzusetzen:

„Halifax schien erlöst, daß wir unsere Entscheidung (vom 3. September 1939) getroffen haben. Er bestellte Bier, das von einem verschlafenen Angestellten, der im Hause wohnte, im Pyjama heruntergebracht wurde. Wir lachten und machten Witze....“[178])

BBC-London kurz nach Kriegsausbruch:

„Hitler hat den Krieg begonnen, aber er kann ihn nicht beenden.“[179])

Oder anders ausgedrückt: Man ließ nicht zu, daß er ihn beendete, ganz gleich unter welchen Voraussetzungen!

Hatte nicht schon Lloyd George am 19. Mai 1939 im Unterhaus auf die Strategie eines langen und sich ständig ausweitenden Krieges verwiesen? Er war in dieser Ansicht kein Einzelgänger unter den britischen Parlamentariern:

„Das grundlegende Kriegsziel der Diktatoren ist, schnelle Ergebnisse zu erzielen, einem langen Krieg auszuweichen. Und hierfür, um schnelle Siege der Diktatoren nicht zuzulassen, hielt Lloyd George es für außerordentlich notwendig, schneller eine Dreimächtevereinbarung gegen sie zu schaffen.“[180])

Man tut gut daran, die von Winston Churchill als „weise“ bezeichneten Ausführungen von Lloyd George im Original zu lesen:

„Der wesentliche militärische Zweck und Plan der Diktatoren ist der, rasche Resultate zu erzielen, einen langen Krieg zu vermeiden. Ein langer Krieg paßt den Diktatoren nie. Ein langer Krieg wie jener zäh geführte, guerillamäßige Krieg in Spanien macht sie mürbe, und die große russische Verteidigung, die den Russen keinen großen militärischen Sieg eintrug, zerbrach Napoleon. Ein Krieg, der rasch beendet wird, ist jetzt Deutschlands Ideal und ist es immer gewesen. Der Krieg gegen Österreich im Jahre 1866 dauerte nicht länger als einige Wochen, und der Krieg im Jahre 1870 wurde so geführt, daß er praktisch in ein oder zwei Monaten vorüber war. Im Jahre 1914 lagen Pläne mit genau dem gleichen Ziel vor, und beinahe wären sie gelungen; sie wären den Deutschen gelungen, wenn nicht Rußland gewesen wäre. Aber von dem Augenblick an, da ein rascher Sieg mißlang, war das Spiel verloren. Sie können sich darauf verlassen, daß die großen militärischen Denker

---

177) NATION EUROPA 1954, Heft 1, S. 46.
178) I. Kirkpatrick „The Inner Circle“ S. 144.
179) R. Fiedler „Im Teufelskreis — Krieg ohne Frieden“ S. 151.
180) I. M. Maisky „Wer half Hitler?“ russ. S. 117.

Deutschlands sich mit dem Problem beschäftigt haben, was der Fehler von 1914 war, woran es ihnen mangelte, wie sie die Lücken ausfüllen und die Fehlschläge wiedergutmachen oder im nächsten Krieg vermeiden können.“[181])

Entsprechend dieser Strategie haben sich Chamberlain und Halifax vor und nach Kriegsbeginn über die baltischen Staaten, über Polen, über Italien — von Deutschland zu schweigen —, aber gleichermaßen über das friedensbereite Frankreich hinweggesetzt, als sie

a) Ende März 1939 Frankreich mit der Garantie an Polen überrumpelten,
b) die Vermittlungsversuche Mussolinis vom 31. 8. und 2. 9. — Einberufung einer Konferenz zum 5. 9. — sofort und endgültig ablehnten und damit die Billigung dieses Planes durch Paris wirkungslos machten,
c) am 3. 9. eigenmächtig, ohne den Verbündeten zu konsultieren, ein auf zwei Stunden befristetes Ultimatum an Deutschland sandten und kurz darauf Paris drängten, das gleiche zu tun.

Zehn Minuten vor Ablauf dieser von London gesetzten Frist, um 10.50 Uhr (3. September), teilte Dahlerus von Berlin aus dem Foreign Office mit, Göring sei im Auftrag Hitlers bereit, nach London zu fliegen, um eine vernünftige Regelung zu erreichen (Einstellung der Kampfhandlungen unter der Voraussetzung, daß die Truppen für die Dauer der Besprechungen an den gegenwärtigen Fronten verbleiben).

„Dahlerus rief das Foreign Office um 10.50 Uhr an, um zu erklären, die deutsche Regierung habe ihre Antwort abgefaßt, welche sich auf dem Wege zu uns befindet. Sie würde uns um 11 Uhr erreichen, obgleich er dies nicht garantieren konnte.

Als einen letzten Versuch möge er anregen, daß Feldmarschall Göring nach London fliegen und die anstehenden Probleme diskutieren könnte (might he suggest that Field-Marshall Goering should fly over to London to discuss matters).

Der Staatssekretär gab eine Antwort des Inhalts, daß unsere Position der deutschen Regierung vor einiger Zeit bekannt gemacht worden sei und wir jetzt unser Vorgehen (procedure) nicht mehr verzögern könnten.“[182])

Dieses Telephongespräch fand eine halbe Stunde nach einem vorangegangenen Telephonat statt, in dem Dahlerus dem Beamten des Foreign Office, Mr. Roberts, erklärt hatte, daß die Deutschen ihr Möglichstes tun wollten, um der britischen Regierung zufriedenstellende Ver-

---

[181]) W. Churchill „Der Zweite Weltkrieg“ 1. Buch, Bd. I „Der Sturm zieht auf“ S. 452.
[182]) Doc. on British Foreign Policy 1919—1939 Vol. VII Doc. 762.

sicherungen dafür zu geben, die Unabhängigkeit Polens nicht zu verletzen. „Jedoch habe sich in der Weltgeschichte bisher niemals eine Armee vor Beginn von Verhandlungen zurückgezogen"[182]).

Wenig später erklärten Großbritannien und um 17 Uhr Frankreich an Deutschland den Krieg. Hiermit war der Polen-Konflikt zu einem europäischen Krieg ausgeweitet. Die gleichen Interessenten, aber auch Stalin als Weltrevolutionär, sollten für eine weltweite Ausdehnung, für eine totale Kriegführung und unglaubliche Brutalisierung des Krieges sorgen.

An diesem 3. September 1939 aber verkündete Winston Churchill seinem Volk und der Welt:

> „In dieser feierlichen Stunde gereicht es uns zum Trost, unserer wiederholten Bemühungen um den Frieden zu gedenken. Sie alle waren erfolglos, aber alle waren ehrlich und aufrichtig. ... Diese moralische Überzeugung allein verleiht jene unermüdliche Spannkraft, aus der sich die Stärke und Energie der Menschen in langen, ungewissen und düsteren Tagen erneuert. Draußen mag der Sturm des Krieges rasen und mit seinem Toben die Länder erschüttern, in unseren Herzen aber wohnt an diesem Sonntagmorgen Friede. Unsere Hände mögen geschäftig sein, aber unser Gewissen ist ruhig."[183])

---

[183]) W. Churchill „Ins Gefecht" Reden 1938—1940 S. 204 Rede im Unterhaus.

Die „Kriegsschuld“ vor dem Nürnberger Tribunal

Als die Reichsregierung am 30. Januar 1937 feierlich die Deutschland abgenötigte Anerkennung der Schuld am Ersten Weltkrieg zurückzog, protestierte keine der Versailler Mächte mehr. Aber das hinderte sie nicht, 1939 und in den folgenden Jahren bis auf den heutigen Tag die alte Kriegsschuldlüge von 1914 erneut aufzutischen, um ein Super-Versailles zu schaffen, das alle früher begangenen Verletzungen des Rechts, der Sitte, des Anstandes und der Wahrheit noch übertraf. „Die Entscheidungen der Gewalt und Vernichtung, der Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, diese Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske des Friedensvertrages“[1]), „die zu einem noch größeren Unheil für die Welt werden kann, als der Krieg es war“[2]), „die den Gedanken des Rechts auf Menschenalter hinaus vernichtet und eine auf Sittlichkeit beruhende Weltordnung unmöglich macht“[3]), „dieses Vertragssystem, das einen dauernden Kriegszustand bewirkt“[4]), „eine andere Art Fortsetzung des Krieges bedeutet“[5]), „diese Intrigen und ehrlosen Manöver, die aus dem Versailler Vertrag und den vier anderen den größten Betrug der Geschichte gemacht haben“[6]) — wurden in Potsdam und Nürnberg 1945/1946 abermals zum Gesetzbuch der weiteren politischen Entwicklung erhoben. Statt 27 Staaten, die stellvertretend für das „Weltgewissen“ auftraten, holte man sich diesmal noch weit mehr unwissendes, falsch informiertes und beutehungriges Fußvolk heran, indem man ihm die Aussicht vorspiegelte, nunmehr in der Weltpolitik „eine Rolle zu spielen“ (wiederholt betontes Streben F. D. Roosevelts).

---

[1]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?“ S. 73.
Aussage von Ministerpräsident Bauer (SPD).
[2]) ebenda S. 53.
Aussage von Feldmarschall und Premierminister der Südafrikanischen Union J. Ch. Smuts.
[3]) ebenda S. 57.
Aus deutschen Gegenvorschlägen an die Alliierten 1919.
[4]) ebenda S. 264.
Aussage vom ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti.
[5]) F. Nitti „Die Tragödie Europas — und Amerika?“ S. 16.
Ausspruch vom französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.
[6]) ebenda S. 25.

Obwohl nach 1918 von Jahr zu Jahr deutlicher geworden war, daß mit Beschuldigung des besiegten Gegners das Problem des Krieges nicht erfaßt, gelöst oder historisch-wissenschaftlich „gerichtet“ werden kann, legten dieselben Siegermächte im Jahre 1945 wie einst nach dem Ersten Weltkrieg in Potsdam und Nürnberg erneut die Versailler Denkart zugrunde. Nichts hat sich in der Beurteilung des besiegten Gegners geändert. Über seine „Schuld“ wurde kein Zweifel geduldet; eine Diskussion war höchstens über die Argumente der Anklage zulässig. General Nikitchenko, der als ein „vielfacher Mörder eigener Volksgenossen“ beschrieben wird, erklärte zur Zeit der Nürnberger „Kriegsverbrecherprozesse“:

> „Über die Schuld der Angeklagten ist bereits durch die Staatsoberhäupter in Moskau und Teheran entschieden worden; einzige Aufgabe dieses Gerichtes ist es also, sie der notwendigen Bestrafung zuzuführen.“[7])

Wiederholte Angebote der Weimarer Regierungen, die Frage der Schuld am Kriege durch ein internationales Gremium bei Auswertung aller Dokumente untersuchen zu lassen, ist von den Siegermächten nach 1919 abgelehnt worden. Im Jahre 1945 brachen dieselben Alliierten, diesmal vereint mit der Sowjetunion, einer solchen Forderung von vornherein die Spitze ab, setzten die deutsche Führung gefangen, soweit man ihre Mitglieder nicht sogleich liquidierte, verurteilten sie unter Anwendung der kommunistischen Kollektivschuld-Strafjustiz, zerstückelten und spalteten Deutschland und stellten jede der Besatzungsmacht unliebsame, auch geistige Regung unter Strafe. Propaganda und Rachejustiz münzten die Kriegslügen in „historische Wahrheiten“, in zweckbestimmte politische Dogmen um. Das Kriegsziel des alliierten Lagers, „ein noch brutaleres Versailles“, wurde auch in bezug auf die moralische Diffamierung des deutschen Volkes verwirklicht. Schlagworte, Phrasen, extrem falsche Wertungen, Behinderung sachlicher Kritik, moralische Ausstoßung des bezwungenen Gegners und Verschleierung des eigenen unrechten Tuns — alle Mittel waren recht und wurden angewandt um dieses Zieles willen. Wer das Dogma von der „alleinigen deutschen Schuld“ nicht lautstark zu vertreten wußte, sah der Verurteilung als „faschistischer Kriegsverbrecher“ oder der beruflichen Diskriminierung als „Unverbesserlicher“, „Ewig-Gestriger“ oder „Reaktionär“ entgegen.

Nürnberg, die Stadt der Parteitage des gestürzten Regimes, wurde zur Aburteilung der „faschistischen Kriegsverbrecher“ erwählt, jener deutschen Gefangenen, die die Richter des Interalliierten Militärtribunals

---

[7]) Report on the International Conference on Military Trials, Washington, State Department 1949 S. 104—106 u. 303.
Zitiert bei: NATION EUROPA Heft 2/1962 S. 45.

(IMT) schon vor Prozeßbeginn als „Verbrecher" bezeichneten. Nur ihnen galt die Anklage. Mit einer solchen „Rechtsauffassung" freilich mußte das IMT die historische Sendungsaufgabe, die es für sich beanspruchte, von vornherein verfehlen. Unmißverständlich erklärte der us-amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson:

„Wir dürfen uns nicht in einen Prozeß über die Ursachen des Krieges verwickeln lassen."[8])

„Ich glaube, daß dieser Prozeß viel Schaden anrichten würde, wenn man die politischen Ursachen dieses Krieges studieren würde."[9])

Dieser und ähnlicher Argumente bedienten sich in den Jahren 1943—1945 zahlreiche Engländer und Amerikaner, um statt eines Prozeßverfahrens sich „Hitlers und seiner Spießgesellen" zu bemächtigen und sie insgesamt zu exekutieren. Der Staatssekretär der USA, Cordell Hull, meinte,

„in einem Prozeß könnten betrügerische Verteidigungsargumente noch gefährliche propagandistische Wirkung ausüben."[10])

Dennoch haben sich die Alliierten in der Moskauer Erklärung vom 30. 10. 1943 und in dem Londoner Abkommen vom 8. 8. 1945, um ihre politischen Interessen durchzusetzen und die „Justiz" ihrer Propaganda dienstbar zu machen, zu Schauprozessen entschlossen und die Befugnisse der „Internationalen Militärtribunale" durch ein Statut für den Prozeß gegen die „Hauptkriegsverbrecher" in einer Weise festgelegt, daß gar kein anderes Ergebnis möglich sein konnte als die im voraus beschlossene „Bestrafung der Angeklagten". In diesem Statut war u. a. festgelegt worden, daß der Gerichtshof

Einwände wegen Befangenheit der vom Sieger nominierten Richter abzulehnen habe (Art. 3),

nur Vertreter der „Achsenmächte" anklagen dürfe (Art. 6),

die Berufung der Angeklagten auf Befehlsnotstand für nichtig zu erklären habe (Art. 8),

„nicht an Beweisregeln gebunden" sei, statt dessen „ein schnelles, nicht formales Verfahren anwenden" solle (Art. 18 + 19),

„nicht Beweis für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern sie von Amts wegen zur Kenntnis nehmen" solle (Art. 21) (hierunter fielen natürlich alle Propagandathesen!).

---

[8]) M. Bardèche „Nürnberg oder die Falschmünzer" S. 45.
[9]) NATION EUROPA Heft 5/1959 S. 53/54.
[10]) G. Moltmann „Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg" S. 114, 115.

„Auf dieser Konferenz (Londoner Konferenz vom 8. 8. 1945) verhandelten Ankläger und Richter vor dem Prozeß über das Verfahren, mit dem der Angeklagte seiner Bestrafung zugeführt werden sollte. Die Amerikaner haben die Protokolle dieser Konferenz veröffentlicht. Es wurde gar nicht der Versuch unternommen, das Völkerrecht generell zu definieren, nach dem die Handlungen des Angeklagten zu beurteilen sein würden. Statt dessen sah man sich diese Handlungen an und schuf dann ein Gesetz, das ausdrücklich alle vom Angeklagten möglicherweise vorzubringenden Verteidigungsargumente ausschloß.

So sah das Nürnberger Statut aus, das die Grundlage für die Kriegsverbrecherprozesse bildete. . . .

Das Ergebnis der Kriegsverbrecherprozesse war, daß nicht Völkerrecht geschaffen, sondern dieses von unseren Vorfahren so geduldig in Jahrhunderten aufgebaute Recht der Völker zerstört wurde."*)

Unabhängig von diesem das Recht beugenden Statut hat sich die Nürnberger Prozeßführung durch zahllose Rechtsbrüche hervorgetan. Es verstößt gegen jede Rechtsnorm,

wenn der Sieger auch der Richter ist und sich selbst für dieses Amt nominiert hat;

wenn er zugleich als Weltstaatsanwalt und Gesetzgeber fungiert;

wenn er Maßnahmen richtet, die bisher weder gesetzlich erfaßt noch völkerrechtlich strafbar waren (z. B. die Vorbereitung eines Feldzuges durch einen Generalstabsoffizier oder Lieferung von Waffen durch einen Unternehmer);

wenn er Rechtssätze und Wertordnungen außer Kraft setzt, die für die Angeklagten und das gesamte besiegte Volk verbindlich waren, und willkürlich neue Normen aufstellt, die seinen Zwecken entsprechen: „Verbrechen gegen den Frieden", „Verbrechen gegen die Menschlichkeit", „Unterstützung eines Unrechtsstaates" usw. und diese Normen dialektisch interpretiert;

wenn er deutsche Vergeltungsmaßnahmen im Partisanenkampf rückwirkend zu Verbrechen erklärt und strafrechtlich ahndet, wogegen die auslösenden Ursachen außerhalb der Betrachtung bleiben;

wenn er Verteidigern Unterlagen vorenthält, andere kurzfristig zustellt, Entlastungszeugen und Beweisanträge ablehnt und den Verteidigern ebenfalls mit Verhaftung droht und sie in Haft nimmt, sobald sie gegen irgendeinen Rechtsbruch protestieren[11]);

wenn er den Sinn von Dokumenten mittels Kürzung, Fälschung oder Akzentverlagerung entstellt und diese so verstümmelten oder überhaupt gänzlich gefälschten Unterlagen als authentisch bewertet;

---

*) R. T. Paget „Manstein — Seine Feldzüge und sein Prozeß" S. 85, 86.

[11]) F. Utley „Kostspielige Rache" S. 195 (183—204).

wenn er entscheidende Zusammenhänge bagatellisiert oder verschweigt; wenn er Zeugen langfristig in Haft hält und mit angedrohter Auslieferung an die GPU oder Anklage unter Druck setzt und sie zu falschen Aussagen und Meineiden zwingt;

wenn er Agenten der Siegermacht als Zeugen auftreten läßt;

wenn er Verfahren einführt, denen zufolge jedermann als Angehöriger „verbrecherischer Organisationen“ gestempelt sowie als straffällig und kriminell behandelt werden kann;

wenn er seine neuen „Rechtssätze“ für alle anderen Völker — und somit für das zukünftige Völkerrecht — selbst sogleich wieder außer Kraft setzt, nachdem er sie für seine Rachezwecke benutzt hat.

Daß solche Manipulationen vorgenommen werden mußten, um die von vornherein verabredeten Urteile zu rechtfertigen, obwohl die parteiische Zusammensetzung des Tribunals und die einseitigen Anklagen bereits den Ausgang sicherten, ist ein Beweis dafür, auf wie schwachen Füßen die Anklage stand.

> „Wenn nämlich die Strafaktionen nicht mehr den Nachweis individueller Schuld zur Voraussetzung haben, sondern kollektive Vergeltungsmaßnahmen darstellen, oder wenn sie gar die soziologische Gesamtzusammensetzung einer Bevölkerung für politische Zwecke beeinflussen sollen, dann werden sie zu eminent politischen Maßnahmen. Eine solche Mißachtung des Rechtscharakters einer Kriegsverbrecherbestrafung wurde bei den Alliierten im Konferenzjahr 1943 sehr deutlich.“[10])

Als Stalin in Teheran 1943 vorschlug und zum Kriegsziel erhob, etwa fünfzigtausend deutsche Offiziere zu erschießen, motivierte er

> „diese Absicht auch keineswegs als Strafaktion für bestimmte Verbrechen. Die Maßnahme schien ihm vielmehr ein geeignetes Mittel zu sein, um Deutschlands militärische Kraft für immer zu brechen.“[10])

Bis zum Jahre 1946 hatte sich an dieser Fundierung der alliierten Konzeptionen nichts geändert.

Das deutsche Volk und seine Regierungssysteme wurden in den letzten 50 Jahren extrem unterschiedlich beurteilt, und zwar nach den jeweiligen Interessen einiger Großmächte, — bis hin zur Aussage von Harry Truman, dem damaligen Senator und späteren Präsidenten der Vereinigten Staaten:

> „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, müssen wir Rußland helfen, aber wenn Rußland gewinnt, müssen wir Deutschland unterstützen, denn auf diese Weise werden sie sich noch gründlicher umbringen.“[12])

---

[12]) The New York Times 23. 6. 1941 zitiert u. a. bei: B. S. Telpuchowski „Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945“ S. 39.

1945/1946 wurde die so fundierte Wertung dadurch weltweit dogmatisiert, daß man diesen extrem einseitigen Grundsatz des siegreichen Gegners in einen „internationalen Rechtstitel“ und in „historische Wahrheit“ verwandelte — kraft Gewalt der Waffen. Die auf diese Weise „notwendig“ gewordenen Mittel zur Rechtsbeugung verlangten auch eine kritiklose Anerkennung der alliierten Kriegspolitik und Kriegsziele durch das Interalliierte Militärtribunal. Gleichermaßen mußte dieses IMT Hinweise auf Versailles, auf die „Wurzel des Zweiten Weltkrieges“[13]), wie auch auf Verantwortlichkeiten, die zwischen den beiden Weltkriegen eindeutig auf seiten der Gegner Deutschlands liegen, konsequent abschneiden. Man hatte keine Bedenken, „internationales Recht“ auf solchen zurechtgestutzten Voraussetzungen aufzubauen, und dies vor der Weltöffentlichkeit. Auch nahm das IMT die Faktoren, die zum Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie und somit des Weimarer Systems geführt haben, überhaupt nicht zur Kenntnis, aber nicht etwa deshalb, weil es sich um innerdeutsche Angelegenheiten gehandelt hätte. Denn alle belastend erscheinenden inneren Angelegenheiten im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945, die zu richten kein Ausländer befugt ist, wurden herangezogen.

Wie ist es mit den Grundsätzen des Rechtes vereinbar, wenn sich ein Staat (die UdSSR) zu Kriegsbeginn auf die Seite des Aggressors (Hitlers) stellt, für den Kriegsausbruch seine Gegner (England, Frankreich, Polen) verantwortlich macht, bei Kriegsende dann diesem „Aggressor“ alle Schuld aufbürdet, aber einige Zeit nach dessen Liquidierung einen großen Teil des Sündenregisters erneut auf den anfänglich Schuldiggesprochenen (England, Frankreich, USA) zurückverlagert? Wie ist es mit den Grundsätzen des Rechtes vereinbar, wenn Deutschland des Angriffskrieges gegen Polen beschuldigt wird, und die Sowjetunion, die gleichermaßen Polen 1939 angegriffen und nach ihrem Sieg 1945 erneut das östliche Polen in ihren Staat eingegliedert hat, auf dem Ehrensessel des Richters sitzt?

> „Es gibt kaum einen Grundsatz des Rechtes, der in Nürnberg nicht mit Füßen getreten wurde: keine Strafe ohne Gesetz, Tat unter Zwang oder Befehl ist straffrei, niemand darf seinem Richter entzogen werden, niemand darf in eigener Sache richten, niemand darf für die Taten anderer zur Rechenschaft gezogen werden. Das alles war Recht von gestern, das alles galt nach der bedingungslosen Kapitulation nicht mehr für die Richter von Nürnberg.“[14])

---

[13]) H. Lutz „Verbrechervolk im Herzen Europas?“ S. XVII.
[14]) P. Kleist „Auch Du warst dabei“ S. 400.

Wohl noch nie hat bisher ein Sieger derart systematisch und radikal die gesamte politische Literatur des besiegten Gegners vernichtet und somit der historischen Forschung entzogen, wie es mit der NS-Literatur nach der deutschen Kapitulation 1945 geschehen ist — in allen Besatzungszonen. Die „Weltöffentlichkeit" geht kritiklos an diesem Tatbestand vorüber und trägt in unfaßbarer Selbstgefälligkeit ihre Postulate weiter: „Gedanken- und Redefreiheit", „Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht", „Demokratie und Rechtsstaat". Es kümmert sie nicht, daß dem wehrlosen deutschen Volk fast jede Möglichkeit einer geistigen Verteidigung genommen worden ist.

> „Jeder Nerv in unserem Leben empört sich gegen den Gedanken, daß höchste Kulturvölker noch einmal (1945) vom Urteil des Rechtes abgehen und an das der Macht appellieren dürfen."[15])

Der indische Vertreter in den Kriegsverbrecherprozessen in Tokio 1947/48, Justice Rahabinode Pal, hat das wahre Wort gesprochen:

> „Die Komödie eines Prozesses der Sieger gegen die besiegten Führer stellt in sich selbst ein Vergehen gegen die Menschlichkeit dar."[16])

Bezeichnend für die Nürnberger und Tokioer Verfahren ist, daß kein einziger Richter bisher bereit war, sich der in vielen Ländern aufkommenden ernsthaften Kritik an dieser „Justiz" entgegenzustellen. Ein solcher Richter hätte den Grundsatz verwerfen müssen: Soll ein Rechtsbruch gesühnt werden, so muß das Verfahren selbst rechtmäßig sein.

Die Organisation der Vereinten Nationen deckte diese Rechtsblindheit. Sie hat den Vernichtungsfeldzug gegen Deutschland mit seinen Zielen und Folgen ebenso gebilligt wie die Nürnberger und Tokioer Prozesse — alles im Namen des „Weltgewissens". Sie fühlt sich eben als das seit dem Washingtoner Pakt vom 1. 1. 1942 herangewachsene Kind der Koalitionsmächte gegen das Dritte Reich und Japan. Nur jene Staaten wurden zugelassen, die sich kritiklos hinter die Kriegsziele und die Methoden der alliierten Kriegführung stellten, am Kampf gegen diese „Feinde der Menschheit" teilnahmen und die Satzung der Vereinten Nationen anerkannten einschließlich der Artikel 53 und 107, in denen alle Kriegs- und Nachkriegsmaßnahmen „gegen die Feinde irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung" ausdrücklich für Rechtens erklärt wurden[17]). Die Vollversammlung dieser so fundierten UNO hat, um sich gegenüber den zu erwartenden Auswirkungen der „Kriegsverbrecher-Prozesse" auf das zukünftige Völkerrecht abzuschirmen, in einer

---

[15]) H. Herda „Die Schuld der Anderen" S. 181.
[16]) F. J. P. Veale „Der Barbarei entgegen" S. 199.
[17]) S. Boratünskyj „Diplomatie der Periode des Zweiten Weltkrieges" russ. S. 152/154.

Grundsatzentscheidung vom Dezember 1948 ausdrücklich abgelehnt, die „IMT-Rechtsgrundsätze“ als geltendes Völkerrecht anzuerkennen. Für die Verurteilung Deutschlands freilich lassen die Vereinten Nationen sie auch heute noch gelten! Ein grotesker Tatbestand, daß gegen Deutschland angewandtes „Recht“ seither nicht nur keine Gültigkeit mehr hat, sondern sogar von dem Weltforum der Initiatoren ausdrücklich verurteilt worden ist — ohne allerdings den deutschen Namen bzw. die deutsche Politik zu rehabilitieren oder auch nur eine faire historische Untersuchung der Kriegsursachen in die Wege zu leiten.

Der britische Historiker A. J. P. Taylor erklärte zu den Dokumenten der Nürnberger „Kriegsverbrecherprozesse“:

> „Obgleich diese (Nürnberger) Dokumente in ihren endlosen Bänden beeindruckend erscheinen, sind sie für den Gebrauch des Historikers gefährlich. Sie wurden gesammelt, hastig und fast blindlings, als Grundlage für die Zwecke der Richter (for lawyer's brief). So können jedoch Historiker nicht vorgehen. Der Richter zielt darauf ab, einen Fall abzuhandeln; der Historiker wünscht eine Situation zu verstehen. Das Zeugnis, das Richter überzeugt, befriedigt uns oft nicht; unsere Methoden erscheinen ihnen wiederum im einzelnen unkorrekt. Aber sogar Richtern muß jetzt übel werden bei den Zeugnissen von Nürnberg. Die Dokumente wurden nicht nur danach ausgewählt, die Kriegsschuld gegenüber den Angeklagten zu demonstrieren, sondern auch danach, um jene der anklagenden Mächte zu verbergen.“[18])

Ein us-amerikanischer Historiker:

> „Noch wichtiger aber als der Hohn auf Recht und Gerechtigkeit war die Gewißheit, daß diese Prozesse alle folgenden Kriege noch brutaler und rücksichtsloser machen werden. In allen zukünftigen Kriegen werden die Verlierer als die Angreifer hingestellt werden, ob das der Wahrheit entspricht oder nicht, und entsprechend werden sie bestraft werden. Infolgedessen kann keine noch so grauenhafte Methode der Kriegszerstörung unterlassen werden, nur um Sieger zu bleiben, was es auch an Menschen und Material kosten mag. So werden also diese Prozesse genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie zu ihrer Rechtfertigung vorgaben.“[19])

---

[18]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 13.
[19]) H. E. Barnes „Entlarvte Heuchelei“ S. 197.

Dokumente gegen Hitler

Lebensraumforderungen in „Mein Kampf“

Die Hinweise in „Mein Kampf“ (Seiten 732, 740, 741, 742, 757) auf die zu lösende Lebensraumfrage im Osten (Rußland) werden oft als Beweise für Hitlers Angriffsabsichten und langfristige Eroberungspläne und somit für die Kriegsschuld angeführt[1]). Es ist lächerlich, behaupten zu wollen, daß Hitler vom Gefängnis in Landsberg 1925 aus bis zu seinem Tod 1945 die Initiative der Weltpolitik in der Hand gehabt und alle anderen souveränen und wesentlich mächtigeren Staaten Europas und der Welt nur auf seine Initiative hin abwehrend reagieren, nicht hingegen aktiv tätig werden konnten. Dies aber wäre die kausale Folgerung, wollte man „Mein Kampf“ als außenpolitisches „Beweismittel“ anführen. Wenn man aber „Mein Kampf“ als Untersuchungsgrundlage bei der Beurteilung der Kriegsschuldfrage heranzieht, dann hätte dies auch nur dann Aussagekraft, wenn gleichzeitig alle öffentlichen Auslassungen der französischen, englischen, polnischen, sowjetischen Publizisten und Politiker aus den zwanziger Jahren danebengestellt werden. Erst dann würde man das damals übliche Agitationsniveau auf innen- und außenpolitischer Ebene bewerten können. Erst dann würde deutlich werden, daß Hitler mit „Mein Kampf“ nicht aus der Rolle der damaligen Zeit fiel. Legte man den gleichen Maßstab, mit dem heutzutage aus „Mein Kampf“ die Kriegsschuld Hitlers leichtfertig abgeleitet wird, den einstigen Schriften von Winston Churchill, den Zielsetzungen von Poincaré oder Clemenceau, Masaryk, Benesch, Pilsudski, Lloyd George, Lenin oder Stalin oder auch nur der Vertreter der deut-

---

[1]) Für Hitlers Kriegswillen werden über die hier behandelten Anklagen hinaus zahlreiche andere „Dokumente“ und Beispiele angeführt. Der Verfasser hat sich mit diesen Fällen in gesonderten Arbeiten befaßt. Siehe
NATION EUROPA 5/1961 und 5/1963 „Die Gleiwitzer Sender-Affäre“
ebenda 5/1963 „Glatte Fälschungen — Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte contra Hoggan und Taylor“ behandelt:
Fall „Grün“ — Eroberung der Tschecho-Slowakei
Hitlers „Antreiben“ der Ungarn gegen die Tschecho-Slowakei
Hitlers „Ukraine-Angebot“ an Polen
Der deutsche Rüstungsstand 1939 — „Geheime Denkschrift Hitlers zum zweiten Vierjahresplan“.

schen Parteien in der Weimarer Zeit zugrunde, so ließe sich aus ihnen ebenso leichtfertig Kriegsschuld bzw. Kriegswillen ableiten. Professor Theodor Heuß erklärte im Jahre 1932 zu den erwähnten Ausführungen:

> „Es verknüpfen sich die romantischen Erinnerungen an die großartigen Kolonisationsleistungen des deutschen Mittelalters, die nach Osten über die Elbe herangetragen wurden, mit der gegenwärtigen und unmöglichen Lösung, die das Versailler System den deutschen Ostgrenzen aufgezwungen hat. Da hier eine unerträgliche Reiz- und Reibungsstelle geschaffen wurde, folgt das Empfinden leichter dieser Richtung; denn es weiß um das labile Wesen der europäischen Ostprobleme.“[2])

Diese Gedanken eines der NS-Bewegung abgeneigten Politikers zeigen immerhin, daß in der Weimarer Republik „Mein Kampf“, dessen Titel ursprünglich „Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit“ lauten sollte[3]), als Ausbruch eines an der Not des Vaterlandes aufgeladenen Temperamentes, nicht dagegen als Programm einer kriegerischen Politik aufgefaßt wurde — auch von den Anhängern Hitlers. Es handelt sich hier um die Äußerungen eines Propagandisten und Parteiführers, nicht um die eines ausgereiften Staatsmannes. Als Staatsmann ist Hitler — bis nach Kriegsbeginn — solchen Zielen nicht nachgegangen. Auch der IMT-Anklagebehörde Nürnberg 1945/46 sind keine Nachweise aus deutschen Geheimakten gelungen, daß die Tschechenkrise oder der Polenfeldzug oder auch der Rußlandfeldzug[4]) mit deutschen Eroberungs-, Siedlungs- oder Vernichtungsplänen im Zusammenhang gestanden hätten, geschweige denn auf ihnen aufgebaut gewesen wären. Vielmehr konnte nachgewiesen werden, daß allen diesen schicksalhaften Etappen gänzlich andere Ursachen und Anlässe, Motive und Erwägungen zugrunde gelegen haben. Zweifellos hätte Hitler gut daran getan, diese damaligen Ausführungen als Staatsmann aus „Mein Kampf“ zu streichen. Dennoch ist hervorzuheben, daß er mehrfach öffentlich erklärt hatte, da er kein Schriftsteller, sondern Politiker sei, solle man ihn nach seiner Politik, nicht nach einzelnen Worten seiner „Phantasien hinter Gitter“, die eine „Aneinanderreihung von Leitartikeln für den Völkischen Beobachter“ sein sollten, beurteilen.

> „Ich bin kein Schriftsteller, sondern ein Staatsmann. Ich werde die Korrektur von ‚Mein Kampf‘ in das Buch der Geschichte schreiben“[5]),

erklärte Hitler am 21. 2. 1936 in einem Interview mit dem Vertreter der „Paris-Soir“ und ließ dieses Interview einschließlich der wider-

---

[2]) Th. Heuß „Hitlers Weg“ S. 99.
[3]) K. Ploetz „Auszug aus der Geschichte“ (1939, Anhang) S. 21.
[4]) Ph. Fabry „Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941“ und NATION EUROPA 11/1958; 9/1960; 10/1961 den Rußlandfeldzug betreffend.
[5]) O. Abetz „Das offene Problem“ S. 78.

rufenen Stellen aus „Mein Kampf“ in allen deutschen Zeitungen auf der ersten Seite veröffentlichen. („In Paris sollte die Veröffentlichung dieses Interviews ungewöhnlichen Schwierigkeiten begegnen“!).

> „Das jedenfalls weiß ich, wenn ich 1924 geahnt hätte, Reichskanzler zu werden, dann hätte ich das Buch nicht geschrieben.“[6])

Hitler hatte als Staatsmann für die Korrektur seines Buches zweifellos keine Zeit mehr. Einzelne Korrekturen wären Stückwerk geblieben. „Mein Kampf“ wurde in der Frühgeschichte der NSDAP geschrieben und blieb der Tagespolitik, Journalistik und Agitation verhaftet. Ebenso wie die Ausführungen über Frankreich aus der damaligen Nachkriegssituation und dem französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet geboren waren, so ist auch Hitlers Ostkonzeption in „Mein Kampf“ nicht als feststehende außenpolitische Richtlinie des Dritten Reiches gegenüber einer erstarkten Sowjetunion anzusehen. „Mein Kampf“ war weder ein Katechismus der NS-Weltanschauung noch eine theoretische Grundlage für die Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturpolitik des Deutschen Reiches. Das sich erst später konkretisierende Programm der NSDAP, der Reifungsprozeß Hitlers im Laufe der Jahre — man begutachte seine Reden als Staatsmann —, die vielfältigen, nicht voraussehbaren Einwirkungen auf die deutsche Politik von innen und außen, haben die Linie der staatstragenden NSDAP bestimmt, nicht das überhastet und in agitatorischer Absicht zur Zeit eines innenpolitischen Machtkampfes niedergeschriebene Buch „Mein Kampf“.

Für die Lebensraumforderungen in „Mein Kampf“ sollte man folgende Überlegungen berücksichtigen, die die Gedankenwelt Hitlers bestimmt haben mögen:

a) Hitler wollte — und in dieser Erkenntnis sind sich alle Zeitgeschichtler einig — England gewinnen. Als Realist wußte er, daß er gut daran täte, Englands Besorgnis über eine eventuelle Bedrohung durch Deutschland mit einer von vornherein angezeigten deutschen Interessenausrichtung nach Osten auszuschalten.

b) Hitler versuchte auch Befürchtungen der kontinentaleuropäischen Staaten zu zerstreuen, die sich zukünftig aus dem Argument eines deutschen Bevölkerungsdruckes für jene Länder hätten ergeben können. Er wollte deutlich machen, daß er auch von Frankreich nichts forderte; er suchte die Feindschaft Frankreichs zu mildern — durch deutsche Blickrichtung nach Osten.

---

[6]) H. Frank „Im Angesicht des Galgens“ S. 39
u. P. Kleist „Auch Du warst dabei“ S. 143
u. IMT Bd. X S. 263 Aussage J. v. Ribbentrop.

c) Angesichts der kommunistischen Ideologie und der Sowjetmacht, deren Inhalt und Wesen Hitler wesentlich früher als andere erkannt hatte, wußte er, daß er durch ein freundliches Verhalten gegenüber der UdSSR nicht mehr hätte gewinnen können, als er durch eine Politik entschlossener Unabhängigkeit verlieren konnte.

d) Für Hitler galt, in der Welt Verständnis für Deutschlands Raumnot, Lebensdichte und das Unrecht des Versailler Gebietsraubes — vor allem im Osten — zu gewinnen.

e) Hitlers Lebensraum-Ausführungen sollten den Verzicht- und Befriedungstendenzen von Weimar entgegentreten.

f) Das deutsche Volk hatte sich in einem Jahrhundert zahlenmäßig verdreifacht, der deutsche Lebensraum hingegen wesentlich verkleinert. Kein deutscher Politiker konnte an diesen Realitäten vorbeigehen. Unbekannt waren zu jener Zeit noch die Möglichkeiten, wie man mit Hilfe der Technik und Industrie ein wachsendes Volk auch auf engem Raum ernähren kann. Die Wirtschaftsnot in der Weimarer Zeit nährte solche Hoffnungen jedenfalls nicht.

Und wenn schließlich ein französischer Ministerpräsident Clemenceau programmatisch erklärt hatte, es mögen ruhig 25 Millionen Deutsche sterben, da sie zuviel auf der Welt wären, so dürfte eine solche Empfehlung bei Hitler genau die entgegengesetzte Reaktion hervorgerufen haben, nämlich den Versuch, alles zu tun, um die Lebensmöglichkeiten und die aus historischen Rechten hergeleiteten Ansprüche auf Lebensraum für das eigene Volk zu sichern.

„Schlüsseldokumente“ des IMT über Hitlers Geheimreden

In den sogenannten Nürnberger „Kriegsverbrecherprozessen“ 1945/46 hat die Anklagevertretung einige Unterlagen vorgelegt, die sich auf Geheimbesprechungen Hitlers beziehen. Das Interalliierte Militärtribunal, das sich selbst wahrheitswidrig „Internationales Militärtribunal“ nannte, hat diese Papiere zu „Dokumenten“ aufgewertet, ja zu „Schlüsseldokumenten“, da sie angeblich den „Schlüssel“ für Hitlers Außenpolitik lieferten, da sich die Politik und die wahren Absichten Hitlers von 1937—1939 in ihnen und nur in ihnen widerspiegelten. Die deutschen Angeklagten wurden u. a. auch auf Grund dieser „Dokumente“ verurteilt.

Bei allen „Schlüsseldokumenten“ des IMT über Hitlers interne Ansprachen sind Herkunft, Echtheit, Inhalt, Datum derart umstritten, daß jeder objektive Gutachter diese „Dokumente“ von vornherein — sofort nach „Auffinden“ im Jahre 1945 — als Fälschung oder Verfälschung hätte zurückweisen müssen, was z. T. in diplomatisch vorsichtiger Form bereits vor dem Nürnberger Tribunal geschehen ist. Obgleich die Siegermächte 1945 die Akten der Reichsregierung beschlagnahmt, unter eigener Regie verwaltet und ausgewertet, neutralen Kommissionen jeden Einblick verwehrt und der Verteidigung in Nürnberg Herkunftsnachweise für zweifelhafte Schriftstücke vielfach verweigert haben, hinderte dies die „Historiker“ nicht, kritiklos zu übernehmen und zu verbreiten, was das IMT als Anklage-„dokument“ verwertet, in seinen „Dokumenten“-Bänden aufgenommen und als „aus erbeuteten deutschen Akten stammend“ ausgegeben hat, unabhängig davon, ob dies stimmt oder nicht. Aus diesem Grund haben die „Schlüsseldokumente“ eine derartige Publizität erlangt, daß sich der um Objektivität bemühte Historiker mit ihnen auseinandersetzen muß.

Das erste dieser „Schlüsseldokumente“ ist das sogenannte „Hoßbach-Protokoll“.

Das „Hoßbach-Protokoll"

Hitlers Ansprache vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 5. 11. 1937

Das sogenannte „Protokoll“ ist weder im Original noch als Abschrift greifbar oder greifbar gewesen[1]). Es existiert lediglich die Fotokopie einer Schreibmaschinen-Abschrift, die ohne Unterschrift im Jahre 1945 den Amerikanern aus privater Hand (Quelle blieb unbekannt) zugeschoben worden ist. Diese Fotokopie gilt seitdem der Wahrheit zuwider als „in den Archiven der deutschen Regierung aufbewahrt und auch dort erbeutet“. Diese Fotokopie wurde zum Anklagedokument aufgewertet und erhielt die Signatur „386 PS-Beweisstück US 25“[2]).

---

[1]) G. Meinck „Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933—1937“ S. 236.
[2]) Festschrift für Herbert Kraus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte“ hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis S. 445. Beitrag v. H. G. Seraphim „Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung“.

Der „Protokollant“ Oberst Hoßbach, Angehöriger des Widerstandes gegen Hitler, steht nach eigener Angabe „nicht für jedes Wort ein“ und hat sich geweigert, die von der IMT-Anklagebehörde vorgelegte „Fotokopie der Schreibmaschinenabschrift“ — PS 386 — als identisch mit seiner originalen handschriftlichen Aufzeichnung zu beglaubigen[1]). Er erklärte als Zeuge im IMT-Prozeß:

> „Auf welche Weise eine oder mehrere Schreibmaschinenabschriften meiner einmaligen handschriftlichen Niederschrift zustande gekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.“[3])

Die Öffentlichkeit weiß es heute noch nicht. Tatsache ist, daß offiziell kein Protokoll geführt worden ist und daß Oberst Hoßbach erst fünf Tage nach der Besprechung die Ausführungen Hitlers aus dem Gedächtnis handschriftlich aufgezeichnet hat. Aus welchem Grunde er dies tat, blieb ungeklärt; einen Auftrag hatte er nicht. Hoßbach konnte nicht stenographieren, er hatte auch keine Notizen während der Besprechung gemacht und war somit zu einer wortgetreuen und vollinhaltlichen Wiedergabe der Sitzung nicht in der Lage. Er blieb auf sein Gedächtnis angewiesen, wie er in seiner eidesstattlichen Erklärung vom 18. 6. 1946 selbst bekannte[4]). Diese „sinngemäße Niederschrift“ ist um so zweifelhafter, als bereits am gleichen 5. 11. 1937 Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskriegsminister v. Blomberg und dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, darüber bestanden, was Hitler eigentlich gesagt und gewollt hat[5]). Die Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Marine, Göring und Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, waren bereits vor der Besprechung darüber informiert worden, daß Hitler lediglich die Mängel der Heeresrüstung energischer beheben wollte[6]). Der Generaloberst und spätere Generalfeldmarschall v. Brauchitsch hat von der Unterredung überhaupt erst in Nürnberg 1945 erfahren[7]). Weder der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Beck, noch der Oberbefehlshaber des Heeres (bis 1938), Generaloberst v. Fritsch hatten diese Unterredung für gewichtig genug gehalten, um v. Brauchitsch als nachfolgenden Oberbefehlshaber des Heeres davon zu unterrichten[8]). Ein nachträgliches Aufbauschen der Bedeutung dieser Unterredung wird allein schon hierdurch unglaubwürdig.

---

[3]) IMT Bd. XLII S. 228 ff.

[4]) IMT Bd. XXI S. 422.
In seinem Buch „Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg“ S. 28 erwähnt Hoßbach in Widerspruch zu seiner IMT-Erklärung, daß er sich während der Sitzung Notizen gemacht habe.
Desgleichen in seinem Buch „Zwischen Wehrmacht und Hitler“ S. 217 f.

[5]) IMT Bd. XXVIII S. 355 Dok. PS-1780.

[6]) IMT Bd. XIV S. 44 ff.

[7]) IMT Bd. XX S. 620.

[8]) P. Bor „Gespräche mit Halder“ S. 113.

Die Ausführungen Hitlers beruhen auf hypothetischen Erwägungen, die aus einem eventuellen Krieg zwischen Großbritannien und Italien für eine deutsche Politik erwachsen könnten. Von der Planung eines Angriffskrieges oder gar eines Weltkrieges war keine Rede. Daher konnte auch den Oberbefehlshabern keine Entscheidung für ein derartiges Ziel auferlegt worden sein. Ein konkreter Plan wurde weder angeregt noch entworfen. Nicht einmal die außenpolitischen Richtlinien für die kommenden Jahre wurden festgelegt, sondern lediglich Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und Reaktionen hierauf angedeutet.

Im übrigen hatte Reichskriegsminister v. Blomberg die Initiative für diese Besprechung ergriffen, „um Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskriegsminister und dem Beauftragten des 4-Jahres-Planes hinsichtlich der Zuteilung von Rohstoffen an die drei Wehrmachtteile zur Entscheidung Hitlers zu bringen“[9]). Die Behauptung, daß Hitler diesen Anlaß und dieses Gremium (v. Blomberg, v. Fritsch, Raeder, Göring, Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath)[10]) für „testamentarische Hinterlassenschaften“ gewählt habe, ist nicht überzeugend. Der vom IMT vorgelegten Fotokopie zufolge soll Hitler einleitend die Anwesenden gebeten haben, seine Ausführungen als „testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen“. Es ist jedoch sinnwidrig, daß sich Hitler, der sich nur einiger Notizen bediente, ausgerechnet den Kreis der fünf (einschließlich Hoßbach sechs) Anwesenden ausgesucht haben sollte — nicht einmal seinen Stellvertreter Rudolf Heß —, um ihnen ohne schriftliche Fixierung ein „Vermächtnis“ zu übermitteln, das auf wesentliche Fragen noch nicht einmal eine Antwort vorsah. Hermann Göring:

> „Soweit das Wort ‚Testament‘ gebraucht worden ist, widerspricht dieses völlig der Auffassung des Führers.“[11])

Gleichermaßen sinnwidrig dem ausgewiesenen Inhalt nach ist, daß Hitler zweimal abgelehnt hat, Hoßbachs Aufzeichnungen zu unterzeichnen, da er „vorderhand keine Zeit habe“[12]).

Ferner finden sich — in auffallendem Gleichklang — sowohl im „Hoßbach-Protokoll“ als auch in anderen „Schlüsseldokumenten“ Zusammenhänge, die zur Zeit der betreffenden Konferenz noch gar nicht vorlagen, sondern sich erst später ergeben haben: Wenn hier im „Hoßbach-Protokoll“ z. B. unterstellt wird, Hitler habe davon gesprochen,

---

[9]) F. Hoßbach „Zwischen Wehrmacht und Hitler“ S. 137.
[10]) Oberst i. G. Hoßbach war in seiner Eigenschaft als Generaladjutant Hitlers ebenfalls anwesend.
[11]) IMT Bd. IX S. 344.
[12]) F. Hoßbach „Zwischen Wehrmacht und Hitler“ S. 219.

daß sich eine französische Offensive voraussichtlich an unseren Westbefestigungen festlaufen werde, so hätte er so etwas erst nach der Fertigstellung des Westwalles sagen können. Der Bau dieses Westwalles, der zwar schon 1936 eingeleitet und 1937 mit einer Laufzeit von 12 Jahren begonnen wurde, sollte jedoch erst auf Grund der tschechischen Mobilmachung im Mai 1938 beschleunigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte von einem Schutzwall noch keine Rede sein[13]).

Ein weiteres Kennzeichen für die Fälschung dieser Fotokopie ist darin zu erblicken, daß sie inhaltlich nicht mit der ohnehin von keinem Regierungsmitglied gekannten, geschweige denn gegengezeichneten Originalniederschrift identisch sein kann, weil sie, abgesehen von der entstellten Wiedergabe und einigen erfundenen Zusätzen, auch noch inhaltlich gekürzt ist. So fehlt z. B. die Debatte zwischen Göring, v. Blomberg und v. Fritsch.

> „Warum hielt Hitler die Konferenz ab? Diese Frage wurde in Nürnberg nicht gestellt. Sie wurde auch nicht von den Historikern gestellt. . . .
>
> Diese Konferenz am 5. 11. 1937 war eine seltsame Versammlung. Nur Göring war ein Nazi. Die anderen waren Konservative alten Stils, die in ihrem Amt geblieben waren, um Hitler unter Kontrolle zu halten. Alle, mit Ausnahme von Raeder, sollten innerhalb von drei Monaten von ihren Posten entlassen werden. Hitler wußte, daß alle, mit Ausnahme von Göring, seine Opponenten waren. . . .
>
> Warum offenbarte er seine inneren Gedanken Männern, denen er mißtraute und die er kurz darauf entlassen sollte? Diese Frage hat eine einfache Antwort: er offenbarte nicht seine inneren Gedanken. Es gab keine außenpolitische Krise, die eine breite Diskussion oder klärende Entscheidung herausgefordert hätte. Die Konferenz war ein Manöver in inneren Angelegenheiten."[14])

Aus dieser Analyse ist ersichtlich: Das sogenannte „Hoßbach-Protokoll" liefert keinen Nachweis dafür, daß Hitler eine „Verschwörung gegen den Frieden" geplant hat; es ist im Gegenteil ein Musterbeispiel dafür, wie die Nachkriegs-„Justiz" und ihre Propaganda-„Historiker" gezwungen waren, auf Niederschriften von deutschen Widerständlern zurückzugreifen und diese noch zu verfälschen und aufzubauschen, um einer solchen Anklage einen Schein des Rechts geben zu können.

---

[13]) B. Müller-Hillebrand „Das Heer 1933—1945" Bd. I S. 39.

[14]) A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War" S. 133.
vgl. W. Bross „Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses" S. 188 — Zweck des Vortrages sei gewesen, „den Generalen etwas Dampf unter die Hosen zu machen, da sie noch allzu sehr im engen Denken des 100 000-Mann-Heeres befangen waren. Sie kannten ja nur die Verteidigung, hinhaltenden Widerstand, Einhalten der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und Abwarten, was der Völkerbund bei einem Angriff eines Nachbarn machen würde."

Hitlers Ansprache vor der deutschen Presse am 10. 11. 1938

Der nach dem Krieg ausgewiesene Inhalt dieser Rede Hitlers, der zwar nicht dem IMT-Nürnberg 1945/46 vorlag, sondern erst später „entdeckt“ wurde, jedoch zeitlich und inhaltlich in den hier behandelten Zusammenhang gehört, wird gleichermaßen als „Nachweis“ für Hitlers langjährige Kriegsplanung ausgegeben. Es finden sich dort u. a. folgende Aussagen:

> „Wir haben uns dabei einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda... erreichen wollen... Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden....
>
> Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen....
>
> Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete....
> Es (das deutsche Volk) muß lernen, so fanatisch an den Endsieg zu glauben....“[1])

Dieses „Dokument“ ist womöglich noch fragwürdiger als das „Hoßbach-Protokoll“. Abgesehen von der Widersinnigkeit, ein ganzes Jahr vor dem angeblich geplanten Schlag der Presse eigene Kriegsabsichten bekanntzugeben — ein Entschluß zur Aggression wird doch allgemein geheimgehalten! —, gab es damals in der gesamten Auslandspresse keinen Hinweis auf diese Rede und in der Inlandspresse keine provozierenden Aufsätze. Da offenbar die gesamte deutsche Presse diese Führerrede als gemäßigt aufgefaßt und in diesem Sinn ausgewertet hatte, wird jeder nachträgliche Versuch, sie als Beweis für Hitlers Kriegswillen zu deuten, von vornherein entwertet. Ein Hinweis auf die Darlegungen des „Instituts für Zeitgeschichte“ (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, 1958, S. 175 ff), in denen zugegeben wird, daß die Tonaufnahme dieser Rede (die einzige greifbare Unterlage) weder von der physikalischen Substanz noch von der Sprache her als authentisch nachgewiesen werden konnte und daß die vorliegende Platte überhaupt nur einen Teil der angeblichen Rede umfaßte, erübrigt sich.

---

[1]) H. A. Jacobsen „1939—1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten“ S. 91.

Hitlers Ansprache vor den höheren Offizieren der Wehrmacht am 23. 5. 1939

Großadmiral Raeder bezeichnete dieses angebliche „Dokument“ 079-L. IMT Bd. XXXVII, S. 546 ff, das sogenannte „Schmundt-Protokoll“, als die „unklarste Urkunde über eine Rede Hitlers, die überhaupt vorhanden sei, da ein großer Teil der Ausführungen überhaupt keinen Sinn habe“[1]). Dieses vom IMT als „aus den erbeuteten deutschen Akten stammendes Dokument“ ausgegebene Blatt Papier (Deckblatt mit 15 angehefteten Seiten) trägt mit Ausnahme „Chef-Sache. Nur durch Offizier“ keinen Kopfdruck, kein Datum, keinen Geheimvermerk, keine Gegenzeichnung. Es ist in Schreibmaschinenschrift „sinngemäß“ abgefaßt und enthält Verbesserungen in Tintenschrift, die zu einem nicht bestimmbaren Zeitpunkt eingefügt worden sind, — nicht von der Hand Schmundts! Schmundt erlag am 1. 10. 1944 seinen beim Attentat vom 20. Juli erlittenen Verletzungen; die Echtheit seiner Unterschrift ist nicht nachprüfbar. Das „Dokument“ ist nicht in das Geheimjournal eingetragen worden, obwohl das für eine „Chef-Sache. Nur durch Offizier“ unerläßlich gewesen wäre. Außerdem fehlt die Angabe der Zahl der Ausfertigungen. Das angebliche „Dokument“ trieft von Widersprüchen, besteht aus thematisch zusammenhanglosen Aussagen und enthält absolut unbekannte politische Zielsetzungen.

Widersprüche:

Auf der Anwesenheitsliste sind u. a. Göring und Oberst Warlimont aufgeführt;

1. Feldmarschall Milch hat Görings Anwesenheit energisch bestritten, da er als Görings Stellvertreter in die Reichskanzlei geschickt worden sei. Göring konnte zu dieser Frage mit Sicherheit keine Auskunft mehr geben.
2. Die Teilnahme Warlimonts muß als unzutreffend erscheinen.

   Geladen waren die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile (v. Brauchitsch, Göring, Raeder), der Chef OKW (Keitel) und deren Generalstabschefs (Halder, Jeschonnek, Schniewindt), der Staatssekretär der Luftfahrt (Milch), der Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler und die einzelnen Wehrmachtsadjutanten. Warlimont dagegen war Abteilungschef im Wehrmachtsführungsamt des OKW. Da sein Chef (Keitel) anwesend war, erübrigte sich schon aus diesem Grund die Teilnahme Warlimonts. Sowohl Warlimont selbst

[1]) IMT Bd. XIV, S. 47.

als auch alle anderen Zeugen bestritten seine Teilnahme an der Besprechung. Warlimont hat auch noch nicht einmal nachträglich etwas von dieser Besprechung erfahren. Hitlers angebliche Äußerungen sind sogar der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtsführungsamt nicht bekannt gemacht worden[2]).

Hitler soll dem „Schmundt-Protokoll" zufolge von der Notwendigkeit gesprochen haben, sich auf einen Krieg von 15—20 Jahren Dauer einzurichten und einen planmäßigen Angriff vorzubereiten. (In Wirklichkeit hatte er — und dies kommt an anderen Passagen des vorgelegten „Dokumentes" auch zur Sprache — die auf die Jahre 1943/45 abgestellten spärlichen Rüstungsprogramme unverändert beibehalten, sich nachgewiesenermaßen ständig um eine unbedingte Begrenzung eines eventuellen Konfliktes bemüht und sogar nach dem Frankreichfeldzug eine Demobilisierung eingeleitet).

„Das Problem Polen ist von der Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zu trennen".

„Es dürfe nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit Ost und West kommen".

„Wenn sich wegen Polen eine Auseinandersetzung mit England ergebe, dann müsse der Kampf schwergewichtlich gegen England und Frankreich geführt und auch Holland blitzartig angegriffen werden" oder wörtlich: „... ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen".

„Man dürfe nicht wegen Polen in einen Zweifrontenkrieg hineinschliddern".

„England ist der Motor, der gegen Deutschland treibt".

> „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung sowie die Lösung des Baltikum-Problems. Lebensmittelversorgung ist nur von dort möglich, wo geringe Besiedlung herrscht....
> Die Bevölkerung nicht-deutscher Gebiete tut keinen Waffendienst und steht zur Arbeitsleistung zur Verfügung...."[3])

Abgesehen davon, daß die undefinierbare und nicht spezifizierte Formel „Lösung des Problems" in diesem „Dokument" zu oft verwendet wird, um noch glaubhaft zu erscheinen, setzen die soeben zitierten Äußerungen den Gedanken voraus, daß Deutschland einen Krieg im Westen anzetteln wollte — was für die deutsche Außenpolitik absolut unzutreffend war. An anderen Stellen heißt es dann auf einmal: „Es bleibt der

[2]) W. Warlimont „Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939—1945" S. 37 u. 46.

[3]) H. A. Jacobsen „1939—1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten" S. 93.

Entschluß, Polen bei erster passender Gelegenheit anzugreifen"; — einen solchen Entschluß gab es überhaupt nicht! Der spätere Angriffsbefehl Hitlers vom 31. 8. 1939 hatte — wie bereits ausgeführt — nichts mit der Absicht zu tun, Polen „bei erster Gelegenheit" zu überfallen.

> „Ziel ist immer, England auf die Knie zu zwingen....
> Das ist das Angriffsprogramm....
> Gründung eines Studienstabes beim OKW zum Zwecke der Geheimhaltung...."

Wenn man Hitler unterstellt, er habe vorher schon jenen Leuten sein „Angriffsprogramm" offenbart, vor denen er es durch den zu bildenden Studienstab habe verbergen wollen, und er habe diesen selben Leuten am 22. 8. 1939 das gleiche „Angriffsprogramm" noch einmal im einzelnen erläutert und noch dazu in einem agitatorischen Kauderwelsch, so ist die Widersinnigkeit solcher „Ansprachen" evident — und damit die Fälschung dieser Niederschriften.

Historiker Michael Freund schreibt zu diesem „Protokoll":

> „Als eine genaue Niederschrift der Rede kann das Protokoll nicht gelten. Auch ist keineswegs sicher, daß Hitler während dieser Konferenz seine wirklichen Absichten und Ideen mitteilen wollte. Einiges ist offenkundig nur so dahingeredet worden."[4])

Dennoch spricht Freund diesem Schriftstück „den Eindruck der Glaubwürdigkeit" zu. Welche unwissenschaftliche Bewertung aus der Feder eines Historikers!

In dieser Besprechung, über die eine einwandfreie Wiedergabe nicht vorliegt, wurden wiederum nur die Alternativen theoretisch aufgezeigt, die sich bei einem eventuellen Kriegswillen Englands, Frankreichs und Polens für die deutsche Politik ergeben. Da auch bei dieser Besprechung kein Protokoll geführt und kein Verteiler vorgesehen war, stellen die Ausführungen über die Lage keine Führerentscheidung dar. Die Besprechung hatte den Zweck, einen Studienstab beim OKW (Oberkommando der Wehrmacht) zu gründen, „der den Führer zu unterrichten habe". Ihm wurde aufgetragen, alle möglichen militärischen Eventualsituationen zu „studieren", um ihnen militärisch erfolgversprechend begegnen zu können, — so wie es jede Armeeführung der Welt zu tun pflegt. Nicht einmal aus dem „Dokument" 079-L — IMT, Bd. XXXVII, S. 546 — ist zu entnehmen, daß diesem Studienstab eine militärische Definitiventscheidung zur operativen Ausarbeitung aufgetragen worden wäre. Allenfalls aus einer solchen könnte auf „Kriegswillen" geschlossen werden. Reichsaußenminister v. Ribbentrop erklärte vor dem IMT-Nürnberg:

---

[4]) M. Freund „Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 348.

„Hitler hat mir wiederholt gesagt, mit dem Militär müsse man so sprechen, als ob morgen, da oder dort, der Krieg ausbrechen würde.“[5])

Dennoch hatte der damalige Generaloberst Keitel diese Konferenz am 23. 5. 1939 in der Überzeugung verlassen, daß es 1939 keinen Krieg geben werde[6]). Und er stand mit dieser Auffassung nicht allein. Nur als Beispiel: Generalfeldmarschall v. Brauchitsch zitierte vor dem IMT-Nürnberg Hitlers Worte in dieser Konferenz:

„Ich müßte ein Idiot sein, wenn ich wegen Polen in einen Krieg schliddern würde wie die Unfähigen vom Jahre 1914.“[7])

Oder:

„— und wenn Hitler dabei auf die Bemerkung des Feldmarschalls Milch, daß die Produktion an schweren Bomben für den Fall eines Krieges völlig unzulänglich sei und umgehend vermehrt werden müsse, antwortete, solche Maßnahmen hätten noch Zeit, so mußten die militärischen Führer daraus schließen, daß Hitler die militärischen Vorbereitungen nur zur Unterstützung der eingeleiteten politischen Maßnahmen getroffen habe, daß er es aber auf einen bewaffneten Konflikt mit Polen keinesfalls ankommen lassen würde.“[8])

Doch solche Aussagen enthielt das vorgelegte „Dokument“ natürlich nicht. Folglich können es keine „Protokolle“, keine sachgerechten Niederschriften sein.

Weitere Widersprüche:

Eine Reihe von angeblichen Äußerungen können nicht gefallen sein, weil sie

a) den damaligen Gegebenheiten widersprachen,

b) sich nachweislich auf spätere Ereignisse beziehen.

Zu a) Wie sollte Hitler unterstrichen haben, daß er sich „daher den endgültigen Befehl zum Losschlagen vorbehalten“ werde, da doch ohnehin niemand anders als er selber für einen solchen Befehl zuständig gewesen wäre und er keine einen „Angriff“ vorbereitenden Weisungen erteilt hatte?

„Zu Rußland sind wirtschaftliche Beziehungen nur möglich, wenn politische Beziehungen sich gebessert haben“. — In Wirklichkeit stand Hitler zum Zeitpunkt der Besprechung einer politischen Annäherung

---

[5]) IMT Bd. X S. 406/407.

[6]) IMT Bd. X S. 577.

[7]) IMT Bd. XX S. 623.
Bei Laternser „Verteidigung deutscher Soldaten“ S. 29 sind Hitlers Worte wie folgt zitiert:
„Ich müßte ein Idiot sein, wenn ich wegen der lausigen Korridorfrage in einen Weltkrieg hineinschliddern würde wie die unfähigen Männer des Jahres 1914.“

[8]) H. Laternser „Verteidigung deutscher Soldaten“ S. 29.

an die UdSSR noch sehr reserviert gegenüber, während Wirtschaftsverbindungen mit Moskau (betreffend die tschechischen Verbindlichkeiten) damals bereits vorhanden waren, und deutscherseits ab 30. Mai 1939 die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen angeregt wurden.

Zu b) Nachgewiesenermaßen hatte Hitler keine Angriffsabsichten gegen den Westen. — Das „Schmundt-Protokoll“ aber versucht gerade, diese besonders deutlich zu machen unter Hervorhebung Englands und Bagatellisierung der französischen Macht. —

„Das deutsche Heer verblutet nicht zu Land“. — Dieser Satz ist sinnwidrig für die Situation im Mai 1939, erscheint möglich hingegen für die Zeit nach dem Frankreichfeldzug im Juni 1940.

Gleichermaßen verhält es sich mit den Angaben über die taktischen Operationen der italienischen Armee gegen Frankreich: „Für Italien bleibt der Durchbruch durch die Maginot-Linie bestehen, der zu studieren ist. Der Führer hält den Durchbruch für möglich.“ — Da Hitler keinen Krieg gegen den Westen vorbereitet hat und einen eventuell möglichen Konflikt mit Polen — auch unter Ausschluß Italiens — zu lokalisieren bestrebt war, da ferner sowohl Mussolini als auch Hitler um die mangelhafte Kriegsvorbereitung Italiens gewußt haben — ist ein solcher Ausspruch Hitlers im Mai 1939 sinnwidrig. Erst für Juni 1940 wäre er denkbar.

Weitere Darlegungen dieser Art, die in diesem „Protokoll“ enthalten sind, erübrigen sich hier. Bei quellenkritischer Untersuchung dieses „Dokumentes“ kommt man zu einem vernichtenden Urteil über den historischen Aussagewert. Auch dem Vorsitzenden des IMT muß dies bewußt gewesen sein, entzog er doch in Erfüllung seines politischen Auftrages dem Beteiligten bei dieser Besprechung, Großadmiral Raeder, das Wort, als dieser die Widersprüchlichkeit und Unsinnigkeit dieser „Urkunde“ — „Dok. 079-L“ — aufzeigen wollte. — Seitdem hält es offenbar kein Publizist und Historiker für notwendig, dort fortzufahren, wo Großadmiral Raeder unterbrochen wurde.

Hitlers Ansprache vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22. 8. 1939

Dem IMT-Nürnberg lagen drei verschiedene Unterlagen über diese Besprechung vor:

1. Bd. XLI, S. 16—25, Dok. Raeder 27 (gez. Böhm)
2. Bd. XXVI, S. 338, Dok. 798-PS
3. Bd. XXVI, S. 523, Dok. 1014-PS („Zweite Ansprache")

Die „Dokumente" 798-PS und 1014-PS sind auf ein und demselben Papier mit derselben Schreibmaschine geschrieben, haben keinen Kopf, keinen Geheimvermerk, kein Datum, keine Namensnennung der Anwesenden, keine Unterschrift. Die Anklagevertretung hat auch späterhin nicht den erbetenen Herkunftsnachweis erbracht.

Es wurde behauptet[1]), diese „beiden Stücke Papier" seien den erbeuteten deutschen Akten entnommen worden. Träfe dies zu, so müßten sie formkorrekt sein, was nicht der Fall ist. Da nachgewiesenermaßen auch bei dieser Besprechung kein Protokoll geführt worden ist, konnten die deutschen Akten keine solche Niederschrift enthalten. Dieser Tatbestand erweist zudem, daß diese Besprechung Hitlers keinen programmatischen Charakter hatte und nicht Grundlage einer Entscheidung war. — Schon daraus ergeben sich Widersprüche.

„Dok. 1014-PS" ist überschrieben mit „Zweite Ansprache des Führers am 22. 8. 1939". Es ist Tatsache, daß Hitler am 22. 8. 1939 nur e i n e Rede gehalten hat, die lediglich durch eine Frühstückspause auf dem Berghof unterbrochen worden war. Auch Mr. Dodd von der IMT-Anklagevertretung mußte zugeben[1]), daß es sich trotz der anderslautenden Überschrift um ein und dieselbe Rede handelt. Die beiden ungezeichneten Niederschriften sind nicht nur mit derselben Schreibmaschine geschrieben und im gleichen Stil verfaßt worden, sondern sie verwenden auch beide die „Ich"-Form. Hitler selbst aber kann nicht der Verfasser sein, da er eine Maschine mit besonderen Typen verwenden ließ und da es auch gar nicht in seinem Interesse gelegen hätte, entgegen seiner Gewohnheit der Nachwelt ausgerechnet „blutdürstige Ausdrücke" schriftlich zu fixieren. Der Schlußsatz „Göring antwortet mit Dank an den Führer und der Versicherung, daß die Wehrmacht ihre Pflicht tun wird" durchbricht den Stil der „Ich"-Form und gibt zu erkennen, daß

---

[1]) IMT Bd. XIV S. 76 und 77.

weder Hitler noch ein anderer Teilnehmer dieser Besprechung die Niederschrift verfaßt haben kann, denn ein Protokollant hätte niemals die „Ich"-Form wählen können.

Es bedurfte am 22. 8. 1939 keiner Loyalitätserklärung der Wehrmachtsführung. Die Herkunft dieser „Ich"-Form ist mit großer Wahrscheinlichkeit bei dem Verfasser der schon am 23. 8. 1939 der britischen Botschaft in Berlin zugeleiteten „Niederschrift" über diese Besprechung zu suchen. Auch dort ist des drastischeren Eindrucks wegen diese „Ich"-Form verwandt worden, wobei es sich bei den Aussagen um primitivste Banalitäten handelt (siehe Ende dieses Kapitels).

Der vorgelegten Niederschrift — Dok. 798-PS — zufolge hatte Hitler seine Rede damit eingeleitet, er wolle eine politische Lageübersicht geben, „damit Sie Einblick tun in die einzelnen Elemente, auf die sich mein Entschluß zu handeln aufbaut ..." ... „Danach werden wir militärische Einzelheiten besprechen". — Alle überlebenden Zeugen erklärten, daß militärische Einzelheiten weder vorgesehen noch besprochen worden sind. So sind auch keine Unterlagen über solche Besprechungen gefunden worden. Im übrigen war auch die Führerbesprechung — entgegen den vorgelegten „Dokumenten" — keine Zusammenkunft, auf der „ein Entschluß zu handeln" gefaßt werden sollte oder gefaßt worden ist. Nichts wurde auf dieser Konferenz entschieden, was politische oder militärische Bedeutung hätte.

Obgleich auch die Niederschrift „Dok. 1014-PS" ohne Einleitung, ohne Unterschrift, ohne Datum usw. und auch viel zu kurz ist, um eine Rede Hitlers wiederzugeben, und obgleich ihr Inhalt sinnwidrig, widerspruchsvoll und zusammenhanglos ist, wurden auch diese beiden „Stücke Papier" als „Dokument" gewertet. Der Verteidiger von Großadmiral Raeder, Dr. Siemers, erklärte hierzu:

> „In diesem Dokument sind die schwerwiegendsten Worte von der Anklage während der 5 oder 6 Monate immer wieder wiederholt worden, und zwar die Worte:
>
> > ‚Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie'.
>
> Diese Worte sind nicht gesprochen worden, und ein solches Kriegsziel hätten sich die deutschen Oberbefehlshaber nicht gefallen lassen; deshalb ist es wichtig, festzustellen, ob diese Urkunde echt ist. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß noch eine dritte Fassung dieser Rede seinerzeit hier im Gerichtssaal erwähnt wurde, und zwar die Fassung L-3, die noch viel schlimmer ist als diese und die in der gesamten Weltöffentlichkeit in die Presse gekommen ist. Wo man auch jemanden sprach, wurde einem diese groteske, brutale Rede vorgehalten, und daher glaube ich, liegt es im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, daß festgestellt wird, ob Hitler in dieser entsetzlichen Weise seinerzeit ge-

sprochen hat. Tatsächlich, was ich ohne weiteres zugebe, hat er viele Wendungen benutzt, die scharf sind, er hat aber nicht solche Worte benutzt, und das ist für das Ansehen der Befehlshaber, die zugegen waren, von ganz ungeheuerer Bedeutung. Ich weise noch auf die nächsten Worte hin, wo ausdrücklich steht:

‚Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen'.

Solche Worte sind nicht benutzt worden."[2])

Darauf Sir David Maxwell-Fyfe als Anklagevertreter:

„Wir können zur Entscheidung der Frage der Zulässigkeit des Dokumentes keine bis ins einzelne gehenden Vergleiche anstellen."

Vorsitzender:

„Es ist ein Dokument in deutscher Sprache, das mit anderen deutschen Dokumenten erbeutet worden ist.... Der Antrag, Dok. 1014-PS aus dem Protokoll zu streichen, wird abgelehnt!"

Großadmiral Raeder:

„Ausdrücke wie ‚Schweinehund' („Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt") pflegte Hitler nicht zu gebrauchen; sie sind bestimmt nicht gefallen."[3])

Generaladmiral Hermann Böhm versicherte vor dem IMT in einer eidesstattlichen Erklärung, daß weder der Satz hinsichtlich des Vermittlungsvorschlags noch hinsichtlich der Zerstörung der Vormachtstellung Englands gesprochen worden sei. Es handele sich um glatte Erfindungen, ebenso wie das Wort „Schweinehund"[4]).

Generalfeldmarschall Erich von Manstein:

„Über die Ansprache Hitlers bei dieser Gelegenheit sind in dem Nürnberger Prozeß gegen den Generalstab verschiedene sogenannte „Dokumente" von der Anklage vorgelegt worden....

An all dem ist nichts Wahres. Auch die angebliche Redewendung Hitlers, er habe nur ‚Angst, daß ihm im letzten Moment irgendein Schweinehund mit einem Vermittlungsvorschlag komme', ist bei dieser Gelegenheit nicht gefallen."[5])

---

[2]) IMT Bd. XIV S. 56.

Die Terminologie „Vernichtung . . . (des Gegners) im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie"

entsprach wortgetreu Churchills Kriegskonzeption von 1939 an und war offenbar den Fälschern deutscher Akten so geläufig, daß sie diese ohne Nuancierungsunterschied der deutschen Führung unterstellten, ohne einzukalkulieren, daß derart „billige" Machenschaften auffallen müssen.

Von Churchills Kriegskonzeption freilich war in Nürnberg 1945/46 keine Rede.

[3]) IMT Bd. XIV S. 59.

E. Raeder „Mein Leben" Bd. 2 S. 165—167.

[4]) IMT Bd. VII S. 445—447 und Bd. XVIII S. 437.

[5]) E. v. Manstein „Verlorene Siege" S. 19.

Großadmiral Raeder bezeichnete die „Fassung Böhm“ (Dok. Raeder 27), die ihrerseits auch kein Protokoll darstellt und auch nicht gegengezeichnet ist, als „diejenige von den drei Fassungen, die der Wirklichkeit am nächsten kommt“[3]).

Sind Herkunft und Inhalt der „Dok. 798-PS und 1014-PS“ bereits dilettantisch verschleiert bzw. verfälscht, so zeigen Vergleiche mit der Niederschrift Böhm (Dok. Raeder 27), wie die „sinngemäßen Wiedergaben“ durch Auslassen wichtiger Gedanken und durch unbekannte Züsätze derart sinnentstellend formuliert sind, daß die Absicht zu deutlich wird, hier endlich einmal ein „Dokument“ vorweisen zu können, das die Thesen der alliierten Kriegspropaganda faustdick bestätigt: die Thesen von der unprovozierten „Verschwörung gegen den Weltfrieden“. Zwei Vergleiche als Beispiel;

1. Dok. Raeder 27 (gez. Böhm):

> „Ansicht noch im Frühjahr war, die Lösung der polnischen Frage auf Eis zu legen, um erst die nach seiner Ansicht unvermeidbare Auseinandersetzung im Westen auszutragen. Jedoch darf man sich als Politiker hinsichtlich einer Zeitfolge nicht festlegen, müsse elastisch sein. Die Voraussetzungen für seine ursprünglichen Absichten hätten sich geändert. Im übrigen habe er nie geglaubt, daß Polen sich an den Nichtangriffspakt gehalten hätte, wenn Deutschland irgendwie sonst gebunden wäre. Das zeigen schon die Landkarte (gemeint ist die in Polen 1939 verbreitete Landkarte mit den polnischen Westgrenzen an der Elbe), besonders aber die Presse der letzten Zeiten, die das tiefste Denken der Polen enthüllt.“[6])

Großadmiral Raeder rügt den Ausdruck „unvermeidbare Auseinandersetzung“ und erklärt:

> „Ich spreche hier von drohender Auseinandersetzung. Eine drohende Auseinandersetzung ist etwas, was man nicht gerade erstrebt, sondern was man eher befürchtet.“[7])

Dok. 798-PS macht daraus:

> „Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen. Dieser mir sympathische Plan war aber nicht durchführbar, da sich Wesentliches geändert hatte. Es wurde mir klar, daß bei einer Auseinandersetzung mit dem Westen Polen uns angreifen würde.“

Generaladmiral Böhm hat am 13. 6. 1946 in einer eidesstattlichen Erklärung mit Nachdruck unterstrichen — und seine Aussage wird von allen historischen Nachweisen bestätigt —, daß Redewendungen, die „eine Angriffsabsicht gegen die Westmächte ausgedrückt hätten“, eben-

---

[6]) IMT Bd. XLI Raeder 27 S. 17.
[7]) IMT Bd. XIV S. 80.

sowenig gebraucht worden seien wie „Meine bisherige polnische Politik stand im Gegensatz zu der Auffassung des Volkes“, oder: „Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München“[8]).

2. Dok. Raeder 27 (gez. Böhm):

> „Die Auslösung des Konfliktes wird durch eine geeignete Propaganda erfolgen.“

Dok. 798-PS:

> „Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft.“

a) Die Aussage Dok. Raeder 27 (gez. Böhm) ist eine Feststellung im Hinblick auf eine zukünftige Eventualsituation, die das Verhalten seiner Gegner in Rechnung stellt, aber nicht auf Hitlers Initiative verweist.

b) Warum sollte Hitler belastende Aussagen einer solchen Größenordnung vor Männern machen, deren passiven Widerstand er ohnehin seit langem zu erkennen glaubte?

c) Tatsache ist, daß Hitlers Weisungen an die deutsche Presse, die doch dokumentarisch sind, vom IMT nicht als Beweismaterial hinzugezogen wurden, weil sie die Thesen dieser gefälschten „Dokumente“ eindeutig widerlegen. Erst eine solche Unterlage — definitive Führerweisung an die deutsche Presse zur propagandistischen Auslösung eines Krieges — hätte Aussagewert. Doch diese Presseweisungen blieben seit 1945 der historischen Forschung entzogen — nicht ohne Grund.

Alle Zeugen, die unter Eid zu dieser „Führerbesprechung“ aussagten, wandten sich mit mehr oder weniger scharfen Worten gegen die unterstellten Äußerungen in den vorgelegten „Dokumenten“.

Generalfeldmarschall Keitel:

> „... und nachdem Hitler gegen Ende dieser Aussprache erklärte, daß mit der Sowjetunion ein Pakt abgeschlossen sei, war ich überzeugt, daß es nun bestimmt nicht zum Krieg kommen werde, denn ich glaubte, daß unter diesen Voraussetzungen eine Verhandlungsbasis gefunden sei, daß Polen sich dem nicht aussetzen würde.“[9])

Generaladmiral Böhm:

> „Es ist nie von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes als solches gesprochen worden, sondern stets nur von dem Zerbrechen der militärischen Kräfte.“[10])

---

[8]) Festschrift für Herbert Kraus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte“ S. 451/452.

[9]) IMT Bd. X S. 578.

[10]) Festschrift für Herbert Kraus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte“ S. 452.

Generaloberst Halder, eh. Chef des Generalstabs des Heeres:

„Die Besprechung endete damit, daß Hitler sagte, Polen ist isoliert, die Verhandlungen gehen weiter....
Hier (im Kreise der anderen Teilnehmer) herrschte der Eindruck vor, der berühmte Nervenkrieg wird fortgesetzt in der günstigen Situation, die die Isolierung Polens geschaffen hat; ein Entschluß ist nicht gefallen."[11])

Generalfeldmarschall v. Leeb zum angeblichen Angriffsentschluß Hitlers:

a) in bezug auf Polen: „Nein, im Gegenteil!"

b) in bezug auf die Westmächte:

„Was wir? Wir hätten zuerst den Westen angreifen sollen? Davon weiß ich nichts."[12])

Generalfeldmarschall v. Küchler:

„Es kam ferner hinzu, daß, wie schon der Generaloberst Halder gesagt hat, diese Besprechung in vollster Öffentlichkeit stattfand, daß die Teilnehmer mit Flugzeugen, meistens mit Flugzeugen in Salzburg über München eintrafen, ganz öffentlich mit dem Auto in Uniform zum Obersalzberg hin- und zurückfuhren durch eine Gegend im August, wo großer Fremdenverkehr herrschte. Ich hielt also die ganze Sache für einen großen Bluff."[13])

Generalfeldmarschall v. Manstein:

„Als Ergebnis von Hitlers Ansprache kamen weder Generaloberst v. Rundstedt noch ich — und wohl auch kaum einer der anderen Generale — zu der Auffassung, daß es unter allen Umständen nunmehr zum Kriege kommen werde. Zwei Erwägungen schienen insbesondere zu dem Schluß zu führen, daß es in letzter Stunde doch noch — wie in München — zu einem friedlichen Ausgleich kommen werde.
Die erste Erwägung war die, daß durch den Paktabschluß mit der Sowjetunion die Lage Polens von vornherein verzweifelt geworden war. Wenn damit England mehr oder weniger die Waffe der Blockade aus der Hand geschlagen war, wenn es also tatsächlich, um Polen zu helfen, nur den blutigen Weg eines Angriffs im Westen gehen konnte, dann schien es doch wahrscheinlich, daß es — namentlich getrieben durch Frankreich — in Warschau zum Nachgeben raten werde. Ebenso mußte es Polen nunmehr klar sein, daß die britische Garantie praktisch unwirksam bleiben würde. Es mußte vielmehr damit rechnen, daß, wenn es zum Kriege gegen Deutschland kam, in seinem Rücken die Sowjets auftreten würden, um ihre alten Forderungen auf Ostpolen zu verwirklichen. Wie sollte in dieser Lage Warschau nicht doch noch nachgeben?..."

Die zweite Erwägung:

„Bisher war militärisch die Angriffsabsicht gegen Polen mit allen Mitteln getarnt worden. Die Anwesenheit von Divisionen im Grenzgebiet war mit dem Bau eines Ostwalls begründet worden. Zur Verschleierung des

---

[11]) OKW-Prozeß, Protokoll S. 1863.
[12]) ebenda S. 2415.
[13]) ebenda S. 2772.

wahren Zwecks der Truppenverschiebungen nach Ostpreußen hatte man eine riesige Tannenbergfeier vorbereitet. Vorarbeiten für große Manöver der motorisierten Verbände wurden bis zum letzten Moment fortgeführt. Der Aufmarsch erfolgte ohne offizielle Mobilmachung. So sicher es war, daß alle diese Maßnahmen den Polen nicht verborgen bleiben konnten, daß sie also durchaus dem Zweck des politischen Druckes dienten, so hatte man sie doch mit höchstem Geheimnis umgeben und alle Mittel der Täuschung angewandt. Jetzt, auf dem Höhepunkt der Krise, aber hatte Hitler sämtliche hohen Führer der Wehrmacht auf den Obersalzberg berufen, eine Tatsache, die unter gar keinen Umständen geheim bleiben konnte. Uns schien sie sozusagen der Gipfelpunkt einer bewußten Bluff-Politik zu sein. Also strebte Hitler trotz seiner kriegerischen Worte nicht doch noch einen Ausgleich an? Sollte nicht gerade diese Besprechung als letzter Druck auf Polen wirken?

Mit solchen Gedanken fuhren Generaloberst v. Rundstedt und ich jedenfalls von Berchtesgaden ab. Während ersterer in unser Hauptquartier Neiße vorausfuhr, blieb ich noch einen Tag bei meiner Familie in Liegnitz, ein Zeichen, wie wenig ich innerlich an einen unmittelbar bevorstehenden Krieg dachte."[14])

Sinnwidrig in den „Dokumenten" ist ferner, daß Hitler geäußert haben soll (Dok. 798-PS): „Eine uns vorgeschlagene Kompromißlösung hätte von uns verlangt Gesinnungsänderung und gute Gesten". — In Wirklichkeit hatte er doch seine gesamte Außenpolitik auf Kompromisse abgestellt, an den letzten Tagen des August 1939 auf die Kompromißbereitschaft der anderen gewartet und selbst zu diesem Zeitpunkt noch einen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, wohingegen weder Großbritannien noch Frankreich noch Polen je einen Kompromißvorschlag in der deutsch-polnischen Frage unterbreitet, angeregt oder auch nur geduldet hätten. Die Länder hatten sich im Gegenteil von der Politik der Kompromißbereitschaft mit Hitler kurz nach der Münchener Konferenz auf Anregung von US-Präsident Roosevelt endgültig abgekehrt.

Die angebliche Äußerung ist auch deshalb sinnwidrig, da Generalfeldmarschall Göring unmittelbar im Anschluß an diese Konferenz den schwedischen Vermittler Birger Dahlerus für seine Friedensfühler mit England erneut einschaltete und Hitler ohne Zögern zustimmte.

Alle deutschen Generale und Admirale, die über diese Besprechung aussagen konnten, lehnten eindeutig die Dok. 798-PS und Dok. 1014-PS ab und stimmten, wenn auch mit Vorbehalten, der Auffassung Dok. Raeder 27 (gez. Böhm) zu.

Es ist bezeichnend, daß die heutigen „Historiker" die „Dokumente" ohne Unterschrift als „authentische Wiedergabe" der Rede Hitlers vom

---

[14]) E. v. Manstein „Verlorene Siege" S. 20—21.

22. 8. 1939 publizieren, und zwar ohne Hinweis darauf, daß es noch eine dritte Fassung (gez. Böhm) gibt, „die der Wirklichkeit am nächsten kommt", und ohne Hinweis auf die Widersprüche und Sinnwidrigkeiten des Inhalts und ohne Hinweis auf die Stellungnahme der Beteiligten.

Bereits vor Beginn des Krieges hat die alliierte Greuelpropaganda gegen Deutschland diese Besprechung auszuschlachten versucht. Oder sollte wirklich ein Journalist des alliierten Lagers aus eigener Initiative den Ton dieser Greuelpropaganda so gut getroffen und das Thema so zielgerecht ausgewählt haben? Wer schließlich hatte ein Interesse daran, die den auswärtigen Journalisten nicht verborgene Führerbesprechung auf dem Obersalzberg für Kriegshetze zu nutzen? Fest jedenfalls steht, daß der damals in Berlin weilende Korrespondent der „Associated Press of America", Louis Lochner, am 25. 8. der britischen Botschaft in Berlin den angeblichen Inhalt dieser geheimen Führerbesprechung zureichte. Er erklärte, ein Stabs-Offizier der Wehrmacht, der die Niederschrift seinerseits von einem an der Unterredung beteiligten General erhalten habe — die Quellen sollten nicht preisgegeben werden —, habe ihm das Schriftstück übergeben. Dieses Schriftstück — sollte es etwa von einem deutschen Widerständler stammen? — fand als „Document Nr. 314" in der Dokumentensammlung der British Foreign Policy, Vol. VII, Eingang — mit der Charakterisierung des britischen Botschaftssekretärs Ogilvie-Forbes:

> „Es ist interessant und stimmt in verschiedenen Punkten mit Informationen anderer Quellen überein."

Seither also ist dieses Schriftstück ein „Dokument". Sein Inhalt ist grotesk: (gekürzt)

> „SS-Totenkopf-Divisionen werden rücksichtslos zum Töten vieler polnischer Frauen und Kinder eingesetzt. Polen wird entvölkert und mit Deutschen besiedelt. Der Pakt mit Polen diente nur dazu, Zeit zu gewinnen. Das Schicksal Rußlands werde dem Polens gleichen. Dann wird die deutsche Herrschaft über die ganze Erde hereinbrechen. Wir werden unsere Politik fortsetzen, im Fernen Osten und in Arabien Zwistigkeiten zu säen. Hoffentlich kommt mir kein Saukerl im letzten Moment mit Vorschlägen dazwischen. Er wird die Treppe hinunterfliegen, sogar dann, wenn ich ihn persönlich angesichts von Photographen in den Hintern treten sollte. Ich werde einige wenige Kompanien in polnischer Uniform in Oberschlesien oder im Protektorat angreifen lassen. Ob die Welt es glaubt, ist scheißegal. Die Welt glaubt nur an Erfolg. Für Sie, meine Herren, beginnen Ruhm und Ehre, wie es sie seit Jahrhunderten nicht gegeben hat. Seien Sie hart, ohne Mitleid, handeln Sie schneller und brutaler als die anderen. Die Bürger West-Europas müssen zittern

vor Schrecken. Ich habe die armen Würmchen Daladier und Chamberlain in München kennengelernt. . . ."

„Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring sprang auf einen Tisch, dankte blutdürstig und machte blutdürstige Versprechungen. Er tanzte wie ein wilder Mann. . . ."

Dieser Bericht zwingt zu Folgerungen:

1. Das Märchen von der Gleiwitzer Senderaffäre war bereits fabriziert, bevor ein Zwischenfall stattgefunden hatte, um den man diese Legende vom „propagandistischen Kriegsanlaß, den Hitler zu schaffen versprochen habe", ranken konnte[15]).
2. Die alliierte Kriegspropaganda war bereits im Frieden angelaufen.
3. Die Herkunft der „Ich"-Form in dem später gefälschten Bericht über diese Unterredung ist mit großer Wahrscheinlichkeit diesem damaligen Greuelprodukt entnommen.
4. Die IMT-Anklagebehörde hat sich nicht mehr mit diesem Schriftstück befaßt, weil es sogar ihr offenbar zu albern schien. Das hinderte sie jedoch nicht, die abgemilderten Schriftstücke, die als „aus den erbeuteten deutschen Akten stammend" ausgegeben wurden, als Beweis zu werten, obwohl die inhaltlichen Entlehnungen der späteren von der früheren Fälschung offensichtlich waren. Man hatte ja schließlich mehrere „Dokumente" — und die vielen „Übereinstimmungen" mußten ja den „wahren Kern" der Rede Hitlers wiedergeben! Wer würde schon die Vermutung wagen, daß das „Hohe Gericht" sich drei bzw. vier oder überhaupt gefälschter „Dokumente" bediene? So viel Unverfrorenheit konnte es doch bei den Richtern der „zivilisierten und friedliebenden Nationen" nicht geben!?

Die Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 23. 11. 1939

Auch dieses „Dokument" kennzeichnet sich selbst durch die gleichen Mängel in Form und Inhalt wie die anderen „Schlüsseldokumente" der IMT-Anklage: kein Datum, kein Kopf, keine Unterschrift, so daß auch hier für den Historiker die Voraussetzungen für eine Beweisunterlage entfallen und sich eine Stellungnahme zur Sache an sich erübrigt. Auch

[15]) Vergl. den gegenwärtigen Stand der öffentlichen Diskussion zur „Gleiwitzer Senderaffäre" in NATION EUROPA Hefte 5/1961 und 5/1963.

hier trieft es von den fadenscheinigen Thesen der alliierten Kriegspropaganda:

> „Sudetenland war von Anfang an nur eine strategische, und zwar Teillösung."
>
> „Eroberung der Rest-Tschechei nur Grundlage für die Eroberung Polens."
> „Aufbau der Wehrmacht nur auf Grund aggressiver Absichten."
> „Grundsätzlicher Entschluß, gegen Ost und West zu schlagen."
> „Verträge sind nur so lange zu halten, wie sie zweckmäßig sind."
> „Ich werde vor nichts zurückschrecken."
> „Ich will den Feind vernichten." usw.

Keine dieser Thesen ist historisch haltbar. Aus sämtlichen erbeuteten deutschen Dokumenten sind diese offensichtlich gefälschten Schriftstücke die einzigen, die derartige Aussagen enthalten. Alle echten Dokumente, die aufgefunden und sogleich der historischen Forschung entzogen, Jahre später jedoch in den ADAP veröffentlicht wurden, widerlegen diese Aussagen.

Selbst in einem Buch der Bundeszentrale für Heimatdienst wird zugestanden, daß „der uns erhaltene Text" dieser Rede „ungesichert" ist und dennoch als „Dokument" 798-PS im Band XXVI, S. 327—336 im amtlichen Text des „Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher" veröffentlicht worden ist. Als einziger Kronzeuge wird hier der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, zitiert, der im übrigen nicht mit allen unterstellten Aussagen übereinstimmt und sich ansonsten nur auf sein Gedächtnis beruft[1]). Halder war bekanntlich im Widerstand gegen Hitler tätig und einer der Initiatoren, die den Führer und Reichskanzler bereits im Jahre 1938 verhaften wollten.

> „Von den vier Dokumenten, die wir geprüft haben, haben wir vom quellenkritischen Standpunkt aus drei ablehnen und gegen das vierte Bedenken anmelden müssen. . . .
>
> Das Ergebnis ist vom geschichtlichen Standpunkt her erschütternd. Denn es zeigt sich an diesem Beispiel, daß sich von den geschichtlichen Feststellungen des Internationalen (-alliierten) Militärtribunals nichts ohne Nachprüfung übernehmen läßt. . . .
>
> Bedauerlicherweise haben das nicht alle Geschichtsschreiber erkannt. Die Folge ist der Versuch, nach Nürnberger Methoden Geschichte zu schreiben. Er und seine Ergebnisse werden ebenso abgelehnt werden müssen wie das Geschichtsbild von Nürnberg."[2])

---

[1]) E. Korsthorst „Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug" S. 109.

[2]) Festschrift für Herbert Kraus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte" S. 454.

Erkennbare Realitäten

Wer vorurteilslos die Ursachen und Anlässe des Zweiten Weltkrieges untersucht, muß erkennen, daß dieser Krieg weder von Hitler noch von anderen Staatsmännern wirklich „gewollt", planmäßig vorbereitet oder mit sinnvollen Zielvorstellungen verbunden worden ist. Gewiß liegen viele Nachweise vor, aus denen sich ergibt, daß Kriegswille in den Regierungskreisen um F. D. Roosevelt und im ganzen Jahr 1939 in England und Polen politisch und publizistisch am Werk war. Doch ein eingehendes Studium führt zu folgendem Schluß: Nicht ein Plan war maßgebend, sondern ein Zusammenwirken vieler, von einem einzelnen Menschen oder einer Regierung — auch der us-amerikanischen oder britischen — nicht abwägbarer, nicht vorausbestimmbarer Entscheidungen von unabhängig handelnden Menschen und Interessengruppen. Und diese vielen, unabhängig voneinander handelnden und von unterschiedlichen Zielvorstellungen geleiteten Menschen und Gruppen haben sich für so illusionäre, unverantwortliche, ungerechte und vernunftwidrige Ziele engagiert, daß es schwerfällt, in dem Ablauf des weltgeschichtlichen Geschehens den Plan eines Menschen oder einer Regierung zu entdecken. Im Gegenteil dürfte feststehen, daß viele Regierungen, die sich gegen Deutschland haben aufputschen lassen, überhaupt nicht überblickten, was sie taten, für wen sie es taten und welche nachteiligen Folgen ihr Handeln für sie selber nach sich ziehen mußte.

Auch heute ist weniger ein „Plan" zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu befürchten als das vernunftwidrige Handeln vieler unabhängig voneinander tätig werdender Menschen, das nicht zu koordinieren und unter Kontrolle zu bringen ist. Die ungeheuren Größenordnungen und Vernichtungsausmaße eines Weltkrieges haben jedem Menschen — auch dem Politiker! — eindringlich vor Augen geführt,
daß Krieg kein „Geschäft" mehr ist, keine Probleme löst, sondern neue, noch weitaus schwierigere Probleme schafft,
daß es keinen Gesichtspunkt gibt, der Krieg erstrebens-, wünschenswert machen könnte.
Diese Fakten gilt es bei der Analyse der Kriegsschuldfrage sowohl für die Jahre 1914 bis 1918 als auch für die Jahre 1939 bis 1945 zu berücksichtigen, aber auch für die gegenwärtige Weltlage, da ein Dritter Weltkrieg den Selbstmord aller bedeutet.

Die Angstpsychose, von mächtigen Feinden umgeben und bedroht zu sein, war das Kennzeichen der weltpolitischen Unsicherheit von gestern — und sie ist es auch heute. Jede außenpolitische Handlung der Mächtigen dieser Erde wird beherrscht von dem geradezu angstgetriebenen Bestreben, im Falle eines möglichen Krieges den Gegner unbedingt restlos zu überwältigen. Es gibt keine außenpolitische Aufgabe, die nicht in dieser psychologischen Einstellung gesehen und angepackt würde. Aber gerade aus diesem Grund ist das Ergebnis meist nur neues Mißtrauen, neue Empörung, verstärkte Rüstung, „psychologische Kriegführung", kompromißlose Agitation auf dieser oder jener Seite — auch das Gefühl einer noch bedrohlicheren Existenzgefährdung, bis einer der Partner schließlich die Nerven verliert und für sein Lebensrecht mit der Waffe in der Hand eintreten zu müssen glaubt. Sein „Recht" gilt allerdings nur so lange, wie er sich militärisch behauptet. Sobald die Waffen entschieden haben, ist aus dem Eintreten für sein Recht ein Verbrechen geworden, aus seiner berechtigten Angst und seinem berechtigten Mißtrauen, aus seinen berechtigten Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen eine „Verschwörung gegen den Weltfrieden". Die Niederlage bringt eine Umwertung aller Werte mit sich. Dem Verlierer bleibt nur noch — soweit er überlebt — die „Strafe" und das Staunen über den dialektischen Zungenschlag des Siegers.

Nach zwei Weltkriegen erkennt man offenbar noch immer nicht, daß gerade diese psychologische Haltung für die Entwicklung zum Kriege — und somit für die Kriegsschuldfrage — bestimmend ist. Die gegenwärtige Weltlage aber ist zu ernst, als daß es verantwortbar wäre, sich vor diesen, aus der Geschichte ersichtlichen Zusammenhängen zu verschließen und damit eine Nutzanwendung möglicher und notwendiger Erkenntnisse für Gegenwart und Zukunft der Menschheit zu vereiteln.

Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920[1]

Memorandum Nr. 2 — Die territorialen Forderungen der tschechoslowakischen Republik

... Man kann diese Probleme, in denen sich die tschechoslowakische Gesamtfrage darstellt, in folgender Weise teilen:

1. Die Frage der drei Hauptländer der alten Krone Böhmen, die stets tschechisch waren: Böhmen, Mähren und Schlesien.
2. Berichtigungen der Grenze Böhmens, Mährens und Schlesiens auf Kosten Deutschlands und Österreichs.
3. Die Frage der Slowakei, die den Tschechen vor mehreren Jahrhunderten mit Gewalt entrissen, künstlich von Böhmen getrennt wurde und jetzt von der neuen tschechoslowakischen Republik aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zurückverlangt wird.
4. Das Problem der Ruthenen Ungarns; im Hinblick auf die besondere Lagerung dieser Frage halten wir für die beste Lösung ihren Anschluß an die tschechoslowakische Republik.
5. Das Problem der Nachbarschaft der Tschechoslowaken mit den Jugoslawen und die Notwendigkeit, für die tschechoslowakische Republik und den jugoslawischen Staat gewisse Gebiete zu beanspruchen, wo die Mehrheit der Bevölkerung deutsch und magyarisch ist.
6. Internationalisierung folgender Verkehrswege:
   a) Elbe,
   b) Donau,
   c) Weichsel,
   d) die Eisenbahn Preßburg—Triest und die Eisenbahn Preßburg—Fiume,
   e) die Eisenbahn Prag—Furth—Nürnberg—Straßburg.
7. a) Das Problem der tschechischen Bevölkerung in Wien, die fast ein Viertel der Einwohner der ehemaligen Hauptstadt Österreichs darstellt und die nicht schutzlos in den Händen der Deutschen bleiben kann.
   b) Die Frage der Lausitzer Wenden, denen die Ausrottung von seiten der Deutschen droht und deren Los den Tschechoslowaken als ihren nächsten Verwandten die heilige Pflicht auferlegt, sich darum zu kümmern. ...

[1]) Wiedergabe in Ausschnitten. Diese Denkschriften, ebenso wie die polnischen, die z. T. im vorliegenden Buch verarbeitet sind, kennzeichnen treffend die Mentalität der tschechischen Führung auch noch im Jahre 1938.

II. Berichtigung der Grenzen Böhmens, Mährens und Schlesiens

Wenn wir als Grundlage unserer territorialen Forderungen die geschichtlichen Grenzen unserer drei Länder Böhmen, Mähren und Schlesien aufstellen, so schließt das nicht die Möglichkeit aus, an dieses Territorium die Gebiete anzufügen, die diesen Ländern benachbart sind, und wo eine tschechoslowakische Bevölkerung lebt.

In der Tat ist dies in vier Gebieten der Fall: zwei in Preußisch-Schlesien und die zwei anderen in Niederösterreich.

In Preußisch-Schlesien handelt es sich zuerst um ein kleines, an der Nordostgrenze Böhmens in der Gegend von Glatz gelegenes Gebiet. Dieses Gebiet war einstmals vollkommen tschechisch. Gegenwärtig ist ein großer Teil davon germanisiert. Immerhin könnten diese Gebiete noch gerettet werden. Wir verlangen, daß sie an Böhmen angeschlossen werden. ...

VII. Die Lausitzer Wenden und die Tschechoslowaken in Wien

Die Lausitzer Wenden gehören einer slawischen Rasse an, die sich am meisten den Tschechen sowohl in der Zivilisation als in der Sprache nähern. Es sind die letzten Reste der im Laufe der Geschichte germanisierten Elbslawen. Während langer Zeit waren sie an den tschechischen Staat angeschlossen und bildeten einen integrierenden Bestandteil desselben. Sie erreichen heute die Zahl von 160.000 und schweben in der großen Gefahr, im Laufe sehr kurzer Zeit vollständig germanisiert zu werden. Ihre geistigen Beziehungen mit den Tschechen sind sehr eng, und es ist eine heilige Pflicht der Tschechoslowaken, die von den Lausitzern immer als ihre natürlichen Beschützer betrachtet wurden, heute vor der Friedenskonferenz die Sache dieser unglücklichen und von aller Welt verlassenen Nation zu verteidigen.

Die von den Lausitzer Wenden bewohnten Gebiete liegen an den Grenzen Böhmens, Sachsens und Preußisch-Schlesiens und umfassen gewisse Gebiete der folgenden Distrikte: Niederlausitz: Guben, Lübben, Luckau, Kalau, Kottbus, Sorau und Spremberg; Oberlausitz: Lauban, Görlitz, Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau.

Ihren Anschluß an die tschechoslowakische Republik zu verlangen, bedeutet vielleicht, ein schwer zu lösendes Problem aufzuwerfen. Immerhin ist es unsere absolute Pflicht, sie zu beschützen. Man muß daher für sie wenigstens ein Minimalprogramm aufstellen.

Memorandum Nr. 3 Das Problem der Deutschen in Böhmen

... V. Politische Gründe: Die Deutschen Böhmens sind nur Kolonisten

Es muß auch in Erwägung gezogen werden, daß die Deutschen in Böhmen nur Kolonisten oder Abkömmlinge von Kolonisten sind. Während langer Jahrhunderte riefen die verschiedenen regierenden Geschlechter die deutschen Kolonisten nach Böhmen, um die Einkünfte des königlichen Schatzes zu vermehren. ...

VI. Das Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik

Es ist absolut notwendig, genau zu wissen, wie die Deutschen in dem tschechoslowakischen Staat behandelt werden. Nicht nur ist die tschechoslowakische Republik bereit, gegebenenfalls jede internationale rechtliche Regelung, die zugunsten der Minderheiten durch die Friedenskonferenz festgesetzt wird, anzunehmen, sondern sie ist außerdem noch bereit, über eine solche Regelung hinauszugehen und den Deutschen alle Rechte zu geben, die ihnen zukommen.

Die tschechoslowakische Republik wird ein absolut demokratischer Staat sein; alle Wahlen werden nach dem allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht vor sich gehen; alle Ämter werden allen Staatsbürgern zugänglich sein; die Sprache der Minderheiten wird überall zugelassen sein; das Recht, ihre eigenen Schulen, ihre Richter und ihre Gerichtshöfe zu haben, wird niemals irgendeiner Minderheit bestritten werden.

Die Deutschen würden in Böhmen dieselben Rechte haben wie die Tschechoslowaken. Die deutsche Sprache würde die zweite Landessprache sein, und man würde sich niemals irgendeiner Unterdrückungsmaßnahme gegen den deutschen Bevölkerungsteil bedienen. Das Regime würde ähnlich dem der Schweiz sein.

Im 19. Jahrhundert haben sie (die Tschechen) viel praktischen, vor allem aber viel politischen Sinn bewährt. Sie sind viel zu sehr „Realisten" und haben zuviel gesunden Menschenverstand, um nicht zu sehen, daß Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit die Ursachen des Unterganges Österreich-Ungarns gewesen sind und daß eine ähnliche Politik nur ihrem eigenen Staate und ihrer Nation schaden könnte.

Memorandum Nr. 8 Das tschechische Oberschlesien

... III. Wirtschaftliche Gründe

Die tschechoslowakische Republik beansprucht Oberschlesien vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Als Industriestaat braucht sie Kohlen, woran Oberschlesien sehr reich ist. ...

Memorandum Nr. 9 Das Problem des Glatzer Gebietes

Der tschechoslowakische und der polnische Staat können sich nicht in voller Sicherheit entwickeln, solange es zwischen ihnen eine deutsche Enklave gibt, die die direkten Verbindungen zwischen den Städten Prag und Warschau verhindern könnte und Preußen große strategische Vorteile bei einem Angriff gegen einen dieser beiden Staaten gewähren würde. Der tschechoslowakische und der polnische Staat haben das größte Interesse daran, daß Preußen sein Gebiet nicht südlich der Glatzer Neiße und westlich des Eulengebirges ausdehne.

Es würde also im Interesse des tschechoslowakischen und des polnischen Staates liegen, ein so wichtiges Problem wie das des Glatzer Gebietes zu lösen. Dieses Gebiet ist in seiner Mehrheit unbestreitbar deutsch. Die Tschechoslowaken verlangen einen Teil davon.

Memorandum Nr. 10 Probleme der Berichtigung der tschechoslowakischen und deutsch-österreichischen Grenzen

... III. Berichtigung der Grenzen gegenüber Preußisch-Schlesien

Wir legen der Berichtigung der tschechischen Grenze im Riesengebirge eine ziemlich große Bedeutung bei. Die gegenwärtige Grenze ist in der Tat der tschechoslowakischen Republik durchaus nachteilig. Sie läuft über die Gipfel des Gebirges in solcher Weise, daß die höchsten Teile im Besitz der Preußen sind und so vor allem in strategischer Beziehung unseren Feinden die Möglichkeit geben, sich ihrer gegen die tschechoslowakische Republik zu bedienen...

V. Berichtigung der Grenze gegen Bayern

Diese Berichtigungen sind durchaus unbedeutend. Sie betreffen zwei Stellen und werden aus zwei Gründen verlangt: der erste ist der wirtschaftliche Grund, kraft dessen wir die Stadt Furth-im-Walde verlangen, die eine bedeutende tschechische Minderheit besitzt und ein Eisenbahnknotenpunkt von internationaler Bedeutung ist.

Die zweite Berichtigung wird aus denselben Gründen verlangt, die wir bezüglich des Riesengebirges auseinandergesetzt haben.

Wir verlangen, daß die tschechisch-bayerische Grenze weiter in die Berge verlegt wird, um die Deutschen nicht auf den östlichen Berghöhen und Hängen des Böhmerwaldes zu haben und um sicher vor einem möglichen Angriff zu sein.

Die tschechoslowakische Republik und ihr Recht auf Ersatz der Kriegsschäden

Schlußergebnis:

1. Außer ihrem Kampf für die Freiheit haben die Tschechoslowaken versucht, in wirksamer Weise die Verbündeten in ihrem schrecklichen Kampf gegen Deutschland zu unterstützen.
   a) Sie haben drei Armeen, in Frankreich, in Italien und in Rußland aufgestellt, die wirksam am Kampf teilgenommen und allgemeine Bewunderung hervorgerufen haben.
   b) Sie haben vor allen Dingen Sibirien dem Einfluß der Alliierten erhalten und so eine Grundlage für die Wiederherstellung Rußlands geleistet.
   c) Sie haben die Blockade Deutschlands durch den Schutz dieser Gebiete möglich gemacht.
2. Alle Welt erkennt heute diese Verdienste an und ist sich über das Ergebnis unseres Handelns im klaren. Die Führer der verbündeten Nationen haben mehrere Male diese Verdienste anerkannt.
3. Am Tage der endgültigen Regelung alles dessen, was während des Krieges geleistet wurde, berufen wir uns zur Unterstützung unserer Forderung auf diese Worte.

VI. ...

Wenn die Polen dem Einfall und der Verwüstung ausgesetzt waren, was für sie in bezug auf das Recht auf Schadensgutmachung ein Vorteil ist, so haben wir unsererseits Besetzung, Einfall und Verarmung erlitten; wir haben den Alliierten aber dagegen eine tatkräftige Mitarbeit gebracht.

Ich stelle noch fest, daß alle Einwohner Österreich-Ungarns (mit Ausnahme unserer deutschen und magyarischen Feinde), d. h. die Jugoslawen, die Rumänen, die Italiener und die Polen in einer verhältnismäßig besseren Lage wären als wir, wenn unsere Rechte nicht anerkannt würden. Rumänien wird entschädigt; Serbien wird entschädigt; Italien und Polen ebenfalls, weil man nicht nur in gewisse Teile des alten Österreich-Ungarn, sondern auch in ihr eigenes Gebiet eingefallen ist.

Wenn man es ablehnt, uns Genugtuung zu geben, so würden alle anderen Nationen Österreich-Ungarns verhältnismäßig besser behandelt als wir, die wir trotzdem alles zu tun versucht haben, was in unserer Macht stand. Wir würden mit den Deutschen und den Magyaren auf gleiche Stufe gestellt.

VII. ... Wir sind unbestreitbar ein Element, das in Mitteleuropa sich der deutschen Gefahr (die weiter fortbesteht) entgegensetzen und die sich auch dem Drang nach Osten entgegenstellen muß, viel mehr in wirtschaftlicher als in militärischer Beziehung. ...

Was bleibt uns angesichts unserer geographischen Lage, unserer zentralen Stellung übrig, wenn man uns der Möglichkeit, wirtschaftlich zu gesunden, beraubt? Es wäre nicht der Mühe wert, diese Nation wieder zu einem neuen Leben zu erwecken, wenn man sie sofort wieder töten wollte, indem man sie mit derartigen finanziellen und wirtschaftlichen Bürden belastet. Anstatt uns und den Verbündeten würde man unseren Feinden einen Dienst leisten.

Frankreich und England vor allem, die ein unmittelbares Interesse an all dem haben, was in Mitteleuropa vorgeht, müssen diese Lage begreifen. Aber auch alle unsere Nachbarn: Italien, Jugoslawien, Rumänien und Polen haben ein Interesse daran, daß wir nicht ein Spielzeug in den Händen der großen deutschen Eroberer seien.

Wenn man Böhmen in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung nicht genügend stark macht, so wird man im Kampf mit Deutschland den Zweck verfehlt haben. Anstatt eine Nation wieder ins Leben zurückzurufen, hätte man sie tot geboren, und man hätte besser getan, zu ihrer Wiedergeburt keine Hilfe geleistet zu haben. ...

VI. Der tschechoslowakische Staat, der in Mitteleuropa einem großen wirtschaftlichen Wettbewerb und dem deutschen Druck Widerstand zu leisten haben wird, wird einen völligen Bankrott erleben, wenn ihm nicht das Recht auf Reparationen zuerkannt wird.

Quelle: H. Raschhofer Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Berlin 1937. S. 35, 37, 43, 79, 95, 101, 263, 267, 287, 293, 319, 325, 327, 331.

Staatsmänner und Diplomaten[1])

DEUTSCHLAND

Hitler, Adolf	— Führer und Reichskanzler
Ribbentrop, Joachim v.	— Reichsaußenminister 1938—1945
Göring, Hermann	— Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, ranghöchster Offizier der deutschen Wehrmacht
Weizsäcker, Ernst v.	— Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Botschafter in London	*Dirksen, Herbert v.*
Paris,	*Welczek, Graf*
Moskau,	*Graf v. d. Schulenburg, Friedrich, Werner*
Rom,	*Mackensen, Hans G. v.*
Washington,	*Dieckhoff, Hans*
Warschau,	*Moltke, Hans A. v.*
Tokio,	*Ott, E.*
Botschaftsrat in Moskau,	*Hilger, G.*
Washington,	*Thomsen, H.*

DANZIG

Forster, Albert	— Gauleiter der NSDAP (Staatsoberhaupt)
Greiser, Arthur	— Senatspräsident
Burckhardt, Carl J.	— Hochkommissar des Völkerbundes
Chodacki, Marian	— Polnischer Generalkommissar
Shepherd, F. M.	— Britischer Generalkonsul

ITALIEN

Mussolini, Benito	— Regierungschef, Ministerpräsident, Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte
Ciano, Galeazzo Graf	— Außenminister (1936—1943)

[1]) betrifft das Jahr 1939

Botschafter in	Berlin,	*Attolico, Bernardo*
	Paris,	*Guariglia, R.*
	London,	*Grandi, Graf Dino*
	Moskau,	*Rosso, Augusto*
	Washington,	*Colonna, Principe Ascanio*
	Warschau,	*Valentino, Barone Pietro Arone*

GROSSBRITANNIEN

Chamberlain, Neville — Premierminister
Halifax, Lord Irwin — Außenminister
Cadogan, Sir Alexander — Unterstaatssekretär im Foreign Office
Vansittart, Lord Robert — Chefberater des Premierministers

Botschafter in	Paris,	*Philipps, Sir Eric*
	Washington,	*Lothian, Lord*
	Moskau,	*Seeds, Sir William*
	Berlin,	*Henderson, Nevile*
	Warschau,	*Kennard, Sir Howard W.*
	Rom,	*Loraine, Sir Percy L.* *Perth, Sir Eric, Earl of 1935—1939*
Botschaftsrat in	Warschau,	*Norton, Clifford J.*

POLEN

Beck, Josef — Außenminister
Mosciki, Ignaz — Staatspräsident
Skladkowski, — Ministerpräsident
Rydz-Smigly, Edward — Marschall, Oberbefehlshaber der Armee
Szembek, Graf Jan — Staatssekretär im Außenministerium
Arciszewski, Miroslaw — Unterstaatssekretär im Außenministerium

Botschafter in	Berlin,	*Lipski, Josef*
	London,	*Raczynski, Graf Edward*
	Paris,	*Lukasiewicz, Juliusz*
	Moskau,	*Grzybowski, Graf Waclaw*
	Washington,	*Potocki, Jerzy*

FRANKREICH

Daladier, Edouard — Ministerpräsident
Bonnet, Georges — Außenminister
Gamelin, Maurice — Generalstabschef

Botschafter	in London,	*Corbin, Charles*
	Berlin,	*Coulondre, Robert*
	Moskau,	*Naggiar, Paul Emile*
	Warschau,	*Noël, Léon*
	Rom,	*François-Poncet, André*
	Washington,	*Saint-Quentin, de*

UdSSR

Stalin, Joseph — Generalsekretär der KPdSU
Molotow, Wjatscheslaw M. — Volkskommissar für Auswärtiges
Woroschilow, Klement J. — Volkskommissar für Kriegswesen

Botschafter	in London,	*Maisky, Iwan M.*
	Paris,	*Suritz*
	Berlin,	*Merkalow, Alexej (bis April 1939)* *Schwarzer, Alexander (ab 2. 9. 1939)*
	Warschau,	*Scharonow, Nikolaus*
	Washington,	*Umanski*
	Rom,	Geschäftsträger *Helfand, L.*
Botschaftsrat	in Berlin,	*Astachoff, Georgi*

USA

Roosevelt, Franklin Delano — Präsident
Hull, Cordell — Staatssekretär (Außenminister)
Welles, Sumner — Unterstaatssekretär im Außenamt

Botschafter	in London,	*Kennedy, Joseph*
	Paris,	*Bullitt, William*
	Moskau,	*Davies, Joseph E.*
	Warschau,	*Biddle, Drexel A. J.*
	Berlin,	*Nov. 1938 abberufen*
	Rom,	*Philipps, William*
Botschaftsrat	in Berlin,	*Kirk, Alexander C.*

Quellenverzeichnis

Nicht alle Bücher, „die man gelesen haben muß“ und die der Verfasser durchgearbeitet hat, sind hier notiert, sondern nur solche, die in der vorliegenden Arbeit zitiert worden sind. Zusätzliche Unterlagen, die das Thema betreffen, sind im ausgiebigen Quellenverzeichnis von Professor David Hoggan „Der erzwungene Krieg“ nachzuschlagen.

Abetz, Otto	Das offene Problem	Köln	1951
ADAP	Akten der deutschen auswärtigen Politik Bd. I—VII	Baden-Baden	1950
Ahlers, Johann	Polen	Berlin	1935
Andics, Hellmut	Der Staat, den keiner wollte — Österreich 1918—1938	Wien	1962
Baker, R. S.	Woodrow Wilson and World Settlement, Vol. I—III	New York	1922
Bardèche, Maurice	Nürnberg oder die Falschmünzer	Wiesbaden	1957
Barnes, H. E.	Entlarvte Heuchelei	Wiesbaden	1961
Beard, C. A.	American Foreign Policy in the making 1932—1940	New Haven	1946
	Präsident Roosevelt and the Coming of the War Yale University Press	New Haven	1948
Beck, Joseph	Dernier Rapport: Politique Polonaise 1926—1939	Genf	1951
Beloff, Max	The Foreign Policy of Soviet Russia 1929—1941, Vol. II	London, New York Toronto	1948
Benesch, Eduard	Memoirs of Dr. Eduard Beneš — From Munich to New War and New Victory	London	1954
Berber, Fritz	Deutschland—England 1933—1939 — Die Dokumente des deutschen Friedenswillens	Essen	1940
Bernhard, H.	Gustav Stresemann, Vermächtnis — Nachlaß, Bd. I—III	Berlin	o. J.
Bewley, Charles	Hermann Göring	Göttingen	1956
Bierschenk, Theodor	Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939	Würzburg	1954
Bilanz des zweiten Weltkrieges — Bericht der Sachverständigen		Oldenburg, Hamburg	1953
Blaubuch der Britischen Regierung s. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges			
Bochénski, Joseph, u. Niemeyer, Gerhart	Handbuch des Weltkommunismus	Freiburg, München	1958

Autor	Titel	Ort	Jahr
Bondarenko, W. P. und P. I. Resonova	Die antifaschistische Widerstandsbewegung in den Ländern Europas in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, russ.	Moskau	1962
Bonnet, Georges	Fin d'une Europe, de Munich à la Guerre	Genf	1948
	Vor der Katastrophe — Erinnerungen des französischen Außenministers 1938/1939	Köln	1951
Bor, Peter	Gespräche mit Halder	Wiesbaden	1950
Boratünskij, Stephan	Die Diplomatie der Periode des Zweiten Weltkrieges, russ.	Moskau	1959
Breyer, Richard	Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937	Würzburg	1955
	Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze — Sonderdruck aus Zeitschrift für Ostforschung, 13. Jhg. 1964, Heft 1/2		
Brook-Shepherd, Gordon	Der Anschluß	Graz, Wien, Köln	1963
Bross, Werner	Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses	Flensburg, Hamburg	1950
Buchheim, Hans	Das Dritte Reich — Grundlagen und politische Entwicklung	München	1958
Burckhardt, Carl J.	Meine Danziger Mission 1937—1939	München	1960
Burg, J. G.	Schuld und Schicksal — Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern, 3. Aufl.	München	1962
Burns, James	Roosevelt, the Lion and the Fox	New York	1956
Butler, J. K. M.	Lord Lothian ‚Philipp Kerr' 1882—1940	London, New York	1960
Celovsky, Boris	Das Münchener Abkommen 1938	Stuttgart	1958
Chamberlin, W. H.	Amerikas Zweiter Kreuzzug	Bonn	1952
Churchill, Randolph S.	The Sinews of Peace — Post War Speeches by Winston Churchill	London	1948
Churchill, Winston	Der Zweite Weltkrieg Buch 1—6, Bde. I—VI	Hamburg	1949—1952
	Reden: Ins Gefecht, Bd. I (1938—1940)	Zürich	1946
Colonna, Bertram de	Poland from the Inside	London	1939
Colvin, Ian	Vansittart in Office — A historical survey of the origins of the second world war based on the papers of Sir Robert Vansittart	London	1965

Cooper, Duff	Das läßt sich nicht vergessen	München	1954
Coulondre, Robert	Von Moskau nach Berlin 1936—1939	Bonn	1950
Cowles, Virginia	Winston Churchill	München	1956
Czarnomski, F. B.	The Wisdom of Winston Churchill	London	1956
Dahms, Helmut G.	Roosevelt und der Krieg	München	1958
	Der Zweite Weltkrieg	Tübingen	1960
Dahlerus, Birger	Der letzte Versuch	München	1948
Dallin, David J.	Soviet Russia's Foreign Policy	New Haven	1942
Das Dritte Reich, hrsg. Jacobsen, Huber, Müller, Besson		München, Wien Basel	1964
Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von R. d'Argile, J. P. d'Assac, J. Béarn, H. Coston, P. Cousteau, H. Lebre, M. de Mauny		Wiesbaden	1958
Das östliche Deutschland — ein Handbuch		Würzburg	1959
Davies, Joseph E.	Als USA-Botschafter in Moskau	Zürich	1943
Delmer, Sefton	Die Deutschen und ich	Hamburg	1962
Department of State	Friede und Krieg — Auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika 1931—1941	Washington, Zürich, New York	1943
Deuerlein, Ernst	Die Einheit Deutschlands	Frankfurt/M.	1957
Deutsche Verfassungen	„Von Frankfurt nach Bonn"	Frankfurt/M. Berlin, Bonn	1958
Deutsches Weißbuch s. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges			
Die deutsche Industrie im Kriege, hersg. vom deutschen Institut für Wirtschaftsforschung		Berlin	1954
Die deutschen Vertreibungsverluste, hrsg. vom statistischen Bundesamt		Wiesbaden	1958
Diplomatic Papers	Foreign Relations of the United States 1938, Vol. I—V; 1939, Vol. I	Washington	1952—1956
	The Conferences of Cairo and Tehran 1943	Washington	1961
	The Conference of Berlin (The Potsdam Conference), Vol. I	Washington	1960
Dmowski, Roman	Polnische Politik (Polityka Polska) 2. Aufl. poln.	Warschau	1926
I Documenti Diplomatici Italiani Ser. 8 Bd. 12 und 13		Rom	1952
Documents on British Foreign Policy 1919—1939 Series III Vol. I—VII		London	

Documents on German Foreign Policy 1918—1945 Series D (1937—1945) Vol. V (June 1937—March 1939) | Washington | 1953

Documents on International Affairs 1939—1946 Vol. V Royal Institute of International Affairs | London, New York Toronto | 1951

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Deutsches Weißbuch Nr. 1 | Berlin | 1939

Deutsches Weißbuch Nr. 2 | Berlin | 1939

Deutsches Weißbuch Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges | Berlin | 1940

(Die Echtheit der in den deutschen Weißbüchern veröffentlichten Dokumente ist von polnischen Diplomaten bestätigt worden, s. S. 107. Auch die Dokumente der deutschen Weißbücher Nr. 1 und Nr. 2 mußten von der historischen Forschung als authentisch und unverfälscht anerkannt werden)

Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. 9. 1939 Fasc. 1 | Basel | 1939

Gelbbuch der Französischen Regierung — Diplomatische Urkunden 1938—1939 Fasc. 4 | Basel | 1940

Weißbuch der Polnischen Regierung über die polnisch-deutschen und die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939 Fasc. 9 | Basel | 1940

Dokumente — Schriftwechsel des Vorsitzenden des Ministerrates der CCCR mit den Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Premierminister Großbritanniens zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945 Bd. I—II russ. | Moskau | 1957

Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, hrsg. Klaus Hohlfeld Bd. I—VIII | München | 1951

Dokumente — Die Jalta-Dokumente | Göttingen | 1956

Dokumente und Materialien zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges 1937—1939 russ. Bd. I—II | Moskau | 1948

Durcansky, F. | Die slowakische Frage eine internationale Frage | München | 1954

Eckert, J. | Schuldig oder entlastet? | München | 1947

Europäische Politik 1933—1938 im Spiegel der Prager Akten | Essen | 1942

Fabry, Philipp | Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941 | Darmstadt | 1962

Feiling, Keith | The Life of Neville Chamberlain | London | 1947

Festschrift für Herbert Kraus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte" | Kitzingen/M. | 1954

Fiedler, Rudolf	Im Teufelskreis — Krieg ohne Frieden — Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen	München	1960
Flynn, J. T.	The Roosevelt Myth	New York	1948
Foreign Relations of the United States, siehe: Diplomatic Papers			
François-Poncet	Als Botschafter in Berlin 1931—1938	Mainz	1949
Freund, Michael	Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/1935	Essen	1944
	Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938—1939, Bd. I—III	Freiburg	1954—1956
Frank, Hans	Im Angesicht des Galgens	Neuhaus	1955
Fuller, J. F. C.	Der Zweite Weltkrieg 1939—1945 — Eine Darstellung seiner Strategie und Taktik	Stuttgart, Wien	1950
	The Decisive Battles of the Western World and their Influences upon History, Vol. III	London	1956
Gafencu, G.	Derniers jours de l'Europe	Paris	1946
Galéra, Karl S.	Geschichte unserer Zeit, Bd. I—VII	Leipzig	1933
Gantenbein, James W.	Documentary Background of World War II, 1931—1941	New York	1948
Gause, Fritz	Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft	Kitzingen	1953
Gelbbuch der Französischen Regierung s. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges			
Gerson, Louis L.	Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens	Würzburg	1956
Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945 Bd. I hrsg. vom Institut des Marxismus-Leninismus beim ZK der KPCC, russ.		Moskau	1960
Geschichtsfälscher — Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges		Berlin-Ost	1955
Gilbert, M. u. Gott, R.	Der gescheiterte Frieden — Europa 1933—1939	London	1964
Görlitz, Walter	Generalfeldmarschall Keitel — Verbrecher oder Offizier?	Göttingen	1961

Goguel, Rudi	Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze — Dokumentation zur Zeitgeschichte, Bd. I	Berlin-Ost	1959
Grenfell, Russel	Bedingungsloser Haß?	Tübingen	1954
Grimm, Friedrich	Frankreich und der Korridor	Hamburg	1939
	Politische Justiz	Bonn	1953
Grimm, Hans	Von der bürgerlichen Ehre und bürgerlichen Notwendigkeit	München	1932
	Die Erzbischofsschrift — Antwort eines Deutschen	Göttingen	1951
	Woher, warum — aber wohin?	Lippoldsberg	1955
Guderian, Heinz	Erinnerungen eines Soldaten	Heidelberg	1951
Halder, Franz	Kriegstagebuch Bd. I	Stuttgart	1962
Halifax, Earl of	Fullness of days	London	1957
Handbuch	Das östliche Deutschland	Würzburg	1959
	The other Side of the Hill	London	1948
Hedin, Sven	Amerika im Kampf der Kontinente	Leipzig	1942
Heiß, Friedrich	Deutschland und der Korridor	Berlin	1939
Henderson, Nevile	Failure of a Mission	London	1940
Herda, Hellmut	Die Schuld der Anderen	Augsburg	1953
Hesse, Fritz	Das Spiel um Deutschland	München	1953
Heuß, Theodor	Hitlers Weg	Berlin, Leipzig, Stuttgart	1932
Hierl, Konstantin	Im Dienst für Deutschland 1918—1945	Heidelberg	1954
	Schuld oder Schicksal?	Heidelberg	1957
Hilger, Gustav	Wir und der Kreml	Frankfurt, Berlin	1956
Hitler, Adolf	Mein Kampf		
	Der Großdeutsche Freiheitskampf, Reden von Adolf Hitler, hrsg. von Philipp Bouhler	München	1940
Hoare, Sir Samuel	Neun bewegte Jahre — Englands Weg nach München	Düsseldorf	1955
Hofer, Walther	Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges	Stuttgart	1953
	Der Nationalsozialismus — Dokumente 1933—1945	Frankfurt/M.	1957
Hoggan, David	Der erzwungene Krieg	Tübingen	1961
Holldack, Heinz	Was wirklich geschah	München	1949

Höltje, Christian	Die Weimarer Republik und das Ostlocarno Problem 1919—1934	Würzburg	1958
Horak, Stephan	Poland and her National Minorities, 1919—1939	New York, Washington	1961
Hoßbach, Friedrich	Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg	Göttingen	1948
	Zwischen Wehrmacht und Hitler	Wolfenbüttel	1949
Howard of Penrith, Esme	Theatre of Life, Vol. II	London	1936
Hughes, Emrys	Winston Churchill — his career in War and Peace	Glasgow	1950
	Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch	Tübingen	1959
Hull, Cordell	The memoirs of Cordell Hull	New York	1948
IMT	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vom 14. Nov. 1945 bis 1. Okt. 1946, Bd. I—XLII	Nürnberg	1948
Jaksch, Wenzel	Europas Weg nach Potsdam	Stuttgart	1958
Jacobsen, H. A.	1939—1945, Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten V. Aufl.	Darmstadt	1961
Jahn, Hans-Edgar	Pommersche Passion	Preetz	1964
Jedrzejewicz, W.	Poland in the British Parliament	London	1946
Jong, Louis de	Die deutsche 5. Kolonne im Zweiten Weltkrieg	Stuttgart	1959
Jung, Rudolf	Die Tschechen — Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf	Berlin	1937
Kass, Georg	England und Deutschland von 1900—1958	Berlin	o. J.
Kaufmann, Th. Nathan	Germany must perish	New York	1941
Keynes, J. M.	A Revision of the Treaty	New York	1922
Kirkpatrick, Sir Ivone, A.	The Inner Circle, Memoirs	London	1959
Klein, Burton	Germany's Economic Preparations for War	Cambrigde/Mass.	1959
Kleist, Peter	Auch Du warst dabei	Heidelberg	1952
Koch, Hans	Der deutsche Osten — Referate des ersten Ost-Seminars der Hochschule für politische Wissenschaften	München	1956

Kordt, Erich	Nicht aus den Akten	Stuttgart	1950
Korsthorst, Erich	Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug, Heft 8, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst	Bonn	1957
Laeuen, Harald	Polnische Tragödie	Stuttgart	1958
Laternser, Hans	Verteidigung deutscher Soldaten — Plädoyers vor Alliierten Gerichten	Bonn	1950
Lenin, W. I.	Ausgewählte Werke Bde 1—2	Berlin-Ost	1955
	Ausgewählte Werke Bde 1—12	Wien	1932 ff.
	Werke Bde 1—37 russ.	Moskau	1941—1957
Lenz, Friedrich	Nie wieder München 2 Bde	Heidelberg	1965
Liddel-Hart, B. H.	Die wahren Ursachen des Krieges	Zürich	1946
	Warum lernen wir denn nichts aus der Geschichte?	Zürich	1946
Lochner, Louis P.	Die Mächtigen und der Tyrann	Darmstadt	1955
Löwenstein, Hubertus Prinz zu	Deutsche Geschichte	Frankfurt/M.	1950
Ludwig, Emil	Roosevelt, Studie über Glück und Macht	Amsterdam	1938
Ludwig, Gerhard	Massenmord im Weltgeschehen	Stuttgart	1951
Lutz, Hermann	Verbrechervolk im Herzen Europas?	Tübingen	1959
Mackiewicz, Josef	Katyn — ungesühntes Verbrechen	Zürich	1949
Maisky, Iwan, M.	Wer half Hitler? (Aus den Erinnerungen des sowjetischen Botschafters) russ.	Moskau	1962
Manstein, Erich	Verlorene Siege	Bonn	1955
Markert, Werner	Osteuropa-Handbuch Polen	Köln/Graz	1959
Martel, René	Deutschlands blutende Grenzen	Oldenburg	1930
Mau H. und Krausnick, H.	Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit, 1933—1945	Stuttgart	1956
Meissner, Boris	Die Sowjetunion, die Baltischen Staaten und das Völkerrecht	Köln	1956
Meißner, Otto	Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler	Hamburg	1950
Michaelis, Herbert	Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 4. Der Zweite Weltkrieg 1939—1945	Konstanz	o. J.
Millis, W.	The Forrestal Diaries	New York	1951
Miksche, F. O.	Unconditional Surrender	London	1952
	Donauföderation	Salzburg	1953

Autor	Titel	Ort	Jahr
Moltmann, Günter	Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg — Kriegs- und Friedensziele 1941—1945	Heidelberg	1958
Moravec, Emanuel	Das Ende der Benesch-Republik	Prag	1942
Müller-Hillebrand, B.	Das Heer, 1933—1945, Bd. I	Darmstadt	1954
Namier, L. B.	Diplomatic Prelude. 1938—1939	London	1948
	In the Nazi Era	London	1952
Nedoresow, A. I.	Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei, russ.	Moskau	1961
Nekritsch, A. M.	Die Politik des englischen Imperialismus in Europa, russ.	Moskau	1955
Nicoll, P. H.	Englands Krieg gegen Deutschland	Tübingen	1963
Nitti, Franzesco	Die Tragödie Europas — und Amerika?	Frankfurt/M.	1924
Nowikowa, G. (Autorenkollektiv)	Neueste Geschichte — Die Länder Westeuropas und Amerika 1918—1939	Moskau	1959
OKW-Prozeß, Protokolle und Dokumente des Falles XII vor dem amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg		Göttingen	o. J.
Ostwärts der Oder und Neiße, hrsg. von Seraphim Maurach, Wolfrum		Hannover	1949
Paget, Reginald, T.	Manstein — Seine Feldzüge und sein Prozeß	Wiesbaden	1952
Papen, Franz v.	Der Wahrheit eine Gasse	München	1953
Platanova, Pawlenko, Karotkina	Der Zweite Weltkrieg, russ.	Moskau	1958
Ploetz, Karl	Auszug aus der Geschichte (1939) II. Bd. 28. Aufl.	Berlin, Leipzig	1939
	Auszug aus der Geschichte	Bielefeld	1951
Pospieszalski, Karol M.	Sprawa 58 000 Volksdeutschow	Posen	1959
Potjomkin, W. P.	Geschichte der Diplomatie, Bd. III	Moskau	1947
Pozorny, Reinhard	Wir suchten die Freiheit	München	1959
Projektor, D. M.	Der Krieg in Europa 1939—1941 russ.	Moskau	1963
Rabl, Kurt	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	München	1963
Raczynski, Edward	In Allied London — The wartime diaries of the Polish Ambassador	London	1962
Raeder, Erich	Mein Leben — von 1935 bis Spandau 1955, Bd. II	Tübingen	1957

Raschhofer, Hermann	Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920	Berlin	1937
	in: Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht Heft 24		
Recke, Walther	Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik	Berlin	1927
Reece, Carroll	Das Recht auf Deutschlands Osten	Leer	1957
Reichenberger, E. J.	Fahrt durch besiegtes Land	Karlsruhe	1950
	Der erschreckendste Friede der Geschichte	Salzburg	1947
	Wider Willkür und Machtrausch	Göttingen	1955
Rein, Adolf	Warum führt England Krieg? — hrsg. Deutsches Institut für außenpolitische Forschung Heft 16	Berlin	1940
Rhode, Gotthold	Die Ostgebiete des Deutschen Reiches	Würzburg	1956
Ribbentrop, Anneliese v.	Verschwörung gegen den Frieden	Leoni	1962
Ribbentrop, Joachim v.	Zwischen London und Moskau — Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen	Leoni	1953
Richthofen, Bolko Frhr. v.	Deutschland und Polen, hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung	Hannover	1959
Robinson, Edgar Eugene	The Roosevelt Leadership 1933—1945	New York	1955
Roos, Hans	Polen und Europa — Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1939	Tübingen	1957
Roosevelt spricht	Die Reden des Präsidenten	Stockholm	1945
Roosevelt, F. D.	Amerika und Deutschland 1936—1945 — Auszüge aus Reden und Dokumenten, hrsg. i. A. der Regierung der Vereinigten Staaten	o. O.	o. J.
Rosenmann, Samuel J.	Working with Roosevelt	London	1952
Rothermere, Viscount	Warnungen und Prophezeiungen	Zürich	1939
Rozek, Edward J.	Allied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland	New York	1958
Rühle, Gerd	Das Dritte Reich, Bd. I—VII	Berlin	1933—1938
Rück, Fritz	1919—1939, Friede ohne Sicherheit	Stockholm	1945
Sanborn, F. R.	Design for War	New York	1951

Schellenberg, Walter	Memoiren	Köln	1956
Schmidt, Paul	Statist auf diplomatischer Bühne	Bonn	1949
Schmidt-Prozeß	Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgerichtshof	Wien	1947
Schmidt-Hannover, Otto	Umdenken oder Anarchie	Göttingen	1959
Schumacher, Bruno	Geschichte Ost- und Westpreußens	Würzburg	1958
Schuschnigg, Kurt v.	Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot	Zürich	1946
Schwarzschild, Leopold	Von Krieg zu Krieg	Amsterdam	1947
Seidl, Alfred	Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939—1941 — Dokumente des Auswärtigen Amtes	Tübingen	1949
Sekistow, W. A.	Der seltsame Krieg im Westen Europas und im Mittelmeerraum 1939—1943, russ.	Moskau	1958
Semiriaga, M. J.	Der Zweite Weltkrieg und der proletarische Internationalismus, russ.	Moskau	1962
Seraphim, Hans-Günther	Die deutsch-russischen Beziehungen 1919—1941	Hamburg	1949
Seraphim, Maurach, Wolfrum	Ostwärts von Oder und Neiße	Hannover	1949
Sering, M.	Germany under the Dawes Plan	London	1929
Seton-Watson, Hugh	Eastern Europe between the Wars 1918—1941	Cambridge	1946
Sharp, Samuel L.	Poland — White Eagle on a Red Field Harvard University Press	Cambrigde/Mass.	1953
Sherwood, Robert	Roosevelt und Hopkins	Hamburg	1948
Snow, C. P.	Science und Government	London	1961
Spetzler, Eberhard	Luftkrieg und Menschlichkeit	Göttingen	1956
Springer, Hildegard	Es sprach Hans Fritsche Das Schwert auf der Waage	Stuttgart Heidelberg	1949 1953
Staatslexikon Bd. IV	hrsg. v. Herder-Verlag	Freiburg	1931
Stalin, Josef	Werke — russ. Bd. 1—13 Fragen des Leninismus Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR in: Neue Zeit Nr. 44, 29. 10. 1952, Beilage	Moskau Berlin-Ost Moskau	1946 ff. 1955 1952
Statistisches Bundesamt	Die deutschen Vertreibungsverluste	Wiesbaden, Stuttgart	1958

Sündermann, Helmut	Alter Feind — was nun?	Leoni	1955
	Das Dritte Reich — Eine Richtigstellung in Umrissen, Erweiterte Auflage	Leoni	1964
	Die Pioniere und die Ahnungslosen	Leoni	1960
	Potsdam 1945 — ein kritischer Bericht	Leoni	1962
Swart, Friedrich	Diesseits und jenseits der Grenze	Leer	1954
Szembek, Graf J.	Journal 1933—1939	Paris	1952
Tansill, Charles	Die Hintertür zum Kriege	Düsseldorf	1957
Taylor, A. J. P.	The Origins of the Second World War	London	1961
Taylor, Telford	Sword und Swastica	New York	1952
Telpuchowski, B. S.	Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945 hrsg. i. A. d. Arbeitskreises für Wehrforschung, kritisch erläutert von A. Hillgruber und H. A. Jacobsen	Frankfurt/M.	1961
Toynbee, A. J.	in: Survey of International Affairs 1939—1946 Bd. I—X	London	1951—1958
Truchanowskij, W. G.	Die Außenpolitik Englands in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1918—1939), russ.	Moskau	1962
Tuerck, C. H.	Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß — Der amtliche Wortlaut der Entscheidung im Fall Nr. 11 des Nürnberger Militärtribunals gegen von Weizsäcker und andere	Schwäbisch Gmünd	1950
Türcke, K. E. Frhr. v.	Das Schulrecht der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa in: Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 25	Berlin	1938
Unser Europa — hrsg. vom Kulturausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates		Paris	1958
Utley, Freda	Kostspielige Rache	Tübingen	1962
Vansittart, Robert	Black Record	London	1941
	The Mist Procession	London	1958
Veale, F. J. P.	Der Barbarei entgegen	Hamburg	1954
	Crimes discreetly veiled	London	1958
Vertrags-Ploetz	Konferenzen und Verträge	Würzburg	1959

Autor	Titel	Ort	Jahr
Viefhaus, Erwin	Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919	Würzburg	1960
Voices of History 1944—1945, Speeches and Papers of Roosevelt, Churchill, Stalin, Chiang, Hitler and other Leaders		New York	1945
Wagner, Oskar	Der slawische Vorstoß nach dem deutschen Osten	Ulm	1956
Wagner, Wolfgang	Die Oder-Neiße-Linie	Stuttgart	1959
Warlimont, W.	„Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939—1945"	Frankfurt/M.	1962
Wedemeyer, Albert	Der verwaltete Krieg	Gütersloh	1958
Weißbuch der Polnischen Regierung siehe Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges			
Weizsäcker, Ernst Frhr. v.	Erinnerungen	München, Leipzig, Freiburg	1950
Winzer, Otto	12 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, russ.	Moskau	1956
Wippermann, K.	Deutscher Geschichtskalender	Berlin	1933
Worobiew und Krawzow	Der große Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941—1945, russ.	Moskau	1961
Ziegler, Wilhelm	Versailles	Hamburg	1933
	Wie kam es zum Kriege 1939?	Leipzig	1939

Zeitschriften und Zeitungen (Einzelexemplare)

Christian Century, April 1941
Congressional Record, 25. 6. 1939
Contemporary Review London; Juni 1955
Das Neue Reich, 28. 3. 1959 und 11. 4. 1959
Das Ostpreußenblatt, 1. 12. 1962
Der Ring, Düsseldorf, April 1959
Der Spiegel, Nr. 47/1962 u. 3. 2. 1965
Deutsche Arbeit, Prag 1939/40 Jg. 39 S. 326, Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen
Die Tat, Zürich, 26. 11. 1952
Die Welt, 12. 11. 1958 u. 27. 9. 1958
Frankfurter Allgemeine, 11. 3. 1959; 15. 3. 1965
Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur (PWK), Düsseldorf, 8. 12. 1961
Internationales Leben, russ., Moskau 1959 Nr. 3
Iswestija, 22. 1. 1934
Kölner Stadtanzeiger, 17. 7. 1959
Kommunist, 2/1957; 5/1958; 4/1959; 12/1960
Monatshefte für auswärtige Politik — Berlin, 1939/VI
NATION EUROPA, Coburg, Postfach 670, politische Monatszeitschrift
Nationale Rundschau, 27. 3. 1957
Neue Zeit, Moskau 1962
Politische Informationen, Bad Godesberg, 5. 3. 1963
Posener Stimmen, Lüneburg, März 1964
Heimatblatt des Hilfskomitees der Glieder der Posener Evangelischen Kirche
Pravo Lidu — Prager marxistische Zeitung, 18. 9. 1939
Tägliche Rundschau, 11. 5. 1919
West-Östliche Begegnung, 6/August-September 1959

Personenregister

Tätigkeitsangaben ohne Zeitvermerk beziehen sich auf die Jahre 1938—1939

Über die Diskussion, die sich an die Veröffentlichung des Buches

„Wahrheit für Deutschland"

anschließen wird, unterrichtet Sie:

Versäumen Sie auch nicht, sich einen Überblick über die zurückliegenden, zeitbeständigen historischen Analysen zu verschaffen.

Wer nicht informiert ist, kann nicht mitreden.

Einzelheft einschließlich Porto 2,- DM

Jahresabonnement „ „ 21,- DM

WALENDY

Wahrheit für Deutschland